This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

3 2044 103 251 443

HARVARD LAW LIBRARY

Received AUG 5 1925

ARCHIV

für

katholisches Kirchenrecht

mit besonderer Rücksicht auf das

Vaticanische Concil,

sowie auf

Deutschland, Oesterreich und die Schweiz,

herausgegeben

von

Dr. Friedrich H. Vering,

ord. öff. Professor der Rechte an der k. k. Franz-Josefs-Universität zu Czernowitz.

Vierzigster Band.

(Neuer Folge vier und dreissigster Band.)

Mainz,

Verlag von Franz Kirchheim.

1878.

Printed in Germany

AUG - 5 1925

I.

Unter welcher Form werden die geweihten Sachen (res sacrae, sanctae) dem weltlichen Verkehr zurückgegeben? — Gibt es hierzu einen kirchlichen Entweihungsritus?

Von Prof. Dr. *Uhrig* zu Miltenberg.

A. Die bejahenden Meinungen.

Es fehlt nicht an solchen Autoren, welche den *Veräusserungsvollzug* von *geweihten Kirchensachen* mit einem gewissen *Entweihungsritus* in Verbindung gebracht wissen wollen, und Manche wollen diesen Entweihungsritus selbst dann schon in Anwendung bringen, wenn eine *geweihte Sache* den Händen eines *Laien* zur *Ausbesserung* übergeben wird.

Dr. Jos. Alex. *Helfert* nämlich, Handbuch des Kirchenrechts, aus den gemeinen und österreichischen Quellen zusammengestellt, Prag, 1849. §. 420. schreibt: »Die geweihten und benedicirten Kirchen behalten ihre Heiligkeit so lange, als sie solche nicht durch *Entweihung* verlieren, was sich auf zweifache Art zutragen kann, *über besondere Veranstaltung*, oder zufällig.

Ueber besondere Veranstaltung wird eine Kirche entweiht, wenn sie zu einem profanen Gebrauche verwendet werden soll, *wo mittelst gewisser Ceremonien die Weihung behoben wird*, was bei uns von dem Bezirksvicare unter Zuziehung des Ortsseelsorgers und eines obrigkeitlichen Beamten geschieht.« (*Helfert*, Die heiligen Handlungen. §. 131.).

Dessgleichen wurde im Jahre 1822 bezüglich der *rituellen* Entweihung consecrirter Kelche der römischen Congregatio Rituum folgende Frage vorgelegt: *Usus* sensim invaluit, ut, quoties calices aliaque vasa, sacra unctione consecrata, juxta ritum Pontificalis romani artificis opera indigeant, quippe reficienda vel fundenda iterum sint, *non antea eidem tradantur, quam per sacerdotem* vel *directe* et *manu* vel *aliquo mediante instrumento fuerint execrata.*

Utrum vero execratio haec modusque illam peragendi rationi ecclesiaeque ritibus sit consentanea, vel potius abusiva, nullique in-

nixa principio, cum dubitaverit R. D. archipresbyter *Ferdinandus Valeriani*; dubia, quae sequuntur, humillime exposuit sapientissimo Emmorum P. S. R. C. praepositorum judicio, enixe postulans illorum resolutionem:

1. Utrum rite vel potius ex errore passim fiat hujusmodi execratio?

2. Si rite; utrum ab episcopo vel a quocunque sacerdote sit peragenda?

Die hl. Congregation fand Anstand, diese Frage sofort zu beantworten, und theilte sie daher Einem der römischen *Ceremonienmeister* mit, der sie ausgearbeitet derselben Congregation im *Drucke* vorlegte.

Der gelehrte Cardinal *Gardellini* gibt uns in seinen Noten zu dem am 20. April 1822 erfolgten Decrete in Ansehung des fraglichen *Execrationsritus* noch folgenden Aufschluss: . . . non prius traduntur artifici, quam ab aliquo, vel episcopo vel sacerdote, *ictu manus* aut *instrumenti despiciantur*, *ut hoc modo tamquam execrata haberi possint.*

Ehe wir aber diese Declaration selbst mittheilen, erscheint es uns sachdienlich, da sie sich nur auf die rituelle Execration der hl. Gefässe, nicht auch auf die der consecrirten Kirchen, erstreckt, die oben aufgeworfene Rechtsfrage einer besonderen wissenschaftlichen Untersuchung zu würdigen, wobei wir natürlich bis in das *antik-römische* (heidnische) Recht zurückgehen müssen.

B. Der rituelle Execrationsakt nach antik-römischem Rechte.

1) Nach *antik-römischem* Rechte durfte eine *geweihte* Sache (res sacra, sancta) dem weltlichen Verkehre erst dann zurückgegeben werden, wenn sie entweder kriegsrechtlich, als res captiva, profanirt, oder durch einen entsprechenden Execrationsritus (evocatio Deorum) vom zuständigen Priester des Weihecharakters entkleidet war.

Und auch der *religiöse Ort* durfte nicht durch die einfache eigenmächtige, sondern nur durch eine, mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung von den Priestern vollzogene Versetzung der Reliquien von seinem religiösen Banne befreit werden.

2) In Ansehung der *ersteren Feierlichkeit* meldet *Ulpian* (lib. 68. ad Edictum, in fr. 9. §. 2. De divisione rerum. I, 8). Illud notandum est, aliud esse *sacrum locum*, aliud sacrarium; *sacer locus* est locus consecratus; sacrarium est locus, in quo sacra reponuntur,

quod etiam in aedificio privato esse potest. *Et solent, qui liberare eum locum religione volunt, sacra inde evocare*[1]).

Ueber die Exauguration der *feindlichen* Heiligthümer, wie sie die alten Römer bei Belagerungen fremder Städte und Vesten übten. fehlt es uns an hinreichenden Aufschlüssen nicht. Ausser dem, was wir hierüber bei *Virgilius* und *Livius*[2]) finden, hat uns insbesondere

---

1) Die Glossa minor setzt bei: Et transferre. Mos autem romanus fuit, in oppugnationibus urbium, *Deum*, in cujus tutela oppidum erat, conceptis carminibus *evocare* et inde Romam conferre. Iidem a peregrinis *Deos* plerumque postulabant; ut *Magna mater* a *Phrygibus*, *Aesculapius* ab *Epidauriis*, Juno a *Veiientibus*. *Festus*, peregrina sacra et novae Curiae.

2) *Livius*, V, 15. Sic igitur libris fatalibus, respondit (vates captivus) sic disciplina Etrusca, traditum esse, ut, quando aqua *Albana* abundasset, tum, si eam Romanus rite emisisset, victoriam de *Veiientibus* dari, antequam id fiat, *Deos* mönia Veiientium *deserturos non esse*.

Bevor dann der Dictator *M. F. Camillus* die Stadt der Veijenter bestürmte, sprach er (Livius V, 21.) folgendes Gebet: Tuo ductu Pythice Appollo, tuoque numine instinctus, pergo ad delendam urbem *Veios*, tibique hinc decimam partem praedae voveo.

Te simul, *Juno Regina*, quae nunc *Veios* colis, precor, ut nos victores in nostram tuamque mox futuram urbem sequare, ubi te, dignum amplitudine tua, templum accipiat.

Nachdem diese mächtige Etrusker-Veste den Römern in die Hände gefallen war, beschreibt *Livius* V, 22. die *rituelle Form*, unter welcher die, vom Dictator *Camillus* auserwählten, römischen Jünglinge in festlichen Kleidern und Schmuck sich der feindlichen Göttin in ihrem Tempel auf dem Veienter Burghügel näherten und ihr Bild nach Rom trugen. Cum jam humanae opes egestae a *Veiis* essent, amoliri tum *Deum* dona ipsosque *Deos*, sed colentium magis quam rapientium modo cöpere. Namque delecti ex omni exercitu *juvenes*, pure lautis corporibus, candida veste, quibus deportanda Romam *Regina Juno* assignata erat, venerabundi templum iniere, primo religiose admoventes manus, quod id signum more *Etrusco*, nisi certae gentis sacerdos, attrectare non esset solitus. Dein, cum quidam, seu *spiritu divino* tactus, seu juvenali joco: »*Visne Romam ire Juno*?« dixisset, *annuisse* ceteri *Deam* conclamaverunt. Inde fabulae adjectum est, vocem quoque dicentis »*Velle*« auditam. Motam certe sede sua parvi molimenti adminiculis, sequentis modo accepimus levem ac facilem translatu fuisse, integramque in *Aventinum*, aeternam sedem suam, quo vota Romani dictatoris vocaverant, perlatam; ubi *templum* ei postea idem, qui voverat *Camillus dedicavit*.

Auch die Ausführung dieses *Gelübdes* meldet *Livius* V, 24. Nachdem er des herrlichen Triumphzuges des siegreichen Dictatores gedacht und des Dankgebetes, welches die römischen Frauen in den Tempeln darbrachten — plena omnia templa romanarum matrum grates Diis agentium erant — schliesst er: Tum *Junoni Reginae* templum in Aventino locavit dedicavitque *Matutae Matri*, atque his divinis humanisque rebus gestis dictatura se abdicavit.

Macrobius (Saturnalia, III, 9.) zwei längere *Entzauberungsformeln* aufbewahrt, mit welchen die Schutzgötter aus den feindlichen Heiligthümern *hervorgerufen*, und nach Rom zu kommen, eingeladen wurden. Constat enim, schreibt *Macrobius*, omnes urbes in alicujus *Dei* esse tutela, moremque *Romanorum arcanum* et multis ignotum fuisse, ut, cum obsiderent urbem hostium, eam jam capi posse confiderent, *certo carmine evocarent tutelares Deos*, quod aut aliter urbem capi non posse crederent, aut si posset, nefas existimarent, *Deos habere captivos*.

Obgleich nämlich die öffentlichen Schutzmittel und Anstalten des Staates und der Städte, wie Ringmauern, Wälle, Burgen, Thürme, Forum, Gerichtshallen, Circus, Gärten, Theater, Schulen, u. s. f. nicht zum *gottesdienstlichen* Gebrauche bestimmt, d. h. nicht res sacrae (consecratae) waren, sondern, im Eigenthume des Staates, der Stadt, verbleibend, nur unter den besonderen Schutz gewisser Götter (Dii tutelares) gestellt waren, so galten doch auch *sie* als geweihte, heilige, Sachen (res sanctae) der Art, dass man glaubte, es *wohnen in Folge der Weihe die angerufenen Götter in ihnen*[1]).

Den *Namen* dieser Schutzgötter *geheim* zu halten galt dem *Macrobius* als hohe Staatsweisheit, wesshalb insbesondere bis auf seine Zeit den Schutzgott der Stadt Rom Niemand mit Sicherheit gewusst habe, so dass Einige den *Jupiter*, Andere die *Luna*, oder *Angerona*, Andere die *Ops Consivia*, u. s. f. dahinter vermutheten. Ipsius vero urbis nomen, fährt er fort, etiam doctissimis ignotum est, caventibus Romanis, ne quod saepe adversus urbes hostium fecisse se noverant, idem ipsi quoque hostili *evocatione* paterentur, si tutelae suae nomen divulgaretur. Hierauf geht Macrobius zu den

---

1) Fr. 1. pr. De divisione rerum (I, 8). *Sanctae* quoque res, veluti muri et portae, quodammodo *divini juris* sunt. Quod autem divini juris est, id nullius in bonis est.

Fr. 8. l. c. *Sanctum* est, quod ab injuria hominum defensum atque munitum est. *Sanctum* autem dictum est a *sagminibus*. Sunt autem *sagmina* quaedam herbae, quas legati populi romani ferre solent, ne quis eos violaret, sicuti legati *Graecorum* ferunt ea, quae vocantur *cerycia*. In municipiis quoque muros esse *sanctos*, *Sabinum* recte respondisse *Cassius* refert, prohiberique oportere, ne quis in his immitteretur.

Fr. 9. §. 3. l. c. (Ulpianus, lib. 68. ad Edictum). Proprie dicimus *sancta*, quae neque sacra neque profana sunt, sed sanctione quadam sunt confirmata, ut leges *sanctae* sunt, *sanctione* enim quadam sunt subnixae, quod enim sanctione quadam subnixum est, id *sanctum* est, et si *Deo non sit consecratum*, et interdum in sanctionibus adjicitur, ut, qui ibi aliquid commisit, capite puniatur.

Zauberformeln selbst über: Sed videndum, ne quod nonnulli male existimaverunt, nos quoque confundat, opinantes, uno carmine et *evocari* ex urbe aliqua Deos et *ipsam devotam fieri* civitatem. Nam reperi in libro V. rerum reconditarum *Sammonici Sereni utrumque carmen*, quod ille se in cujusdam *Furii* vetustissimo libro reperisse professus est. Est autem carmen hujusmodi, quo *Dii evocantur*, cum oppugnatione civitas cingitur: »Si Deus, si Dea est, cui popolus civitasque N. est in tutela, teque maxime illi, qui urbis hujus popolique tutelam recepisti, precor venerorque, veniamque a Vobis peto, ut Vos popolum, civitatemque N. *deseratis*, *loca*, *templa*, *sacra*, *urbemque* eorum *relinquatis*, absque his *abeatis*, eique popolo civitatique metum, formidinem, oblivionem, injiciatis, proditique *Romam* ad me meosque veniatis, nostraque Vobis *loca*, *templa*, *sacra* urbs, acceptior probatiorque sit, mihique popoloque romano militibusque meis praepositi sitis, ut sciamus intelligamusque; si ita feceritis, voveo Vobis *templa* ludosque facturum.« Dieser *Entweihungsformel* folgt dann unmittelbar jene *Weiheformel* (forma devotionis), mit welcher die Feldherren die von der Weihe *befreiten* feindlichen Heiligthümer den *einheimischen Göttern zuwidmeten*. Da diese aber dem Bereich gegenwärtiger Untersuchung sich entzieht, so können wir sie umgehen.

Beispiele der *rituellen Entweihung einheimischer Heiligthümer* werden uns von den Classikern nicht geboten. Da sie jedoch laut fr. 9. §. 2. De divisione rerum (I, 8.) *möglich* war, so folgt, dass für ihren Vollzug auch ein besonderer priesterlicher *Ritus* bestehen müsste.

3) Die *loca religiosa* erhielten bei den Hellenen und Römern ihre Heiligkeit *nicht aus einer priesterlichen Weihe*, sondern einfach durch die gesetzliche *illatio defuncti* [1]). Untersagt blieb es, einen Leichnam an einem *öffentlichen* Platze zu beerdigen, der zu Begräbnissen nicht bestimmt war [2]), oder auf dem Grundstücke eines Anderen, ohne dessen Einwilligung [3]). Verweigerte er diese, so standen dem Letzteren *aber nur Klagen* zu Gebote [4]) auf Entfernung der Leiche oder deren Reliquien; die eigenmächtige ejectio defuncti dagegen war ihm aus Rücksicht auf den Todten verboten [5]).

---

1) *Gajus*, Inst. II. §. 4. fr. 2. §. 5. fr. 42. De religiosis (11, 7.).

2) *Cicero*, De legibus. II, 23. Locus *publicus* non potest privata religione obligari. Cf. 8. §. 2. De religiosis (11, 7).

3) Fr. 2. §. 1. 2. fr. 3. fr. 41. De religiosis (11, 7.).

4) Fr. 2. §. 2. fr. 7. 8. 9. 10. l. c.

5) Fr. 8. pr. l. c. *Ulpianus*, lib. 25. ad Edictum: Ossa, quae ab alio

Den Begräbnissort sammt dem Monumente konnte zwar der Stifter *sein* nennen [1]), jedoch *nicht sein Eigenthum*, wesshalb es wohl auf seine *Familie*, bezw. auf seine *Erben*, überging [2]), ihm aber gegen rechtswidrige Eingriffe nur die actio sepulchri violati [3]), nicht auch die rei vindicatio [4]), zustand. Dies in Folge des antik-hellenisch-römischen Glaubens, dass die Gräber die Wohnungen der Todten [5]) und deren Manen [6]) seien, die das Grab umschweben. Es war desswegen der locus religiosus und das Grabmonument gleich der res sacra et sancta dem *Verkehre* (commercium) entzogen, konnte nicht verkauft, nicht vertauscht, verschenkt, verpfändet, nicht mit Servituten belastet, oder in sonst einer Weise Gegenstand eines Handels werden [7]).

Das *Grab verlor seine Heiligkeit* und kehrte in den Weltverkehr zurück, wenn die *Reliquien* daraus entfernt, an einen anderen Ort gebracht wurden, was jedoch nur mit obrigkeitlicher Bevilligung geschehen durfte [8]). Desgleichen hörte der Bann der Heiligkeit

---

illata sunt, vel corpus, an liceat domino loci effodere vel eruere sine *decreto pontificum* seu jussu principis, quaestionis est. Et ait *Labeo*, exspectandum vel permissum pontificale seu jussionem principis, alioquin *injuriarum fore actionem* adversus eum, qui ejecit.

1) Fr. 12. pr. De religiosis. *Ulpianus*: Si quis sepulchrum habeat etc. Fr. 3. §. 10. De sepulchro violato (47, 12). Is, cujus interest, etc.

Fr. 3. §. 9. l. c. Si ad plures jus sepulchri pertinet, etc.

Fr. 6. l. c. Sepulchri violati actio inprimis datur ei, *ad quem res pertinet* etc.

2) Fr. 5. 6. De religiosis (11, 7.) fr. 3. §. 3. 10. De sepulchro violato (47, 12). Const. 8. 13. De religiosis (3, 44).

3) Titulus D. 47, 12. C. 9, 19. De sepulchro violato.

4) Const. 4. De religiosis (3, 44).

Dagegen war und ist bezüglich der abhanden gekommenen res *sacrae* et *sanctae* die *rei vindicatio* zulässig, welche der Tempelpriester, bezw. Custos, Oeconomus, *im Namen* des *Heiligen* stellt. Const. 21. De sacros. eccles. (I, 2.) »modis omnibus *vindicari* tam per religiosissimos episcopos, quam per oeconomos, nec non et sacrorum vasorum custodes.«

5) Const. 4. De sepulchro violato (9, 19): Qui sepulchra violant, *domos*, ut ita dixerim, *defunctorum* etc. Fr. 3. §. 4. De sepulchro violato (47, 12).

6) Daher ist die Grabschrift: M. S. (Manibus sacrum) oder D. M. S. (Diis Manibus sacrum).

7) Fr. 6. §. 1. De religiosis (11, 7). fr. 4. De sepulchro violato (47, 12). Const. 9. De religiosis (3, 44). Const. 1. De sepulchro violato (9, 19).

8) Const. 14. De religiosis (3, 44). Nemo humanum corpus ad alinm locum sine Augusti affatibus transferat. (386).

Fr. 44. §. 1. De religiosis (11, 7). Paulus, lib. 3. Quaest. Cum autem impetratur, ut reliquiae transferantur, desinit locus religiosus esse.

bezüglich aller religiösen und geweihten Sachen auf, wenn sie kriegsrechtlich in feindliche Hände fielen, weil man glaubte, dass bei der feindlichen Eroberung die in ihnen wohnenden *Götter* und *Manen* entfliehen [1]).

C. Das kirchliche Recht.

1) *Solche Begriffe* von geweihten und religiösen Sachen konnten natürlich, nachdem schon der einfache *Germane* ihnen fern blieb [2]), auf die *christliche Kirche nicht übergehen.* Diese kennt zwar das allerheiligste Geheimniss des Altares, wo sich der Gottmensch demüthigt, unter den Gestalten von Brod und Wein verborgen, uns zur Seelennahrung zu werden; allein von ihren übrigen *res sacrae* sanctae, vel religiosae wird keine als eine solche dargestellt, *dass in ihr* die Gottheit oder sonst ein überirdisches Wesen in Folge irgend einer Gebetsform oder des Begräbnisses zugegen, bezw. gleichsam gefangen [3]) vorhanden, wäre.

Die *kirchliche Weihe* (benedictio, sanctio, purificatio, sanctificatio, consecratio) kennt nur den *exorcismus*, durch welchen eine Sache oder Person in Folge der Beschwörung und des Gebetes,

---

1) Fr. 36. De religiosis (11, 7). Pomponius lib. 26. ad Quintum Mutium: Cum loca capta sunt ab hostibus, omnia desinunt religiosa vel sacra esse, sicut homines liberi in servitutem perveniunt. Quod si ab hac calamitate fuerint liberati, quasi quodam postliminio reversa, pristino statui restituuntur.

Cicero, in Verrem. IV, 55. wo an dem Feldherrn *Marcellus*, dem Eroberer von *Sicilien*, gerühmt wird, dass er aus religiösem Gefühle von diesem Kriegsrechte keinen Gebrauch machte.

»Aedes *Minervae* est in insula, de qua ante dixi, quam *Marcellus* non attigit, quam plenam atque ornatam reliquit, quae ab isto (Verre) sic spoliata atque direpta est, non ut ab hoste aliquo, qui tamen in bello religionum et consuetudinis jura retineret, sed ut a barbaris praedonibus vexata esse videatur. Pugna erat equestris *Agathoclis* regis, in tabulis picta praeclare; his autem tabulis interiores templi parietes vestiebantur. Nihil erat ea pictura nobilius, nihil Syracusis, quod magis visendum putaretur. Has tabulas *M. Marcellus*, cum omnia illa victoria sua *profana fecisset*, tamen religione impeditus non attigit.«

2) *Tacitus*, De moribus Germanorum: Ceterum nec cohibere parietibus Deos, neque in ullam humani oris speciem assimilare, ex magnitudine coelestium arbitrantur. Lucos ac nemora consecrant, deorumque nominibus appellant secretum illud, quod sola reverentia vident. Und wenn die *Germanen* gleichwohl auch ihre Waldtempel hatten, so galten sie ihnen doch nicht als solche Gebäude, an welche die Gottheit durch eine Gebetsform gezaubert gewesen wäre.

3) Das Wort »gefangen« ist wörtlich zu nehmen, da das deutsche Wort »*Zaubern*« aus dem lateinischen »capere« sich herleitet.

deren Kraft auf den Sieg des Kreuzes zurückgeführt wird, aus dem Besitze und der Gewalt der bösen Geister heraustritt; aber sie kennt nicht umgedreht eine Formel oder eine Beschwörung, mittelst welcher Gott, die heiligen Engel, die verklärten Heiligen, in eine Sache oder Person gebannt würden; und betrachtet auch das Grab nicht als einen Wohnort von Manen. Sondern all ihr Segen und Gebet, womit Sachen oder Personen dem göttlichen Dienste geweiht werden, ist nur dahin gerichtet, die gottesdienstliche Sache dem weltlichen Gebrauche zu entziehen und der gottesdienstlichen Person jene höhere Kraft zu erflehen, die der heilige Dienst von ihr erfordert; das Grab aber wird ihr nicht schon durch die Einbringung des Todten, sondern erst in Folge der Einsegnung religiös, die dem Kirchhofe im Allgemeinen oder der Begräbnissstätte im Besonderen zu Theil wird.

Segnungen von Sachen und Personen endlich, welche eine *Absonderung zum gottesdienstlichen Zwecke* nicht beabsichtigen, sondern auf eine allgemeinere Richtung hingehen, sind noch viel weniger geeigenschaftet, irgend welchen heiligen Bann zu enthalten.

Sollten sich da und dort solche *Segenssprüche* finden, welche einen heiligen Bann verheissen, so sind sie sämmtlich als unächt und der Kirche völlig fremd, zu betrachten.

2) Nachdem sich nun dies so verhält, so folgt, dass *alle* rituellen Gebräuche, welche der *antiquirten Bedeutung*[1]) von res sacra,

---

1) Von grosser Wichtigkeit wird diese *Veraltung* der fraglichen Begriffe in der Lehre vom Eigenthum und Verkehr der Kirchen, der Kirchengeräthe, und des übrigen Kirchenvermögens, wo man sich weder auf jene antiquirten Begriffe, wie sie die Compilatoren in das corpus juris civilis eingebracht, noch auf solche Autoren, beziehen darf, welche auch jetzt noch von jenen heidnischen Begriffen Gebrauch machen.

Nachdem der hl. *Paulus* uns gelehrt, unsere Leiber als lebendige Tempel des hl. Geistes heilig zu halten, und *Bischöfe* wie der hl. *Ambrosius* v. Mailand, *Acacius* v. Amida (Socrates, hist. eccles. VII, 21.), der hl. Chrysostomus, Augustinus u. A. es für erlaubt erklärt hatten, die armen gefangenen Christen, als lebendige Tempel Gottes, in Ermangelung anderer Mittel, selbst durch Veräusserung oder Verpfändung der entbehrlichen Kirchen und hl. Gefässe etc. aus den Händen der Feinde loszukaufen, was hernach die Kaiser zum Gesetz (Const. 21. De sacros. eccles. 1, 2. Nov. 7. Nov. 120.) erhoben, zugleich auch erlaubt wurde, consecrirte Kirchen, und andere geweihte Sachen, gegen einander zu *vertauschen*, u. s. f. da war der alte Begriff von res extra commercium für Immer gefallen und an seine Stelle der einer res extra aestimationem getreten, deren Veräusserung und Heimfall zum profanen Gebrauch nur von gewissen Feierlichkeiten abhängig ist. Seitdem durfte es auch geschehen, dass an *gewissen Arten von consecrirten Kirchen* (oratoriis publicis, et quasi orato-

sancta, et religiosa, entstammten, in der christlichen Kirche von selbst wegfallen mussten, im *Besonderen* also auch von einer *evocatio sanctorum* heutzutage keine Rede mehr sein könne.

---

riis, wie z. B. Kloster-, Spital-, Seminar-, Studien-Kirchen u. s. f.) dem Stifter, bezw. einer von ihm benannten physischen oder moralischen Person, das *dominium proprietatis* verblieb, da sich der *Heilige* bei solchen Kirchen mit dem dominium usus, vel ususfructus begnügt.

Nach dem *antiken Recht* war all' dies undenkbar, quia nefas fuisset habera Deos in possessione, ipsos emere, vendere etc.

Cp. 6. X. De rerum permutatione (III, 19). *Clemens* III. Ad quaestiones solvendas. . . . Intelleximus ex literis tuis, quod duae conventuales ecclesiae sunt in tua dioecesi constitutae, quarum utraque parochialem habet ecclesiam, cum possessionibus, magis alteri, quam sibi vicinam. Illis autem eas desiderantibus *permutare*, cum illarum altera respectu meliorum proventuum plus abundet, et ideo sibi postulet, adjici certam summam *pecuniae numeratae*, ut sic ad acquilitatem permutationes valeant pervenire, utrum posset id licite fieri, extitit dubitatum.

Respondemus, quod, cum de dictis *parochialibus ecclesiis*, perse queat commutatio celebrari, et in permutatione possessionum per se non sit inhibitum, si altera ratione possessionum alteri praeponderet, *pecuniam* posse refundi de ipsarum possessionibus ad invicem, prout visum fuerit expedire: refusa certa pecuniae quantitate poterit contractus permutationis iniri, sic tamen, quod illi contractus nequaquam sibi invicem misceantur.

Es ist hier die Rede von *incorporirten Pfarrkirchen*. Dass solche von Seite der Mutterkirchen, hier ecclesiae conventuales (Klosterkirchen) genannt, gegeneinander *vertauscht* werden können, unterliegt, sagt der Papst, *keinem* Zweifel. Doch dürfen sie nicht als res aestimabiles behandelt werden, weil sie als res consecratae der Schätzung nach Geldeswerth entzogen, extra aestimationem sind. So hatte auch schon das justinianeische Rechtsbuch (Novella 120. cp. 7.) den gegenseitigen Tausch von res sacrae, sanctae, et ecclesiasticae erlaubt. Kirchengüter (possessiones) aber, die nicht zu den *geweihten* Gegenständen gehören, dürfen, wenn es der Kirche zum Nutzen dient, auch gegen *bar Geld* (pecunia numerata) hingegeben, d. i. verkauft, werden.

Es sind folglich *zwei* Verträge zu schliessen: *erstens* über den Tausch fraglicher Kirchen, worin vom Gelde keine Erwähnung geschehen darf; und *zweitens* über die Besitzungen, Renten, etc. derselben Kirchen, worin die *Ungleichheit* durch *Geldzuschuss* gehoben wird.

Die *Glossa* gab dieser Decretale folgende summarische Ueberschrift: *Ecclesiae jure proprietatis* possunt adinvicem permutari, et possessiones earum etiam permutari possunt et pro minus valentibus pretium suppleri.

Diese Ueberschrift ist aber insoferne *irrig*, als sie in dieser Decretale *Eigenthumskirchen* voraussetzt, Eigenthumskirchen können nämlich nur die *Oratorien* und *Quasioratorien* sein, zu welchen letzteren die *Sonderkirchen*, wie z. B. Klosterkirchen, Spital-, Seminar-, Studien-, Confraternitäts-, Militär-, Hofkirchen u. dgl. sind, gehören (const. 15. De sacros. eccles. I, 2.); *niemals aber* die *Pfarrkirchen*. Diese letzteren können wohl durch *Incorporation* ihren status sui juris verlieren und sammt ihrem Vermögen in die *nachgebil-*

Bevor wir aber hierauf selbst übergehen, erscheint es nöthig zu erörtern, wie durch die erwähnte Begriffsveränderung sich das Gebiet der *Statusänderungen* von consecrirten Kirchen *erweitert* habe. Diese sind von *zweifacher* Art. *Erstens* solche, bei welchen dem Tempel seine heilige Bestimmung *gewahrt* bleibt, *zweitens* solche, durch welche sie ihm *entzogen* wird.

Fälle der *ersten Art* sind der *Kirchentausch*, und die *Incorporation*. Von beiden findet sich im Alterthum keine Spur, weil sie mit dem antiken Tempelbegriff unvereinbar waren. Nach den kirchlichen Begriffen dagegen erscheinen sie als *erlaubt*, wenn aus ihnen für das Seelenheil der Kirchengemeinden bezw. für den *Heiligen* oder dessen Stellvertreter, ein Nutzen hervorblickt. Sie können nur mit Genehmigung der kirchlichen Oberen geschehen, welche eine causae cognitio zu pflegen und förmlichen Beschluss zu fassen haben. Zum *Tausch* der ihnen untergebenen Kirchen wurden die *Bischöfe* schon durch die *justinianeische* Gesetzgebung[1]) befähigt; zur *Incorporation* aber durch das Tridentinum ermächtigt, so ferne eine solche zu Gunsten von Pfarrkirchen oder Cathedralen vorgenommen werden soll[2]). Incorporationen dagegen zu Gunsten von Klöstern, Spitälern, Militien, Dompräbenden u. dgl. wurden vom Tridentinum verboten[3]).

Die *Statusänderungen* der *zweiten* Art treten ein:

1) Durch *Verfall* oder gewaltsame *Zerstörung* einer consecrirten Kirche;

2) durch *Gefangenschaft* in Hände der *Ungläubigen*, welche sie ihrer Bestimmung entziehen;

3) durch *Säcularisation*.

---

dete väterliche Gewalt einer anderen mystischen Person, wie z. B. hier einer Klosterkirche, kommen, in welchem Falle sie im canonischen Rechtsbuche (X. III, 37.) unter dem Namen »capellae monachorum« erscheinen; allein sie sind dann nur in alieno jure, nicht aber in alicujus *proprietate*.

Folge hiervon ist, dass bei der Gründung der ersteren Kirchen (Oratorien und Quasioratorien) die allzeit juris privati sind, das *Eigenthum* von Stifter vorbehalten werden kann; bei *Pfarrkirchen* dagegen, die, aus dem Organismus der Kirche *nothwendig hervorgehend*, stets *publici juris* sind, ein solcher Eigenthumsvorbehalt *untersagt* bleibt.

1) Novella 120. cp. 7. Licentiam esse omnibus sanctissimis ecclesiis . . . permutationes ad invicem facere, quando utrique venerabili domui servatur indemnitas.

2) *Tridentinum*, sessio 24. cp. 13. De ref.

3) *Tridentinum* l. c. Ecclesiae *parochiales* monasteriis quibuscunque aut abbatiis seu dignitatibus, sive praebendis ecclesiae cathedralis, vel collegiatae, sive aliis beneficiis simplicibus, aut hospitalibus, militiisve, *non uniantur*.

Indem wir die *zwei ersten* Fälle, als in der vorwürfigen Frage uns ferner liegend, übergehen, wenden wir uns sogleich zum *dritten*, wo unsere Frage praktisch wird.

Unter *Säcularisation* versteht man jene Veräusserung des Kirchenguts, durch welche dieses, seines kirchlichen Charakters entkleidet, in die Hände der *profanen Welt* zurückkehrt. Obgleich dieser *Rechtsakt*, als eine Art von *Dispense*, im *Allgemeinen* dem apostolischen Stuhle *reservirt*[1]) bleibt, so sind doch, theils laut ausdrücklicher Concession[2]), theils gemäss allgemeiner Gewohnheit[3]) in vielen Fällen auch die Diöcesanbischöfe, bald mit, bald ohne Zuziehung ihres Domcapitels, hierzu ermächtigt.

Die *Rechtsform*, unter welcher eine solche gesetzliche Säcularisation (profanatio) vorzunehmen ist, besteht in der *Untersuchung* der zuständigen Kirchenbehörde, ob hierzu ein hinreichender Grund (justa causa) bestehe, (causae cognitio), und dem entsprechenden *Beschlusse* (decretum de alienando, profanando). Der *Vollzug* dieses Beschlusses aber beruht darin, dass, soferne es sich um eine *Kirche* handelt, ihre Heiligthümer in eine andere Kirche gebracht, und daselbst ein *Seitenaltar* unter Anrufung desselben *Titulares* errichtet werde, auf welchen die Rechte und Obliegenheiten der profanirten Kirche übergehen.

Handelt es sich aber um eine *andere geweihte Sache*, z. B. Altar, Kelch, Patene, Crucifix, Statue, Bild, u. s. f.[4]) deren Veräusserung

---

1) Cp. unicum, De rebus ecclesiae non alienandis (III, 4.) in Extrav. com.

2) *Tridentinum*, sessio 21. cp. 7. De ref. »Quod si nimia egestate omnes laborent, ad matrices seu viciniores ecclesias transferantur, cum *facultate*, tam dictas parochiales, quam alias, *ecclesias dirutas* in *profanos usus*, non *sordidos*, erecta tamen ibidem cruce *convertendi*.« Hierzu fügt Joannes *Gallemart* p. 257., folgende Declaration der S. C. C. »Ecclesia ergo diruta parvorum redituum potest ex *sententia Congregationis* in *profanos usus*, non tamen sordidos erecta ibidem cruce, converti, et transferri ad matricem seu viciniorem ecclesiam, ubi erigendum est *altare* sub eadem invocatione, imposito onere *Titulari*, ut nimirum episcopus curet ibi celebrari singulis hebdomadibus per sacerdotem idoneum. *Coemeterium* item *profanandum*, et deinde *ossa transferenda* sunt ad *novum coemeterium*, quod a *Titulari* constituatur in eo loco, quo magis placuerit populo construendum.«

3) *Baldus Ubaldus*, commentaria in Codicis lib. I.—III. Augustae Taurinorum, 1576. fol. 28. n. 20.

4) Das erzbischöfliche Domcapitelsvicariat *München-Freising* machte in dem Pastoralblatte dieser Erzdiöcese am 31. Januar 1878 (S. 20.) bekannt: »Aus der St. *Theklakapelle* in München hat die oberhirtliche Stelle eine grössere Anzahl von Cultusutensilien und Kircheneinrichtungsgegenständen theils *geschenkt* erhalten, theils *käuflich* um den *Schätzungspreis erworben*: Ein

nur in Nothfällen zugegeben wird, so gehen solche dem Ermessen des Bischofes entsprechend, gleich der entleerten Kirche, im Wege der Versteigerung, auf den Meistbietenden über, wobei den Käufern wohl anempfohlen werden kann, die Sache vor entehrendem Gebrauche (usus sordidus) zu bewahren, im Uebrigen aber vor der Uebergabe in die Hände der *Laien* irgend welche rituelle Execration nicht vorkommt.

3) In Uebereinstimmung hiermit hat denn auch in dem oben mitgetheilten Falle die *Congregation* des Concils geantwortet:

Ad 1. *Negative* ad primam partem, *affirmative* ad secundam;

Ad 2. Provisum in primo, et detur decretum generale.

N. 4588. Die 20. Aprilis 1822.

Dieses Decret wurde vom Papste *Pius VII.* am 23. April 1822 bestätigt. »Factaque de praemissis SSmo D. N. *Pio VII.* P. M. relatione per secretarium infra scriptum S. S. R. C. responsa approbavit et generale decretum desuper edi ac typis publici juris fieri mandavit, die 23. dicti mensis et anni[1]).

Der Cardinal *Gardellini* aber setzte demselben Decrete folgende Note bei: *Abusus* minime ferendus est, quod sacra vasa, ad altaris mysteria destinata, dum redduntur ad usum inepta, vel decentius expoliri intusque inaurari debent, non prius tradantur artifici, quam ab aliquo, vel episcopo vel sacerdote, *ictu manus* aut *instrumenti despiciantur*, ut *hoc modo tamquam execrata haberi possint.*

Huic *errori* ut occurreret S. R C. simulque abusum eliminaret, propositis dubiis respondit, *hujusmodi execrationem non rite*, sed *ex errore, fieri.* Vel cum enim sacra vasa consecrationem servent, vel non, nihilominus dedecet, quae peculiaribus precibus et s. unctione fuerant inita et ad altaris conficienda mysteria adhibita, eo contemni modo, ne amplius sacrificio inserviant. Non est id faciendum, quod debitae reverentiae repugnat. Et quamvis eo animo fiat, ne res sacra, quae adhuc constitutivam inhaerentemque bene-

---

sehr gut erhaltener Tabernakel, drei Altarumkleidungen von Marmor-Imitation, zwei Heiligenfiguren, die hl. Thekla und der hl. Johannes v. N. . . . . mehrere Heiligenbilder und Statuen, ein grosses Crucifix sammt mater dolorosa, zwei Christkindchen unter Glassturz, eine tragbare Kanzel, sechs Betstühle von Eichenholz, ein Paramentenkasten, ein hl. Grab, eine Anzahl schwarzer Tücher, Fenster-Rouleaux, u. dgl. Die oberhirtliche Stelle beabsichtigt, diese Gegenstände an arme Kirchen unentgeltlich abzugeben. Jene Kirchenvorstände, welche etwas davon zu erhalten wünschen, können in der erzbischöflichen Curie die Gegenstände in Augenschein nehmen, um darnach ihre Bitte zu stellen.

1) *Mühlbauer*, decreta authentica, Monachii 1863. Tom. I. p. 522.

dictionem perperam servare creditur, a laicis dum adhuc sacra est, contrectetur; *modus* tamen contumeliam sapit, ac utpote religioni oppositus reprobandus videtur.

Quid igitur faciendum? Discrimine est opus et pro casuum diversitate diversa ratio tenenda est.

Etenim *calices* cum *patena* vel ex necessitate expoliendi, instaurandi, ac inaurandi sunt, quia ex longo usu ad s. ministerium non amplius censentur idonei, vel, licet adhiberi tuto possint, nihilominus, ut pallescere incipit vividus auri intus fulgentis color, ad consulendum majori decentiae, traduntur artifici, qui novum aurum superinducat.

In *primo casu*, simul ac calix vel fractus est, vel internam perdidit inaurationem, aut quoque modo nequeat in s. conficiendis mysteriis adhiberi, formam amittit, qua precibus, signis et unctionibus sacer evaserat. Nam durat consecratio, donec frangatur vel intus de novo auro liniatur. Ita *Gavantus*, ad rubr. Miss. II, 1. Lit. h. Quamobrem, si ejusdem usus est interdictus, quia nec sacer, nec ad Altaris mysteria aptus haberi potest, *curnam execrandus*? Atque en ratio, quapropter *neque* in *Pontificali romano*, *neque* in *aliis ritualibus codicibus ulla occurrit hujus execrationis formula*. Vanum quippe esset, prorsusque inutile, illud *ictu* vel *verbis* execrare velle, quod jam execratum est. Quamquam data etiam hypothesi, quod aliquo modo execrari ac profanari deberet, foret omnino indignum, id spretu et contumelia peragere. Uno dilemmate rem conficio. Vel *calix* fractus ad ministerium ineptus adhuc consecrationem servat vel non. Si primum velis, quum benedictio et consecratio *constitutiva* sit, ac materiae haud potest auferri, nisi destruatur materia formamque amittat. Ideo neque per *ictum*, neque per *spretum* et *contumeliam* consecratio perire potest; et actio materialis subjectum consecratum, usque dum formam retinet, haud valet immutare inhaerentemque consecrationem ab eo auferre. Si vero dicas, non amplius consecrationem servare, fateberis etiam, prorsus ineptum esse spretu vel ictu tolli id velle, quod non est. Itaque in utroque casu actus ille per abusum inductus contumeliosus est vel inutilis.

Quatenus vero *calix* non ex necessitate sed ex majori decentia expoliri et intus inaurari velit, licet adhuc formam servet, et in s. agendis mysteriis sine religionis detrimento adhiberi tuto possit, *consecrationem* certe non perdidit, quamobrem multo minus despiciendus est contumelioso *ictu* manus vel instrumenti. Quid igitur agendum, priusquam tradatur artifici? Ut mihi videtur, facilis et expeditus est modus. Adeundus *episcopus*, vel quicunque sit praelatus loci

ordinarius, qui calicis, etsi adhuc apti sacrificium, *permittat* traditionem artifici ad hoc, ut is iterato velamine intus linire et decentius eundem valeat instaurare. Hujusmodi permissio, per modum *dispensationis*, *loco execrationis haberi poterit.* Neque abnuerem, immo opportunum putarem, quod locorum *Ordinarii* ad hoc opus subdelegare possint tam suos vicarios generales et foraneos, quam ecclesiarum rectores et superiores locales. . . . . Immo neque hac venia et dispensatione opus esse crederem, si calix diversis partibus constet, et *pes* duntaxat expoliendus et instaurandus sit, et sejungi a cuppa, quae inauratione non indiget, sine fractura possit. Hac quippe in specie non est opus tradere artifici integrum calicem, sufficit dumtaxat pedem a cuppa sejunctum. Id saepenumero accidit, quia calices ut plurimum conflati ita sunt, ut inferior pars per cochleam cuppae conjuncta, dum haec novo auro linienda non est, facile possit ab ea separari. Non enim, ut ajebam, perit *consecratio*, quae inest auratae cuppae, ut pluribus probat *Fabius* de *Albertis*, de sacris utensilibus. XX, 13. n. 20. explosa eorum sententia qui contrarium tenent. Secus est de calicibus, quorum pars inferior a superiori disjungi nequeat, quia ita fixa est in cuppa, ut ab ea sine fractura separari haud possit. Et quum hoc in casu, nonnisi integri artifici tradendi sint, quamvis extrinseca tantum indigeant reparatione, et nequeant ut execrati haberi, quia auro intrinsecus liniendi non sunt, crederem, licentiam ab *Ordinario* vel a Vicario generali aut foraneo, sive ecclesiae rectore vel superiore locali petendam et per modum *dispensationis* obtinendam.

Quid autem si *calices*, qui adhuc ad sacrificium sunt apti, *venundari velint* aut *liquefieri*?

Optandum, ut idem servetur modus, et *Ordinarii* provideant vel per synodales constitutiones vel per edicta, quod nemini liceat *calices* et s. *vasa vendere* vel *destruere*, nisi petita et impetrata licentia [1]) ipsius loci *Ordinarii* ejusque *Vicarii generalis.* Nam si in libertate relinquatur, non levia possunt oriri mala in rei s. et religionis spretum et contumeliam.

Erit forte nonnemo, qui in opinione sit, quod non liceat, materiam ex *calicibus* et *patenis* igne fusis *converti* in usus *profanos*: nam si cautum jure est, quod s. suppellectiles usu attritae atque ita consumptae, ut nequeant amplius ad Sacrum adhiberi, *igni tradantur* [2]); si vetitum est, trabes et ligna dirutae ecclesiae in profanum

1) Dies ist an sich schon gesetzlich vorgeschrieben.
2) Can. 39. D. I. De consec. (übrigens unächt).

usum adhiberi, sed esse potius comburenda [1]), multo magis id faciendum forte videtur de *calicibus* et *patenis*, vasis scilicet, quae nedum *sacra* evaserunt precibus et unctionibus ab ecclesia in libro *Pontificali* praescriptis, verum etiam, quod magis est *immediato contactu* Corporis et Sanguinis D. N. J. C.[2]) Verumtamen rigida nimis hujusmodi esset opinio, neque, si vellet, aeque posset ad praxin adduci. Numquid enim materia pretio et valore aestimabilis disperdenda erit cum possidentis damno? Non hoc meum est consilium, quippe fateor, longe decentius fore, ex eadem conflare novos calices, patenas, pyxides, vasa pro s. oleis, s. imagines, coronas, candelabra, atque id genus alia in Dei cultum, Sanctorum honorem, et ecclesiarum decus ornamentumque. *Nihilominus absit, ut censeam illicitum, si velint eadem converti in usus profanos.* Nam simul ac aurum, argentum, aes fusum est, primam formam amittit, et ut profanum habetur, ac proinde fas erit artifici, prout mavult, ad quodlibet opus informem illam materiam adhibere.

Diversa ratio est de suppellectibilibus vel lineis, vel sericis, quae, nisi flammis tradantur, possunt quidem aliam induere formam quoad usum diversum, sed nequeunt illam perdere, quae eisdem data fuit a textore.

Idem dicendum de *lignis*, quae ex dirutis ecclesiis supersunt.

---

1) Can. 38. D. I. De cons. (gleichfalls unächt).

2) Darauf, dass diese unmittelbare Berührung nur der *inneren Vergoldung* des Kelches und der Patene zu Theil wird, gründet sich die von *Fabius de Albertis* und Cardinal *Gardellini* festgehaltene Ansicht, dass eine *neue Vergoldung* derselben die Nothwendigkeit einer neuen Consecratio mit sich bringe.

Manche Canonisten lehren anders, wie z. B. *Reiffenstuel*, comment. ad. Titulum de consecratione ecclesiae, welchem Jos. Joh. Nep. *Pehems*, Vorlesungen über das Kirchenrecht. Wien, 1803. Bd. II. Th. II. §. 633. folgte: »Wenn sie von Neuem vergoldet werden, so bedürfen sie nach der wahrscheinlicheren Meinung keine neue Consecration.« Ebenso Dr. Jos. Alex. *Helfert*, Handbuch des Kirchenrechtes, aus den gemeinen und österreichischen Quellen zusammengestellt IV. Ausg. §. 429. »Werden sie blos neu vergoldet, so brauchen sie keine neue Weihe.«

Dieser letzteren Ansicht gegenüber hat die Congregatio Rituum auf eine Anfrage des Bischofs von *Lüttich* am 14. Juni 1845 anders entschieden. »Quum Rmus. Leodiensis episcopus S. R. C. enixe rogarit, ut declarare dignaretur: utrum *calix* et *patena* suam amittant consecrationem per novam deaurationem et sic indigeant nova consecratione?

S. R. C. ad Vaticanum subsignata die in ordinariis Comitiis coadunata, ad relationem Secretarii rescripsit: *Affirmative*, amittere nimirum et indigere juxta exposita. N. 5011. die 14. Juni 1845.«

Mühlbauer, decreta authentica. I. p. 525.

E. Erklärung des oben besprochenen, da und dort noch üblichen, Execrationsritus.

1) Dass diesem Ritus, in einem, der geweihten Sache vom Bischofe oder Priester ertheilten, Handstreiche oder Ruthenschlage bestehend, zu welcher Ceremonie bei unbeweglichen Weihegegenständen einige obrigkeitliche Personen des geistlichen und weltlichen Standes beizuziehen sind, ein besonderer ästhetischer Charakter nicht leicht abzugewinnen sei, wird sich wohl Jedermann aufdringen; und zwar mit dem ziemlich nahe liegenden *Verdachte* sogar, es möchte in solchem Execrationsritus sich ein entsprechender *heidnischer* Gebrauch erhalten haben.

2) *Indessen ist dem doch nicht so;* sondern es dürfte diese Sache einer *milderen Deutung* fähig sein, wobei sich zur Erklärung des, unter fraglichem Ritus *verborgenen, Sinnes* sogar *zwei Gesichtspunkte* darbieten, dem Leser dieses zur eigenen freien Wahl anheim gestellt.

3) *Zum Ersten* wäre es nämlich denkbar, dass sich hierunter ein elegischer Gedanke aus dem reichen Gebiete der mittelalterlichen, das ganze christliche, häusliche und kirchliche, Leben durchdringenden, *Mystik* verberge, entnommen dem Klagelied des trostlosen Propheten *Jeremias*, als er, wie die Schrift berichtet, da sass, in die Nacht der Zerstörung des Tempelheiligthums hinausblickte, und *weinte.* Vergebens sucht seine Prophetenseele nach dem Grunde solchen Greuels. Doch die Uebermacht der Götter Babels kann es nicht sein. Nein, Gott selbst hat es vielmehr gethan, *Gott selbst hat seinem Heiligthum diesen Schlag versetzt*, weil er mit Hinblick auf seines Volkes Verstockung und Sündenschuld sich von ihm zurückziehen wollte. Threni II, 7. Repulit Dominus altare suum, maledixit sanctificationi suae, tradidit in manu inimici muros turrium ejus, vocem dederunt in domo Domini, sicut in die solemni [1]).

Die wehmüthige Erinnerung an diese Katastrophe lebt, wie bekannt, bei Juden und Christen bis zum heutigen Tage, nicht blos im gottesdienstlichen Ritus, sondern auch bei jedem einzelnen Individuum, fort. Wäre es nun nicht denkbar, dass man, soferne einer christlichen Kirche, in Folge ihrer Verarmung, bei dem drohenden Einfalle des geweihten Gotteshauses *keine Aussicht auf Erhaltung sich darbietet, den dabei angestellten Priester an der Stelle Gottes*

1) *Threni*, II, 5., Factus est Dominus velut *inimicus*, praecipitavit Israel, praecipitavit omnia moenia ejus, dissipavit munitiones ejus, et replevit in filia Juda humiliatum et humiliatam.

einen solchen Schicksalsschlag symbolisch vollziehen liesse, in der Absicht, dass die betroffene Gemeinde dabei reuevoll ihrer Unvollkommenheit gedenke, womit man dem Herrn in seinem Heiligthume gedient? — Fiele dann nicht alles Widerstrebende eines solchen Ritus von selbst weg? — wäre er nicht sogar fähig, mit Hinblick auf die im Inneren des Menschen durch ihn wachgerufene Seelenumkehr, selbst als ein *Sacramentale* angesehen zu werden?

Indem wir dieses der Erwägung eines Jeden nach Belieben überlassen, gehen wir zu einem *zweiten Gesichtspunkte* über, von wo aus die fragliche Ceremonie vielleicht, in *geschichtlicher Beziehung*, noch ein *helleres Licht* gewinnt.

Indem eine Kirche, und überhaupt eine geweihte Sache, in Folge besonderer Verhältnisse, aus der Hand Gottes zum weltlichen Verkehr zurückgegeben wird, bietet sich hieraus eine Aehnlichkeit dar mit der *antik-römischen Emancipation* und *Manumission*.

Die *Formen*, unter welchen sie vollzogen werden konnten, sind bekannt[1]).

Die hierbei unter der Form »*vindicta*« begriffene Entlassung vollzog sich in folgender Weise. Der Gewalthaber führte den Angehörigen vor die Obrigkeit (Praetor, Praeses, Proconsul etc.) und ertheilte ihm hier bei den Worten: »Hunc hominem liberum esse voleo« mit einem *weissen Stabe* (vindicta) einen *Streich*. Der Prätor legte diesen Stab auf des vorgeführten Freiheitscandidaten Kopf, indem er sagte: Aio, te liberum esse more Quiritium; wandte sich dann zum *Lictor* und sprach: Secundum tuam causam, sicuti dixi, ecce tibi vindicta! Auf diese Worte ergriff auch dieser den Stab und schlug damit dem Vorgeführten auf den Kopf und den Rücken, so wie auch mit der Hand in das Gesicht. War dies geschehen, so ging der Entlassene in den Tempel der *Feronia*, wo ihm, nach Scheerung seiner Haupthaare, zum Zeichen der erworbenen Freiheit, ein *Hut* aufgesetzt wurde. Bei dieser Ehre musste er niederknieen, sofort aber wurde sein *Name* in die Liste der Freigelassenen eingetragen, und die Ursache seiner Freilassung mit aufgenommen[2]).

Die Kirche, und überhaupt jede zum gottesdienstlichen Zwecke geweihte Sache, tritt, sobald sie dem Weltverkehre zurückgegeben werden soll, gleichsam aus des *Heiligen Gewalt* heraus. Dafür nimmt der Stellvertreter desselben, Bischof, Pfarrer, die Ceremonie mit *Stab* und *Faustschlag* vor. Wäre dies nicht geeignet, fraglichen Execrationsritus zu erklären? — *Gewiss*. Nur muss allzeit eingesehen werden, dass es sich hierbei *gar niemals um eine eigentliche Execration*, sondern nur um eine *Freilassung* zum *Weltverkehre* handele, *womit sich aller Anstand beseitigt*.

---

1) *Gajus*, Institutiones. I. §. 138. Ji qui in causa mancipii sunt, quia servorum loco habentur, *vindicta*, censu testamento manumissi, sui juris fiunt.

2) M. Benjamin *Hederich*, Alterthümer, Leipzig 1743. S. 1791.

II.

Ultrum locus, in quo sepeliuntur fideles, pertineat ad notionem sepulturae ecclesiasticae et si ita, quid sentiendum de sepultura asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae in coemeterio catholico.

Auctore *Theodoro Kohn*, ss. Theologiae Doctore, Presbytero saeculari Archidioec. Olomucen.

Sancta Ecclesia, haec mater nostra optima, quae nos vix in lucem editos maternis suscipit ulnis ac per totam vitam sanae doctrinae pabulo et sacramentorum virtute fovet atque nutrit in vitam aeternam, etiam defunctos nos non deserit; ipsa nempe corpora nostra, quae templa sunt Spiritus sancti, spe gloriosae resurrectionis cum sacris mandat terrae ritibus; animas vero fidelium suffragiis, potissimum vero incruento Novae Legis sacrificio juvat, ut ab omnibus peccatis expiatae, lucis perpetuae recipiant beatitudinem.

Hisce fere verbis incipit celeberrimum concilium provinciale Strigoniense anno 1858 celebratum tit. IX. cp. VI. suam doctrinam de coemeteriis et sepultura ecclesiastica.

Hanc vero curam maternam, a dicto concilio tam pulchre descriptam, impendit s. Ecclesia liberis tantum suis iisque bonis praeceptaque sua observantibus: filios alienigenos non minus, quam inobedientes suos, non curat, sed qui vocem suam in sinum reverti clamantem non audierunt matremque plangentem dereliquerunt, dum ad extremum vitae pervenerint et matrem et nunc non curaverint, deserit s. Ecclesia, et ut distinctio esset inter liberos suos atque matris exterae filios non minus, quam bonos atque inobedientes suos, vult ac praecipit, ut liberi sui iique boni in loco, ad hoc specialiter destinato et precibus sacrato sepeliantur, donec verbo virtutis Dei ad vitam aeternam in gloria resurrectura sunt: filios alienigenos vel vero suos ast inobedientes ab hocce honore excludens.

Quoad eos, quibus hic honor, quem sepulturam ecclesiasticam, vocant, denegatur, statuit Rituale Romanum, Pauli V. Pontificis

Maximi jussu editum et a Benedicto XIV. auctum et castigatum, in rubrica, cujus inscriptio: Quibus non licet dare ecclesiasticam sepulturam, sequentia: »Ignorare non debet parochus, qui ab ecclesiastica sepultura ipso jure sunt excludendi, ne quemquam ad illam contra sacrorum canonum decreta unquam admittat.

Negatur igitur ecclesiastica sepultura Paganis, Judaeis et omnibus Infidelibus; Haereticis et eorum fautoribus; Apostatis a christiana fide; Schismaticis, et publicis Excommunicatis majori excommunicatione; Interdictis nominatim, et iis, qui sunt in loco interdicto, eo durante.

Se ipsos occidentibus ob desperationem vel iracundiam, non tamen si ex insania id accidat, nisi ante mortem dederint signa poenitentiae.

Morientibus in duello, etiamsi ante obitum dederint poenitentiae signa.

Manifestis et publicis peccatoribus, qui sine poenitentia perierunt.

Iis de quibus publice constat, quod semel in anno non susceperunt Sacramenta Confessionis et Communionis in Pascha et absque ullo signo contritionis obierunt.

Infantibus mortius absque Baptismo.

Ubi vero in praedictis casibus dubium occurrerit, Ordinarius consulatur.«

Juxta Rituale Romanum ergo inter eos, quibus deneganda est sepultura ecclesiastica, numerantur, ut depingamus imaginem ad finem, praeter filios matris exterae, liberi s. Matris Ecclesiae inobedientes: *Haeretici* nempe et eorum fautores, de quibus praeprimis nobis in tractatu hoc erit sermo.

Licet sit justissimum ac aequissimum, ut eadem libertas, quae cuilibet conceditur societati, excludendi membra finem societatis convertentia, tribuatur et societati perfectissimae, quae est omni absque dubio sancta Ecclesia: tamen praeprimis hac in re a legislatione civili jura s. Ecclesiae contemnuntur atque illi vis infertur ipsaque tamquam inhumani quid ageret, dum discrimen facit inter membra sua et aliena, cogitur, ut praeter liberos suos etiam filios matris exterae, nec non filios inobedientes, dum ad vitae pervenerint discrimen, iisdem sepeliat ritibus, vel saltem eodem sepeliri sinat loco.

Ad demonstranda dicta legislationem patriae tantum nostrae, magnae Austriae inspiciamus, habito semper peculiari respectu ad sepulturam asseclarum confessionis Augustanae vel Helveticae in coemeterio catholico.

Hoc in negotio ad tres respicere debemus periodos, nempe:

a) Ad legislationem tempore Josephi II., seu ab anno 1780—1854.

b) Ad legislationem tempore Concordati, seu ab anno 1855—1867.

c) Ad legislationem novissimam tempore legum sic dictarum fundamentalium et interconfessionalium, seu ab anno 1868 usque ad praesens.

Regnante imperatore Josepho II. sequentes emanarunt leges:

a. Hofdecret vom 16. März 1782, Ges. Jos. Bd. 2, S. 293: Der in Schlesien eingeführte Ritus bei den akatholischen Tauf-, Trau- und Begräbnissfällen wird so vorgeschrieben: Wo ein akatholischer Prediger in einem Orte der katholischen Pfarrei vorhanden ist, da tauft, traut und begräbt der akatholische Prediger und verrichtet die ersten zwei Ritus in der Kirche oder im Bethause seiner Religionsverwandten. Zu der Zeit, als die katholischen Pfarrer noch das jus parochiale über die Akatholiken haben, darf kein actus ministerialis eher vorgenommen werden, als der, welcher einen Actus fordert, sich schriftlich über die Bezahlung der jurium stolae an den katholischen Pfarrer ausweist. Die Begräbnisse geschehen auf dem Kirchhofe der Gemeinde; Katholiken und Protestanten werden ohne Anstand auf eben dem Kirchhofe begraben. Der protestantische Prediger begleitet die Leiche der Protestanten unter dem Geläute der zur katholischen Kirche gehörigen Glocken; dafür aber bezahlt der Protestant das Gewöhnliche ad cassam der katholischen Kirche; der Prediger parentirt und der akatholische Schulmeister singt auf dem Kirchhofe. Aber in die katholische Kirche zu gehen und daselbst Functionen zu üben, dazu hat der akatholische Prediger kein Recht. An jenen Orten, wo kein akatholischer Prediger, folglich auch keine akatholische Kirche oder Bethaus ist, lassen die Protestanten, wenn sie sich nicht etwa zu Benachbarten halten und dazu legaliter geschlagen sind, bei dem katholischen Pfarrer taufen, trauen und begraben. Bei den beiden ersten Ministerial-Handlungen bedient sich der katholische Pfarrer, wenn er dazu ersucht wird, an Orten, die weder eigene Prediger haben, noch zu einem geschlagen sind des vorgeschriebenen Rituals; auch geht er mit der protestantischen Leiche; er sorgt nur, dass kein Lied während des Conductes gesungen werde, wo entweder wider das Fegefeuer oder sonst etwas den Katholiken Anstössiges vorkommt. Er segnet aber das Grab nicht ein und hält auch keine Collecte. Wird aber der katholische Pfarrer nicht dazu ersucht, so ist nach Bezahlung der Stolgebühren den akatholischen Schulmeistern erlaubt, zu Grabe zu singen.

b. Hofdecret vom 8. Jänner 1783, Ges. Jos. Bd. 2, S. 295: Die Akatholiken mögen zwar auf ihren besonderen Friedhöfen bei Einsegnung ihrer Leichen singen, auch eine Leichenrede halten; doch ist ihnen dieses keineswegs auf katholischen Kirchhöfen zu gestatten.

c. Hofdecret vom 30. Juni 1783, Ges. Jos. Bd. 2, S. 295: Von der Geistlichkeit soll das Volk in der Religion besser unterrichtet, ihm die Folgsamkeit gegen die landesfürstlichen Befehle nachdrücklich eingeprägt, dann der Sinn über die gemeinschaftliche Beerdigung wohl begreiflich gemacht und den anvertrauten Pfarrkindern Liebe und Freundschaft gegen ihre in Religionssachen anders denkenden Brüder auf das Beste und um so mehr eingebunden werden, als im widrigen Falle, wenn sich noch einmal Beerdigungswidersetzlichkeiten und Aufläufe ergeben, die Seelsorger über die Folgen der daraus entstehenden Unordnungen zur Verantwortung werden gezogen werden. Daher dann auch die Pastoren zu ihrer obliegenden Beobachtung anzuweisen sind.

d. Hofdecret vom 14. Juli 1783, Ges. Jos. Bd. 2, S. 296: Alles öffentliche Gepränge und Singen akatholischer Lieder auf den katholischen Friedhöfen soll bei Beerdigung der Akatholiken unterbleiben.

e. Verordnung in Böhmen vom 9. September 1783, Ges. Jos. Bd. 2, S. 296: Und so lange die Begräbnisse der Akatholiken auf den katholischen Kirchhöfen gemeinschaftlich geschehen, hat die Erhebung der Erlaubnisszettel zur Begrabung eines Akatholiken durch den Pastor bei den Pfarrern zu geschehen und ist die Entrichtung des Zehents und anderen Abgaben an die katholischen Seelsorger unabänderlich.

f. Hofdecret vom 31. Christmonat 1783, Ges. Jos. Bd. 2, S. 296: Es kann die gemeinschaftliche Beerdigung der Katholiken und Akatholiken nur dort stattfinden, wo gar keine akatholische Beerdigungsplätze vorhanden sind.

g. Hofdecret vom 12. August 1788, Ges. Jos. Bd. 15, S. 945: Se. Majestät haben über einen wegen gemeinschaftlicher Beerdigung verschiedener Glaubensgenossen gemachten Vortrag resolvirt, dass:

1. überall, wo eine jede Religionspartei der Inwohner einer Gemeinde einen besonderen Gottesacker für sich hat, selbe auch künftig in dessen Genuss verbleiben soll. So verbleibt auch überall der usus des gemeinschaftlichen Begräbnisses von verschiedenen Religionsparteien in statu quo, wo immer dieser bisher bestanden hat.

2. Inwohnern von einer dritten Religion der nämlichen Gemeinde, die mit keinem eigenen Friedhof versehen sind, steht es frei, in dem der vorhandenen Gottesäcker ihre Todten begraben zu lassen, wo sie es wünschen, ohne an einen oder andern der vorhandenen gebunden zu sein.

3. Einzelne Inwohner einer solchen Religion, die bei einer Gemeinde mit keinem Friedhofe versehen ist, sollen in dem vorhandenen Gottesacker auch anderer Religionen begraben werden, und der nächste Geistliche der Religion, zu welcher der Verstorbene sich bekannt hat, müsse die Functionen verrichten. Kann er aber an der rechten Zeit nicht beigeholt werden, so muss die an dem Orte anwesende Geistlichkeit die Leiche zur Grabstätte begleiten.

4. Steht Jedem frei, sich mit dem öffentlichen Gepränge der Religion, zu welcher er sich bekannt hat, begraben, des im Orte sich befindlichen Geläutes sich bedienen und das seiner Religion angemessene Zeichen an seine Grabstätte setzen zu lassen, ohne sich oder seinen Religionsgenossen dadurch ein besonderes Recht zum Nachtheile der Religionspartei zuzueignen, und der Geistliche, sowie auch die Gemeinde der anderen Religion, zu welcher eigentlich der Friedhof gehört, darf hierin kein Hinderniss legen, noch aber diese nach der Sitte des Landes charakteristischen Kennzeichen der Religion, zu welcher sich der Todte bekannt hat, ausgesetzten Zeichen nach der Hand vertilgen.

5. Wo immer bei Gemeinden, die aus Inwohnern verschiedener Religion bestehen (wo man doch immer nebst den Katholiken die sogenannten Tolerirten versteht, nämlich Evangelische, Reformirte und Nichtunirte) wenn es um Aussteckung eines neuen Friedhofes zu thun ist, muss durch die Kreisbehörde dafür gesorgt werden, dass ein gemeinschaftlicher Friedhof errichtet werde, es sei denn, dass die zu grosse Population einer solchen Gemeinde oder aber die physische Lage eines solchen Ortes mehrere als einen Friedhof erfordern würde.

6. Wo für zwei oder mehrere Religions-Parteien ein gemeinschaftlicher Gottesacker bestimmt wird, ist der freien Willkühr dieser Parteien zu überlassen, ob sie den Friedhof unter sich strichweise eintheilen oder nach der Reihe ohne Unterschied der Religion ihre Todten begraben lassen wollen. Sollten sie sich hierüber nicht einverstehen können, so ist durch die Kreisbehörde die Sache dahin zu entscheiden, dass diese Leichen, sowie sie vorfallen, in einer auf sich folgenden Reihe beigelegt werden.

7. Wenn einer bei Ermangelung des Friedhofes eigener Religion in den nächstgelegenen Friedhof der Religion, zu welcher er sich bekennt, begraben zu werden wünscht, so ist ihm dieses auch künftig, wie bisher, zu gestatten.

8. Reisende anderer Religionen, als die im Lande tolerirt werden, müssen ebenfalls in dem vorhandenen Friedhofe, er mag gemeinschaftlich oder einer besondern Religion eigen sein, aufgenommen werden, und der in dem Orte anwesende Geistliche müsse die Functionen verrichten, wobei jedoch Juden und Mohamedaner nicht verstanden werden.

9. Versteht es sich von selbst, dass bei Errichtung gemeinschaftlicher Friedhöfe die diesfalls bestehenden Sanitäts-Vorschriften sich immer gegenwärtig zu halten seien.

h. Die gesetzlichen Vorschriften, welche den evangelischen Pastoren verbieten, auf katholischen Friedhöfen bei Begräbnissen Leichenreden zu halten, sind bis nun nicht ausser Kraft gesetzt. Erlass des Cult.-Minist. v. 28. Februar 1851, Z. 609, an die schles. Statthalterei.

Hae sunt leges periodi primae.

Nunc transeamus ad leges tempore Concordati emanatas.

In Concordato ipso invenimus solummodo indirecte de sepultura ecclesiastica sequentia indigitata:

Articulus XXXIV. »Cetera ad personas et res ecclesiasticas pertinentia, quorum nulla in his articulis mentio facta est, dirigentur omnia et administrabuntur juxta ecclesiae doctrinam et ejus vigentem disciplinam a S. Sede approbatam.«

Quoniam Superiores ecclesiastici concessa s. Ecclesiae libertate uti voluerunt, ut sepulturam ecclesiasticam juxta ecclesiae doctrinam et ejus vigentem disciplinam a s. Sede approbatam in effectum deducant, dissensiones inter s. Ecclesiae Antistites et Regimen civile sunt exortae, quae sequentes civilis Regiminis ordinationes circa sepulturam ecclesiasticam progenuere:

α. Cultus-Ministerial-Erlass vom 21. Mai 1856, Z. 774. C. U. M. an sämmtliche Länderchefs mit Ausnahme jener von Ungarn, betreffend das Begräbniss von Akatholiken auf katholischen Friedhöfen, die Benützung des katholischen Geläutes und die Begleitung der Leiche eines Akatholiken durch katholische Seelsorger.

Unter Beziehung auf mein Schreiben vom 25. Jänner 1856, Z. 1371. C. U. M. über die Ausführung der einzelnen Bestimmungen des Concordates, lasse ich weitere denselben Gegenstand betreffende Weisungen nachstehend folgen:

Nach Artikel XXXIV. des zwischen Sr. k. k. Apost. Majestät und Sr. Heiligkeit dem Papste abgeschlossenen Concordates soll alles das, was die kirchlichen Personen und Sachen betrifft und wovon in den vorhergehenden Artikeln keine Meldung gemacht ist, nach der Lehre der Kirche und ihrer in Kraft stehenden, von dem heiligen Stuhle gutgeheissenen Disciplin geleitet und verwaltet werden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass zu den kirchlichen Sachen auch die katholischen Friedhöfe und die Kirchenglocken gehören und dass daher den hochwürdigsten Bischöfen freisteht, hinsichtlich ihrer nach den Vorschriften der Kirche zu verfügen, welche sie nur für den Gebrauch derjenigen bestimmen, die in der kirchlichen Gemeinschaft gelebt haben.

Mit der Geltendmachung diesser Berechtigung, stellen sich die bisherigen politischen Verordnungen über die Benützung der katholischen Friedhöfe und Glocken bei der Beerdigung von Akatholiken als unvereinbar dar. Die diesfälligen Vorschriften gingen von dem Grundsatze aus, dass die Errichtung gemeinschaftlicher Friedhöfe für Katholiken und Akatholiken zu begünstigen sei und ordneten dort, wo keine gesonderten Friedhöfe für Katholiken und Akatholiken bestanden, ein gemeinschaftliches Begräbniss derselben an.

Der freien Willkühr der Parteien war es in diesem Falle überlassen, ob sie den Friedhof unter sich strichweise vertheileu, oder der Reihe nach, ohne Unterschied der Religion begraben sein wollten, und es sollten, wenn hierüber kein Einverständniss erzielt werwerden konnte, die Leichen der Reihe nach beerdigt werden. Es sollte den Akatholiken ferneres gestattet sein, sich bei den Begräbnissen ihrer Glaubensgenossen des katholischen Geläutes zu bedienen und der Seelsorger der Confession, welcher der Verstorbene angehört hatte, war für berechtigt erklärt, die Leiche auf dem katholischen Friedhofe einzusegnen. Befand sich kein Geistlicher der gleichen Confession im Orte und konnte kein solcher aus der Nähe herbeigeholt werden, so sollte der katholische Seelsorger die Leiche des Akatholiken zu Grabe geleiten.

Von diesen Anordnungen hat es fortan abzukommen und es werden an ihrer Stelle in Folge allerhöchster Ermächtigung von dem Herrn Minister des Cultus im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium des Innern folgende Normen zur Darnachachtung vorgezeichnet:

1. Auf den Gebrauch der Glocken der katholischen Kirchen haben Akatholiken in der Regel keinen Anspruch. Sollte ausnahms-

weise ein solcher auf Grundlage besonderer Privatrechtsmittel behauptet werden, so wäre im Falle eines Streites hierüber die Erhebung zu pflegen, im Einvernehmen mit dem Ordinariate eine Ausgleichung zu versuchen und falls eine solche nicht gelänge, die Angelegenheit anher zur Entscheidung vorzulegen.

2. Was die Friedhöfe anbelangt, so ist vor Allem auf Gemeinsamkeit derselben für Katholiken und Akatholiken nicht nur nicht zu dringen, sondern vielmehr bei jedem sich darbietenden Anlasse dahin zu wirken, dass für akatholische Gemeinden entweder eigene Friedhöfe neu errichtet werden, oder dass, wo hierauf ein billiger Anspruch bestehen sollte, ein Theil des vorhandenen gemeinsamen Friedhofes förmlich abgetrennt und der akatholischen Gemeinde zu ihrem ausschliesslichen Gebrauche übergeben werde. Diese Theilung ist im commissionellen Wege zu vermitteln und die Beilegung der sich hiebei allenfalls ergebenden Streitigkeiten in gütlicher Weise zu versuchen. Gelingt es nicht, die Theilung auf diesem Wege zu Stande zu bringen, so ist die Verhandlung gleichfalls hieher zur Entscheidung vorzulegen, bei welcher Entscheidung darauf Rücksicht genommen werden wird, falls Ansprüche privatrechtlicher Natur geltend gemacht werden sollten, deren Austragung vor dem ordentlichen Richter den Parteien vorzubehalten.

3. An jenen Orten, wo ein eigener Friedhof für Akatholiken nicht besteht, wird zwar, insolange ein solcher nicht hergestellt werden kann, die Beerdigung akatholischer Leichen auf dem katholischen Friedhofe zu geschehen haben. Es ist jedoch über Begehren der Pfarrgeistlichkeit und im Einvernehmen mit derselben ein dem Bedürfnisse angemessener Theil desselben als Begräbnissplatz für Akatholiken abzusondern.

4. Wo eine akatholische Gemeinde einen eigenen Friedhof besitzt, sind die Leichen jener Personen, welche ihr angehört haben, nur auf diesem zu begraben. Eine Ausnahme hievon könnte nur dann stattfinden, wenn einzelne Glieder der Gemeinde in so grosser Entfernung von dem Orte der Hauptgemeinde, in welcher sich der Friedhof befindet, gestorben sind, dass die Uebertragung der Leichen dahin nicht ausführbar erscheint. In einem solchen Falle wird zwar die akatholische Leiche auf dem katholischen Friedhofe zu beerdigen sein, es müsste jedoch über Begehren der Pfarrgeistlichkeit der hiezu verwendete Raum ausgeschieden werden.

5. Dasselbe hat in jenen Fällen zu gelten, wo es sich um das Begräbniss vereinzelnt, in Mitte der katholischen Gemeinde lebender, oder auf der Reise verstorbener Akatholiken handelt.

Es versteht sich von selbst, dass es den Akatholiken völlig frei steht, auf ihren eigenen Friedhöfen, sei es, dass solche ursprünglich für sie hergestellt worden sind, oder dass in Folge der Theilung des bestehenden gemeinsamen Friedhofes ein Theil desselben ihnen übergeben worden ist, die Beerdigung nach ihren religiösen Gebräuchen vorzunehmen. Wo aber ein Theil des katholischen Friedhofes zur Beerdigung akatholischer Leichen in Ermangelung eines eigenen Friedhofes für dieselben bestimmt worden ist, ohne dass eine förmliche Theilung stattgefunden hätte, hat sich der akatholische Seelsorger, wenn er die Leiche zu Grabe geleitet, nach den für die Beerdigung von Akatholiken auf katholischen Friedhöfen bestehenden Vorschriften zu benehmen und die Beerdigung hat ohne Gesang und Leichenrede zu geschehen. Dem katholischen Seelsorger kann es aber in keinem Falle zugemuthet werden, die akatholische Leiche, sei es auch ohne Zeichen seines kirchlichen Amtes, zu Grabe zu begleiten.

Von diesen Bestimmungen 1—5, nach welchen sich die politischen Behörden, wenn ihre Intervention in Anspruch genommen wird, zu benehmen haben werden, sind die Ordinariate überall, wo die Eingangs erwähnten älteren Verordnungen in Anwendung gekommen sind, und sich daher voraussichtlich in Beziehung auf die vorliegende Frage Schwierigkeiten ergeben dürften, in Kenntniss zu setzen und es ist dabei die Erwartung auszusprechen, dieselben werden, so lange nicht jener Zustand hergestellt ist, welcher es gestattet, die Beerdigung von Akatholiken auf katholischen Friedhöfen völlig auszuschliessen, in den dieselben betreffenden Angelegenheiten mit Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse vorgehen und zur Behebung jener Schwierigkeiten, welche hierbei unvermeidlich sind, bereitwillig die Hand bieten.

β. Schreiben des k. k. Ministers für Cultus und Unterricht Leo Grafen von Thun an sämmtliche Herrn Länderchefs de dto. 25. Jänner 1856, Z. 1371 ex 1855: . . . . Der Artikel XXXIV. erklärt im Allgemeinen, dass dasjenige, was die kirchlichen Personen und Sachen betrifft, nach der Lehre und Disciplin der Kirche zu leiten und zu verwalten sei. Zu den kirchlichen Sachen gehören unzweifelhaft auch die von der Kirche geweihten Friedhöfe. Dennoch wird in Zukunft auch in Betreff von Verfügungen, welche sich auf diese beziehen, von den politischen Behörden nicht einseitig, sondern nach den Eingangs aufgestellten Grundsätzen vorzugehen sein.

Et ista principia, de quibus hic sermo, exposita sunt in ejusdem Ministerii Ordinatione a nobis sub littera α. adducta.

γ. Cultus-Ministerial-Schreiben vom 8. Mai 1857, Z. 624. C. U. M. an den Fürst-Erzbischof von Olmütz, betreffend die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses: . . . Es ist aus Anlass der Concordatsverhandlungen mit dem heiligen Stuhle auch dasjenige zur Sprache gekommen, was in der österreichischen Gesetzgebung über die Begräbnisse der Akatholiken mit der bestehenden Kirchendisciplin nicht vereinbar war; mein Erlass vom 21. Mai 1856 verfügte die Abstellung des fernerhin Unzulässigen, nachdem die Ueberzeugung gewonnen war, dass die Wünsche des heiligen Stuhles mit dieser Verfügung befriedigt sein würden.

δ. Cultus-Ministerial-Schreiben vom 9. October 1857, Z. 161. C. U. M. an den Cardinal Fürst-Erzbischof von Prag, betreffend die Einsprache des böhmischen Episcopates gegen das Beten und Segnen akatholischer Seelsorger bei Leichenbegängnissen auf katholischen Friedhöfen: . . . Der heilige Stuhl hatte der Regierung vorstellen lassen, dass in den hierlands über die Beerdigung akatholischer Personen bestehenden gesesetzlichen Anordnungen Manches vorkomme, dessen Beseitigung in Anspruch genommen werden müsse; dahin wurde gezählt:

a. Das Begräbniss der Katholiken und Protestanten auf einem gemeinsamen Friedhofe;

b. Das Geläute der Glocken der katholischen Kirche bei Beerdigungen von Protestanten;

c. Die Begleitung der Leiche eines Protestanten durch den katholischen Seelsorger.

Die kais. Regierung hat hierauf dem heiligen Stuhle die Versicherung ertheilt, dass keinem katholischen Seelsorger werde zugemuthet werden, das Leichenbegängniss einer akatholischen Person zu begleiten oder bei den Leichenbegängnissen der Akatholiken die Glocken der katholischen Kirche läuten zu lassen. Zugleich ist die Zusage gemacht worden, die kais. Regierung werde, in wie weit es ihr möglich ist, Fürsorge treffen, dass für die Bestattung der Leichnahme akatholischer Personen entweder abgesonderte Friedhöfe oder auf den katholischen Friedhöfen abgesonderte Begräbnissplätze ausgemittelt werden. Mit diesen Zugeständnissen hat sich der päpstliche Stuhl zufriedengestellt und somit erscheint diese Angelegenheit durch gegenseitiges Einvernehmen grundsätzlich beglichen.

ε. Cultus-Ministerial-Erlass vom 6. Jänner 1858, Z. 1795—1757. C. U. M. an den Fürst-Erzbischof von Olmütz: . . . Wie ich E . . . bereits unter dem 8. Mai 1857, Z. 1449. C. U. M. anzudeuten die Ehre hatte, ist aus Anlass der Concordatsverhandlungen mit dem

heiligen Stuhle dasjenige zur Sprache gekommen, was in der österreichischen Gesetzgebung über die Begräbnisse der Akatholiken mit der bestehenden Kirchendisciplin nicht vereinbar war. Der heilige Stuhl hat sich mit der Zusicherung der Regierung vollkommen zufrieden gestellt, sie werde nach Möglichkeit Sorge tragen, dass für die Leichname der Akatholiken entweder abgesonderte Friedhöfe oder auf den bestehenden Commun-Friedhöfen abgesonderte Plätze angewiesen werde.

ζ. Cultus-Ministerial-Erlass vom 11. September 1860, Z. 1590. C. U. M. an den Cardinal und Fürst-Erzbischof in Wien, betreffend die Bestattung einzelner Protestanten auf katholischen Gottesäckern.

Mit Beziehung auf die schätzbare Zuschrift vom 4. September 1860, Z. 2162/pr. habe ich die Ehre E . . . . zu eröffnen, dass mir schon im Wege des Ministeriums des Aeussern unter dem 2. August 1860, Z. 9255 über das Decret der S. Cong. Officii vom 25. April 1860 betreffend die Bestattung einzelner protestantischen Glieder katholischer Familien auf katholischen Friedhöfen, eine Mittheilung des kaiserlichen Botschafters bei dem heiligen Stuhle zugekommen war, welche die Bedeutung der in diesem Decrete erwähnten sepulchra particularia ausser Zweifel zu stellen geeignet sein dürfte.

Der Botschafter berichtet, dass er in Folge der ihm von dem Ministerium des Aeusseren ertheilten Weisung bemüth war, das Zugeständniss zu erlangen, dass die unter dem 30. März 1859 für die Familiengrüfte bereits zugestandene Toleranz auch auf die sogenannten eigenen Gräber ausgedehnt werde. Die S. Cong. Officii hat auf Grundlage eines vom Freiherrn von Bach in dieser Richtung abgefassten Promemoria die Angelegenheit in Erwägung gezogen und ihr Gutachten in nachstehender Weise formulirt: So sehr die Kirche wünschen muss, dass in Bezug auf die Beisetzung von Akatholiken auf katholischen Friedhöfen die allgemeine Ordnung der kirchlichen Vorschriften hergestellt werde, so waltet doch mit Rücksicht auf die eigenthümlichen in Oesterreich bestehenden Verhältnisse kein Anstand ob, die für Familiengrüfte für zulässig erachtete Toleranz auch auf die sogenannten eigenen Gräber katholischer Familien auszudehnen und zu gestatten, dass auch in diesen akatholische Angehörige der Familie, für welche selbe bestimmt sind, begraben werden.

Nach dem weiteren Inhalte des von dem kaiserlichen Botschafter hierwegen erstatteten Berichtes hat der heilige Vater dies Gutachten der Congregation genehmigt und den Staatssecretär beauftragt, den Apostolischen Nuntius in Wien in diesem Sinne behufs

der Verständigung des österreichischen Episcopates und namentlich E . . . zu instruiren.

Has et plures alias ejusdem fere tenoris ordinationes ministeriales per extensum invenies descriptas in Archivo Vol. XXV. pg. 127 et seq.

Tempore novissimo, ab emanatione nempe legum sic dictarum fundamentalium — quod tempus ad tertiam divisionis nostrae numeramus periodum — sequentia quoad sepulturam ecclesiasticam invenimus statuta:

1. Gesetz vom 25. Mai 1868, R. G. B. Nr. 49, wodurch die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden. Gültig für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. Tit. V. in Beziehung auf die Begräbnisse. Art. XII: Keine Religionsgemeinde kann der Leiche eines ihr nicht Angehörigen die anständige Beerdigung auf ihrem Friedhofe verweigern: 1. Wenn es sich um die Bestattung in einem Familiengrabe handelt oder wenn 2. da, wo der Todesfall eintrat oder die Leiche gefunden ward, im Umkreis der Ortsgemeinde ein für Genossen der Kirche oder Religionsgenossenschaft des Verstorbenen bestimmter Friedhof sich nicht befindet.

2. Erlass des Ministers für Cultus und Unterricht vom 1. August 1870 auf die Frage des f. e. Consistoriums zu Wien, ob durch den Art. XII. des Gesetzes vom 25. Mai 1868 über die interconfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger der Bestand der seit dem kaiserlichen Patente vom 5. November 1855 über die Leichenbestattung erflossenen Vorschriften alterirt sei, oder ob es noch derzeit dem Gesetze entspreche, wenn auf katholischen Friedhöfen nicht nur für die Bestattung von nicht katholischen Christen, sondern auch solcher Katholiken, die zufolge des Kirchengesetzes des kirchlichen Begräbnisses nicht theilhaftig werden sollen, eigene Begräbnissplätze ausgesondert werden: »es gehe nach den Staatsgrundgesetzen nicht an, dass die Regierung die Befolgung kirchlicher Vorschriften erzwinge, wobei sie es übrigens nicht hindere, dass die kirchlichen Organe durch Anwendung der ihnen eigenthümlichen Mittel die Vollziehung solcher Vorschriften anstreben, wenn nur dabei hinsichtlich der Leichenbestattung die Grenzen einer anständigen Leichenbestattung eingehalten werden, indem eine solche nicht katholischen Personen auf katholischen Friedhöfen gesetzlich verbürgt ist, sonach um so weniger den Katholiken verkümmert werden darf[1]).

1) Archiv Vol. XXV. pg. 122.

Ita legislatio patriae nostrae quoad sepulturam ecclesiasticam.

Si leges periodi primae atque tertiae comparantur, cuilibet acsi leges temporis nostri descriptae essent ex periodo prima, adparebit. Et tamen est discrimen inter legislationem periodi primae et tertiae.

In periodo prima regimen civile ordinationum suarum executionem aperte urgebat disponendo de s. Ecclesiae ritibus, uti de re suae jurisdictioni subjecta. Hic s. Ecclesiam tractandi modus erat quidem deplorandus, attamen illis temporibus, ubi nulla alia agnoscebatur potestas nisi caesaris, correspondens.

In periodo tertia, licet leges fundamentales s. Ecclesiae plenissimam concedant libertatem, hae ipsae leges eam magis contemnunt, quam legislatio periodi primae, quae saltem judaeos atque Muhamedanos a sepultura ecclesiastica exclusos esse declaravit, quum e contra nostris temporibus nemini in coemeterio catholico sepultura possit denegari.

Et hoc tempus vocant tempus libertatis!

»Nihil est enim liberale, quod non idem justum.« De Off. lib. I.

»Sed justitiae primum munus est: ut ne cui quis noceat, nisi lacessitus injuria.« De Off. Lib. I.

»Fundamentum autem justitiae est fides: id est dictorum conventorumque constantia et veritas.« De Off. Lib. I.

Haec Cicero de tali libertate!

Et etiam temporibus Ecclesiae sanctae nostra in patria faventibus, tempore scilicet Concordati, 5. Novembris 1855 cum s. Sede initi, s. Ecclesiae jura hac in re contemnebantur, quia ut ex praecedentibus elucet, per ordinationes ministeriales asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae in coemeterio catholico erant sepeliendi, licet s. Ecclesiae ministri nullo modo cogerentur ad funus hominis acatholici sacris cohonestandum ritibus.

Et talis regiminis Austriaci procedendi hac in re modus mirus esse videtur, quoniam ex tenore totius concordati elucet, regiminis, praeprimis vero Imperatoris nostri pientissimi nec non clementissimi Francisci Josephi seriam fuisse voluntatem, s. Ecclesiae jura ex asse servandi et quomodocunque violata resarciendi.

Hoc explicari potest partim ex dissensu canonistarum de licentia acatholicos in coemeterio catholico sepeliendi disputantium, partim vero e falsa suppositione, acsi locus, ubi sepeliuntur fideles, non ad sepulturam pertineret ecclesiasticam.

Hoc modo labente tempore asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae, reclamante s. Ecclesia, in coemeteriis catholicis sepeliebantur sepeliunturque usque adhuc.

De hac jurium s. Ecclesiae violatione varii sentiebant varie. Erant atque sunt usque adhuc nonnulli, qui sepulturam asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae in coemeterio catholico ita perhorrent, quominus illud pollutum censeant consequenterque exposcant, ne sepeliantur fideles tali in loco, donec corpus haeretici hominis extrahatur coemeteriumque pollutum reconcilietur. Alii oppositam sententiam defendentes docent, asseclas confessionis Augustanae vel Helveticae, uti caeteros fideles, in coemeterio catholico licite sepeliri posse, quin talis sepultura tangeret characterem coemeterii sacrum.

Provocantes ad II. juris regulam Quinto Decretalium annexam: Dubia in meliorem partem interpretari debent, nec non ad regulam XV. in VI.: Odia restringi et favores convenit ampliari, in hoc tractatu nostro, posita prius veritate: *locum, ubi sepeliuntur fideles, pertinere ad notionem sepulturae ecclesiasticae*, in tutum, ex fontibus limpidissimis demonstrabimus: *per sepulturam asseclarum confessionis Augustanae vel Helveticae in coemeterio catholico per vim extortam, quamvis hoc modo sanctae matri Ecclesiae vis inferatur atque inviolabilia sacratissimaque ejus jura laedantur, coemeterium charactere suo sacro per talem sepulturam non exui, seu ut utamur verbis in jure usitatis, non pollui.*

I.

Locus, in quo sepeliuntur fideles, pertinet ad notionem sepulturae ecclesiasticae eo sensu, uti caeteri in sepeliendis fidelibus a. s. Ecclesia praescripti ritus.

Ad demonstrandam thesin propositam provocamus:

1. Ad Rituale Romanum, quod sub tit. De exequiis, ita statuit: »Sacerdos caeremonias ac ritus, quibus ex antiquissima traditione et Summorum Pontificum institutis sancta Mater Ecclesia catholica in filiorum suorum exequiis uti solet, tamquam vera religionis mysteria christianaeque pietatis signa et fidelium mortuorum saluberrima suffragia, parochi summo studio servare debent atque usu retinere.«

Hoc praeludio finito enumerat dictum Rituale Romanum normas in exequiis sacratissime a sacerdotibus observandas et adhortationem suam hisce concludit verbis: »Caeterum nemo christianus in communione fidelium defunctus, extra ecclesiam, aut coemeterium rite benedictum sepeliri debet: sed si necessitas cogat ex aliquo eventu aliquando ad tempus aliter fieri, curetur, ut quatenus fieri poterit, corpus in locum sacrum quamprimum transferatur, et interim semper crux capiti illius apponi debet ad significandum, illum in Christo requievisse.«

Si ergo juxta verba citata nemo fidelium extra locum benedictum debet requiescere, imo si alibi fuerit sepultus, in locum benedictum ut transferatur, necesse; quis non videt, coemeterium pertinere ad nationem sepulturae ecclesiasticae?

Thesin propositam demonstrat:

2. Usus loquendi, juxta quem dare alicui sepulturam ecclesiasticam idem significat ac sepeliri in coemeterio.

Sequentia loca ex jure nostra confirmant verba:

a. c. 20. in VI. (V. 11): »Is cui est ecclesiae interdictus ingressus (cum sibi per consequens censeatur in ipsa divinorum celebratio interdicta) irregularis efficitur, si contra interdictum hujusmodi divinis in ea se ingerat, in suo agens officio sicut prius. Talis quoque si hoc interdicto durante decedat, *non debet in ecclesia vel coemeterio ecclesiastico (nisi poenituerit) sepeliri.* Sane sicut excommunicatio, sic ab officio vel ab ingressu Ecclesiae lata suspensio, aut ipsius effectus, per appellationem sequentem minime suspenduntur.«

Quid sequitur exinde? Poena interdicti consistit inter caetera in denegatione sepulturae ecclesiasticae. Si ergo dictum caput Decretalium de tali loquitur poena et hominem interdictum in ecclesia vel coemeterio sepelire vetat, revera locus, ubi sepeliuntur fideles, necessarie ad notionem sepulturae ecclesiasticae pertinet.

b. Cp. Parochiano 14. de sepulturis: »Parochiano tuo, qui excommunicatus pro manifestis excessibus, videlicet homicidio, incendio, violenta manuum injectione in personas ecclesiasticas, ecclesiarum violatione vel incestu fuit, dum ageret in extremis, per presbyterum suum juxta formam Ecclesiae absolutus, *non debent coemeterium et alia ecclesiae suffragia denegari*: sed ejus haeredes et propingui, ad quos bona pervenerunt ipsius, ut pro eodem satis faciant, censura sunt ecclesiastica compellendi.«

Ex textu apparet, locum ubi sepeliuntur fideles, revera pertinere ad notionem ecclesiasticae sepulturae, quia in citata Decretali Gregorius IX. coemeterium primo ponit loco et tum per conjunctionem conjunctivam alios ecclesiasticos ritus illi adjungit.

c. Cp. 2. de Haereticis in VI.: »Quicunque haereticos, credentes, receptatores, defensores vel fautores eorum scienter praesumpserit ecclesiasticae tradere sepulturae, usque ad satisfactionem idoneam excommunicationis sententiae se noverint subjacere. Nec absolutionis beneficium mereantur, *nisi propriis manibus publice extumulent* et projiciant hujusmodi corpora damnatorum. *Et locus ille perpetua careat sepultura.*«

Si ergo is, qui haereticum ecclesiasticae tradat sepulturae, ab-

solutione sit indignus, donec extumulet sepultum, absque omni dubio locus, ubi sepeliuntur fideles, ad notionem sepulturae ecclesiasticae pertinere debet.

Pro thesi proposita pugnant:

3. S. Patrum effata eorumque hac in re agendi ratio.

a. Tertullianus de Idololatria Cp. XIV. »Sed etsi non prohibet nos conversari cum idololatris et adulteris et caeteris criminosis, dicens: caeterum de mundo exiretis (I. Cor. 5, 10.) non utique eas habenas conversationis immutat, ut quoniam necesse sit et convivere nos et commiscere cum peccatoribus, item et compeccare possimus. Ibi est commercium vitae, quod Apostolus concedit: ibi peccare, quod nemo permittit. *Licet convivere cum ethnicis, commori non licet* [1]).«

b. S. Cyprianus: »Martialis quoque praeter gentilium turpia et lutulenta convivia: et collegia diu frequentata, *et filios in eodem collegio, exterarum gentium more, apud profana sepulchra depositos et alienigenis consepultos*, actis etiam publice habitis apud procuratorem Ducenarium obtemperasse se idololatriae et Christum negasse contestatus sit.« Epis. 68. ad Clerum et pleb. Hisp. [2]).

c. S. Optatus Milevitanus de schismate Donatistarum lib. III.: »Tunc Taurinus ad eorum literas, ire militem jussit armatum per nundinas, ubi Circumcellionum furor vagare consueverat. In loco Octavensi occisi sunt plurimi, detruncati sunt multi: quorum corpora usque in hodiernum, per dealbatas aras aut mensas potuerunt numerari. Ex quorum numero *cum aliqui in basilicis sepeliri coepissent, Clarus presbyter in loco Subbulensi ab Episcopo suo coactus est, ut insepultam faceret sepulturam.* Unde proditum est, mandatum fuisse fieri, quod factum est: quando nec sepultura in domo Dei exhiberi concessa est [3]).«

d. S. Leo Papa scribens Rustico Narbonensi Episcopo, epist. 90. cp. 7.: »Horum causa — loquitur de haereticis. — Dei judicio reservanda est, in cujus manu fuit, ut talium obitus non usque ad communionis remedium differretur. Nos autem *quibus viventibus non communicavimus, mortuis communicare non possumus.*«

e. Idem S. Leo epist. 91. ad Theodori Episcopi Forujuliensis

---

1) *Tertulliani*, Omniloq. alphab. opera Fr. Caroli Moreau. Edit. Paris. 1658 p. 162.

2) *S. Cypriani*, Opera Edit. Colon. Agrip. 1617 p. 96.

3) *S. Optati Afri*, Milev. Epis. de schis. Donat. lib. 7. Edit. Antverp. 1702 lib. 3. p. 60.

interrogata respondens: »Si autem aliquis eorum — interrogabat nempe Episcopus, quomodo tractandi ii, qui casu fortuito absque reconciliatione cum ecclesia obierint — pro quibus Domino supplicamus, quocunque interceptus obstaculo, a munere indulgentiae praesentis exciderit et prinsquam ad constituta remedia perveniat, temporalem vitam humana conditione finierit: *Quod manens in corpore non receperit, consequi exutus carne non poterit.* Nec necesse est nos eorum, qui sic obierint, merita actusque discutere, cum Dominus, Deus noster, cujus judicia nequeunt comprehendi, quod sacerdotale ministerium implere non potuit, suae justitiae reservaverit: ita potestatem suam timeri volens, ut hic terror omnibus prosit et quod quibusdam tepidis aut negligentibus accidit, nemo non metuat.«

f. Synesii Epistola 58.: Παραινῶ μέν οὖν καί ἰδιώτῃ παντί καὶ ἄρχοντι, μήτε ὁμορόφιον αὐτῷ μήτε ὁμοτράπεζον γίνεσθαι· ἱερεῦσι δὲ διαφερόντως, οἵ μήτε ζῶτας αὐτοῦς προσερεῦσι, μήτε τηλευτήσαντας συμπροπέμφουσιν.

Haec sunt Synesii verba, quae caeteris scripsit Episcopis, Andronico et sociis ejus excommunicatis, ne ullam cum iis habeant communionem, neque viventibus, neque mortuis.

Ad confirmandam thesis propositae veritatem provocamus.

4. Ad doctrinam s. Ecclesiae, manifestatam in conciliis provincialibus novissimis temporibus ubique terrarum celebratis, et quidem in Synodis Galliae:

a. Concilium provinciale Avenionense anno 1849 celebratum in Tit. II. De cultu Dei et Sanctorum Cp. V. de Reverentia locis sacris, tumulis et rebus benedictis debita, num 3.: Sepulchra etiam fidelium decus honoremque suum habere conveniens justumque est. Tumuli enim Christianorum aqua et thure benedicuntur in eisque jacent corpora, quae membra fuerunt Christi et habitaculum Spiritus sancti, et quorum plurima in novissimo die de terra in vitam aeternam surrectura sunt. Curent igitur parochi, ut coemeteria muro sepiantur, ne immundum in eis aliquid committatur, neve animalium incursibus pateant. In medio stet crux, ut pignus futurae resurrectionis. Muro, sepe aut saltem fossa *separetur locus sufficiens ad sepeliendos eos omnes, quibus concedi nequit ecclesiastica sepultura.*

b. Concilium provinciale Remense anno 1849 celebratum, Tit. IX. de Sacramento Extremae Unctionis Cp. III. De sepultura ecclesiastica: Coemeteria catholicorum sepulturis destinata, debent Episcopi vel presbyteri rite deputati benedictione sanctificari. *Distinctus in eis assignandus est locus non benedictus*, sed muro aut sepe aut

effossione a parte benedicta separatus, nisi haec separatio fiat impossibilis; in quo casu recurrendum est ad Episcopum.

c. Concilium provinciale Lugdunense anno 1850 celebratum, ubi in Decr. XXII.: de sepultura cclesiastica sub num. 1. ita: Ea est veneranda Ecclesiae consuetudo, *ut corpora sanctorum in pace sepeliantur, in terra videlicet rite benedicta*, ubi requiescunt, donec veniat beata illorum immutatio et reformentur configurata corpori claritatis Christi.

d. Concilium provinciale Rothomagense anno 1850 celebratum, Decr. XXII. De coemeteriis et exequiis num 1.: Antiqua retineatur consuetudo, qua non solum una quaque fovea, verum coemeteria ipsa benedicuntur. Relinquatur autem absque benedictione pars quaedam repagulis munita, vel aliquo modo distincta, *ubi sepeliri possint ii, quibus juxta praescriptum Ritualis, sepultura ecclesiastica concedi non debet.*

e. Concilium provinciale Senonense anno 1850 celebratum Tit. IV. de disciplina et studiis cp. VII. de Sepultura ecclesiastica: Coemeteria, in quibus crux firmiter stare debet, bene septa, rite benedicta et ab omnibus sordibus aliena sint. *Distinctus assignetur locus non benedictus his, qui sepultura ecclesiastica privandi sunt.*

f. Concilium provinciale Auscitanum anno 1851 celebratum, Tit. III. de Oratoriis cp. IX de exequiis et coemeteriis Decret. CXL. Coemeteria christianorum sepulturae dicata, magna veneratione custodiri debent et a sordibus purgari. In eis crux alta erigatur, hominum transitui non pateant, gregibus pascendis et aliis usibus profanis non inserviant, eorum herbae non vendantur, sed comburantur. Circumdentur muro aut sepe densa cum effossione profunda; coemeteria non sufficienter clausa ut ab eis arceantur animalia, interdicta habeantur; sed interdictum ipsa clausura cessabit. Si contigerit ea pollui aut interdici, clerus corpora solemniter ad ea non deducet, sed omnes ritus in ecclesia perficiantur. *Sit in coemeterio locus distinctus et non benedictus, ubi sepeliantur non baptizati et omnes, quibus sepultura ecclesiastica est deneganda.*

Idem Concilium Decret. CXXXIX.: Secundum antiquam consuetudinem, quantum fieri poterit, corpora ab ipso sacerdote ad tumulum cum publicis orationibus deducentur *sepelienturque in locis ecclesiastica benedictione consecratis.*

Ex Americae conciliis:

a. Concilium plenarium totius Americae Septentrionalis foederatae anno 1852. Decret. III.: Rituale Romanum jam adoptatum a concilio primo Baltimorensi, accurate servandum in sacris muneribus

peragendis, ubique in dioecesibus Statuum foederatorum decernimus, vetantes districte, ne consuetudines ritusve a Romanis alieni introducantur. *Ritus ecclesiasticos nollumus adhiberi in sepultura fidelium; quandoque eorum corpora sepeliuntur in coemeteriis sectarum;* vel etiam in coemeteriis profanis, quando adsunt coemeteria catholica.

b. Concilium provinciale Westmonasteriense I. anno 1852 celebratum, Decretum XXV. de rectoribus ecclesiarum, n. 7: Catholicos vero hortamur, *ut ubique vel coemeteria ritu catholico benedicenda* sibi comparent, vel ubi publica coemeteria sumptibus communibus praeparantur, *partem sibi solis reservari procurent.*

c. Concilium provinciale Quebecense II. anno 1854 celebratum, Decretum XI. de Sacramento Extremae Unctionis §. 3. de sepultura ecclesiastica: 1. Juxta leges canonicas corpora fidelium sepelienda sunt ministerio sacerdotis, Ecclesiae preces et ritus adhibentis. 2. Fideles igitur de hoc ultimo et justo pietatis erga suos officio sollicite provideant. 3. Parochi vero curent, ut cuncta fiant juxta ordinem praescriptum et omnes caeremoniae et preces, quibus sancta mater Ecclesia catholica in filiorum exequiis uti solet, religiose serventur ad normam Ritualis Romani. 4. Coemeteria debent Episcopi vel presbyteri rite deputati, benedictione sanctificare. 5. Sint, ad normam sanctorum canonum, clausa, nullis usibus profanis pateant. 6. *Distinctus in eis assignetur locus non benedictus*, sed muro, aut sepe, aut effossione a parte benedicta separatus, *eis destinatus, qui de jure sepultura ecclesiastica privantur.*

d. Concilium provinciale Halifaxiense I. anno 1857 celebratum, Decretum XXI. De coemeteriis: Non sunt contemnenda et abjicienda corpora defunctorum maximeque justorum atque fidelium, quibus tamquam organis et vasis ad omnia bona opera sanctus usus est Spiritus. s. Aug. de civit. Dei l. 1. c. 13. Hinc pia mater ecclesia *pro inhumatione fidelium coemeteria solemni ritu benedici, sanctificari et consecrari jubet*, ut eorum corpora quietis sedem et ab omni incursione malorum spirituum tutelam habeant.

e. Concilium provinciale Neo-Aurelianense secundum anno 1860 celebratum, Decretum VI.: Vestigiis patrum concilii Baltimorensis plenarii inhaerentes prohibemus sub poena suspensionis, *ne unquam sacerdotes corpora fidelium in sectarum coemeteria comitentur;* nec etiam in coemeteria profana, si in eodem loco reperiantur coemeteria catholica.

f. Concilium plenarium Baltimorense secundum anno 1866 celebratum Tit. VII. de disciplinae uniformitate promovenda Cp. II.

de uniformitate in aliis promovenda num. 392: . . . Praeterea, *si in coemeterio profano separata terrae pars obtineri nequeat, in qua corpora catholicorum exclusive inhumentur*, saltem loculus, ubi cadaver deponitur, benedicatur, ea oratione adhibita, quae in Romano Rituali expresse praescribitur Tit. de exequiis: Deus cujus miseratione animae.

Idem Concilium eodem Titulo et capite n. 388: Ecclesia catholica, ceu pia mater, fidelium suorum filiorum corpora adhuc post mortem officiis tenere prosequitur *eaque ritibus sacris in loco sacro recondit*, donec tuba archangeli mirum spargente sonum resurgent et animis conjuncta ante judicis thronum cogantur. Pro iis vero debito honore reponendis, coemeteria parat ac sacris caeremoniis et precibus consecrat atque ab omni profano usu segregat.

Ex Asiae synodis:

Constitutiones et canones s. Synodi Montis Libani anno 1736. cp. X. de exequiis et sepulturis num. 11.: Nemo christianus in communione fidelium defunctus extra ecclesiam aut coemeterium rite benedictum sepeliri debet. Sed si necessitas cogat ex aliquo eventu aliquando ad tempus aliter fieri, curetur, ut, quatenus fieri poterit, *corpus in locum sacrum quamprimum transferatur*. Nullum cadaver perpetuae sepulturae traditum ex ulla cujusvis ordinis ecclesia exportari liceat, nisi de licentia ordinarii.

Ex Italiae Synodis:

Synodus nationalis Albana anno 1703 celebrata, Pars III. de Episcopis cp. XII. de coemeteriis et sepulturis: Sola nembra Ecclesiae, Spiritus sancti quondam templa, in resurrectionem vitae processura, ecclesiasticae sepulturae digna habentur beneficio, a quo quaevis arcenda sunt profana, quaevis indigna submovenda, ut, quemadmodum debitus honor et cultus exhibendus est ecclesiis, ita et coemeteriis sua quoque conservetur sanctitas ac rependatur religio. Quapropter infideles, haeretici, schismatici, publice excommunicati, qui viventes nec ecclesiam matrem, nec Deum habuerunt Patrem, ab ecclesiasticae sepulturae refrigerio canonicis sunt sanctionibus repellendi; nulla enim participatio justitiae cum iniquitate, nulla societas lucis cum tenebris, nulla illis est in morte communicatio cum fidelibus, quibuscum in vita nolluerunt communicare. Detestabilem quoque consuetudinem aliis publicis peccatoribus, mortuis in iniquitate sua, ecclesiasticam concedendi sepulturam omnino exsecrantes, praecipimus, ne parochi, sub poena suspensionis ab officio *jura sepulturae tam in ecclesia quam in coemeterio sponte ac libere indignis et prohibitis juxta canonicas sanctiones tribuant cadaveribus*, graviores ordinarii

arbitratu poenas subituri, qui per summum simoniacae iniquitatis piaculum pecuniam vel alia dona cujuscunque generis non verebuntur pro execrabili functione exigere aut praetendere.

Ex Germaniae et Austriae conciliis:

a. Concilium provinciale Viennense anno 1858 celebratum, in quo Tit. VI. de cultu divino publico et pietatis christianae operibus cp. XV. de coemeteriis ita: coemeterium Christi fidelium sepulturis destinatum Episcopi vel presbyteri ab eo delegati benedictione initiandum est: quo facto loci religiosi rationem habet et ecclesiastico juri subest. Convenit, ut in quovis coemeterio sacellum adsit decenter instructum, ubi pro animabus fidelium, quorum corpora ibi locorum tubam mire sonaturam expectant, hostia propitiatoria statis temporibus offeratur. Crucifixi certe imago in coemeterii medio emineat. Caeterum cuncta in eo munda, decora gravia. Ut in horti modum componatur, non toleretur. Loci non est, oculis vanam aliquam vitae virentis speciem obtendere, sed mentem erigere ad regem, cui omnia vivunt. *Corpora eorum, quibus sepultura ecclesiastica deneganda est, terrae ita mandentur, ut a loco sepulturis ecclesiasticis destinato sive reservato aut muro aut sepe separati sint.*

b. Concilium provinciale Strigoniense anno 1858 celebratum Tit. IX. De disciplina cp. VI. de coemeteriis et sepultura ecclesiastica: . . . Ut vero ecclesia catholica, sicut teneram suam sollicitudinem, ita filiorum etiam dignitatem evidentius ostenderet: corpora defunctorum suorum fidelium in loco ad hoc specialiter destinato et precibus sacrato sepeliri voluit, donec verbo virtutis Dei ad vitam aeternam in gloria resurrectura sunt. Coemeteria igitur seu loca sacra sollicito studio constituantur et rite cincta contra profanationem sive pascuatione, sive alio modo comittendam, custodiantur . . . . In hoc coemeterio sepeliantur catholici pie in Domino decedentes. Pro iis autem, qui extra communionem ecclesiasticam aut in communione quidem ast in statu gravis peccati notorie decesserunt, ob quod secundum canones *ab ecclesiastica sepultura arcendi sunt, alter constituatur locus nequaquam benedicendus distinctum habens ingressum.*

c. Concilium provinciale Pragense anno 1860 celebratum Tit. III. de cultu divino Cp. XIII. de sepultura ecclesiastica: Ecclesia catholica, pia fidelium mater, etiam decedentes suos non derelinquit. Prout moribundos Sacramentorum praesidio juvat et egredientem de corpore animam deprecationibus et pia commendatione sua commitatur, ita et mortuorum non obliviscens, justa ac debita eis persolvit, dum corpora tamquam templa Spiritus sancti e pulvere aliquando

resuscitanda piis ritibus honorifice in loco sacrato condere, pro salute animarum vero supplicare et sancta offerre sacrificia inde ab antiquissimis temporibus consuevit. Hanc sepulturae ecclesiasticae liturgiam et exequiarum ordinem ad praescriptum Ritualis et Missalis Romani ea devotione et pietate peragant animarum pastores, ut ad aedificationem Christianorum funus commitantium, ad consolationem morientium atque ad salutem defunctorum hujusmodi sepulturae beneficium conferant. Caeterum sequentia in hanc rem monenda et recolenda censuimus: 1. Ecclesia catholica, dum neminem prohibet, ut corporibus suorum pium sepulturae officium pie exhibeat, *de ecclesiastica tamen sepultura, quae in loco sacro sacrisque ritibus peragitur*, tamquam de suo actu et ministerio sacro disponere eamque suis tantum fidelibus exhibere semper solita est. Quicunque vero fide et opere membrum ecclesiae sese exhibuit et in communione ejus defunctus est, christianae sepulturae honorem et beneficium jure meritoque sibi vindicat.

d. Synodus dioecesana Paderbornensis anno 1867 celebrata, Pars III. de disciplina ecclesiastica Sect. II. de disciplina Cleri cp. IX. de parochis n. 3. de coemeterio: Porro parochi etiam singularem curam impendent coemeterio, quippe quod tamquam pars ad ecclesiam parochialem ipsam pertinet. Imprimis curabunt, ut coemeterium apto muro cingatur, ut a profanis usibus arceatur et ut in medio crux elevata sit. Cruces e tumulis deciduae non negligantur vel pedibus proterantur. *Prope coemeterium sit locus separatus non benedictus, ubi sepeliantur infantes sine baptismo defuncti.* Sepultura ecclesiastica etiam privandi sunt infideles, haeretici, apostatae, schismatici et nominatim excommunicati itemque ii, qui se ipsi culpabiliter interfecerunt, qui in duello moriuntur, omnes denique manifesti et publici peccatores et Sacramentorum contemptores, qui sine poenitentia perierunt.

In decretis adductorum conciliorum eademque variis verbis pronuntiata apparet sententia: pro iis, quibus deneganda est sepultura ecclesiastica, locum a coemeterio distinctum non benedictum esse assignandum.

Quid igitur? Si ergo sepultura ecclesiastica et locus non benedictus notiones sunt contrariae, oppositum debet esse verum, seu locus, in quo sepeliuntur fideles, pertinere debet ad sepulturae ecclesiasticae notionem.

Pro veritate thesis in exordio positae certant.

5. Episcoporum ordinationes praeprimis patriae nostrae:

a. Adresse der zu Wien versammelten Erzbischöfe und Bischöfe an Se. k. k. Apostolische Majestät vom 28. September 1867

über den Inhalt des Concordates: . . . . Auch über das Verfahren, welches die Kirche bei Begräbnissen beobachtet, hat man Klagen vorgebracht und sie werden von Zeit zu Zeit wieder hervorgesucht, aber die Ungerechtigkeit derselben ist augenscheinlich. Die katholische Kirche hat niemals irgendwelche Religionsgemeinde gehindert, über ihre eigenen Friedhöfe nach ihren eigenen Grundsätzen zu verfügen und sie verlangt von Niemanden etwas anderes, als dass man auch sie über ihre Gottesäcker nach ihren Grundsätzen verfügen lasse. Bei der Begräbnissordnung kommen auch Gesundheitsrücksichten in Anbetracht und die Staatsgewalt ist berechtigt, in dieser Beziehung Verfügungen zu treffen; über die Vornahme gottesdienstlicher Handlungen zu entscheiden, liegt jenseits ihres Gebietes. *Zudem hat der katholische Friedhof die Rechte einer geweihten Stätte: denn er wird für die Leiber der Gläubigen, welche der Auferstehung harren, durch Gebet und Segnungen ausgesondert.*

b. Olmützer Consistorial-Verordnung Nr. 1835/13 de dto. 6. März 1850 betreffend die Beerdigung der Selbstmörder: Statutis normis in sepeliendis suicidis a Clero observandis, pergit citatum mandatum: Uebrigens kommt zu bemerken, dass nach canonischem Sprachgebrauche das kirchliche Begräbniss nicht blos in jenen Gebeten, Segnungen und Ceremonien bestehe, die nach kirchlicher Vorschrift und Uebung bei der Bestattung der Leichname der Verstorbenen vorgenommen werden, *sondern dass jener liturgische Begriff auch und zwar vorzüglich die Inhumirung an jener Stätte in sich schliesst, die von dem Bischofe oder dem von ihm dazu Bevollmächtigten durch eine eigene Weihe zum Ruheplatz der verstorbenen katholischen Christen gewidmet ist.*

Dieser Umstand ist bei der abgeänderten bürgerlichen Gesetzgebung über die Beerdigung der Selbstmörder unberücksichtigt geblieben, indem die oben bezogene kaiserliche Verordnung die Beerdigung des Leichnames des Selbstmörders in der Stille und in dem Friedhofe veranlasst wissen will und der a. u. Vortrag des Herrn Justiz-Minister vom 18. December 1849 das kirchliche Begräbniss für gleichbedeutend mit der Einsegnung hält.

c. Litterae pastorales Reverendissimi Antistitis Olomucensis de dto. in festo salutiferae Annuntiationis 1857 circa sepulturam ecclesiasticam. Enumeratis, quibus sepultura ecclesiastica est deneganda, pergunt litterare citatae: Quamvis autem supraposita rubrica exactam contineat specificationem eorum, quibus dare non licet *sepulturam ecclesiasticam, ad quam praeprimis spectat locus sepulturae,* nihilominus bene observare juvabit discrimina, per legislationem

ecclesiasticam in hoc negotio, quoad annexas sanctiones poenales stabilita, quarum tenore prohibitiones sepulturae ecclesiasticae ad sequentes categorias reducuntur.

Ad ulteriorem thesis nostrae confirmationem adducere possumus.

6. Canonistarum doctrinam.

a. Bernardi Sannig Universum jus canonicum. Editio Pragae anno 1692 lib. III. Decretalium D. Gregorii Papae IX. Tit. XXVIII. De sepulturis Cp. IV. Varia circa sepulturas resolvuntur n. 1.: Dico primo: *nemini deneganda est sepultura ecclesiastica seu in loco sacro*, iis exceptis, qui ex juris canonici dispositione ea privantur.

b. Petrus Leurenius, Forum beneficiale par. I. qu. 452. n. 1.: Parochus parochianos suos omnes, *quibus sepultura sara conceditur, sepelire debet in ecclesia vel coemeterio parochiali.*

Citatus canonista enarratis verbis, dum parochum eos, quibus sepultura sacra conceditur, in ecclesia vel coemeterio sepeliri jubet, sat aperte indigitat, locum, ubi fideles sepeliuntur, pertinere ad notionem sepulturae ecclesiasticae.

c. Succincta ss. canonum doctrina seu Decretalium Gregorii IX. Pontif. Max. lib. V. olim a R. P. Francisco Schmalzgrueber, nunc a quodam ejus discipulo in Compendium contracta, par. II. Tit. XXVIII. §. V. de personis sepultura sacra indignis, Edit Augustae Videlic. 1747. Quaes. 2. Quid faciendum casu, quo alicui sepultura ecclesiastica concessa fuit, cui illa negari debuit? Rs. 1. Si ossa discerni possunt *exhumari debent*; si non possunt discerni, relinquenda sunt ad vitandam vexationem cadaverum.

Si ergo auctor in coemeterio sepultura ecclesiastica indignum sepultum exhumari docet, apparet, se locum, ubi sepeliuntur fideles, ad notionem sepulturae ecclesiasticae numerare.

Eandem doctrinam iisdem verbis reperies: Clerus saecularis et regularis seu Decretalium Gregor IX. Pont. Max. lib. III. Auctore Francisco Schmalzgrueber. Edit. Dilingae 1726. Lib. III. Tit. 28. de Sepulturis §. V. Qu. 2. Rs. 1. et 2.

d. Lucii Ferraris, Prompta bibliotheca, ver. Sepultura n. 169: *Sepultura ecclesiastica non est a parocho retardanda* seu differenda cadaveribus sub praetextu compositionis Quartae funeralis S. Cong. Ep. et Rg. in Cassanensi 5. Maji 1617. Nec etiam propter jus sepulturae minime solutum, cum nulla ratio patiatur christianaeque pietati repugnans videatur maxime vero ob pecuniarum interesse cadavera insepulta remanere. S. Cong. Ep. et Rg. in Crotoniens. die 17. Sept. 1617.

Citatus auctor loquens de sepultura ecclesiastica, allegat decisiones s. Cong. Ep. et Rg. vetantes, quominus defunctorum corpora insepulta sinantur ob quasdam solutiones et indicat luculenter, notionem sepulturae ecclesiasticae comprehendere et locum, ubi sepeliuntur fideles.

Idem Ferraris eodem loco n. 174: Item notorie excommunicati — scilicet sepultura ecclesiastica carere debent — cp. de communione 1. Caus. 24. q. 2.; cp. Sacris 12. de sepulturis, nisi in articulo mortis signa poenitentiae dederint ac per eos non steterit, quominus fuerint absoluti. In tali enim casu dicti excommunicati etiam post mortem ritu ab ecclesia praescripto absolvi *sicque absoluti in loco sacro sepeliri possunt ac debent.* Cp. a nobis 28. de excom. sent. in VI. Et sic expresse declaravit S. Cong. Ep. et Rg. in Nolana 19. Julii 1619 apud Barbosa lib. 2. jur. eccl. univ. cp. 10. n. 40. et de off. et potest. Parochi par. 3. cp. 26. n. 40.

e. Prosperi Farinacii Ig. Romani, Variarum Quaestionum et communium opinionum criminalium par. VIII. de haeresi Qu. CXCII. §. 3. n. 38.: Regula sit, quod haeretici ecclesiastica sepultura carere debent, nec pro eis orandum est.

Et quod auctor ad sepulturam ecclesiasticam numerat locum, ubi sepeliuntur fideles, apparet ex ejus doctrina, quam tradit, si haereticus sepultura ecclesiastica donaretur, dicit nempe n. 41.: Amplia III. *Ut haeretici sepulti ossa exhumentur*, nec propterea, qui haereticos sepelierunt, ab excommunicatione absolvuntur, nisi sepultorum ossa exhumaverint.

f. Collectanea Decisionum omnes fere casus in tribunalibus Italiae, praesertim S. Conc. Neap. Hispan. Galliae, German. et Polon. decisos ac controversos complectens, Auctore Joanne Aloysio Riccio Edit. Coloniae Allobrog. 1639 par. VI. collec. 2143 super rebus de sepultura: . . . Attamen publice excommunicato in puncto mortis et foro poenitentiali absoluto, sepultura dari potest, maxime si officialis vel vicarii auctoritas intervenerit. Cappel. Tholos. decis. 369.

Contrarium tamen est in eo, qui se occiderit, cadaver enim ejus, qui impias sibi manus intulit, *ecclesiastica sepultura dignum non est, sed inter stercora projiciendum est*, ut fuisse observatum in Ros. Avenion. apud de Laurentiis decis. 123, scribit etiam Franc. Marcus decis. 671. par. 2.

g. Benedictus XIV. De Synodo dioecesana lib. XIII. cp. XVII. n. X.: Porro inter alias plures, videatur constitutio nostra, quae incipit: »nihil profecto« 60 nostri bullarii tom. 1. ubi distincte interdicuntur nonnulla publica spectacula, quae certis in dioecesibus celebrabantur.

Adeatur quoque constitutio, cui initium »Providas Romanorum pontificum« n. 47. tom. 3. nostri bullarii, qua confirmatur praedecessoris nostri constitutio contra sectam de liberi muratori seu des Francs Maçon vocitatam imploraturque adversus eos saecularium principum et potestatum auctoritas. Proderit et percurrere alteram constitutionem cujus exordium est »Detestabilem« editam vulgatamque anno 1752 et in tom. 4. nostri bullarii inserendam, per quam innovantur veteres omnes Praedecessorum nostrorum Constitutiones in detestabilem nimiumque propagatum duellorum abusum atque insuper damnantur quorumdam assertiones, qui, dum rem per se, et ut inquiunt, in abstracto dissentiebant, amplam nimium viam sternebant et ipsi monomachiae perpetrandae et illius reis ad effugiendas poenas in ipsos statutas. Inter cetera vero in eadem decretum est, recensitas inibi poenas, ipso jure et ante omnem judicis sententiam a transgressoribus incurrendas, *eosque ecclesiastica sepultura carere debere* si decedant ex vulnere in duello accepto, quamvis extra locum conflictus ocubuerint obtinuerintque a peccatis simul et censuris absolutionem: *eo plane modo, quo in Lateranensi Concilio cautum fuit, ne in loco sacro tumularentur* ii, qui in torneamentis decedant, licet antequam extremum vitae spiritum ederent, non incerta poenitentiae signa exhibentes, absolutionem retulissent: quodsi quis eorum ibi mortuus fuerit, quamvis ei poscenti poenitentia non negetur, ecclesiastica tamen careat sepultura: uti legitur in cp. Felicis de torneamentis.

h. Kober, der Kirchenbann nach den Grundsätzen des canonischen Rechts: Cp. VI. die rechtlichen Wirkungen der Excommunication §. 4. Die passive Theilnahme am hl. Messopfer und anderen kirchlichen Handlungen. Verweigerung des christlichen Begräbnisses: Neben den bisher namhaft gemachten Wirkungen, welche der Bann in Betreff der Theilnahme an den hl. Handlungen nach sich zieht, ist noch eine andere sehr wichtige zu erwähnen. Diejenigen, welche im Stande der Excommunication ohne Zeichen der Reue gegeben und die Absolution empfangen zu haben, aus diesem Leben scheiden, *sind von der Wohlthat des kirchlichen Begräbnisses ausgeschlossen d. h. ihre Leichname dürfen nicht in geweihter Erde bestattet werden*, alle mit dem christlichen Begräbnisse verbundenen Feierlichkeiten haben zu unterbleiben und die gewöhnlichen Exequien sollen hinwegfallen.

i. Lehrbuch des Kirchenrechts von George Phillips, II. Abth. Bd. V. cp. 3. §. 308. n. 4: Insbesondere sind aber einzelne Verbrechen mit der Strafe des Verlustes des kirchlichen Begräbnisses

bedroht, und zwar . . Selbstmord, Duell, Raub und Brandstiftung, offenkundiger Wucherer; auch Mönche, welche mit Hinterlassung eines Peculiums sterben, *sollen nicht kirchlich begraben werden. Hat das Begräbniss einer Person in geweihten Boden stattgefunden*, welche aus gesetzlichen Gründen davon hätte ausgeschlossen werden sollen, so fordert das canonische Recht, *dass die Leiche wieder ausgegraben werde.*

k. Lehrbuch des Kirchenrechtes von Theodor Pachmann, Edit. Wien 1853. III. Bd. §. 460. das kirchliche Begräbniss p. 6: Im nächsten Zusammenhange mit den Sacramentalien steht das kirchliche Begräbniss — sepultura ecclesiastica — *worunter eigentlich nach kirchlichem Sprachgebrauche die Bestattung einer Leiche in ritueller Form an einem benedicirten Orte zu verstehen ist*, sehr häufig aber auch nur die Bestattung an einem benedicirten Begräbnissplatze verstanden wird.

l. Fessler, der Kirchenbann und seine Folgen, Edit. Wien 1860 p. 13. n. 4: In Folge dessen verliert der Excommunicirte, welcher im Banne unbussfertig dahin stirbt, auch das Recht auf ein kirchliches Begräbniss. Hier hält nämlich die Kirche den ebenso natürlichen als billigen Grundsatz aufrecht: Wer im Leben durchaus nicht zu mir gehören wollte, den kann ich nach dem Tode auch nicht als den Meinigen betrachten und behandeln, somit ihm das kirchliche Begräbniss nicht gewähren. Daraus folgt aber nicht, dass den Excommunicirten überhaupt das Begräbniss verweigert werde, *sondern nur, dass er nicht in der eigens von der Kirche für ihre Mitglieder bestimmten und geweihten Erde*, sondern ausser derselben an einem anständigen Orte, und weiter, *dass er nicht mit den für verstorbene katholische Christen üblichen Gebeten und Ceremonien beerdigt werde.*

m. Aichner, Compendium juris ecclesiastici. Edit. III. 1870, §. 200. n. 3. de coemeteriis et sepulturis, sub 2: Ad christianam sepulturam *duo pertinent: humatio in loco sacro et adhibitio ritus sacri.*

Praeter canonistas pro thesi proposita loquuntur.

7. Alii viri docti:

a. Moratheologie zum Gebrauche für Pfarrer und Beichtväter von M. J. Gousset, übersetzt von Joseph Lennartz, Regensburg 1869. II. Th. cp. VII. Das kirchliche Begräbniss n. 633. ad finem: Die Pfarrer sollen Sorge tragen, *dass auf jedem Kirchhofe sich ein eigener Platz befinde, wohin die ohne Taufe verstorbenen Kinder und*

alle jene beerdigt werden, denen nach canonischem Rechte das kirchliche Begräbniss verweigert werden muss.

b. Gury, compendium Theologiae Moralis. Edit. in German. II. Ratisbonae 1857, Tract. de censuris. n. 4. Qu. 1634 p. 444: Sepultura ecclesiastica ea est, *quae fit in loco sacro seu ad sepulturam fidelium benedicto.*

c. Pastoraltheologie, Joseph Amberger. III. Bd. 2. Abth. §. 245. Kirchliches Begräbniss, n. 1: Die Seelen der Verstorbenen geleitet die Kirche unter Theilnahme der Gemeinde mit Gebet, Opfer und Segnung zum Gerichte Gottes, bis an die Pforten des himmlischen Jerusalem; *ihre Leiber aber zur geweihten Ruhestätte*, aus der sie einst unverweslich hervorgehen werden. *Das ist im Allgemeinen die Bedeutung des kirchlichen Begräbnisses.*

Ibidem n. 3—6: Wennn ein Akatholik in einem katholischen Pfarrbezirke stirbt, so kann derselbe, wenn die Protestanten an diesem Orte einen eigenen Friedhof nicht besitzen, auf dem katholischen Gottesacker begraben werden. Diese Milderung hat die Kirche, durch deren Gesetze *die Beerdigung der ausser ihrer Gemeinschaft Verstorbenen in geweihtes Erdreich — weil diese ein Moment des kirchlichen Begräbnisses — untersagt ist*, eintreten lassen, in weiser Berücksichtigung der Zeitumstände und der politischen Verhältnisse.

d. Handbuch der Pastoral von Andreas Gassner. I. Bd. Edit. Salzburg 1868. p. 292 n. β. *Jedes kirchliche Begräbniss in solchen Kirchen* — Friedhof — loquitur nempe de ecclesia vel coemeterio polluto, *ist untersagt.*,

e. Michael Benger, Postoraltheologie, Edit. Regensburg 1863, III. Bd. IV. Buch. §. 152, n. 7. p. 380: Die mit dem Ernste gepaarte Milde der Kirche zeigt sich auch in der Anwendung kirchlicher Strafen auf Verstorbene. Die Kirche hat nämlich nur solche, welche nie zu ihrer Gemeinschaft gehört haben — Heiden, Juden, Ungetaufte — sondern auch jene, welche treulos von ihr abfallen — Apostaten, Häretiker, Schismatiker — und ausdrücklich von ihr mit Censuren belegt sind — die namentlich Excommunicirten und Interdicirten — oder durch ihren verkehrten, unbussfertigen Sinn und ihr Verbrechen bis zum Tode sich der Theilnahme an den gemeinschaftlichen Gütern der Gemeinde der Heiligen unwürdig gemacht haben, von der Ehre und Gnade des kirchlichen Begräbnisses ausgeschlossen. Aber sie betrachtet die hl. Ruhestätte durch das Begräbniss der tolerirt Excommunicirten nicht als polluirt.

Possemus quidem centena millia effata celeberrimorum jurisperitorum allegare, attamen ne lectorem defatigemus, ulteriores

auctores adducere nobis parcimus, quia quilibet perponderatis in praecedentibus dictis, debet profiteri, locum, ubi fideles sepeliuntur, pertinere revera ad notionem sepulturae ecclesiasticae eo modo, uti caeteros ritus sacros a. s. Ecclesia in fidelibus sepeliendis praescriptos.

Quid igitur? Legislatio civilis, quae falso seducta humanismo, defunctum cujuscunque sit confessionis in coemeterio catholico sepeliri jubet et nihilominus jactatur, se nullo modo ritus s. Ecclesiae in sepultura ecclesiastica praescriptos perturbare velle, dum parochum catholicum non cogit, ut corpus defuncti acatholici pro munere suo sepeliat hacque occasione ritu s. Ecclesiae utatur; haec legislatio nescit revera, quid statuit. Nam tali jussione s. Ecclesiae jura perturbantur illique vis infertur non minus, acsi s. Ecclesiae ministri cogerentur, ut in sepultura acatholici ritus caeterum in sepeliendis fidelibus adhibendos, sumant.

Utinam regimen civile sciret, per jurium s. Ecclesiae perturbationem, perturbari et reipublicae jura!

Quum Febronius suum contra papae potestatem vaferrimum ediderit librum, quem coëvi non mature examinatum deglutiebant, tunc Lessing juxta Juvenalis proverbium: Credite, me vobis folium recitare Sybillae, ita coëvis: »Alle Gründe gegen die Rechte des Papstes gelten doppelt und dreifach den Fürsten selbst. Begreifen kann dies ein Jeder und dass es noch keiner gesagt, mit aller Bündigkeit und Schärfe, die ein solcher Gegenstand gelitten und verdient hätte, unter so vielen, welche den dringendsten Beruf dazu haben, dieses ist seltsam genug und ein äusserst schlimmes Zeichen[1]).«

Utinam civilis potestas sibi persuaderet, quam fidos subditos religio generat christiana non impedita; utinam non ignoraret, religionem christianam caesaris thronum melius fulciri quam militum arma! »Ad pacem vero publicam conservandam vobis plus quam homines cuncti adjutores sumus et opitulatores: qui videlicet docemus, nullum apud Deum tectum esse posse aut maleficum et avarum et insidiatorem aut etiam virtutis studiosum virum; atque unumquemque ad sempiternam vel poenam vel salutem pro factorum suorum meritis contendere. Nam si mortales omnes haec cognita haberent, haudquaquam profecto quisquam pravitatem ad breve tempus quamvis amplecteretur, ad perennem se ignis condemnationem ire sciens, sed potius omnibus se modis cohiberet et virtute condecoraret, ut ea, quae a Deo proveniunt, bona consequeretur et supplicionum tormentis liberaretur. Non enim propter leges et poenas a vobis

1) Histor.-polit. Blätter, 2. Bd. 1849.

constitutas, latere et fallere contendunt, qui injuste agunt: sed quia homines vos esse et falli posse sciant, propterea injuste agunt. Atqui si nossent et persuasum haberent, impossibile esse Deum celare quidquam, nedum factorum, sed ne cogitatorum quidem vel propter impendentes poenas omnino essent in officio, sicuti et ipsi nobis suffragabimini.« Ita s. Justinus Martyr. Apolog. 2. B. p. 59.

Utinam s. Augustinum civilis audiret potestas clamantem: »Felices principes, si suam potestatem ad Dei cultum maxime dilatandum majestatis ejus famulam faciant [1]).«

Dicat ergo civilis potestas quidquid placeat, sit modernis ideis, imprimis falso humanismo quomodocunque inflata, glorietur, quod libertatis sit palladium: quamdiu leges sit latura, ut absque religionis discrimine homines in coemeterio catholico sepeliantur, non agit juste, laedit jura s. Ecclesiae infertque illi vim, quia ipsi, uti societati perfectissimae debet permitti, ut ad finem sibi propositum assequendum opportunis etiam uti debeat mediis et propterea illi derelinquendum, quomodo singula membra in vita et post sint tractanda.

Ut res ita componatur est justum et ab omnibus conscientiosis adlaborandum.

Sed quid, si ita non fiat? Quid dicendum, si spretis s. Ecclesiae legibus, infideles vel vero filii s. Ecclesiae inobedientes in coemeterio sepeliantur catholico?

Hac quaestione ad secundam tractatus hujus pervenimus partem, nempe ad demonstrandum, coemeterium catholicum, in quo asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae sepeliuntur, quamvis hoc agendi modo sacratissima s. Ecclesiae jura laedantur, tamen illud, licet non desint canonistae iique non pauci et caeterum aestimandi contrarium docentes atque praecipientes, charactere suo sacro non exui, seu non pollui.

II.

Quid sentiendum de tumulatione asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae in coemeterio catholico?

Antequam ad quaestionem solvendam accedamus, viam, quam sumus ituri, ostendemus.

Praeprimis monstrabimus, quibus in casibus coemeterium catholicum juxta canonistarum doctrinam universaliter receptam polluitur.

---

1) S. Augustinus, lib. XIV. de civitate Dei.

Posita dein veritate absque omni dubio, ad quaestionem demonstrandam, per sepulturam asseclarum confessionis Augustanae vel Helveticae coemeterium catholicum non pollui, transgrediemur.

Hac in disquisitione nostra duas sententias subjiciemus crisi et quidem:

a. sententiam eorum, qui docent, per sepulturam asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae in coemeterio catholico illud pollui,

b. sententiam eorum, qui contrarium docentes dicunt, coemeterium catholicum nullo modo per sepulturam talem suo privari charactere sacro, imo hodierno tempore asseclas confessionis Augustanae vel Helveticae prorsus uti catholicos esse sepeliendos.

Hoc opere absoluto ad disquisitionem Extravagantis Martini V. »ad vitanda« transibimus simulque ostendemus et absque omni dubio ponemus, tumulationem excommunicatorum toleratorum, quales hodierna die sunt asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae in coemeterio catholico, fieri illicite, attamen tumulatione facta coemeterium suum characterem sacrum non amittere.

A.

Quibus in casibus polluitur coemeterium catholicum?

Quibus ex causis polluitur ecclesia, iisdem polluitur etiam coemeterium. Hoc universaliter receptum.

Propterea coemeterium habetur pollutum:

1. Per homicidium in loco sacro perpetratum. Ita docent ex antiquis: c. 19. dis. 1. de consecr.; Divus Antonin. in Summa part. 3. tit. 12. de consecr. eccl. cp. 6. §. 4.; Zerola in Praxi Episc. verb. pollut. ecc. vers. prim.; Ascanius Tamburinus de jure Abbatum tom 1. disp. 23. qu. 11. n. 1.; Antonius de Escobar et Mendoza in theol. moral. trac. 6.: exam. 4. cp. 4. n. 32. p. 727.; Ludovicus Caspensis in Curs. theol. tom. 2. trac 8. cp. 5. sec. 2. n. 72; Thomas Delbene de Immunit. eccl. tom. 1. cp. 2. dub. 2. sec. 1. n. 2.; Ferdinandus Cast. Palaus tom. 2. trac. 11. disp. 1. punc. 1. n. 1.; Hieronymus Busembaum in Medulla theologiae lib. VI. trac. 3. dub. 4. vers. per factum; Augustinus Barbosa de potest. Episc. par. 2. all. 28. n. 2.; Sannig Univers. jus canon. lib. 3. Decret. Tit. XL. cp. 1. n. 9.; Schmalzgrueber Clerus saec. et regul. seu Decret. Gregorii IX. Pf. Mx. lib. 3. Decret. lib. 3. par. 2. tit. XL. §. III. Quaest. 3.; ex recentioribus: M. J. Gousset, Moraltheologie II. Bd. cp. 6. n. 308 et 311. p. 179. Edit. Regensburg 1869; Phillips, Lehrbuch des Kirchenrechtes II. Abth. Bd. 3. Absch. 3.

cp. 2. §. 229. n. II. p. 706. Edit. Regensburg 1862; Amberger, Pastoraltheologie II. Bd. §. 118. n. 5. p. 963. Edit. Regensburg 1868; Pachmann, Lehrbuch des Kirchenrechts. Edit. Wien 1853. III. Bd. §. 505. die Freithöfe p. 85; Petrus Scavini, Theolog. Moral. Univ. Edit. Mediolan. 1865. lib. 1. trac. 3. Adnot. Qu. 671. p. 439.

2. Per humani sanguinis effusionem violentam in loco sacro factam. Ita docet Glossa in Cp. Proposuisti de consecr. Eccl. et in cp. si Ecclesia in fin. in VI.; Divus Antonius in Summa par. 3. tit. 12. cp. 6. §. 4; Azorius Inst. Moral. par. 2. lib. 9. cp. 5. qu. 1. vers. secundo polluitur; Tamburinus de jure Abbat. tom. 1. disp. 23. qu. 11. n. 1.; Pellizarius in Manuali Regularium tom. 2. trac. 8. cp. 5. sec. 2. n. 72; Thomas Delbene de Immunit. eccl. tom. 1. cp. 2. dub. 2. sec. 2. n. 1; Lazana in Summa QQ: Regul. tom. 2. par. 3. verb. Ecclesia n. 12; Pax Jordanus vol. 1. de re sacra lib. V. tit. 12. n. 4; Antonius de Escobar et Mendoza in Theolog. Moral. trac. 6. exam. 4. cp. 4. n. 32. p. 727; Augustinus Barbosa de Potest. Episcop. par. 2. all. 28. n. 2. Sannig, Univ. jus canon. lib. 3. Decr. Tit. 40. cp. 1. n. 8.

3. Locus sacer per quamcunque humani seminis effusionem in loco sacro factam censetur pollutus. Diximus per quamcunque humani seminis effusionem, sive illa ordine fiat a natura praescripto ad humanam propagationem necessario, sive contra illum per mollitiem scilicet, sodomiam aut bestialitatem, sive a fideli, sive a pagano, sive a judaeo. Ita docent: Jacob. de Graffis in Decissionibus aur. par. 1. lib. 2. cp. 48. n. 26.; Joannes Azorius, Instit. Moral. part. 2. lib. 9. cp. 5. qu. 1; Aegidius Coninck de Sacram. par. 1. qu. 83. art. 3. dub. 1. n. 229; Joannes Bap. Lezana in Summa QQ. Regular. tom. 2. par. 3. verb. Ecclesia. n. 12; Ludovicus Caspensis in Curs. tholog. tom. 2. trac. 23. disp. 3. sec. 3. n. 71; Pax Jordanus Vol. I. de re sacra lib. V. tit. 12. n. 103 et 110; Augustinus Barbosa de potestat. Episc. par. 2. all. 28. n. 42.; Ugolinus de Off. Episc. cp. 29. §. 3.; Passerinus de pollut. Eccles. disp. 7. cp. 1. Sannig, Univ. jus. canon. lib. 3. Decret. tit. 40. cp. 1. n. 10.

4. Coemeterium polluitur per humationem cadaveris profani. Profanum cadaver vocant canonistae corpus cujuslibet pagani, non baptizati, haretici denuntiati excommunicati, et fidelis excommunicati etiam denuntiati, sive corpus sit viri, sive feminae, sive infantis, aut pueri sive adulti. Hanc doctrinam tradit: Divus Antonius in Summa par. 3. tit. 12. cp. 6. §. 4; Navarrus tom. 2. Consiliorum lib. 5. de haereticis cons. 10. ad 4. Quaest. in II. Edit. fol. 377; Emmanuel Sa verb. Ecclesiae n. 15. et 16; Joannes Azorius, Instit. Moral.

par. 1. lib. 10. cp. 26. qu. 13. vers. 3. et vers. quarto modo; Antonius Naldus in Summa verb. Ecclesia n. 29; Jacobus Gordonus in Theolg. Moral. tom. 2. lib. 6. qu. 9. cp. 4. n. 16; Castrus Palaus par. 2. Operis Moral. trac. 11. disp. unic. punc. 1. n. 1. in fine; Franciscus Pellizzarius in Manual. Regular. tom. 2. par. 1. trac. 8. cp. 5. n. 72; August Barbosa de Off. et Potest. Episc. part. 2. all. 28. n. 52. et 53; Pax Jordanus vol. 1. de re sacra lib. 5. tit. 12. n. 117; Ascanius Tamburinus de Jure Abbatum. tom. 1. disp. 23. qu. 11. n. 3. et 4; Suarez tom. 3. in III. Part. Disp. 81. sec. 4. verb. Quarta causa; Martinus Bonacina tom. 1. de matrim. qu. 4. punc. 19; Sannig, jus canon. lib. 3. Decret. tit. 40. cp. 1. n. 11. et 12.

Caeterum requiritur facti notorietas.

Ad finem properantes commonere debemus, quos hodierna die quoad sepulturam ecclesiasticam esse tractandos uti excommunicatos vitandos. Hoc pulcherrime explicat Ubaldus Giraldi in suo libro: Expositio juris pontificii par. 1. Ex lib. 3. Decret. tit. 40. de consecrat. Eccles. et Altaris Sec. DC. p. 424. Editio Romae 1769: Siquidem — ita citatus auctor — ut antiquiora omittam, juxta concilium Basiliense sess. 20. et Bullam Leonis X. de Concordatis, approbatis etiam in Conc. Lateranensi V. ii omnes pro vitandis habendi erant, quos notorie in majoris excommunicationis sententiam constiterat incidisse. Praevaluit nihilominus ex consuetudine praxis, ut ii tantum pro vitandis haberentur, qui juxta articulum VIII. ex Concordatis a Martino V. cum natione Germanica post Sess. XLIII. Concilii Constantiensis incip: »Insuper ad vitanda.«

a. a judice ecclesiastico nominatim publicati sunt excommunicati et tales specialiter vel expresse declarati;

b. item ii, quos ob sacrilegam manuum injectionem in clericum adeo notorie constat incurrisse sententiam latam in can. si quis suadente diabolo, ut factum non possit aliqua tergiversatione celari nec aliquo juris suffragio excusari.

c. quibus Benedictus XIV. addidit decedentes in Duello vel etiam extra locum conflictus ex vulnere in eo recepto, licet non declarati fuerint vitandi. Constitutio »Detestabilem« de die 10. Novembris 1752 §. XI.

Haec est doctrina universaliter recepta canonistarum [1]).

Sed sunt canonistae aevi antiqui et recentioris, qui quin dis-

1) Vide Petrus de Murga, Disquisitiones Morales et canonicae, Edit. Lugduni 1666.

crimen facerent haereticum inter toleratum et vitandum, docent, per sepulturam haeretici etiam non qualificati, coemeterium suo charactere sacro exui. Et de his nunc nobis erit sermo.

B.

De doctrina eorum, qui coemeterium per sepulturam asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae pollutum esse docent.

Tres praeprimis sunt doctores, qui pro polutione coemeterii per sepulturam asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae stant, quorum in verba jurant plures alii.

1. A. R. Claudius Lacroix, Theologia Moralis, Edit. Venetis 1732 in lib. VII. de excommunicatione n. 258. §. 23. p. 484: Cp. sicut, et §. si autem de haeret., cp. Sacris 12. de sepultur. et alibi prohibetur ne haeretici loco sacro sepeliantur: et si fiat, locus talis sepulturae redditur in perpetuum profanus. Putant quidem Nav. Lugo de fide d. 14. n. 159. et alii multi apud Gob. n. 27. ista intelligi de haereticis nominatim denuntiatis seu vitandis, sed contradicunt alii cum Krim. n. 656 et 1915. si notorie recedant in haeresi nam si haeresis sit formalis et externa, proprie sunt haeretici. Licitum tamen est haereticum et excommunicatum sepeliri loco profano, ne cadaver inhumatum aërem inficiat, id enim sit ex necessitate et in favorem vivorum, Dicast. n. 468. Idem dicunt aliqui, si fiat in loco profano v. g. titulo consanguinitatis; canones enim vetant fieri favore haeresis in loco sacro.

Ad ista moralistae hujus verba provocant permulti, qui thesin in exordio positam defendunt, thesin nempe: per sepulturam asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae pollui coemeterium.

Ast provocatio talis fit perperam; nam centenis in locis docet Lacroix in eodem citato opere suo contrarium. Ut assertionem hanc nostram probemus, legantur sequentia:

Liber VII. de Excommunicatione n. 259. §. 24. p. 484: Ad redimendam gravem vexationem potest parochus permittere, ut ab acatholicis in loco sacro sepeliatur v. g. officialis haereticus, quia haeretici in his partibus tolerantur, nec sciuntur esse formales, hinc passim in quibusdam dioecesibus sepeliuntur etiam in templis, eo quod ibi habeant certa loca sepulturae pro familiis suis, nec possint sine gravissimis incommodis isto jure privari. Et universaliter dicunt Escobar et Krim. 1915. excommunicatos toleratos sepeliri a suis posse loco sacro, quia fideles licite communicant cum eis etiam vivis.

Liber II. de praeceptis virtutum theologicarum, Tract. I. de praeceptis fidei cp. IV. de infidelitate et vitiis fidei oppositis, dubium III.

Quid sit haeresis n. 110—112. Qu. 26. p. 106: An liceat haereticos sepeliri in loco sacro? Rs. §. 1. Si quis haereticus ante mortem dederit manifesta signa conversionis, quamvis ab haeresi absolutus non sit, potest in loco sacro sepeliri, ita Layman, l. 1. t. 5. p. 2. cp. 4. n. q. ubi dicit ad vitandum scandalum prius esse admonendum episcopum.

§. 2. In quibusdam Germaniae locis ex longa consuetudine permittitur, ut notorie haeretici in locis sacris sepeliantur a suis ministris, ita post Laym. et alios Lugo dist. 14. n. 159. docens cum Nav. Verj. et aliis, ecclesiam etiam non violari per sepulturam ullius haeretici, nisi fuerit nominatim denuntiatus vel publicus percussor clerici. Addit Lugo n. 160, si ministri haeretici publica auctoritate usurpent sibi jus sepeliendi etiam catholicos, non licet cooperari, sed posse permitti, quod impediri non potest.

§. 3. Verj. tit. 4. qu. q. universaliter docet, per jus canonicum etiam proscindendo a consuetudine, non excludi a sepultura in loco sacro, nisi haereticos nominatim excommunicatos, sed uti notavit Laym. observanda est consuetudo locorum, nullo modo tamen debet sacerdos catholicus ad ejusmodi sepulturam concurrere more catholico, adhibendo caeremonias ecclesiae, sic enim profiteretur, fuisse ovem suam et ex judicio ecclesiae dignum esse ejusmodi favoribus, suffragiis, orationibus, quod falsum est et esset causativum scandali gravis in populo catholico.

Ita ergo verbis auctoris ipsissimis refutavimus omnes ad Lacroix provocantes, quod per sepulturam asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae coemeterium polluatur.

2. Anacletus Reiffenstuel, Jus canonicum universum Lib. III. tit. XXVIII. de sepulturis §. 3.: Controvertunt hic DD.: an omnes notorie excommunicati, an vero soli excommunicati vitandi ac publice denuntiati careant sepultura ecclesiastica? Navarrus in Manuali cp. 27. n. 36, item lib. 3. cons. 5. b. t. n. 2., Suarez, Disp. 12. de censuris sec. 4. n. 5., Layman lib. 1. tr. 5. p. 2. cp. 4. n. 4, Pirhing b. t. n. 68, Henriquez lib. 13. cp. 11. §. 3. et alii volunt, solos denuntiatos ac vitandos carere sepultura. Moventur ab Extravag. Martini V. »ad evitanda scandala« ubi decernitur, quod imposterum nullus excommunicatus sit vitandus, nisi sit publice denuntiatus aut publicus clerici percussor: ex hoc enim inferunt, ergo caeteri excommunicati, etsi notorie tales, sepultura non privantur: cum in his cesset juris ratio supra allegata: quibus viventibus non communicavimus, mortuis communicare non possumus: possumus enim cum vivis non denuntiatis communicare: ergo etiam cum mortuis.

E contra vero Avila p. 2. cp. 6. disp. q. dub. 6; Engel b. t. n. 19; Covarruvias in cp. Alma mater. p. 1. §. 2. n. 11. et alii docent quemvis non vitandum carere sepultura; quorum opinionem etiam in nostra theol. moral. tr. 13. dist. 2. n. 26. secuti sumus et amodo sequimur non obstante Bulla Martini V. Ratio est, quia per dictam bullam Pontifex in nullo voluit gratificare excommunicatis, nec eos ab aliqua juris poena eximere, sed tantum relevare fideles innocentes eisque concedere, ut ad evitanda pericula possint cum quovis excommunicato nondum denuntiato communicare, prout patet ex ipsa bulla — quam per extensum refert Covarruvias — praesertim ex ultimis ejusdem verbis ita sonantibus: »per hoc tamen excommunicatos non intendit in aliquo relevare, nec eis quomodolibet suffragari.« Ex quo sic argumentari licet: De jure communi can. 1. caus. 24. q. 2. et can. 12. b. t. certum est, quod notorie excommunicatus etiam non vitandus careat sepultura ecclesiastica, nisi eundem ab hac poena eximat ac relevet bulla Martini V. prout ipsi fatentur adversarii; atqui dicta bulla ab hac poena eundem non relevat, cum in nullo, consequenter nec poena privationis sepulturae eum relevare intendat: ergo. Nec refer, quod cesset ratio legis: quia etiam cessante expressa ratione legis, non cessat lex ipsa, quando ita jus ipsum declarat — prout fit in proposito — quia tunc tacite innuit, praeter expressam esse adhuc et latere aliam rationem legis, qualis in casu nostro facile esse potest odium excommunicati.

Illud tamen velut certum ab omnibus conceditur, quod occulte excommunicato sepultura ecclesiastica deneganda non sit: cum enim privatio sepulturae sit publica, requirit causam publicam, ne alias, qui publice habetur bonus, hac via infametur . . . .

Quaeritur: quid juris, si quis juxta s. Canones sepultura indignus sepeliatur in loco sacro? An nempe et quando iterum exhumari et locus reconciliari debeat?

Rs. Si publicus clerici percussor aut excommunicatus denuntiatus, vel infidelis aut paganus sepelitur in loco sacro, polluitur ecclesia debetque iterum exhumari si ossa discerni possunt et ecclesia reconciliari, quod donec fiat, nemo interea ibidem sepeliri potest . . .

Utrum reliqui juxta s. canones sepultura indigni, exhumari debeant casu, quo in loco sacro sepeliuntur, nihil certum habetur in jure. Quamvis enim affirmativam teneant Vallensis b. t. n. 4. et 5, Sannig eod. cp. 4. n. 4, quibuscum consentire videtur Engel b. t. n. 18. ubi ait, quamvis haereticum iterum exhumari debere et Farinacius in praxi crim. qu. 128. n. 17, solidum tamen ex jure non afferunt

fundamentum; quia c. 12. b. t. et cp. 7. de cons. Eccl. quod allegant, solummodo de excommunicatis vitandis loquuntur . . .

Illud certius est, ecclesiam per sepulturam talium indignorum — exceptis percussoribus clericorum et excommunicatis denuntiatis, imo etiam non denuntiatis notoriis tamen — non pollui.«

Quamvis citatum canonistam aestimemus magni, hac in re, dum defendit, ecclesiam per sepulturam excommunicati non denuntiati, notorii tamen, pollui, sequi non possumus, quia contra ejus doctrinam, quam caeterum nullo modo absque controversia posuerat, dum certius esse dicat, tot tantique nominis sunt canonistae, ut Reiffenstuel assentire, veritatem minus deligere esset.

3. Card. Albitius de Inconstantia in fide Cp. XVIII. n. 11—29. p. 97.:

An autem cadaver haeretici sepeliri possit in loco sacro? Quaestio fuit acerrime disputata in s. Congregatione occasione cadaveris soris uxoris Ducis Neoburgici haereticae calvinistae, quod ejus maritus voluit sepeliri in ecclesia majori terrae Düsseldorfii, renitentibus canonicis dictae ecclesiae.

Placet hic inserere votum, quod hac occasione dedi coram s. m. Urbano VIII.

Quaeritur: An in locis, in quibus impune grassantur haereses, possit cadaver haeretici sepeliri in ecclesia catholicorum?

Inter alias haereticorum poenas est denegatio ecclesiasticae sepulturae, ut ad litteram statuit Summus Pontifex in cp. Sicut de Haeret. ibi: »aut inter christianos accipiant sepulturam,« idem statutum est in cp. excommunicavimus §. credentes verb. sane eod. tit.

Clarius habetur in cp. sacris extr. de sepulturis ubi: »sacris canonibus est institutum, ut quibus non communicamus vivis non communicemus defunctis, et ut careant ecclesiastica sepultura, qui prius erant ab unitate ecclesiae recisi.«

Qui textus licet videatur loqui de excommunicatis, ejus tamen determinatio est generalis et ita per illum textum voluit Archid. in cp. 2. de haeret. in VI. n. 7, Farinac. qu. 192. §. 3. n. 38, sed expresse probatur in cp. Quicunque de haeret. lib. VI.

Quod et Nicolaus III. in sua Const. »Noverit universitas« 5. Nonas Martii 1280 registrat. post Directorium, omnino prohibuit.

Et in Rituali Romano Pauli V. in rubrica de exequiis dicitur: Negatur igitur ecclesiastica sepultura paganis, judaeis et omibus infidelibus, haereticis et eorum fautoribus, apostatis a christiana fide, schismaticis etc. P. Delbene par. 1. dub. 162. pet. 2. n. 3.

Hinc traditum est pro regula, haereticos non esse sepeliendos

in loco sacro, nec pro eis orandum, dicto cp. sicut, dicto cp. Excommunicamus §. Credentes vers. sane, dicto cp. Sacris, Silvester. Carrer. Simanch. Spina. Grilland. Rojas. Pegna. Alphon. de Castro. et alii a Sanctarel de haeret. q. 192. §. 3. n. 38; Lanor de prisco et recenti funerandi more tit. 2. cp. 12. n. 9; Plures adducit Murga in tractatu de sepulturis post haec scripta impressus tom. 2. disq. 1. conc. princp. n. 1. Barbosa dicto §. Videntes n. 19. Delbene par. 1. dub. 162. pet. 2.

In tantum, quod sepelientes haereticos in loco sacro sive sint clerici sive laici non solum sunt ipso jure excommunicati cp. quicunque de Haeret. in VI., sed etiam suspecti de haeresi Pegna par. 3. com. 89, Sanctarell. l. c. n. 13.

Et ab excommunicatione non possint absolvi, nisi propriis manibus extumulent ossa haereticorum, ut est textus in cp. 2. de Haeret. in VI.

Dummodo possint ab ossibus catholicorum discerni Soccin. in cp. Si quis Episc. n. 11. extrav. de haeret.

Et locus, in quo sepultum est haeretici cadaver, perpetuo aliorum sepultura carere debet. Sic cp. quicunque de haeret. in VI.

Neque potest in hac poena episcopus dispensare Sayr. de censur. lib. V. cp. 12. n. 12.

Et haec de jure communi; sed difficultas est, an haec poena habeat hodie locum in haeretico nominatim non excommunicato et denuntiato.

Et videretur dicendum, hujusmodi poenam in haereticis nominatim non excommunicatis et denuntiatis non habere locum, non solum propter extrav. »Ad evitanda,« de qua infra, sed etiam per textum in cp. excommunicamus §. credentes, ubi Summus Pontifex prohibet dari sepulturam fautoribus haereticorum, postquam tamen fuerunt excommunicatione notati. Ergo cum doctores nostri ex eo textu inferant, cadavera haereticorum non posse tradi ecclesiasticae sepulturae, hoc debet intelligi cum qualitate in textu expressa, hoc est, si fuerint prius nominatim excommunicati et denuntiati.

Secundo quia nulla alia ratione debemus abstinere a sepeliendo in loco sacro haereticorum cadavera, nisi quia prohibitum est cum illis vivis communicare: ut deducitur ex textu in cp. Sacris de sepul. Farinac. dic. qu. 192. §. 3. n. 38. At haereticos nominatim non excommunicatos et denuntiatos vitare non tenemur, sed cum illis vivis communicare possumus, ut mox probabimus: ergo nec etiam cum mortuis communicare prohibemur.

Tertio videtur cessare difficultas stante privilegio concesso

catholicis a concilio Constantinensi, quod non teneantur evitare excommunicatos, nisi fuerint vel notori clerici percussores vel nominatim denuntiati.

Quod privilegium insertum est in extrav. »Ad evitanda,« quae extravagans, licet non reperiatur inter Constitutiones illius concilii, est recepta ab ecclesia catholica, ut volunt omnes doctores, tum canonistae, tum theologi morales, ut dicit Marta de jurisdictione pr. 3. cp. 10. per totum; Sanctarell. de haeres. ep. 7. dub. 1. n. 2.

Et propterea stante hujusmodi privilegio, posse omnes catholicos communicare cum haereticis nominatim non excommunicatis nec denuntiatis voluere Suarez et alii relati a Sanctarell. loc. cit.

Et in puncto, quod cadaver haeretici possit sepeliri in loco sacro, voluit Navarrus cons. 10. de haeret. et in Manual. cp. 27. n. 37; Azor tom. 1. lib. 8. cp. 11. qu. 3; Henriquez. Aegyd. Avila. allegati a Layman, Theolog. Moral. lib. 1. trac. 5. par. 2. cp. 4. verb. altera est quaestio, ubi subjungit, quod in Germania quibusdam in locis, ubi catholicis permixtim vivunt Lutherani, diuturna consuetudine permittitur, ut hi in locis sacris sepeliantur ab eorum ministris Murga loc. cit. n. 7, Pax Jordanus tom. 1. lib. 5. tit. 12. n. 127. et 128, ubi quod isto casu magis considerantur ut excommunicati, quam ut haeretici.

Sed his non obstantibus sum in voto, nullo modo posse cadaver haeretici tradi ecclesiasticae sepulturae, quia habemus textus expressos et claros, quibus cavetur, ne haeretici sepeliantur in loco sacro.

Non obstat dispositio extravagantis »Ad evitanda« quia locum habere posset, si poena privationis ecclesiasticae sepulturae daretur haeretico ob solam excommunicationem; sed quia datur ob delictum haeresis, non videtur attendenda. Azor dic. lib. 8. cp. 13. verb. sexta haer. poena, qui dicit, quod prius fuit statutum per textum in cp. Quicunque de haeret. quod haereticis denegaretur ecclesiastica sepultura, quam fuerit decreta hujusmodi poena a Clemente V. in cp. 3. de sepult. adversus excommunicatos.

Non obstat textus in cp. excommunicamus §. Credentes, quia ejus dispositio procedit in fautoribus haereticorum, qui regulariter non reputantur haeretici, sed habentur tantummodo pro suspectis de haeresi ex allegatis per Farinac. qu. 182. n. 55. Et ideo requirit Summus Pontifex, quod fuerint prius isti tales excommunicatione notati.

Hinc videmus, quod qui moriuntur in duello, privantur ecclesiastica sepultura, quamvis non sint nominatim denuntiati, cum suf-

ficiat eos notorie decedere in peccato mortali juxta cp. 19. sess. 25. de Rf. Conc. Trid. et ibi Barbosa litt. g., Murga de sepulch. tom. 2. disq. 11. n. 54. ut in puncto voluit Sancius in Relec. disp. 36. n. 6. ver. consulto igitur.

Ex quo infertur, quodsi poena privationis ecclesiasticae sepulturae diversa est a poena excommunicationis nec regulatur ab ea, non habet locum privilegium Extravagantis »ad evitanda.«

Sed dum haec transcriberem, devenerunt ad manus meas dono auctoris, Relectiones in quinque libros Decretalium b. m. Prosperi Fagnani. Is in Relec. cp. Quod a praedecessore, de schismat. n. 53. censet, Extravagantem »ad evitanda« esse abrogatam per constitutionem editam in Conc. Lateranensi V. Sess. 11. »Statuimus insuper ad evitanda scandala« in qua mandat, quod eviteutur excommunicati, quos ita notorie in excommunicationis sententiam constiterit incidisse, ut nulla possit tergiversatione celari, aut aliquo juris suffragio excusari: nam a communione illius abstineri volumus juxta canonicas sanctiones.

Ad quam constitutionem dicit, doctores non advertisse.

Sed doctissimus vir non advertit ad ea, quae circa Constitutionem Conc. Lateranensis dixerunt Suarez et Guttierez. Ille enim in trac. de censuris disp. 9. sec. 2. n. 5. respondendo ad Constitionem Conc. Lateran. dicit haec verba: »Quod maxime dicendum est ad acta Conc. Lateran., quia non agebatur de lege ferenda, aut observanda circa hoc pro universa ecclesia, sed solum de concordatis inter Gallum et Pontificem, qui illa forma contenti fuerunt, non tamen ideo legem sanxerunt ab universà ecclesia observandam: tum maxime, quia ex usu totius ecclesiae ea forma constitutionis »ad evitanda« jam est approbata et recepta, ut praedicti auctores omnes referunt et constat ex usu Galliae, Germaniae etc, ubi catholici sine scrupulo communicant cum haereticis publicis et schismaticis.

Iste autem in cp. 1. canon. quaest. lib. 1. n. 19. §. hinc videmus verb. et quod diximus, sic ait: Et quod diximus de Constitutione Concil. Basiliensis, non esse usu receptam, idem dicendum prorsus erit de renovatione ejusdem facta in conc. Lateran. sup. cit. Nam auctores graves, qui parum post praedictum concilium Lateranense claruerunt, constitutionem Conc. Constantiensis secuti sunt et suis scriptis sequendam docuerunt et praeterea in specie de censuris praedicti concil. Lateranensis dubitat Cajetan. in Summa verb. excommunicatio, fuerintne receptae, quo novae essent suo tempore. In eadem dubitatione est etiam Rev. Barthol. de Caranza Archiepiscopus Toletanus in Summa ejusdem Conc. Lateran. et idem dici potest

certius de hac constitutione, cum idem Cajetan. qui parum post praefatum Concil. scripsit, Victoria et Domin. a Soto, nulla facta mentione de hac Lateran. constitutione.

Ecce quomodo duo insignes et celeberrimi auctores nostri non solum adverterunt ad Constit. Conc. Lateran. sed vel pro sola Gallia dixerunt esse latam, non autem pro ecclesia universali, de quo etiam dubitavit idem doctissimus Fagnanus loc. cit. n. 65. §. concluditur verb. cogitandum; vel non fuisse nec etiam in Gallia usu receptam. Praeterea in constitutionibus Concilii praedicti Lateran. pro universa ecclesia non numeratur haec, ut videre est penes Caranzam et Binium in notis ad dictum concilium.

Servandam vero esse constitutionem »ad evitanda« non autem editam in Conc. Basiliensi vel Lateranensi, dixit eruditissimus Nallier infra citandus, P. Delbene p. 1. dub. 51. in tit. Objectiones.

Sed redeundo ad votum dixi, dictam extravag. »ad evitanda« non habere locum in haeretico notorio, quia haereticus qua haereticus vitari debet non autem qua excommunicatus, ut in terminis voluit Alter de censur. disp. 9. de de susp. cp. 3. p. 147. lit. e. ver. haec tamen opinio.

Non obstat consuetudo, quae viget in aliquibus Germaniae locis, quia si illa innititur dictae constitutioni »ad evitanda« irrita est tamquam innixa falso fundamento. Si autem est inducta moribus utentium, tamquam irrationabilis et nutritiva peccati non valet. cp. ult. de consuet. et ibi Glossa in verb. rationabilis, Rota decis. 265. n. 21. et 22. par. 5. recent. tom. 1.

Dicitur autem irrationabilis illa consuetudo, per quam aliquid fit contra nervum ecclesiasticae disciplinae, ut volunt Abbas et caeteri canonistae dic. cp. ult; Rot. loc. cit. n. 23.

Sed quidquid sit de jure, omnem difficultatem tollit Constitutio Martini V. quae incipit »inter cunctas,« qua cavetur, quod etsi haeretici non sint nominatim excommunicati et denuntiati, nullatenus tamen corum cadavera traduntur ecclesiasticae sepulturae, ibi: »etsi tales haeretici publici et manifesti, licet nondum per ecclesiam declarati, in hoc tamen gravi crimine decesserint, ecclesiastica careant sepultura.«

Quae constitutio cum fuerit promulgata eodem concilio Constantiensi approbante post editam constitutionem »ad evitanda,« non est dubium, quin derogaverit in hac parte expressa dictae Constitutioni »ad evitanda« cp. 1. ubi omnes canonistae de Constit. in VI., Turrecremata et Praeposit. in cp. Domino sancto 50. dist.

Et secundum hoc votum fuit in s. Congr. resolutum coram s. m. Urbano VIII.

Eo magis, quia clerus illius ecclesiae, in qua traditum fuit cadavere sepulturae Principessae haereticae, se opponebat et recusabat illud in ecclesia sepeliri: et ideo quamvis respectu illius esset locus privil. extrav. »ad evitanda,« non intrabat in hoc casu, quia dictum privilegium fuit concessum in favorem catholicorum, non haereticorum Layman dict. lib. 1. tr. 5. cp. 4. n. 4. Barbosa de potest. Episcop. all. 25. n. 61.

Fuerunt ergo datae litterae ad Nuntium Coloniae, qui tunc temporis erat s. m. Alexander VII. infrascripti tenoris:

Die 6. Novembris 1641.

In generali Congregatione S. Officii mature discusso articulo et dubio sepulturae datae cadaveri sororis uxoris Ducis Neoburgici haereticae calvinistae in ecclesia catholicorum civitatis Düsseldorfii, nec non consideratis litteris Nuntii Apostolici Coloniae degentis, auditis votis decreverunt:

1. Haereticos notorios, quantumvis non denuntiatos nominatim excommunicatos, non posse sepeliri in ecclesia catholica.

2. Sepelientes incurrere excommunicationem. An autem funus mandantes et suadentes incidant in eandem excommunicationem, hinc inde adesse opiniones, secundum magis tutam et probabilem, incidere.

3. Locum in quo sepulturae traditum fuit dictum cadaver, esse pollutum non vero ecclesiam.

4. Curandam omnino extumulationem dicti cadaveris, saltem secrete, si non publice uti debet.

5. Significandum Duci et Patribus N. N., ut consulant eorum conscientiae. Insuper dictos N. N. monendos, ut in futurum caveant ab hujusmodi consultitionibus scandalosis.

6. Tenorem horum decretorum mittendum Nuntio Apostolico Coloniae residenti, qui pro sui prudentia curet illorum executionem.

Quod Decretum Sanctissimus D. N. Urbanus Papa VIII. approbavit et exequi mandavit.

Caeterum — haec est Albitii conclusio — si absque scandalo a catholicis resisti non possit, hujusmodi consuetudo est toleranda per conniventiam, ut fuit resolutum in Suprema et Universali Inquisitione sub die 23. Julii 1609.

Transscripsimus tam fuse doctrinam Albitii, quia ex omnibus, quos ante oculos nostrae sententiae habuimus adversarios, Nobis videtur hic victu difficillimus.

Ast videtur hoc tantum. Remittentes lectorem benevolum ad nostra sub D. hac de re dicta, nunc per transennam solummodo

commemorare volumus, totius ratiotinii nominati Albitii summam esse: constitutionem Martini V. »insuper ad evitanda« de qua alio loco sumus locuturi, ad praesens nullam habere vim et ad haereticos applicari non posse.

Albitio opponere volumus effata Benedicti XIV. et sumus persuasi, Albitium palinodiam canere debere.

In celeberrimo suo opere de Synodo dioecesana lib. VI. cp. V. n. II. ita docet Benedictus XIV.: Et nihilominus ea est misera nostrorum temporum conditio, ut multis in provinciis, in quibus haereses aut dominantur, aut grassantur impune, duram catholici subeant necessitatem cum haereticis conversandi et familiariter agendi. Quamvis autem per canonem concilii Constantiensis a Martino V. approbatum, qui incipit »ad evitanda« *quique in suo semper vigore permansit*, non obstantibus contrariis subsequentibus Constitutionibus conciliorum Basiliensis et Lateranensis, nonnihil relaxata fuerit disciplina in eo, *quod pertinet ad conversandum atque etiam in divinis communicandum cum haereticis*, qui tolerantur et expresse denuntiati non sunt tamquam vitandi, ut fuse probat Cabassut in Theoria et Praxi juris canon. lib. 5. cp. 11. n. 3.

Idem Benedictus XIV. alio loco de Synodo dioecesana lib. XII. cp. V. n. IV. . . . In synodo Salmanticensi fuerat olim edita constitutio, cujus meminit lovarruvias in IV. Decret. 2. par. cp. 9. n. 4. qua excommunicatione latae sententiae innodabantur contrahentes matrimonium, non praemissis publicationibus a Tridentino praescriptis; et praeterea decernebatur, hac excommunicatione irretitos statim esse evitandos, licet non essent publice ac nominatim denuntiati. At ejusmodi constitutio, quoad secundam sui partem sustineri minime potuit, quoniam evitandos pronuntiabat, qui, juxta canonicas sanctiones, evitandi nequaquam sunt: in celebri enim Extravaganti Martini V. incip. »ad evitanda« edita in concilio Constantiensi, evitandi decernuntur solum excommunicati, publice et nominatim denuntiati, ac publici et notorii clericorum percussores, ubi ponderant Sanchez de matrim. lib. 3. disp. 46. n. 10. et Card. de Lugo cit. dub. 45. n. 5. Quamvis vero Fagnanus in cp. Quod a praedecessore n. 55. de schismat. probare conetur, evitandos etiam esse quoscunque, qui facti notorietate certo dignoscuntur in excommunicationem incidisse, juxta posteriorem sanctionem Concilii Lateranensis V. sess. 11. §. Statuimus autem, ejus tamen doctrina fere communiter rejecta est, *cum ubique moribus sit recepta laudata constitutio »ad evitanda,«* quod testatur Suarez de cens. disp. 9. sec. 25, Layman,

Theolog. Moral. lib. 1. tr. 5. pr. 2. cp. 4. n. 1., Cabassut. in Theoria et Praxi jur. canon. lib. V. cp. 11. n. 3. Engel ad lib. 5. Decret. tit. 39. n. 56. Wiestner ibidem n. 63. Illud tamen, quoad hanc Martini V. constitutionem »ad evitanda« mirum videri potest, quod, cum ab eo Pontifice in Constantiensi Concilio edita fuisse dicatur, nulla tamen illius mentio vel minima occurrat sive in actis ejusdem concilii, quae ab Hermano von der Hardt collecta et sex voluminibus in folio edita fuerunt, in quibus minutissima quaeque habentur, quae singulis diebus in concilio gesta asseruntur, sive in tot aliis monumentis ad idem concilium pertinentibus, quae extant in Labbeana conciliorum collectione tom. 12. Edit. Parisien., sive in aliis nuperrime prolatis a Dominico Mansio in suo supplemento tom. 4. Quare tota illius constitutionis auctoritas desumitur ex testificatione s. Antonini, qui eam per extensum refert.

Si ergo extravag. Martini V. »ad evitanda« adhucdum valet et ad haereticos applicari potest, et quod ita, testatur Benedictus XIV., tum subtracto fundamento tota labitur Albitii domus et etiam illud s. Cong. sup. et univ. Inquis. oraculum de dto. 6. Novembris 1641 suo destituitur fundamento atque valore.

Aspiciamus nunc alteram canonistarum classem.

C.

De iis, qui asseclas confessionis Augustanae vel Helveticae iisdem s. ritibus ut fideles, vel saltem in loco sacro licite sepelire jubent.

In praecedentibus adduximus eos, qui per sepulturam asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae coemeterium pollutum habebant.

Sunt vero multi qui contrarium docentes eousque procedunt, ut asseclas confessionis Augustanae vel Helveticae sepultura ecclesiastica a. s. Ecclesia in sepeliendis fidelibus tantum praescripta donandos clament, vel immemores locum sacrum ad sepulturae ecclesiasticae pertinere notionem, eos saltem in hoc licite sepeliri jubeant.

Ad hanc canonistarum classem pertinent,

a. ii, qui asseclas confessionis Augustanae vel Helveticae uti fideles sepeliri docent suntque:

1. Petrus de Murga Disquisitiones Morales et Canonicae tom. 2. trac. de iis, qui sepultura in jure privantur, disquisitio de Excommun. dub. III. p. 172. Edit. Lugduni 1666: Dubium III.: An hodie in loco sacro et ritu ecclesiastico tumulari queant omnes excommunicati majori excommunicatione innodati ab Ecclesia tolerati?

Quibus suppositis facile est dubio propositito affirmave respondere: licere scilicet hodie in loco sacro, cum solemnitate et ritibus, quibus ecclesia in fidelium sepelitione utitur, excommunicatos majore excommunicatione toleratos tumulare: eos utique omnes, qui publici et nominatim denuntiati non fuerint, aut percussores clerici aut monachi fuerint adeo notorii, ut percussio non possit aliqua tergiversatione celari. Ite sentiunt Pax Jordanus tom. 1. lib. 5. tit. 12. n. 125, Jacobus Gordonus tom 2. Theol. Moral. lib. 7. q. 8. cp. 3. n. 38. et q. 11. cp. 2. n. 11, Moure in Examine Theol. Moral. par. 4. cp. 20. §. 3. Toletus lib. 1. cp. 13. n. 9, Franciscus Pellizzarius in Manual. Regul. tom. 2. par. 1. tr. 7. cp. 2. n. 24, Ugolinus de Censuris tabula 2. cp. 9. §. 5. et 6, Gregor Sayrus eod. trac. lib. 2. cp. 4. n. 13, Victoria in Summa de Eucharistia qu. 90. n. 3; Paul. Laymann lib. 3. tr. 5. par. 2. cp. 4. n. 9. §. dico secundo; Leander a Sanctissimo Sacramento par. 5. trac. 5. §. 4. qu. 34; Henriquez lib. 9. cp. 27. n. 5. lit. V.; Avila de censur. par. 5. disp. 7. dub. 1. conc. 2. ver. tertius est; Alterius de Interdicto dis. 3. cp. 1. col. 3. ver. quae conclusio; Philibert Marchino de Ordine tr. 3. de sacrificio Missae pr. 3. c. 10. n. 10; Villalobos tr. 8. de Missa diff. 24. n. 7.; Castrus Palaus pr. 2. tr. 11. dis. 1. p. 1.

2. Juris canonici Methodus nova Enrici Pirhing, Edit. Delingae 1676. tom. III. lib. III. tit. 28. de sepulturis p. 410. n. 2.: circa sepulturam excommunicatorum notandum: a. Haec prohibitio sepeliendi excommunicatos post concilium Constantiense in extravagante »ad evitanda« solum habet locum in excommunicatis denuntiatis ac vitandis, ut ex communiori ac probabiliori sententia docet Suarez dis. 12. de Censuris sec. 4. n. 5., Navarrus lib. 3. cons. 5. n. 2. Ratio est, tum quia causa, cur excommunicatis denegatur sepultura ea est, ut quibus vivis non communicamus, etiam mortuis non communicemus c. Sacris, ergo a sensu contrario, quibus vivis communicare potuimus, etiam mortuis sepulturam communicare non prohibemur, cum sepultura nullibi excipiatur. Tum quia prohibitio sepeliendi proprie non cadit in ipsos excommunicatos, sed in alios fideles, ne corpora eorum sepeliant, quibus non aliter prohibita est communicatio per sepulturam, quam quaevis alia communicatio ut patet ex c. ut privilegia 24. de privil. et cp. Episcoporum 8. eodem in VI. ac proinde hac permissa, etiam illa censeri debet permissa.

3. Bibliotheca juris canonico-civilis practica tom. 1. Franc. Anton. Begnudelli Bassi, Verbum. censura §. 2. p. 196. Excommunicatus caret sepultura ecclesiastica c. Sacris de Sepul. Clem. 1. eodem Sylvester in verb. Excommunicatio 3. vers. 20, sive sit excom-

municatus a jure sive ab homine, dummodo non sit occultus, sed declaratus seu publice denuntiatus et vitandus, alias sepultura ecclesiastica privari non poterit.

4. Commentaria ad Constit. Apost. Vicentius Petra S. R. E. Presbyt. Card. Edit. Venetis 1729. tom. 2. Const. II. Honorii III. »Religiosam vitam« n. 48. p. 222: Quilibet excommunicatus privatur ecclesiastica sepultura tex. in cp. Sacris de Sepul. Clem. I. Advertendum nihilominus est, post dispositionem Conc. Constant. in extravag. »ad evitanda« sub hac ecclesiasticae sepulturae prohibitione non comprehendi, nisi excommunicatos nominatim denuntiatos, aut publicos clericorum percussores; quilibet enim alii excommunicati praeter praefatos nominatim denuntiatos aut clericorum percussores vigore praedictae extravag. hodie non dicuntur amplius publici, sed sunt tolerati et possumus cum illis in vivis communicare: ergo possumus etiam cum eisdem mortuis communicare, ut patet ex cp. Ex parte 2. de Sepul. et probatur a contrario sensu in d. c. Sacris eod. tit. Tum quia in dicta Clem. 1. praedicta poena expresse imponitur publice excommunicatis; cum autem hodie nemo dicatur publicus excommunicatus, nisi denuntiatus aut publicus clerici percussor fuerit, hinc sequitur, dictam Clementinae poenam quoad istos tantum locum sibi vindicare, non quoad alios.

b. ii, qui asseclas confessionis Augustanae vel Helvetiae in coemeterio catholico licite sepelri jubent.

Inter hos, ut praetereamus alios multos, celeberrimi sunt duo aevi nostri viri, doctissimus Phillips et lapsus ut ita dicam angelus Schulte.

1. Lehrbuch des Kirchenrechtes von George Phillips, Edit. Regensburg 1862 II. Abth. Bd. V. cp. 3. §. 308. n. V. p. 1166: Wie es nach den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland in Betreff des Begräbnisses der Akatholiken seitens der katholischen Kirche zu halten sei, ist eine praktisch wichtige Frage. Sie kommt jedoch zunächst nur da in Betracht, wo es sich um die Beerdigung einzelner Akatholiken auf einem katholischen Kirchhofe durch den katholischen Pfarrer handelt, denn selbst da, wo die Gottesäcker nicht nach der Confession geschieden sind, bleibt es jeder von diesen überlassen, die ihrigen nach ihrem Ritus zu beerdigen. In jenem Falle aber ist einem Akatholiken das Begräbniss auf dem katholischen Friedhofe und zwar aus dem Grunde nicht zu verweigern, weil die seit lange in dieser Beziehung bestehende Praxis dadurch gerechtfertigt wird, dass in Deutschland seit dem 16. Jahrhunderte die Bestrafung der Haeresie als eines kirchlichen Verbrechens aufgehört

hat und thatsächlich die materielle Häresie im Verhältnisse zu früheren Zeiten gegen die formelle durchaus die vorherrschende ist. Es ist jedoch in dieser Beziehung zu bemerken, dass selbstverständlich bei dem Begräbniss jede dem katholischen Ritus eigenthümliche Handlung zu unterbleiben hat und dass wenn etwa begehrt würde, dass der Akt von einem protestantischen Pfarrer vollzogen würde, dies von der Genehmigung des katholischen Pfarrers abhängig gemacht werden muss. Wo sich wirklich eine protestantische Pfarrgemeinde gebildet hat, erscheint es wichtig, dass ein einzelner Theil des Kirchhofes, der nicht nach katholischem Ritus für diesen Zweck gewidmet wird, abgesondert werde.

2. Schulte, System des allgemeinen katholischen Kirchenrechtes, Edit. Giessen 1856. II. Thl. das Privatrecht, Begräbniss, n. IV. p. 654: Es fragt sich aber speciell, ob man einen Akatholiken auf dem geweihten Boden des katholischen Friedhofes beerdigen dürfe? Zur Entscheidung dieser Frage ist auf der einen Seite zu erwägen, dass man die Protestanten, und nichtunirten Griechen nicht als Ketzer im strafrechtlichen Sinne auffassen kann, wie auch daraus hervorgeht, dass die Bischöfe ziemlich allgemein keinen Anstand mit Recht nehmen, gestorbene Protestanten, welche keinen Seelsorger in der Nähe haben, von den katholischen Pfarrern unter Anwendung der nicht specifischen Feierlichkeiten beerdigen zu lassen. Auf der anderen Seite — ecce contradictio — kann man aber vom strengen Rechtsstandpunkte aus sagen: der geweihte Boden sei nur für die treuen Glieder der Kirche bestimmt, die Protestanten können somit nur die Anlegung eines eigenen Friedhofes oder die Anweisung eines nicht geweihten Platzes verlangen. Hiergegen lässt sich kein rechtlicher Einwand vorbringen.

Idem Schulte, Lehrbuch des katholischen Kirchenrechtes, Edit. Giessen 1863. Systemat. Buch II. Abth. I. Rechtsverhältnisse der Individuen cp. VI. Ende der Rechtsfähigkeit §. 162. Begräbniss num. VI. p. 408: Was insbesondere das Verhältniss zu Akatholiken in diesem Punkte betrifft, so kann selbstverständlich kein katholischer Pfarrer oder Priester gezwungen werden, solche nach dem kirchlichen Ritus zu beerdigen. Die Fragen, welche in der Praxis Schwierigkeiten hervorbringen, sind: ob man einen Akatholiken auf dem geweihten Boden des katholischen Friedhofes beerdigen dürfe? und ob auf dem katholischen Friedhofe der akatholische Religionsdiener eigentliche Amtsfunctionen vornehmen, namentlich Leichenreden halten könne? Man muss hier im Auge behalten, was die erste Frage betrifft, dass Protestanten keinesfalls als Ketzer im strafrechtlichen

Sinne aufgefasst werden dürfen, somit ein solcher Grund nicht entgegensteht, dass auch keine communicatio in sacris darin liegt, dass Protestanten überhaupt und mit den katholischen Leichen in fortlaufender Reihe begraben werden, dass letzteres um so mehr sich rechtfertigt, als die Verbote des Umganges mit Ketzern für den Umgang mit Protestanten durchaus unanwendbar sind und nach der deutschen Praxis gemischte Ehen, wie gezeigt ist, selbst benedicirt zu werden pflegen. Somit steht vom Rechtsstandpunkte nichts entgegen. Auf der andern Seite haben Protestanten kein Recht, dies zu verlangen. Wo einzelne Protestanten wohnen, ist das Beerdigen auf den katholischen Friedhöfen nothwendig. Daher ist in vielen Diöcesen vorgeschrieben, dass auf dem katholischen Friedhofe, wofern es nicht geht, eigene für die Protestanten anzulegen, ein Theil für sie ausgeschieden werde. Was die zweite Frage betrifft, so kommt es auf die Natur des Kirchhofes an. Steht derselbe, was der Fall sein kann, im Eigenthum einer politischen gemischten Gemeinde, so wird keine Confession berechtigt sein, die Functionen von Geistlichen der andern zu hindern. Ist er aber, was die Regel ist, Eigenthum der Kirche, insbesondere der katholischen, so hat der fremde Geistliche ohne Erlaubniss des katholischen (und umgekehrt) kein Recht, Amtsfunctionen vorzunehmen. Nimmt der katholische das Begräbniss vor, so entfallen jene Ceremonien, die nur bei Katholiken Sinn haben: Benedictionen, nicht das Gebet; gleichfalls kann keine Messe gelesen werden.

Ita sentiunt canonistae hujus classis alterius. Attamen nec iis sub a. recensitis, nec sub b. adductis doctoribus assentiemus; nam quoad illos, doctrina eorum est prorsus erronea; et quoad hos, si verum est, locum, ubi sepeliuntur fideles, pertinere ad notionem sepulturae ecclesiasticae eo sensu, uti caeteros in sepultura ecclesiastica a s. Ecclesia adhibitos ritus — et hoc ex antecedentibus negari non potest — destituitur eorum doctrina suo fundamento atque collabitur.

Nostrum erit, textibus juris de sepultura tractantibus adductis atque examinatis, prius ostendere, hosce textus post Extravagantem Martini V. »Ad vitanda« ad asseclas confessionis Augustanae vel Helveticae nullo modo posse applicari.

D.

De textibus de sepultura tractantibus et praeprimis de Extravaganti Martini V. »Ad vitanda.«

Textus juris de sepultura ecclesiastica agentes sunt sequentes:

a. c. 12. X. de sepult. 3. 28: Sacris est canonibus institutum, ut quibus non communicavimus vivis, non communicemus defunctis et ut careant ecclesiastica sepultura, qui prius erant ab ecclesiastica unitate praecisi, nec in articulo mortis ecclesiae reconciliati fuerint.

b. c. 7. X. de consecr. eccles. 3. 40: Coemeteria, in quibus excommunicatorum corpora sepeliri contingit, reconcilianda erunt aspersione aquae solemniter benedictae, sicut in dedicationibus ecclesiarum fieri consuevit.

c. c. 1. de Sepult. in Clement. 3. 7: Eos qui propriae temeritatis audacia defunctorum corpora, non sine contemptu clavium ecclesiae in coemeteriis interdicti tempore, vel excommunicatos publice, aut nominatim interdictos, vel usurarios manifestos scienter sepelire praesumunt, decernimus ipso facto excommunicationis sententiae subjacere: a qua nullatenus absolvantur, nisi prius ad arbitrium dioecesani Episcopi eis, quibus per praemissa fuerit injuria irrogata, satisfactionem exhibuerint competentem.

d. c. 2. de haeret. VI. 5. 2.: Quicunque haereticos, credentes, receptatores, defensores vel fautores eorum scienter praesumserint ecclesiasticae tradere sepulturae usque ad satisfactionem idoneam excommunicationis sententiae se noverint subjacere, nec absolutionis beneficium mereantur, nisi propriis manibus publice extumulent et projiciant hujusmodi corpora damnatorum et locus ille perpetua careat sepultura.

e. c. consuluisti 7. de celebrat. Miss.: Coemeteria, in quibus excommunicatorum corpora sepeliri contingit, reconcilianda erunt aspersione aquae solenniter benedictae sicut in dedicationibus ecclesiarum fieri consuevit.

E tenore allatorum canonum patet, excommunicatis quibuscunque, dein haereticis nullo modo posse sepulturam ecclesiasticam concedi et per vi extortam, coemeterium pollui.

Ita esset certe, nisi rigor canonum horum mitigatus esset per constitutionem Martini V. »Ad vitanda,« ex quo tempore poena juxta citatos canones excommunicatis generaliter imposita, valet quoad excommunicatos vitandos, non autem toleratos.

Antequam verbotenus adducamus nominatam Extravagantem, de origine ejus aliquid commonere necesse.

In locis cp. Quanta de sentent. excom.; cp. Sciant. cuncti 12. de elect. in VI.; cp. Quicunque de sent. excom. lib. VI.; cp. Cum non ab homine de sent. excom. delineatae sunt normae, juxta quas fidelibus agendum cum excommunicatis.

Ex istis locis elucet, fideles vitare debuisse non tantum a judice speciatim excommunicatos et qua tales publice notos, sed etiam illos, qui ob aliquod crimen, poena excommunicationis latae sententiae punitum, hoc perpetrato, ipso facto erant excommunicati. Et si crimen hoc publice erat perpetratum, publice vitandi erant, si nonnulli tantum hujus criminis notitiam habebant, saltem hujus conscii ipsos vitare debebant.

Quam difficilis imo impossibilis haec obligatio erat, quilibet in jure et historia ecclesiastica versatus concedere debet perpendens, numerum poenae excommunicationis ipso facto incurrendae ita crevisse, ut nemo in conscientia esset tutus, an non cum excommunicato communionem habuerit et propterea ipse similem in poenam inciderit.

Praeterea scindebat s. Ecclesiam tunc temporis schisma pontificium, cum duo, imo tres papalem dignitatem anhelarent candidati suas factiones habentes, quique omnes adversarios suos cum eorum asseclis excommunicarunt atque anatematizarunt.

Quam deplorandus erat populi fidelis status, cujus conscientia tantis pungebatur tormentis!

Erat impossibile, ut stante antiquorum canonum rigore, fideles alter cum altero possint vivere.

Aut prorsus negligi aut mitigari rigorem canonum: ita res cessit.

Huic necessitati cedens, licet jam Gregorius VII. in magna synodo Romae celebrata 1078 et Gregorius IX. anno 1230 rigorem juris relaxare tentaverint, Martinus V. antiquum relexavit jus in concilio Constantiensi per Const. »Ad vitanda,« quae testante s. Antonino: Summa theologica P. III. tit. XXV. c. 3., Summa historialis P. III. tit. XXII. c. 6. §. 4. sequentis est tenoris: »Insuper ad vitanda scandala et multa pericula, quae conscientiis timoratis contingere possunt, Christi fidelibus tenore praesentium misericorditer indulgemus, quod nemo deinceps a communicatione alicujus, sacramentorum administratione vel receptione aut aliis quibuscunque divinis, intus et extra praetextu cujuscunque sententiae aut censurae ecclesiasticae a jure vel ab homine generaliter promulgatae teneatur abstinere, vel aliquem vitare, aut interdictum ecclesiasticum observare, nisi sententia vel censura hujusmodi fuerit lata contra personam, collegium, universitatem, ecclesiae communitatem, vel locum certum vel certam a judice publicata vel denuntiata specialiter et expresse; constitutionibus apostolicis et aliis in contrarium facientibus non obstantibus quibuscunque, salvo si quem pro sacrilega manuum injectione in clericum sententiam latam a canone adeo notorie constiterit incidisse, quod factum non possit aliqua

tergiversatione celari, nec aliquo suffragio excusari, nam a communione illius, licet denuntiatus non fuerit, volumus abstineri juxta canonicas sanctiones.«

Juxta hujus Const. tenorem jus antiquum quoad conversationem cum excommunicatis erat abrogatum atque simul erat firmum, ut sub poenis caeterum in jure statutis fideles solummodo excommunicatos a judice specialiter et expresse qua tales publicatos et denuntiatos vitent, neutiquam alios.

Ast quaeritur, utrum Const. haec nostris in temporibus adhucdum valeat et si ita, utrum extendenda ad asseclas confessionis Augustanae vel Helveticae, quia ipsa de excommunicatis tantum loquitur quin haereticos commemoret?

Ex hujus quaestionis solutione nostrae sententiae in fronte tractatus hujus positae dependet veritas; nam si valet Const. Martini V. »Ad vitanda« usque adhuc, si applicari debet etiam ad haereticos: tunc textus juris de sepultura ecclesiastica agentes, asseclas confessionis Augustanae vel Helveticae non tangunt et propterea, quamvis illicite sepeliantur in coemeterio catholico, sepulti tamen illud charactere suo sacro non privant.

Haec Decretalis »Ad vitanda« valet usque adhuc.

Non negamus, concilium Basiliense anno 1435 celebratum, dictae Extravaganti derogasse statuendo Sess. XX. cp. 2: »Ad vitandum scandala et multa pericula subveniendumque conscientiis timoratis, statuit etiam, quod nemo deinceps a communione alicujus in Sacramentorum administratione vel receptione aut aliis quibuscunque divinis vel extra, praetextu cujuscunque sententiae aut censurae ecclesiasticae, seu suspensionis aut prohibitionis, ab homine vel a jure generaliter promulgatae, teneatur abstinere, vel aliquem vitare, aut interdictum ecclesiasticum observare, nisi sententia, prohibitio, suspensio, vel censura hujusmodi, fuerit in vel contra personam, collegium, universitatem, ecclesiam aut locum certum aut certam, a judice publicata vel denuntiata specialiter aut expresse: aut si aliquem ita notorie excommunicationis sententiam constiterit incidisse, quod nulla possit tergiversatione celari aut aliquo modo juris suffragio excusari. Nam a communione illius abstineri vult juxta canonicas sanctiones. Per hoc tamen hujusmodi excommunicatos, suspensos interdictos, seu prohibitos, non intendit in aliquo relevare, nec eis quomodolibet suffragari [1]).«

Concedimus praeterea, hoc Basiliense Decretum nonnullis per-

1) *Harduin*, Coll. Conc. VIII. p. 1194.

mutatis a Concilio Lateranensi V. anno 1512--1517 celebrato in Sess. XI. fuisse receptum et Concordato a Leone X. cum Francisco I. Galliae rege anno 1516 inito insertum [1]).

Tandem certum est, Extravagantem Martini V. »Ad vitanda« in actis Concilii Constantiensis non reperiri.

Et nihilominus pro valore dictae Extravagantis sumus.

Nam quod Basiliensis attinet concilii decretum. »Ad vitandum scandala,« defendunt quidem ejus valorem nonnulli ex antiquis canonistis, uti Sylvanus verb. Excommunic. 5. n. 9, Navarrus in c. 1. §. laboret d. 6. de poenitentia, Covarruvias c. alma p. I. §. 2. n. 7; attamen hi citati sunt exceptiones quaedam, dum maxima hujus aevi canonistarum pars pro valore Extravagantis Martini V. »Ad vitanda« certant, ex quibus commemorare volumus: Sotum in IV. d. 22. q. 1. a. 4; Victor. de Excom. n. 10; Henriquez lib. 13. cp. 5. n. 1; Avila pr. 2. cp. 6. disp. 2. dub. 1; Suarez. disp. q. s. 2. n. 5; Aegid. disp. 13. dub. 2.

Et ex recentioris temporis canonistis ne unum quidem vidimus, qui contra valorem Decretalis toties nominatae staret.

Praeterea concilium Basiliense fuit ab Eugenio IV. Summo Pontifice revocatum et auctoritate Apostolica nunquam fuit confirmatum, si excipiamus paucas quasdam constitutiones circa causas beneficiales a Nicolao V. receptas, inter quas autem ea de vitandis excommunicatis frustra quaeritur.

Audiamus celeberrimi Bellarmini de hoc concilio judicium: Dico, Basiliense Concilium initio quidem fuisse legitimum; nam et legatus aderat Romani Pontificis et episcopi plurimi; at a quo tempore Eugenium deposuit et Felicem elegit, non fuit concilium ecclesiasticum, sed conciliabulum schismaticum, seditiosum et nullius prorsus auctoritatis [2]).

Et etiam illud momentum, quod Decretum concilii Basiliensis a concilio Lateranensi V. in Sess. XI. fuit mutatis quibusdam mutandis receptum, nostram non enervat sententiam, quia sufulti verbis Benedicti XIV., quae habuit ad sententiam Fagnani, valorem Decreti concilii Basiliensis ob receptionem a concilio Lateranensi V. defendentis, cum Benedicto XIV. repetimus: »Quamvis vero Fagnanus in cp. Quod a praedecessore n. 55. de schismat. probare conetur, evitandos etiam esse quoscunque, qui facti notorietate certo dignoscuntur in excommunicationem incidisse, juxta posteriorem sanctionem

1) *Harduin*, Coll. Conc. IX. p. 1820.

2) *Bellarminus*, de ecc. militante c. 13; Idem de concil. auctor. c. 16.

concilii Lateranensis V. sess. XI. §. statuimus autem, ejus tamen doctrina fere communiter rejecta est, cum ubique moribus sit recepta laudata constitutio »Ad evitanda[1]).«

Licet Concordato inter Leonem X. et Franciscum I. Galliae regem anno 1516 inito, in Art. XI. insertum inveniamus decretum Concilii Basiliensis, nihilominus illud per consuetudinem fuisse et in Gallia sublatum et decretalem Martini V. »ad vitanda« receptam, testatur Van-Espen Trac. de censur. c. VII. §. 3.

Et ut omne hac de re tollatur dubium, commemorare volumus, s. Sedem esse pro valore Extravagantis Martini V. et neutiquam pro decreto Basiliensi. In libro a celeberrimo patriae nostrae episcopo f. m. Fessler edito, cujus titulus: Der Kirchenbann und seine Folgen, Edit. Wien 1860 p. 37. ita rem, de qua loquimur, invenimus decisam: Kaum war die Bulle in Rom bekannt geworden, — loquitur de excommunicato Napoleone I. a Pio VII. — so stellten alle öffentlichen Beamten und Diener sowohl in den höheren als niedrigen Verwaltungsbehörden vom nächsten Tage ihre Amtsverrichtungen und Dienste ein oder wendeten sich an den Papst, um zu frageu, ob sie in ihren Anstellungen bleiben könnten oder nicht, indem sie erklärten, dass sie fest entschlossen wären, lieber Alles, was sie besässen, aufzuopfern, als in die Kirchenstrafen zu verfallen, indem sie der neuen Regierung dienten. Es wurde natürlich alsogleich die praktisch wichtige Frage aufgeworfen, ob der Umgang mit denen, welche durch diese päpstliche Bulle als der Excommunication verfallen erklärt sind, gestattet sei oder nicht? Zur Lösung dieser Frage wurde sofort eine eigene Commission eingesetzt, welche ihre Entscheidung auf die schon erwähnte Constitution des Papstes Martin V. basirte und erklärte, unter einem namentlich Excommunicirten sei jener zu verstehen, welcher in der Excommunications-Bulle ausdrücklich mit seinem eigenen Namen oder mit einem anderen gleichbedeutenden besonderen Ausdrucke, der die Person hinlänglich genau bezeichnet, erwähnt wird. Da nun in der besagten Bulle die Excommunicirten blos mit allgemeinen Ausdrücken bezeichnet und keine Person insbesondere mit ihrem eigenen Namen oder mit einem besonderen Ausdrucke, welcher ein bestimmtes Individuum hinlänglich genau bezeichnet, darin erwähnt wird, so ist die Commission der Ansicht, dass der Umgang mit den in dieser Bulle Excommunicirten nicht verboten sei. Da man ferners bei der Auslegung eines Gesetzes hauptsächlich auf die Absicht desselben sehen müsse, diese aber ausgesprochener

1) *Benedict.* XIV. de synod. dioec. lib. 12. cp. IV. n. IV.

Massen keine andere sei, als die aus diesem Verbot entstehenden Aergernisse (Schwierigkeiten) und Gefahren des Seelenheiles zu vermeiden, so ergebe sich hieraus dasselbe Resultat, da es bei einer, gegen so viele, nicht namentlich aufgezählte Personen ausgesprochenen Excommunication für den einzelnen sehr schwierig, ja unmöglich wäre, diesen Umgang zu vermeiden, da er bei jedem, mit dem er zu thun hätte nicht wissen könnte, ob derselbe etwa auch in die Excommunication verfallen und daher der Umgang mit ihm zu vermeiden sei oder nicht [1]).

Eandem rem pulcherime descriptam legere possumus in libro a clarissimo Germaniae canonista, Kober nomine edito: Der Kirchenbann nach den Grundsätzen des canonischen Rechtes, Edit. Tübingen 1863, Sechstes Capitel, die rechtlichen Wirkungen der Excommunication §. 1. Die Entziehung der suffragia ecclesiae p. 259.

Tandem Concordato inter Leonem X. et Franciscum I. Galliae regem inito, opponere possumus Concordatum a Martino V. cum Germaniae natione initum, in quo sub Art. VII. apud von der Hardt Constant. conc. tit. I. p. 1055—1068 [2]), Hartzheim conc. German. tit. V. p. 142. decretalis Martini V. ad verbum est transcripta [3]).

Postremo licet Extravagans Martini V. non inveniatur in actis concilii Constantiensis, tamen de ejus authentia nos dubitare vetat auctoritas testis ab visu s. Antonini, qui eo tempore vixit et licet Extravagans ab ipso defensa, contra disciplinae ecclesiasticae rigorem tantopere ageret a coëvis nunquam fuit qua falsa vel interpolata habita. Praeter s. Antonium in Summa Theologica 3. par. tit. 26. c. 3, testantur de ejus authentia Sotus in IV. d. 22. qu. 1. a. 4, Gurtierez lib. 1. can. 99. cp. 1. n. 1, Navarrus c. 27. n. 35.

Finituri disquisitionem hanc, nostrum adhucdum esse putamus demonstrare, istam decretalem Martini V. »ad vitanda« extendendam esse etiam ad asseclas confessionis Augustanae vel Helveticae, quamvis ipsa de excommunicatis tantum loquatur, quin commemoret haereticos.

Gratia in Martini V. Indulto Christi fidelibus concessa, haereticos non excludit, quod demonstrat:

---

1) Hanc resolutionem invenies: Documenti relativi alle Contestazioni insorte fra la s. Sede ed il Governo Francese tom. IV. p. 184—187.

2) *Münch*, vollständige Sammlung aller älteren und neueren Concordate Th. 1. S. 20 et seqq.

3) Acta Conc. *Harduin*, Tom. VIII. Parisiis ex typog. regia 1714 p. 892. col. 2.

a. Tenor supracitatae constitutionis, juxta quem nemo deinceps a communione alicujus . . . . *intus et extra praetextu cujuscunque sententiae aut censurae ecclesiasticae a jure vel ab homine generaliter promulgatae* . . . tenetur abstinere. Quia ergo haereseos crimen punitur excommunicatione: patet haereticos qua excommunicatos et quidem ob haeresim excommunicatos non esse vitandos, nisi a judice specialiter et expresse qua tales denuntiati fuerint.

b. Quod revera ad conversationem cum haereticis haec Martini V. constitutio extendebatur, testatur per multa saecula vigens in Germania consuetudo, juxta quam Christi fideles cum haeretis communionem habebant indeterminatam, quin s. Ecclesia hanc qua abusum sustulerit, vel saltem sese illi opposuerit.

Quae verba nostra confirmare possumus effatis canonistarum celeberrimorum, ex quibus, breves ut simus, adducere volumus Benedictum XIV. tantum, qui in celeberrimo suo opere, a nobis multoties citato, de Synodo dioecesana lib. VI. cp. V. n. 11. ita ait: Et nihilominus ea est misera nostrorum temporum conditio, ut multis in provinciis, in quibus haereses aut dominantur aut grassantur impune, duram catholici subeant necessitatem cum haereticis conversandi et familiariter agendi. Quamvis autem per canonem concilii Constantiensis a Martino V. approbatum, qui incipit »ad evitanda« quique in suo semper vigore permansit, non obstantibus contrariis subsequentibus constitutionibus conciliorum Basiliensis et Lateranensis, nonnihil relaxata fuerit disciplina in eo, quod pertinet ad conversandum atque etiam in divinis communicandum cum haereticis qui tolerantur et expresse denuntiati non tamquam vitandi, ut ipse probat Cabassut. in Theor. et Prax. jur. canon. lib. V. cp. 11. n. 3. . . .

Hisce absolutis, nunc ad demonstrandam et quidem ex fontibus limpidissimis demonstrandam doctrinam transibimus, per sepulturam asselae confessionis Augustanae vel Helveticae, coemeterium catholicum, in quo illi sepeliuntur, quamvis fiat hoc illicite, suo sacro charactere non exui seu non pollui.

E.

Per sepulturam asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae coemeterium catholicum non polluitur.

Hoc docent generatim:

a. Canonistae probati.

1. M. F. Petrus de Murga Disquisitiones morales et canonicae Editio Lugduni 1666. tom. I. trac. II. de coemeteriis, disquis. IV. de humatione humani cadaveris, dub. III. p. 96: *Non censetur pol-*

lutus locus sacer per humationem in eo factam cadaveris haeretici publici etiam et notorii, non tamen denuntiati excommunicati. Ita docent Navarrus tom. 2. cons. lib. V. tit. de haeret. cons. 10. n. 4. vers. 3; Antonius Naldus in Summa verb. ecclesia n. 29; Jacobus Gordonus in Theol. Mor. tom. 2. lib. 6. q. 9. n. 15; Thomas Delbene de Immunit. eccles. par. 1. cp. 2. dub. 2. sec. 5. n. 2. et sec. 6. n. 1.; Franciscus Pellizzarius in Manual. Regul. tom. 2. pr. 1. tr. 8. cp. 5. n. 72. vers. Noto dec. cum Card. de Lugo; Pax Jordanus vol. 1. de re sacra lib. 5. tit. 12. n. 127; Gregor Sayrus in Thesauro lib. V. cp. 16. n. 2; Ugolinus de off. Epis. cp. 29. §. 4. vers: excipitur.

2. Enricus Pirhing, Juris canonici Methodus nova. Edit. Dilingae 1676 tom. III. lib. III. tit. XXVIII. de sepulturis n. LXX. p. 410: Si publice excommunicatus toleratus tamen et non vitandus v. g. Lutheranus vel Calvinianus praedicans in Germania sit mortuus impoenitens et in excommunicatione, quamvis illicitum sit ejus corpus sepelire in loco sacro, quia indecens est, ut in tali loco sepeliatur, qui praecisus est ab ecclesia, neque suffragiorum ecclesiae est capax ideoque talis sepultura in irreverentiam loci sacri cadit, *si tamen ille publice denuntiatus non fuit tamquam vitandus, non censetur locus sacer per illius in eo sepulturam violari*, ita ut sollenniter per Episcopum reconciliari debeat. Ratio est, quia haec violatio ecclesiae fundatur in prohibitione sepeliendi excommunicatum in loco sacro, ergo cum per constitutionem »Ad evitanda« prohibitio sit limitata et restricta ad solos excommunicatos denuntiatos et vitandos, per consequens etiam limitata est ad illos violatio loci sacri, quia excommunicati tolerati hodie quoad communicationem cum illis vitandam, non aliter reputantur acsi non essent excommunicati vel occulte solum excommunicati, qui etiam antiquo jure non erant vitandi.

Idem auctor ibidem sub n. LXXI.: *Non est necessarium, ut corpora haereticorum non denuntiatorum exhumentur* . . . sed tantum corpora haereticorum nominatim denuntiatorum et tunc locus est reconciliandus.

3. Petrus Leurenius, Forum ecclesiastic. lib. III. cp. I. tit. XXVIII. Qu. 798. p. 573: De caetero falsum est fundamentum, quo nixus id asserit Zoësius, nimirum, quod per sepulturam uniuscujusque excommunicati, etiam non vitandi, violetur ecclesia seu locus sacer ac ita inhabilis reddatur ad celebranda ibidem divina et sepeliendos alios fideles, priusquam reconcilietur; *cum id solum verum sit, si in eo sepultus excommunicatus denuntiatus et vitandus* juxta

c. consul. 7. de consec. Ecc. et quidem, ut talis exhumandus sit, si a reliquis corporibus ibidem sepultis discerni possit, c. sacris h. t. cp. 7. de cons. eccl. c. 28. et 29. de cons. d. 1. Barbosa in cp. 27. eodem cum communi, locusque, si sit consecratus vel benedictus, necessaria sit reconciliatio, solemnis quidem facta ab Episcopo, si fuerit ecclesia consecrata, si solum benedicta, sufficiat sacerdotalis benedictio facta a sacerdote per aquam, benedictam, *qua reconciliatione proinde opus non est dum ecclesiae, in quibus haeretici suum exercitium diu habuerunt eorumque corpora sepulta jacent*, recipiantur a catholicis, *cum per eorum utpote non excommunicatorum denuntiatorum ac vitandorum sepulturam non fuerint pollutae*, quamvis decens esset, ut tales ecclesiae simplici aqua benedicta per sacerdotem aliquem aspergantur, antequam denuo in iis divina celebrentur cum Laymann lib. 5. cp. 5. n. 13. addit. 5.

4. Ferraris, prompta bibibliotheca verbum Ecclesia art. 4. n. 54.: *Si in ecclesia fuerint sepulti haeretici non denuntiati nominatim, etiamsi alias notorii, non censetur violata ecclesia nec indiget reconciliatione.* Laymann in Theol. Mor. lib. 1. tr. 5. par. 11. cp. 4. n. 9., Jordan. de re sacra tom. 1. lib. V. tit. 11. de benedic. coemet. n. 127; Pirhing, l. c. n. 13; Antonell. de loco legali lib. 1. c. 9. n. 16; Lacroix lib. 6. par. 2. n. 286.

5. Succincta ss. canonum doctrina seu Decretalium Gregorii IX. Pontif. Max. libri V. olim a R. P. Francisco Schmalzgrueber nunc a quodam ejus discipulo in compendium contracta, Edit. Augustae Vindelic. 1747 Par. II. tit. XXVIII. §. V. de personis sepultura sacra indignis Qu. 2. p. 274: Quid faciendum casu, quo alicui sepultura ecclesiastica concessa fuit, cui illa negari debuit? Rs. 2. Si sepultus sit excommunicatus denuntiatus et vitandus, ecclesia vel coemeterium reconciliari debet, quia per sepulturam ejusdem pollutum censetur. *Quodsi sepultus ibi sit excommunicatus toleratus, ut in Germania sunt Lutherani, etsi licite in loco sacro sepeliri nequeat, per ejus sepulturam locus sacer non violatur consequenterque reconciliatione non indiget.*

6. Bernardus Sannig, Universum jus canonicum, Editio Pragae 1692 lib. III. Decret. D. Gregor. Papae IX. tit. XL. de consecrat. Eccles. vel. Altar. cp. 1. de consecratione ecclesiae n. 11. p. 158: Quarto violatur per sepulturam hominis excommunicati, habetur cp. consuluisti de consecratione. *Requiritur tamen post concil. Constantiense, ut sit excommunicatus non toleratus* i. e. ut sit publice denuntiatus, vel sit notorius percussor clerici, sicut notant Suarez

conc. etc. et Novar. in lib. V. can. 10. de haert. edit. I. ad 4. Quaes. dicit, per sepulturam haeretici non denuntiati nominatim locum sacrum non violari, ita in cp. Sacris de sepul. Imo neque per sepulturam hominis personaliter interdicti violatur ecclesia: ita Suarez etc., quia nullum exstat jus circa hoc.

7. Vicentius Petra S. R. E. Presbyt. Card. Commentaria ad Const. Apost. Edit. Venetis 1792 tom. II. Const. II. Honorii III. »Religiosam vitam« p. 222. n. 48: Quilibet excommunicatus privatur ecclesiastica sepultura tex. in cp. sacris de sepul. Clem. 1. Advertendum nihilominus est, *post dispositionem Concilii Constantiensis in Extravag.: »ad evitanda« sub hac ecclesiasticae sepulturae prohibitione non comprehendi, nisi excommunicatos nominatim denuntiatos* aut publicos clericorum percussores; quilibet enim alii excommunicati praeter praefatos nominatim denuntiatos aut clericorum percussores vigore praedictae Extravag. hodie non dicuntnr amplius publici sed sunt tolerati et possumus cum illis in vivis communicare . . . ergo possumus etiam cum eisdem mortuis communicare.

8. Ubaldus Giraldi, Expositio juris pontificii, Editio Romae 1769, pars I. ex lib. III. Decret. tit. XL. de consecr. eccl. et altar. Sec. DC. p. 424: Jam susceperat Innocentius III. in epistola ad Nidrosiensem Archiepiscopum, relata in cp. XII. tit. 28. hujus lib. III.: »Sacris est canonibus institutum, ut quibus non communicavimus vivis, non communicemus defunctis: et ut careant ecclesiastica sepultura, qui prius erant ab ecclesiastica unitate praecisi, nec in articulo mortis ecclesiae reconciliati fuerint. Unde si contingat, ut excommunicatorum corpora in coemeterio ecclesiastico tumulentur, si ab aliorum corporibus discerni poterunt, exhumari debent et procul ab ecclesiastica sepultura jactari. Quodsi discerni non poterunt, expedire non credimus, ut cum excommunicatorum ossibus corpora extumulentur fidelium.« Cohaerenter ad haec in hac decretali reconcilianda fore coemeteria, in quibus excommunicatorum corpora sepeliri contigerit, eorum scilicet, ob quorum tumulationem coemeteria polluuntur ac proinde indigent reconciliatione, ut ex iis verbis: reconcilianda erunt, sit manifestum. Hinc liquet, tam in praefata — loquitur nempe de cp. 7. consulisti ex decr. Innocentii III. — quam in praesenti Decretali, *pontificem loqui de excommunicatis non quidem toleratis (per horum nempe sepulturam non polluitur coemeterium*, cumque cum his communicaverimus vivis, communicare etiam licite possumus cum eisdem defunctis, prout ex regula textus antecedentis doctores communiter inferunt) sed de vitandis, qui profecto ii sunt,

sunt, cum quibus non communicavimus vivis atque adeo neque communicare valemus defunctis.

9. Kober, Der Kirchenbann nach den Grundsätzen des canonischen Rechtes, Edit. Tübingen 1863. cp. VI. §. 4. p. 337: Die im Voranstehenden namhaft gemachten gesetzlichen Bestimmungen über Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses beziehen sich übrigens im strengen Sinne und nach ihrem ganzen Umfange blos auf die Excommunicati vitandi. Der Beerdigung der tolerati können die Gläubigen anwohnen, ohne sich einer Sünde schuldig zu machen oder in eine Strafe zu verfallen; *der Leichnam kann auf dem gewöhnlichen Friedhofe beigesetzt werden* und alle kirchlichen Feierlichkeiten stattfinden, denn die Bulle »ad evitanda« hat zu Gunsten der Gläubigen den Umgang mit den toleratis gestattet, was auch auf das Begräbniss Anwendung findet, da es weniger dem Verstorbenen zum Nutzen, als vielmehr dem Ueberlebenden zum Troste gereicht und für sie eine grosse Wohlthat in sich schliesst. Dagegen haben auch bei den toleratis die gewöhnlichen Gebete des Priesters und der Gemeinde, sowie die nachfolgenden Exequien zu unterbleiben, weil diese nur dem Verstorbenen zu Gute kommen können und die Constanzer Bulle den Excommunicirten keine Gunstbezeugung zuwenden wollte.

10. Schulte, System des allgemeinen katholischen Kirchenrechtes, Edit. Giesen 1856 II. Th. das Privatrecht, Begräbniss n. IV. p. 654: Es fragt sich aber speciell, ob man einen Akatholiken auf dem geweihten Boden des katholischen Friedhofes beerdigen dürfe? Zur Entscheidung dieser Frage ist auf der einen Seite zu erwägen, dass man die Protestanten und nichtunirten Griechen nicht als Ketzer im strafrechtlichen Sinne auffassen kann, wie auch daraus hervorgeht, *dass die Bischöfe ziemlich allgemein keinen Anstand mit Recht nehmen, gestorbene Protestanten*, welche keinen Seelsorger in der Nähe haben, von dem katholischen Pfarrer unter Anwendung der nicht specifischen Feierlichkeiten *beerdigen zu lassen.* Auf der anderen Seite kann man aber vom strengen Rechtsstandpunkte aus sagen: Der geweihte Boden sei nur für die treuen Glieder der Kirche bestimmt, die Protestanten könnten somit nur die Anlegung eines nicht geweihten Platzes verlangen. Hiergegen lässt sich kein rechtlicher Einwand vorbringen.

11. Phillips, Lehrbuch des Kirchenrechtes, Edit. Regensburg 1862 Abth. II. Bd. V. cp. 3. §. 308. n. V. p. 1166: Wie es nach den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland in Betreff des Begräbnisses der Akatholiken seitens der katholischen Kirche zu halten sei, ist eine praktisch wichtige Frage. Sie kommt jedoch zunächst nur

da in Betracht, wo es sich um die Beerdigung einzelner Akatholiken auf einem katholischen Kirchhofe durch den katholischen Pfarrer handelt, denn selbst da, wo die Gottesäcker nicht nach der Confession geschieden sind, bleibt es jedem von diesen überlassen, die ihrigen nach ihrem Ritus zu beerdigen. *In jenem Falle aber ist einem Akatholiken das Begräbniss auf dem katholischen Friedhofe u. z. aus dem Grunde nicht zu verweigern*, weil die seit lange in dieser Beziehung bestehende Praxis dadurch gerechtfertigt wird, dass in Deutschland seit dem XVI. Jahrhundert die Bestrafung der Haeresie im Verhältnisse zu früheren Zeiten gegen die formelle durchaus die vorherrschende ist.

12. Pachmann, Lehrbuch des Kirchenrechtes, Edit. Wien 1853. Bd. 3. §. 504. die Kirchensühnung p. 83: Verschieden von der Consecration und Benediction einer Kirche oder Kapelle ist die rituelle Sühnung derselben, wenn sie befleckt worden. Die Canones bezeichnen dafür jetzt folgende Fälle, die aber, um den rituellen Akt nothwendig zu machen, Publicität haben müssen: a) wenn irgend jemand in dem durch die Wände, die Decke oder den Fussboden eingeschlossenen Raume der Kirche an sich selbst oder an einem anderen, gegen den er sich nicht blos einer gerechten Nothwehr gebraucht, einen Mord oder stark imputablen Todtschlag verübt oder ein Todesurtheil vollzogen, gesetzt auch in der Kirche wäre nur der tödtliche Streich geführt oder überhaupt die Ursache des Todes gegeben worden, der Tod selbst erst draussen desselben erfolgt, oder es wäre der Erschlagene ein Gerechter gewesen oder umgekehrt einer, der gar nicht der Kirche angehörte oder jedenfalls den Tod als eine gerechte Strafe zu erleiden hatte. b) Wenn durch schwer sündhafte Verletzung eines Menschen ein bedeutender Blutverlust in der Kirche erfolgt ist. c) Wenn daselbst menschliche Zeugungskraft vergeudet oder d) wenn unter dem Fussboden, wäre es auch in der unter der Kirchenarea befindlichen Gruft, da solche überall als Theil der Kirche gilt, ein Ungläubiger oder e) *ein ausser der kirchlichen Duldung stehender Excommunicirter beerdigt worden ist.*

Et quod auctor dicit de ecclesiae pollutione, valet et de coemeterio [1]).

b. Moralistae et quidem:

1. Pauli Laymanni, Theologia Moralis, Edit. Virceburgi 1748 lib. I. Trac. V. par. 2. cp. IV. n. 9. p. 178: Alia quaestio est de

1) *Pachmann*, Lehrbuch des Kirchenrechtes, Edit. Wien 1853. Bd. III. §. 505.

sacra sepultura, utrum excommunicatis, praesertim haereticis notoriis, sed nondum denuntiatis concedi possit? Respondeo et dico 1. Qui tales excommunicatos etiam haereticos in loco sacro sepeliunt, non incurrunt excommunicationem Clem. I. de sepul. latam adversus eos, qui excommunicatum scienter sepeliunt: neque incurunt excommunicationem cp. quicunque de haeret. in VI. latam contra eos, qui haereticos eorumque fautores etc. scienter loco sacro sepeliunt: denique *neque locus sacer sepultura excommunicati aut haeretici nondum denuntiati violatur.* Haec est communior sententia, quam leges apud Novarrum cp. 27. Man. n. 137, Henriquez lib. 13. cp. 11. §. 3., Aegidium tom. 2. disp. 14. in fin. dub. 10., Avilam par. 2. cp. 4. disp. 10. dub. 6. Nam eo ipso, quod tales vitandi non sunt, sed tolerati, nulla ex ipsorum communicatione a fidelibus, aut sacris locis censura incurri potest, sicuti judicat Navarr. lib. V. Cons. 10. n. 4. de haeret. edit. 2.

2. Ar. P. Claudius Lacroix, Theologia Moralis, Edit. Venetis 1732, lib. II. de praeceptis virtutum theologicorum, trac. I. de praeceptis fidei cp. IV. de infidelitate et vitiis fidei oppositis dub. III. Quid haeresis n. 110—112. Qu. 26. p. 106: An liceat haereticos sepelire in loco sacro? R. §. 1. Si quis haereticus ante mortem dederit manifesta signa conversionis, quamvis ab haeresi absolutus non sit potest in loco sacro sepeliri. Ita Laymann lib. 1. trac. 5. par. 2. cp. 4. n. 9. ubi dicit, ad vitandum scandalum prius esse admonendum Episcopum. R. §. 2. In quibusdam Germaniae locis ex longa consuetudine permittitur, ut notorie haeretici in locis sacris sepeliantur a suis ministris, ita post Laymann et alios Lugo dist. 14. 159. docens cum Nav. Verj. et aliis, *ecclesiam etiam non violari per sepulturam ullius haeretici, nisi fuerit nominatim denuntiatus* vel publicus percussor clerici.

3. Theologia Moralis universa R. P. Pauli Gabrielis Antoine, Edit. Augustae Vindelic. 1779. Tractatus de censuris. Qu. 3. n. 7. p. 365: *Excommunicatus non toleratus* privatur ecclesiastica sepultura, ita ut non liceat in loco sacro eum sepelire et si sepeliatur, debet exhumari si ab aliorum corporibus discerni queat.

4. S. Alphonsi de Ligorio, Theologia Moralis, Edit. Romae 1767 lib. VII. de cens. eccles. et irregul. cp. 2. de excommunicatione dub. III. n. 186 et 187. p. 87: Non toleratus privatur ecclesiastica sepultura, ita ut non possit in loco sacro seu benedicto sepeliri et si contrarium fiat, ac corpora discerni possunt, debet exhumari, nec in eo loco divina peragi ante reconciliationem. Dixi non toleratus, *quia ecclesia non polluitur etsi haereticus non speciatim denuntiatus in ea sepeliatur*, ut docent Suar. Laym. et alii. Hinc tolerati licite

sepeliuntur in loco sacro, si cum signis poenitentiae a vita migraverint . . . . Jure nihilominus prohibent Episcopi in Germania eo, quod inter caeteras poenas non communicantium in Paschate, etiam statuatur privatio sepulturae ecclesiasticae.

Idem Sanctus Doctor in Theol. Mor. lib. VI. trac. III. n. 366. p. 136: Enumeratis casibus, in quibus coemeterium polluitur, addit. 3. per sepulturam excommunicati non tolerati vel infidelis (*quo nomine hic non comprehendi haereticum* docet Card. de Lugo l. c. n. 57).

Tandem eándem tradit doctrinam Sanctus Alphonsus: Homo Apostolicus, Edit. Ratisbonae 1843 tr. 19. de cens. et irregul. cp. 2. punc. 1. n. 20. sub VIII. p. 120: Privat — loquitur nempe de effectibus excommunicationis majoris — sepultura ecclesiastica, adeo ut cadavera excommunicatorum dehumanda sint a sepulturis (quoties certo secerni possunt); et ubi sepultum est cadaver vitandi (*non autem tolerati, licet haeretici, sed non nominatim denuntiati*) non potest celebrari, nisi prius reconcilietur ecclesia.

5. Gury compendium Theologiae Moralis, Edit. in Germania II. Ratisbonae 1857. Tractatus de censuris n. 4. Qu. 1634 p. 444:

1. Excommunicatus vitandus privatur sepultura ecclesiastica, ita ut nequeat in loco sacro sepeliri; sin vero in tali loco sepultus fuerit, ejus cadaver erui debet si adhuc fieri possit et locus sacer pollutus tali contactu expiari debet.

2. Excommunicatus toleratus pariter sepultura ecclesiastica privatur; acsi in loco sacro fuerit sepultus, inde extrahendus est. *Attamen locus ille sacer non censetur pollutus, nec proinde expiandus est.*

6. Petrus Scavini, Theologia Moralis Universa, Edit. Mediolani 1865 lib. 1. trac. 4. Disp. 3. cp. 6. de censuris n. 915. et 916. Rsp. ad 2. p. 603: Excommunicatus vitandus privatur a jure canonico sepultura ecclesiastica, ita ut nequeat in loco sacro ejus cadaver tumulari: et si contrarium fiat, erui debeat (si adhuc possit) et locus sacer reconciliari: excipe nisi decessisset cum signis poenitentiae, quo in casu absolvendus est, si pro eo veniam petant haeredes. Qui scienter sepeliri praesumunt excommunicatum vitandum, incurrunt ipso facto majorem excommunicationem: per sepelientes autem, non intelliguntur, qui funus associantur aut canunt preces, aut deferunt crucem, luminaria, sepulchrum effodiunt, cadaver deferunt, etsi graviter peccent, sed qui de facto sepeliunt. . . . Diximus autem »vitandus;« *non vitandus enim licite sepelitur in loco sacro*, si cum poenitentiae signis e vita migraverit: unde si ei sit deneganda

sepultura, non jam esset ratione censurae, sed potius publicae indignitatis; etenim post Extravag. Martini V. vitandus non est, nisi qui sit publice denuntiatus aut publicus clerici percussor. Ergo caeteri excommunicati per se sepultura non privantur; nam quibus vivis communicamus, mortuis communicare possumus.

Idem Scavini loco alio lib. 1. trac. IV. Adnotationes sig. CC. n. 1013: Cum ecclesiastica sepultura pars sit catholicae communionis, quae etiam post mortem manet, ideo merito ab ea repelluntur, qui viventes ea communione carebant atque ab ecclesia sejuncti ab hac vita publice migraverunt. Hinc e pluribus juris capitibus ecclesiastica sepultura privantur judaei, ethnici, infideles omnes et infantes non baptizati, apostatae, haeretici, schismatici manifesti, nominatim interdicti, suicidae, duellantes in torneamentis, usurarii manifesti, fures et latrones in crimine deprehensi et occisi, raptores ecclesiarum si non satisfecerint, qui Paschate non communicaverint, uno verbo publici peccatores, quos constet, impoenitentes decessisse. Qui hos temerarie sepelierint in catholico coemeterio graviter delinquunt: *imo si sepelierint aliquem infidelem, aut haereticum declaratum aut excommunicatos vitandos*, nempe vel publicos clericorum percussores, vel nominatim declaratos excommunicatos, incurrunt etiam excommunicationem ipso facto; *taliter sepulti*, si adhuc fieri possit, *sunt extrahendi ex sepultura et coemeterium est reconciliandum.*

Idem Scavini lib. I. trac. Adnotat. n. 671. p. 439.: Polluitur seu violatur ecclesia (sicut et coemeterium) quando in ea exercentur actiones quaedam turpes vel loco sacro injuriosae, sed nonnisi postquam res evulgata fuerit. Id evenit ex jure canonico: . . . . . 5. Per sepulturam baptizati nominatim excommunicati (*non vero si sit quidem excommunicatus, sed non nominatim*) *vel haeretici declarati.*

7. M. J. Gousset, Moraltheologie, übersetzt von Jos. Lennartzt, Edit. Regensburg 1869. Bd. II. Th. II. cp. VI. n. 310. p. 179: Die Kirche wird 4. profanirt durch das Begräbniss eines Heiden, Ungläubigen oder *namentlich Excommunicirten* . . . . Weil in solchen Fällen der Buchstabe des Gesetzes befolgt werden muss, *so wird eine Kirche durch das Begräbniss eines nicht namentlich Excommunicirten*, Selbstmörders oder Duellanten, oder jedes anderen öffentlichen und unbussfertig gestorbenen Sünders, *nicht profanirt*, da alle eben benannten blos des kirchlichen Begräbnisses unwürdig sind.

Ibidem n. 311: Dieselben Ursachen und Handlungen, welche eine Kirche profaniren, profaniren auch einen Kirchhof.

Ibidem n. 314: Zweifelt ein Pfarrer, ob eine Kirche oder ein Kirchhof profanirt sei oder nicht, so wende er sich an seinen Ordinarius, indem er ihm die Thatsache so deutlich als möglich vorlegt. Solange die Sache von Seiten des Bischofes noch keine Erledigung gefunden hat, darf er in der Kirche celebriren und auf dem Kirchhofe begraben lassen. Mag es sich nun um einen Zweifel handeln, der das Recht oder die Thatsache betrifft, so sind wir doch der Ansicht, dass ein Bischof in einem solchen Falle die Benediction des Kirchhofes nicht zu erneuern und die Reconciliation der Kirche nicht vorzunehmen braucht, weil wir die Kirche oder den Kirchhof in einem solchen Falle nicht für profanirt halten. Odiosa sunt restringenda. Weil z. B. die Theologen in ihren Ansichten nicht übereinstimmen, ob ein Kirchhof durch das Begräbniss eines bekannten aber nicht namentlich excommunicirten Häretikers profanirt werde, so braucht ein solcher Friedhof nicht wieder benedicirt zu werden, wenn auch ein solches Begräbniss der Praxis und den Verordnungen der Kirche zuwider stattgefunden hat. *Es besteht aber bis heute kein Gesetz, kein Decret, kein Canon, die Kirche oder Kirchhof durch das Begräbniss eines Häretikers für profanirt erklären, da die Profanation nur in den oben angeführten Fällen statthaben kann.* Höchstens könnte einer behaupten, der Kirchhof wäre profanirt, weil dieser Häretiker excommunicirt gewesen. Nun aber stimmen alle darin überein, dass eine Kirche oder ein Kirchhof nur durch das Begräbniss eines namentlich bezeichneten Excommunicirten profanirt werden könne.

c. Pastoralistae iique:

1. Benger, Pastoraltheologie, Edit. Regensburg 1863. Bd. III. Buch IV. §. 152. n. 7. p. 380: Die mit dem Ernste gepaarte Milde der Kirche zeigt sich auch in der Anwendung kirchlicher Strafen auf Verstorbene. Die Kirche hat nämlich nicht nur solche, welche nie zu ihrer Gemeinschaft gehört haben (Heiden, Juden, Ungetauften), sondern auch jene, welche treulos von ihr abfallen (Apostaten, Häretiker, Schismatiker) oder ausdrücklich von ihr mit Censuren belegt sind (die namentlich Excommunicirten und Interdicirten) oder durch ihren verkehrten, unbussfertigen Sinn und ihre Verbrechen bis zum Tode sich der Theilnahme an den gemeinschaftlichen Gütern der Gemeinde der Heiligen schuldig gemacht haben, von der Ehre und Gnade des kirchlichen Begräbnisses ausgeschlossen. *Aber sie betrachtet die hl. Ruhestätte durch das Begräbniss der tolerirten Excommunicirten nicht als polluirt* und lässt überhaupt bei ihren Angehörigen die Strafe in der Regel nur dann eintreten, wenn derartige Sünder

sicher der bezeichneten Gesinnung oder Verbrechen schuldig sind und offenbar in der Unbussfertigkeit dahinsterben.

Et ibidem in adnotatione: In den Orten, wo nach den neuen Gesetzgebungen die Kirchhöfe Simultankirchhöfe oder überhaupt Eigenthum der Civilgemeinde sind, ist zwar eine besondere (durch Hecken, Mauern, Wege oder sonst wie deutlich abgegrenzte) Abtheilung für die Angehörigen einer jeden Confession sehr zu wünschen, doch duldet die Kirche da, dass Akatholiken auf dem von ihr geweihten Boden beerdigt werden.

2. Gassner, Handbuch der Pastoral, Edit. Salzburg 1868. Bd. I. n. α. p. 291: Die Pollutio — der Kirche — tritt ein durch gewisse in jure canonico festgesetzte innerhalb der Kirche (Sacristei und Thurm werden nicht zur Kirche gehörig betrachtet) vorgekommene, hinreichend bekannt gewordene schwer sündhafte Handlungen. Anmerkung: Homicidium, copiosa humani sanguinus effusio, effusio seminis humani mortaliter peccaminosa, sepultura infidelium, non baptisatorum eorumque infantium, *item excommunicatorum non toleratorum.* Inst. Eyst. p. 107.

Et quod de pollutione ecclesiae dixit, valet et de coemeterio [1]).

3. Amberger, Pastoraltheologie, Edit. Regensburg 1870. Bd. III. Abth. II. §. 245. kirchliches Begräbniss, n. 2. et 3. p. 1314: Der Pfarrer muss daher wohl wissen, welche von Rechtswegen von dem kirchlichen Begräbniss auszuschliessen sind. Dieses wird aber verweigert.

a. Allen, welche die Taufe noch nicht empfangen, also den Heiden, Juden und allen Ungläubigen.

b. Den Häretikern und ihren Begünstigern, den vom christlichen Glauben Abgefallenen, den Schismatikern und öffentlich mit der grossen Excommunication Belegten, den namentlich Interdicirten und jenen, welche an einem interdicirten Orte sind, während der Dauer des Interdictes. *Wenn ein Akatholik in einem katholischen Pfarrbezirke stirbt, so kann derselbe, wenn die Protestanten an diesem Orte einen eigenen Friedhof nicht besitzen, auf dem katholischen Gottesacker begraben werden.* Diese Milderung hat die Kirche, durch deren Gesetze die Beerdigung der ausser ihrer Gemeinschaft Verstorbenen in geweihtes Erdreich (weil dies ein Moment des kirchlichen Begräbnisses) untersagt ist, eintreten lassen in weiser Berücksichtigung der Zeitumstände und der politischen Verhältnisse.

---

1) *Gassner*, Handbuch der Pastoral. Edit. Salzburg 1868. Bd. I. n. β. p. 292.

Hoc testantur speciatim.

a. Synodi provinciales et quidem:

1. Decreta Concilii plenarii Baltimorensis secundi anno 1866, Tit. VII. de disciplinae uniformitate promovenda cp. II. de uniformitate in aliis promovenda n. 389: Porro sepultura ecclesiastica privantur infideles, haeretici et schismatici, excommunicati notorii et vitandi; qui mentis compotes sibi mortem consciverint, nisi aliquo forsan tempore superstites, resipiscentiae signa dederint; qui morti proximi obstinate et coram testibus sacramenta sibi oblata, respuerint; qui notorie scandalosam degerint vitam, nec poenitentiae ullum dederint signum; demum qui duello perierint, dederint vel non dederint resipiscentiae indicia. In dubio vero, an sint a sepultura ecclesiastica arcendi, consulendus erit Ordinarius, cum id commode fieri poterit; secus autem in partes lenitatis et misericordiae propendeat judicium. Quod praestandum consulimus praesertim, quandocunque defunctus morte subitanea correptus nullum habuit poenitendi tempus, cum juxta juris regulam odia sunt restringenda. *Ex mente Sedis Apostolicae toleratur, ut in sepulchris gentilitiis, quae videlicet privata et peculiaria pro catholicis laicorum familiis aedificantur, cognatorum et affinium etiam acatholicorum corpora tumulentur.* Ex Decreto s. Cong. Inquis. 30. Martii 1859 et 25. April 1860.

2. Decreta Concilii provincialis Remensis I. anno 1849, tit. IX. de sacramento extremae Unctionis cp. IV. quibus deneganda est sepultura ecclesiastica? *Denegatur sepultura ecclesiastica infidelibus et nominatim excommunicatis, quorum sepultura pollueretur coemeterium.* Denegetur etiam publice haereticis, schismaticis, apostatis a fide, iis qui in conflictu duelli vel in actu evidenter criminoso perierunt, nisi adhuc viventes poenitentiae signa dederint; his qui rationis suae compotes sibi violentas manus intulerunt; iis qui cum scandalo et coram testibus extrema ecclesiae sacramenta impie repulerunt nec non infantibus mortuis absque baptismo.

3. Decreta Concilii provincialis Senensis anno 1850, tit. IV. de disciplina et studiis cp. VII. de sepultura ecclesiastica n. c.: Coemeteria, in quibus crux firmiter stare debet, bene septa, rite benedicta et ab omnibus sordibus aliena sint. Distinctus assignetur locus non benedictus his, qui sepultura ecclesiastica privandi sunt: *quae quidem infidelibus deneganda est aut non baptisatis, nominatim excommunitatis, quorum sepultura coemeterium pollueretur,* publice haereticis, schismaticis, apostatis a christianae fide, in conflictu duelli vel in actu evidenter criminioso pereuntibus, nisi signa poenitentiae

dederint, his qui rationis suae compotes, sibi violentas manus intulerunt, aut qui cum scandalo et coram testibus extrema Ecclesiae Sacramenta impie abnuerunt, quibus omnibus pariter deneganda sunt publica ecclesiae suffragia.

4. Acta et Decreta Concilii Provinciae Viennensis anno Domini 1858. Tit. VI. de cultu divino publico et pietatis christianae operibus cp. XV. de coemeteriis: Coemeterium Christi fidelium sepulturis destinatum Episcopi vel Presbyteri ab eo delegati benedictione initiandum est: quo facto loci religiosi rationem habet et ecclesiastico juri subest.

Convenit, ut in quovis coemeterio sacellum adsit decenter instructum, ubi pro animabus fidelium, quorum corpora ibi locorum tubam mire sonaturam expectant, hostia propitiatoria statis temporibus offeratur. Crucifixi certe imago in coemeterii medio emineat. Caeterum cuncta in eo munda, decora, gravia; ut in horti modum componatur, non toleretur. Loci non est, oculis vanam aliquam vitae virentis speciem obtendere, sed mentem erigere ad regem, cui omnia vivunt.

Corpora eorum, quibus sepultura ecclesiastica deneganda est, terrae ita mandentur, ut a loco sepulturis ecclesiasticis destinato sive reservato aut muro aut sepe separata sint. Campanae sonitum non edant; parochus nec sine vestibus sacris adsistat, tametsi non prohibeatur absque ullo communionis in sacris signo interesse sepulturis acatholicorum, quibus officio cujusdam notorii et communionem ecclesiasticam non attinentis vinculi obstrictus fuerit.

Sepultura notoria hominis infidelis seu excommunicati notorii et vitandi coemeterium polluitur; pollutum cadavere, si a fidelium funeribus distinqui possit, semoto, reconciliandum est. *Aliorum, quibus sepultura ecclesiastica negari debet, humatione utcunque illicita, coemeterium non polluitur.*

5. Acta et Decreta Concilii Provinciae Pragensis anno 1860 celebrati a. s. Congr. Conc. die 12. Augusti 1862 adprobata, tit. III. de cultu divino cp. XIII. de sepultura ecclesiastica: Acatholicorum in parochia defunctorum funera, parochus nullatenus sacris vestibus indutus tamquam minister commitari potest. *Tumulum defunctis acatholicis, si proprium coemeterium non habent, in coemeterio nostratum, loco quippe separato, toleramus;* volumus tamen, ut occasione hujusmodi funeris, tum parochi, tum fideles, quidquid communionem in sacris redolere videretur, caute declinent. *Similiter ex mente s. Sedis Apostolicae toleratur, ut in sepulchris gentilitiis, quae*

videlicet privata et peculiaria pro catholicis laicorum familiis, aedificantur, cognatorum et affinium etiam acatholicorum corpora tumulentur.

b. Singulorum Episcoporum effata ac ordinationes et quidem:

Novissimis temporibus a. s. Congreg. Conc. litterae ad catholicos Episcopos fuerunt directae, in quibus quaestiones circa graviora quaedam ecclesiasticae disciplinae capita proponebantur. Litterae emanarunt de dto. Romae 6. Junii 1867. In hisce litteris Quaestio XVII. sequentis erat tenoris: Quidnam circa sacra coemeteria adnotandum sit? Quinam hac de re abusus irrepserint et quomodo tolli possint?

Ad propositam quaestionem responderunt:

1. Josephus Lipp, Episcopus Rottenburgensis de dto. 6. Januarii 1868: ad Qu. XVII.: In regno Württembergico nulla civitas ac vix ulla communitas vel pagus invenitur, ubi incolis non sint admixti homines, qui aliam profitentur religiosam confessionem. Protestantici et catholici plane promiscue degunt atque id tantum inter diversas interest regiones, quod in aliis catholica, in aliis protestantica pars numero praevaleat. Lege autem civili est statutum, ut et catholici et protestantici a suo quisque parocho, in coemeterio ejusdem loci, ubi mortem oppetierunt, sepeliantur, ita ut neque catholicum coemeterium catholicae sepulturae neque protestanticum catholicae denegari liceat. In coemeteriis pro una et altera parte loca non sunt divisa. Nemo autem abusum esse intelligit. Res autem est difficillima. Gubernium maxima aemulatione legi invigilat atque quomodo in casu quodam sum expertus, maxima illico suscitantur odia, quando protestantici molimen aliquod contra abusum susceptum suscipiuntur. *Caeterum Christi fideles scandalum inde non sumunt, quippe temporum diuturnitate atque rerum necessitate assuefacti.*

2. G. Antonius, Episcopus Herbipolensis die 2. Jaunarii 1868: ad Quaes. XVII. Coemeteria apud nos sunt proprietates communitatis civilis ac proinde simultanea pro omnibus catholicis et acatholicis, exceptis non baptisatis. Judaei enim sua habent propria coemeteria. *In hoc autem capite, uti res nunc se habent, nihil immutari potest.* Caetera omnia hac in re fiunt apud nos juxta canones ecclesiasticos.

3. Nicolaus, Episcopus Spirensis de dto. 6. Februarii 1868: ad Quaes. XVII. Ex tempore revolutionis Galliae nova coemeteria non sumptibus ecclesiae parochialis et parochianorum comparantur, sed communitatum civilium (communiter extra oppida et pagos). Haec coemeteria communalia ad usum sunt omnium incolarum christianorum nulla habita ratione religiosae confessionis.

Hic status rerum a modernis legislationibus receptus et decretis legalibus roboratus observatur. In parochiis mixtae populationis, ubi ex diuturno tempore et usu coemeteria catholicorum et acatholicorum separata sunt, divisa retinentur, quamdiu catholici majorem partem constituunt, vel omnes incolae consentiunt, ut separatio permaneat.

Coemeteria, ubi crux major erecta est, benedicuntur ritu catholico; quamdiu crux non est erecta, singuli tumuli benedicuntur. Si coemeteria catholicorum et acatholicorum unita sunt et acatholici erectionem crucis aegre ferunt, coemeterium dividitur. ' Parochis libere competit sepulturam ecclesiasticam juxta leges ecclesiae denegare indignis; talis casus si accidit, mortui ad mandatum potestatis civilis in coemeterio sepeliuntur, nonnumquam ministris acatholicis assistentibus, praesertim si a cognatis mortuorum requiruntur. Ubi coemeterium communale adjacet ecclesiae parochiali, vi legis politicae campanae pulsantur pro unoquoque incola sepeliendo, secus observantur leges ecclesiasticae. Pluribus tamen in locis existit diuturna consuetudo, ut catholici campanis acatholicorum utantur et vice versa. Hujusmodi abusus, quamdiu obstant leges civiles, tolli non potest, sed enitendum est, ne augeatur et quantum fieri potest, minuatur.

Sicuti hactenus, ita et pro futuro omnibus viribus adnitendum, ne coemeteria mixta de novo comparentur. Ubi, retenta loci diuturna consuetudine, *coemeterium simultaneum averti non poterit, benedictio talis coemeterii, erecta cruce majori, deneganda esse non videtur*, nisi s. Sedi Apostolicae id prohibere placeat [1]).

4. Litterae pastorales Archiepiscopi Olomucensis Maximiliani Josephi de dto. 10. Februarii 1849: Was endlich die Beerdigung der verstorbenen nicht katholischen Christen anbelangt, so gilt der canonische Grundsatz can. 12. de sepul. Sacris est canonibus institutum, ut quibus non communicamus vivis, non communicemus defunctis et ut careant ecclesiastica sepultura, qui prius erant ab ecclesiastica unitate praecisi, nec in articulo mortis reconciliati fuerint. Die muthmasslich aus Anlass der bürgerlichen Gesetzgebung entstandene Gewohnheit erklärt diesen Canon dahin, dass die sepultura ecclesiastica nicht in der inhumatio cadaverum in loco religioso et sacro, sondern in der Vollziehung der von der katholischen Kirche für die Beerdigung vorgeschriebenen heiligen Gebräuche bestehe. Desshalb ist es nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzes gebräuchlich geworden, dass dort, wo die nicht katholischen Christen keine abgesonderte Friedhöfe für ihre Religionsgenossen haben, die

1) Responsa sub 1, 2, 3, invenies *Archiv* Bd. XXIII.

Leichen ihrer Verstorbenen auf dem katholischen Gottesacker beerdigt werden. Gestützt auf die Angabe, die der Cardinal Albitius in seinem Werke de infirmitate fidei [1]) macht: si absque scandalo a catholicis resisti non posset, hujusmodi consuetudo est toleranda per conniventiam, ut fuit resolutum ab Univer. Inquisitione sub dto. 23. Julii 1609, wollen wir es, insolange von der höchsten kirchlichen Auctorität nicht anders entschieden wird, *auch fortan nach dieser Gewohnheit gehalten wissen;* jedoch ist bei der Errichtung neuer Friedhöfe darauf zu sehen, dass um Streitigkeiten und unangenehmen Reibungen vorzubeugen, für die in einer Pfarrgemeinde domicilirenden nicht katholischen Christen ein abgesonderter Raum für die Beerdigung ihrer Glaubensgenossen bestimmt werde, was selbst nach der bürgerlichen Legislation vollkommen zulässig ist [2]).

5. Adresse der zu Wien versammelten Erzbischöfe und Bischöfe an Se. k. k. Apost. Majestät vom 28. September 1867 über den Inhalt des Concordates . . . . Auch über das Verfahren, welches die Kirche bei Begräbnissen beobachtet, hat man Klagen vorgebracht und sie werden von Zeit zu Zeit wieder hervorgesucht, aber die Ungerechtigkeit derselben ist augenscheinlich. Die katholische Kirche hat niemals irgendwelche Religionsgemeinden gehindert, über ihre eigenen Friedhöfe nach ihren eigenen Grundsätzen zu verfügen und sie verlangt von Niemanden etwas anderes, als dass man auch sie über ihre Gottesäcker nach ihren Grundsätzen verfügen lasse. Bei der Begräbnissordnung kommen auch Gesundheitsrücksichten in Betracht und die Staatsgewalt ist berechtigt, in dieser Beziehung Verfügungen zu treffen; über die Vornahme gottesdienstlicher Handlungen zu entscheiden, liegt jenseits ihres Gebietes. Zu dem hat der katholische Friedhof die Rechte einer geweihten Stätte; denn er wird für die Leiber der Gläubigen, welche der Auferstehung harren, durch Gebet und Segnungen ausgesondert. Wenn eine Erweiterung oder Verlegung des Gottesackers nothwendig wird, und die Pfarrkirche die dadurch hervorgerufenen Ausgaben nicht zu bestreiten vermag, so kann der, welcher die Kosten trägt, durch einen Antheil an Grabgebühren entschädigt werden; doch ein Verfügungsrecht über den Gottesacker steht ihm nicht zu.

Bei Anwendung dieser Grundsätze auf das Begräbniss von

---

1) Titulus alleg. operis est: de inconstantia in fide.

2) Tenorem harum literarum nostra in Archidioecesi ubique terrarum ob orthodoxiam suam magni aestimata, inauditum, sustulit optimo jure pientissimus successor anno 1857.

Andersgläubigen, die einen eigenen Friedhof haben, werden alle Rücksichten des Anstandes und menschlichen Wohlwollens beobachtet. Wo sich das Bedürfniss zeigte, hiefür eine Stätte zu bereiten, wird der Friedhof getheilt oder ein Anbau vorgenommen und hier kann der Seelsorger des Verstorbenen, wenn er berufen wird, die Bestattung mit den seinem Bekenntnisse entsprechenden Feierlichkeiten, vornehmen. Doch in sehr vielen Gegenden ist die Beerdigung eines nicht katholischen Christen etwas so Seltenes, dass man Niemanden zumuthen kann, dafür durch Herstellungen vorzusorgen. *Dann wird die Leiche inner der Einfriedigung des katholischen Gottesackers anständig begraben.* In diesem Falle mag der nichtkatholische Seelsorger im Sterbehause seines Amtes walten; doch er hat kein Recht, auf den katholischen Gottesacker sich einzudrängen. Aber die Bemühung gegen Andersgläubige billig zu sein, darf man weder auf das Kirchengesetz vergessen, noch die Gewissensfreiheit des Katholiken kränken. Gekränkt wird sie aber, wenn er nicht einmal auf einer geweihten Stätte vor Verletzung seiner heiligsten Gefühle sicher ist. Als die Regierung noch wie über die Gottesdienstordnung, so über die Feierlichkeiten der Begräbnisse Gesetze gab, wurde wenigstens streng darauf gehalten, dass der nicht katholische Seelsorger es vermied, auf dem katholischen Gottesacker den Glauben und die Gefühle des Katholiken zu verletzen. Leichenreden zu halten und akatholische Lieder zu singen, war damals ausser Ungarn im Freien nicht gestattet, um so weniger war es auf einem katholischen Friedhofe geduldet. Auch war es nicht erlaubt, in die Form eines Gebetes zu kleiden, was man als Rede nicht vortragen durfte. Jetzt ist die katholische Gemeinde wider solche Ausschreitungen ohne Schutz und sie sind schon in der grellsten Weise vorgekommen. Während aber die Kirche auf den von ihr geweihten Stätten ihre Gesetze und den Anstand wahrt, ist sie weit entfernt zu verlangen, dass ihren Priestern gestattet werde, auf nicht katholischen Friedhöfen eine gottesdienstliche Handlung vorzunehmen. *In katholischen Familiengrüften oder Erbbegräbnissen können einzelne nicht katholische Familienglieder auf Verlangen ihrer Verwandten beigesetzt werden;* doch vermag die Kirche nicht zu erlauben, dass Katholiken, welche in der Gemeinschaft ihrer Kirche gestorben sind, auf nicht katholischen Friedhöfen begraben werden. Scheint es den Vorstehern nicht katholischer Religionsgemeinden unzulässig, dass der Leib Eines ihrer Glaubensgenossen in einer katholischen Familiengruft bestattet werde, so bleibt es ihnen unbenommen, dagegen Einsprache zu

erheben. Dies betrifft ihr Verhältniss zu ihren eigenen Gemeindegliedern und berührt die katholische Kirche in keiner Weise.

c. Omne dubium tollunt s. Sedis Apostolicae duo oracula, unum tempore antiquo, alterum tempore recentissimo emanatum et quidem:

1. Cardinalis Albitius in opere suo, de Inconstantia in fide, dicit: In generali Congregatione s. Officii mature discusso articulo et dubio sepulturae datae cadaveri sororis uxoris Ducis Neoburgici haereticae calvinistae in ecclesia catholicorum civitatis Düsseldorfii fuisse inter alia num. 3. decisum: locum, in quo sepulturae traditum fuit dictum cadaver, esse pollutum, non vero ecclesiam.

Hoc adducto pergit Albitius: »Caeterum si absque scandalo a catholicis resisti non possit, hujusmodi consuetudo est toleranda per conniventiam, ut fuit resolutum in Supr. et Univer. Inquisitione sub die 23. Julii 1609.«

2. Alterum oraculum edidit Suprema S. Officii Congregatio feria IV. 30. Martii 1859 et feria IV. 25. Aprilis 1860: »Tolerari posse, ut acatholici ratione vinculi consanguinitatis seu matrimonii inferantur sepulchro gentilitio vel particulari familiarum catholicarum, quatenus absque scandalo atque periculo evitari non possit[1]).«

Hisce duobus s. Cong. Univ. Inquisitionis oraculis rem esse compositam putamus.

Roma loquuta, causa finita.

Nam si per sepulturam asseclae confessionis Augustanae vel Helveticae pollueretur coemeterium, nunquam et sub nullo respectu consuetudo, sepeliendi acatholicos in coemeterio catholico tolerari posset.

Si toleratur, elucet, coemeterium, quamvis sepultura talis fiat illicite, tamen suo charactere sacro non exui.

Et hoc est, in quo demonstrando usque adhuc desudavimus.

Huic tractatui nostro ultimam apponentes manum, non possumus praeterire, quae nonnulla provincialia concilia Galliae edicunt. Sunt haec verba auro pretiosiora:

a. Concilium provinciale Avenionense anno 1849, tit. V. de exequiis, cp. unic. n. 4: Quod attinet ad eos, quibus denegandus est honor ecclesiasticae sepulturae, serventur praescripta in Rituali Romano. Attamen in applicandis his regulis maxima utantur parochi

1) Acta et Decreta s. Concil. recent. Collec. Lacensis, tom. III. Decr. Conc. plen. Baltimor. II. anno 1866, tit. VII. cp. II. n. 389; Concil. provinc. Pragense anno 1860 tit. 3. cp. 13. §. 2. sub fin.

prudentia. *Nimium rigorem vitent, qui odia ac turbas in Ecclesiam ejusque ministros excitaret; nec non caveant pariter a nimia indulgentia, quae fidelibus praeberet scandalum et sanctitatem religionis laederet.* Generatim non denegetur sepultura iis omnibus, qui ante mortem signa verae poenitentiae dederint. De caetero, in casibus difficilibus, recurratur si sit possibile, ad Episcopum.

b. Concilium provinciale Lugdunense anno 1850, Decretum XXII. de sepultura ecclesiastica, n. 3: In casibus dubiis consulatur episcopus, si consuli non potest, *in partem mitiorem*, seu in sepulturam concedendam, habita temporum et morum ratione, inclinabunt pastores

c. Concilium provinciale Senonense anno 1850, tit. IV. cp. VII. de sepultura ecclesiastica sub d: Cum autem in dubio odia sint restringenda, quoties in praefatis casibus aliquid dubii occurrerit, *magis indulgentiae quam severitati* consulendum est, quantum fieri poterit, nihil Episcopo inconsulto statuendum.

Hisce verbis assentientes, finimus et tractatum nostrum, quo in exarando nos s. Augustini pulcherrima ducebant verba: *in necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus charitas.*

III.

Wenn von zwei geschiedenen katholischen Ehegatten

einer zur evangelischen Kirche übertritt und dann in Ungarn eine neue Ehe eingeht, so ist diese neue Ehe in den cisleithanischen österr. Königreichen und Ländern ungiltig, selbst wenn sie nach ungarischem Rechte nicht angefochten werden kann.

(Aus der österreichischen Zeitschrift für Verwaltung Nr. 35 vom Jahre 1877.)

Mit Urtheil vom 26. November 1872, Z. 86,222, erkannte das k. k. Landesgericht in Wien über die in Folge Zuschrift des k. k. Landesgerichtes in Strafsachen in Wien wegen der ob des Ehehindernisses des §. 62. allg. bürgerl. Gesetzb. behaupteten Ungiltigkeit der zwischen Michael Joseph K. und Anna, gerichtlich geschiedenen H., gebornen M., am 22. October 1874 zu Oedenburg geschlossenen Ehe gepflogene und nach Anhörung des zum Vertheidiger *dieses* Ehebandes bestellten Advocaten, sowie des zum Vertheidiger der am 27. October 1863 von Anna M. mit Joseph H. geschlossenen Ehe bestellten Advocaten geschlossene amtliche Untersuchung zu Recht: Der zwischen Michael Joseph K. und Anna, gerichtlich geschiedenen H., gebornen M., am 22. October 1874 zu Oedenburg in Ungarn vor dem dortigen evangelischen Pfarrer Augsburger Confession geschlossenen Ehe steht das Hinderniss des §. 62 allg. bürgl. Gesetzb. entgegen, diese Ehe sei daher ungiltig und werde für nichtig erklärt. Die Erkenntnissgebühr ist von den beiden genannten Personen zur ungetheilten Hand zu tragen.

Der Sachverhalt erhellt aus den folgenden Entscheidungsgründen:

Es ist urkundlich constatirt, dass Anna M. am 27. October 1863 mit dem Feuerwerker Joseph H. nach katholischem Ritus getraut wurde; dass mit Urtheil des vorbestandenen geistlichen Ehegerichtes der Armee vom 3. September 1868, Z. 238, die Scheidung von Tisch und Bett auf unbestimmte Zeit aus beiderseitigem Verschulden ausgesprochen wurde; dass mit Bescheid des k. k. Landesgerichtes in Wien vom 30. September 1870, Z. 73,716, über Einverständniss beider Gatten auf lebenslängliche Scheidung die Scheidung von Tisch und Bett bewilligt wurde; dass ferner die Anna H. am 6. September 1874 aus der katholischen Kirche aus- und in die evangelische Kirche A. C. am 19. September 1874 eintrat; dass sie

sich damals, und zwar durch 6 Wochen, zu Oedenburg in Ungarn aufhielt, und dass sie am 22. October 1874 mit Michael Franz K., Lehrer in Wien, 42 Jahre alt, der am 21. September 1874 in die evangelische Kirche A. C. eingetreten war, in Oedenburg von dem Pastor K. ehelich getraut wurde, ohne dass die Ehe mit Joseph H. früher aufgelöst wurde (§. 62. allg. bürgl. Gesetzb.)

Es kann als richtig zugegeben werden, dass die zweite Ehe der Anna M. mit Michael Franz K. vor dem nach Wohnsitz und Glaubensbekenntniss in Ungarn competenten evangelischen Pfarrer und unter Beobachtung der gesetzlichen, sowie kirchlichen für Ungarn geltenden Förmlichkeiten geschlossen wurde, daher eine für Ungarn rechtsgiltige Ehe sei. Ebenso mag es richtig sein, wie Pfarrer K. angibt, dass durch den Generalconvent in Pest, als oberste evangelische Kirchenbehörde, die Pfarrer dieser Confession in Ungarn angewiesen worden, Brautleute, welche von Tisch und Bett geschieden und zur evangelischen Kirche übergetreten sind, unter Beobachtung der kirchlichen Normen zu trauen, sowie, dass dieser Beschluss den ungarischen Gesetzen (§. 8. des Gesetzartikels 53. vom Jahre 1868) entspricht und von evangelischen Christen A. C. zu einer zweiten Ehe geschritten werden kann, wenn nur ein Urtheil oder Bescheid auf Scheidung vorliegt, weil einer Scheidung entweder im Allgemeinen oder unter gewissen Umständen die Wirkung der Trennung beigelegt werde. Dies ist jedoch unentscheidend: denn Anna M. ist ihrer Geburt (in Wien) und ihrem Wohnsitze nach, ferner als Gattin eines österreichischen Staatsunterthanen, selbst österr. Staatsbürgerin. Sie blieb daher nach §. 34. allg. bürgerl. Gesetzb. bei der Eingehung der Ehe mit Michael Franz K. an die österreichischen Gesetze gebunden, insoweit als ihre persönliche Fähigkeit, eine Ehe zu schliessen, dadurch eingeschränkt wird, und als diese Eheschliessung in diesen Ländern rechtliche Folgen hervorbringen soll. Sie konnte sich als Frauensperson, gemäss §. 62. allg. bürgl. Gesetzb. nur dann mit einem Manne, sei es im Inlande oder Auslande, vermählen, wenn ihre Ehe mit Joseph H. gänzlich aufgelöst war, indem der §. 62. allg. bürgerl. Gesetzb. jeder Frauensperson, ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses, diese Beschränkung der persönlichen Handlungsfähigkeit auferlegt. Aus dieser Gesetzesstelle ergibt sich ferner, dass der Vertheidiger des Ehebandes den Begriff der persönlichen Fähigkeit zu enge auffasst, wenn er ihn nur auf die persönlichen Eigenschaften, z. B. Alter, Geschlecht, Geistesbeschaffenheit des Individuums bezieht, aber die Thatsachen einer früheren Ehe, mit anderen Worten, dass die Braut eine vom

Gesetze anerkannte Ehefrau ist, davon ausschliesst. Aus diesem Gesetzesparagraphen ergibt sich aber auch, dass, ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses vom Gesetzgeber ein für alle österreichischen Staatsbürger geltender Grundsatz, nämlich, dass in Oesterreich nur monogamische Ehen gestattet sind, aufgestellt, und eine nicht aufgelöste Ehe als Hinderniss einer zweiten Ehe bezeichnet wurde. Alles, was wider die Giltigkeit und Anwendbarkeit des §. 62. allg. bürgl. Gesetzb. auf diesen Fall von Seite des Vertheidigers dieses Ehebandes vorgebracht wird, kann daher insoweit nicht in Betracht kommen, als diese Einwendungen aus Religionsgrundsätzen der Katholiken und Akatholiken und aus der gewährleisteten Religions- und Gewissensfreiheit abgeleitet werden. Ganz anders verhält es sich mit den §§. 111, 115. und 116. allg. bürgl. Gesetzb. und dem Ehehindernisse des Katholicismus (Hofdecret vom 26. August 1814, Z. 1099. J.-G.-S.), indem das Band einer Ehe zwischen katholischen Personen und im Allgemeinen eine nach katholischen Glaubenssätzen geschlossene Ehe für unauflöslich erklärt, der Uebertritt des Einen oder Anderen oder beider Ehegatten zur evangelischen Religion nach dem Ministerial-Erlasse vom 14. Juli 1854, Z. 193. R.-G.-Bl., als indifferent hingestellt, nur nicht katholischen christlichen Religionsverwandten das Recht, eine Ehetrennung zu erwirken, eingeräumt und dem getrennten akatholischen Gatten nicht gestattet wird, eine katholische Person, so lange der andere Ehegatte lebt, zu ehelichen. Hier handelt es sich um Gesetzesbestimmungen, die auf das Religionsbekenntniss und das Ehedogma sich gründen. Alles, was von den Vertheidigern der H.'schen und K.'schen Ehe in diesem Processe vorgebracht wurde, betreffend den §. 111. allg. bürgerl. Gesetzb., §. 14. des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, und die §§. 4, 5. und 16. des Gesetzes vom 25. Mai 1868, bezieht sich auf die Giltigkeit und Anwendbarkeit der eben citirten Gesetzesstellen auf Ehen, die mit Unterlassung der Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches im Inlande und Auslande geschlossen und getrennt wurden, und stehen daher diese Erörterungen mit der Entscheidung der vorliegenden Streitsache in keinem Zusammenhange. Der §. 62. des allg. bürgl. Gesetzb. gilt ausnahmslos in Oesterreich. Während der Herrschaft des Patentes vom 8. October 1856 war er für Katholiken durch den inhaltlich gleichen §. 22. ausgedrückt. Von keiner anerkannten Kirche wird er beanstandet, weil er mit dem Dogma der Eheunauflöslichkeit nichts zu thun hat und sich von selbst versteht, dass eine bereits verheirathete Person zur zweiten Ehe erst nach Auflösung der ersten schreiten kann. Der Streit in Oesterreich

entsteht erst dann, wenn es sich um den Beweis der Auflösung der ersten Ehe handelt und die Frage aufgeworfen wird, ob ungeachtet des §. 111. allg. bürgerl. Gesetzb. und des Ministerial-Erlasses vom Jahre 1844 eine dort bezeichnete Ehe durch Trennung gelöst werden könne; und es treten in der Praxis jene zwei verschiedenen Beantwortungen ein, welche die beiden Vertheidiger aufstellen, rücksichtlich bekämpfen, worüber heute jedoch ein richterlicher Ausspruch nicht erforderlich ist. Nur so viel ist zu sagen, dass die freiwillig angesuchte und vom k. k. Landesgerichte in Wien bewilligte Scheidung der Eheleute H. nach österreichischem Rechte nie die Wirkung einer Trennung hat und nach dem Geiste der österreichischen Gesetzgebung haben kann; dass die österreichische Ehescheidung das Eheband ohne Unterschied der Confession nicht löst, dass daher die Scheidung nur eine separatio quoad thorum et mensam, nicht aber ein divortium ist; dass die Scheidung in Oesterreich nie auf Lebenszeit ausgesprochen wird, wenn auch die Ehegatten darum ansuchen, wie auch der Bescheid vom 30. December 1870 Z. 73716, zeigt; endlich dass auf Ehetrennung nur gemäss §. 115. allg. bürgerl. Gesetzb. erkannt werden kann. Da also erwiessen und von beiden Vertheidigern anerkannt vorliegt, dass die von Joseph und Anna H. am 27. October 1863 vor dem katholischen Pfarrer am Schottenfeld giltig geschlossene Ehe durch kein gerichtliches Urtheil als ungiltig erklärt wurde und beide Gatten noch am Leben sind, daher diese Ehe heute noch dem Band nach rechtsgiltig besteht, so musste die von Anna H. mit Michael Joseph K. am 22. October 1874 geschlossene Ehe gemäss §. 62. allg. bürgl. Gesetzb. für rechtsunwirksam und ungiltig erklärt werden.

Ueber die von Dr. H. als Vertheidiger des zweiten Ehebandes ergriffene Appellation bestätigte das k. k. Oberlandesgericht in Wien mit Urtheil vom 27. Juni 1876, Z. 5016, das erstgerichtliche Erkenntniss aus folgenden Gründen:

Nach §. 4. allg. bürgl. Gesetzb. bleiben österreichische Staatsbürger in Handlungen und Geschäften, welche sie ausser dem Staatsgebiete vornehmen, an die österreichischen bürgerlichen Gesetze gebunden, insoweit als ihre persönliche Fähigkeit, sie zu unternehmen, dadurch eingeschränkt wird, und als diese Handlungen und Geschäfte zugleich in diesen Ländern rechtliche Folgen hervorbringen sollen. Michael Joseph K. und Anna H., verehelichte H., beide unbestrittene österreichische Staatsbürger, erscheinen somit nach dem obenangeführten Paragraph bezüglich ihrer am 22. October 1874 zu Oedenburg in Ungarn geschlossenen Ehe an die im zweiten Haupt-

stücke des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches enthaltenen Vorschriften über das Eherecht gebunden, insoferne es sich um die persönliche Fähigkeit dieser beiden Personen, eine Ehe überhaupt zu schliessen, handelt, und insoferne die zu Oedenburg in Ungarn geschlossene Ehe in dem Geltungsgebiete des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches von Wirksamkeit sein soll.

Es ist nun durch die amtlich gepflogene Untersuchung festgestellt, dass Anna M., als damals dem römisch-katholischen Glaubensbekenntnisse angehörig, am 27. October 1863 in der Pfarre Schottenfeld nach christkatholischem Gebrauche mit dem gleichfalls der römisch-katholischen Kirche angehörigen Joseph Franz H. getraut worden ist; dass Joseph Franz H. sich derzeit noch am Leben befindet, und dass die von ihm mit Anna M. geschlossene Ehe mit Beschluss des k. k. Landesgerichtes in Wien vom 30. December 1870, Z. 73716, einverständlich geschieden wurde. Das Band dieser Ehe besteht noch heute aufrecht, weil dasselbe nach §. 111. allg. bürgl. Gesetzb. und Ministerial-Erlass vom 14. Juli 1854, Nr. 193 R.-G.-Bl., zwischen katholischen Personen nur durch den Tod des einen Ehegatten getrennt werden kann, und weil diese Vorschrift auch dann gilt, wenn später Einer oder beide katholischen Ehegatten zur evangelischen Kirche übergetreten wären. Der am 19. September 1874 in gesetzlicher Form erfolgte Austritt der Anna H., gebornen M., aus der katholischen Kirche und ihre Aufnahme in die evangelische Kirche A. C. vermag daher nach den angeführten Gesetzesstellen an dem aufrechten Fortbestande des Bandes ihrer Ehe mit Joseph Franz H. nichts zu ändern und musste Anna H. mit Rücksicht auf die Anordnung des §. 62. allg. bürgl. Gesetzb., wonach ein Weib nur mit Einem Manne zu gleicher Zeit vermählt sein kann, wenn sie sich wieder vermählen will, die erfolgte Trennung ihrer Ehe mit Joseph Franz H., d. i. die gänzliche Auflösung dieses Ehebandes, rechtmässig beweisen. An diese nach dem österreichischen Eherechte geltende Beschränkung der Fähigkeit, eine neue Ehe einzugehen, war Anna M. verehelichte H., nach dem im Eingange angeführten §. 4. allg. bürgl. Gesetzb. auch rücksichtlich einer ausserhalb des Geltungsgebietes des genannten Gesetzes zu schliessen beabsichtigten Ehe gebunden, weil alle dort bezeichneten Momente vorhanden sind, denn Anna M. verehelichte H., sowie der neue Gatte Michael Joseph K. sind österreichische Staatsbürger, ihre beabsichtigte Ehe sollte im Geltungsgebiete des österreichischen bürgerlichen Gesetzbuches wirksam sein und die Vorschrift dieses letzteren, vor einer Wiederverehelichung die gänzliche Auflösung des früheren Ehebandes

zu beweissen, enthält doch sicherlich eine Beschränkung der persönlichen Fähigkeit der Brautleute, die neue Ehe einzugehen.

Unter diesen Erwägungen war das erstrichterliche Urtheil zu bestätigen. Es erscheint diesfalls ganz unentscheidend, insoferne nach dem am Orte der Schliessung der zweiten Ehe geltenden Gesetzen oder nach den Grundsätzen der evangelischen Kirche die zweite Ehe zulässig sein mag, weil, wie bereits oben dargelegt wurde, in ersterer Richtung lediglich die Vorschriften des bürgerlichen österreichischen Gesetzes massgebend sind, in letzterer aber, selbst wenn Anna H., geborne M., die Trennung der ersten Ehe in Gemässheit des §. 115. allg. bürgl. Gesetzb. anzusprechen berechtigt sein würde, sie nichtsdestoweniger vor Schliessung einer zweiten Ehe die gänzliche Auflösung der ersten zufolge §. 62. allg. bürgl. Gesetsb. bewiesen haben müsste.

Die unterrichterlichen Erkenntnisse wurden vom k. k. obersten Gerichtshofe mit Urtheil vom 8. Mai 1877, Z. 3376, über das Revisionsbegehren des Vertheidigers des zweiten Ehebandes aus den hier folgenden Gründen bestätigt:

Auch der k. k. oberste Gerichtshof muss auf Grundlage der vorliegenden Akten als erwiesen annehmen, dass die von Anna M. als Katholikin am 27. October 1863 mit dem gleichfalls der römisch-katholischen Kirche angehörenden und noch lebenden Joseph Franz H. nach christkatholischem Gebrauche eingegangene Ehe noch aufrecht besteht; und wenn erwogen wird, dass zwischen diesen beiden katholischen Ehegatten laut Bescheides des k. k. Landesgerichtes Wien vom 30. December 1870, Z. 73716, nur eine Scheidung von Tisch und Bett stattgefunden; dass diese Scheidung durch den später am 19. September 1874 erfolgten Uebertritt der Anna H., gebornen M., zur evangelischen Kirche A. C. keineswegs schon die rechtliche Natur einer Trennung der Ehe im Sinne des §. 115. allg. bürgl. Gesetzb. erlangt hat, und dass nach §. 119. allg. bürgl. Gesetzb. auch den nichtkatholischen Religionsverwandten nur im Falle einer Trennung der Ehe die Wiederverehelichung gestattet ist: so zeigt sich, dass der Anna H., geb. M., selbst auch in ihrer Eigenschaft als Akatholikin die persönliche Fähigkeit zur Eingehung einer zweiten Ehe bei Lebzeiten ihres ersten Gatten mangelte, und da sie vermöge der ihr zukommenden österreichischen Staatsbürgerschaft an dieser Einschränkung ihrer persönlichen Fähigkeit nach §. 4. allg. bürgl. Gesetzb. allerdings auch bei einer Schliessung der zweiten Ehe in Ungarn insoweit gebunden war, als die zweite Ehe hierzulande wirksam sein soll, so sind dadurch alle Einwendungen, welche der Vertheidiger des zweiten Ehebandes aus der Berufung auf das Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, Nr. 142 R.-G.-Bl., und aus dem Umstande, dass die zweite Ehe in Ungarn geschlossen wurde, herzuleiten erachtet, als vollständig widerlegt zu betrachten.

IV.

Akten der Versammlung der österr. Bischöfe zu Wien im April 1877.

1. Das Linzer Diöcesanblatt vom 1. August 1877 brachte folgende Mittheilung:

Eingeladen von Sr. Eminenz dem Hochwürdigsten Herrn Cardinal-Erzbischof Schwarzenberg von Prag, haben die österreichischen Bischöfe am 16. April 1877 zu Wien sich versammelt, und unter dessen Vorsitz bis zum 27. desselben Monats über kirchliche Angelegenheiten in brüderlicher Eintracht verhandelt. Es erging hier eine *Zuschrift der Versammlung an den Herrn Minister für Cultus und Unterricht*, und eine *Adresse an den heiligen Vater aus Anlass Seines 50jährigen Bischofs-Jubiläums.*

Die Zuschrift, welche der Herr Cardinal Schwarzenberg im Namen und auf Ersuchen der Versammlung an den Herrn Minister für Cultus und Unterricht gesendet hat, betrifft den Standpunkt der Bischöfe in Betreff des Concordates. Unter Berufung auf die »Erklärung« des Episcopates in der Versammlung vom Jahre 1874 haben die Bischöfe abermals ausgesprochen, dass sie das Concordat noch immer als zu Recht bestehend betrachten. Die gedachte »Erklärung« beginnt mit den Worten: »Am 2. Mai 1872 haben neunzehn Erzbischöfe und Bischöfe, welche der Zustimmung ihrer zu Wien damals nicht anwesenden Amtsbrüder vollkommen sicher waren, gegen die Aufhebung der mit dem hl. Stuhle geschlossenen Vereinbarung im Namen der Gerechtigkeit, der Kirche und der Gesellschaft Verwahrung eingelegt. Der an das Herrenhaus gelangte Gesetzentwurf über die äusseren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche bringt in seinem ersten Artikel folgende Bestimmung: »»Das Patent vom 5. November 1855 ist seinem vollen Inhalte nach aufgehoben.«« Da dieses Patent es war, wodurch die vereinbarten Festsetzungen zum Staatsgesetze erhoben wurden, so soll demselben nun die Grundlage des bürgerlichen Rechtes gänzlich entzogen werden; aber die Forderung der Gerechtigkeit ist dadurch nicht aufgehoben, und auf sie berufen wie am 2. Mai 1872, so auch jetzt sich die Unterzeichneten.« Und diese »Erklärung« haben die Bischöfe geschlossen mit den Worten: »Wir wiederholen, dass wir die auf einen heiligen Vertrag

gegründete Forderung der Gerechtigkeit nicht als erloschen betrachten, und in der Hoffnung, dass die Wahrheit sich Raum machen werde, sind wir bereit, den Anforderungen, welche die Staatsgewalt in dem Gesetzentwurfe über die äusseren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche an uns stellt, in so weit zu entsprechen, als sie mit dem Concordate der Sache nach im Einklange stehen. Einer Zumuthung, deren Erfüllung das Heil der Kirche gefährden würde, dürfen und werden wir uns niemals fügen.«

In dem Schreiben des Herrn Cardinals wurde insbesondere betont, dass die nunmehr allenthalben in Uebung gekommene vorläufige Anfrage bei der Regierung, ob der zu einer Pfarre etc. zu befördernde Priester nicht etwa eine persona ingrata sei, auf dem apostolischen Schreiben des heiligen Vaters vom 5. November 1855, und nur auf demselben beruhe.

Das unerschütterliche Festhalten des österreichischen Episcopates am Concordate bedeutet nicht, dass dieses absolut gut, oder das beste unter den möglichen, oder geradezu unabänderlich sei; es bedeutet aber, dass Rechte nur auf rechtmässigem Wege verloren, und beziehungsweise erlangt werden können, und ist insbesondere ein entschiedener Protest gegen eine Partei, welche der Kirche gar keine ureigene, sondern nur von der Staatsgewalt verliehene Rechte zuerkennen und sie sohin der Willkühr dieser Gewalt unterwerfen will.

Die Bischöfe sind sich bewusst, auf diesem Standpunkte auch die allerbeste staatsbürgerliche Haltung einzunehmen. Denn mag auch das a. h. Patent vom 5. November 1855 die Kraft eines weltlichen Gesetzes verloren haben, so bleiben doch die Wahrheiten, auf welche Se. Majestät im Eingange desselben hingewiesen haben, so gewiss fortwährend in Kraft, als es fortwährend eine moralische Weltordnung geben wird, und so gewiss, als derjenige, dem alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden, in Bezeugung dieser Weltordnung gesprochen hat: »Suchet vor Allem das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, so wird euch das Uebrige beigegeben werden.« Die echt kaiserlichen Worte des Kaisers lauten: »Seit Wir, durch die Fügung des Allerhöchsten, den Thron Unserer Ahnen bestiegen haben, war Unsere unablässige Bemühung darauf gerichtet, die sittlichen Grundlagen der geselligen Ordnung und des Glückes Unserer Völker zu erneuern und zu befestigen. Um so mehr haben Wir es für eine heilige Pflicht erachtet, die Beziehungen des Staates zur katholischen Kirche mit dem Gesetze Gottes und dem wohlverstandenen Vortheile Unseres Reiches in Einklang zu setzen.«

2. Adresse der Erzbischöfe und Bischöfe Oesterreichs an Se. Majestät betreffend die Volksschule.

Unter den Gegenständen, mit denen die ehrerbietigst unterzeichneten in Wien versammelten Bischöfe in gemeinsamer Berathung sich zu beschäftigen hatten, stehen in erster Reihe die gesetzlichen und thatsächlichen Verhältnisse der Volksschule, durch welche die Zukunft des Reiches und der einzelnen Theile desselben, wie in kirchlicher, so auch in politischer und socialer Richtung bedingt erscheint.

Zu den Ansprüchen, welche die Bischöfe des Reiches auf Grund ihrer kirchlichen Sendung in Sachen der Volksschule geltend zu machen haben und deren selbst mit den Staatsgrundgesetzen (Art. 15. der s. g. Grundrechte) in Einklang stehende Berechtigung kein billig Denkender verkennen wird, gehört es, dass den kirchlichen Organen bezüglich der Ertheilung des Religionsunterrichtes und der religiösen Uebungen der zum Besuche der Volksschulen angewiesenen Kinder eine durch die hiezu competenten Bischöfe geordnete und geleitete freie Bewegung eingeräumt werde, und die Unterweisung in den profanen Gegenständen eine solche Richtung empfange, dass durch dieselbe die Religion der katholischen Schüler, das Bekenntniss und die Uebung derselben nicht beeinträchtigt, vielmehr gefördert werde. Es wird von Niemanden, ausser von Jenen, welche grundsätzlich der Religion und unseren auf der Basis derselben herausgewachsenen gesellschaftlichen Institution feindlich gegenüber stehen, in Abrede gestellt werden, dass es Aufgabe der Volksschule sei, die Jugend in den für den Kreis der Verhältnisse derselben nothwendigen und nützlichen Lehrgegenständen zu unterweisen, insbesondere aber dieselben zu gewissenhaften werkthätigen Anhängern des religiösen Bekenntnisses, dem sie angehören und zu treuen Angehörigen des österreichischen Kaiserhauses heranzubilden, denen die Anhänglichkeit an Euere Majestät und an das allerdurchlauchtigste Kaiserhaus und die unverbrüchliche Uebung des bürgerlichen Gehorsams Gewissenspflicht ist.

Die ehrerbietigst unterzeichneten Bischöfe erblicken in den Grundsätzen, von denen die neue Schulgesetzgebung getragen wird und in einer Reihe einzelner Vorschriften dieser Gesetzgebung Bestimmungen, welche mit den angedeuteten Ansprüchen nicht vereinbar sind, ja denselben mitunter geradezu widerstreiten und eine nahezu zehnjährige Erfahrung stellt es als eine kaum mehr ernstlich bezweifelte Thatsache heraus, dass unter der Herrschaft der neuen Volksschulgesetze die zum Leben nothwendigen Kenntnisse der Jugend im Wesentlichen nicht zugenommen haben, dagegen aber der religiöse

Sinn der Schüler der Volksschulen, die Uebung der Religion und die Einhaltung der unerlässlichen Disciplin, der Zucht und Sitte bei der Schuljugend im Niedergange begriffen sei, und die dem Reiche, den Ländern und Gemeinden für Schulzwecke auferlegten grossen Opfer nicht jene Früchte bringen, welche von der Volksschule Alle zu erwarten berechtigt sind, denen das Gedeihen der Familie, die wahre Wohlfahrt der Gesellschaft ernstlich am Herzen liegt.

In den eigenthümlichen Verhältnissen des österreichischen Kaiserstaates erschien es begründet, dass die Ausführung des Gesetzes vom 25. Mai 1868 betreffend die grundsätzlichen Bestimmungen über das Verhältniss der Schule zur Kirche und des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 der Legislation der einzelnen Königreiche und Länder überlassen wurde, was zur Folge hat, dass das Detail der neuen Schulgesetze, zumal des die Kirche sehr nahe berührenden Schulaufsichtsgesetzes, nicht in allen Ländern gleich ausgefallen und die hieraus sich erklärende Verschiedenheit, mitunter nicht blos die nebensächlichen Bestimmungen, sondern auch in wesentlichen Dingen, je nach der Richtung der Mehrheit der Stimmen eines oder des anderen Landtages, zum Ausdrucke gekommen ist.

Bei dieser Gestaltung der Sache ist es geschehen, dass in einzelnen Diöcesen die Bischöfe bis nun noch nicht zur Vorbringung erheblicher Beschwerden über die neue Regelung des Schulwesens veranlasst waren, weil in den Ländern, in denen ihre Sprengel gelegen sind, entweder das Landesgesetz den kirchlichen Organen einen grösseren Einfluss zugesteht oder doch die weltlichen Schulorgane bei ihren Functionen im freundlichen Einvernehmen mit den Vertretern der katholischen Kirche vorgehen.

Dagegen hat die Entwickelung der staatlichen Schulgesetze in anderen Kirchenprovinzen und Diöcesen einen für die von der Kirche angestrebte religiös-sittliche Unterweisung und Erziehuug der Volksschul-Jugend äusserst ungünstigen Verlauf genommen, indem die weltlichen Schulbehörden, wo es nur immer der Buchstabe der Schulgesetze zuliess, mitunter auch in ganz willkührlicher Umdeutung dieses Buchstabens den Einfluss der Kirche auf die Schule selbst in Sachen des Religionsunterrichtes und der Religionsübungen oft in äusserst unfreundlicher Weise abwehrten und der Ausführung von Verfügungen der Kirchenbehörden, auch wenn diese durch die Schulgesetze nicht untersagt erschienen, einen diese Behörden tief herabsetzenden Widerstand entgegenstellten. Dieser unter dem Deckmantel der Staatsgrundgesetze geübte Widerstand hat hier und dort zu haarsträubenden Thatsachen geführt, unter denen hier der vorge-

kommene Versuch, Heiligenbilder und Crucifixe aus den Schulräumlichkeiten zu entfernen, das Verbot, die Schulkinder mehr als einmal in der Woche in die Kirche zur Anhörung der hl. Messe zu führen, die Abhaltung der Jugend von der Begleitung kirchlicher Processionen, wobei in einzelnen Fällen die hl. Frohnleichnams-Procession nicht ausgenommen wurde, die Untersagung des Betens des Ave Maria vor und nach dem Schulunterrichte angeführt werden sollen. Die Berufung auf die ausdrückliche Anordnung des Reichsvolksschulgesetzes, dass die Bezirksschulbehörden den kirchlichen Verfügungen über den Religionsunterricht und die religiösen Uebungen nur dann die Verkündigung versagen dürfen, wenn dieselben mit der allgemeinen Schulordnung unvereinbar sind, ist in der Regel erfolglos geblieben; ja es hat das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht angerufen werden müssen, damit den Religionslehrern gestattet würde, ausser der Schulzeit in den Schullocalitäten die Jugend zum Empfange der hl. Sacramente der Busse, des Altars und der Firmung vorzubereiten.

Die überaus schlimme Gesinnung eines Theiles der in den Volksschulen wirkenden Lehrer ist im Bereiche der Linzer Diöcese in der Zeitschrift des oberösterreichischen Lehrervereins zum öffentlichen Ausdrucke gekommen. Sollte auch nur ein geringer Theil der Lehrerwelt von Grundsätzen beseelt sein, wie sie in der sub ·/. ehrfurchtvollst beigeschlossenen Mittheilung des Linzer Diöcesan-Blattes dargelegt erscheinen, so dürfte kein Augenblick gezögert werden, solchen Erscheinungen glaubensloser Gesinnung von Lehrern, denen die Eltern die Bildung ihrer Kinder anzuvertrauen bemüssiget sind, eindringlich auf den Grund zu sehen, und Personen, die sich als Apostel des Unglaubens kennzeichnen, sofort von dem Lehramte in den Volksschulen zu entfernen. Der mitunterzeichnete Bischof von Linz hat aber die Erfahrung gemacht, dass die von ihm wegen der erwähnten Enuntiation der Zeitschrift des oberösterreichischen Lehrervereines zur Abhilfe angerufenen Behörden sich für incompetent erklärten oder keine ausreichende Veranlassung vorfanden, gegen die in Rede stehende Enuntiation oder gegen den Verfasser derselben einzuschreiten.

Wenn ferner von der Gesinnung der die Neuschule beherrschenden Lehrer ein Rückschluss auf die religiöse Richtung der Lehrerbildungsanstalten berechtigt sein soll, so müssten sich die Besorgnisse, welche durch das Gebaren der Neuschule auf dem Gebiete der religiös-moralischen Erziehung bereits in weiten Kreisen hervorgerufen wurden, im hohen Grade steigern. In der That ist von einem

Bischofe ein der Lehrerbildungsanstalt des Landes gebrauchtes Lehrbuch vorgewiesen worden, in welchem die Wirksamkeit der katholischen Kirche in einer wahrhatt abschreckenden Weise entstellt erscheint. Dass man sich Mühe gegeben hat, aus den Lehrbüchern über profane Gegenstände in den Volksschulen alle confessionellen Anklänge zu beseitigen, ist eine bekannte Sache. Dass wenn Lehrer und Lehrbücher Grundsätzen das Wort reden, die den von den kirchlichen Organen verkündeten Wahrheiten und Vorschriften widerstreiten, die auf eine oder zwei wöchentliche Stunden begrenzte Wirksamkeit dieser Organe erfolglos bleiben müsse, liegt am Tage.

Es kann aber auch nicht ausbleiben, dass durch die Stellung, welche den kirchlichen Organen durch die neue Schulgesetzgebung in der Volksschule angewiesen ist, das Ansehen der Religion und der Kirche empfindlich geschädigt werde. Es fehlt nicht an Solchen, welche meinen, dass ihre Auctorität in dem Grade zunehme, in welchem die der Kirche herabgedrückt wird. Dies ist gewiss nicht der Fall, vielmehr liegt es in der Natur der Sache, dass durch die Verkümmerung von was immer für einer legitimen Auctorität das Princip der Auctorität geschädigt werde. Wie es scheint, sprechen bereits Thatsachen dafür, dass durch die Herabwürdigung des Ansehens der kirchlichen Organe in der Schule, das Ansehen der weltlichen Lehrer, welches ehedem in dem Worte und in der Person des Religionslehrers eine Stütze fand, nicht gewonnen habe.

Bereits unter dem 2. Mai 1872 ist von Seiten des Gesammt-Episcopates der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder die Aufmerksamkeit der Regierung auf die schon damals mitunter zu Tage getretenen, der religiös-sittlichen Erziehung der Jugend sehr abträgliche Ausführung der neuen Schulgesetze gerichtet worden. Nachdem die erwähnte Zuschrift ohne Erwiederung geblieben war, haben einzelne Bischöfe und die Oberhirten einzelner Kirchenprovinzen, insbesondere wie aus den sub ·/. ehrerbietigst angeschlossenen Beilagen erhellet, der Episcopat der Kirchenprovinzen von Prag und Salzburg unter dem 10. August und 30. November 1876 in wohlbegründeten Vorstellungen über die bedauerliche Entwicklung des gesammten Volksschulwesens und über die beklagenswerthen Ergebnisse des Antagonismus der geistlichen und weltlichen Factoren in der Volksschule der Regierung Eurer Majestät vorgelegt und um Beseitigung der ganz unnöthigen, oft selbst dem Buchstaben des Gesetzes widerstreitenden Vexationen der Geistlichen in der Volksschule eindringlich gebeten. Leider hat es bis nun nicht erzielt werden können, dass zur Beseitigung der hervorgehobenen Uebelstände und

zur Herstellung gesunder Verhältnisse in Sachen der Volksschule Nennenswerthes geschehen wäre. Stets werden, wie die sub */.* ehrfurchtvollst beigelegte Erledigung der vorerwähnten Collectiv-Vorstellungen zeigt, den Bischöfen, die zu Klagen bemüssigt sind, die bestehenden Gesetze und die Unthunlichkeit der Modification derselben durch die vorhandenen Factoren der Legislation eingewendet.

Wenn der Religionsunterricht ein obligater Gegenstand des Lehrplanes der Volksschule ist, wenn die Ueberzeugung vorwaltet, dass die Schuljugend zu Religionsübungen angeleitet werden müsse, wenn wie es in den Schulgesetzen geschieht, die Nothwendigkeit der religiös-moralischen Erziehung der Jugend in der Schule und durch dieselbe anerkannt wird: so erscheint es sicherlich unerlässlich, dass die geistlichen und weltlichen Schulorgane Hand in Hand gehen und bei der Lösung der ihnen gestellten hochwichtigen und folgenschweren Aufgabe freundlich zusammen wirken. Zur Gesundheit des Schulorganismus gehört das freundliche Zusammenwirken der erwähnten Organe; in dem Widerstreite derselben beurkundet sich die Krankheit dieses Organismus, durch welche die gedeihliche Wirksamkeit der Schule und die Erreichung des derselben vorgestreckten Zieles nothwendiger Weise vereitelt wird.

Dass ein solches Zusammenwirken dort nicht möglich ist, wo der Lehrer und der Leiter der Volksschule einer anderen Religionsgemeinschaft angehört als der Religionslehrer, wird im Ernste kaum bestritten werden wollen. Die religiös-moralische Erziehung, an welcher ein katholischer Priester einerseits und andererseits ein Protestant oder Israelit oder ein Mann, der sich confessionslos nennt oder wie es vorkommt, ein von seiner Kirche abgefallener Priester arbeitet, kann unmöglich gedeihen; und dennoch sind trotz einer gegentheiligen Verheissung, die von dem Vertreter der Regierung bei der Schaffung der neuen Schulgesetze öffentlich abgegeben wurde, die Fälle nicht mehr ungewöhnlich, in denen für eine ganz oder zum bei weitem grössten Theile von katholischen Kindern besuchte Schule, Protestanten oder Israeliten als Lehrer und Leiter der Schule bestellt werden. Gewiss würde man es für widersinnig halten, zur Behandlung eines Kranken zwei Aerzte zu berufen, die einander entgegengesetzten medicinischen Systemen huldigen. Wie soll die religiös-moralische Erziehung durch das Zusammenwirken eines katholischen Priesters und eines israelitischen Lehrers mit Erfolg besorgt werden? Wer wird die Stirne haben einzuräumen, dass ein Israelit zur religiös-moralischen Erziehung katholischer Kinder befähigt sei!

Es sollen aber nach den Bestimmungen der Schulgesetze zu Lehrern in den Volksschulen nur Männer bestellt werden, die zur Erfüllung der Aufgabe dieser Schulen befähigt sind.

Nachdem die durch die kirchenfeindliche Deutung und Anwendung geförderte Entwickelung der neuen Schulgesetze in antikirchlicher und widerchristlicher Richtung fast in allen Theilen des Reiches hier im grösseren dort in geringerem Umfange vorschreitet, vermögen die ehrerbietigst unterzeichneten Bischöfe dem Werke der Zerstörung der christlichen Grundlage der Familie und Gesellschaft in Oesterreich nicht zuzusehen, ohne jedes Mittel anzuwenden, was sie für zulässig und geeignet erkennen, dem weiteren Umsichgreifen und der Consolidirung von Schulzuständen entgegenzutreten, die in ihren Consequenzen eine Generation zu Tage zu bringen drohen, welche nicht darnach angethan sein wird, Gott zu geben, was Gottes, dem Kaiser, was des Kaisers ist, eine Generation, die wenn nicht noch rechtzeitig gewirkt wird, eine willkommene Beute und ein gefügiges Werkzeug der Partei des Umsturzes alles Bestehenden zu werden sich eignet.

Angesichts der mehrfachen Verwicklungen des Augenblickes schien es den ehrfurchtvollst unterzeichneten Bischöfen angezeigt, zur Beseitigung ihrer schweren Gewissensbedenken sich mit edelstem Vertrauen an die Allerhöchste Huld und Gnade Eurer Majestät zu wenden und hiemit dem Allerhöchsten nur der Wohlfahrt und Beglückung seiner Völker lebenden Landesherrn die gewichtigen Bedenken vorzutragen, die sie auf eine fast zehnjährige Erfahrung gestützt gegen die Auslegung und Ausführung derselben hegen, wobei sie der Zuversicht leben, dass die erleuchtete Weisheit Euer Majestät Mittel und Wege finden werde, dem durch die neue Schulgesetzgebung hervorgerufenen Unheil zu steuern und für die durch dieselben verursachten Uebelstände Abhilfe zu schaffen, welche in befriedigender Weise nur durch die Abänderung jener Bestimmungen dieser Gesetzgebung zu bewerkstelligen sein wird, welche sich mit der selbstständigen bischöflichen Amtswirksamkeit in Sachen des Religionsunterrichtes, der Religionsübungen und der religiös-moralischen Erziehung der Volksschul-Jugend und der Lehramts-Candidaten nicht vereinbaren lassen.

Es bedarf wohl nicht der allerunterthänigsten Versicherung, dass die ehrerbietigst unterzeichneten Bischöfe bei der Bitte, auf Grund ihrer Sendung über den Religionsunterricht in der Volksschule und über die Religionsübungen der Volksschuljugend selbstständig verfügen und bei der Leitung der religiös-moralischen Er-

ziehung dieser Jugend alle feindseligen Einflüsse der weltlichen Schulorgane abwehren zu dürfen, lediglich durch das Bewusstsein der ihnen durch das bischöfliche Amt auferlegten Verpflichtungen, durch die Sorge für die Erhaltung christlicher Zucht und Sitte bei der heranwachsenden Generation und durch den sehnlichen Wunsch der Förderung der auf religiöser Basis ruhenden Cultur in dem österreichischen Kaiserreiche, ihrem heiss geliebten Vaterlande, geleitet werden.

(Weitere Akten der Versammlung der österreichischen Bischöfe vom Jahre 1877 enthält der nächstens erscheinende Bd. 13. der *Monumenta catholica* des Hochwürdigsten Herrn Bischofs Dr. *August v. Roskovány* von Neutra).

V.

Weitere Akten über die Schulfrage in Oesterreich (1878).

1. Eingabe der HH. Decane von Deutschtirol an die h. k. k. Statthalterei in Innsbruck, betreffend die Schule.

Hohe k. k. Statthalterei! Die gefertigten Decane Deutschtirols und deren Vertreter erlauben sich hiemit einer hohen k. k. Statthalterei nachstehende Bitten in Betreff der Schule in aller Unterthänigkeit, aber auch in aller Offenheit zur wohlwollenden Berücksichtigung ergebenst zu unterbreiten.

Indem sie diesen Schritt thun, geben sie sich die Ehre, zu erklären, dass sie denselben nicht nur in ihrem eigenen Namen allein thun, sondern auch im Namen der ihnen unterstehenden Seelsorgsgeistlichkeit, sowie auch im Sinne des katholischen Volkes.

Die Gefertigten wollen überdies erklären, dass sie durch ihren Schritt kein Präjudiz schaffen wollen für etwaige Schritte, welche ihre Hochwürdigsten Oberhirten je nach gegebenen Umständen für nothwendig ansehen werden. Im Gegentheil erklären sie, dass sie sich mit diesem ihrem Schritte ganz an die Petition der Hochwürdigsten Bischöfe der Salzburger Kirchenprovinz vom 30. November 1876 anschliessen wollen.

Sie thun ihren Schritt lediglich nur, um das zu erreichen, was anzustreben sie sich kraft ihrer Stellung als Priester und Seelsorger für berechtigt und verpflichtet erachten.

Auch wollen die Gefertigten nicht unterlassen zu erklären, dass sie sich durch ihren Schritt mit den seinerzeitigen Erklärungen des Tiroler Landtages in Betreff der Schulfrage nicht wollen in Widerspruch setzen.

Sie erkennen einfach die gegebenen Schulgesetze und Verordnungen als eine Thatsache an, der sie Rechnung tragen müssen.

Auf Grund dieser Erklärungen erlauben sie sich nun nachstehende Bitte ehrfurchtsvoll auszusprechen.

1. In Anbetracht des Umstandes, dass unsere Schulen nur allein von katholischen Kindern besucht werden, und in Anbetracht des fernern Umstandes, dass die Lehrer berufen sind, an der katholischen Erziehung der Jugend mitzuwirken, erlauben sich die Gefertigten

die Bitte zu stellen, die hohe Regierung wolle Volksschullehrer, sei es definitiv oder provisorisch, nur im Einvernehmen mit den Gemeinden und den betreffenden Seelsorgern anstellen, und dies namentlich dann, wenn der Lehrer auch den Messner- und Organistendienst zu versehen hat.

Die Gefertigen berufen sich hiebei auf den §. 9. des sanctionirten Landesgesetzes, das Schulpatronat betreffend, vom Jahre 1866, und stellen die Bitte, es wolle derselbe auch auf die provisorische Anstellung der Lehrer ausgedehnt werden.

Sollte die hohe Regierung glauben, es sei der vorgebrachten Bitte keine Folge zu geben, so würden sich die Gefertigten genöthigt sehen, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob die kirchlichen Einkünfte für den Messner- und Organistendienst, zu deren Verwaltung nach den bestehenden Gesetzen die Kirchenbehörde, d. i. zunächst der Seelsorger berechtigt ist, in solchen Fällen auch noch fernerhin auszufolgen seien, oder nicht. Auch erlauben sich die Gefertigten zu bitten, es wollen bereits angestellte Lehrer und Lehrerinnen nicht ohne Einvernehmen mit den Gemeinden und den Seelsorgern abgesetzt werden.

2. Bei dem angeführten Umstande, dass unsere Schulen nur von katholischen Kindern besucht werden, und bei dem Umstande, dass die Zöglinge an unserem Pädagogium wohl ausschliesslich nur der katholischen Kirche angehören, erlauben sich die Gefertigten zu bitten, eine hohe Regierung wolle alles Ernstes dafür Sorge tragen, dass an den genannten Anstalten protestantische, confessionslose und sittengefährdende Bücher ferne gehalten werden, und dass diese Anstalten sowohl bezüglich der Schulbücher als auch des mündlichen Unterrichtes so eingerichtet seien, dass der katholische Geist der künftigen Lehrer und Lehrerinnen nicht nur nicht geschädiget werde, sondern vielmehr die sorgfältigste Pflege erhalte.

Wir dürfen bei diesem Anlasse nicht verschweigen, dass wegen der bisher benützten Lehrbücher und wegen gewisser öffentlich bekannt gewordenen Vorfälle an den Pädagogien gegen dieselben ein bedenkliches Misstrauen obwaltet, welches sich, wenn unserer Bitte keine Folge gegeben wurde, nur noch mehr steigern müsste, und dem Gedanken eine Berechtigung gäbe, als läge es in der Intention der hohen Regierung, zunächst die Pädagogien und dann die Schule zu entkatholisiren.

3. Aus dem bereits schon zweimal angeführten Grund erlauben sich die Gefertigten zu bitten, die hohe Regierung wolle Vorsorge treffen, dass in unseren Volksschulen nicht confessionslose, sondern

nur katholische Schulbücher in Verwendung kommen, und dass insbesondere auch die biblische Geschichte als Mitlesebuch benützt werde.

Die Gefertigten glauben, dass diese Bitte um so eher könne gewährt werden, da keine Gesetzesstelle vorliegt, welche bestimmt, dass an ganz katholischen Volksschulen confessionslose Bücher benützt werden müssen.

4. Da den Gefertigten als Seelsorgern vermöge göttlichen Rechtes die Ueberwachung der Religiosität und Sittlichkeit katholischer Kinder obliegt, und da dieses Recht denselben selbst auch in der neuen Schulgesetzgebung nicht abgesprochen wird, so erlauben sie sich zu bitten, es wolle ihnen auch in Hinsicht auf die Schulbibliotheken, die, wie es am Tage liegt, nicht ohne Einfluss auf Religiosität und Sittlichkeit sind, ein Mitaufsichtsrecht zugestanden werden.

5. Da die Besorgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes und der religiösen Uebungen in den Volksschulen der betreffenden Kirche nach §. 2. des Volksschulgesetzes überlassen ist, so bitten die Gefertigten, es wolle in Zukunft die Anzahl der Religionsstunden nicht einseitig von der Regierung allein, sondern nur im Einvernehmen mit unseren Bischöfen festgesetzt und es möge bei Feststellung der religiösen Uebungen das Wort des Seelsorgers als massgebend anerkannt werden. Sollten sich in Betreff des letzten Punktes Fälle ergeben, in welchen zwischen dem Seelsorger und dem betreffenden Schulleiter ein Einvernehmen nicht erzielt werden kann, so bitten die Gefertigten, es wolle in diesen Fällen die hohe Regierung nur im Einvernehmen mit dem betreffenden Ordinariate die geeignete Entscheidung treffen. Einer so gearteten Entscheidung werden die Gefertigten sich willig unterwerfen.

6. Aus Gründen der Sittlichkeit, deren Richtigkeit durch die Erfahrung bestätigt ist, erlauben sich die Gefertigten zu bitten, eine hohe Regierung wolle von dem Versuche an zwei- und dreiclassigen Schulen Knaben und Mädchen in der höhern Classe wieder gemeinsam unterrichten zu lassen und dies auch selbst da, wo sie bisher abgesondert unterrichtet wurden, in Zukunft abstehen.

7. Mit Rücksicht auf die Schamhaftigkeit und Sittsamkeit stellen die Gefertigten die weitere Bitte, es wolle bei Mädchen statt des Turnens, gegen welches die Gefertigten grundsätzlich sind, eine vernünftige körperliche Anstandslehre eingeführt und dieselbe nur durch weibliche Lehrkräfte ertheilt werden.

8. Im Hinblicke auf die heute von allen Erfahrenen anerkannte Thatsache, dass unsere Volksschulen seit der sogenannten neuen Schul-Aera in Folge der Ueberladung in Nebensachen in den Hauptgegenständen einen immer grösseren Rückschritt aufweisen, erlauben sich die Gefertigten im Interesse der Schule und der wahren Erziehung die Bitte zu stellen, eine hohe Regierung wolle dahin wirken, dass diese verhältnissmässige Ueberladung beseitiget werde.

9. Da die Gefertigten, gestützt auf die langjährige Erfahrung, die allgemein beklagte Thatsache der immermehr überhandnehmenden Verwilderung der Jugend zum Theile auch dem Umstande zuschreiben müssen, dass dieselbe in der gefährlichsten Zeit ihres Alters, nämlich nach Vollendung der Werktagsschule, vielfach des Unterrichtes und der Aufsicht entbehrt, so erlauben sie sich zu bitten, eine hohe Regierung wolle die Veranstaltung treffen, dass die sogenannten Feiertags- oder Wiederholungsschule wieder eingeführt werde, in der Weise, dass Knaben und Mädchen bis zum vollendeten 16. Jahre zum Besuche derselben angehalten werden.

10. In Rücksicht auf die eben vorgebrachte Bitte erlauben sich die Gefertigten zu ersuchen, es wolle die hohe Regierung alles Ernstes dahin wirken, dass die achtjährige Schulpflicht für die Kinder, namentlich auf dem Lande, beseitiget werde, weil dieselbe ohne grosse Schädigung der Bevölkerung nicht durchführbar ist und weil gerade dadurch das Institut der Schule unpopulär wird.

11. Weiter erlauben sich die Gefertigten die Bitte zu stellen, eine hohe Regierung wolle nicht den Versuch machen, auch den Religionsunterricht, beziehungsweise die Religionslehrer, durch die von der Regierung bestellten provisorischen Schulinspectoren beaufsichtigen zu lassen. Würde die hohe Regierung dieser Bitte kein Gehör geben wollen, so müssten die Gefertigten offen erklären, dass sie eine solche Beaufsichtigung nie und nimmer anerkennen könnten. Sie werden daher auch jetzt schon, wie in Zukunft, alles vermeiden, was eine solche Beaufsichtigung in sich schliessen würde, wie z. B. die Eintragung des vorgenommenen Lehrstoffes in das Wochenbuch.

12. Endlich müssen die Gefertigten bemerken, dass von Seite der politischen Behörden und Schulinspectoren bald so, bald anders vorgegangen wird, so dass man den Eindruck bekommen muss, es werde nur nach Willkür verfahren.

Die Gefertigten bitten daher, es wollen die politischen Behörden und Schulinspectoren zu einem einheitlichen Vorgehen angehalten werden.

Schliesslich erlauben sich noch die Gefertigten die Bemerkung zu machen, dass sie nicht der Geist der Opposition bei vorstehenden Bitten, resp. Erklärungen geleitet hat, sondern das Bewusstsein der Pflicht, das Interesse für die Schule und die Liebe zum Vaterlande.

Wolle daher eine hohe Regierung den vorgebrachten Bitten eine wohlwollende Würdigung angedeihen lassen.

Innsbruck, am 21. März 1878.

(Folgen die Unterschriften).

2. Weisung des bischöflichen Consistoriums von St. Pölten vom 26. März 1878 bezüglich der Eintragung des vorgetragenen Religionslehrstoffes in die Wochenbücher.

(St. Pöltener Consistor.-Currende 1878 Nr. 6. sub. IV. S. 16 f.)

Fast aus sämmtlichen Decanatsbezirken sind zu verschiedenen Malen anher Anfragen eingelangt: ob die Katecheten berechtiget oder verpflichtet seien, den vorgetragenen Lehrstoff in die bei den Schulen eingeführten Wochenbücher einzutragen? Theilweise haben auch Bezirksschulbehörden anher das Ansuchen um diesfällige Aufträge für die Katecheten gestellt.

Das bischöfliche Ordinariat, welchem der betreffende auch auf die Religionslehre ausgedehnte schulbehördliche Erlass bis dahin nicht war mitgetheilt worden, hat nach pflichtgemäss gepflogener Orientirung über die fragliche Angelegenheit sich bestimmt gefunden, dort, wo diesfällige Anfragen oder Ansuchen erfolgten, die Seelsorgsgeistlichkeit dahin zu informiren, dass sie die fragliche Eintragung vornehmen *dürfe* und beziehungsweise dort, wo sie schulbehördlich verlangt wird, vornehmen *solle*.

Nunmehr aber ist dem bischöflichen Consistorium unterm 8. März l. J. die Note des k. k. n. ö. Landesschulraths vom 6. Februar l. J. Z. 515 zugekommen, in welcher mitgetheilt wird, dass derselbe bei der auf Grund des §. 33. der Schul- und Unterrichtsordnung getroffenen Bestimmung der Amtsschriften für die Volks- und Bürgerschulen in Nieder-Oesterreich unter Anderm auch die Führung von Wochenbüchern und die Eintragung des behandelten Lehrstoffes in dieselben angeordnet und in dem an die k. k. Bezirksschulinspectoren Nieder-Oesterreichs gerichteten Erlasse vom 14. Juni 1876 Z. 4178 zur Behebung von Zweifeln ausdrücklich ausgesprochen habe, dass in das Wochenbuch auch der von dem betreffenden Religionslehrer behandelte Lehrstoff eingetragen werden soll. Mit dieser Mittheilung verband der k. k. n. ö. Landesschulrath das Ansuchen, dass, da

nicht alle katholischen Religionslehrer der hiesigen Diöcese der bezüglich der Wochenbücher bestehenden Anordnung nachkommen, die Seelsorger angewiesen werden mögen, jener landesschulbehördlichen Anweisung Folge zu leisten.

Diesem von der Landesschulbehörde an das bischöfliche Consistorium gestellten Ansuchen wird über die Anordnung Sr. bischöflichen Gnaden des hochwürdigsten Herrn Ordinarius hiermit entsprochen und der gesammten ehrwürdigen Seelsorgsgeistlichkeit die Weisung, den vorgetragenen Religionslehrstoff in die Wochenbücher in geeigneter Weise einzutragen, ertheilt und zwar um so mehr, als in diesem Ansuchen des k. k. n. ö. Landesschulrathes sich zugleich auf den Erlass Sr. Eminenz unseres hochwürdigsten Herrn Metropoliten vom 1. Jänner l. J. Z. 6684 bezogen wird; welcher Erlass, auf Grund des mit Sr. Excellenz dem Herrn Minister für Cultus und Unterricht gepflogenen Einvernehmens, nicht blos

a) über die Tendenz der Tragweite der fraglichen Massregel, sondern auch
b) über die Stellung der staatlichen Schulinspectoren zum Religionsunterrichte (über welche übrigens für die Diöcese St. Pölten ohnehin eine ganz bestimmte, in der Currenda Nr. 4. vom Jahre 1875 §. IV. kundgemachte Erklärung Sr. Excellenz des Herrn Ministers für Cultus und Unterricht vom 23. Februar 1875 Z. 7465 besteht); sowie
c) über das Recht der kirchlichen Inspectoren des Religionsunterrichtes zur Einsichtnahme in die diesfälligen Eintragungen der Religionslehrer

Darlegungen von wichtigem Belange enthält.

3. Dieser Erlass des Cardinal-Fürsterzbischofs von Wien vom 1. Januar 1878 lautet nach Mittheilung der »christlich-pädagogischen Blätter« Nr. 2. (Wien 1878) in den betreffenden Stellen, wie folgt:

Z. 6684 ex 1877.

Durch mehrseitige mir zugekommene Mittheilungen habe ich in Erfahrung gebracht, dass die Frage der Zulässigkeit der Eintragung des behandelten Religionslehrstoffes in die mit den Erlassen des k. k. niederösterreichischen Landesschulrathes vom 3. Juni 1871, Z. 471, und vom 14. Juni 1876, Z. 4178, an allen öffentlichen Volksschulen eingeführten Classen- und Wochenbücher durch die als Religionslehrer an diesen Schulen fungirenden Seelsorgsgeistlichen Gegenstand einer Controverse geworden ist. Zugleich ist mir bekannt geworden, dass die Einzeichnung des jeweilig behandelten

Lehrstoffes in die Classen- und Wochenbücher, welche von der Landesschulbehörde im Grunde des §. 83. der Schul- und Unterrichtsordnung vom 20. August 1870, R.-G.-Bl. Nr. 105. eingeführt worden sind, für die schulbehördlich angestellten Religionslehrer als eine selbstverständliche Verpflichtung angesehen und geübt wird, dass ferner die bei weitem grössere Zahl der dem Stande der Seelsorger angehörenden Katecheten kein Bedenken getragen haben, der an sie gestellten Anforderung, betreffend die Anmerkung des in jeder Unterrichtsstunde behandelten Lehrstoffes in dem Classen- oder Wochenbuche der betreffenden Schule, nachzukommen.

Um über die Tendenz und Tragweite dieser Anforderung in's Klare zu kommen, habe ich mit Sr. Excellenz dem Herrn Minister für Cultus und Unterricht in's Einvernehmen gesetzt, in Folge dessen ich in der Lage bin, der ehrwürdigen, mit der Ertheilung des Religionsunterrichtes in den öffentlichen Volksschulen betrauten Pfarrgeistlichkeit auf Grund des mir zugegangenen Ministerialschreibens vom 24. December 1877, Z. 12682, zu eröffnen, dass die erwähnten Classen- und Wochenbücher zu den Amtsschriften der öffentlichen Volksschulen gehören und deren regelmässige Führung als eine Vollziehung der Bestimmung der Schul- und Unterrichtsordnung betrachtet wird. Bei dem Verlangen, dass auch die Katecheten der erwähnten Schulen den von ihnen jeweilig behandelten Lehrstoff mit wenigen Worten in die genannten Amtsschriften eingetragen, ist laut des bezogenen Ministerialschreibens lediglich die Einhaltung der Schulordnung bezweckt und von der Voraussetzung ausgegangen worden, dass darin eine Verletzung der kirchlichen Rechte um so weniger gelegen sei, als feststeht, dass die Schulleiter sowie die staatlichen Schulinspectoren jeder directen Ingerenz auf den Religionsunterricht als solchen sich zu enthalten und über ihre diesbezügliche Wahrnehmungen lediglich an die Schulbehörden zu berichten haben, welche angewiesen sind, die Beseitigung allfälliger Missstände zunächst von der betreffenden kirchlichen Oberbehörde in Anspruch zu nehmen.

Ueberdies ist . . . . darauf hingewiesen worden, dass die durch die Einzeichnung des Religionslehrstoffes vervollständigten Classen- oder Wochenbücher der öffentlichen Volksschulen bei einem eintretenden Wechsel in der Person des Katecheten gute Dienste leisten, und selbst die kirchlichen Inspectoren des Religionsunterrichtes durch Einsichtnahme in dieselbe die Einhaltung des kirchlich vorgezeichneten Religionslehrplanes überwachen könnten.

Bei dieser Auffassung der Angelegenheit waltet kein Anstand dagegen ob, dass die Religionslehrer der öffentlichen Volksschulen den von ihnen jeweilig behandelten Lehrstoff in die Classen- oder Wochenbücher dieser Schulen mit wenigen Worten einschreiben und haben sonach dieselben der hierwegen erlassenen Vorschrift nachzukommen.

Wien, am 1. Jänner 1878.

Johann Rudolph, Cardinal-Erzbischof.

VI.

Der Culturkampf im preussischen Abgeordnetenhause im November und December 1877 und Januar und Februar 1878.

(Vergl. *Archiv* Bd. 39. S. 285 ff.)

IV. Aus der Sitzung 21. Sonnabend 24. November 1877. Das Haus setzt die 2. Berathung des Cultusetats fort. Zu Cap. 114. Tit. 7. Kanzleigebühren betr., bemerkt

Abgeordneter Freiherr *v. Schorlemer-Alst:* Meine Herren! Ich habe bei dieser Position zur »Aushilfe der Kanzlei« eine Schreibfrage vorzubringen. Es hat allerdings der Herr Cultusminister erklärt, er würde nicht viel beim Etat sich äussern, und er hat auch bisher ja wenig oder nichts geantwortet; ich hoffe aber, dass ich von ihm auf eine directe Frage eine Antwort bekommen werde, um so mehr er ja durch die um ihn sitzende Corona in der Lage ist, antworten zu können. Es sind im Monat September und October aus vielen Gemeinden Westfalens Beschwerdeschriften an den Herrn Cultusminister gerichtet worden, die sich auf den Religionsunterricht und überhaupt auf die Schulfrage beziehen. Zweien dieser Beschwerdeschriften war eine Druckschrift beigefügt, wonach der Graf Droste-Erbdroste diese Petition aus Auftrag einer Vertrauensmännerversammlung an die Gemeinden schickte und sie aufforderte, nur die selbstständigen Familienväter unterschreiben zu lassen, sie genau mit dem Inhalt bekannt zu machen und vor Allem auch den Ort, von dem die Petition abgeschickt worden ist, deutlich zu schreiben, damit der Herr Cultusminister wisse, an wen er die Antwort auf die Petitionen zu adressiren habe. Diese beiden Schreiben, die ja vielleicht aus Versehen mitgegangen waren, führten nun den Herrn Cultusminister zu der Auffassung, er habe nur dem Grafen Droste-Erbdroste zu antworten, und das that er auch in einem Schreiben und bemerkte darin, dass er zur *Vermeidung unöthigen Schreibwerks* ihm die Antwort schickte. [Vgl. *Archiv* Bd. 39. S. 59 ff.] Er war nun freilich damit an den Unrechten gekommen, denn der Graf war wohl bereit, ein Mandat des Volkes und einer Vertrauensmännerversammlung zu übernehmen, aber für den Herrn Cultusminister unnöthiges Schreibwerk — ein Begriff, der allerdings wie es scheint

im Cultusministerium bekannt ist — und überhaupt einen Auftrag zu besorgen, dazu wollte er sich doch nicht hergeben, und er hat dies auch dem Herrn Cultusminister gegenüber deutlich ausgesprochen. Es scheint, dass aber inzwischen die Petenten nun doch ohne Antwort bleiben, und ich möchte an den Herrn Cultusminister die Frage richten, ob er wirklich nicht die Absicht hat, den Petenten auf ihre Beschwerdeschrift zu antworten? Ich glaube, dass sie einen berechtigten Anspruch haben, vom Herrn Cultusminister eine Antwort zu bekommen, und ich bitte um eine Antwort auf diese Frage.

Cultusminister Dr. *Falk*: Es liegt zwar eine, vielleicht sind es auch mehrere, Petition der Unterrichtscommission vor, die sich über denselben Gegenstand beschwert. Ich könnte desshalb sagen, das Haus wird noch mit der Sache befasst werden, ich habe daher keinen Grund, hier zu antworten; indessen scheint mir doch angemessen, etwas, worüber ich gar keinen Zweifel habe, auch jetzt schon öffentlich auszusprechen. Ich beabsichtige nicht, auf alle diese gedruckten Petitionen, die mir zugegangen sind, einen Bescheid zu ertheilen. Der Herr Abgeordnete v. Schorlemer-Alst hat bereits Einzelnes, was mich in dieser Richtung bestimmt, angedeutet. Meine Herren, es handelt sich um eine Angelegenheit, welche hier in diesem Hohen Hause des ausführlichsten erörtert worden ist, in Beziehung auf welche die Staatsregierung und speciell ich in amtlichen und halbamtlichen Organen nicht die geringsten Zweifel über die Auffassung der Staatsregierung gelassen haben, um Fragen, die so ernst und bedeutungsvoll sind, dass, wenn sie von der Staatsregierung vor kurzem erst in einem bestimmten Sinne entschieden worden, und zwar unter Zustimmung beider Häuser des Landtages, kein verständiger Mann nur irgendwie auf den Gedanken kommen kann, dass eine derartige Petition eine Aenderung im Standpunkte der Staatsregierung herbeiführen wird. Es handelt sich ferner um eine Angelegenheit, die auf dem weiten Blatte der Agitation des verehrten Herren des Centrums steht. Eine Anzahl Vertrauensmänner, so nannten sich die Herrn — der Herr Abgeordnete selbst gehörte meines Erinnerns dazu — sind zusammengetreten, wie sie das früher schon aus Anlass derselben Angelegenheiten thaten, und, während sie früher darin wirkten oder darin einverstanden waren, dass der Klerus diese Angelegenheit behandelte, so gingen sie nun dazu über, die einzelnen Gemeinden dazu zu bestimmen, und sie designirten wieder einen Vertrauensmann unter sich, den sie beauftragten, eine von ihnen entworfene Petition in der ausgiebigen Zahl von Exemplaren drucken zu lassen und an die einzelnen Gemeinden zu versenden,

und zwar mit einem Circular, in welchem diese Personen oder diese Organe belehrt wurden, ich muss wirklich sagen, vormundschaftlich oder vielleicht väterlich, bis ins Kleinste, wie sie eine derartige Petition an den Cultusminister einrichten sollten, und worin sich dann der Satz fand: Wenn der Cultusminister aber nicht zufriedenstellend oder bis zum 15. October überhaupt nicht Antwort gibt, wird der unterschriebene Graf Droste-Vischering-Erbdroste die Vollmacht für ertheilt ansehen, an die beiden Häuser des Landtages mit einer weiteren Beschwerde zu gehen.

Nun, meine Herren, wenn ich den Herren in ihrer agitatorischen Thätigkeit noch behülflich sein sollte, — wozu ich allerdings keine Neigung habe, — dann konnte ich nur für gerechtfertigt erachten, an denjenigen meinen Bescheid zu geben, welcher die Sache dirigirt, und nicht an diejenigen, welche von ihm dirigirt worden sind. Ein Verlangen, mir die Schreibarbeit abzunehmen oder gar an die Gemeinden meinen Bescheid zu übermitteln, ist mir mit keinem Wort eingefallen und wird auch kein Mensch aus der Verfügung herauslesen.

Ich wiederhole also: Ich kann die Frage des Herrn Abgeordneten v. Schorlemer nur mit einem Nein beantworten.

Abgeordneter *Richter* (Sangerhausen): Um eine, wie ich glaube, heute resultatlose Debatte abzuschneiden, will ich erklären, dass sowohl die Petition des Grafen Droste-Vischering als auch einige andere, die denselben Gegenstand betreffen und sich ebenfalls beschweren, dass ihnen vom Ministerium keine Antwort gegeben sei, auf der nächsten Tagesordnung der Unterrichtscommission am Montag stehen und dort verhandelt werden, und ich glaube, wenn diese Thatsache dem Herrn Fragesteller hiermit ausgesprochen wird, dann wird er selbst finden, dass zum Austrag der Angelegenheit der gegenwärtige Moment nicht der richtige ist, sondern erst derjenige, wenn diese Petitionen — ich bin selbst Referent und kann Ihnen das Versprechen geben, ich werde sobald wie möglich zum Druck befördern, was die Commission beschliessen wird — wenn diese Petitionen zur Berathung stehen werden.

Abgeordneter Freiherr *v. Schorlemer-Alst*: Dass die Angelegenheit heute hier nicht zum Austrag kommen wird, dass sie überhaupt in diesem Hohen Hause bei der jetzigen Majoritätsanschauung zum erwünschten Austrag kommen wird, das erwarte ich auch nicht. Das kann mich aber nicht abhalten, dem Herrn Cultusminister, auf das, was er eben gesagt hat, Einiges zu erwidern.

Wenn er behauptet hat, in der Vorstellung stände nichts Neues,

so ist das ein Irrthum. Wenn ich Sie damit quälen wollte, Ihnen die Vorstellung vorzulesen, würden Sie das auch finden. Ich will aber zum Beweis auf nur einen Punkt hinweisen, der allerdings neu ist und früher nicht vorlag, dass wir nämlich jetzt auch evangelische Schulinspectoren haben, die die katholischen Schulen und den Religionsunterricht dieser Schulen überwachen, und dass es vorgekommen ist, dass bei Simultanschulen ein evangelischer Schullehrer während der Erkrankung des katholischen den Religionsunterricht an die katholischen Kinder ertheilt hat. (Hört, hört!)

Dann hat der Herr Cultusminister davon gesprochen, dass Vertrauensmännerversammlungen *»in der bekannten agitatorischen Weise«* stattgefunden hätten. Die Sache ist einfach die: zunächst hatten die Geistlichen als die zunächst Berufenen sich in Vorstellungen an die Staatsregierung gewendet und nachdem das vergeblich gewesen, war es die Pflicht der Familienväter, sich den Vorstellungen der Geistlichen anzuschliessen und auch in dieser Beziehung vorstellig zu werden. *Das ist die ungeheuer gefährliche Agitation*, von der der Herr Cultusminister spricht.

Wenn er dann bemerkte, in dem Schreiben des Grafen Erbdroste würden die Leute vollständig belehrt — väterlich oder patriarchalisch —, wie sie sich an den Herrn Cultusminister zu wenden hätten, so ist das doch kein Grund der Beschwerde oder des Tadels für den Herrn Cultusminister; er hatte dann doch jedenfalls die Annehmlichkeit, diese Petitionen in der bestmöglichsten Form zu bekommen, und wenn sie ihm gedruckt zugehen, so kann er sie jedenfalls besser lesen, als wenn er sich durch die verschiedenen Handschriften durchlesen müsste.

Dann hat der Herr Cultusminister gesagt, er würde, wenn er auf die einzelnen Petitionen antworte, dadurch nur unsere agitatorische Thätigkeit verstärken. Darüber kann sich der Herr Cultusminister ganz beruhigen. Niemand ist so sehr bemüht, agitatorisch in unsern Kreisen zu wirken als der Herr Cultusminister selbst, und gerade sein *Schweigen*, was er jetzt einhält, wird wieder sehr gut agitatorisch wirken.

Insofern könnte ich damit zufrieden sein, ich muss aber doch bemerken, dass es nach meiner Ueberzeugung *die Pflicht der Staatsminister* ist, dass sie den Staatsbürgern, wenn sich dieselben mit Beschwerden an sie wenden, auch Antwort ertheilen. (Sehr richtig!)

Will der Herr Cultusminister nicht für jeden Einzelnen schriftlich die Antwort geben, so mag er sie drucken lassen, das ist ja seine Sache, aber das Recht haben diejenigen, welche beim Minister

vorstellig werden, eine Antwort zu bekommen, denn dafür werden die Minister bezahlt und dafür haben sie so hohe Kanzleigebühren. (Unruhe. Sehr richtig! im Centrum.)

Präsident: Es ist Niemand weiter gemeldet, — die Discussion ist *geschlossen.*

Der Titel wird ohne Abstimmung *bewilligt*; — ebenso die Titel 8—12. des Capitels.

Capitel 114 a, *Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten.* Titel 1—5.

Abgeordneter *Windthorst* (Meppen): Da wir für diesen Gerichtshof nichts bewilligen können, bitte ich um besondere Abstimmung.

Abgeordneter Dr. *Roeckerath:* Meine Herren! Der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten ist in dem System der neueren Preussischen kirchenpolitischen Gesetzgebung gewissermassen als die Krönung des Gebäudes gedacht. Der Präsident und die zehn Mitglieder dieses Gerichtshofs bilden eine bekanntlich aus Angehörigen der verschiedensten Provinzen zusammengesetztes Elfmännergericht, welches nach unserer Gesetzgebung für berechtigt erachtet wird, selbst den höchsten kirchlichen Würdenträgern auf Grund von Thatsachen, die sie von ihrem kirchlichen Standpunkt zu verrichten sich im Gewissen verpflichtet fühlen müssen, im Namen des Staats ihr geistliches Amt zu nehmen.

Meine Herren, es gab auch in Athen einmal eine Elfmännerbehörde, bekannt unter dem Namen οἱ ἕνδεκα, welche als Gesetzeswächter dafür sorgten, dass diejenigen, die sich gegen die Gesetze vergangen hatten, ins Gefängniss geführt oder auch je nachdem vom Leben zum Tode befördert wurden. Der Preussische Elfmännergerichtshof hat alle diejenigen Bischöfe, bezüglich deren er zu verhandeln berufen worden ist, für abgesetzt erklärt, — es sind deren bisher bekanntlich sechs — und wir können noch weiter gehen und sagen: Wenn er die übrigen Bischöfe noch nicht abgesetzt hat, so hat das einfach daran gelegen, dass von Seiten des Staatsministeriums noch kein Antrag gestellt worden ist.

Unsere kirchenpolitische Gesetzgebung ist nun einmal der Art, dass alle Preussischen Bischöfe, welche nach ihrem kirchlichen Standpunkt ihr Amt verwalten, sobald sie vor den Elfmännergerichtshof kommen, einfach abgesetzt werden müssen. Man hatte früher in Athen ein Sprichwort, dass derjenige der den elf Männern in die Hände falle, verloren sei; dasselbe Sprichwort hat auch in Preussen seine Geltung.

Nun hat gestern der Herr Abgeordnete Dr. Gneist behauptet, dass die berechtigte Selbstständigkeit der katholischen Kirche durch die Maigesetzgebung nicht angetastet sei. Meine Herren, meiner Ansicht nach kann man sich keinen signifikanteren Ausdruck für die in der Maigesetzgebung liegende Unterordnung der Kirche unter den Staat denken, als die Einsetzung dieses Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten und die durch diesen Gerichtshof bewirkten Absetzungen katholischer Bischöfe.

Mit Recht sagte der Herr Abgeordnete Dr. Gneist: Der Staat als Staat kann ja geistliche Aemter weder geben noch nehmen. Es wird also nach Ansicht des Herrn Dr. Gneist mit der Absetzung der Bischöfe nicht ihr bischöflicher Charakter in Frage gestellt, sondern es würden nur die Bischöfe verhindert sein, ihr Amt im Staate auszuüben. Allein unsere staatlichen Behörden fassen das ganz anders auf. Sobald ein Bischof abgesetzt ist, dann heisst es nicht mehr: der Bischof so und so, sondern es verwandelt sich sofort beispielsweise der Erzbischof von Köln Dr. Paulus Melchers in den Dr. theologiae Melchers. Unser Herr Cultusminister hat sich diese Anschauung so sehr angeeignet, dass, als er vor einigen Tagen in der Hitze des Gespräches von dem Bischof Martin sprach — es wurde der Bischof von Paderborn gar nicht genannt — er sich sofort corrigirte: der *vormalige* Bischof Martin. Nun, meine Herren, sind wir der Ansicht, dass der Staat nicht allein nicht in der Lage ist, ein geistliches Amt dem Inhaber zu nehmen, sondern dass der Staat auch die Inhaber geistlicher Aemter nicht hindern soll, ihre kirchlichen Functionen zu verrichten. Sie mögen, meine Herren, von verfassungsmässig zu Stande gekommenen Gesetzen sprechen, so lange wie Sie wollen, wir können einfach damit nicht einverstanden sein, dass in unserem Staatswesen Einrichtungen getroffen werden, die unserer kirchlichen Ueberzeugung widersprechen, und wir müssen entschieden dagegen protestiren, dass wir gezwungen werden, mit unseren Steuern dazu beizutragen, dass solche Einrichtungen unterhalten werden. Ich weiss ja nun recht wohl, dass wir mit unseren Protesten sehr wenig ausrichten können, und ich könnte mich darauf beschränken, dass ich einfach bei dieser Etatsposition den Protest wiederhole, den wir immer hier vorbringen. Ich könnte mich um so mehr darauf beschränken in Berücksichtigung des Verhaltens des Herrn Cultusministers uns gegenüber. Wenn der Herr Abgeordnete Graf Limburg-Stirum die Debatte über die Position »Cultusminister« unterbricht durch eine Bemerkung über den »kleinen Daniel,« dann findet sich der Herr Cultusminister sofort veranlasst, zu

antworten. Aber, meine Herren, wenn von dieser Seite in sehr wohldurchdachten Reden die Härten, welche in Folge der kirchenpolitischen Gesetzgebung sich herausstellen, klargemacht werden, wenn dann der Staatsregierung die Erwägungen anheimgegeben werden, diese Thatsachen zu berücksichtigen und für Abhilfe zu sorgen, wenn wir uns an die Diener des Staatschefs wenden, von denen wir doch erwarten müssen, dass sie ein Herz für das Volk haben, dann erklärt der Herr Cultusminister uns: »das ist Alles schon dagewesen,« dann hat der Herr Cultusminister gar keine Veranlassung, uns zu antworten, und wir verdanken es schliesslich nur einer gelegentlichen Bemerkung des Herrn Abgeordneten Hänel, dass er sich überhaupt noch dazu versteht, eine Antwort uns zukommen zu lassen. Wenn ich gleichwohl unseren Protest diesmal eingehender begründe, so geschieht das nur, weil in Folge der Amtsthätigkeit des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten in der letzten Zeit einige Thatsachen eingetreten sind, von denen ich glaube, dass auch Sie nicht damit einverstanden sein werden. Ich werde mich indess kurz fassen und beschränke mich auf die Behauptung und Begründung von nur drei Sätzen.

Zunächst, meine Herren, muss ich erklären, dass dieser Gerichtshof in denjenigen Kreisen der Bevölkerung, für die er doch eigentlich bestimmt ist, bei den vielen Millionen der zur Centrumspartei gehörigen Katholiken, gar keinen Effect hat. Die Amtsentsetzungen, die von diesem Gerichtshof ausgesprochen werden, haben für uns thatsächlich auch nicht die mindeste Bedeutung; ob der Gerichtshof Bischöfe absetzt oder nicht, das ist für uns vollständig gleichgiltig. Die sogenannten Bischofsabsetzungen werden in den Kreisen der zur Centrumspartei gehörigen Katholiken — und das sind ja viele Millionen — einfach nur aufgenommen als Akte einer unserer Behauptung nach vorhandenen Missregierung.

Ich behaupte dann zweitens, meine Herren, dass auch der Staat mit dieser Gerichtsthätigkeit den Effect nicht erreicht, den er erreichen will. Es sind also abgesetzt der Erzbischof Ledochowski, abgesetzt der Erzbischof von Köln, die Bischöfe von Münster, von Paderborn und Limburg und der Fürstbischof von Breslau.

Meine Herren, das allerdings ist erreicht, dass die eigentlich seelsorgerische Thätigkeit dieser Bischöfe, das heisst diejenige Thätigkeit, die der Staat von seinem Standpunkt aus am meisten wünschen muss, die am meisten auch die Interessen des Staates fördert, dass diese seelsorgerische Thätigkeit aufhört. Aber das, was der Staat in diesem kirchenpolitischen Conflict zu beseitigen wünschte,

die kirchenregimentliche Thätigkeit, die Oberleitung der Diöcesen, hat er nicht verhindern können. Nirgendwo ist die kirchliche Verfolgung so gross gewesen als in der Erzdiöcese Posen-Gnesen. Wer verwaltet dort nach wie vor die Diöcese? Das ist der Erzbischof Cardinal v. Ledochowski. (Bravo!)

Nach wie vor trotz aller dieser Massnahmen, trotz dieser polizeilichen Ueberwachung werden im öffentlichen Gottesdienst vor zahlreich versammelter Menschenmenge Priester, die nicht auf kirchlichem Standpunkt stehen, excommunicirt. Ebenso, meine Herren, ist es in den übrigen Diöcesen. Ich kann im Gegentheil behaupten, trotz der Absetzungsdecrete des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten haben bezüglich der kirchlichen Leitung der Diöcesen die katholischen Bischöfe gegenwärtig eine weit grössere Autorität ihren Geistlichen gegenüber, als früher, da sie inmitten ihrer Diöcese verweilten. Nun, meine Herren, wie verhält sich diesen Thatsachen gegenüber der Staat? Da wird uns mitgetheilt, dass in Rom an der Privatwohnung des Cardinals Erzbischofs v. Ledochowski der Gerichtsvollzieher eine Vorladung angeheftet habe. Meine Herren, ganz Europa hat gelacht über diese Thatsache. (Heiterkeit.)

Meine Herren, dann wird uns weiter berichtet, dass der Staatsprocurator hinter dem Herrn Erzbischof von Köln Dr. Paulus Melchers einen Steckbrief erlässt. Ich habe schon früher einmal meiner Indignation darüber Ausdruck gegeben, dass während der Zeit, als der Erzbischof von Köln, Dr. Paulus Melchers, in der Gefangenanstalt zu Klingelpütz zu Köln verweilte, man sich gemüssigt fand, ihn in den Arbeiterlisten zu führen als Strafgefangener Paulus Melchers, welcher beschäftigt sei mit Sacknähen, oder ab und zu mit Kartonagearbeiten, oder beschäftigt sei mit Metallsuchen: Thatsächlich ist ja der Erzbischof Dr. Paulus Melchers gar nicht beschäftigt worden, sondern diejenigen Leute, welche die Arbeiterliste führten, haben geglaubt, der dort gültigen Norm dadurch genügen zu sollen, dass sie in dieser Weise die Buchung vornehmen. Meine Herren, es sind das Thatsachen, die in öffentlichen Gerichtsverhandlungen an der Zuchtpolizeikammer in Düsseldorf besprochen worden sind. Aber ich muss gestehen, wenn ich den Steckbrief sehe, welcher hinter dem Erzbischof von Köln Dr. Paulus Melchers erlassen worden ist, so übertrifft derselbe noch das, was damals bei der Buchführung im Gefängniss vorgekommen ist. Da erlässt also der Oberprocurator Crome folgenden Steckbrief:

Der durch Erkenntniss der correctionellen Kammer des hiesigen Königlichen Landgerichts vom 28. Juli dieses Jahres wegen

unbefugter Vornahme geistlicher Amtshandlungen zu einer subsidiären Gefängnissstrafe von 30 Tagen verurtheilte Dr. theologiae und vormaliger Erzbischof von Köln, Paulus Melchers, geboren zu Münster, zuletzt wohnhaft zu Köln, 64 Jahre alt, 1 Meter 70 Centimeter gross, mit blonden Haaren und Augenbrauen, freier Stirn, braunen Augen, etwas gebogener Nase, gewöhnlichem Mund, spitzem Kinn, länglichem Gesicht, von blasser Gesichtsfarbe und schlanker Statur, ist nicht zu ermitteln gewesen.

Ich ersuche die Polizeibehörden, auf den etc. Melchers zu wachen, ihn im Betretungsfalle verhaften und mir vorführen zu lassen.

Köln, den 14. November 1877.

Der Oberprocurator Crome.

Meine Herren, dieser Steckbrief ist dann durch alle Zeitungen des Landes gegangen, und ich muss gestehen, auch die liberalen Zeitungen haben Anstand genommen, diesem Steckbriefe Bemerkungen beizufügen, nur die socialdemocratischen Organe haben gejubelt, als sie den Steckbrief fanden. Meine Herren, diese hatten auch Grund dazu, denn der Herr Cultusminister und die Organe unserer kirchenpolitischen Gesetzgebung, die thun ja die Arbeit der Socialdemocratie. Die Socialdemocratie ist durch nichts so sehr gefördert worden als durch die Thätigkeit unseres Cultusministers und derjenigen Organe, die im Dienste der kirchenpolitischen Gesetzgebung handeln. Es hatten die socialdemocratischen Organe allerdings Grund die Thatsache mit Jubel zu constatiren, dass man jetzt so weit gekommen sei, einen derartig abgefassten Steckbrief hinter einen Erzbischof zu erlassen.

Nun behaupte ich drittens, meine Herren, was Sie mit dem Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten erreichen wollen, das können Sie auch billiger haben. Ich begreife in der That nicht, wenn man eine solche Spruchbehörde haben will, die schliesslich weiter nichts zu thun hat, als anzuerkennen, dass die und die Thatsachen vorgekommen sind, von denen wir Alle wissen, von dem das ganze Land weiss, dass sie geschehen sind, so hat man dazu einen so complicirt zusammengesetzten Gerichtshof nicht nöthig; wenn Sie einmal einen Gerichtshof haben wollten, so könnten Sie, was uns betrifft — und mit Rücksicht auf uns ist ja hauptsächlich dieser Gerichtshof gemacht worden — jeden Gerichtshof damit betrauen, dann haben wir dieses Elfmännergericht mit 36,900 Mark gewiss nicht nöthig; da Sie jetzt mit der Justizorganisation beschäftigt sind, so möchte ich wünschen, dass Sie sich die Sache einfacher

machen; am liebsten ist uns allerdings, wenn Sie uns mit dem ganzen Elfmännergerichtshof verschonen. (Bravo!)

Abgeordneter Dr. *v. Sybel*: Meine Herren! Ich habe nicht vor, über den Werth oder Unwerth der einzelnen gesetzlichen Bestimmungen, betreffend den kirchlichen Gerichtshof, hier in eine ausführliche Erörterung einzutreten. Der Herr Abgeordnete Roeckerath hat, soviel ich gehört habe, durchaus keine sachlichen Gründe gegen die Existenz dieses Gerichtshofes vorzubringen gewusst als nur solche, die, wie er selbst sagte, schon häufig dagewesen sind, so dass lediglich aus diesem Grunde das Schweigen des Herrn Cultusministers auf hundertmal vorgebrachte und hundertmal widerlegte Beschwerden als das einzig richtige und normale Verhalten erscheinen muss. Ich habe hier nur vor allen Dingen constatiren wollen, dass die Geduld, womit dieses Hohe Haus Jahr aus Jahr ein den auch jetzt wiederholten Beschwerden bei Gelegenheit des Cultusetats zuhört, meines Wissens in der parlamentarischen Geschichte aller Länder beispiellos ist, denn, meine Herren, wenn Sie sich die Debatten der letzten Wochen vergegenwärtigen, wenn Sie sich der Reden erinnern, die wir von den geehrten Herrn des Centrums über die verschiedenen Etats vernommen haben, so kann ich fragen, an welcher Stelle ist von den geehrten Herren eine wirklich budgetmässige Einwendung erhoben worden, und ich kann weiter fragen, an welcher Stelle ist die Beschwerde über die Verletzung eines Gesetzes erhoben worden; sämmtliche Redner haben sich darauf beschränkt, die schlimmen Folgen der Maigesetze hervorzuheben und zu tadeln. Die einfache Antwort auf alle diese Reden war in drei Worten gegeben: Nicht die Gesetze, sondern die gesetzwidrige Renitenz haben diese Uebelstände hervorgerufen. (Widerspruch im Centrum.)

Und, meine Herren, auch in der Rede des Herrn Abgeordneten Roeckerath haben wir, wie in den Organen seiner Partei, fort und fort gehört eine offene permanente Lobpreisung des gesetzwidrigen Verhaltens der Bevölkerung und des Centrums, sowie der gesammten ultramontanen Partei. Es ist in den mannigfaltigsten Wendungen das gesetzwidrige Verhalten gefeiert worden als moralisch, als pflichtgemäss; es ist das Verhalten der Organe und Diener der Gesetze gebrandmarkt worden mit dem möglichsten Aufwande einer leidenschaftlichen Beredsamkeit; es ist den Gendarmen, unseren braven und pflichttreuen Gendarmen (Heiterkeit im Centrum) ihr Verhalten, was sie gesetzwidrigen Klerikern gegenüber eingenommen haben, vorgeworfen worden; es ist von einem rechtskräftig Verurtheilten gesagt worden, dass seine Gefangenschaft eine *Ehre* für ihn sei. Wir

haben soeben gehört, dass die Urtheilssprüche eines durch verfassungsmässig erlassenes Gesetz eingerichteten Gerichtshofes als völlig nichtig, unbedeutend und bedeutungslos für einen grossen Theil der deutschen Bevölkerung charakterisirt worden sind. (Sehr wahr!)

Es geht durch alle diese Reden der offene Protest gegen die legislative Competenz dieses Hohen Hauses und der übrigen verfassungsmässigen Factoren unserer Gesetzgebung. (Widerspruch.)

Meine Herren, soweit ich die parlamentarische Geschichte irgend eines europäischen Volkes kenne, ist es nirgends vorgekommen, dass eine so offene unverhüllte Polemik gegen die Grundlage der bestehenden Landesverfassung geduldet worden ist. Meine Herren, ich kann mir eine solche Erscheinung nur erklären aus dem unbewussten Drange gerade des deutschen Volkes, dem individuellen Gefühle, der subjectiven Anschauung einen möglichst freien Spielraum zu gewähren, diese Nachsicht gegen subjective Willkür möglichst weit auszudehnen, soweit sie sich mit der Sicherheit des Staates verträgt — und insofern freue ich mich dieser Langmuth, womit wir die über unsere Verfassung ausgeschütteten Schmähungen ertragen haben als eines Symptoms vollen Bewusstseins von der Stärke und Gesundheit unserer öffentlichen Institutionen. Meine Herren, ich lasse dahingestellt sein, ob bei der Errichtung des kirchlichen Gerichtshofs jeder Paragraph genau so abgemessen ist, dass er keiner Verbesserung fähig oder bedürftig wäre. Bei einer so durchgreifenden Reform, wie auf dem kirchenpolitischen Gebiete unsere Maigesetze sie darstellen, wird es nicht leicht irgend einer menschlichen Weisheit gelingen, gleich auf den ersten Griff das Ideal vollkommen darzustellen. Aber, meine Herren, dass man überhaupt auf die Einrichtung eines solchen Gerichtshofes bedacht gewesen ist, dafür sprechen doch die gebieterischsten Gründe. Meine Herren, Sie lieben es, die Maigesetzgebung als einen Versuch der absoluten Knechtung der Kirche unter dem Staat darzustellen, und es ist auch zweifellos, dass durch die Maigesetze die Oberaufsichtsrechte des Staates in mancherlei Beziehung geschärft worden sind und geschärft werden mussten, bei den völlig anarchischen Zuständen, die sich durch jene übertriebene Nachsicht, durch jene übertriebene Schwäche der Staatsregierung gegenüber den kirchlichen Gesellschaften allmälig herausgebildet hat. Der schlagenste Beweis für diese anarchischen Zustände liegt eben in Ihrem heutigen Verhalten, in der völligen Nichtachtung der staatlichen Legislative und ihrer Autorität, in dieser Nichtachtung des Gesetzes und des staatlichen Rechts, welche in ganz anderem Maasse als die Vollziehung der Maigesetze eine Quelle

der Demoralisation in der Bevölkerung geworden ist. Es war im Innern jener Kirche selbst in Folge eines durch Jahrhunderte allmälig fortschreitenden Processes dahin gekommen, dass von irgend einem Rechtszustande an keiner Stelle mehr die Rede war. Wenn im Mittelalter die Kirche ihre Organisation gebildet hat ganz in derselben Weise, in derselben Richtung, wie die damaligen Staatsgewalten, wenn sie eine Gliederung von über- und untergeordneten Behörden war, deren jede aber auf ihrer niederen oder höheren Stufe einen bestimmten Kreis von selbstverständlichen, unantastbaren Rechten besass, so ist seit dem 16. Jahrhundert, seit den Organisationen des Tridentinums, diese Kirche bereits zu einer centralisirt-bureaukratisch verwalteten Einheit geworden, und durch die Entwicklung im Laufe unseres Jahrhunderts hat sich diese bureaukratische Centralisation in die schrankenlose Allmacht der Centralgewalt verwandelt, und mit vollem prägnanten Rechte konnte Papst Pius IX. es einmal aussprechen: das canonische Recht, das bin ich. Weder der Pfarrer gegenüber dem Bischof, noch der Bischof gegenüber dem Papst hatte eine rechtliche Garantie für seine Stellung, für seine Thätigkeit. Diese völlige Beraubung rechtlicher Garantien hat sich auf das schlagendste herausgestellt bei den Wirren, die sich innerhalb der katholischen Kirche in Folge des Vaticanums entwickelt haben, bei den Männern, die im Festhalten an dem alten kirchlichen Standpunkt mit ihren vorgesetzten kirchlichen Behörden in Collision kamen. Bei diesen allen ohne Ausnahme ist niemals das von dem canonischen Gesetze selbst vorgeschriebene Rechtsverfahren beobachtet worden; mit unbedingter Willkür durch zwei Zeilen der vorgesetzten Behörde wurden diese Männer ihrer kirchlichen Rechte und ihrer kirchlichen Stellung beraubt. Nun, meine Herren, ist denn das ein Zustand, gleichgültig für die nationale Gemeinschaft, wenn in so grossen bedeutenden Corporationen, welche Millionen der nationalen Genossen auf hundert Punkten ihres Daseins berühren und umfassen, wenn in diesen Corporationen der Zustand einer völligen despotischen Rechtslosigkeit herrscht, wenn alle Vorkehrungen beseitigt sind, durch welche in früheren Zeiten auf dem Boden der bestkatholischen Staaten die Staatsgewalt selbst als Schützerin und Garantin des Rechtszustandes der Kirche auftrat. Sie hören das Wort recursus ab abusu nicht gern; aber waren etwa die Spanischen und Französischen Könige, die vermittelst dieses Rechtsmittels aller Orten und an allen Punkten die kirchliche Jurisdiction und die Regierung der Kirche der rechtlichen Aufsicht des Staates unterworfen und vermittelst dieser Vorkehrung alle Ueber-

treter der Rechtsordnung mit schweren Strafen heimzusuchen vermochten, waren diese Könige nicht etwa Mitglieder der Kirche, waren sie nicht hochgefeiert von dem päpstlichen Stuhle? War König Philipp II. von Spanien etwa kein katholischer König? (Unterbrechung aus dem Centrum.) — wenn die Herren mich unterbrechen wollen, Herr v. Fürth, bitte ich, es so deutlich zu thun, dass ich im Stande bin, Ihre Meinung aufzufassen. — Dieser König von Spanien hatte in seinem grossen Consejo reale auch ein Elfmännercollegium von viel grösseren Befugnissen, als wir sie unserem kirchlichen Gerichtshof übertragen haben. Er handhabte strikte und strenge Justiz. Er hatte seinem Consejo allerdings nicht die Befugnissformel beigelegt, einen renitenten Bischof abzusetzen. Aber er hatte die Befugniss, einem solchen renitenten Bischof die Naturalisation als spanischen Bürger zu entziehen; und dieses spanische Bürgerrecht war für alle spanischen Bischöfe die Grundbedingung für den Besitz des geistlichen Amtes, so dass durch die Entziehung des spanischen Bürgerrechtes der Bischof ohne Weiteres sein Amt verlor. Sie wissen, meine Herren, dass in Frankreich durch den appel comme d'abus ganz ähnliche Wirkungen erzielt wurden und dass in beiden Ländern der gesammte Klerus — mit einziger Ausnahme des Jesuitenordens, der heute allerdings den Anspruch macht, eigentlich allein die wahre Kirche darzustellen, — dass der ganze Klerus, das gesammte Episcopat diese Institution selbst als eine Garantie für gute Rechtsordnung ansah, und dass die päpstliche Curie, wenn auch nicht mit besonderer Freude, aber mit steter und ununterbrochener Anerkennung sie gewähren liess. Meine Herren, wenn nun in Preussen die Maigesetzgebung ähnliche Institutionen angestrebt hat, so können Sie jenen historischen Thatsachen gegenüber schlechterdings nicht behaupten, dass damit ein Eingriff in die überlieferten Rechte und Freiheiten ihrer Kirche geschehen sei. Diese Institution hat wie eine ganze Reihe anderer Gesetze der Ihnen so verhassten Serie keinen anderen Zweck, als Sicherheit des Rechtes auf dem Boden ihrer kirchlichen Zustände zu erneuern, ganz denselben Zweck, wie jene Bestimmungen, dass in Zukunft ein Pfarrer nach jahrelangem Besitz seiner Pfründe nicht mehr revocabel sein soll, ganz denselben Zweck, wie das Gesetz über die eventuelle Pfarrerwahl durch die Gemeinden und über die Verwaltung des Gemeindekirchenvermögens. Auch auf diesem letzteren Gebiete ist Ihnen damals bei der Berathung des Gesetzes des Breiteren nachgewiesen worden, zu welcher Schädigung der Gemeindeinteressen und des Gemeindekirchenvermögens die früheren anarchischen Zustände, die

Sie Kirchenfreiheit nennen, geführt haben. Meine Herren, es liegt mir daran, diese Seite unserer Maigesetze hier noch einmal zu betonen und ein für alle Mal solche Behauptungen zurückzuweisen, wie sie neulich der Herr Abgeordnete Windthorst (Meppen) gegenüber meinem verehrten Freunde Dr. Petri ins Feld geführt hat, es stehe nach einer Aeusserung des Collegen Petri klar vor der Welt da, dass unser Culturkampf keinen anderen Zweck habe, als die Vernichtung Roms und folglich der katholischen Kirche. Nein, meine Herren, an einen solchen Zweck hat bei diesem Kampfe auf unserer Seite kein Mensch gedacht, (Widerspruch im Centrum) nicht der Cultusminister, nicht ein Mitglied unserer Majorität. Worauf wir ausgegangen sind, das war nicht die Vernichtung Roms, sondern das war die Vernichtung jener allerorten auftretenden Uebergriffe Roms in das Staatsgebiet; das denke ich, ist ein Unterschied, meine Herren. Wenn der Abgeordnete Windthorst (Meppen) sagte, es hat niemals eine katholische Kirche ohne einen Papst gegeben, nun so lässt sich von der historischen Seite, — wenn ich mich recht erinnere, hat er in jener Rede zwei Mal an mich als Historiker appellirt, ich darf also wohl auch von diesem Standpunkt etwas sagen — nun, meine Herren, vom historischen Standpunkt aus lässt sich ja gegen jenen kategorischen Satz mehr als eine Einwendung erheben. Der Historiker weiss nichts von einem Bischof Petrus in Rom; (Lachen im Centrum) in dem neuen Testament, in den ersten Briefen des Apostels Petrus selbst ist zu lesen, dass der Apostel sich den Mitältesten der andern Aeltesten nennt, und bekanntlich war damals in der apostolischen Zeit der Titel »Aeltester« vollkommen gleichbedeutend mit dem Titel »Aufseher,« »Presbyter« und »Episcopus,« und der Apostel bemerkt an dieser Stelle sehr ausdrücklich, dass die Aeltesten nicht eingesetzt sind, um zu herrschen, sondern um durch gutes Beispiel zu wirken. Meine Herren, ich lasse dahingestellt, ob sie in diesem Satze bereits eine Bestätigung des Wortes des Herrn Abgeordneten Windthorst erblicken, dass die katholische Kirche niemals existirt hat ohne einen herrschenden Papst. — Indessen ich lasse diese historische Frage dahingestellt: soviel aber ist sicher, wenn wir im praktischen Sinne den Satz keineswegs leugnen, dass die katholische Kirche in ihrem weiteren Wachsthum sehr bald auch die Stellung des Papstthums entwickelt hat, so ist es doch vollkommen sicher, dass die katholische Kirche Jahrhunderte existirt hat, ohne einen die Staaten beherrschenden Papst, ohne einen Papst, der den Anspruch erhob, seine Gesetzgebung stehe höher als die Gesetzgebung der Staaten. Meine Herren, im 5. Jahrhundert hat ein

Papst an seinen römischen Kaiser sehr devot geschrieben, dass der Kaiser die Quelle der Orthodoxie und der unfehlbare Richter des Glaubens sei. Also, meine Herren, wir denken nicht daran, irgend einen stürmenden Angriff auf die Existenz der katholischen Kirche und des katholischen Glaubens zu machen; und das Gesetz über den kirchlichen Gerichtshof hat ebenso wenig wie das Gesetz über die Anstellung der Pfarrer einen solchen Sinn, einen solchen Zweck jemals gehabt. Wir wünschen, wie der Herr College Windthorst (Meppen), den Frieden auf den Grundlagen des alten Zustandes. Meine Herren, es kommt nur darauf an, dass wir uns verstehen, welchen alten Zustand wir wieder hergestellt zu sehen wünschen. (Rufe: Ja! im Centrum.)

Wir auf dieser Seite des Hauses — ich glaube das ohne Widerspruch meiner politischen Freunde sagen zu können — wir wünschen allerdings nicht die Zugeständnisse der *jüngsten* Vergangenheit: ich meine die Zeit von 1840—60; diese Zustände, wie sie uns die Ministerien Eichhorn und Raumer geschaffen haben, wie sie durch die katholische Abtheilung dieses Ministeriums ausgearbeitet worden sind — was wir wünschen, das sind die Zustände, wie sie vor 1840 im Preussischen Staate ununterbrochen existirt haben, und wie sie einst Papst Pius VII. als wunderwürdige Concession König Friedrich Wilhelms III. bezeichnet hat.

Abg. Dr. *Roeckerath*: Meine Herren! Es ist ja bekannt, dass wir den Wünschen des Herrn Abgeordneten Dr. v. Sybel am meisten entsprechen würden, wenn wir den Cultusetat einfach en bloc annähmen. Wenn aber der verehrte Herr mir vorgeworfen hat, dass ich in meinen Ausführungen die Langmuth des Hauses gemissbraucht habe, so möchte ich doch fragen, was hat er denn gethan? (Sehr richtig!)

Was hat seine Ausführung mit diesem Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten zu thun? Wenn uns der Herr Cultusminister erklärt, dass er überhaupt auf unsere Anfragen nicht oder nur sehr selten antworten würde, so kann mir das ja unangenehm sein; wenn ich aber die Ausführungen des Herrn Dr. v. Sybel damit vergleiche, so muss ich sagen, Reden ist Silber, Schweigen Gold. (Sehr richtig!)

Ich begreife in der That nicht, wie der Herr Dr. von Sybel dazu kommen kann, mir Vorwürfe zu machen, während er uns langathmige Deductionen hält über Jesuiten, über Franzosen und über Spanier. Damit haben wir es gegenwärtig nicht zu thun; sondern wir beklagen uns darüber, dass wir uns in unserem Gewissen gekränkt

fühlen durch die Einrichtung, die Sie *hier*, in unserem Lande, getroffen haben, die Sie unterhalten wollen mit unsern Steuern. Der Herr Dr. v. Sybel glaubt, mir Vorhaltungen zu machen, dass ich die Etatsberathung missbrauche. Meine Herren, ich habe mit einem budgetmässigen Satze geschlossen. Ich wünsche, wenn Sie denn einmal einen solchen Spruchgerichtshof haben wollen, als welcher sich der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten qualificirt, dass Sie ihn billiger beschaffen. Namentlich mit Rücksicht auf die kommende Gerichtsorganisation wünsche ich, dass Sie sich dann eine Einrichtung machen, die uns nicht 38,900 Mark kostet. Uns ist es ganz gleichgültig, wie Sie das machen. Das, was der Gerichtshof thut, ist in unserer Auffassung nichts, als eine Formalität, die für uns eigentlich auch weiter keine Bedeutung hat. Was wir hier bei den Etatsberathungen hauptsächlich erstreben und zu thun haben, ist, dass wir Ihnen an der Hand der Thatsachen nachweisen, dass die kirchenpolitische Gesetzgebung zu Zuständen führt, die im Interesse des Staats nicht länger gehalten werden können. Wenn Herr Dr. v. Sybel soeben mit vieler Emphase von Gesetzwidrigkeit, von einem renitenten Bekämpfen der Gesetze spricht, dann möge er bedenken, mit welchen Elementen im Volke er es zu thun hat. Gerade in der Centrumspartei finden Sie mehr als in irgend einer andern Partei Elemente der Ordnung vertreten, die in Zeiten der Krisis immer den Staat gerettet haben. Meine Herren, nicht nur im Jahre 1848, sondern immer, wenn der Staat in Gefahr steht, dann sind die Männer der Centrumspartei da und treten für den Staat ein. Es handelt sich nur um wenige Gesetze, bezüglich deren wir öffentlich erklären, dass wir dagegen anzukämpfen uns im Gewissen verpflichtet fühlen, da meine ich, ist die Sache doch in der That etwas anders aufzufassen. Wir erkennen ja auch an, dass diese Gesetze verfassungsmässig zu Stande gekommen sind. Aber, meine Herren, wir wollen Ihnen durch Anführung von Thatsachen beweisen, dass, indem Sie bei dem Zustandekommen dieser Gesetze mitgewirkt haben, Sie von ihren verfassungsmässigen Rechten nicht den richtigen Gebrauch gemacht haben, sondern es sich dabei um einen Missbrauch der verfassungsmässigen Rechte gehandelt hat, und wir ersuchen Sie, diesen Missbrauch zu redressiren. (Bravo!)

Abg. Graf *Bethusy-Huc:* Ja, meine Herren, Sie haben gesehen, dass ich selbst für den Schluss gestimmt habe, und Sie können mir bezeugen, dass ich mich bisher in diesem Culturkampfe nicht nur in diesem Jahre, sondern schon durch eine Reihe von Jahren still verhalten habe, weil ich in der That jeden Anlass gern

vermeide, bei dem ich in die Versuchung kommen kann, werthgeschätzten Mitbürgern, wenn auch augenblicklich Gegnern, doch solchen Leuten, von deren innerem Patriotismus ich auch da überzeugt bin, wo sie den objectiven Patriotismus in meinen Augen zu verletzen scheinen, wehe zu thun. Meine Herren, ich kann im Namen meiner Partei die Versicherung abgeben, welche der Abgeordnete v. Meyer neulich im Namen seiner Partei abgegeben hat, dass auch wir des Culturkampfes satt sind, dass wir ihn tief beklagen, ich füge aber hinzu, nicht im Sinne des Herrn Abgeordneten v. Meyer sind wir desselben satt, sondern, meine Herren, wir haben uns die Consequenzen, die wir heute vor uns sehen, an dem Tage klar gemacht, an welchem wir in denselben eingetreten sind. Glauben Sie denn, meine Herren, dass wir uns der Schwere der Lage im Jahre 1871, als wir den ersten Schritt auf diesem Wege der Regierung folgten, nicht bewusst waren? Glauben Sie denn, dass wir dem Volke Preussens die Reife zutrauten, dass es die feine Unterscheidung machen könnte zwischen Gewissensfragen und Fragen staatlichen Rechtes. Nein, meine Herren, hätten wir den Kampf vermeiden können, dann, versichere ich Sie, hätten wir ihn vermieden, und fern von uns war die Ansicht, welche der Herr v. Meyer neulich aussprach, dass wir in einen Kampf der Confession eintraten. Glauben Sie denn, dass wir uns einbildeten, wir könnten 8 Millionen Katholiken in unserem Vaterlande vernichten? Glauben Sie, dass, wenn wir es gekonnt hätten, wir es gewollt haben würden? Glauben Sie denn, dass die Uebergriffe der evangelischen Kirche — sehen Sie auf die Geschichte unseres Vaterlandes zurück — nicht denselben Widerstand in uns hervorgerufen haben, wie die Widerstände der katholischen Kirche? Ich habe bei einer früheren Gelegenheit Ihnen gesagt: »Ich habe meine Confession für mich und nicht für Sie,« und so lange ich die Ehre haben werde, in diesem Parlament zu sitzen, werde ich für mich draussen sein, was ich bin; hier nicht Protestant, nichts Anderes, einfach Staatsbürger. Sie haben uns gesagt, und im Anschluss an diese Etatsposition hat das der Abgeordnete Roeckerath heute wieder vorgeführt, er sähe in dem kirchlichen Gerichtshofe die Krönung der Maigesetze, und führte aus, dass die kirchliche Gesetzgebung das Ziel verfolge, Rom zu vernichten. Der Abgeordnete v. Sybel hat Ihnen schon gesagt, wie wenig das in unserer Absicht liegen konnte. Ich wiederhole, wir wussten, dass wir es nicht konnten, und hätten wir gekonnt, nicht wollen dürfen. Niemals würde es uns in den Sinn kommen, den Mitgliedern der katholischen Kirche das Recht zu bestreiten, ihre höchste Gewissens-

direction sich daher zu holen, wo sie sie nach dem Glauben ihrer Kirche zu holen haben; wohl aber werden wir der römischen Curie niemals das Recht zugestehen können, ihrerseits die Grenze festzustellen, welche zwischen den Vorschriften des Dogmas und der Sitte und den Vorschriften des öffentlichen Rechtes gezogen sind. Dass die Herrschaft auch in ausserkirchlichen Angelegenheiten seitens der römischen Curie nicht nur in älterer Zeit factisch angemasst worden ist, sondern dass diese Anmassung bis in die neueste Zeit fortbestanden hat, dafür, meine Herren, werden Sie mir erlauben, Ihnen kurze Belege aus der Encyklika und dem Syllabus vorzulesen. (Unruhe im Centrum.)

Ja wohl, meine Herren, Sie kennen auch alle Dinge, die ich Ihnen sagen kann und sagen werde. Sie haben alles das schon hundertmal gehört und trotzdem fahren Sie fort, sich aufzulehnen gegen die Gesetze dieses Landes unter dem Vorwande, dass Sie in Ihrem Gewissen verletzt seien und dass von einem Kampf der Macht gegen die Macht, von einer Herrschaft der römischen Curie im preussischen Staate und deutschen Reich überhaupt nicht die Rede sei. Erlauben Sie mir also einfach — ich werde sehr kurz sein — Ihnen einige Stellen vorzulesen. Es heisst in der Encyklika in der Ausgabe die mir vorliegt, auf Pagina 6: (Unruhe im Centrum: welche Ausgabe?)

»Cöln, Druck und Verlag von Bachem.« (Abgeordneter Bachem: Die ist echt!)

Ich weiss nicht, ob dieser Bachem mit unserm Herrn Collegen etwas zu thun hat.

> Kraft einer ebenso falschen Auffassung der Leitung der Gesellschaft stehen sie,

das heisst die als solche bezeichneten Irrlehrer

> nicht an, diese irrige Meinung, welche der katholischen Kirche und dem Heile der Seele sehr nachtheilig ist und übrigens von Unserm Vorgänger ehrwürdigen Andenkens Gregor XVI. als ein *Wahnwitz* bezeichnet wurde, zu begünstigen, dass nämlich »die Freiheit des Gewissens und des Cultus das heiligste Recht eines jeden Menschen sei, ein Recht, welches durch das Gesetz in jedem wohlconstituirten Staate verkündigt und geschützt werden müsse, und dass die Bürger ein Recht besitzen, mit einer gänzlichen, weder durch die geistliche, noch durch die bürgerliche Autorität zu beschränkende Freiheit ihre Ueberzeugungen, welche sie auch seien, durch Worte oder durch die Presse, oder durch andere Mittel kund zu geben und zu erklären.«

Das also, meine Herren, wird als ein Wahnwitz bezeichnet, was wir als das Grundrecht eines jeden preussischen Staatsbürgers (Oho! im Centrum) anerkennen.

Es heisst ferner im Syllabus:

Die Kirche ist keine wahre und vollkommene völlig freie Gesellschaft und besitzt nicht ihre eigenen und beständigen, von ihrem göttlichen Stifter ihr verliehenen Rechte, sondern es ist die Sache der Staatsgewalt zu bestimmen, welches die Rechte der Kirche und welches die Schranken seien, innerhalb der sie diese Rechte ausüben könne. (Sehr richtig! im Centrum.)

Das wird verurtheilt.

Weiter wird verurtheilt folgender Satz:

Die Kirchengewalt darf ihre Autorität nicht ohne Erlaubniss und Zustimmung der Staatsgewalt ausüben.

Sie darf sie *also ohne Erlaubniss und Zustimmung der Staatsgewalt* ausüben und dazu haben die Herren »sehr richtig« gerufen, ich constatire das. (Rufe im Centrum: Gewiss, das verlangen wir!)

Weiter: Die Kirche hat nicht die Macht, Gewaltmittel anzuwenden, noch irgend eine directe oder indirecte zeitliche Gewalt.

Die Kirche hat also nach ihrer Ansicht das Recht, Gewalt anzuwenden. (Sehr richtig! im Centrum.)

Ja, dieser Satz wird als Irrthum verdammt.

Weiter:

Ausser der dem Episcopat inhärirenden Gewalt gibt es noch eine andere zeitliche, welche vom Staat ausdrücklich oder stillschweigend verliehen ist und daher von der Staatsregierung nach Belieben zurückgenommen werden kann.

Dieser Satz wird verurtheilt.

Weiter: Die Diener der Kirche und der Papst sind von aller Leitung und Herrschaft über weltliche Dinge ganz auszuschliessen.

Sie sind also nicht von der Herrschaft über weltliche Dinge auszuschliessen. (Rufe im Centrum: Ganz!)

Sie machen also einen Anspruch auf einen Theil der weltlichen Herrschaft. (Widerspruch im Centrum.)

Weiter: Die Staatsgewalt hat, auch wenn sie von einem ungläubigen Fürsten ausgeübt wird, ein indirectes negatives Recht in den religiösen Dingen, sie hat also nicht nur das Recht des Exequatur, sondern auch das Recht der sogenannten appellatio ab abusu. (Unruhe.)

Weiter: Meine Herren, ich habe nur noch drei Sätze: — Könige und Fürsten sind nicht nur von der Jurisdiction der Kirche ausgenommen, sondern stehen auch bei Entscheidung von Jurisdictionsfragen höher als die Kirche.

Könige und Fürsten stehen also, nachdem dieser Satz verdammt ist, unter der Jurisdiction der Kirche. (Rufe im Centrum: Natürlich! In Bezug auf geistliche Handlungen.)

Weiter: Die Kirche ist vom Staat, der Staat von der Kirche zu trennen.

Dieser Satz wird verurtheilt, während der Herr Abgeordnete Windthorst, wenn auch nur in eventum sich nicht scheut diesen von Rom verurtheilten Satz als seine Meinung auszusprechen.

Weiter: In unserer Zeit ist es nicht mehr nützlich, dass die katholische Religion unter Ausschluss aller anderen Culte als einzige Staatsreligion gelte.

Es ist also noch nützlich, dass die katholische Kirche als einzige Staatsreligion gelte, und dies wird publicirt in dem paritätischen Staate Preussen. (Rufe im Centrum: Für Preussen nicht!)

Die Ausnahmen finde ich nicht in dem vorliegenden Buch.

Weiter: Es ist daher zu loben, dass in gewissen katholischen Ländern gesetzlich verordnet ist, dass den Einwanderern die öffentliche Ausübung ihres Cultus, welcher er auch sei, gestattet sein solle.

Diese Ausübung ihres Cultus soll den Einwanderern nicht gestattet sein. (Ruf im Centrum: Mormonen!)

Meine Herren, das sind Grundsätze, die uns allerdings berechtigt haben würden, jedes und alles Pactiren mit Rom von uns abzuweisen. Was aber hat die Preussische, die Deutsche Regierung gethan, ehe sie zu den Maigesetzen überging? Sie hat sich zum Pactiren mit dem obersten Seelenhirten einer grossen Anzahl ihrer Unterthanen in der formellsten Weise herbeigelassen, sie hat einen Botschafter beim heiligen Stuhl ernannt; nachdem die weltliche Souveränetät desselben aufhörte, hat er in den Augen der Preussischen und Deutschen Reichsregierung nicht minder souveraine persönliche Attribute gehabt. Diese Ernennung des Botschafters ist von der andern Seite abgelehnt.

Meine Herren, was hätte pactirt werden können? Es hätte nur pactirt werden können über die Grenzen der staatlichen und kirchlichen Gewalt auf äusserem Rechtsgebiet, vorausgesetzt, dass die Unterthanen des Preussischen Staats katholischer Confession vor allen Dingen den Fundamentalsatz jeder Staatsangehörigkeit: Unter-

ordnung unter das Gesetz! — anerkennen. Aber, meine Herren, die Zustimmung von Rom nachsuchen oder nur mit Rom in Verhandlung treten über Rechtsverhältnisse *auflehnender* Unterthanen — das kann kein Staat jemals nur versuchen, ohne sich selbst das Todesurtheil zu sprechen. Sowie sich die Herren den Gesetzen pure unterwerfen, das heisst ihre Verpflichtung, ihnen zu folgen, pure anerkannt haben, dann, meine Herren, werden wir die Forderungen erwarten, die Sie bezüglich der Gesetze im Einzelnen an uns zu stellen haben.

Nun komme ich auf einen anderen Punkt. Es ist so viel und so oft von den verschiedensten Seiten das Wort »Revision der Maigesetzgebung« ausgesprochen. Diejenigen Ihrer verehrten Genossen, welche die Gewohnheit haben, sich unumwunden auszudrücken, wie der letzte Herr Redner, haben von einer solchen Revision nichts wissen wollen, sondern haben bei dem Gesetze, welches die hier vorliegende Etatsposition bildet, und die er als die Krönung der Maigesetzgebung, wie ich zugebe, mit Recht ansieht, einfach die Abschaffung dieses Gerichtshofes und Aufhebung der Maigesetze verlangt.

Meine Herren, das nennen Sie »Frieden wollen!« Wenn Sie uns eine Revision zumuthen und uns nicht blos keine einzelnen Punkte nennen, in welchen Sie sich beschwert fühlen, sondern einfach die Aufhebung der ganzen Gesetze verlangen, so ist es eine etwas kindliche Anmuthung, dass wir auf eine solche Proposition uns ernstlich einlassen sollen.

Ich wiederhole, meine Herren, ich hätte in der That lieber geschwiegen (Sehr richtig! im Centrum) und verspreche es auch in Zukunft zu thun. Ich glaube, dass die Stellung, welche die Partei, der ich anzugehören die Ehre habe, gegenüber dem Ministerium Bismarck-Falk und gegenüber dem Culturkampf einnimmt, — ich nenne nur die beiden Herren, weil sie in dieser Frage nur competiren, ich würde sonst noch andere Namen nennen — genügend bekannt war, um mich von irgend einer Expectoration hier zu entbinden; dem Lande und den Unkundigen gegenüber aber glaube ich doch, dass eine Stellungnahme an diesem Ort . . . . (Ruf im Centrum: Homöopathisch!) — Ich verstehe das nicht ganz. (Heiterkeit.)

Ich wiederhole, dass wir mit dauernder Unlust mit entschiedenem tiefem Unbehagen über die Nothwendigkeit, unsere Mitbürger zu verletzen, diesen Kampf vom ersten Augenblick an geführt haben, dass wir aber entschlossen sind, ihn bis zu Ende zu führen, und dass

wir dieser Revision gegenüber uns die Frage vorlegen müssen, die ich mir vorgelegt habe: was ist denn Revision? Was ist denn das, wodurch sich die Herren, wenn sie nicht böser Wille und Herrschsucht auf die Arena führt, in ihrem inneren Gewissen verletzt fühlen?

Ich habe mir die Gesetze noch diesen Morgen — die ganzen Gesetze, zehn an der Zahl — durchgesehen und habe gefunden, dass ich einen einzigen Zusatz zu machen hätte, den Zusatz zu Gunsten der Sterbesacramente, die bei den geistlichen Amtsfunctionen, den nicht legitimirten Priestern untersagt sind, — die nicht ausgenommen worden und vielleicht hätten ausgenommen werden können und sollen. Ich will mich darauf nicht des Näheren einlassen, ich bin mit meinem Gefühl mit dem Herrn Abgeordneten v. Jaździewski darüber einig, in allen übrigen Punkten aber habe ich keinen anderen Druck einer Kette gesehen, als den Druck, welcher entstehen musste durch den Widerstand, welchen die Herren gegen die Schranken, die ihnen gesetzt werden mussten, selbst herbeigeführt. Fügen Sie sich den Gesetzen gegenüber, meine Herren, den äusseren Formen der Gesetze, zum Beispiel, machen Sie die Anzeige bei einem Türken oder bei einem Heiden, wenn Sie einen Ihrer Todten begraben lassen wollen auf einem christlichen Kirchhof, so wird Ihr Gewissen ebensowenig, aber auch nicht weniger verletzt sein, als wenn Sie diese Anzeige bei einem in Ihren Augen nicht rite angestellten Priester machen, vermeiden Sie den Kampf, vermeiden Sie die Widersetzlichkeit, und dann wird Ihr Gewissen und Ihr Cultus vollständig frei werden. Es sind nur drei Gesetze, meine Herren, die sich von dem eigentlich staatsrechtlichen Gebiet entfernen, und den Charakter von Kampfgesetzen angenommen haben, und gerade in diesen drei Gesetzen wird weder die Deutsche Reichsregierung, noch die Preussische Staatsregierung jemals nachgeben können, das ist das Klostergesetz, das Kanzelparagraphgesetz, letzteres vollständig auf dem Boden strengsten staatsmännischen Rechtsstandes, und das Jesuitengesetz. Das erste und dritte sind Gesetze der Nothwehr in dem grossen Kampfe, von dem der Staat niemals zurücktreten wird und kann, in allen übrigen Punkten aber, wo er sich lediglich auf dem Gebiete bewegt, declaratorisch den früher seit Jahrhunderten in Preussen geltenden Rechtsstand wieder herzustellen, welcher durch missbräuchische Praxis vorangegangener Ministerien zertreten und zerfetzt worden war, in diesen erwarten wir Ihre Anträge auf Revision, und sind gewärtig, dass Sie uns wenig oder gar keinen Paragraphen nennen können, in denen die Gesetze Ihr Gewissen wirklich beschweren. Im

Uebrigen, soweit Sie mich nicht durch persönliche Angriffe zur Abwehr zwingen, bin ich gewillt, das früher beobachtete Schweigen im Culturkampf fortzusetzen, aber ebenso unablässig die correcten Handlungen der Staatsregierung in diesem durch meine Handlungen nach wie vor zu unterstützen.

Abg. Freiherr *v. Hammerstein:* Meine Herren, ich möchte geschäftsordnungsgemäss dem Herrn Vorredner constatiren, was ihm wahrscheinlich entgangen ist, dass beim Beginn der Sitzung die Beurlaubung des Abgeordneten v. Meyer wegen dringender amtlicher Geschäfte bekannt gegeben ist. Ich zweifle nicht, dass, wenn Herr v. Meyer hier wäre, er auf den Angriff des Herrn Abgeordneten Grafen Bethusy-Huc antworten würde; ich zweifle nicht einen Augenblick, dass er seine Divergenz mit den Ansichten des Abgeordneten Grafen Bethusy-Huc einfach daraus erklären würde, dass er nicht im Stande ist, wie Herr Graf Bethusy-Huc, das thun zu können, implicite erklärte, seine religiöse und confessionelle Ueberzeugung beim Eintritt in dieses Haus auszuziehen wie einen Rock und beim Verlassen wieder anzuziehen.

Präsident: Herr Abgeordneter v. Hammerstein, diese Ausdrucksweise war sehr wenig parlamentarisch und noch weniger war sie zur Geschäftsordnung gehörend.

Abg. Graf *Bethusy-Huc*: Auf die letzte Bemerkung zu antworten, hat der Herr Präsident mir erspart, ich habe also nur meinerseits zu constatiren, dass ich beim Beginn der Sitzung nicht anwesend war, von der Abwesenheit des Herrn v. Meyer keine Kenntniss hatte, andererseits würde ich entweder gar nicht oder in anderer Weise über Herrn v. Meyer gesprochen haben.

Präsident: Das war eine *persönliche* Bemerkung, die besser am Schluss der Discussion ihre Stelle gefunden hätte.

Jetzt hat der Abgeordnete Hildebrand den *Schluss der Discussion* beantragt. Diejenigen, welche den Antrag unterstützen wollen, bitte ich, aufzustehen. (Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Auf der Rednerliste sind noch eingetragen folgende Herren: die Abgeordneten Dr. v. Sybel, Dr. Virchow, Dr. Franz, Dr. Roeckerath und Freiherr v. Schorlemer-Alst.

Diejenigen, welche jetzt die Discussion schliessen wollen, bitte ich aufzustehen. (Geschieht.)

Das Bureau ist einig, dass die jetzt Stehenden die Majorität bilden, *die Discussion ist geschlossen.*

Zu einer persönlichen Bemerkung hat der Abgeordnete Roeckerath das Wort.

Abg. Dr. *Roeckerath*: Meine Herren! Der geehrte Herr Vorredner hat in seinen Ausführungen in Beziehung auf mich von einer kindlichen Anmuthung gesprochen, die an die Majorität des Hauses gestellt würde, die Maigesetze zu revidiren. Ich muss gestehen, ich bin sehr im Zweifel darüber, ob die kirchenrechtliche Lection, die uns der Herr Vorredner über Encyklika und Syllabus gehalten hat, ihn berechtigt, meine Ausführung als *kindliche* Anmuthungen zu bezeichnen. Was aber die Sache selber betrifft, so muss ich erklären, dass der Herr Vorredner mich vollständig missverstanden hat. Ich habe mit keinem Wort davon gesprochen, dass alle Bestimmungen der Maigesetze abgeschafft werden müssen, ich habe hier einfach erklärt, dieser Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten muss abgeschafft werden, wenn man Frieden haben will; die Krönung des Gebäudes darf nicht bestehen bleiben. Im übrigen aber bin ich derselben Ansicht, die von vielen Mitgliedern derjenigen Fraction, zu welcher ich gehöre, geäussert worden ist: wenn mit den berechtigten Behörden unterhandelt wird, so wird man in der Maigesetzgebung manche Bestimmungen finden, die beibehalten werden können.

Abg. Dr. *v. Sybel:* Der Herr Abgeordnete Roeckerath muss meine Ausführungen, die ich, wie ich glaube, deutlich genug gegeben habe, doch gänzlich missverstanden habe. Denn in seiner Erwiderung sagt er, ich hätte die Weitschweifigkeit oder das Nichtbeidersachebleiben in seinen Erörterungen im Auge gehabt, als ich von Langmuth des Hauses sprach. Ich habe an derartige Dinge gar nicht gedacht, als ich die Langmuth dieses Hauses als eine beispielslose bezeichnete, sondern ich habe lediglich das Eine im Sinne gehabt, dass in den Reden seiner geehrten Collegen nur zu häufig offener Appell an die Gesetzlosigkeit und Gesetzwidrigkeit vorkommt und dass eine solche Verletzung unserer Verfassungsrechte nach meinem Dafürhalten nicht innerhalb der Grenze der parlamentarischen Redefreiheit liegt.

Präsident: Was den letzten Punkt anbelangt, so erlauben Sie, Herr Abgeordneter v. Sybel, dass ich als Vorsitzender des Hauses darüber zu befinden habe.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat der Abgeordnete Windthorst (Meppen) das Wort.

Abg. *Windthorst* (Meppen): Zunächst danke ich dem Herrn Präsidenten, dass er mich überhoben hat, eine persönliche Bemerkung gegen den Herrn Abgeordneten v. Sybel zu machen.

Dann aber muss ich dem Herrn Grafen Bethusy in persönlicher

Bemerkung etwas erwidern. Leider bin ich durch den Schluss der Debatte verhindert, ihm auf der Excursion in die Encyklika zu folgen, ich würde sonst in der Lage sein, ihm nachzuweisen, dass alle die Sätze, die er hervorgehoben hat, *von allen vernünftigen Menschen getheilt werden*, (Oho!) auch von dem Herrn Grafen Bethusy, davon bin ich überzeugt, wenn ich ihm das richtige Verständniss darlegen würde. Ich habe aber einen speciellen Satz heraus zu heben, rücksichtlich dessen er mich als Ketzer denuncirt hat. Er hat gesagt, in der Encyklika sei der Satz von der *Trennung der Kirche vom Staat* verworfen, und dennoch appellire ich an diesen Satz. Nun, meine Herren, der Satz in der Encyklika sagt, richtig verstanden: die Behauptung, dass die Trennung der Kirche vom Staate das absolut und allein Richtige sei, sei irrig. Ich bin nun auch durchaus der Meinung, dass diese Trennung an sich kein guter und gesunder Zustand ist, dass vielmehr der richtige Zustand darin besteht, dass die Kirche und der Staat im Frieden gemeinsam und zusammenwirken. Aber wenn man aus diesem gesunden Zustande einer correcten, ich möchte sagen, göttlich eingerichteten Ehe vollständig herausgerathen ist, wenn der Streit vom Staat gegen die Kirche so geführt wird, wie er jetzt geführt wird, dann ist aus *Nothstands*rücksichten zeitweilig die Trennung der Kirche vom Staate geboten, wie dies auch in anderen Staaten, zum Beispiel in Amerika stattfindet. Nur dies habe ich behauptet und behaupte ich nochmals.

Ich bin also kein Ketzer, Herr Graf Bethusy! (Heiterkeit.)

Abg. Graf *Bethusy-Huc:* Wenn der Abgeordnete Windthorst sich berechtigt glaubt in einzelnen Punkten aus Veranlassung besonderer concreter Verhältnisse von den durch die römische Curie ertheilten Vorschriften abzuweichen, so habe ich meinerseits nur den Wunsch, dass er diese Abweichungen unter den gleichen Bedingungen auf mehrere Punkte ausdehnt.

Was den Abgeordneten Roeckerath anlangt, so bin ich gewohnt ihn mit den Herren seiner Partei so untrennbar zusammenhängend zu finden, dass ich in der That annehmen musste, die von anderen Mitgliedern dieser Partei häufig ausgesprochene Forderung der Aufhebung der Maigesetze sei auch die seinige, zumal er dasjenige aufgehoben wissen wollte und ausdrücklich diesen Willen erklärte, von dem er selbst behauptet, dass es die Krone und Quintessenz der ganzen Gesetzgebung sei.

Abg. *Windthorst* (Meppen): Der Herr Graf Bethusy hat offenbar den ersten Theil meiner Sätze nicht verstanden, und ich begreife das, da er sehr beschäftigt war. Ich habe ja ausdrücklich

erklärt, wie dieser Ausspruch der Encyklika zu verstehen sei, und ich habe die Ueberzeugung, dass Niemand mir in der richtigen Auslegung, wie ich sie gegeben habe, widersprechen wird, und danach liegt gerade in dem Satze der Encyklika das, was ich gesagt habe.

Wenn doch der Herr Abgeordnete die Güte haben möchte, die Sache gründlich zu lesen! (Oho!)

Ich will übrigens nicht weiter . . . . . (Graf Bethusy-Huc erhebt sich. Heiterkeit.)

Präsident: Herr Abgeordneter, wollen Sie noch fortfahren?

Abg. *Windthorst* (Meppen): — Ich weiss gar nicht, warum die Herren lachen. —

Will der Herr Graf sich über diese Dinge weiter unterhalten, so bin ich zu jeder Zeit dazu bereit; auch will ich ihm ganz lehrreiche Schriften geben, aus denen er sich unterrichten kann. Hier würde das zu weit führen, und jedenfalls kann ich die Unterhaltung nicht weiter führen *in einer persönlichen Bemerkung.*

Abg. Dr. *Roeckerath:* Meine Herren! Ich hatte allerdings gemeint, dass der Abgeordnete Graf Bethusy das Epitheton »kindlich« nur auf mich bezogen habe, weil er sich speciell an mich gewandt hatte. Wenn er aber, wie er jetzt erklärt, die kindliche Anmuthung in Bezug auf die ganze Fraction, der ich die Ehre habe anzugehören, bezogen hat, dann bedaure ich ihn noch mehr. (Heiterkeit.)

Abg. Graf *Bethusy-Huc:* Meine Herren! Ich halte es nicht für meine Aufgabe, die Reihe der persönlichen Bemerkungen zu verlängern, aber ich erlaube mir blos zu verlesen. Der Satz heisst: . . .

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bedauere, dass ich eine weitere Interpretation über den Syllabus oder die Encyklika nicht zulassen kann.

Bei Gelegenheit einer persönlichen Bemerkung wenigstens ist das nicht möglich.

Abg. Graf *Bethusy-Huc:* Dann constatire ich nur, dass der Abgeordnete Windthorst den Satz nicht richtig citirt hat, den ich verlesen habe und nochmals verlesen wollte.

Abg. *Dauzenberg:* Ich habe auch in diesem Hohen Hause die Ansicht der Nothwendigkeit der Trennung der Kirche vom Staat unter den augenblicklichen Verhältnissen vertreten; ich hatte aber nicht den Muth, in einer persönlichen Bemerkung dem Herrn Grafen Bethusy-Huc gegenüber zu antworten auf seine Deductionen. Nachdem aber der College Windthorst zugelassen ist zu dieser Deduction, so habe ich weiter nichts . . . .

Präsident: Herr Abgeordneter Dauzenberg, ich würde dies zu-

gelassen haben in einer persönlichen Bemerkung, wenn ihre Person in die Discussion hineingezogen wäre. Das ist bei Ihnen, wie Sie selbst anerkennen, nicht der Fall gewesen; wohl aber war es der Fall bei dem Abgeordneten Windthorst in Folge der direct gegen den Abgeordneten Windthorst gerichteten Ausführungen des Abgeordneten Grafen Bethusy-Huc, und desshalb habe ich dem Abgeordneten Windthorst diese eine Erläuterung der nach seiner Meinung falsch verstandenen Aeusserung verstattet.

Jetzt nimmt Niemand weiter das Wort zur persönlichen Bemerkung. (Heiterkeit.)

[Der Etatstitel wurde hierauf von der Majorität angenommen.] Wir übergehen die sodann folgende Berathung des Cap. 115. betr. den *evangelischen Oberkirchenrath.* Nach dieser folgte die Berathung des Cap. 118. betr. *katholische Bisthümer.*

Abg. Dr. *Franz:* Meine Herren! Sie werden uns das Zeugniss geben, dass wir uns in die Angelegenheiten die Sie eben behandelt haben, in die Angelegenheiten der *evangelischen Kirche* nicht eingemischt haben, ich kann nur wünschen, dass Sie in Gleichem sich in unsere Angelegenheiten *nicht* mischen.

Capitel 118. des Etats enthält diejenigen Leistungen, welche der Staat für die katholischen Bisthümer und deren Institute ausgeworfen hat, zum Theil auf Grund der Bulle de salute animarum, einer Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhle. Das Gesetz vom 22. April 1875 hat diese Leistungen gesperrt, hat sie gesperrt aus Motiven auf die einzugehen, ich nach der Geschäftsordnung das Recht hätte, auf die ich aber nur so weit eingehen will, als ich vorhin durch verschiedene Aeusserungen des Herrn Vorredners provocirt worden bin. Meine Herren, der Herr Abgeordnete v. Sybel hat vorhin Veranlassung genommen, gegen den Herrn Collegen Dr. Roeckerath in einer Weise zu polemisiren, die mich in der That in Staunen gesetzt hat. Der Herr Abgeordnete v. Sybel erklärt unser Parteiverhalten gegenüber der Staatsregierung für »beispiellos.« Nun, Herr v. Sybel, ich möchte Sie fragen, werden Sie uns denn nicht zugestehen, dass das Verfahren der Königlichen Staatsregierung, dass die Gesetze welche gegen uns erlassen sind, wie Herr Dr. Petri neulich zugestanden hat, erlassen sind »zur Vernichtung Roms,« dass diese »beispiellos« in der Geschichte sind? (Ruf: Nein.)

Es wird hier gerufen: Nein. Ich gebe ja gerne zu, dass es nicht Gesetze sind, wie *Heinrich VIII.* sie erlassen hat oder die *jungfräuliche Königin Elisabeth*, auch nicht wie Diocletian. Ja, meine Herren, wenn der Herr v. Sybel in diesem für uns einen Trost

findet, so ist das für uns allerdings ein Zeichen, dass man von der Seite, die Herr v. Sybel vertritt, auch weiter zu gehen keine Scheu haben würde! Herr v. Sybel hat uns ferner den ungeheuer schweren Vorwurf gemacht, dass unser Verhalten das Land demoralisire. Ich bin in der That erstaunt, wie Herr v. Sybel uns gegenüber diesen Vorwurf erheben kann, Herr v. Sybel, der sich ganz gut erinnern wird an die *jüngsten Vorgänge in Bonn* und an die Publication der Berichte, die ein gewisser Herr von dem Geschäftsführer des deutschen Vereins bekommen hat! (Sehr richtig!) Ich glaube, Jedermann, der diesen Dingen gefolgt ist, hat seine *sittliche Entrüstung* nicht zurückhalten können. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn Herr v. Sybel aus seiner Stellung als Archivar, die ich ja sehr hoch schätze, in die etwas ungewohnte Stellung eines *Kirchenvaters* übergehen will, habe ich nichts dagegen. Aber er soll uns doch erlauben, an seiner Schriftauslegung sehr zu zweifeln. Wenn er einmal Musse findet, so lade ich ihn ein, doch die *Papstbriefe* der ersten drei Jahrhunderte einer sorgfältigen Prüfung vorurtheillos zu unterwerfen; dann will ich gern ein geschichtliches Colloqium mit ihm halten. (Ruf: Capitel 118.) Ja, Capitel 118; wenn Sie erlauben, werde ich Ihnen den Zusammenhang meiner Ausführungen damit in kurzen Worten nachweisen. Capitel 118, habe ich vorhin schon bemerkt, enthält die Leistungen aus Staatsmitteln; diese sind der katholischen Kirche und den Bisthümern gesperrt aus Motiven, die ganz ähnlich sind den Sybel'schen Ausführungen. Sie werden mir zugeben, eine conzinnere Verbindung kann es wohl kaum geben. (Sehr richtig! im Centrum.)

Dann hat Herr Graf Bethusy-Huc geglaubt, seine Stellung gegenüber der Maigesetzgebung hier klar legen zu müssen. Es ist ja das gewiss sehr dankbar hinzunehmen. Es hat mich gefreut, dass Herr Graf Bethusy-Huc sich mit Klarheit, wie er es gethan hat und gewohnt ist zu thun, ausgedrückt hat. Dass Herr Graf Bethusy-Huc den Culturkampf noch »nicht satt« hat, bedaure ich; dass derselbe ihn betrübt, das freut mich; dass er hingegen geglaubt hat, auf Syllabus und Encyklika zurückgreifen zu müssen, *das hat mich sehr gewundert.* Meine Herren, es scheint in der That — ich habe wenigstens den Eindruck nicht verwischen können — dass wir jetzt wieder die *allgemeinen Debatten* vom Jahre 1873, 74 und 75 wiederholen müssen gegen die fortwährenden Anschuldigungen, welche gegen uns erhoben werden. (Sehr wahr! im Centrum.)

Der Abgeordnete Petri hat neulich eine Rede gehalten, die ihm bei der Debatte über das Altkatholikengesetz alle Ehre gemacht

haben würde, der Graf Bethusy-Huc hat heute über den Syllabus gesprochen — eine Rede, die vor drei bis vier Jahren ganz an der Stelle war. Aber wie man heute noch diese Syllabussätze anführen kann als ein Motiv zur Maigesetzgebung, das verstehe ich in der That nicht. Ich habe die grosse Versuchung gehabt, hier über den Syllabus mich des Weiteren auszulassen, aber ich habe sie glücklich überwunden. Das eine möchte ich dem Grafen Bethusy-Huc doch sagen: der Syllabus ist keineswegs so leicht zu verstehen.

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Ich muss aber doch den Herrn Redner bitten, sich direct an den Gegenstand zu halten und nicht auf den Syllabus abzuschweifen, von dem er selber sagt, er begreife nicht, wie er in die heutige Debatte hineingezogen sei.

Abg. Dr. *Franz* (fährt fort): Ich erlaube mir, nur zu meiner Rechtfertigung einige Worte zu sprechen. Ich habe den Zusammenhang dieses Capitels mit der Generaldiscussion schon *zweimal* dargelegt und ich glaube, dass ich das Recht habe, über die allgemeinen Principien ebensogut bei Capitel 118. zu reden, wie vorhin bei der Position: kirchliche Gerichtshöfe, darüber geredet worden ist. (Sehr richtig! im Centrum.)

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Ich gestehe, dass ich nicht einsehen kann, wie die bisherigen Ausführungen des Herrn Redners wirklich in irgend einer Verbindung mit dem Capitel stehen, welches wir jetzt behandeln. (Sehr richtig!) Ich muss im Uebrigen bitten, dass die Herren Redner auch die Geschäfte des Hauses einigermassen im Auge behalten und nicht so weit von dem Gegenstande der Verhandlung abschweifen, wie es bisweilen geschehen ist.

Abg. Dr. *Franz* (fährt fort): Herr Präsident! Obwohl ich überzeugt bin, dass ich *nicht zu weit* gegangen bin, werde ich doch ganz sicher ihren Anweisungen folgen. Nur eine Bemerkung möchte ich mir noch erlauben: ich behalte mir das, was ich über den Syllabus dem Herrn Grafen Bethusy-Huc gegenüber sagen wollte, für eine andere Gelegenheit vor.

Meine Herren, ich gehe nun zu den einzelnen Positionen des Capitels über. Die Staatsregierung hat uns eine Nachweisung über die in Folge des Gesetzes vom 22. April 1875 eingestellten Leistungen aus Staatsmitteln für römisch-katholische Bisthümer und Geistliche übersandt. Es ist dies auch in der vorigen Session geschehen. Die Erfolge, welche die Nachweisung bezüglich der Ausführung des Gesetzes vom 22. April 1875 darstellt, sind für die Königliche Staatsregierung allerdings, glaube ich, *sehr wenig befriedigend;* beinahe die ganze Summe ist in den Händen der Staatsregierung geblieben,

sie hat keine Veranlassung gehabt, sie an sogenannte staatstreue Geistlichen auszuhändigen. Oder, was will das heissen, wenn von dem Vierteljahresetat von 716,268 Mark nur 149,183 Mark ausgezahlt worden sind, und zwar nicht *an Geistliche,* sondern *zum grösseren Theil an niedere Kirchendiener* und *Kirchenfabriken*, an Institute, denen nach den Grundsätzen des sogenannten Sperrgesetzes die Leistungen überhaupt nicht vorenthalten werden können. Dasselbe Resultat ist im vorigen Jahre eingetreten. Ich möchte dann die Frage der Königlichen Staatsregierung nahe legen, ob es nicht im Interesse der Aufklärung des Landes über die Erfolge des sogenannten Brodkorbgesetzes doch an der Zeit wäre, diese verschiedenen empfangsberechtigten *Personen* von den berechtigten *Instituten, Kirchenfabriken* und dergleichen zu trennen. Das Land hat offenbar ein Interesse daran, zu wissen, welche Erfolge die Regierung mit dem sogenannten Brodkorbgesetz errungen hat, zu wissen, *inwieweit die Regierung die Ehre des einzelnen Mannes zu überwinden vermocht hat.* (Sehr gut! im Centrum.) Sie hat weiter die Verpflichtung, uns zu sagen, wie *viele* Geistliche den Forderungen des Gesetzes vom 22. April nachgegeben haben, wie viele erklärt haben, *wir unterwerfen uns den Staatsgesetzen*! Man hat, ich kenne die Sache ganz genau, vielfach versucht, durch eine Hinterthür das Geld den Geistlichen zuzustecken, um dann sagen zu können: Nun haben wir wieder zwei oder drei Geistliche, die das Geld angenommen haben. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich bin in der Lage, darüber urtheilen zu können. Ich habe die Ehre, Vorsitzender des Unterstützungscomités zur Unterstützung der Geistlichen der Diöcese Breslau zu sein, und ich weiss ungefähr, was vorgeht und wie man manipulirt. Man ist streng gegen solche, von denen man nicht erwartet, dass sie sich, ich möchte sagen, aufs *Glatteis* führen lassen, man ist ungeheuer *nachsichtig* gegen solche, von denen man dergleichen Dinge erwarten zu dürfen glaubt. Meine Herren, ich halte dafür, dass dieser Nachweis *ein Zeugniss dieser Niederlage ist*, der Täuschung, Erwartung ist, welche die Königliche Staatsregierung *leider* an das Brodkorbgesetz geknüpft hat.

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen über die geographischen Kenntnisse des Verfassers des Nachweises, den ich ja nicht kenne. Wir machen den Franzosen so oft den Vorwurf mangelnder geographischer Kenntnisse. Meine Herren, der Nachweis des vorigen Jahres hat schon eine so *bedauerliche Unkenntniss der kirchlichen Geographie Preussens* verrathen, dass ich geglaubt habe, er sei gar nicht im Cultusministerium ausgearbeitet worden, oder höchstens von

einem *Canzlisten* des Cultusministeriums. (Hört! im Centrum.) Gestatten Sie mir, Ihnen das zu beweisen. Wenn man im Cultusministerium die Stadt *Berlin* zur *Diöcese Kulm* rechnet, (Heiterkeit! im Centrum) wenn man die Regierungsbezirke *Frankfurt*, *Küstrin*, *Stettin*, *Stralsund*, die bekanntermassen die Delegaturbezirke der Diöcese *Breslau* bilden, zur Diöcese *Kulm* zählt, wenn man *Magdeburg und Merseburg* in einer neuen Circumscription zu Breslau schlägt und endlich *Coblenz* und *Düsseldorf* zu *Limburg* — (Heiterkeit) meine Herren, da muss ich wirklich gestehen, es wäre zu empfehlen, dass zum »*kleinen Daniel*« noch ein Anhang über kirchliche Geographie und Statistik gemacht werde. In einem Punkte aber hat der Herr sich gebessert, dass er nämlich jetzt nicht mehr *Potsdam* zu Kulm rechnet, sondern zu Breslau — ein kleiner Fortschritt! (Heiterkeit.)

Ich habe an den Herrn Cultusminister noch einige Fragen zu richten.

In der Diöcese Breslau existirt ein Commissarius für die Vermögensverwaltung. Ich weiss zwar, dass in den §§. 9. und 10. des betreffenden Gesetzes die Rechnungslegung über diese Verwaltung des Commissarius nur an die Oberrechnungskammer zu erfolgen hat, möchte aber doch über einige Dinge Auskunft erbitten, die geeignet sind, die Gemüther der Katholiken über die Vermögensverwaltung des Commissarius zu beunruhigen. Ich bemerke, dass ich dem Commissarius Herrn *v. Schuckmann* persönlich gar keinen Vorwurf mache. Die Gehalte der Beamten, welche in der Vemögensverwaltung verwendet werden, sind, — so viel ich weiss und wie man sich in Breslau allgemein erzählt —, ganz bedeutend höher als die Gehalte, welche diese Herren in ihren Regierungsstellen haben. Die Gehälter müssen überhaupt aus dem kirchlichen Vermögen aufgebracht werden, und ich würde gar nichts sagen, wenn man den Beamten die Gehälter, die sie früher bezogen, beliesse; eine *Mehrleistung an Arbeit* liegt doch gewiss nicht vor, denn in der kirchlichen Verwaltung haben sie nicht mehr zu thun, als sie in der Staatsverwaltung zu arbeiten hätten. Nun hat man mir erzählt — und ich glaube aus ganz zuverlässiger Quelle —, dass der Commissarius für Breslau 3,300 Mark mehr an Gehalt hat, als er als Staatsbeamter hatte, und dass zwei *Subalternbeamte*, die ihm ad latus gegeben sind, 1,800 Mark mehr an Gehalt beziehen, als sie in der entsprechenden Staatsstelle hatten. Meine Herren, ich halte das nicht für richtig. Wenn der Staat seine Beamten an einer andern Stelle ausleiht, so meine ich, müsste es ihm genügen, wenn diese Beamten *dasselbe* Gehalt be-

kommen, welches sie bisher bezogen haben. Ich richte daher an das Ministerium die Aufforderung, sich über die Grundsätze bei der Anstellung von Commissarien und über die denselben und ihren Beamten bewilligten Gehaltssätze auszusprechen. Wir können ja wieder in *friedliche* Verhältnisse kommen, das bleibt ja nicht ausgeschlossen, und dann ist es für die *legitime* kirchliche Verwaltung eine schlimme Lage, wenn sie genöthigt ist, auf Grund dieser ausserordentlich hohen Gehalte, — zum Beispiel ein Secretär mit 5,500 Mark, — die Verwaltung fortführen zu müssen.

Meine Herren, wir haben in der Diöcese Breslau auch eine Reihe Staatspfarrer, — ich will das hier nicht ausführen, sonst würde ich mich bei der Position Breslau wieder zum Wort gemeldet haben, — über deren Charakter und deren kirchliche Legitimation ich nicht weiter reden will, weil diese Sache gestern erschöpfend behandelt worden ist. Ich möchte nur bemerken, dass in Bezug auf diese Staatspfarrer die Königliche Staatsregierung mehr thut, als sie nach dem Gesetze verpflichtet ist. Sie sucht *auf jede Weise* die Thätigkeit dieser Herren zu fördern, sie sucht sie zu fördern selbst auf Kosten der Existenz von *Lehrern.*

Man spricht so viel über Lehrermangel. Ich habe hier Belege, dass man *anerkannt tüchtige Lehrer* aus Orten, an welchen Staatspfarrer sind, *fortdecretirt* hat, weil man annahm, dass diese der Wirksamkeit des Staatspfarrers nicht förderlich sein würden. (Hört! im Centrum.) Das ist eine Förderung, die nicht vom Gesetz geboten ist und einen überaus schädlichen Einfluss auf die Lehrer selbst hat. Ich werde mir vorbehalten, darauf zurückzukommen.

Dann aber muss ich es beklagen, dass die Verwaltung des Diöcesanvermögens in der Diöcese Breslau ebenfalls in *finanzieller* Beziehung diese Herren so sehr unterstützt. Ich will nicht reden von ausserordentlichen Unterstützungen, welche die Herren empfangen haben, sei es von dem Verwalter des Diöcesanvermögens, sei es von dem Herrn Minister, der ja auch sehr freigebig gegen diese Herren ist, sondern geradezu von Verletzungen der Bestimmungen über die Diöcesanvermögensverwaltung. Gestatten Sie mir, meine Herren, Ihnen das zu belegen.

In *Gross-Strehlitz* ist ein sogenannter Staatspfarrer, der eine Revenue aus dem Beneficium von über 3000 Thalern bezieht, wofür er absolut nichts leistet, *weil die Gemeinde mit ihm nichts zu thun haben will.* Dieser Mann kam von der Pfarrei *Klutschau*, einer Pfarrei, die auch gegen 2000 Thaler einbringt. Der *Herzog v. Ujest* hat ihn, nachdem er nach Strehlitz gekommen war, zum Stellvertreter

in Klutschau ernannt; in dieses Dorf kommt er ab und zu einmal, sehr selten, und der Herzog v. Ujest hat geglaubt, ihm auch die Nutzniessung des dortigen Pfarrvermögens mit übergeben zu dürfen.

Der Herr v. Schuckmann hat ganz ordnungsgemäss von dem Kirchenvorstand, der von dem Staatspfarrer, der gar nicht zu ihm gehört und von Beamten in einer Weise behandelt wird, wie es mit dem Selbstbestimmungsrecht desselben allerdings schwer vereinbar ist, verlangt, dass er das Vermögen an sich nehmen und die Einkünfte in den Fond der Intercalarfrüchte einliefern soll. Darauf schreibt Herr *Mücke* — so heisst der Mann:

»Br. m. zurück mit dem Bemerken, dass der hohe Patron von Klutschau Seine Durchlaucht Herzog v. Ujest, der mich am 12. Februar 1876 zum Stellvertreter in der Pfarrei Klutschau auf so lange berufen, bis sich ein Nachfolger findet (Bestätigung vom Herrn Oberpräsidenten Graf Arnim von 10. Februar 1876), *in richtiger Würdigung des Umstandes, dass in Kriegszeiten dem Kämpfer eine sogenannte Kriegszulage nicht nur erwünscht, sondern sehr nothwendig*, (Hört, Heiterkeit) mir die Einkünfte von Klutschau fortzugeniessen gütigst gestattet hat, wesshalb ich um Entbindung von etwaiger Rechnungslegung gehorsamst bitte. (Hört! hört!)

Dem Herrn v. Schuckmann ging das doch, wie man sagt, etwas stark über die Schnur. Ordnungsmässig war Herr v. Schuckmann verpflichtet, von dem Datum der Translocation von Klutschau nach Strehlitz das Einkommen für den Intercalarfrüchtefonds zu verlangen. Er hat das indessen *nicht* gethan; er hat zwar ausgeführt, das ginge nicht, die Einkünfte müssten abgeliefert werden, aber für die Vergangenheit wolle er ihm Indemnität ertheilen, wozu er gar kein Recht hatte. Herr v. Schuckmann schreibt:

»Da dies nun aber geschehen ist, eine Entschädigung für die bisherige Cura Ihnen jedoch nicht abgesprochen werden kann, so will ich von der Rechnungslegung aus dieser Zeit absehen und Ihnen die bezogenen Revenüen belassen. Für die Zukunft jedoch hat der Kirchenvorstand die Verwaltung der Temporalien zu übernehmen und Rechnung zu legen.«

Meine Herren, ich habe mich an Ort und Stelle überzeugt, in welcher Weise der Kirchenvorstand — es sind schlichte einfache Bauern, von welchen nur Einige das Deutsche mit grosser Mühe verstehen — maltraitirt wird von Seiten des Staatspfarrers eines

fremden Ortes, der nicht dahin gehört, im Verein mit den weltlichen Behörden. Sobald ich die Aktenstücke zusammen habe, werde ich mir erlauben, eingehend darüber zu reden, einstweilen möchte ich den Herrn Minister ersuchen, die Verwaltung des Diöcesanvermögens anzuweisen, mit grosser Vorsicht und Ordnung die Kirchenvermögensangelegenheiten zu besorgen. Dergleichen Dinge machen einen überaus schlimmen Eindruck; sie könnten uns ja nur nützen, sie nehmen dem Volke den Glauben, dass man mit dem Kirchenvermögen während der Beschlagnahme wirklich ordnungsmässig verfahre; aber wir haben das höchste Interesse, auch darauf zu halten, dass ordnungsmässig verfahren wird, wir können nicht zugeben, dass an einen Unberechtigten so grosse Summen aus den Revenüen einer Pfarre gegeben werden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass ich von der Königlichen Staatsregierung nicht mit dem *classischen Schweigen* beehrt werde, wie es sonst der Fall zu sein pflegt, wäre es indessen, so würde ich mich auch zu trösten wissen. (Bravo!)

Regierungscommissar Geheimer Oberregierungsrath *Lucanus*: Meine Herren! Die Staatsregierung wird von den Thatsachen, die von Seiten des Herrn Vorredners soeben vorgebracht sind, Notiz nehmen und nach Massgabe des ihr zu Gebote stehenden Materials — die Sache näher prüfen. Für jetzt hat der Herr Vorredner selbst bemerkt, dass er noch im Besitz Alles dessen wäre, was zur Beurtheilung der Sache erforderlich ist, und sich einen weiteren Vortrag vorbehalten. Was die kirchliche Geographie betrifft, so darf ich die Versicherung geben, dass die bezügliche Erklärung des Herrn Vorredners des Geheimen Calculatur des Ministeriums zur Nachachtung vorgelegt werden wird.

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Ich habe mit Rücksicht auf die Ausführungen des ersten Herrn Redners nur zu bemerken, dass ich die Discussion über das ganze Capitel, also über sämmtliche einzelne Titel, eröffnet habe, und ertheile jetzt das Wort dem Abgeordneten Dr. Virchow.

Abg. Dr. *Virchow*: Meine Herren! Ich wollte nachdem von verschiedenen Seiten des Hauses gewisse Herzensergiessungen stattgefunden haben, zur Bezeichnung ihrer Stellung zum Culturkampf wenigstens das erklären, dass ich bei diesem Capitel den Culturkampf noch nicht satt habe. Ich meine, der grössere Theil der Mitglieder des Hauses, welche sich bisher in dieser oder jener Art ausgesprochen haben, hat ein wenig zu sehr die allgemeine, principielle Frage, welche uns bewegt hat, mit der besonderen Frage an der Ausführung

der Gesetze, wie sie durch allerlei untergeordnete Behörden geübt worden ist, verwechselt. Ja, meine Herren, wenn es sich um die vielen einzelnen Fälle im Lande handelt, von denen wir hier im Hause hören und in den Zeitungen lesen, so kann ich nicht anders sagen, als dass er mir auch zuweilen recht »über« wird; ich kann auch nicht das Gefühl unterdrücken, dem ich übrigens schon früher hier Ausdruck gegeben habe, dass viele solcher einzelnen Massregeln recht unzweckmässig ergriffen werden, dass man ungerecht ist, dass man wenig damit erzielt, und dass es viel zweckmässiger wäre, eine Menge davon ganz zu unterlassen. Indess das ist eine Frage, die in jedem einzelnen Falle in Angriff genommen werden muss, und ich denke, die Herren vom Centrum werden dem Hause die Gerechtigkeit nicht versagen, dass in Fällen, in denen sie den evidenten Nachweis führen, dass Personen beschädigt sind, ihnen die Majorität immer zur Seite gestanden hat. Anders liegt die principielle Seite, und diese Seite tritt gerade bei diesem Capitel in hervorragendem Masse hervor. Das, was hier gebrochen, was hier sistirt wird, das ist allerdings diejenige Organisation, vermöge deren die römische Curie über die Gewissen der einzelnen Bürger eine Gewalt ausgeübt hat und zum Theil noch jetzt ausübt, welche zu Conflicten mit dem Gesetze führt und die regelmässige weitere Entwicklung des Staates auf den gegebenen Grundlagen auch meiner Meinung nach unmöglich macht. Daher, meine Herren, stehe ich noch heutigen Tages auf dem Standpunkt, dem auch Herr Abgeordneter Petri Ausdruck gegeben hat, dass es sich wirklich um einen Kampf gegen Rom handelt. Ich war nicht wenig überrascht, als heute der Historiker des Hauses (Heiterkeit) sich zum Organ des gegentheiligen Ausspruches machte und erklärte, dass es sich gar nicht um einen Kampf gegen Rom handelte. Meine Herren, Herr v. Sybel hat sich heute angestellt, als ob er im Namen der ganzen linken Seite des Hauses spräche, (Widerspruch des Abg. v. Sybel) er hat gesagt, auf *dieser* Seite des Hauses, ich habe es wohl in Erinnerung bewahrt. (Zwischenruf des Abg. v. Sybel.) — Ihre politischen Freunde mögen sich darüber ausweisen — ich muss nur sagen, dass wir zu Ihren politischen Freunden nicht gehören. — Ich wollte also nur darauf aufmerksam machen, dass Herr v. Sybel der letzte Interpret sein sollte über diese Dinge. — Er war von 1864—74 nicht Mitglied dieses Hauses, und sonderbar genug ist es zu hören von Jemanden, der an allen diesen Dingen keinen Antheil genommen hat — wesshalb und in welchem Sinne man eigentlich diesen Zug unternommen hat. Nein, meine Herren, in dem Sinne hätte ich

niemals meine Zustimmung gegeben, den Herr v. Sybel ausgesprochen hat, dass es sich um weiter nichts handle, als auf den Zustand von 1840 zu kommen. Ich glaube nicht, dass Jemand im Hause daran gedacht hat, wenigstens wüsste ich nicht, dass irgend ein Redner in diesem Sinne sich geäussert hätte. Wir wollten in der That weiterkommen, wir wollten kein neues Paktiren mit dem römischen Stuhl, wir wollten überhaupt nicht diese Organisation der römischen Kirche, welche bis in unser inneres nationales Leben hineingreift, auch nicht die kirchliche Geographie, die Sie als besonderen Bestandtheil der Handbücher in die Schulen einführen möchten, sondern wir wollten, dass das natürliche Recht der Gemeinden sicher gestellt werde, und dass dann die Gemeinden von ihrem Recht Gebrauch machten und dass sie darin nicht gehindert würden durch Einwirkungen von Rom aus und durch die Bischöfe. (Zwischenruf: Staatspastoren!)

Meine Herren, die Staatspastoren sind nicht meine Leidenschaft, durchaus nicht; ich fühle mich nicht veranlasst, für sie ein Wort hier einzulegen. Ich kenne die einzelnen Herren nicht, aber ich kann sagen, ich habe durchaus keine besonders erhebenden Gefühle, wenn ich von ihnen erzählen höre. Aber, meine Herren, da mögen Sie mir denn doch auch verzeihen zu sagen: die Treue Ihrer Bischöfe könnte denn doch auch in Parallele gestellt werden. Es ist ja hier wiederholt daran erinnert worden, dass die Sachen etwas anders stehen würden, wenn die Deutschen Bischöfe die Ueberzeugung, mit der sie nach Rom zogen, als es sich um das Concil handelte, wieder mitgebracht hätten, wenn wenigstens diejenigen, welche am weitesten avanzirt waren, sich nicht gedemüthigt hätten, sondern als die überzeugungstreuen Männer, als welche sie sich ursprünglich darstellten, wieder in Deutschland erschienen wären. Von da an begann die Katastrophe. Machen Sie das nicht wieder unklar. Diese Umkehr der Bischöfe gegen ihre eigene, frühere Ueberzeugung, diese Unterwerfung ist das Signal gewesen für die ganze Gesetzgebung, welche Sie jetzt vor sich sehen. Damit beginnt sie. Insofern mögen doch die Herren nicht mehr den Vorwurf erheben, dass man sich vergeblich oder fälschlicher Weise auf Syllabus und Encyklika berufe. Mit Syllabus und Encyklika beginnt die Sache, mit der Unterwerfung der Bischöfe geht sie fort, und sehr bald schliesst sich daran die Widersetzlichkeit gegen die Staatsgesetze.

Meinerseits habe ich, wie Sie wissen, in vielen einzelnen Punkten diese Staatsgesetze nur widerwillig votirt, aber, meine Herren, in dem Hauptpunkt, an dem wir hier stehen, bin ich der Meinung, dass in der That jedem national gesinnten Deutschen nichts anderes übrig

bleibt und auch künftig nichts anderes übrig bleiben wird, als consequent zu sein. Wir mögen den Culturkampf so satt haben, wir mögen einzelne Akte der Staatsbehörde so wenig billigen, wie wir wollen, wir werden zur Regierung stehen, wir werden aufrecht erhalten müssen diejenige Fahne, mit der wir in den Kampf gezogen sind. Und, meine Herren, ob die Regierung in der Lage sein wird, diese Fahne gänzlich zu ändern, das ist mir im höchsten Masse zweifelhaft. Ich möchte namentlich die Herren von der conservativen Partei ersuchen, sich ein wenig klar zu werden über die politische Situation.

Meine Herren, die wir Seiner Majestät getreue Opposition sind, die wir kein Hehl daraus machen, dass wir an den Personen, die diese Politik tragen, nicht hängen, wir werden trotzdem keinen Augenblick Bedenken tragen, auch diesen Personen, in *dieser* Politik so sicher zur Seite stehen, als es irgend geschehen kann. Die Forderung, die Sie, meine Herren, erheben von Seiten der conservativen Partei, dass die leitenden Staatsmänner umkehren sollen, wissen Sie, wohin das führen sollte? Können Sie sich einen solchen Zustand der Demüthigung vorführen, ein solches Canossa, wie Sie es gegenwärtig verlangen. Wer soll das ausführen? — Nein, die Regierung ist gebunden an diese Politik, sie kann davon unmöglich los. Meiner Ueberzeugung nach kann sie auch nicht dadurch los, dass sie in irgend ein neues Verhältniss der Paktirung tritt. Sie kann auch nicht dadurch los, um mich des etwas spanischen Ausdruckes des Abg. Grafen Bethusy zu bedienen, dass sie die Gesetze für *revisabel* erklärt. (Heiterkeit.)

Das kann die Regierung nicht.

Worauf wir hoffen, meine Herren, wir auf dieser Seite, in dem engeren Kreise, den ich vertrete, das ist zweierlei. Wir hoffen einmal, dass die nachwachsende Generation erzogen werden wird in einem freieren Geiste, als die Generation, welche Sie gegenwärtig hierher schickt. Wir sind der Meinung, dass eine vernünftige Organisation der Schule, auch wenn sie in confessionellen Dingen durchaus Freiheit gibt, doch so viel Fortschritte bringen wird, dass eine grössere Zahl von urtheilsfähigeren Staatsbürgern erzogen werden wird. (Heiterkeit.)

Meine Herren, die Worte, welche Herr Reichensperger zum zweiten Male vor wenigen Tagen von dieser Tribüne verlesen hat, die ich im Eingange dieses Kampfes bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes gesprochen habe, vertrete ich noch heutigen Tages in ihrer ganzen Breite. Noch heute können Sie mich in dieser Beziehung

als Bundesgenossen zählen. Wenn Sie, wie der Abg. Reichensperger erklärt, die Trennung des Staates von der Kirche auf dieser Basis wollen, so werden Sie mich auf Ihrer Seite haben. Aber, meine Herren, ich habe allerdings die Hoffnung, dass, auch wenn das durchgesetzt würde, wenn die volle Sicherheit gewonnen würde, dass jeder Familienvater seine Kinder in derjenigen Religion erziehen und unterrichten lassen kann, die er für die richtige hält, wir die Mittel finden werden, um unsere Schulen so auszustatten, dass sie den etwaigen schlechten Einflüssen, welche von da ausgehen, mit Erfolg entgegenwirken werden. Das ist unsere eine Hoffnung. Freilich geht diese Hoffnung auf eine lange Zeit hinaus, das habe ich wiederholt gesagt, und desshalb bin ich der Meinung, es bleibt nichts weiter übrig, als dass die Regierung sich darauf rüstet, lange auszuhalten, und dass die Parteien in Preussen auch aushalten. Was soll daraus werden, wenn eine Partei nach der anderen hierher kommt und sagt: wir sind des Culturkampfes satt? Meine Herren, wir können die Regierung vor diesem oder jenem Schritt, wo sie unserer Meinung nach den Culturkampf unregelmässig führt, wo sie ihn so führt, dass, sei es das Gesetz, sei es die Humanität, verletzt wird, warnen und sie angehen, dass sie anders verfahre. Aber in der grossen principiellen Frage müssen alle wahrhaft nationalen Parteien zusammenstehen.

Meine Herren, die andere Hoffnung, die ich habe, beruht darauf, dass bei einer gewissen Länge der Zeit, und wenn einmal die Hoffnung sich erschöpft, dass man durch Sturmlaufen die Regierung mürbe machen wird, wenn es sich zeigt, dass in allen Instanzen der Regierung ein fester Wille ist und dass hinter diesem festen Willen eine sichere Majorität im Lande steht, die Herren es sich allmählig überlegen werden, ob es politisch klug, ob es weise ist, in der Weise fortzufahren wie bisher. Ja, meine Herren, dass die Bischöfe, die hier in Frage stehen, nach und nach abgesetzt werden müssten, das ist geschehen, weil sie einen Punkt des Gesetzes nicht anerkannt haben, den die römische Kirche in verschiedenen anderen Staaten zulässt, selbst in verschiedenen Deutschen Staaten. (Widerspruch im Centrum.) Meine Herren, es handelt sich ja hauptsächlich um den Artikel, wo die Anstellung von Geistlichen in Frage kommt. (Widerspruch im Centrum.) Das ist ja der Hauptpunkt, (Nein!) von dem die Opposition der Bischöfe ausgegangen ist, und meine Herren, das ist ein Punkt, welchen die katholische Kirche anderswo concedirt hat. (Widerspruch.) — Ja, meine Herren, es ist sehr schwer, mit Ihnen zu discutiren — weil die Kirche in ihren höchsten In-

stanzen so wandelbar ist (Oh! Oh!) in der Interpretation ihrer Sätze, (Widerspruch. Ruf: Man kennt sie nicht) weil man sie nicht kennt? Jedesmal, wenn man einen Satz fassen will, ist er wie ein Aal. (Heiterkeit.) Meine Herren, so lange auch hier über den Syllabus und die Encyklika discutirt worden ist, so weis doch meiner Ueberzeugung nach ausser den Herren aus dem Centrum keiner im Hause, was damit gesagt werden soll. So geht es mit diesen Dingen auch. Unseren Bischöfen verbietet man von Rom aus, die Anstellung der Geistlichen in der gesetzlich vorgeschriebenen Form vorzunehmen und sie der richtigen Instanz zu melden, und im nächsten Lande gestattet man es ihnen; das ist kein Zustand, der auf die Bezeichnung der Gleichmässigkeit Anspruch machen könnte. Und lassen Sie mich erwähnen, um ein recht extremes Beispiel anzuführen: in der Zeit als das Cölibat durchgeführt wurde, haben sich gewisse Länder widersetzt und haben ihren Widerspruch durchgesetzt. (Widerspruch.) In Schweden ist das Cölibat niemals durchgeführt worden, in Friesland hat das Volk es durchgesetzt, dass das Cölibat niemals zur Thatsache geworden ist, obwohl es Kirchengesetz war, und die Kirche hat sich dies gefallen lassen. — So ist es auch jetzt meine Hoffnung, dass die Kirche endlich begreifen wird, dass es in ihrem eigenem Vortheil ist, diesen Kampf nicht zu perpetuiren. Wenn sie das aber doch thut, und wenn die Regierung fest bleibt, dann wird man endlich zu dem Standpunkt kommen, den wir vertreten, dann wird nichts übrig bleiben, als endlich jenes *Gesetz zu geben, welches alle Kirchen bei Seite lässt und nur die Gemeinden constituirt, welches die volle Gemeindefreiheit anerkennt und es den Gemeinden überlässt, ihre Kirche aufzubauen auf dem Wege von Synoden in freier Organisation.* Das war und ist unser Standpunkt. (Bravo.)

Abg. Freiherr *v. Schorlemer-Alst:* Ich habe mir erlaubt, den Antrag auf Vertagung zu überreichen, und bitte das Hohe Haus, den Antrag anzunehmen, einmal um deswillen, weil wir schon in vorgerückter Stunde sind und weil Sie anerkennen müssen, dass auf die Reden, die hier gehalten worden sind, das Wort uns gestattet sein muss, um . .

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Nach dem Gebrauch des Hauses ist eine Besprechung des Antrages auf Vertagung nicht weiter zulässig.

Abg. Dr. *Franz:* Ich bin vorhin bei einigen Erörterungen unterbrochen worden. — Das mag ja ganz in der Ordnung sein, und ich fügte mich.

Ich appellire *jetzt* an das Haus, ob die Auseinandersetzungen

des Herrn Collegen Dr. Virchow, die ja sehr interessant waren, *in einem engeren Zusammenhange mit Capitel 118 gestanden haben, als die meinigen.* (Heiterkeit im Centrum.)

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Ich möchte dem Herrn Abg. Franz nur erwidern, dass ich geglaubt habe, meiner Pflicht, die mir durch den Vorsitz übertragen ist, vollständig nachzukommen, indem ich den Herrn Abg Virchow nicht unterbrochen habe. Er hat sich in seinen Ausführungen direct gerade mit dem Sperrgesetz der Bischöfe beschäftigt, und dies ist sein Ausgangs- und sein Endpunkt gewesen. (Sehr richtig! links.)

Ich glaube desshalb, dass ich, da er vollständig bei der Sache gewesen ist, weder Veranlassung gehabt habe, ihm das Wort zu entziehen, noch ihn darauf aufmerksam zu machen, dass er bei der Sache bleiben möge.

Abg. *Windthorst* (Meppen): Meinestheils erkläre ich, dass der Herr Präsident sehr wohl gethan hat, den Herrn Collegen Virchow so sprechen zu lassen, wie er gesprochen hat; aber ich glaube allerdings, dass auch der Herr College Franz also hätte sprechen dürfen und müssen. (Zustimmung im Centrum.)

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Ich bringe jetzt den *Antrag auf Vertagung* zur Abstimmung und ersuche diejenigen, welche die Vertagung eintreten lassen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Majorität, *die Vertagung ist beschlossen worden.*

VII.

Acta sanctae Sedis.

1. Protest, welchen der Cardinal-Staatssecretär Simeoni unter dem 17. Januar 1878 im Namen des heiligen Vaters gegen die Thronbesteigung Humberts an die Vertreter fremder Mächte gerichtet hat.

Ricordandosi del sacro dovere che gl'incombe di tutelare i diritti imprescrittibili della Santa Sede il Sommo Pontefice ha sempre avuto cura di reclamare contro le imprese sagrileghe, che sono state successivamente consumate dal governo subalpino a detrimento del potere temporale di questa stessa Santa Sede.

In mezze a reclami d'ogni genere bisogna specialmente ricordare, in vista delle circostanze che li provocarono, la nota diretta per ordine di sua santita al corpo diplomatico, il 24 Marzo 1860, contro l'annessione delle Romagne al Piemonte il 18 e 24 Settembre dello stesso anno nell' occasione della violenta invasione delle Marche e dell' Umbria, il 15 Aprile 1861 quando il fu Re Vittorio Emanuele prese il titolo di Re d'Italia, infine il 20 settembre 1870, data della nefasta occupazione di Roma. Queste solenni proteste rimangono sempre in pieno vigore ed il corso degli

In Erinnerung an seine heilige Pflicht, die unverjährbaren Rechte des heiligen Stuhles zu wahren hat der Papst stets Sorge getragen, gegen die kirchenräuberischen Unternehmungen Widerspruch zu erheben, welche der Reihe nach seitens der subalpinischen Regierung zum Schaden der weltlichen Gewalt des heiligen Stuhles unternommen wurden.

Unter den Reclamationen dieser Art sind wegen der Bedeutung der Umstände, durch welche sie veranlasst worden sind, besonders hervorzuheben die auf Befehl Sr. Heiligkeit an das diplomatische Corps gerichteten Noten vom 24. März 1860 gegen die Annexion der Romagna seitens Piemonts, vom 18. und 24. December desselben Jahres gelegentlich des gewaltsamen Einbruches in die Marken und Umbrien, vom 15. April 1861, als der verstorbene König Victor Emmanuel den Titel »König von Italien« annahm, endlich vom 20. September 1870, dem Tage der unseligen Weg-

anni lungi dall' attenuare la forza, ne ha al contrario confermata tutta la giustizia e la necessità, atteso che una triste esperienza ha manifestato quanti ostacoli il S. Padre ha incontrati nell' Esercizio del suo Ministero apostolico, dal momento in cui è stato spogliato dei suoi Stati.

Esposto ciò, e poichè ora alla morte del nominato re, il suo figlio primogenito, assumendo il titolo di re d'Italia con un manifesto solenne e pubblico ha preteso sanzionare la spogliazione già consumata, non è possibile per la Santa Sede mantenere un silenzio, da cui alcuno potrebbe forse trarre false deduzioni ed un improprio significato.

Per questi motivi ed anche per richiamare di nuovo l'attenzione delle potenze sulle dure condizioni, nelle quali la Chiesa continua a trovarsi, Sua Santità ha ordinato al sottoscritto Cardinale Segretario di Stato di protestare e di reclamare nuovamente allo scopo di mantenere intatto contro l'iniqua spogliazione il diritto della Chiesa sopra i suoi antichissimi dominii, destinati dalla divina Provvidenza ad assicurare l'indipendenza dei romani Pontefici, la piena libertà del loro ministero Apostolico, la

nahme Roms. Diese feierlichen Proteste bestehen noch immer in voller Geltung, und der Lauf der Jahre hat, statt ihre Bedeutung abzuschwächen, vielmehr ihre volle Berechtigung und Nothwendigkeit bestätigt, da eine traurige Erfahrung gezeigt hat, wie vielen Hindernissen der heilige Stuhl in der Ausübung seiner apostolischen Wirksamkeit seit dem Augenblicke begegnete, wo er seiner Staaten beraubt wurde.

Da gegenwärtig beim Tode des oben genannten Königs sein ältester Sohn durch Annahme des Titels »König von Italien« in einer feierlichen und öffentlichen Kundgebung den verübten Raub zu sanctioniren unternommen hat, ist es für den heiligen Stuhl unmöglich, Schweigen zu beobachten, da man aus demselben falsche Schlüsse ziehen, ihm eine unrichtige Bedeutung beilegen könnte.

Aus diesen Gründen und ferner in der Absicht, von Neuem die Aufmerksamkeit der Mächte auf die andauernd höchst traurige Lage der Kirche zu richten, hat Se. Heiligkeit den unterzeichneten Cardinal-Staatssecretär angewiesen, von Neuem zu protestiren und zu reclamiren, um gegen die ungerechte Beraubung das Recht der Kirche auf ihre uralten, von der göttlichen Vorsehung zur Sicherung der Unabhängigkeit der römischen Päpste bestimmten Gebiete, um die volle Freiheit ihres

pace e la tranquillità dei cattolici sparsi in tutto il mondo.

Perciò il sottoscritto eseguendo gli ordini di Sua Santità emette le più alte e formali proteste contro il fatto suddetto e contro le conferme che con questo fatto s'intende dare alle usurpazioni già commesse a detrimento della S. Sede.

Pregando Vostra Eccellenza il far conoscere queste proteste al suo governo, il sottoscritto ecc.

Firmato
Giovanni Card. *Simeoni.*

apostolischen Amtes, den Frieden und die Ruhe der durch die ganze Welt zerstreuten Katholiken unversehrt zu bewahren.

Demgemäss erhebt der Unterzeichnete in Ausführung der Weisungen Sr. Heiligkeit vollsten und förmlichsten Protest gegen die oben erwähnte Thatsache und gegen die Bestätigung, welche man durch diese Thatsache den bereits zum Nachtheil des heiligen Stuhles begangenen Usurpationen zu geben vermeint.

Mit dem Ersuchen, Ew. Ezcellenz möge diesen Protest zur Kenntniss Ihrer Regierung bringen, ergreift der Unterzeichnete die Gelegenheit zum Ausdruck der Gefühle seiner ausgezeichneten Hochachtung.

Johannes Cardinal
Simeoni.

2. Rundschreiben der erlauchten und hochwürdigen Herren Cardinäle an das beim heiligen Stuhle beglaubigte diplomatische Corps vom 19. Februar 1878.

L'inopinato avvenimento della morte del Sommo Pontefice Pio IX, di gloriosa memoria, se ha contristato profondamente i cuori dei fedeli tutti sparsi nell' Orbe cattolico, ha gittato in modo speciale nella costernazione il Sacro Collegio, che uso ad ammirarne più da vicino e le virtù sublimi e le geste gloriose, è in grado, più che altri, di valutare la irreparabile perdita

Der unerwartet eingetretene Tod des Papstes Pius IX. ruhmreichen Angedenkens hat die Herzen aller über den katholischen Erdkreis verbreiteten Gläubigen tief betrübt, hat in ganz besonderer Weise das heilige Collegium in Bestürzung versetzt, das, gewohnt die erhabenen Tugenden und die rühmlichen Thaten des Verstorbenen mehr aus der Nähe zu be-

fatta in questi giorni dalla cattolica Chiesa.

E tanto più è per esso sensibile il peso di questa pubblica sciagura in quanto che, chiamato per disposizione dei sacri Canoni e di Pontificie Costituzioni, a provvedere agli urgenti bisogni della Chiesa e della vacante Sede Apostolica, trovasi costretto a traversare, senza la guida del suo Capo, momenti gravissimi e difficoltà ognora più serie. Ma, fidato nelle parole di Colui che promise la sua divina assistenza alla Chiesa, il S. Collegio è fermamente deciso di compiere gli alti doveri che ad esso impongono, la eminente dignità di cui fu rivestito, e la importante missione che gli venne affidata.

Ognuno conosce che i giuramenti fatti da tutti e singoli componenti il S. Collegio, allorchè vennero assunti alla cardinalizia dignità, loro prescrivono il più stretto dovere di difendere e tutelare i diritti, le prerogative, i beni anche temporali della Chiesa, a costo di qualunque sacrifizio, fosse pur quello del proprio sangue. Ora questi giuramenti ebbero oggi una solenne conferma:

trachten, mehr als alle Andern im Stande ist, den in diesen Tagen von der katholischen Kirche erlittenen entsetzlichen Verlust zu beurtheilen.

Und zwar ist das Gewicht dieses öffentlichen Unglückes um so empfindlicher für das heilige Collegium, als dieses, durch die Bestimmungen der heiligen Canones und der päpstlichen Constitutionen dazu berufen, für die dringenden Bedürfnisse der Kirche und des erledigten apostolischen Stuhles zu sorgen, sich in der Nothlage befindet, ohne die Leitung seines Hauptes bedenkliche Augenblicke und immer ernstere Schwierigkeiten zu durchschreiten. Jedoch im Vertrauen auf die Worte dessen, der der Kirche seine göttliche Hülfe versprochen hat, ist das heilige Collegium fest entschlossen, die hohen Pflichten zu erfüllen, welche ihm die hervorragende Würde, mit der es bekleidet, und die hochwichtige Aufgabe, die ihm anvertraut worden ist, auferlegen.

Es ist einem Jeden bekannt, dass die von den das heilige Collegium bildenden Cardinälen bei der Erhebung zur Cardinalswürde insgesammt und einzeln abgelegten Schwüre ihnen zur strengsten Pflicht machen, die Rechte und Prärogativen, auch die weltlichen Güter der Kirche auf Kosten jeglichen Opfers, selbst des eigenen Blutes nicht ausgenommen, zu schützen und zu vertheidigen.

quando cioè riuniti i Cardinali in una delle Congregazioni generali dopo la morte del compiante Pontefice, ripeterono unanimento innanzi a Dio i precedenti giuramenti, e vollero anche una volta fare atto di adesione, nonchè rinnovare tutte le riserve e proteste emesse dal defunto Sovrano, sia contro l'occupazione degli Stati della Chiesa, sia contro le leggi e decreti sanciti a danno della medesima e dell' Apostolica Sede.

Per incarico pertanto dei loro rispettabili Colleghi, i sottoscritti Cardinali Capi d' Ordine si rivolgono alla Eccellenza Vostra per darle comunicazione di un atto così importante, pregandola di portarlo a notizia del suo governo, nella sicurezza che vorrà scorgersi in esso come una tutela degli accennati diritti, così una manifestazione dell' animo dei Cardinali decisi a seguire la via tracciata dal defunto Pontefice, quali che sieno le pruove che nel corso degli avvenimenti possano attenderli.

E poichè l'esercizio del supremo ecclesiastico potere, ed in modo speciale l'importante atto di elezione del Successore di San Pietro con-

Diese Gelübde haben heute eine feierliche Bestätigung erhalten, als die Cardinäle, nach dem Tode des betrauerten Papstes in einer allgemeinen Congregation versammelt, einhellig vor dem Angesichte Gottes die vorgenannten Schwüre wiederholten und nochmals nicht nur einen Beweis ihrer Zustimmung gaben, sondern auch alle Vorbehalte und Proteste erneuerten, welche der verstorbene Souverain sowohl gegen die Occupation des Kirchenstaates als gegen die zum Nachtheil der Kirche und des heiligen Stuhles ergangenenen Gesetze und Verfügungen erlassen hat.

Die unterzeichneten Cardinäle und Obern der [3] Ordnungen [der Cardinäle] wenden sich im Auftrage ihrer ehrwürdigen Collegen an Ew. Excellenz, um Ihnen von einem so wichtigen Schritte Mittheilung zu machen, mit der Bitte, denselben auch zur Kenntniss Ihrer Regierung zu bringen, in der Zuversicht, dass Sie darin eine Sicherung der erwähnten Rechte und eine Kundgebung der Gesinnung der Cardinäle erblicken werden, welche entschlossen sind, den vom verstorbenen Papst vorgezeichneten Weg weiter zu verfolgen, was für Erfahrungen im Laufe der Ereignisse auch noch gemacht werden mögen.

Und da die Ausübung der höchsten kirchlichen Macht, und insbesondere die wichtige Handlung der Wahl eines Nachfolgers des

viene che riposi sopra basi solide e tranquille e non trovisi al contrario esposto alle politiche agitazioni, come all'altrui interesse ed arbitrio, il Sacro Collegio, mancato appena ai vivi il Supremo Gerarca, fu costretto di affrontare, non senza timori ed angustie, l'ardua e penosa quistione del luogo ove convenisse riunire il Conclave. Se da una parte la necessità di rispondere alle ansiose coscienze dei fedeli della piena ed assoluta libertà ed indipendenza del Sacro Collegio in momento sì grave e sì decisivo per la Chiesa, suggeriva di cercare altrove un asilo sicuro e tranquillo, dall'altra gl'indugi, cui necessariamente esponevasi la elezione del Romano Pontefice consigliavano altrimenti: primo dei doveri essendo oggi pel Sacro Collegio, quello di procedere senza ritardi a provvedere di un Capo la vedova Chiesa e di novello Pastore la desolata greggia di Cristo.

Questo pensiero ha prevalso sopra tutte le difficoltà, ed ha fatto decidere il Sacro Collegio a porre mano in questa Città, fino a che la sua libertà non sia menomamente turbata, all'immediato atto di elezione del nuovo Sommo Pontefice. E tale risoluzione fu presa

heiligen Petrus auf fester und ruhiger Grundlage beruhen muss, und nicht im Gegentheil den politischen Agitationen wie andern Interessen und der Willkür ausgesetzt sein darf, ist das heilige Collegium, dem das höchste Oberhaupt fehlt, genöthigt gewesen, nicht ohne Furcht und Besorgniss, die schwierige und peinliche Frage in Angriff zu nehmen, an welchem Orte das Conclave zusammentreten solle. Wenn von einer Seite die Nothwendigkeit, dem ängstlichen Gewissen der Gläubigen von der vollen und unbedingten Freiheit und Unabhängigkeit des heiligen Collegiums in einem so schweren und entscheidenden Augenblick durch die Kirche zu entsprechen, die Anregung dazu gab, anderswo ein sicheres und stilles Asyl zu suchen, rieth anderseits die Verzögerung, die dadurch nothwendig in der Wahl des römischen Papstes eingetreten sein würde, dazu, dass es zuerst heute die Pflicht dieses heiligen Collegiums sei, ohne Aufschub vorzugehen und der verwaisten Kirche ein Haupt und der verlassenen Heerde Christi einen neuen Hirten zu verschaffen.

Dieser Gedanke hat alle Schwierigkeiten überwogen und das heilige Collegium zu der Entscheidung gebracht, in dieser Stadt, so lange seine Freiheit unbeeinträchtigt bleiben würde, mit dem unmittelbaren Akt der Wahl des neuen Papstes zu beginnen. Und

con tanta maggiore tranquillità, in quanto che non impegnando essa in nulla l'avvenire, lasciava pur libero il futuro Pontefice di vavisare a quei mezzi che il bene delle anime e l'interesse generale della Chiesa gli consiglieranno nella difficile e penosa condizione in cui versa quaesta Apostolica Sede.

I sottoscritti Cardinali Capi d'ordini profittano di questo incontro per confermare alla Eccellenza Vostra i sensi della loro più distinta considerazione.

(Firmati)

L. Card. *Amat*, Decano. F. G. Card. *Schwarzenberg* Primo dell' Ordine de' Preti. P. Card. *Catarini* Primo dell' Ordine do' Diaconi. *Pietro Lasagni* Segretario del S. Collegio.

dieser Beschluss wurde in um so grösserer Ruhe gefasst, als sie, ohne ein Pfand für die Zukunft zu fordern, dem künftigen Papste ganz freie Hand liess, die Mittel und Wege zu wählen, welche das Heil der Seelen und das allgemeine Wohl der Kirche ihm anrathen würden in der schwierigen und peinlichen Lage, in welcher dieser apostolische Stuhl sich befindet.

Die unterzeichneten Cardinäle, Oberen der [3] Ordnungen [der Cardinäle] benutzen diese Gelegenheit, Ew. Excellenz der Gefühle ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

(gez.) Cardinal *Amat*, Decan. Cardinal *Schwarzenberg*, Oberer der Ordnung der Priester. Cardinal *Caterini*, Oberer der Ordnung der Diaconen. *Pietro Lasagni*, Secretär des heiligen Collegiums.

3. Sanctissimi Domini Nostri Leonis divina providentia Papae XIII. Allocutio habita de 28. Martii 1868 ad S. R. C. Cardinales in aedibus Vaticanis.

»*Venerabiles Fratres!*

Ubi primum superiori mense, Vobis suffragia ferentibus, ad suscipienda Ecclesiae universae gubernacula, et ad vices in terris gerendas Principis Pastorum Jesu Christi vocati fuimus, gravissima sane perturbatione ac trepidatione, animum Nostrum sensimus commoveri. Nam ex una parte Nos maxime terrebat, tum intima de indignitate Nostra persuasio, tum virium Nostrarum infirmitas tanto oneri ferendo penitus impar, quae quidem tanto maior videbatur, quanto clarior et celebrior Praedecessoris Nostri Pii IX. immortalis memoriae Pontificis, sese per Orbem fama diffuderat. Cum enim insignis ille catholici gregis rector pro veritate et justitia invicto semper

animo certaverit, magnisque laboribus in Christiana Republica administranda fuerit in exemplum perfunctus, non modo virtutum suarum splendore hanc Apostolicam Sedem illustravit, sed etiam universam Ecclesiam amore et admiratione sui adeo complevit, ut quemadmodum omnes Romanos Antistites diurturnitate Pontificatus superavit, ita forte prae caeteris amplissima publici et constantis obsequii ac venerationis testimonia retulerit. Ex altera autem parte nos vehementer angebat asperrima conditio, in qua hisce temporibus paena ubique non modo civilis Societas, sed et Catholica Ecclesia, atque haec praesertim Apostolica Sedes versatur, quae sua per vim temporali dominatione spoliata eo adducta est, ut pleno, libero, nullique ob noxio suae potestatis usu, perfrui omnino non possit.

At quamquam Venn. Fratres, hisce de causis ad delatum honorem recusandum movebamur, quo tamen animo obsistere divinae voluntati potuissemus, quae tam luculenter nobis enituit, in vestrarum sententiarum consensu, et in ea pientissima sollicitudine, qua Vos Catholicae Ecclesiae bonum unice spectantes, illud assecuti estis, ut quam citissime Summi Pontificis electio perficeretur?

Oblatum itaque supremi Apostolatus munus nobis suspiciendum, et divinae voluntati parendum esse duximus, fiduciam nostram penitus in Domino collocantes, ac sperantes firmiter daturum humilitati Nostrae virtutem, qui contulerat dignitatem.

Cum vero, Venn. Fratres, nunc primum ex hoc loco vestrum amplissimum ordinem alloqui nobis datum sit, illud imprimis solemniter coram vobis profitemur, nihil unquam Nobis in Apostolicae servitutis officio antiquius fore, quam divina adjuvante gratia eo curas omnes intendere, ut Catholicae Fidei depositum sancte servemus, jura ac rationes Ecclesiae et Apostolicae Sedis fideliter custodiamus, et omnium saluti prospiciamus, parati in his omnibus nullum laborem defugere, nulla incommoda recusare, nec unquam committere, ut animam Nostram pretiosiorem quam nos facere videamur.

In his autem partibus Ministerii Nostri obeundis, consilium, sapientiamque Vestram Nobis non defuturam confidimus, et ut numquam desit, vehementer exoptamus ac petimus; quod quidem ita a Vobis accipi volumus, ut non officii studio, sed pro solemni testificatione Nostrae voluntatis hoc dictum intelligatis. Alte enim insidet menti Nostrae quod in sacris litteris ex Dei jussu Moyses fecisse narratur, qui gravi pondere universum populum regendi deterritus congregavit sibi septuaginta viros de senibus Israel, ut una cum eo onus ferrent, atque opere consilioque suo in gentis Israeliticae regimine curas ejus allevarent. Quod quidem exemplum, Nos, qui totius

Christiani populi duces ac rectores, licet immerito, constituti sumus, prae oculis habentes, facere non possumus, quin a Vobis septuaginta viorum Israel in Ecclesia Dei locum obtinentibus, laboribus Nostris opem, animoque Nostro levamen conquiramus.

Noscimus insuper, uti sacra eloquia declarant, *salutem esse, ubi multa consilia sunt*, noscimus, ut monet Tridentina Synodus, Cardinalium consilio apud Romanum Pontificem universalis Ecclesiae administratione niti, noscimus denique a S. Bernardo Romani Pontificis collaterales et consiliarios Cardinales appellari, ac propterea Nos qui fere vigintiquinque annos honoris Collegii vestri compotes fuimus, in hanc supremam Sedem non modo animum attulimus plenum erga Vos dilectionis ac studii, sed etiam firmam eam mentem, ut quos olim consortes habuimus honoris, eis nunc laborum et consiliorum Nostrorum sociis ac adjutoribus, in expediendis Ecclesiae negotiis maxime utamur.

Nunc autem illud Nobis jucundissimum et peropportunum accidit, Venn. Fratres, ut dulcem consolationis fructum Vobiscum communicemus, quem ex felici opere ad Religionis nostrae gloriam peracto, in Domino percepimus. Quod enim a Decessore Nostro Sanctae Memoriae Pio Nono pro eximio suo in rem catholicam zelo fuerat susceptum, et ex sententia eorum ex Vobis, qui in Sacro Concilio Christiano nomini propagando censentur, decretum fuerat, ut nempe Episcopali Hierarchia in illustri Scotiae Regno constituta, Ecclesia illa ad novum decus revocaretur, id Nobis feliciter implere, et ad esitum perducere, Deo juvante, datum est per Apostolicas litteras, quas die IV. hujus mensis hoc eodem anno vulgari mandavimus. Gavisi profecto sumus, Venn. Fratres, quod hac in re contigerit Nobis fervidissimis votis dilectorum in Christo filiorum, Cleri et fidelium Scotiae satisfacere, quos propensissimo in Catholicam Ecclesiam, et Petri Cathedram animo esse, multis iisque praeclarissimis argumentis comperimus; firmiterque confidimus fore, ut opus ab Apostolica Sede perfectum, laetis fructibus cumuletur, et coelestibus Scotiae Patronis suffragantibns in ea regione in dies magis *suscipiant montes pacem populo, et colles justitiam.*

Caeterum Venn. Fratres, nulla ratione dubitamus Vos, conjunctis Nobiscum studiis, ad tutelam et incolumitatem Religionis, ad praesidium hujus Apostolicae Sedis, ad incrementum divinae gloriae alacriter esse adlaboraturos, animo reputantes communem futuram omnium nostrum in coelo mercedem, si in Ecclesiae rebus adjuvandis communis fuerit labor. Divitem porro in misericordia Deum, interposito etiam Deiparae Immaculatae, sancti Josephi Patroni coelestis

Ecclesiae, ac SS. Apostolorum Petri et Pauli validissimo interventu, humilibus Vobiscum votis obsecrate, ut Nobis jugiter praesens bonusque adsit, consilia actusque nostros dirigat, ministerii Nostri tempora feliciter disponat, ac tandem Petri Navim, quam Nobis gubernandam mari saeviente commisit, domitis ventis fluctibusque compositis, ad optatum portum tranquillitatis et pacis adducat.«

Cui allocutioni respondit subdecanus s. Collegii *Cardinalis di Pietro* nomine suarum eminentis s. collegarum:

»Benigne placuit Sanctitati tuae in allocutione nuper perlecta grati animi sensus Nostro S. R. Ecclesiae Collegio exprimere ob suffragia quae miro Divinae Providentiae ordine Te ad Supremam Romani Potificatus Sedem meritissime extulerunt. Ad haec in super verba humanissima addere dignatus es, quibus auxilium ac validam cooperationem, hisce difficillimis temporibus a nobis expostulas.

Sed vero si Sacri nostri Senatus suffragia in Te unum absque ulla haesitatione, ac maximo animorum *compensu* confluxerunt, ut qua Christi in terris Vicarius Pontificium Solium conscenderes, id profecto Verbis Principis Apostolorum attribuendum esse laetamur, scilicet: *Qui novit corda Deus testimonium pertribuit dans Tibi Spiritum Sanctum sicut et Nobis.*

Quare citra ullam controversiam Sancto Suo Spiritu Deus Te universi Orbis Pastorem constituit, voluitque ut in eminenti specula sisteres (prouti aiebat Divus Bernardus dilectissimo Suo Papae Eugenio) »Unde prospectes omnia speculator super omnia constitutus, »ut evellas et destruas, disperdas et dissipes, aedifices et plantes.« Nimis certe improbus labor! »Enim vero prospectus iste procinctum »parit non otium: neque enim locus est otio ubi sedula urget sol»licitudo omnium Ecclesiarum.«

Haec certe destinatio prompti in aciem ingenii constantemque sollicitudinem expostulat, qualis adamussim in Eo exquiritur qui eam adit haereditatem, quae etiam si amplissima et exteriori intuitu pulchra esse videatur, illico tamen noscitur consistere in Christi Cruce et in laboribus plurimis.

Caeterum nos omnes firmissima certitudini innitebamur Te, Sanctissime Pater, veluti in praesentiarum iterum confirmasti, summopere diligere ac promovere decus et dignitatem Sacri Nostri Collegii. Nos vero vicissim tantis, tamque nobilibus roborati promissis, Te certiorem reddimus de nostra submissa obedientia, ut Tibi prompto animo, opem auxiliumque feramus. Hic noster obsequens agendi modus, fortasse imminuet gravitatem tanti ponderis, quod Tu

Divinis obtemperans placitis, nostrasque secundans preces, assumere dignatus es. At probe noscimus et compertum habemus promissiones hasce, si alicujus levaminis Tibi forent, nonnisi in minima parte gravissimas concrediti gregis curas imminuere, atque timorem tuum tollere. Profecto Sanctitas Tua, quae, utpote praeclaris omnigenisque ditata virtutibus, idcirco sincerius Christianae humilitatis vestigia sequitur labore permagno territa sublevet tamen ad coelum oculos et in divina promissione confidet unumquemque secundum proprium laborem mercedem accipere. Hinc dimissum prope animum recreet, atque fidens sibi repetat Divi Bernardi verba: si labor terret, merces invitat. Verumtamen praeter hanc mercedem quam Tu, Beatissime Pater, in Coelesti Regia jure meritoque Tibi adpromittere debes, augurium alterum etiam nostrum nunc excipere digneris, nempe ut etiam hic in terris mercedem magnam consequaris, hoc est, ut videas in Tuo Pontificatu innumeras ex toto Orbe gentes magis magisque ad Catholicam Ecclesiam confluere, et ad hanc pacificam Petri Cathedram accurrere, atque Pontificio Tuo Solio, ut verbis utar Ambrosii, devinciantur. »*Non nodis perfidiae, sed vinculis fidei.*«

4. Sanctissimi in Christo Patris et Domini Nostri Domini Leonis divina providentia Papae XIII. literae Apostolicae, quibus Hierarchia episcopalis in Scotia restituitur

LEO EPISCOPUS

servus servorum Dei ad perpetuam rei memoriam.

Ex supremo Apostolatus apice, ad quem, nullo meritorum suffragio, sed divina sic disponente Bonitate, nuper evecti sumus, Romani Pontifices Praedecessores Nostri universas Dominici Agri partes, quasi de montis vertice speculari nunquam destiterunt, ut quid Ecclesiarum omnium conditioni, decori, et firmamento labentibus annis magis conveniret, dignoscerent; ac proinde, quantum quidem Ipsis ex alto datum fuit, quemadmodum novas ubique gentium erigere Episcopales sedes, ita eas quae temporum injuria perierant, ad novam vitam revocare solliciti in primis fuerunt. Cum enim Spiritus Sanctus posuerit Episcopos regere Ecclesiam Dei, ubi primum in aliqua regione is est Sanctissimae Religionis status, ut ordinarium episcopale regimen inibi aut constitui, aut restaurari sinat, illico eidem ea conferre beneficia decet, quae ex hujusmodi divinitus stabilita ordinatione suapte natura dimanant. Quocirca Decessor Noster sa. me. Piun IX., quem paucis abhinc diebus omnium desi-

derio sublatum dolemus, vel ab initio sui Pontificatus, cum Missiones in nobilissimo florentissimoque Angliae regno ita profecisse innotuisset, ut regiminis Ecclesiastici forma in eum modum restitui posset, in quo extat penes alias catholicas gentes, suos Anglis Ordinarios Episcopos reddere curavit literis Apostolicis Kal. Octobris Anno Incarnationis Dominicae millesimo octingentesimo quinquagesimo datis, quarum initium *Universalis Ecclesiae.* Et, quoniam haud multo post iisdem salutaribus dispositionibus illustres Hollandiae ac Brabantiae regiones frui posse perspexerat, haud immoratus est Episcopalem Hierarchiam ibi quoque instaurare, quod aliis Apostolicis literis IV. Non. Martii Anno millesimo octingentesimo quinquagesimo tertio datis, incipien. *Ex qua die* praestitit. Quae quidem, ut de restituto Patriarchatu Hierosolimitano sileamus, provido sane consilio facta fuisse ex eo liquet, quod, auspice divina gratia, hujus S. Sedis exspectationi plane respondit eventus; quantum enim emolumenti Ecclesia Catholica ex restaurata Episcopali Hierarchia utrobique perceperit, omnibus notum exploratumque est.

At aegre ferebat pientissimi Pontificis animus, quod eadem sors Scotiae quoque communis nondum esse potuisset. Quae paterni Ejus animi aegritudo vel inde augebatur, quod compertum esset, quam uberes progressus in Scotia olim Ecclesia Catholica fecerat. Profecto quicumque in Ecclesiastica historia vel parum versatus fuerit, probe novit Evangelii lumen Scotis mature illuxisse, siquidem, ut silentio praetereamus quae de antiquioribus in illud regnum Apostolicis missionibus fert traditio, narrantur S. Ninianus saeculo IV. exeunte, qui, teste ven. Beda, Romae fidem, et mysteria veritatis edoctus fuerat, et saeculo V. S. Palladius, Ecclesiae Romanae Diaconus, sacra infula decorati, ibi Christi fidem praedicasse; nec non S. Columba Ab., qui saeculo VI. eo appulit, Monasterium construxisse, ex quo plura alia prodierunt. Et, quamquam a medio saeculo VIII. ad XI. de ecclesiastico Scotiae statu historica documenta ferme deficiant, memoriae tamen proditum est, plures ibi Episcopos, quamvis aliquos sine certis sedibus, extitisse. Postquam vero summa rerum Malcolmus III. Anno MLVII. potitus est, ejus opera, hortante Sancta Conjuge Margarita, Christiana Religio, quae sive ob exterorum populorum incursiones, sive ob varias politicas vicissitudines haud levia damna subierat, restitui, et amplificari coepit; et quae extant adhuc sacrarum aedium, Monasteriorum, aliorumque religiosorum monumentorum reliquiae, splendidum pietatis veterum Scotorum praebent testimonium. Sed, ut quae ad rem nostram potius faciunt, strictim persequamur, constat saeculo XV. sedes Episcopales adeo jam excrevisse, ut tres-

decim numerarentur, nempe S. Andreae, Glasguensis, Dunkeldensis, Aberdonensis, nec non Moraviensis, Brechinensis, Dumblanensis, Rossensis et Katanensis, Candidae Casae, et Lismorensis et Sodorensis, sive Insulana, atque Orcadensis; quae quidem omnes huic Apostolicae Sedi immediate subjectae erant. Constat etiam, de quo Scoti merito gloriantur, Romanos Pontifices sub peculiari protectione Scotiae regnum suscipientes, singulari memoratas Ecclesias benevolentia fuisse prosecutos; quare dum ipsi Metropolitanos se Scotiae gerebant, illarum privilegia ac immunitates, ab Ecclesia Romana omnium Matre et Magistra jamdiu concessas, integras servandas esse haud semel decreverunt, ita ut, quemadmodum ab Honorio III. s. m. statutum fuit, Scotiae Ecclesia Sedi Apostolicae, sicut filia specialis, nullo medio esset subjecta.

Cum vero antea Scotia Metropolitano caruisset, Sixtus IV., prae oculis habens dispendia et difficultates Scotis subeundas, ut Romanam adirent Metropolim, Apostolicis literis XVI. Kal. Septembris Anni millesimi quadringentesimi secundi incip. *Triumphans Pastor aeternus*, Sedem S. Andreae, quae tum originis vetustate tum veneratione erga Apostolum Regni patronum, principem facile obtinuerat locum, in Metropolitanam et Archiepiscopalem totius Regni sedem erexit, reliquis sedibus eidem tamquam suffraganeis subjectis. Quod pariter factum est cum Glasguensi sede anno MCDXCI, quae ab ecclesiastica Provincia S. Andreae distracta, ad Metropolitanae dignitatem ab Innocentio VIII. elata est, suasque habuit ex supradictis suffraganeas sedes.

Cum ita costituta Scotorum Ecclesia floreret, haeresi erumpente Saeculo XVI., ad extremam ruinam misere adducta est; nunquam tamen Scotis defuit Summorum Pontificum, Decessorum Nostrorum, impensa cura, sollicitudo ac providentia, ut fortes in fide perseverarent, quod ex pluribus sane documentis liquido apparet. Nam prospicientes grassantem late tempestatem, erga illum populum commiseratione commoti, qua iteratis Missionariorum ex variis Regularium familiis expeditionibus, qua Apostolicis Legationibus, aliisque omne genus collatis subsidiis in id indefesse adlaborarunt, ut collapsae Religioni auxiliarentur. Eorum opera in hac Catholici Orbis arce selectis ex Scotica gente adolescentibus praeter Urbanianum, peculiare patuit Collegium, in quo sacris disciplinis imbui, et Sacerdotio initiari possent ad sacrum ministerium deinde in patria exercendum, et spiritualem opem popularibus suis ferendam. Et quoniam dilecta illa Dominici gregis pars suis fuerat viduata pastoribus, s. m. Gregoribus XV. cum primum ei licuit, Willelmum Chalcedoniae Episcopum ordinatum amplisque munitum facultatibus,

etiam illis quae Ordinariorum propriae sunt, ad Angliam simul et Scotiam misit, ut dispersarum illarum ovium pastoralem curam assumeret, ceu videre est in Apostolicis literis incipien. *Ecclesia Romana* X. Kal. Aprilis anno millesimo sexcentesimo vigesimo tertio datis. Ad restituendam in utroque regno orthodoxam fidem et Anglorum, atque Scotorum salutem procurandam, Francisco S. R. E. Card. Barberinio eorum Protectori magnam facultatum copiam ab Urbano VIII. attributam fuisse ejus literae *Inter gravissimas* in forma Brevis die XVIII. Maii anno a Nativitate MDCXXX datae ostendunt. Huc spectant etiam aliae ejusdem Pontificis literae *Multa sunt* ad Galliarum Reginam die XII. Febr. anno MDCXXXIII scriptae, ut illius benevolentiae Christifideles et Ecclesiam illam squalore confectam commendaret.

Verum ut meliori qua fieri posset ratione, spirituali Scotorum regimini consuleret, Innocentius PP. XII. in Vicarium suum Apostolicum Thomam Nicholson, Episcopali Peristachii titulo ac charactere insignitum anno MDCXCIV deputavit, integro regno ac Insulis adjacentibus ipsius curae commissis. Et haud multo post, cum unus dumtaxat Apostolicus Vicarius illi vineae Domini excolendae par amplius non esset, Benedictus XIII. socium praedicto Episcopo adjungere properavit, quod anno MDCCXXVII executioni feliciter mandari potuit. Ita factum est, ut universum Scotiae regnum in duos fuerit Vicariatus Apostolicos divisum, quorum alter inferiorem, superiorem partem alter complectebatur. Sed quae divisio Catholicis, quot tunc temporis erant, gubernandis satis idonea visa fuerat, cum in dies eorum nnmerus augeretur, opportuna amplius esse non poterat; proinde tertii Vicariatus institutione novum praesidium Religioni in Scotia tuendae ac dilatandae Apostolica haec Sedes suppeditari oportere animadvertit. Ea de causa fel. rec. Leo XII. literis Apostolicis datis Idibus Februarii anno millesimo octingentesimo vigesimo septimo, quarum initium *Quanta laetitia affecti simus*, Scotiam in tres Districtus, seu Vicariatus Apostolicos, Orientalem nempe, Occidentalem, et Septentrionalem partitus est. Nemo ignorat, quam uberes fructus, zelo novorum Praesulum, ac studio Nostrae de Propaganda Fide Congregationis, Catholica Ecclesia inibi collegerit; ex quo satis elucet, nihil unquam intentatum Sanctam hanc Sedem pro ea, quam gerit, Ecclesiarum omnium sollicitudine, reliquisse, ad Scotiae gentem ex lugendis veteribus calamitatibus reficiendam in dies, recreandamque.

At profecto sa. me. Pio PP. IX. id cordi apprime erat, ut illustrem Scotiae Ecclesiam ad pristinum decus, et formam iterum

excitare datum esset, praeclara enim Praedecessorum Suorum exempla Illum urgebant, cui ad hujusmodi opus viam ipsi veluti sternere voluisse videbantur. Et sane ex una parte perspiciens universum Religionis Catholicae in Scotia statum, ac succrescentem in dies Christifidelium, sacrorum Operariorum, Ecclesiarum, Missionum, Religiosarum Domorum, aliarumque hujusmodi Institutionem, ac temporalium etiam adjumentorum copiam, ex alia vero animadvertens per eam, quam in clytum Gubernium Britannicum Catholicis impertitur, libertatem, in dies removeri quidquid impedimento fuerat, quominus penes Scotos ordinarium SS. Antistitum regimen restitueretur, facile sibi ille Pontifex persuaserat, Episcopalis Hierarchiae restaurationem ad aliud tempus minime esse differendam. Interea ipsi Vicarii Apstolici, et permulti sive ex Clericis, sive ex laicis, generis nobilitate, ac virtutum laude spectati viri enixe ab Eo flagitarunt, ut hac in re eorum votis satisfacere haud diutus immoraretur. Quae quidem supplicationes iterum Ei porrectae sunt, cum dilecti cujusvis Ordinis Filii illarum regionum, duce Ven. Fr. Joanne Strain, Episcopo Abilae in partibus infidelium et Districtus Orientalis Vicario Apostolico, huc advenere, ut de die quinquagesimum annum ab Episcopali Ejus consecratione claudente cum Ipso gratularentur. Cum ita se res haberent, praelaudatus Pontifex negotium hoc, prout ejus gravitas postulabat, VV. FF. NN. Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalibus, Fidei Propagandae praepositis, undequaque discutiendum commiserat; atque eorum sententia in suscepto consilio Eum magis magisque confirmaverat. Dum vero Ipse ad opus diu multumque optatum absolvendum se pervenisse laetabatur, ad coronam justitiae recipiendam a Justo Judice advocatus fuit.

Quod itaque Praedecessor Noster morte interceptus perficere non potuit, copiosus in misericordia Deus et in cunctis suis gloriosus operibus largitus est Nobis, ut ita Supremum Pontificatum, quem in tanta temporum calamitate trepidantes suscepimus, fausto quodam veluti omine auspicaremur. Quapropter sine mora, cum totius hujusce negotii plenam nobis notitiam comparaverimus, quod a rec. me. Pio PP. IX. decretum fuerat, executioni mandandum esse ultro existimavimus. Erectis itaque oculis ad Patrem luminum, a quo omne datum optimum, et donum perfectum, divinae gratiae praesidium invocavimus, exorata simul ope B. M. V. sine labe conceptae, B. Josephi ejus Sponsi atque universae Ecclesiae Patroni, Beatorum Apostolorum Petri et Pauli, Sancti Andreae, aliorumque Coelitum, quos Scoti veluti Protectores venerantur, ut suis Nos apud Deum suffragiis ad idem negotium prospere maturandum juvarent. Hisce

itaque praehabitis, motu proprio, certa scientia, ac de Apostolica, qua in universam Ecclesiam pollemus, auctoritate, ad majorem Dei omnipotentis gloriam et Catholicae Fidei exaltationem constituimus, atque decernimus, ut in Scotiae regno juxta canonicarum legum praescripta reviviscat Hierarchia Ordinariorum Episcoporum, qui a Sedibus nuncupabuntur, quas hac Nostra Constitutione erigimus, atque in Ecclesiasticam provinciam constituimus. Porro sex numero Sedes in praesens erigendas easque ex nunc erectas esse volumus, nimirum S. Andreae cum adjuncto titulo Edimburgi, Glasguensem, Aberdonensem, Dunkeldensem, Candidae Casae seu Gallovidianam, nec non Ergadiensem atque Insularum.

Recolentes autem illustria veteris Sancti Andreae Ecclesiae monumenta, habitaque ratione hodiernae illius Regni principis Civitatis, aliisque rationibus perpensis, non possumus, quin celebrem illam Sedem veluti e sepulcro excitantes, ad Metropolitanae seu Archiepiscopalis dignitatis gradum, adjecto Edimburgi titulo, evehamus, vel restituamus, quo antea a ven. me. Sixto IV. Decessore Nostro decorata fuerat, eidemque suffraganeas quatuor ex praeenuntiatis Sedibus, nempe Aberdonensem, Dunkeldensem, Candidae Casae seu Gallovidianam, Ergadiensem atque Insularum adsignemus, quemadmodum tenore praesentium auctoritate Nostra Apostolica adsignamus, addicimus, attribuimus. Quod vero ad Glasguensem Sedem attinet, considerata illius civitatis vetustate, amplitudine, et nobilitate, ac praesertim prae oculis habito florentissimo in ea Religionis statu, et Archiepiscopalibus praeeminentiis eidem ab Innocentio VIII. collatis, decere omnino duximus ipsius Sacrorum Antistiti Archiepiscopi nomen et insignia tribuere, prout tenore praesentium pariter tribuimus, quin tamen, donec aliter a Nobis vel Successoribus Nostris definitum fuerit, praeter nominis et honoris praerogativam ullum consequatur jus proprium veri Archiepiscopi et Metropolitani. Volumus autem, atque mandamus, ut Glasguensis Archiepiscopus, quoadusque sine suffraganeis permanebit, in Provincialem Scotiae Synodum una cum aliis conveniat.

In praedicta vero S. Andreae atque Edimburgi Archiepiscopali seu Metropolitica Sede comprehendantur comitatus Edimburgensis, Limnuchensis, Hadintonanus, Bervicensis, Selkirkensis, Peblianus, Roxburgensis et pars meridionalis Fifae quae est ad dexteram fluminis Eden; comitatus quoque Sterlinensis, demptis tamen territoriis de Baldernock et Kilpatrick orientali nuncupatis.

In Archidioecesi Glasguensi comprehendantur comitatus Lanarcensis, Renfroanus, Britannodunensis, territoria de Baldernock et Kilpatrick orientali nuncupata in comitatu Sterlinensi sita, pars

borealis comitatus Aërensis, quae ab australi ejusdem regione, rivulo Lugton in Garnock fluvium defluente, separatur: insulae quoque Cumbra major et minor.

In Dioecesi Aberdonensi contineantur comitatus Aberdonensis, Kincardinensis, Bamfiensis, Elginensis, seu Moraviensis, Narniensis, Rossiensis (praeter Leogum in Aebudis), Cromartiensis, Sutherlandiensis, Cathanesiensis, insulae Orcades et Hethlandicae: denique ea pars comitatus Ennernessensis quae sita est ad septentrionem lineae rectae ductae ab extremitate septenptrionali lacus Luing ad fines Orientales ejusdem comitatus Ennernessensis, ubi sibi occurrunt comitatus Aberdonensis et Bamfiensis.

In Dioecesi Dunkeldensi comprehendatur comitatus Perthensis, Forfarensis, Clacmananus, Kinrossianus, et pars septentrionalis Fifae quae est ad laevam fluminis Eden, eae quoque partes comitatus Sterlinensis, quae disjunctae jacent atque a comitatibus Perthensi et Clacmanano sunt circumseptae.

Dioecesis Candidae Casae seu Gallovidiana contineat comitatus Dumfrisiensem, Kircudberechtensem, Victoniensem, et Aërensis partem, quae ad laevam rivuli Lugton in flumen Garnock defluentis ad Austrum extenditur.

Dioecesis denique Ergadiensis et Insularum complectatur comitatus Argatheliensem, Botam et Araniam insulas, Aebudas, et partem australem comitatus Ennernessensis, quae a lacu Luinge ad fines comitatus ejusdem orientales juxta lineam rectem supra descriptam, protenditur.

Ita igitur in Scotiae regno praeter Glasguensem Archiepiscopatum honoris, unica erit provincia Ecclesiastica ex uno Archiepiscopo seu Metropolitano Antistite, et quatuor suffraganeis Episcopis constans.

Neque dubitamus, quin novi Praesules Praedecessorum suorum, qui propria virtute veterem Scotiae Ecclesiam illustrarunt, vestigiis inhaerentes omnem daturi sint operam, ut Catholicae Religionis nomen in eorum regionibus splendidius fulgescat, et animarum profectus, divinique cultus augmentum meliori qua fieri poterit ratione promoveatur. Ea propter Nobis, Nostrisque in Apostolica Sede Successoribus jam nunc reservatum declaramus, ut praedictas Dioeceses in alias, ubi opus erit, partiamur, earumque numerum augeamus, limites immutemus, et quidquid aliud ad orthodoxae fidei propagationem ibi magis conferre in Domino visum fuerit, libere perficiamus.

Quod vero iisdem Ecclesiis valde profuturum perspicimus, volumus ac jubemus, ut earumdem Praesules relationes de sedium.

atque ovium eorum curae creditarum statu ad Nostram de Propaganda Fide Congregationem, quae hactenus peculiarem sedulamque de regionibus ipsis sollecitudinem gessit, transmittere nunquam omittant: Nosque per eamdem Congregationem certiores faciant de iis omnibus, quae pro pastorali munere adimplendo, et suarum Ecclesiarum incremento procurando nunciare se necessarium aut utile judicaverint. Meminerint autem, se hanc relationem exhibere, sicut et SS. Apostolorum limina adire, quarto redeunte anno teneri, prout in Const. s. m. Sixti V. diei XIII. Kal. Januarii anni millesimi quingentesimi octogesimi quinti data, quae incip. *Romanus Pontifex*, sancitum est. In ceteris pariter, quae ejusdem pastoralis officii sunt, Archiepiscopi et Episcopi supramemorati omnibus fruantur juribus et facultatibus, quibus alii aliarum gentium Catholici Antistites ex communi Sacrorum Canonum, et Apostolicarum Constitutionum vi fruuntur, ac frui possunt ac poterunt, iisdemque adstringantur obligationibus, quibus alii Archiepiscopi et Episcopi ex eadem communi et generali Catholicae Ecclesiae disciplina devincti sunt. Quaecumque idcirco sive ex antiqua Ecclesiarum Scotiae ratione, sive in subsequenti Missionum conditione ex peculiaribus Constitutionibus, aut privilegiis vel consuetudinibus particularibus viguerint, mutatis nunc circumstantiis, nullum posthac sive jus, sive obligationem inducant. Atque eum in finem, ut nulla hac super re in posterum suboriri valeat dubitatio, Nos iisdem illis peculiaribus statutis, ordinationibus, et privilegiis cujuscumque generis et consuetudinibus a quocumque etiam vetustissimo et immemorabili tempore invectis, ac vigentibus, omnem prorsus obligandi, et juris afferendi vim ex plenitudine Apostolicae auctoritatis adimimus. Quocirca Scotiae Praesulibus integrum erit ea decernere, quae ad communis juris executionem pertinent, quaeque ex generali ipsa Ecclesiae disciplina Episcoporum auctoritati permissa sunt. Pro certo autem teneant, Nos eis Apostolica Nostra auctoritate libenter fore adfuturos, atque in omnibus Nostram eis opem laturos, quae ad divini nominis gloriam amplificandam, et animarum spirituale bonum fovendum conducere visa fuerint. Cujus quidem propensae voluntatis Nostrae erga dilectam S. Sedis Filiam, Scotiae Ecclesiam, ut pignus exhibeamus, volumus, et declaramus, Antistites ipsos, cum Ordinariorum Epicoporum nomine et juribus fuerint insigniti, iis haudquaquam privari debere commodis, et amplioribus facultatibus, quibus in antecessum una cum titulo Nostrorum et Apostolicae Sedis Vicariorum fruebantur. Neque enim fas est, ut in eorum vertant detrimentum, quoad a Nobis ex Catholicorum Scotorum voto in majus

sacrae apud ipsos rei bonum decreta sunt. Et, quoniam ea est Scotiae conditio, ut Christi Ministris, et variis cujusque Ecclesiae necessitatibus temporalia subsidia haud congrua suppetant, certa spe futurum substentamur, ut dilecti ipsi filii Nostri Cristifideles, quorum impensissimis postulationibus pro Episcopali Hierarchia restituenda libendi animo obsecundavimus, Pastoribus, quos eis praeficiemus, eleemosynis ac oblationibus suis largius etiam succurrere pergant, quibus Episcopalium sedium instaurationi, templorum, ac divini cultus splendori, Cleri pauperumque substentationi aliisque Ecclesiae necessita tibus valeant consulere.

Sed jam ad Illum humillimas preces nostras convertimus, in quo placuit Deo Patri in dispensatione plenitudinis temporum instaurare omnia, ut qui cepit opus bonum, ipse perficiat, confirmet, solidetque, ac illis omnibus, ad quos res a Nobis decretas exequi pertinet, coelestis gratiae lumen et robur adjiciat, quo restituta a Nobis in Scotiae Regno Episcopalis Hierarchia Religioni Catholicae omnino benevertat. Ad quem etiam finem deprecatores apud Reparatorem Nostrum Jesum Christum adhibemus Sanctissimam ejus Matrem, B. Josephum ipsius putativum patrem, Beatos Apostolos Petrum et Paulum, nec non S. Andream, quem Scotia peculiari cultu prosequitur, aliosque Sanctos, ac praesertim Beatam Margaritam Scotorum Reginam, ejusdemque Regni decus et columen, ut renascentem illam Ecclesiam benigno favore prosequi velint.

Decernimus tandem has Nostras litteras nullo umquam tempore de subreptionis aut obreptionis vitio, sive intentionis Nostrae alioque quovis defectu notari vel impugnari posse, et semper validas et firmas fore, suosque effectus in omnibus obtinere atque inviolabiliter observari debere. Non obstantibus Apostolicis, atque in synodalibus, provincialibus et universalibus Conciliis editis generalibus vel specialibus sanctionibus nec non veterum Scotiae sedium et missionum ac Vicariatuum Apostolicorum inibi postea constitutorum, et quarumcumque Ecclesiarum ac piorum locorum juribus aut privilegiis, juramento etiam, confirmatione Apostolica aut alia quacumque firmitate roboratis, ceterisque contrariis quibuscumque. His enim omnibus, tametsi pro illorum derogatione specialis mentio facienda esset aut alia quantumvis exquisita forma servanda, quatenus supradictis obstant, expresse derogamus. Irritum quoque et inane decernimus, si secus super his a quoquam quavis auctoritate scienter, vel ignoranter contigerit attentari. Volumus autem, ut harum Literarum exemplis etiam impressis, manuque publici Notarii subscriptis, et per constitutum in Ecclesiastica dignitate virum suo sigillo munitis eadem

habeatur fides, quae Nostrae voluntatis significationi ipso hoc diplomate ostenso haberetur.

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam Nostrae Erectionis, Constitutionis, Restitutionis, Institutionis, Adsignationis, Adjectionis, Attributionis, Decreti, Mandati, ac Voluntatis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omnipotentis Dei et Beatorum Petri et Pauli Apostolorum Ejus se noverit incursurum.

Datum Romae apud S. Petrum Anno Incarnationis Dominicae millesimo octigentesimo septuagesimo octavo IV. Nonas Martias Pontificatus Nostri Anno I.

C. Card. *Sacconi.* F. Card. *Asquinius* Pro-Datarius visa de Curia J. De Aquila e Vicecomitibus *Loco* † *Sigillo* J. Cugonius.

Reg. in Secretaria Brevium.

5. Sanctissimi Domini Nostri Leonis divina providentia Papae XIII. Epistola Encyclica ad patriarchas primates archiepiscopos et episcopos universos catholici orbis gratiam et communicationem cum Apostolica sede habentes.

Venerabiles Fratres salutem et Apostolicam Benedictionem — Inscrutabili Dei consilio ad Apostolicae Dignitatis fastigium licet immerentes evecti, vehementi statim desiderio ac veluti necessitate urgeri Nos sensimus, Vos litteris alloquendi, non modo ut sensus intimae dilectionis Nostrae Vobis expromeremus, sed etiam ut Vos in partem sollicitudinis Nostrae vocatos, ad sustinendam Nobiscum horum temporum dimicationem pro Ecclesia Dei et pro salute animarum, ex munere Nobis divinitus credito confirmaremus.

Ab ipsis enim Nostri Pontificatus exordiis tristis Nobis esse offert conspectus malorum quibus hominum genus undique premitur: haec tam late patens subversio supremarum veritatum quibus, tamquam fundamentis, humanae societatis status continetur; haec ingeniorum protervia legitimae cujusque potestatis impatiens; haec perpetua dissidiorum causa, unde intestinae concertationes, saeva et cruenta bella existunt; contemptus legum quae mores regunt justitiamque tuentur; fluxarum rerum inexplebilis cupiditas et aeternarum oblivio usque ad vesanum illum furorem, quo tot miseri passim violentas sibi manus inferre non timent; inconsulta bonorum publicorum administratio effusio interversio; nec non eorum impudentia qui, cum maxime fallunt, id agunt, ut patriae ut libertatis et cujuslibet juris propugnatores esse viteantur; ea denique quae serpit per

artus intimos humanae societatis lethifera quaedam pestis, quae eam quiscere non sinit, ipsique novas rerum conversiones et calamitosos exitus portendit.

Horum autem malorum causam in eo praecipue sitam esse Nobis persuasum est, quod despecta ac rejecta sit sancta illa et augustissima Ecclesiae Auctoritas, quae Dei nomine humano generi praeest, et legitimae cujusque auctoritatis vindex est et praesidium. Quod cum hostes publici ordinis probe noverint, nihil aptius ad societatis fundamenta convellenda putaverunt, quam si Ecclesiam Dei pertinaci aggressione peterent, et probrosis calumniis in invidiam odiumque vocantes quasi ipsa civili veri nominis humanitati adversaretur, ejus auctoritatem et vim novis in dies vulneribus labefactarent, supremamque potestatem Romani Pontificis everterent, in quo aeternae ac immutabiles boni rectique rationes custodem in terris habent et adsertorem. Hinc porro profectae sunt leges divinam Catholicae Ecclesiae constitutionem convellentes, quas in plerisque regionibus latas esse deploramus; hinc diminarunt Episcopalis potestatis contemptus, objecta ecclesiastici Ministerii exercitio impedimenta, religiosorum coetuum disjectio, ac publicatio bonorum, quibus Ecclesiae administri et pauperes alebantur; hinc effectum ut a salutari Ecclesiae moderamine publica instituta, caritati et beneficentiae consecrata, subducerentur, hinc orta effrenis illa libertas prava quaeque docendi et in vulgus edendi, dum ex adverso modis omnibus Ecclesiae jus ad juventutis institutionem et educationem violatur et opprimitur. Neque alio spectat civilis Principatus occupatio, quem divina Providentia multis abhinc saeculis Romano Antistiti concessit, ut libere ac expedite potestate a Christo collata ad aeternam populorum salutem uteretur.

Funestam hanc aerumnarum molem Vobis, Venerabiles Fratres, commemoravimus, non ad augendam tristitiam Vestram, quam miserrima haec rerum conditio per se Vobis ingerit; sed quia intelligimus ex ea Vobis apprime perspectum fore, quanta sit gravitas rerum quae ministerium et zelum nostrum exposcunt, et quam magno studio nobis adlaborandum sit, ut Ecclesiam Christi et hujus Apostolicae Sedis dignitatem, tot calumniis lacessitam, in hac praesertim iniquitate temporum pro viribus defendamus ac vindicemus.

Clare innotescit ac liquet, Venerabiles Fratres, civilis humanitatis rationem solidis fundamentis destitui, nisi aeternis principiis veritatis et immutabilibus recti justique legibus innitatur, ac nisi hominum voluntates inter se sincera dilectio devinciat, officiorumque inter eos vices ac rationes suaviter moderetur. Jamvero ecquis ne-

gare audeat Ecclesiam esse, quae diffuso per gentes Evangelii praeconio, lumen veritatis inter efferatos populos et foedis superstitionibus imbutos adduxit, eosque ad divinum rerum auctorem agnoscendum et sese respiciendos excitavit; quae servitutis calamitate sublata, ad pristinam naturae nobilissimae dignitatem homines revocavit; quae in omnibus terrae plagis redemptionis signo explicato, scientiis et artibus adductis aut suo tectis praesidio, optimis caritatis institutis, queis omnis generis aerumnis consultum est, fundatis et in tutelam receptis, ubique hominum genus privatim et publice excoluit, a squalore vindicavit et ad vitae formam, humanae dignitati ac spei consentaneam, omni studio composuit? Quod si quis sanae mentis hanc ipsam qua vivimus aetatem, Religioni et Ecclesiae Christi infensissimam, cum iis temporibus auspicatissimis conferat, quibus Ecclesia uti mater a gentibus colebatur, omnino comperiet aetatem hanc nostram perturbationibus et demolitionibus plenam, recta ac rapide in suam perniciem ruere; ea vero tempora optimus institutis, vitae tranquillitate, opibus et prosperitate eo magis floruisse, quo Ecclesiae regiminis ac legum sese observantiores populi exhibuerunt. Quod si plurima ea quae memoravimus bona, ab Ecclesiae ministerio et salutari ope profecta, vera sunt humanitatis civilis opera ac decora, tantum abest ut Ecclesiae Christi ab ea abhorreat eamve respuat, ut ad sese potius altricis magistrae et matris ejus laudem omnino censeat pertinere.

Quin immo illud civilis humanitatis genus, quod sanctis Ecclesiae doctrinis et legibus ex adverso repugnet, non aliud nisi civilis cultus figmentum et abs re nomen inane putandum est. Cujus rei manifesto sunt argumento populi illi, queis evangelica lux non affulsit, quorum in vita fucus quidam humanioris cultus conspici potuit, at solida et vera ejus bona non viguerunt. Haudquaquam sane civilis vitae perfectio ea ducenda est, qua legitima quaeque potestas audacter contemnitur; neque ea libertas reputanda, quae effreni errorum propagatione, pravis cupiditatibus libere explendis, impunitate flagitiorum et scelerum, oppressione optimorum civium cujusque ordinis, turpiter et misere grassatur. Cum enim erronea prava et absona haec sint, non eam vim profecto habent, ut humanam familiam perficiant et prosperitate fortunent, *miseros* enim *facit populos peccatum*[1]); sed omnino necesse est, ut mentibus et cordibus corruptis, ipsa in omnem labem pondere suo populos detrudant, rectum quemque ordinem

1) Prov. 14, 34.

labefactent, atque ita reipublicae conditionem et tranquillitatem serius ocius ad ultimum exitium adducant.

Quid autem, si Romani Pontificatus opera spectentur, iniquius esse potest, quam inficiari quantopere Romani Antistites de universa civili societate et quam egregie sint meriti? Profecto Decessores Nostri, ut populorum bono prospicerent, omnis generis certamina suscipere, graves exantiare labores, seque asperis difficultatibus objicere nunquam dubitarunt: et defixis in caelo oculis neque improborum minis submisere frontem, neque blanditiis aut pollicitationibus se ab officio abduci degeneri assensu passi sunt. Fuit haec Apostolica Sedes, quae dilapsae societatis veteris reliquias collegit et coagmentavit; haec eadem fax amica fuit, qua humanitis christianorum temporum effulsit; fuit haec salutis anchora inter saevissimas tempestates, queis humana progenies jactata est; sacrum fuit concordiae vinculum quod nationes dissitas moribusque diversas inter se consociavit: centrum denique commune fuit, unde cum fidei et religionis doctrina, tum pacis et rerum gerendarum auspicia ac consilia petebantur. Quid multa? Pontificum Maximorum laus est, quod constantissime se pro muro et propugnaculo objecerint, ne humana societas in superstitionem et barbariem antiquam relaberetur.

Utinam autem salutaris haec auctoritas neglecta nunquam esset vel repudiata! Profecto neque civilis Principatus augustum et sacrum illud amisisset decus, quod a religione inditum praeferebat, quodque unum parendi conditione homine dignam nobilemque efficit; neque exarsissent tot seditiones et bella, quae calamitatibus et caedibus terras funestarunt; neque regna olim florentissima, e prosperitatis culmine dejecta, omnium aerumnarum pondere premerentur. Cujus rei exemplo etiam sunt Orientales populi, qui abruptis suavissimis vinculis, quibus cum Apostolica hac Sede jungebantur, primaevae nobilitatis splendorem, scientiarum et artium laudem, atque imperii sui dignitatem amiserunt.

Praeclara autem beneficia, quae in quamlibet terrae plagam ab Apostolica Sede profecta esse illustria omnium temporum monumenta declarant, potissimum persensit Itala haec regio, quae quanto eidem propinquior loci natura extitit, tanto uberiores fructus ab ea percepit. Romanis certe Pontificibus Italia acceptam referre debet solidam gloriam et amplitudinem, qua reliquas inter gentes eminuit. Ipsorum auctoritas paternumque studium non semel eam ab hostium impetu texit, eidemque levamen et opem attulit, ut catholica fides nullo non tempore in Italorum cordibus integra custodiretur.

Hujusmodi Praedecessorum Nostrorum merita, ut caetera praetereamus, maxime testatur memoria temporum S. Leonis Magni, Alexandri III., Innocenti III., S. Pii V., Leonis X. aliorumque Pontificum, quorum opera vel auspiciis ab extremo excidio, quod a barbaris impendebat, Italia sospes evasit, incorruptam retinuit antiquam fidem, atque inter tenebras squaloremque rudioris aevi scientiarum lumen et splenderem artium aluit, vigentemque servavit. Testatur Nostra haec alma Urbs Pontificum Sedes, quae hunc ex iis fructum maximum cepit, ut non solum arx fidei munitissima esset, sed etiam bonarum artium asylum et domicilium sapientiae effecta, totius orbis erga se admirationem et observantiam conciliaret. Cum harum rerum amplitudo ad aeternam memoriam monumentis historiae sit tradita, facili negotio intelligitur non potuisse nisi per hostilem voluntatem indignamque calumniam, ad hominum deceptionem, voce litteris obtrudi, hanc Apostolicam Sedem civili populorum culti et Italiae felicitati impedimento esse.

Si igitur spes omnes Italiae Orbisque universi in ea vi communi utilitati et bono saluberrima, qua Sedis Apostolicae pollet auctoritas, et in arctissimo nexu sunt positae, qui omnes Christifideles cum Romano Pontifice devinciat, nihil Nobis potius esse debere cognoscimus, quam ut Romanae Cathedrae suam dignitatem sartam tectamque servemus, et membrorum cum Capite, filiorum cum Patre conjunctionem magis magisque firmemus.

Quapropter ut in primis, eo quo possumus modo, jura libertatemque hujus Sanctae Sedis adseramus, contendere nunquam desinemus, ut auctoritati Nostrae suum constet obsequium, ut obstacula amoveantur, quae plenam ministerii Nostri potestatisque libertatem impediunt, atque in eam rerum conditionem restituamur, in qua divinae Sapientiae consilium Romanos Antistites jampridem collocaverat. Ad hanc vero restitutionem postulandam movemur, Venerabiles Fratres, non ambitionis studio aut dominationis cupiditate; sed officii Nostri ratione et religiosis jurisjurandi vinculis quibus obstringimur; ac praeterea non solum ex eo quod principatus hic ad plenam libertatem spiritualis potestatis tuendam conservandamque est necessarius; sed etiam quod exploratissimum est, cum de temporali Principatu Sedis Apostolicae agitur, publici etiam boni et salutis totius humanae societatis causam agitari. Hinc praetermittere non possumus, quin pro officii Nostri munere, quo sanctae Ecclesiae jura tueri tenemur, declarationes et protestationes omnes, quas sa. me. Pius IX. Decessor Noster tum adversus occupationem civilis Principatus, tum adversus violationem jurium ad Romanam Ecclesiam pertinentium pluries edidit

ac iteravit, easdem et Nos hisce Nostris litteris omnino renovemus et confirmemus. Simul autem ad Principes et supremos populorum Moderatores voces Nostras convertimus, eosque per nomen augustum Summi Dei etiam atque etiam obtestamur, ne oblatam sibi tam necessario tempore opem Ecclesiae repudient, atque uti consentientibus studiis circa hunc fontem auctoritatis et salutis amice coeant, Eique intimi amoris et observantiae vinculis magis magisque jungantur. Faxit Deus, ut illi, comperta eorum quae diximus veritate, ac secum reputantes doctrinam Christi, ut Augustinus ajebat, *magnam, si optemperetur, salutem esse reipublicae* [1]) et in Ecclesiae incolumitate et obsequio suam etiam ac publicam incolumitate et tranquillitatem contineri, cogitationes suas et curas conferant ad levanda mala, quibus Ecclesiae ejusque visibile Caput affligitur, atque ita tandem contingat, ut populi quibus praesunt, justitiae et pacis ingressi viam, felici aevo prosperitatis et gloriae fruantur.

Deinde autem ut totius catholici gregis cum supremo Pastore concordia firmior in dies adseratur, Vos hoc loco peculiari cum affectu appellamus, Venerabiles Fratres, et vehementer hortamur, ut pro sacerdotali zelo et pastorali vigilantia Vestra fideles Vobis creditos religionis amore incendatis, quo proprius et articus huic Cathedrae veritatis et justitiae adhaereant, omnes ejus doctrinas intimo mentis et voluntatis assensu suscipiant; opiniones vero etiam vulgatissimas, quas Ecclesiae documentis oppositas noverint omnino rejiciant. Qua in re Romani Pontifices Decessores Nostri, ac demum sa. me. Pius IX., praesertim in oecumenico Vaticano Concilio prae oculis habentes verba Pauli: »*Videte ne quis vos decipiat per philosophiam et inanem fallaciam secundum traditionem hominum, secundum elementa mundi et non secundum Christum* [2]),« haud praetermiserunt, quoties opus fuit, grassantes errores reprobare et apostolica censura confodere. Has condemnationes omnes Decessorum Nostrorum vestigia sectantes, Nos ex hac Apostolica veritatis Sede confirmamus ac iteramus, simulque Patrem luminum enixe rogamus, ut fideles omnes perfecti in eodem sensu eademque sententia idem Nobiscum sapiant, idemque loquantur. Vestri autem muneris est, Venerabiles Fratres, sedulam impendere curam, ut caelestium doctrinarum semen late per Dominicum agrum diffundatur et catholicae fidei documenta fidelium animis mature inserantur, altas in eis radices agant et ab errorum contagione incorrupta serventur. Quo

1) Ep. 138. alias 5. ad Marcellinum n. 15.
2) Ad Coloss. 2, 8.

validius contendunt religionis hostes imperitis hominibus, ac juvenibus praesertim, ea discenda proponere quae mentes obnubilent moresque corrumpant, eo alacrius adnitendum est, ut non solum apta ac solida institutionis methodus, sed maxime institutio ipsa catholicae fidei omnino conformis in litteris et disciplinis vigeat, praesertim autem in philosophia, ex qua recta aliarum scientiarum ratio magna ex parte dependet; quaeque non ad evertendam divinam revelationem spectat, sed ad ipsam potius stenere viam gaudet, ipsamque ab impugnatoribus defendere, quemadmodum nos exemplo scriptisque suis Magnus Augustinus et Angelicus Doctor, caeterique christianae sapientiae Magistri docuerunt.

Optima porro juventutis disciplina ad verae fidei et religionis munimem atque ad morum integritatem a teneris annis exordium habeat necesse est in ipsa domestica societate; quae nostris hisce temporibus misere perturbata, in suam dignitatem restitui nullo modo potest nisi iis legibus, quibus in Ecclesia ab ipsomet divino Auctore est instituta. Qui cum matrimonii foedus, in quo suam cum Ecclesia conjunctionem significatam voluit, ad Sacramenti dignitatem evexerit, non modo maritalem unionem sanctiorem effecit, sed etiam efficacissima tum parentibus tum proli paravit auxilia, quibus, per mutuorum officiorum observantiam, temporalem ac aeternam felicitatem facilius assequerentur. At vero postquam impiae leges, Sacramenti hujus magni religionem nil pensi habentes, illud eodem ordine cum contractibus mere civilibus habuerunt, id misere consecutum est, ut violata christiani conjugii dignitate, cives legali concubinatu pro nuptiis uterentur, conjuges fidei mutuae officia negligerent, obedientiam et obsequium nati parentibus detrectarent, domesticae charitatis vincula laxarentur, et, quod deterrimi exempli est publicisque moribus infensissimum, persaepe malesano amori perniciosae ac funestae discessiones succederent. Haec sane misera et luctuosa non possunt, Venerabiles Fratres, vestrum zelum non excitare ac movere ad fideles vigilantiae vestrae concreditos sedulo instanterque monendos, ut dociles aures doctrinis adhibeant quae christiani conjugii sanctitatem respiciunt, ac pareant legibus quibus Ecclesia conjugum natorumque officia moderatur.

Tum vero illud optatissimum consequetur, quod singulorum etiam hominum mores et vitae ratio reformentur: nam veluti ex corrupto stipite deteriores rami et fructus infelices germinant, sic mala labes, quae familias depravat, in singulorum civium noxam et vitium tristi contagione redundat. Contra vero, domestica societate ad christianae vitae formam composita, singula membra sensim assuescent religionem

pietatemque diligere, a falsis perniciosisque doctrinis abhorrere, sectari virtutem, majoribus obsequi, atque inexhaustum illud privatae dumtaxat utilitatis studium coercere, quod humanam naturam tantopere deprimit ac enervat. In quem finem non parum profecto conferet pias illas consociationes moderari et provehere, quae magno rei catholicae bono nostra maxime hac aetate constitutae sunt.

Grandia quidem et humanis majora viribus haec sunt, quae spe et votis Nostris complectimur, Venerabiles Fratres; sed cum Deus sanabiles fecerit nationes orbis terrarum, cum Ecclesiam ad salutem gentium condiderit, eique suo se auxilio adfuturum usque ad consummationem saeculi promiserit, firmiter confidimus, adlaborantibus Vobis, humanum genus tot malis et calamitatibus admonitum, tandem in Ecclesiae obsequio, in hujus Apostolicae Cathedrae infallibili magisterio salutem et prosperitatem quaesiturum.

Interea, Venerabiles Fratres, antequam finem scribendi faciamus, necesse est ut Vobis declaremus gratulationem Nostram pro mira illa consensione et concordia, quae animos Vestros inter Vos et cum hac Apostolica Sede in unum conjungit. Quam quidem perfectam conjunctionem non modo inexpugnabile propugnaculum esse contra impetus hostium arbitramur; sed etiam faustum ac felix omen quod meliora tempora Ecclesiae spondet; ac dum eadem maximum solatium affert infirmitati Nostrae, etiam animum opportune erigit, ut in arduo, quod suscepimus, munere omnes labores, omnia certamina pro Ecclesia Dei alacriter sustineamus.

Ab hisce porro spei et gratulationis causis, quas Vobis patefecimus, sejungere non possumus eas significationes amoris et obsequii, quas in his Nostri Pontificatus exordiis Vos, Venerabiles Fratres, et una cum Vobis exhibuere humilitati Nostrae ecclesiastici viri et fideles quamplurimi, qui litteris missis, largitionibus collatis, peregrinationibus etiam peractis, nec non aliis pietatis officiis, ostenderunt devotionem et caritatem illam, qua meritissimum Praedecessorem Nostrum prosecuti fuere, adeo firmam stabilem integramque manere, ut in persona tam imparis non tepescat heredis. Pro hisce splendidissimis catholicae pietatis testimoniis humiliter confitemur Domino quia bonus et benignus est, ac Vobis, Venerabiles Fratres, cunctisque Dilectis Filiis, a quibus ea accepimus, gratissimos animi Nostri sensus ex intimo corde publice profitemur, plenam foventes fiduciam nunquam defuturum Nobis, in his rerum angustiis et temporum difficultatibus, hoc Vestrum ac fidelium studium et dilectionem. Nec vero dubitamus quin egregia haec filialis pietatis et christianae virtutis exempla plurimum sint valitura, ut Deus clementissimus, officiis

hisce permotus gregem suum propitius respiciat et Ecclesiae pacem ac victoriam largiatur. Quoniam autem hanc pacem et victoriam ocius et facilius Nobis datum iri confidimus, si vota precesque constanter ad eam impetrandam fideles effuderint, Vos magnopere hortamur, Venerabiles Fratres, ut in hanc rem fidelium studia et fervorem excitetis, conciliatrice apud Deum adhibita Immaculata Caelorum Regina, ac deprecatoribus interpositis Sancto Josepho Patrono Ecclesiae caelesti, sanctisque Apostolorum Principibus Petro et Paulo, quorum omnium potenti patrocinio humilitatem Nostram cunctos ecclesiasticae hierarchiae ordines ac dominicum gregem universum supplices commendamus.

Caeterum hos dies, quibus solemnem memoriam Jesu Christi resurgentis recolimus, Vobis, Venerabiles Fratres, et universo dominico gregi faustos salutares ac sancto gaudio plenos esse exoptamus, adprecantes benignissimum Deum, ut Sanguine immaculati Agni, quo deletum est chirographum quod adversus nos erat, culpae quas contraximus deleantur, et judicium quod pro illis ferimus clementer relaxetur.

Gratia Domini Nostri Jesu Christi et charitas Dei et communicatio sancti Spiritus sit cum omnibus vobis, Venerabiles Fratres; quibus singulis universis, nec non et Dilectis Filiis Clero et fidelibus Ecclesiarum Vestrarum in pignus praecipuae benevolentiae et in auspicium caelestis praesidii Apostolicam benedictionem amantissime impertimus.

Datum Romae apud S. Petrum, die solemni Paschae, XXI. Aprilis, Anno MDCCCLXXVIII.

Pontificatus Nostri Anno primo.

Leo PP. XIII.

VIII.
Literatur.

1. *Prawo kościelne katolickie. Unter diesem Titel hat soeben der erste Band des, vom Lemberger Universitätsprofessor Dr. Eduard Rittner in polnischer Sprache herausgegebenen, »Katholischen Kirchenrechts« (Lemberg, 1878, Lozinski'sche Druckerei, XIV, 358) die Presse verlassen.*

Dr. Rittner — der sich bereits durch sein, in Leipzig 1876 erschienenes »Oesterreichisches Eherecht,« sowie durch mehrere kleinere, deutsch und polnisch geschriebene, kirchenrechtliche Dissertationen in der Gelehrtenwelt einen Namen von gutem Klange erworben — erwies der polnischen canonischen Literatur durch die Veröffentlichung dieses seines jüngsten Werkes einen sehr erspriesslichen Dienst.

Referent hat bereits wiederholt — das erste Mal in einem, im Jahre 1862 veröffentlichen Aufsatze über die kirchenrechtliche und kirchengeschichtliche Literatur Polens — auf das Ungerechtfertigte der Behauptung hingewiesen, dass polnische Gelehrte das kirchenrechtliche Feld ihrer Literatur bis nun ganz brach liegen liessen.

Es mag hier durchaus nicht geleugnet werden, dass Polen auf diesem Gebiete eben nicht jenen hervorragenden Standpunkt einnimmt, wie früher das romanische Element, Italien, Spanien, Frankreich, und heutzutage etwa Deutschland. Dessenungeachtet müsste die Vernachlässigung gerade dieser Doctrin seitens polnischer Gelehrten nahezu unnatürlich erscheinen.

Bekanntlich hat die katholische Kirche mit ihrer Gesetzgebung nicht nur auf rein kirchliche, aber auch auf die socialen und politischen Verhältnisse Polens einen zu bedeutenden Einfluss ausgeübt, als dass ihr nicht von Polens gelehrten Kreisen die sorgfältigste Beachtung entgegengebracht worden wäre.

Polen besitzt auch in der That ausser vielen, gründlichen canonistischen Monogafien, ausser sehr schätzenswerthen einschlägigen Quellenwerken, recht gediegene, das gesammte kirchenrechtliche Material umfassende Arbeiten.

Dessenungeachtet macht sich der Mangel an guten, in polnischer Sprache geschriebenen, kirchenrechtlichen Compendien sehr stark fühlbar.

Der Grund hievon ist wohl der, dass polnische Canonisten, bis auf die neueste Zeit (Stotwiński) derlei Lehrbücher in lateinischer Sprache veröffentlichten.

Der polnischen, kirchenrechtlichen Compendien gibt es wahrlich sehr wenige, wozu noch kömmt, dass die vorhandenen durchaus nicht derartigen, in anderen Sprachen verfassten an die Seite gereiht werden können.

So entzieht sich das von Timotheus Szczurowski in polnischer Sprache verfasste Kirchenrechtscompendium, bei dem heutigen Stande der kirchenrechtlichen Literatur, jeder Kritik. Ebensowenig kann das, vom Wilno'er Bischofe Adam Stanislaus Krasiński in Wilno 1861 in polnischer Sprache herausgegebene Kirchenrecht (Prawo kanoniczne krótko zebrane) einen Anspruch auf streng wissenschaftlichen Werth machen, noch anderseits als ausreichend gutes, praktisches Handbuch gelten, was auch Referent seinerzeit (in der Zeitschrift: Czasopismo poświęcone nauce prawa i umiejętności politycznych, Krakau 1864, Heft VI) hervorgehoben hat.

Somit kann das hier besprochene Werk Dr. Rittner's füglich als das erste, in polnischer Sprache geschriebene Compendium angesehen werden, welches den gesammten kirchenrechtlichen Stoff in systematischer, wissenschaftlicher Weise behandelt, und so eine in der polnisch-kirchenrechtlichen Literatur recht empfindliche Lücke in entsprechendster Weise ausfüllt.

Rittner's Buch, in der Form, wie es uns vorliegt in deutscher Sprache verfasst, würde wohl kaum jene Beachtung finden, wie sie eben dem polnischen Compendium zu Theil wird. Die Bereicherung der polnischen canonistischen Literatur durch dieses Werk ist um so erfreulicher, als dessen Erscheinen gerade in eine Periode fällt, wo in dieser Richtung eben — ich habe hier nämlich in polnischer Sprache geschriebene Werke polnischer Autoren vor Augen — eine lobenswerthe Rührigkeit entfaltet wird. So erscheint jetzt beispielsweise in Warschau eine Encyclopädie kirchlicher Doctrinen, auf deren Nothwendigkeit Referent noch vor Jahren, und namentlich in dem vorhin angezogenen Aufsatze vom Jahre 1862, in nachdrücklichster Weise hingewiesen, und hierbei das treffliche Sammelwerk von Wetzer und Welte als nachahmenswerthes Muster hingestellt hat. Aus dieser hat auch Dr. Rittner in seinem jetzt veröffentlichen Werke den besten Nutzen gezogen.

Diess glaubten wir zum bessern Verständniss der Sachlage voranschicken zu sollen.

Was nun das Werk Rittner's selbst anlangt, so enthält der

uns vorliegende erste Band desselben zunächst eine Einleitung in drei Abschnitten (rozdziały), von denen der zweite in drei Titel (tytuły) zerfällt. Im ersten Abschnitt wird der Begriff des Kirchenrechtes entwickelt, der zweite, drei Titeln umfassende, behandelt »die Geschichte des Kirchenrechts und dessen Quellen,« der dritte bietet uns eine gedrängte Rundschau über die kirchenrechtliche Literatur im Allgemeinen und über die Polens insbesondere.

»Hierauf folgen — als erster Theil (Część piérwsza) — unter der allgemeinen Ueberschrift »Hierarchie« drei Abschnitte, von denen der zweite vier, und der dritte drei Titel umfasst.«

Im ersten Abschnitte ist unter der allgemeinen Ueberschrift »vom Wesen und dem Subjecte der Kirchengewalt« von der Kirchengewalt im Allgemeinen, dann vom Klerus, von den Bedingungen zu dem Empfang der Weihen (vom Ordinationstitel insbesondere) und schliesslich von den allgemeinen Rechten und Pflichten der Geistlichkeit die Rede.

Der zweite Abschnitt (Hierarchische Verfassung) entwickelt im ersten Titel die Lehre von der höchsten Kirchengewalt, wobei auch das Vaticanum und der Einfluss der Beschlüsse desselben auf die Stellung des Papstes zum Episcopate — wiewohl in sehr reservirter Weise — besprochen wird. Im Vorbeigehen sei erwähnt, dass hier ein Eingehen auf Salmeron's Schrift über die bischöfliche Jurisdiction wohl angezeigt gewesen wäre. Im zweiten Titel ist von den Kirchenämtern im Allgemeinen, und zwar zunächst von den eigentlichen, und dann von den Hilfsämtern die Rede. Im dritten Titel wird von der Aenderung der Beneficien, und schliesslich im vierten von den Synoden, als ausserordentlichen (nadzwyczajne) Organen des Kirchenregiments gehandelt.

Der dritte, in drei Titel zerfallende, Abschnitt handelt unter der Ueberschrift »Besetzung der Beneficien« im ersten Titel von der Papstwahl, im zweiten von der Besetzung der übrigen Kirchenämter, und im dritten und letzten von der Erledigung und dem Ledigstehen der Beneficien.

Dies der Inhalt des ersten Bandes.

Der zweite, im Laufe dieses Jahres zu erwartende, Band soll in seinem zweiten Theile die kirchliche Verwaltung, und im dritten die »ausserhalb der Hierarchie sich bildenden Rechtsverhältnisse« beleuchten. Im Wesentlichen ist also hier die Eintheilung des Stoffes in kirchliche Verfassung und Verwaltung beibehalten.

Vor Allem muss mit Anerkennung hervorgehoben werden, dass der Verfasser in diesem seinem Werke einerseits die s. g. leges in

publico — ecclesiasticis — namentlich die österreichischen — nach Thunlichkeit berücksichtigt, und anderseits den einschlägigen literarischen Erzeugnissen — insbesondere jenen der letzten Decennien — die sorgfältigste Aufmerksamkeit widmet. Wir haben hier nicht sowohl jene, bereits früher erwähnte, den dritten Abschnitt der Prolegomena bildende Rundschau, als vielmehr die an passenden Stellen und zahlreichen Noten zusammengedrängten literarischen Anmerkungen vor Augen.

Was dagegen das Citiren von Belegstellen anbetrifft, so sei bemerkt, dass ältere Canonisten hier weniger benutzt wurden, wiewohl Citate aus den classischen, präcisen Werken derselben oft gerade die beste Illustration des Textes bilden. Nach der Ansicht des Verfassers sollen hier neuere, auf die Schriften früherer Canonisten reflectirende Werke ausreichen.

Durch die Natur der Sache wird es ferner erklärlich, dass es Autor für angezeigt fand, an entsprechenden Stellen seines Werkes historische, die Kirche in Polen betreffende Einzelnheiten einzustreuen, welche meistens aus der polnischen Rechtsgeschichte des Bandtkie, sowie aus der bereits vorhin erwähnten Encyclopädie entlehnt erscheinen.

Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes an sich, so wie in Anbetracht der ihm gerade in jüngster Zeit geschenkten Beachtung — wir erinnern nur an die betreffenden Werke Schulte's, Maassen's Hinschius' u. A. — ist es wohl zu bedauern, dass Verfasser die Quellenlehre in jedenfalls zu flüchtiger, succincter Manier behandelt hat, etwa so, wie dies im Handbuche Helfert's geschieht. Dies ist um so auffallender, als Rittner's Buch — wie dies der Verfasser selbst zugibt — gewissermassen die Mitte hält zwischen einem gewöhnlichen, einfachen Compendium und einem ausführlicheren System des Kirchenrechts.

Die äussere Ausstattung des Buches ist empfehlenswerth; der Styl ist correct und präcis; die meisten — wenigstens die sinnstörenden — Druckfehler sind gehörig berichtigt.

Eine detaillirtere Besprechung des Inhalts dieses Werkes soll nach dessen Vollendung erfolgen.

Prof. Dr. *Udalrich Heyzmann* in Krakau.

2. *Originum Cisterciensium tomus I, in quo praemissis congregationum domiciliis adjectisque tabulis chronologico-genealogicis veterum abbatiarum a monachis habitatarum fundationes ad fidem antiquissimorum fontium primus descripsit P. Leopoldus*

Janauschek monasterii B. M. V. de clara Valle Austriae Ord. Cist. presb. SS. theol. doctor etc. Vindobonae in commissis apud Alfr. Hoelder 1877 (VII, LXXXII. 394 S. gr. 4. Preis: 20 Mark).

Der erste Band dieses mit Subvention der k. k. Academie der Wisssenschaften in Wien gedruckten und trefflich ausgestatteten Werkes hat allenthalben die verdiente Anerkennung gefunden, obschon er eigentlich nur Vorläufer, Prodromus eines sehr umfassenden und mühevollen Ganzen über eine der berühmtesten Ordensfamilien ist, die im Laufe der Zeit aus vielen Ländern gänzlich verdrängt ward und was deutschredende Gebiete anlangt, nur noch im österreichischen Kaiserstaate sich findet.

Der vorliegende Band beschäftigt sich mit den Mannsklöstern der Cistercienser, scheidet die fälschlich diesen zugetheilten Klöster aus, schildert 742 Ordenshäuser, die von Ende des XI. resp. Anfang des XII. bis in das XVII. Jahrhundert gegründet wurden, gibt ihre oft sehr verschieden geschriebenen Namen, ihre Schicksale und die darüber vorhandene Literatur, die mit grossem Fleisse gesammelt und mit seltener Erudition gewürdigt wird. Schon das in der Introductio p. XXX—XLII. gedruckte Verzeichniss der benützten Bücher und Handschriften gibt einen Einblick in die grossartigen Studien des Verfassers; man wird nur wenige ihm unbekannt gebliebenen Schriften vermissen, wie z. B. die von *Brückner* über die Klöster in Thüringen. Es waren auch grosse Anstrengungen nöthig, um genaue und zuverlässige Data über die von Citeaux unmittelbar oder mittelbar ausgegangenen Klöster festzustellen; von Citeaux aus wurden 28 Abteien in Frankreich, Belgien, Spanien, Italien, England und Scandinavien gegründet, von seiner ältesten Tochter La Ferte wieder 5, von der zweitältesten Pontigny 16, von der drittältesten Clairvaux 80, von der viertältesten Morimond 28, darunter Ebrach in Oberfranken, ehedem zur Diöcese Würzburg, jetzt aber zu Bamberg gehörig (was p. 13 und p. 315 zu berichtigen wäre), Beaumont in der Diöcese Tripolis in Syrien u. s. f. Es war ein äusserst fruchtbarer Baum, der im Norden wie im Süden Gedeihen fand und allenthalben die reichsten Früchte trug, der das reichlichste Lob verdiente, wie es ihm z. B. Papst Alexander III. ep. 311. 324. (Migne t. 200. p. 336. 349.), Johannes von Salisbury (Polycrat. VII. 21.), Richard von Canterbury (Petrus Bles. ep. 82.) gespendet haben. Ueber die Ursachen des Verfalls und die schweren Schläge, die den Orden trafen, spricht sich der Verfasser sehr ernst aus und nach Erwähnung der neuesten Schicksale schliesst er den ersten Paragraphen der Einleitung p. XII.

mit den Worten: »Sed tamen italicis monasteriis nuper suppressis ipsisque Trappistis e regno Borussico ejectis atque saeculo et religioni et monachis ubique infestissimo non confidimus fore, ut reliquae Cisterciensi soboli, qualicumque laborum genere meruit meretque, parcatur.« Dass aber ein Orden, in dem noch eine so rege Thätigkeit sich findet, seine Zerstörung verdiente, werden selbst die Feinde des Klosterlebens nicht zu behaupten wagen.

Bei dem überwiegend historischen Interesse der vorliegenden gediegenen Arbeit kann das Archiv für Kirchenrecht eine eingehende Besprechung derselben nicht liefern; es genüge darauf hinzuweisen, wie wichtig die alte Charta charitatis und die Generalcapitel dieses Ordens für die Disciplin der Regularen überhaupt geworden sind, wie das goldene Zeitalter dieses Ordens von 1134—1342 grösstentheils mit der Blüthe der kirchlichen Rechtsstudien zusammenfällt, wie viel die Cistercienser als päpstliche Legaten, besonders unter Innocenz III., Honorius III. und Gregor IX., dann auch als Gelehrte geleistet haben, wie vielfaches Interesse ihre Stellung zu den Bischöfen und zu anderen Orden erregt. Von der sehr wünschenswerthen Weiterführung des Werkes ist noch viel Treffliches zu erwarten.

Prof. Dr. *J. Hergenröther* zu Würzburg.

3. *Die königliche Nomination der Bischöfe in Bayern, von R. Freiherr v. Oberkamp, Päpstlicher Geheimer Kämmerer und Domcapitular zu München, Mainz, Franz Kirchheim 1878. 29 S. 8.*

Ein verbesserter Seperatabdruck von Artikeln, die zuerst in der Berliner Zeitung »Germania« (im Februar 1877) erschienen und gegenüber einem officiösen Artikel der Augsburger »Allg. Ztg.« ausführen, dass der Landesherr als solcher kraft seiner landesherrlichen Gewalt noch keine geistlichen oder quasigeistlichen Rechte, namentlich auch kein Patronatsrecht und auch kein Nominationsrecht besitzt; dass die bayerische Regierung bei den Concordatsunterhandlungen allerdings das Patronatsrecht oder die Nomination zu den Bischofssitzen, den Dignitäten und Präbenden an den Cathedralkirchen als ein »Königliches Recht« beanspruchte, keineswegs aber die Anerkennung dieser Forderungen bei der römischen Curie erreicht, sondern nur (durch Art. 9. des Concordates) die königliche Ernennung zu den Bischofssitzen und den in den ungeraden (päpstlichen) Monaten sich erledigenden Canonicaten als ein vom Papste gewährtes kirchliches Privileg, als »apostolisches Indult concedirt« erhielt.

(Man vergl. über diese Frage auch *Archiv* Bd. 34. S. 367 ff., Bd. 38. S. 82. nebst der Druckfehlerberichtigung Bd. 39. S. 480, und *Archiv* Bd. 39. S. 193 ff.).

4. *Handbuch der Verwaltung des Kirchenvermögens im Königreich Bayern diesseits des Rheines, bearbeitet von Ludwig Heinrich Krick, Dompfarrcooperator in Passau, Ebendaselbst J. Bucher 1878. XII u. 196 S. 8.*

Eine genaue und sorgfältige Darstellung der complicirten in Bayern bestehenden staatskirchlichen Bestimmungen bezüglich des Kirchenstiftungsvermögens, der Bildung, Wahl und rechtlichen Stellung der Kirchenstiftungsverwaltung, über den Wirkungskreis der Kirchenverwaltung in Ansehung der Verwaltung des Vermögens und der Renten und in Betreff des Bauwesens, endlich über die Geschäftsführung im Allgemeinen und das Etats-, Casse- und Rechnungswesen insbesondere. Beigegeben sind nicht weniger als 34 Formularien und ein ausführliches Sachregister. Das Werkchen, welches sich auch durch klare und übersichtliche Darstellung auszeichnet, hilft um so mehr einem derzeitigen praktischen Bedürfnisse ab, als die beiden früher erschienenen Handbücher über die Verwaltung des Kirchenvermögens in Bayern von Haberstumpf (1834) und Aull (1855) veraltet sind, das von Aull ohnehin schlecht gearbeitet ist. Der denkende Leser muss übrigens aus der Zusammenstellung der bayerischen Curatelvorschriften die Ueberzeugung gewinnen, dass, wie auch der Herr Verfasser des vorliegenden Buches am Schlusse der Vorrede bemerkt, »das Verlangen, es möchte die Verwaltung des Kirchenvermögens von manchen mit dem Geiste der neueren Gesetzgebung nicht mehr in Einklang stehenden Schranken befreit und den Verwaltungsorganen, welche bezüglich ihrer Befähigung zum mindesten nicht hinter den Organen der Gemeindeverwaltung zurückstehen, gleich diesen ein etwas freierer Spielraum gewährt werden, kein ungerechtfertigtes sei.« Bekanntlich wurde in Bayern bereits durch §. 18. des a. h. Landtagsabschieds vom 18. Februar 1871 die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Verwaltung des Kirchenvermögens in Aussicht gestellt.

5. *Handbuch der allgemeinen Kirchengeschichte, von Professor Dr. J. Hergenröther. 2. Bd. 2. Abth. Freiburg i. Br. Herder 1878. (Theol. Bibl. XV.) S. 481—1112.*

Das vortreffliche Werk liegt jetzt, mit sorgfältigem Register versehen, bis auf den wohl bald folgenden Band, der die Quellen- und Literatur-Belege und noch einige Detailausführungen enthalten soll, vollendet vor. An Reichthum und Vielseitigkeit des Inhalts übertrifft es weit

alle seitherigen Handbücher, und dabei zeichnet es sich durch Klarheit und Einfachheit und Uebersichtlichkeit der Darstellung aus. In jeder der neun Perioden, in welche der Verfasser die kirchengeschichtliche Entwicklung eintheilt, ist regelmässig das Wirken des päpstlichen Primates vorangestellt, und in besonderen Abschnitten das Missionswesen, ebenso Wissenschaft, Kunst und religiöses Leben geschildert, ferner besonders eingehend die Entwicklung des staatskirchlichen Verhältnisses in den einzelnen Ländern und der Zustände in der orientalischen Kirche bis zur Gegenwart.

6. *Die Unabhängigkeit des heiligen Stuhles, von Card. Manning, Erzbischof v. Westminster. Autoris. Uebers. von Dr. Wilhelm Bender, Professor an der katholischen Universität in London. Berlin 1878, Verlag der Germania (Ed. Eirund) 126 S. 8.*

Die Vorrede (S. 3—18.) stellt einander gegenüber die Aussprüche hervorragender liberaler und sonstiger Staatsmänner, welche die Unabhängigkeit, bezhw. die weltliche Herrschaft des Papstes in Rom als eine nothwendige Bedingung für den internationalen Frieden Europas ansehen und die feindselige Stellung, welche die italienische Revolution und dieser sich liirende Staatsmänner der Gegenwart gegenüber der päpstlichen Auctorität einnehmen. Das 1. Cap. (S. 19—36) legt sodann die weltliche Herrschaft des Papstes in historischer Entwickelung als eine göttliche Anordnung dar; Cap. 2. (S. 37—58) führt aus, wie dieselbe die nothwendige Bürgschaft für die Unabhängigkeit der geistlichen Auctorität bilde; Cap. 3. (S. 59—83) charakterisirt sodann im Einzelnen die piemontesische Invasion als eine Verletzung der providentiellen Ordnung der christlichen Welt und Cap. 4. (S. 84—121) schildert die Folgen, welche die Vernichtung der päpstlichen Auctorität für Italien, für Europa und für die katholische Kirche gehabt hat. Als Anhang (S. 122—126) ist noch das Schreiben des Cardinal-Staatssecretärs Simeoni vom 21. März 1877 an die apostolischen Nuntien über das Vorgehen der italienischen Regierung gegenüber der Allocution vom 12. März 1877 in Uebersetzung mitgetheilt. Die scharf und markirt gehaltene, im Original schon vor einem Jahre erschienene Schrift des Cardinals wird gewiss auch in Deutschland vielseitiges Interesse bieten.

7. *Die Schulfrage von Dr. Conrad Martin, Bischof v. Paderborn. Berlin 1878, Verlag der Germania (Ed. Eirund) 28 S. 8.*

Der hochwürdige Herr Verfasser schildert hier 1. die Pflichten aller Katholiken, 2. die besonderen Pflichten der Priester und der Eltern in der gegenwärtig so brennenden Schulfrage. Ein warm und klar geschriebenes Hirtenwort aus der Verbannung.

8. *Die Parteien im deutschen Reichstag und die Socialdemocratie. Ein Beitrag zur Lösung der brennenden Frage der Gegenwart von Carl Fürst zu Isenburg-Birstein. Mainz, Franz Kirchheim 1877, II. Bl. und 283 S. 8.*

Diese interessante Schrift, welche wiederum den erfreulichen Beweis liefert, dass man katholischer Seits auch in den höheren Kreisen der brennenden socialen Frage rege Aufmerksamkeit schenkt, neben vielem sehr Treffenden auch Manches vorbringt, worüber sich streiten lässt, ist grossentheils kritischen und so mannigfaltigen zudem meistens politischen Inhalts, dass wir darum im Archiv nicht näher darauf eingehen können. Jedoch wollen wir hier auf das längere Capitel über die *socialdemocratische Partei* (S. 8—107) hinweisen, worin eine historische Entwicklung der socialistischen Bewegung gegeben wird, die Behauptungen socialdemocratischer Bücher in Betreff der Religion, Ehe, allgemeine Theilung etc. zurückgewiesen werden, und der Socialismus als Consequenz des Liberalismus dargelegt wird, wie er sich aus der französischen Revolution von 1789 entwickelt hat. *Vering.*

9. *Zweiter Jahresbericht des katholischen Arbeiterinnenvereins in Viersen, erstattet von Dr. P. Norrenberg, Vereinspräses. — Als Einleitung eine Abhandlung über: Die christliche Organisation der Frauenarbeit.« Viersen 1878. 49 S. 8.*

Eine der grössten Schattenseiten unserer heutigen Productionsverhältnisse ist bekanntlich die Thatsache, dass die persönlichen Beziehungen zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter so gut wie gänzlich gelöst sind. Der Geselle wie der Lehrling im Mittelalter waren Glieder der Familie des Meisters und selbst der hörige Bauer stand dem Gutsherrn mit dem er täglich verkehrte, nicht fremd gegenüber und dieser persönliche Verkehr trug viel dazu bei, das Verhältniss zwischen Herrn und Knecht — mochte dasselbe juristisch noch so schroff formulirt oder gefasst sein — wenigstens factisch zu mildern und zu einem erträglichen zu gestalten. Durch die Entwickelung der modernen Industrie wurde dies gänzlich geändert. Der heutige Fabrikant, der Hunderte oder Tausende von Arbeitern beschäftigt, kann unmöglich mit jedem Einzelnen derselben verkehren, er kennt sie vielleicht nicht einmal dem Namen nach und steht ihnen — wie der Käufer dem Verkäufer — vollständig fremd gegenüber. Gesetzlich allerdings ist das Verhältniss zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ein viel milderes geworden. Es gibt keine Leibeigenschaft oder Hörigkeit mehr und selbst den früheren Unterschied von Herr und Knecht hat unsere humane Gesetzgebung beseitigt, so dass wir heute im Arbeitgeber und Arbeiter nur zwei Compaciscenten sehen, die sich unabhängig und ebenbürtig gegenüber stehen, zwei Compaciscenten, die über den Kauf und Verkauf einer Waare, genannt Arbeitsleistung, mit einander unterhandeln. Ungeachtet dieser Milde der Gesetzgebung kommt es aber oft genug vor, dass der heutige freie Arbeiter factisch viel schlimmer daran ist, als etwa ein Sclave. Denn der Sclave eines milden Herrn wird von diesem wie ein Freund oder Angehöriger behandelt, während der moderne Arbeit-

geber nur zu häufig wie ein Shylock auf seinem Schein besteht und die strikteste Erfüllung der Verbindlichkeiten fordert, die der Arbeiter scheinbar frei, thatsächlich aber durch seine Noth gezwungen, übernahm.

Diese Uebelstände und die hieraus sich ergebende Verwilderung der Sitten unter den Arbeitern, speciell unter den Fabrikarbeiterinnen, zu bekämpfen, ist die Tendenz der dem Eingangs genannten »Jahresberichte« als Einleitung beigefügten Abhandlung: »Die christliche Organisation der Frauenarbeit.« Der Verfasser als Präses eines katholischen Arbeiterinnenvereins entwickelt zunächst die Pflichten des christlichen Arbeitgebers gegenüber seinen Arbeiterinnen und schildert sodann die Aufgabe, die dem Seelsorger in dieser Beziehung obliegt [1]). Man mag den principiellen Standpunkt des Verfassers theilen oder nicht, so viel ist jedenfalls richtig, dass ein Aufrechthalten der gegenwärtig beliebten rein geschäftlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auf die Dauer unmöglich ist, dass der Arbeiter von seinem Herrn nicht wie eine Sache, sondern als Mensch behandelt werden muss, und dass die liebevolle Behandlung, die dem Dienenden entgegengebracht wird, ihre hundert- und tausendfältigen Früchte trägt.

Prof. Dr. *F. Kleinwächter* zu Czernowitz.

10. Unser Eherecht und das Staatsgrundgesetz. Von Dr. Friedr. Maassen. Ein am 14. Januar 1878 in der Wiener Jurist. Gesellschaft gehaltenen Vortrag. Vom Verfasser allein autorisirte Ausgb. Gratz, Leuschner u. Lubensky (1878) 27 S. 8.

Dieser Vortrag beschäftigt sich mit den Inconsequenzen der derzeitigen bürgerlichen Ehegesetzgebung in Oesterreich, enthält manche treffende Bemerkung, manches zu Bestreitende oder bei einer vollständigen Erörterung im anderen Lichte Erscheinende. Der Inhalt des Vortrags wird sowohl auf katholischer, wie auf liberaler Seite keinen vollen Beifall finden. Er plaidirt dafür, dass das bürgerliche Gesetz die kirchliche Eheschliessungsform als Regel beibehalte, das Ehehinderniss der höheren Weihen und des feierlichen Gelübdes der Ehelosigkeit für abgefallene Priester und Mönche und das sogenannte Ehehinderniss des Katholicismus aufhebe.

Vering.

1) Die ganze Schrift ist mit anregender Frische und Wärme verfasst, verräth eine gründliche Kenntniss der einschlägigen, besonders der Fabriksgesetzgebungen der verschiedenen Länder, wie auch der thatsächlichen Verhältnisse der Arbeiter-, namentlich der Fabriksbevölkerung. Interessant ist z. B. auch (S. 24 ff.) seine Schilderung der Arbeiterinnenvereine, solcher, die in Frankreich und Belgien in Form religiöser Congregationen vorkommen und derjenigen, die in Deutschland auf katholischer Seite mit einer weitergehenden Aufgabe als in Frankreich bestehen, und wie namentlich der in Viersen am Niederrhein unter Leitung des Herrn Dr. Norrenberg auch Arbeiterinnen mit weniger entwickeltem religiösen Sinne aufnehmen, jedoch die religiöser Gesinnten zum Eintritt in die Marianische Congregation oder unter die Tertiarerinnen des heiligen Franciscus veranlassen. (Die Red.).

IX.

Drei Fragen über die Civilehe.

(Verweigerung der kirchlichen Trauung. — Kirchliche Giltigkeit der Civilehe. — Mangel der Taufe).

Von Domcapitular Prof. Dr. *J. J. Hirschel* zu Mainz.

§. 1. Bekanntlich wurde durch das Gesetz vom 6. Februar 1875 die Beurkundung der Eheschliessungen »ausschliesslich durch die vom Staate bestellten Standesbeamten mittels Eintragung in die dazu bestimmten Register« für den Umfang des jetzigen deutschen Reiches angeordnet. Darnach könnte man meinen, dieses Gesetz wolle nur eine bürgerliche *Beglaubigung* der Eheabschliessung zu dem Zwecke einführen, dass die bürgerlichen Wirkungen der Ehe lediglich an die bürgerliche Beurkundung des Eheabschlusses, etwa weil diese sicherer, genauer und den bürgerlichen Verhältnissen angemessener sei, geknüpft werde. Darnach könnte man weiter meinen, die Ehe selbst werde nach dem angeführten Reichsgesetze nicht als eine rein bürgerliche Einrichtung und die Eheschliessung nicht als eine blos bürgerliche Handlung betrachtet; man könnte also meinen, Ehe und Eheabschluss blieben der Kirche belassen, nur deren für die bürgerlichen Folgen der Ehe nothwendige Beglaubigung derselben sei vor dem bürgerlichen Standesbeamten vorzunehmen. Einen solchen Ausweg hatte wohl Pius IX. im Auge, als er bei Gelegenheit der Verhandlungen vor den piemontesischen Ständen über die Einführung der Civilehe an den König Victor Emanuel unter dem 9. September 1852 schrieb: »Es gibt indess kein anderes Mittel der Versöhnung, als dass der Kaiser behält, was ihm gehört und der Kirche lässt, was ihr zusteht. Die bürgerliche Gewalt soll nämlich Verfügungen treffen hinsichtlich der bürgerlichen Wirkungen, welche aus der Ehe entspringen, allein der Kirche überlassen, die Bestimmungen bezüglich deren Giltigkeit unter den Christen anzuordnen. Das bürgerliche Gesetz soll die Giltigkeit oder Ungiltigkeit der Ehe von den Vorschriften der Kirche abhängen lassen und von dieser

Thatsache aus, welche festzusetzen nicht seines Berufes ist, soll es dann hinsichtlich der bürgerlichen Folgen verfügen [1]).«

Allein das Gesetz vom 6. Februar 1875 führt in der That eine neue, ihm eigenthümliche Ehe ein, mit besondern Ehehindernissen (§. 28—39.) mit staatlicher Dispensation (§. 40.) eigenem Aufgebote und Eheabschlusse (§. 41—54.), ausschliesslicher Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte in Ehestreitigkeiten (§. 76.), mit erweiterter Eheauflösung (§. 77.) und endlich mit einer Strafbestimmung für den Geistlichen wegen Vornahme einer kirchlichen Eheschliessung vor dem Nachweise der Eingehung der Ehe vor dem bürgerlichen Standesbeamten (§. 67.).

So wurde denn die Civilehe, für Europa eine in der *französischen Revolution* durch die Constitution vom 13. September 1791 und das Gesetz vom 25. September 1792 eingeführte Einrichtung, nach mehr als achtzig Jahren endlich auch in das neue deutsche Reich verpflanzt, eine schon nach ihrem Ursprunge höchst verdächtige Neuerung, welche desshalb und wegen der gerade in Frankreich gemachten Erfahrungen nur zur grössten Vorsicht hätte mahnen sollen. Denn dort wurden einige Bestimmungen, welche die bürgerliche Ehe in unerträglichen Widerspruch mit der Lehre und den Gesetzen der Kirche, den guten Sitten und dem gemeinen Besten brachten, wie die Möglichkeit der Eheauflösung und Wiederverheirathung, die Verehelichung der Priester und Ordenspersonen, durch die Gesetzgebung, das Urtheil der höchsten staatlichen Körperschaften und die Rechtsprechung schon vor langer Zeit beseitigt. Auch waren in Frankreich im Allgemeinen die Gerichte wie die Rechtswissenschaft stets bestrebt, die Uebelstände, welche sonst sich aus dem Gegensatze der staatlichen und kirchlichen Ehe ergaben, möglichst zu heben oder doch zu lindern. Und schon seit geraumer Zeit erheben sich die Stimmen höchst angesehener Rechtsgelehrten gegen den Fortbestand der bürgerlichen Ehe überhaupt und für Einführung der kirchlichen Ehe und Ehegesetzgebung, weil diese allein dem Begriffe der Ehe nach dem natürlichen Rechte und der Offenbarung entsprächen, in

1) Non vi è pertanto altro mezzo di conciliazione che, ritenendo Cesare quello che è suo, lasci alla Chiesa ciò, che ad essa appartiene. Il potere civile disponga pure degli effetti civili che derivano delle nozze, ma lasci alla Chiesa il regolarne la validità fra i cristiani. La legge civile prenda le mosse della validità od invalidità del matrimonio, come sarà dalla Chiesa determinata, e partendo da questo fatto che é fuori della sua sfera il costituirlo, disponga allora degli effetti civili.

der Ueberzeugung des Volkes begründet seien und einzig die Grundlage zu einem gesunden Familienleben und somit zur Wohlfahrt des gesammten Staates bildeten. So sprachen sich namentlich aus der berühmte Advocat zu Lyon und langjährige Präsident der Deputirtenkammer *P. Sauzet*[1]; so der Advocat und jetzige Professor der Rechte an der katholischen Universität zu Lyon *Andreas Gairal*[2]) und in seinen an der katholischen Facultät der Rechte gehaltenen Vorträgen der Advocat und Professor *Lucien Brun*[3]). Nachdem der heilige Vater Pius IX. am 3. October 1875 am Schlusse seiner Anrede an Pilger aus Belgien bemerkt hatte, unter zahlreichen Dingen, welche man von den Regierungen verlangen müsse, sollten sie fordern, dass das Sacrament der Ehe dem bürgerlichen Ehevertrage vorausgehe[4]), wurden zu diesem Zwecke an die belgische Regierung und nach einer vortrefflichen Rede des Advocaten *Théry* zu Lille auf einer dort von den katholischen Vereinen der Departemente des Nordens und des Pas-de-Calais abgehaltenen Versammlung Eingaben an das französische Gouvernement gerichtet. Weil man aber einsah, dass man unter den bestehenden Verhältnissen in Frankreich die Forderung, dass eine jede Ehe zuerst kirchlich und darauf bürgerlich eingegangen werde, wie es vor dem Jahre 1853 im Königreiche Sardinien eingeführt war[5]); nicht durchsetzen werde, so beschränkte man sich darauf, wenigstens zu verlangen, dass die kirchliche Ehe gesetzlich *vor* der bürgerlichen Ehe abgeschlossen werden *könne*. Diese Forderung ist nämlich gleichbedeutend mit der *Abschaffung* der Bestimmungen des französischen Strafgesetzbuches, (Art. 199. und

---

1) Réflexions sur le mariage civil et le mariage religieux en France et en Italie, 1853 und 1872; Die Civilehe und die kirchliche Ehe, Mainz bei Kirchheim 1873. Siehe meine Schrift: Geschichte der Civilehe in Frankreich. Mainz, Kirchheim 1873.

2) S. Le mariage civil et le mariage religieux in der Revue catholique des institutions et du droit par une société des jurisconsultes, Grenoble, Paris. Février et Août 1875.

3) In der angeführten Revue, Mars 1877.

4) Et entre les nombreuses choses qu'il faut réclamer des gouvernements, demandez que le sacrement de mariage précède le contrat civil.

5) Art. 108. du Code Albertin: La célebration du mariage a lieu suivant les régles et avec les solennités prescrites par l'Eglise catholique, sauf ce qui est établi ci-après relativement aux sujets non catholiques et aux Juifs.

Art. 150: Les fiançailles et les mariages, entre personnes qui professent un culte toleré dans l'Etat, sont régis par les usages et les réglements qui les concernent.

200.), nach denen jeder Religionsdiener, welcher zur kirchlichen Feier einer Ehe schreitet, ohne vorher eine Bescheinigung vom Civilstandsbeamten über den Vollzug der bürgerlichen Ehe empfangen zu haben, zum Erstenmale mit einer Geldbusse von 16—100 Fr. und beim ersten Wiederholungsfalle mit Gefängniss von 2—5 Jahren und beim zweiten mit Zuchthaus bestraft werden solle.

Eine solche Anordnung bringt natürlich und zwar gerade unter den traurigsten und drängendsten Umständen, wie wenn es sich um den Abschluss einer kirchlichen Ehe auf dem Todbette oder unmittelbar vor der Auswanderung ohne vorherige Civilehe handelt, die empfindlichsten Härten und einen wahrhaften Eingriff in die Gewissensfreiheit hervor. Auch steht diese Bestimmung im offensten Widerspruche mit dem Grundsatze der französischen Revolutionsgesetzgebung, dass diese nämlich und vorzugsweise in Bezug auf die Ehe keinerlei Rücksicht auf die Religion und die kirchlichen Einrichtungen nehme, sondern in dieser Hinsicht den Religionsgesellschaften und deren Mitgliedern die volle Freiheit lasse. Daher sagt der Professor der Staatsökonomie an der Rechtsschule von Paris und später Minister des Innern und des Unterrichtes *Batbie*, entweder gelte die religiöse Ehe in den Augen des Gesetzgebers nichts, warum dann die Artikel 199. und 200. des Strafgesetzbuches, welche eine religiöse Handlung zu einem Verbrechen machten? oder die religiöse Ehe sei eine wichtige Thatsache, warum nehme alsdann das bürgerliche Gesetzbuch gar keine Rücksicht auf sie? Man müsse zwischen diesen zwei Auffassungsweisen wählen. Dass aber die kirchliche Ehe für das bürgerliche Gesetz nicht existire, dennoch aber für das Strafgesetz eine verbrecherische Handlung zur Folge habe, sei offenbarer Widerspruch [1]). In der erwähnten Revue catholique, Januar 1876, spricht sich der Anwalt an dem Appellhofe zu Grenoble Dr. *E. Perrier* gleichfalls dafür aus, vorerst zu verlangen, dass die kirchliche Ehe vor der bürgerlichen eingegangen werden dürfe und demnach die Artikel 199. und 200. des Strafgesetzbuches abgeschafft werden müssten. Auch

---

1) De deux choses l'une: ou le mariage religieux n'est rien aux yeux du législateur, et alors pourquoi les articles 199 et 200 du Code pénal, qui erigent en délit un acte de religion? ou le mariage religieux est un fait important, et alors pourquoi le Code civil n'en tient il aucun compte? Il faudrait choisir entre ces deux partis. Que le mariage religieux soit non existant pour la loi civile et constitue un fait délictueux pour la loi pénale, c'est une contradiction manifeste. — La Revue critique de législation, 1867, t. XXX., p. 214.

weist derselbe auf einen Artikel im Moniteur universel von *Eugen Asse* hin, in welchem dieser meint, die Katholiken gingen zu weit mit der Forderung, dass das Sacrament der Ehe dem bürgerlichen Vertrage vorausgehe, allein er hält es für durchaus der Gewissensfreiheit entsprechend, die Abschaffung des Art. 199. des Strafgesetzbuches zu begehren und demzufolge die Aufhebung der Bestimmung, dass die bürgerliche Ehe der kirchlichen vorgehen müsse.

In den schon angeführten Vorträgen sprach Professor Dr. *L. Brun* zu Lyon: Nun, meine Herren, nachdem alle Vorbehalte gemacht, fassen wir das ins Auge, was allgemein als eine Nothwendigkeit betrachtet wird und verlangen wir im Namen der Gewissensfreiheit, dass die religiöse Ehe der bürgerlichen vorgehen könne. Welcher ehrliche Gegner würde wagen in diesen engen Grenzen die Rechtmässigkeit und Angemessenheit unserer Forderung zu bestreiten? Ich verlange nicht, dass die religiöse Ehe die bürgerliche Ehe ersetzen könne, ich verlange, dass sie nach dem Belieben der Eheleute den Vorrang der Zeit nach haben könne. Diese Verbesserung ist gar unzureichend, ich erkenne es an; denn vor wie nach wird der Staat der Herr über die Ehe sein, da die Ehe nur dann bürgerlich giltig ist, wenn sie unter den Bedingungen geschlossen wurde, welche der Staat in seiner Machtvollkommenheit festsetzte. Einmal werden, dies ist meine feste Ueberzeugung die Gesetzgeber, angetrieben durch eine edelmüthige Hochachtung vor den Rechten Gottes und der Gewissensfreiheit mit der Kirche sich über diejenigen Punkte verständigen, welche die katholische Glaubenslehre berühren. Ein Concordat wird die Grenzen der beiden Gebiete bestimmen und die blos bürgerliche Ehe, welche, Gott sei Dank, in unsern Sitten nur eine Ausnahme und ein Bruch mit der Welt der anständigen Frauen und braven Männer ist, wird endlich aufhören im französischen Gesetze die ausschliessliche Stelle einzunehmen, welche ihr die Revolution anwies. — In Erwartung dieser Stunde und um sie zu beschleunigen, haben wir Glauben an die unwiderstehliche Macht der Wahrheit, welche spricht, und des Rechtes, welches sich befestiget. Halten wir das Recht nicht verborgen und die Wahrheit nicht gefangen. Beanspruchen wir auf gesetzliche, ruhige Weise, aber mit unbesiegbarer Beharrlichkeit *die Freiheit der Ehe*[1]).

§. 2. Während man in *Frankreich* sich so über die Civilehe in ihrem Verhältnisse zur kirchlichen äusserte, fanden im *deutschen*

1) Revue catholique, Mars 1877, p. 187.

Reichstage in den Jahren 1873 und 1874 in Folge eines Antrages von *Völk* und *Hinschius* und im Jahre 1875 in Folge des vom *Bundesrathe* am 6. Januar 1875 eingebrachten Gesetzentwurfes weitläufige und vielfach sehr erregte Verhandlungen über Einführung der bürgerlichen Ehe statt, aus welcher das Gesetz vom 6. Februar 1875 hervorging.

Diese Verhandlungen machen im Ganzen keinen wohlthuenden Eindruck. Sie wurden nicht mit dem der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechenden Ernste, Gründlichkeit und Unparteilichkeit geführt. Der eigentliche Zweck des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschliessung war eingestandenermassen ein *Parteizweck*, nämlich der, dass durch diese neue Einrichtung der Staat von der Kirche befreit und unabhängig und ihre und der Geistlichkeit Macht und Einfluss gebrochen werde. (In diesem Sinne äusserte sich der Antragsteller Völk in der Reichstagssitzung vom 23. April 1873, 24. März 1874 und 23. Januar 1875.) Es ist aber gewiss sehr bedauernswerth und höchst schädlich, wenn die nothwendigste und wichtigste Einrichtung für die menschliche Gesellschaft nach dem engherzigen, einseitigen und darum verkehrten Parteistandpunkte bemessen wird. Bei den erwähnten Verhandlungen wurde auch nicht ein einigermassen stichhaltiger Grund für die Einführung der Civilehe vorgebracht. Denn der als Nothstand bezeichnete Umstand, dass Solche, welche die kirchliche Trauung verschmähten oder welchen sie verweigert werden musste, verhindert wären, von ihrem natürlichen Rechte der Eheschliessung Gebrauch zu machen, konnte eine weise Gesetzgebung nicht veranlassen, eine seit dem Bestehen des Volkes vorhandene, in seiner religiösen Ueberzeugung eingewurzelte und mit seinem Leben innigst verwachsene, nach Begriff, Zweck und Pflichten religiöse Einrichtung — ganz abgesehen von dem durch das Christenthum der Ehe verliehenen übernatürlichen Charakter — zu Gunsten einer mit dem religiösen Glauben und Leben der grossen Mehrheit nicht übereinstimmenden Minderheit abzuschaffen. Denn wenn man auch dem jetzt geltenden, aber unrichtigen Begriffe der Gewissensfreiheit nachgeben wollte und vielleicht mit Rücksicht auf die einmal herrschende Verschiedenheit und Verwirrung in der religiösen Ueberzeugung es durfte, so hätte dies in der Art geschehen können und müssen, dass man denen, welche eine kirchliche Ehe nicht einzugehen vermögen, für ihre Verbindungen die Theilnahme an den bürgerlichen Wirkungen der Ehe ermöglicht hätte. Zwar bleibt die Freiheit der kirchlichen Eheschliessung bestehen, allein sie wird nicht blos im

Widerspruche mit dem Grundsatze der *Unabhängigkeit* der *kirchlichen* und *bürgerlichen* Ehe, sondern auch auf eine unter Umständen eine wahre *Gewissensnoth* begründende Art dadurch beschränkt, dass nach §. 67. des Gesetzes über Beurkundung des Personenstandes die Eingehung der bürgerlichen Ehe derjenigen der kirchlichen unter Bestrafung des dagegen handelnden Geistlichen vorangehen muss. Anstatt das Volk zu erleichtern, wie es Pflicht der Obrigkeit ist, wird durch den Zwang zur Eingehung der Civilehe der übergrossen Mehrheit wenigstens der Katholiken zum Vortheile einer unbedeutenden Minderheit ein Opfer an Zeit und Geld auferlegt. Anstatt dass von der Staatsgewalt Verirrungen und Versuchungen zum Bösen von den Unterthanen ferngehalten werden sollen, wird ihnen in der Möglichkeit einer bürgerlichen Ehe mit Beseitigung der kirchlichen Ehehindernisse und der Unauflöslichkeit der Ehe eine wahre Lockspeise für den Leichtsinn, die Leidenschaften und die Gottlosigkeit geboten, andererseits dagegen bei wiedererwachendem Gewissen und richtiger Einsicht werden hierdurch schwere Gewissensbeängstigungen und unerträgliche Zustände geschaffen.

Alles dies wurde wiederholt in den Verhandlungen des Reichstages von den Gegnern der Civilehe mit allem Nachdrucke hervorgehoben, allein es machte auf die Mehrzahl der Abgeordneten und die Vertreter der Regierung keinen Eindruck. Die Parteiverblendung und die Abneigung gegen die katholische Kirche erwiesen sich zu mächtig.

Nachdem die bürgerliche Ehe in das neue deutsche Reich nunmehr eingeführt ist, muss die Kirche gegenüber dieser Einrichtung, wie sie es in andern Ländern gethan, Stellung nehmen und einerseits die heiligen, weisen und die Gesellschaft erhaltenden Grundsätze der kirchlichen Ehe durchaus aufrecht erhalten, andererseits aber auch bestrebt sein, dass der neuen Ehegesetzgebung eine *Auslegung* und *Anwendung*, welche der kirchlichen Ehe am Wenigsten schädlich sind, gegeben werden.

Aus dem blosen Daseine der Civilehe ergeben sich schon gegenüber der kirchlichen Ehe Fragen von grosser Schwierigkeit und der äussersten Wichtigkeit für das Leben. Es versteht sich von selbst, dass hier nur von solchen Beziehungen die Rede ist, welche *rechtlicher* Natur sind und diejenigen Fragen ausgeschlossen werden, welche in die *Pastoraltheologie* gehören.

Einer der Gegenstände, welche besprochen werden sollen, ist:

I.

Wie verhält es sich, wenn nach vollzogener bürgerlicher Ehe einer der Ehetheile die Eingehung einer kirchlichen Ehe verweigert[1]*?*

§. 3. Diese Frage beschäftigt schon seit langer Zeit die *französische Rechtsprechung* und *Rechtswissenschaft* und wurde in verschiedener Weise beantwortet. Es wird in Deutschland wie in Frankreich vorkommen, dass der eine Theil dem andern gegenüber nach erfolgtem Abschlusse der bürgerlichen Ehe die Eingehung einer kirchlichen Ehe versagt. Da es bei uns leider an gemischten Ehen nicht fehlt und Abneigung, Vorurtheile und Rücksichten manchen Protestanten bestimmen können und werden, nach eingegangener Civilehe die Trauung vor einem katholischen Priester dem katholischen Theile abzuschlagen, so wird der bezeichnete Fall, wenn man noch dazu die leichtfertigen und ungläubigen Katholiken in Anschlag bringt, gerade nicht sehr selten sich ereignen. Ebenso kann es auch vorkommen, dass ein ungläubiger, aufgeklärter Protestant nach dem bürgerlichen Eheabschlusse einem gläubigen Protestanten die von diesem gewünschte kirchliche Trauung verweigert. Es ist daher wichtig und sachgemäss zu untersuchen, welchen Einfluss auf die bürgerliche Ehe die Verweigerung des kirchlichen Eheabschlusses nach der nunmehr hinsichtlich der Civilehe geltenden Reichsgesetzgebung und überhaupt nach den im jetzigen deutschen Reiche massgebenden Rechtsgrundsätzen äussere und in welcher Weise die weltlichen Gerichte, welchen nach §. 76. des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschliessung vom 6. Februar 1875 die streitigen Ehe- und Verlöbnisssachen ausschliesslich zur Entscheidung überwiesen wurden, die vorliegende Frage zu beantworten haben werden.

Der bezeichnete Fall kann aber nur dann Gegenstand gerichtlicher Verhandlung werden, wenn nicht blos der durch die Verweigerung der kirchlichen Trauung verletzte Theil desshalb eine Klage anstellt, sondern es ist auch nothwendig, dass Derjenige, welcher nach vorausgegangener bürgerlichen Ehe den kirchlichen Eheabschluss versagt, entweder durch ein Versprechen sich für die Vor-

---

1) Man vgl. über diese Frage auch *Vering*, Lehrbuch des kathol. und protest. Kirchenrechts §. 183. Nr. IX. S. 722 f. und das dort gegen *Hinschius* und von diesem angezogenen französischen Autoren Bemerkte. (Die Redaction des Archivs).

nahme dieser Handlung erklärt hatte oder dass der wegen Unterlassung der kirchlichen Trauung klagende Theil nach der Persönlichkeit des andern Theiles und nach den Umständen mit allem Grunde erwarten musste, der letztere werde keineswegs die Eingehung der religiösen Ehe ablehnen. Liegen aber diese Voraussetzungen nicht vor, konnte der die kirchliche Trauung verlangende Theil nach seiner Kenntniss der Person des dieselbe verweigernden und nach den Verhältnissen mit allem Fuge annehmen, dass der letztere in dieser Weise handeln werde, oder gab der klagende Theil dem andern hinreichende Veranlassung zu der Folgerung, dass jener einen kirchlichen Eheabschluss nicht begehren werde; so bietet die Verweigerung der religiösen Trauung keinen Rechtsgrund zur Anstellung einer Klage; denn hier tritt die Rechtsregel ein: scienti et consentienti non fit injuria, reg. 27. de reg. jur. in IV^to. Auch kommt es zur richtigen Beurtheilung der angegebenen Verhältnisse gewiss darauf an, in welcher Weise und in welchem Umfange in den betreffenden Kreisen die kirchliche Eheeingehung nachgesucht und in welcher Art das Zusammenleben in einer blos bürgerlichen Ehe von der Bevölkerung im Ganzen betrachtet wird.

Was nun die Beantwortung der Frage, wie es sich im Falle der Verweigerung der kirchlichen Trauung von Seiten des einen Theiles mit der bereits abgeschlossenen bürgerlichen Ehe verhalte, betrifft, so behauptet *Marcadé*, Decan der Rechtsschule zu Montpellier und früher Advocat am Cassationshofe in seinem Werke: Elements du Droit civil français. Explicat. du Code civil l. I. titr. V. art. 180, auf Grund dieses Artikels könne eine bürgerliche Ehe wegen Versagung der kirchlichen Trauung durch den einen Gatten für *ungiltig* erklärt werden, weil in diesem Falle ein *wesentlicher Irrthum*, nämlich ein solcher über eine hauptsächliche Eigenschaft der Person (erreur sur une qualité principale de la personne) vorliege, in dem der andere Gatte mit Recht einiges religiöse Gefühl und eine Rücksichtnahme auf diesen andern Theil, welcher durch Vorenthaltung der kirchlichen Trauung in seinem Gewissen bedrängt und nach seiner Ueberzeugung in der öffentlichen Achtung herabgesetzt werde, habe voraussetzen müssen; da er sich aber in dieser Annahme getäuscht sehe, so sei ein *Irrthum in der Person* vorhanden, weil der klagende Ehegatte sich den beklagten Theil als eine andere Person vorgestellt habe, als er in Wirklichkeit sei und der Code civil blos erreur dans la personne und nicht erreur sur la personne als Grund der Nichtigkeitserklärung einer Ehe verlange, mithin nicht blos den Irrthum in der *physischen* Person selbst (erreur

sur la personne), sondern auch den Irrthum in einer *wesentlichen Eigenschaft* der Person (erreur dans la personne) als einen Grund anerkenne, aus welchem die Ehe aufgelöst, d. h. als nichtig erklärt werden könne.

Allein diese Ansicht Marcadé's, welche zwar von einigen Tagesblättern mit Beifall aufgenommen wurde, fand bei den französischen Rechtsgelehrten weniger Aufnahme als Widerspruch. Sie wurde bekämpft von *Batbie*, Professor an der Universität zu Paris und ehemaliger Minister des Innern in seinem in der Academie der Wissenschaften verlesenen Aufsatze: Revision du Code Napoléon, von *Duverger*, gleichfalls Professor an der Universität von Paris in der Revue critique de législation von 1867, von P. *Daniel* in: Le mariage chrétien et le Code Napoléon, Paris, Palmé 1870 und kürzlich noch von *Lucien Brun*, Advocat, Professor an der katholischen Rechtsschule zu Lyon und Senator in seinen in letzterer Stadt in den Monaten Januar und Februar 1877 gehaltenen, sehr gediegenen Vorträgen über die Ehe[1]).

Und in der That spricht sich, wenn auch der angeführte Art. 180. in seiner Fassung ungewiss ist, Staatsrath *Portalis* in seinem vor dem Tribunale erstatteten Berichte über die Bedeutung dieses Artikels auf's Unzweifelhafteste dahin aus: »L'erreur en matière de mariage ne s'entend pas d'une simple erreur sur les qualités, la fortune ou la condition de la personne à la quelle on s'unit, mais d'une erreur qui aurait pour objet la personne même. Mon intention déclarée était d'épouser une telle personne; on me trompe ou je suis trompé par un concours singulier de circonstances, et j'en épouse une autre qui lui est substituée à mon insu ou contre mon gré; le mariage est nul« (Exposé des motifs, Nr. 180.). Und *Maleville*,

1) *L. Braun* sagt in der Conférences sur le mariage, s. Revue catholique a. a. O. S. 182: Aussi d'autres auteurs ont cherché de remèdes plus efficaces. Marcadé qu'un critique éminent (M. P. Serret) appelle justement l'homme des solutions franches et tranchées, va plus loin et dans le cas qui nos occupe il soutient que le mariage est *annulable*. Il se fonde sur les termes de l'article 180 du Code civil, dont le second paragraphe est ainsi conçu: »Lorsqu'il y a eu erreur *dans la personne*, le mariage ne peut être attaqué que par celui des deux époux qui a été induit en erreur.« Là, dit Macardé, est la solution. J'ai cru, dit la femme, épouser un catholique, j'ai épousé un incrédule, il y a erreur *dans la personne*; le mariage »peut être attaqué,« il est annulable. — Jusqu' alors l'erreur *sur la personne* n'avait été étendue que de l'erreur sur la personne physique, erreur qui rendait le mariage *nul*. Voici un hardi novateur qui déclare le mariage annulable pour cause d'erreur sur la personne *morale*. Que faut-il en penser?

gleichfalls Staatsrath und Mitarbeiter am Code civil sagt in seiner Analyse raisonnée de la discussion du Code civil au conseil d'État, t. I, p. 195: »On voulait aller plus loin et distinguer l'identité morale de l'identité physique. On dit que dans la nature l'identité physique faisait tout et que l'erreur dans cette identité pouvait seule annuler le mariage; mais que dans l'ordre social il y aurait d'autres qualités qui personnalisaient l'individu; si, croyant épouser la fille d'un magistrat, d'un général, j'épouse celle d'un homme sans nom, peut on soutenir qu'il n'y a pas eu erreur dans la personne? Cependant dans ce cas-là même on voulait distinguer l'erreur occasionnée par le dol de la personne épousée d'avec celle qui provenait du dol d'un tiers; et ce n'était que dans ce dernier cas qu'on prétendait faire annuler le mariage. Mais après bien des lucubrations, on convint de ne pas entrer dans ces détails, et les choses en sont restées sur le pied des lois anciennes.«

Auch wurde diese Ansicht Marcadé's durch ein Urtheil des Cassationshofes, bei dessen Fällung alle Kammern vereinigt waren und zwar unter dem 21. April 1862 verworfen, wie denn von jeher die bedeutendsten französischen Rechtsgelehrten, Delvincourt, Vazeille, Toullier, Duranton u. s. w. das Ehehinderniss des Irrthumes auf den error personae und den error qualitatis in personam redundans nach dem canonischen Rechte beschränkten und den einfachen error qualitatis, mochte er seinen Grund in irgend welcher vorausgesetzten Eigenschaft haben, verwarfen, wiederum nach den Grundsätzen des Kirchenrechtes (S. Dictionnaire général de legislation, de doctrine et de jurisprudence par *A. Dallez*, mot mariage, art. 3, §. 3.).

Auch *Zachariä* (Handbuch des französischen Civilrechts, 4. Aufl. III, §. 467. schliesst sich aus den angeführten Gründen dieser Ansicht an.

Mit Recht macht *L. Brun* in seinem Vortrage nicht blos darauf aufmerksam, dass die Meinung Marcadé's sich nicht mit dem Code vereinigen lasse, sondern weist auch noch besonders auf die Folgen hin, welche aus einer solchen, dem blosen Ermessen des Richters überlassenen Ausdehnung des Begriffes des Irrthumes entstehen müssten, indem dieselbe die Unauflöslichkeit der Ehe höchlichst gefährden und die Auflösung derselben durch diese Hinterthüre hereinbringen würde[1]).

1) Mais comment concilier cette manière d'expliquer *l'annulation* dont il s'agit avec le Code civil? comment ne pas craindre que cette théorie des an-

§. 4. Uebrigens sucht man in Frankreich auch noch auf einem andern Wege dem Uebelstande zu begegnen, welcher aus der Verweigerung der kirchlichen Trauung nach vollzogener bürgerlicher Ehe entsteht, wodurch nicht blos das Gewissen des religiösen Theiles durch das nach dem bürgerlichen Gesetze gebotene und zu erzwingende eheliche Zusammenleben als eine nach der Ueberzeugung desselben unstatthafte und sündhafte Verbindung auf's Tiefste verletzt, sondern auch hierdurch der gläubige Theil in der allgemeinen Achtung herabgesetzt und den guten Sitten, sowie der öffentlichen Meinung schweres Aergerniss bereitet wird.

Man glaubt, dass in dem angegebenen Falle ein *gesetzlicher Grund* auf *Trennung der bürgerlich getrauten Eheleute* von *Tisch und Bett* (séparation de corps) vorliege und stützt sich dabei auf Art. 12, 13 u. 14 Code civil[1]). Besonders wird *diese Ansicht* entwickelt und vertheidigt von *Duverger*[2]). Er zeigt, dass die bezeichneten Artikel nicht blos auf den materiellen Schutz und Beistand, welchen die Frau vom Manne verlangen könne, nicht blos auf die nothwendigen äusserlichen Bedingungen eines entsprechenden Zusammenlebens, sondern auch auf die moralische Seite des ehelichen Verhältnisses sich beziehen, indem der Mann die Ueberzeugung und Gewissensfreiheit der Frau achten, sie gegen Herabwürdigung sicher stellen und ihr eine Stellung einräumen müsse, welche sie weder in ihren eigenen Augen noch in dem Urtheile der Umgebung herabsetze und verächtlich mache. Duverger führt für diese seine Auffassung an Duranton (Cours de droit français suivant le Code civil,

---

nulations de mariagen amène, sous prétexte d'erreur sur les *qualités* de la pérsonne, erreur dont l'appréciation resterait livrèe à la discretion des juges, l'annulation des mariages consacrés pur l'Eglise? Nous ne devrions pas, sans doute, refuser le secours que pourrait apporter à la conscience des èpoux catholiques cette doctrine qui a conquis des adhesions importantes; mais, à vrai dire, je doute de son triumphe dèfinitif et elle ne me semble pas sans péril. a. a. O.

1) Art. 212. Les époux se doiventmutuellement fidelité, secours, assistance. Art. 213. Le mari doit protection à sa femme, la femme obéissance à son mari. Art. 214. La femme est obligée d'habiter avec le mari et de le suivre partout où il juge à propos de resider; le mari est obligé de la recevoir, et de lui fournir tout cequi est nécessaire pour les besoins de la vie, selon ses facultés et son état.

2) In einem Aufsatze der Revue critique de législation (1867): Etudes de législation. Observations sur le Mémoire de M. Batbie intitulé: Révision du Code Napoléon par A. Duverger, professeur du Code Napoléon à la Faculté de Droit de Paris.

t. II, N. 437), *Demolombe* (Cours de Code civil, t. IV, N. 95), *Dalloz* (Répertoire, m. mariage, N. 749) und *Troplong* (Commentaire du titre du contrat de mariage, t. I, N. 58), ferner ein Urtheil des *Appellhofes* von *Dijon* vom 4. Januar 1860 und ein dieses bestätigende Urtheil des *Cassationshofes* vom 20. November 1860, in welchem es heisst: der Gesetzgeber habe im Art. 214. sich nicht darauf beschränkt, für die materiellen Bedürfnisse der Frau Sorge zu tragen, sondern er habe auch in gleicher Art für die Würde und Sicherstellung der Ehre der Frau und ein anständiges (convenable) Zusammenleben Vorsehung treffen wollen. In dem vorliegenden Falle handelte es sich nämlich um Angriffe auf die Sittlichkeit und das Schamgefühl, welchen die Frau in der gemeinschaftlichen Wohnung von Seiten der nächsten Angehörigen des Mannes ausgesetzt war. Sodann beruft sich Duverger für seine Ansicht auf die Art. 6, 1133. u. 1172. des Code civil, nach welchen alle Verbindlichkeiten, welche gegen die guten Sitten und die öffentliche Ordnung verstossen, wirkungslos sind, indem Ehre und Ansehen einer Frau in den Augen aller anständigen Menschen durch das Zusammenleben mit dem blos bürgerlich getrauten Manne herabgesetzt würden. Endlich bemerkt noch Duverger, dass Art. 214. unmöglich die Gewissensfreiheit des einen Ehegatten verletzen und die Treulosigkeit und Rücksichtslosigkeit des die kirchliche Trauung verweigernden Theiles in gesetzlichen Schutz nehmen wolle, was gleichfalls der öffentlichen Sittlichkeit zuwider sei. Duverger behauptet aber weiter, der die kirchliche Eheschliessung vergeblich verlangende Theil könne auch die gerichtliche Trennung von Tisch und Bett wegen *schwerer Beleidigung* (injure grave) von Seiten des andern Theiles nach Art. 306. u. 231. Code civil begehren, indem in der Thatsache, dass dem einen Gatten vom andern angesonnen werde und zwar ohne Grund und Veranlassung ohne kirchliche Trauung zusammen zu leben und die öffentliche Verachtung auf sich zu laden, eine höchst empfindliche Verunglimpfung liege. Zur Unterstützung seiner Ansicht führt Duverger ein Urtheil des Gerichtes erster Instanz von *Trier* vom Jahre 1845 an (bei *Sirey:* Recueil général, 1847, 2, 420.), welches erkennt, dass nach der vorherrschenden Ueberzeugung der Arbeiterklassen in der Rheinprovinz die Weigerung, die Ehe durch den Geistlichen einsegnen zu lassen, gegen den andern Gatten eine schwere Beleidigung enthalte, weil diese Verweigerung die Frau der öffentlichen Missachtung Preis gebe. Ebenso beruft sich Duverger auf ein die Entscheidung des Tribunales von Mayenne abänderndes Urtheil des *Appellhofes* von *Angers* vom 29. Januar 1859 (*Sirey*, l. c. 1859, 2, 77.), in welchem

es als unannehmbare und verletzende Bedingung von Seiten des Mannes und somit als schwere Verunglimpfung bezeichnet wird, ohne kirchliche Ehe mit der Frau zusammenleben zu wollen, während diese als eine ihrer Religion ergebene Frau in ihrem Gewissen und aus Pflichtgefühl eine solche Zumuthung zurückweise. Professor *Batbie* a. a. O. bestreitet die Ansicht Duverger's hauptsächlich aus dem Grunde, weil sich eine bestimmte und ausdrückliche Gesetzesstelle für dieselbe nicht finde und ebensowenig eine solche, welche eine kirchliche Trauung anordne oder sie in Schutz nehme. Auch ein Urtheil des Appellhofes von *Montpellier* vom 4. Mai 1847 (*Sirey* l. c. 1847, 2, 418.) spricht sich gegen die von Duverger vertretene Meinung aus, weil die Ehe rechtlich ein rein bürgerlicher Vertrag sei, welcher nach dem Abschlusse desselben vor dem Standesbeamten gesetzlich vollkommen zu Rechte bestehe; die Eheleute könnten zwar nachher eine kirchliche Trauung, nach welchem religiösen Gebrauche und vor welchem kirchlichen Diener sie immer wollten, vornehmen; aber diese religiöse Trauung stehe ganz ausserhalb des bürgerlichen Gesetzes, welches sich nicht mit ihr beschäftige und keinem Theile ein Klagerecht zur Vornahme einer solchen einräume. Allein die angeführten Artikel des Code enthalten überhaupt, wie Duverger mit Recht hervorhebt, nur allgemeine Gesichtspunkte, die Umstände aber, welche unter diese Gesetzesstellen fallen, sind im Einzelnen nicht angegeben, sondern müssen nach dem Sinne und Zwecke des Gesetzes durch die Rechtssprechung und Wissenschaft als unter diese Artikel fallend nachgewiesen werden und sowie verschiedene andere Thatsachen auf diese Weise ohne Anstand als solche angenommen werden, auf welche jene Gesetzesstellen Anwendung finden, so geschieht es auch mit dem Umstande, dass die kirchliche Trauung ohne Grund und in einer den andern Theil verletzenden Weise verweigert wird.

In den erwähnten Vorträgen über die Ehe sagt *Lucien Brun* a. a. O. S. 182 in einer gedrängten Zusammenfassung des Gesagten: »Diese Ansicht (die Duverger's) ist rechtlich begründet; denn die Frau soll sich weigern dem Manne an einen Wohnort zu folgen, wo er ihr nicht eine mit der Würde einer anständigen Frau verträgliche Existenz bietet. Sie wird ihr Widerstreben auf den Inhalt des Art. 214. des bürgerlichen Gesetzbuches stützen, welcher, wenn er dem Manne auferlegt, seiner Frau »alles zum Leben Nöthige zu leisten,« hierunter doch nicht blos die materiellen Bedürfnisse, sondern auch (und darüber ist die Rechtssprechung und Wissenschaft einig) die Forderungen der Würde und des Anstandes, sowie der Sicherstellung der Sittlich-

keit verstanden wissen will. Es ist wahr, dass nach dem Wortlaute des Art. 213. des Code die Frau dem Manne Gehorsam schuldet, allein dieser Artikel sagt auch, dass der Mann zur Beschützung der Frau verpflichtet ist und diese wird behaupten, dass der Schutz, von welchem das Gesetz spricht, nicht nur der Schutz gegen blos äusserliche Gewaltthätigkeiten, sondern auch Schutz der Würde und Ehre sei. Sie wird weiter sagen, dass diese Pflicht des Schutzes sich nicht mit der von Seiten des Beschützers ausgeübten Missachtung des Rechtes der Beschützten, ihrem religiösen Glauben treu zu bleiben, vereinigen lasse. Endlich wird sie behaupten und Sie, meine Herrn, wenn Sie Richter wären, würden nicht anstehen, sich dafür zu entscheiden, dass das Beharren des Mannes, der Frau ein Zusammenleben aufzudrängen, welches in ihren Augen nur ein unsittliches ist, eine schwere Beleidigung von solcher Beschaffenheit begründe, dass sie eine Trennung von Tisch und Bett rechtfertigt. Wenn es gestattet ist, die unwahrscheinliche Voraussetzung aufzustellen, dass eine Frau die kirchliche Einsegnung ihrer Verbindung verweigere, so würde der Mann aus denselben Gründen zweifelsohne seiner Frau die Aufnahme verweigern und die Trennung nachsuchen können.«

Die *Kehrseite* der von *Duverger* vertretenen Ansicht kann nicht besser, als wieder mit den Worten *Lucien Brun's* ausgesprochen werden, indem er a. a. O. weiter bemerkt: »Allein dies ist ein ungenügendes Hilfsmittel; denn der getrennte Ehegatte wird das unschuldige Opfer des Mangels an Glauben von Seiten des andern Theiles bleiben. Verheirathet in den Augen des bürgerlichen Gesetzes kann er von der Kirche die Heiligung einer gesetzlichen Verbindung nicht begehren und im Wittwenstande vor der Ehe muss er in einer gezwungenen Ehelosigkeit, zu welcher er nicht bestimmt war, leben; er kann weder die Freuden der Familie geniessen, noch das ernste Glück der freiwillig aus Neigung zu einem religiösen Berufe übernommenen Jungfräulichkeit.«

Wenn übrigens die französische Jurisprudenz nur von einer Trennung von Tisch und Bett wegen ungegründeter Verweigerung der kirchlichen Trauung spricht, so beruht dies darauf, dass in Frankreich durch das Gesetz vom 8. Mai 1816 die Scheidung der bürgerlichen Ehe auch dem Bande nach (divorce) aufgehoben wurde; also nur noch die Trennung von Tisch und Bett (séparation de corps) gesetzlich zulässig ist. *Vor* diesem Gesetze konnte und da, wo dieses Gesetz nicht besteht, wie in *Belgien*, *Rheinpreussen*, *Rheinhessen*, der *Pfalz*, oder wieder aufgehoben wurde, wie in *Elsass-Lothringen* (durch das Reichsgesetz vom 27. November 1873), kann

jetzt noch eine solche Ehe wegen *schwerer Beleidigungen* (injures graves) in der angegebenen Weise dem *Bande* nach *aufgelöst* werden.

§. 5. Allein es scheint doch auch nach dem jetzt in Frankreich geltenden Rechte möglich zu sein, eine bürgerliche Ehe wegen Versagung der kirchlichen Trauung durch den einen Ehetheil unter den angegebenen Voraussetzungen dem Bande nach zu scheiden und so den mit der hauptsächlich von Duverger vertretenen Meinung verbundenen Uebelstand, dass die blos von Tisch und Bett getrennten Ehegatten nicht in eine neue Ehe eintreten können, zu vermeiden, ohne der gewaltsamen Lösung dieser Frage durch Marcadé sich anzuschliessen.

Wie schon erwähnt, ist nach Art. 6, 1131. u. 1172. Code civil jeder Vertrag nichtig, dessen Gegenstand eine Sache, ein Umstand ist, welche gegen die guten Sitten, die öffentliche Moral verstossen (cause illicite). Nun ist aber in Frankreich allgemeiner Gebrauch, dass auf die bürgerliche Ehe die kirchliche Trauung folgt, welche Sitte das Gesetz selbst stillschweigend durch die Strafbestimmungen gegen die Vornahme des kirchlichen Eheschlusses vor dem bürgerlichen in Art. 199. u. 200. des Code pénal anerkennt.

Das Zusammenleben in einer blosen Civilehe wird daher in Frankreich allgemein als ein zwar durch das bürgerliche Gesetz nicht verbotenes, aber es wird nicht als eine wahre, echte, vollkommene Ehe, sondern als ein irreligiöses und darum herabwürdigendes Verhältniss betrachtet. Das bürgerliche Gesetz ordnet nicht die Civilehe an *unter Ausschluss jeder andern Ehe*, es überlässt vielmehr den Betreffenden, ja es setzt, wie gezeigt, stillschweigend voraus, dass diese die kirchliche Trauung vornehmen, es verbietet dieselbe in keiner Weise und gestattet nur eine bürgerliche Ehe ohne die kirchliche. Wenn daher Jemand ohne Grund und Veranlassung oder gar wider ausdrückliche Zusage nach den früheren Ausführungen dem andern Theile die kirchliche Trauung versagt, also die Civilehe, einen bürgerlichen Vertrag eingeht mit der Absicht, nicht die kirchliche Ehe folgen zu lassen, so ist dies in solchem Falle und bezüglich der betreffenden Personen ein Vertrag, dessen Gegenstand, nämlich eine blose Civilehe mit Ausschluss der kirchlichen Trauung gegen den erkannten Willen des andern Contrahenten, ein unsittlicher ist und demnach den Vertrag ungiltig macht. Zwar ist das Eingehen einer blosen Civilehe nach dem bürgerlichen Gesetze an sich nichts Unsittliches, aber der Abschluss der bürgerlichen Ehe mit Ausschluss der kirchlichen gegen die dem sich weigernden Theile

bekannte Ueberzeugung des andern Theiles, gegen die öffentliche Sitte und den gemeinen Anstand ist auch nach dem bürgerlichen Gesetze etwas Unsittliches, weil das Gesetz die guten Sitten und die öffentliche Meinung, sowie die Gewissensfreiheit und das sittliche Gefühl des Einzelnen schützen will und sogar die Eingehung einer kirchlichen Ehe nach der bürgerlichen als das weitaus Gewöhnlichere und den allgemeinen Gebrauch anerkennt.

Die von *Marcadé* und *Duverger* vertretenen Ansichten stützen sich im Grunde auf dieselben Erwägungen, indem der erstere im vorliegenden Falle einen Irrthum in der Person annimmt, weil der gläubige Ehetheil sich insoferne in dem andern täuschte, als jener nicht wusste, dass dieser ihm zumuthe, in einer den guten Sitten widersprechenden Verbindung zu leben und indem Duverger ausdrücklich für seine Meinung sich auf diesen Widerspruch und auf die daraus für den religiösen Ehetheil entstehende schwere Verunglimpfung bezieht. Auch nimmt die französische Wissenschaft und Rechtssprechung an, dass ein Vertrag nichtig sei, wenn auch nur für den einen Theil der Gegenstand des Vertrages den Gesetzen der Sittlichkeit und des öffentlichen Anstandes entgegen ist. (*Dalloz*: Dictionnaire général, mot: obligation, sect. II, §. 3, Nr. 523, 527.)

§. 6. Wenn in *Frankreich* durch das Gesetz nun stillschweigend anerkannt ist, dass nach der religiösen Gesinnung des Landes und dem herrschenden Gebote der Sittlichkeit die kirchliche Ehe der bürgerlichen folge, so spricht für das nunmehrige deutsche Reich §. 82. des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes geradezu aus: »Die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf Taufe und *Trauung* werden durch dieses Gesetz nicht berührt.« Und die Beweggründe zu dem Entwurfe dieses Gesetzes bemerken zu diesem Paragraphen (im Entwurfe §. 79.): »Die Uebertragung der Beurkundung des Personenstandes auf vom Staate bestellte Beamte und die Einführung einer bürgerlichen Form der Eheschliessung erfolgt aus Gründen, welche sich gegenüber den bestehenden Verhältnissen aus der Pflicht des Staates, die rechtlichen Beziehungen seiner Angehörigen zu ordnen und möglichst sicher zu stellen, mit zwingender Nothwendigkeit ergeben. Das Band, welches die einzelnen mit ihrer Kirche verbindet, zu lockern und insbesondere die Verpflichtung zur Taufe und kirchlichen Trauung zu alteriren, kann nicht in der Absicht liegen, da der Staat unverkennbar ein eigenes hohes Interesse hat, dieses Band ungeschwächt zu erhalten und die den kirchlichen Verpflichtungen entsprechenden Sitten und Gewohnheiten zu conserviren. Diesem Gedanken gibt der Paragraph Ausdruck. Das Be-

dürfniss zu einer entsprechenden Bestimmung bestätigen die Erscheinungen, welche in Preussen in Folge des preussischen Civilehegesetzes zu Tage getreten sind. Obgleich die preussische Staatsregierung sowohl in den Motiven zu dem gedachten Gesetze als bei den bezüglichen Verhandlungen in den Häusern des Landtages wiederholt zu erkennen gegeben hat, dass sie die religiösen Verpflichtungen hinsichtlich der Taufe und Trauung nicht zu beeinträchtigen gedenke, indem sie die Aufhebung des in dem preussischen Allgemeinen Landrechte vorgesehenen Taufzwanges und die Einführung einer bürgerlichen Eheschliessungsform anstrebe, vielmehr nach wie vor darauf hohen Werth legen müsse, dass von der Taufe kein Kind christlicher Eltern ferngehalten werde, und dass wo möglich Jeder, der in die rechtliche Gemeinschaft der Ehe eintrete, auch diese Gemeinschaft, — wie es in den gedachten Motiven ausgedrückt wird, — mit dem sittlichen Geiste und der ernsten Weihe erfülle, für welche die religiöse Handlung und die mit derselben verbundenen Segnungen Ausdruck und Quelle bilden sollen, so sind dessenungeachtet selbst in der Presse und in öffentlichen Versammlungen dem Gesetze andere Motive unterschoben und vielfach Behauptungen dahin aufgestellt worden, dass der Staatsregierung die Vollziehung der religiösen Akte nicht allein gleichgiltig sei, sondern dass dieselbe mit dem Gesetze den Zweck verfolge, eine Entfremdung gegen die Kirche herbeizuführen und zu fördern. Man hat sich sogar nicht gescheut, den Landleuten vorzureden, dass das Gesetz Taufe wie Trauung *verbiete* und insbesondere auf diese Weise die Bevölkerung mehrerer Ortschaften im Regierungsbezirke Königsberg zu Unruhen angereizt. Um solchen Missdeutungen und Agitationen vorzubeugen, empfiehlt sich die Aufnahme der in Vorschlag gebrachten Bestimmung, und zwar umsomehr, als dieselbe zugleich eine Richtschnur für das Verhalten der Standesbeamten bildet, von deren Seite seither in Preussen auch nicht immer mit der wünschenswerthen Vorsicht verfahren worden ist.«

In gleicher Weise sprach sich der *Commissarius des Bundesrathes* Geheimer Justizrath Dr. *Stölzel* bei Berathung des erwähnten Gesetzes, in der Sitzung des deutschen Reichstages vom 16. Januar 1875 aus, indem derselbe bemerkte: »Vom Standpunkte dieses Gesetzes aus gibt es keine als die vor dem Standesbeamten geschlossene Ehe und so viel auch *allseitig gewünscht werden wird und gewünscht werden soll*, dass *diesem Akte die kirchliche Trauung nachfolge*, — in Beziehung hierauf ist ja noch ein ausdrücklicher Schlussparagraph in das Gesetz aufgenommen — so muss doch auch ge-

wünscht werden, dass *der* Gedanke zum vollen und klaren Ausdrucke komme: die einzige Form, in welcher die Ehe geschlossen werden kann, ist die vor dem Standesbeamten.« In demselben Sinne äusserte sich in der Sitzung vom 19. Januar 1875 der preussische Bevollmächtigte zum Bundesrathe, Unterstaatssecretär im Justizministerium Dr. *Friedberg*: »Das Gesetz vom März 1874 (für Preussen) hatte nie daran denken können und wollen, die geheiligten Institutionen der Taufe und der Trauung irgendwie beeinträchtigen zu wollen; aber böser Wille und vielleicht mangelnde Einsicht hat das Gesetz so ausgelegt, als ob dadurch ein Eingriff in jene geheiligten Institutionen beabsichtigt würde. . . Wenn Sie, wie gewünscht wird, und wie ich Namens der preussischen Regierung ganz ausdrücklich erbitte, diesem Paragraphen (79. des Entwurfes, jetzt 82.) Ihre Zustimmung geben, dann wird, wenn auch gegen das Reichsgesetz derartige Insinuationen erfolgen sollten, Niemand sein, der derartige Verdächtigungen im guten Glauben vornehmen könnte und darum, bitte ich, nehmen Sie den Paragraphen an.« Nach diesen ausdrücklichen Erklärungen der Regierungen, welche von den in dieser Sache aufgetretenen Rednern (Dr. v. Schulte und Westermayer) und durch die Annahme des Paragraphen vom Reichstage selbst gebilligt wurden, erkennt die Gesetzgebung den Vollzug der kirchlichen Trauung nach Abschluss der bürgerlichen Ehe als einen allgemein getheilten Wunsch, als eine Sache, auf welche hoher Werth gelegt werde, die kirchliche Trauung als eine geheiligte Institution, an deren Erhaltung der Staat selbst ein eigenes hohes Interesse habe, als eine zu conservirende Gewohnheit an. Wenn daher nach Eingehung der bürgerlichen Ehe der eine Theil ohne genügende Veranlassung dem andern die kirchliche Trauung verweigert, so handelt er gegen den Willen der Gesetzgebung, gegen das Interesse des Staates, wider die den kirchlichen Verpflichtungen entsprechende Sitte und Gewohnheit und missachtet eine geheiligte Institution; er verlangt also von dem kirchlich gesinnten Theile ein allen diesen Auffassungen des Verhältnisses entgegenstehendes offenbar demnach ein nicht blos für den andern Theil, sondern auch für die entsprechenden Kreise unsittliches Zusammenleben, der Abschluss der bürgerlichen Ehe unter Ausschluss der kirchlichen Trauung hatte desshalb zum Gegenstande eine unsittliche Handlung; ein derartiges Zusammenleben ist wider das Gewissen des religiösen Theiles, verletzt dessen Gewissensfreiheit und gibt ihn der Missachtung preis; eine solche Zumuthung ist eine Beleidigung des religiösen Theiles. Die Gesetze erklären aber nach dem natürlichen Rechte Verpflichtungen, deren Gegenstand eine unsittliche, in der

öffentlichen Achtung herabwürdigende Handlung ist, für ungiltig, fr. 1. und 2. Dig. de condict. ob turp. 12, 5. (Siehe *Vering*, Lehrbuch des katholischen und protestantischen Kirchenrechts, §. 183, IX).

§. 7. Nach den bisherigen Ausführungen muss die vorliegende Frage, wie soll es mit der bürgerlichen Ehe in dem Falle gehalten werden, dass der eine Ehetheil dem andern die kirchliche Trauung verweigert, unter den angegebenen Voraussetzungen folgendermassen beantwortet werden.

Da nach §. 77. des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875 das *bisherige Recht* hinsichtlich der *Auflösung* der Ehen Geltung haben soll für die *bürgerliche* Ehe, so leiden die desfallsigen Bestimmungen des *französischen* Gesetzes in denjenigen Theilen des jetzigen deutschen Reiches, in welchen dasselbe Geltung hat, Anwendung.

Die Gerichte dieser Länderstrecken müssen in der vorliegenden Angelegenheit die Vorschriften des Code civil in Art. 229 ff. zur Richtschnur nehmen. Hierauf wird der wegen Versagung der kirchlichen Trauung sich für beschwert erachtende Theil immer nach dem nunmehr im deutschen Reiche geltenden Rechte hinsichtlich der Ehe eine Klage auf *Auflösung* derselben dem Bande nach wegen bestimmter Ursache (divorce pour cause déterminée) anstellen. Denn eine Klage auf Auflösung des Landes der bürgerlichen Ehe auf Grund gegenseitiger Einwilligung (divorce par consentement mutuel) wird unter den hier vorausgesetzten Umständen ausgeschlossen sein. Eine Klage auf *Scheidung* von *Tisch und Bett* (séparation de corps) wird aber der wegen Verweigerung der kirchlichen Trauung nach abgeschlossener Civilehe verletzte Ehegatte desshalb nicht anstellen, weil die Trennung von Tisch und Bett nicht eine beständige ist, also die so geschiedenen Ehegatten sich wieder vereinigen können, es sei denn dass nach Art. 310. Code civil auf Antrag des beklagten Theiles nach dreijähriger ohne Widerversöhnung stattgehabter Scheidung von Tisch und Bett (séparation de corps) die Auflösung der Ehe dem Bande nach (divorce) ausgesprochen wird. Die Scheidung der Ehe dem Bande nach (divorce) ist aber stets eine *beständige* und die Ehegatten können sich nicht mehr vereinigen, Art. 295. Code civil. Da nun §. 77. des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875 bestimmt, dass, wenn nach dem bisherigen Rechte auf *beständige* Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett zu erkennen sein würde, fortan die *Auflösung* der Ehe auszusprechen sei, muss also nach dem französischen Rechte im vorliegenden Falle bei Anstellung der Klage auf Scheidung vom Bande (divorce) die *Auf-*

lösung der Ehe erkannt werden. Da, wie bereits erwähnt wurde, das die Auflösung der bürgerlichen Ehe dem Bande nach in Frankreich aufhebende Gesetz vom 8. Mai 1816 in Elsass-Lothringen nunmehr ausser Wirksamkeit gesetzt ist und die desfallsigen Bestimmungen des Code civil, wie sie in den andern deutschen Landestheilen noch gelten, für diese Provinz wiederhergestellt wurden, so können jetzt auch die dortigen Gerichte in dem hier besprochenen Falle auf Auflösung der bürgerlichen Ehe dem Bande nach erkennen, was, wie gezeigt wurde, in Frankreich nicht möglich ist.

Die angeführten Erwägungen und Begründungen der französischen Rechtsprechung und Rechtswissenschaft werden aber für die Gerichte in denjenigen Theilen des deutschen Reiches, in welchen das französische bürgerliche Recht noch Geltung besitzt, zur Beurtheilung der hier besprochenen Frage eine um so grössere Bedeutung haben, als die Ausführungen, auf welche die französische Judicatur sich stützt, durch das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes (§. 82), die Beweggründe zu demselben und die Erklärungen der Regierungen und der Mitglieder des Reichstages ausdrücklich wesentlich bekräftigt werden und als die Meinungsverschiedenheit unter den französischen Rechtsgelehrten, wie aus dem Mitgetheilten hervorgeht, lediglich darauf beruht, dass in Frankreich nach dem Gesetze vom 8. Mai 1816 eine Auflösung der Ehe dem Bande nach nicht mehr statthaft ist, man aber doch eine solche, als das vollkommene Mittel, die Uebelstände, welche bei Verweigerung der kirchlichen Trauung nach Eingehung der Civilehe entstehen, zu beseitigen, zu ermöglichen suchte.

Anders gestaltet sich die Beantwortung der Frage, wie es sich mit der bürgerlichen Ehe bei Weigerung des einen Theiles, die kirchliche Trauung zu vollziehen, auf desfallsige Klage des andern Theiles verhalte, wenn es sich um eine solche Ehe in *demjenigen Theile* des nunmehrigen deutschen Reiches, in welchem das *französische bürgerliche Recht nicht gilt*, handelt.

Da es in dem bezeichneten Falle stets auf die Frage, ob eine Scheidung der Ehe dem Bande nach oder doch eine solche von Tisch und Bett zulässig sei, ankommen wird, diese Frage aber in Gemässheit des §. 77. des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes nach dem bisherigen, also nach dem in den einzelnen Ländern des rechtsrheinischen Deutschlandes für die Ehetrennung geltenden Rechte beantwortet werden soll und dieses Recht für die *Katholiken* und für die *Protestanten* im Allgemeinen verschieden ist, so muss also zunächst untersucht werden, wie die bürgerlichen

Gerichte, welche nach §. 76. des angeführten Gesetzes in streitigen Ehe- und Verlöbnisssachen ausschliesslich zuständig sind, bei einer Klage auf Trennung der bürgerlichen Ehe wegen verweigerter kirchlicher Trauung nach Abschluss der Civilehe sich zu verhalten haben.

Gewiss müssen die bürgerlichen Gerichte nach dem bereits Bemerkten und nach der Rechtssprechung und Rechtswissenschaft Frankreichs, welches Land für die bürgerliche Ehe in Deutschland als das Vaterland derselben und als Muster für deren Behandlung anzusehen ist, noch um so mehr eine derartige Klage in Betracht ziehen, als, wie dargethan wurde, die deutsche Gesetzgebung in §. 82. des erwähnten Reichsgesetzes und in besondern Erklärungen ausdrücklicher und entschiedener als die französische Gesetzgebung ein vorzügliches Gewicht darauf legt, dass die kirchliche Einsegnung dem Abschlusse der bürgerlichen Ehe folgen solle, so dass der wegen Verweigerung der kirchlichen Trauung durch den andern Gatten klagende Ehetheil fast die Verletzung eines ihm nach der Gesetzgebung zustehenden Rechtes, jedenfalls aber die Missachtung eines nach der Gesetzgebung, den gesetzgebenden Factoren und der öffentlichen Sitte ihm gebührenden, höchst wichtigen, bedeutungsvollen und zu beachtenden Anspruches mit allem Rechte behaupten kann.

Handelt es sich um eine von *zwei Katholiken* eingegangene bürgerliche Ehe, von welchen der eine Theil dem andern nachher die kirchliche Abschliessung der Ehe versagt, so müssen die bürgerlichen Gerichte unserer Ansicht gemäss die *Auflösung* der *Civilehe* dem *Bande* nach aussprechen, weil, wie früher ausgeführt wurde, der Gegenstand der Civilehe als eines bürgerlichen Contractes nach der Meinung der Gesetzgebung, nach der öffentlichen Sitte und in den Augen des klagenden Theiles selbst ein *unsittlicher* ist, wenn nach Abschluss der bürgerlichen Ehe die kirchliche Trauung von dem einen Theile dem andern, welchem dieselbe entweder versprochen war oder welche er vernünftigerweise voraussetzen konnte und musste, ohne Grund verweigert wurde (siehe: *Vering* a. a. O.).

Wenn aber die Gerichte nicht der Ansicht sein sollten, dass in vorliegendem Falle dem bürgerlichen Ehevertrage ein unsittlicher Gegenstand (causa illicita) zu Grunde liege und er deshalb als nichtig zu betrachten sei; so kommt es bei der weiteren Beurtheilung der Sache darauf an, ob *vor* Erlass des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875 bei Klagen auf Ehescheidung an dem betreffenden Orte nach §. 77. dieses Gesetzes bisher ein eigenes besonderes *Landesrecht*, wie z. B.

in Baden und Frankfurt a. M. oder ob bisher das *canonische* Recht bei solchen Klagen Geltung hatte.

Besteht ein besonderes *Landrecht*, so richtet sich natürlich nach dessen Bestimmungen die Beantwortung der Frage, ob gemäss derselben die Verweigerung der kirchlichen Trauung nach Abschluss der bürgerlichen Ehe als ein Irrthum in den wesentlichen Eigenschaften der Person, als Betrug oder als schwere thatsächliche Ehrenkränkung, als Nichterfüllung einer Bedingung u. dgl. aufgefasst und nach den landesgesetzlichen Bestimmungen auf die Nichtigkeit der eingegangenen Civilehe oder auf Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett auf unbestimmte Zeit erkannt werden müsse, je nachdem das Landesrecht die Auflösung der Ehe dem Bande nach oder beständige Trennung der Gatten von Tisch und Bett, welche aber nach dem erwähnten Reichsgesetze (§. 77.) die Auflösung der Ehe zur Folge hat, oder nur Trennung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit anordnet.

Hat das *canonische Recht* an dem betreffenden Orte Geltung, so muss nach dessen Grundsätzen die Entscheidung getroffen werden. Darnach kann auf *beständige* Trennung von Tisch und Bett nur erkannt werden wegen *Ehebruch*, wohl aber muss in vorliegendem Falle solche Trennung auf unbestimmte Zeit ausgesprochen werden wegen der Gefahr für das Seelenheil, welche darin liegt, dass der die kirchliche Trauung verweigernde Theil den andern Theil zu bestimmen sucht, ein nach dem Glauben und der Ueberzeugung des letztern sündhaftes und nach der Lehre der katholischen Kirche unsittliches Zusammenleben zu führen. Denn nach dem natürlichen und dem ausdrücklichen göttlichen Ausspruche (Matthäus 16, 26)[1]) ist der Mensch nicht blos befugt, sondern sogar verpflichtet, gegen Gefahren für die Seele mehr noch als gegen solche für den Leib sich zu vertheidigen und sie von sich abzuhalten. Zum Schutze gegen die Verleitung zur Sünde durch den einen Ehegatten geben die Gesetze dem andern eine Klage auf Trennung von Tisch und Bett auf unbestimmte Zeit (can. 5, §. 1, Causa 28, quaest. 1; cap. 7 in X. 4, 19, de divort.).

Es kann also an denjenigen Orten, an welchen das canonische Recht gilt, wenn der bürgerliche Ehevertrag von den weltlichen Gerichten wegen seines unsittlichen Gegenstandes nicht als ungiltig erklärt wird, nicht auf Scheidung der Civilehe vom Bande erkannt

1) Quid enim prodest homini, si mundum universum lucretur, animae vero suae detrimentum patiatur?

werden, weil dann auf den angegebenen Grund hin nur die Trennung von Tisch und Bett auf unbestimmte Zeit ausgesprochen werden muss, welche nach § 77. des Reichsgesetzes nicht genügt zu einem Erkenntnisse auf Scheidung der Civilehe vom Bande, da für diesen Fall das bisherige Recht ständige Trennung der Eheleute von Tisch und Bett vorschreiben muss.

Wenn *zwei Protestanten* eine *bürgerliche* Ehe eingingen, kann und wird es ebenfalls vorkommen, dass der eine Theil dem andern nachher die Vornahme der *kirchlichen Trauung* vor dem betreffenden protestantischen Geistlichen *verweigert*. Wie gezeigt wurde, erklären die Gesetzgebor und das Reichsgesetz selbst die kirchliche Trauung nach dem Abschlusse der Civilehe für Alle, auch für die Protestanten, als etwas höchst Wünschenswerthes, als eine allgemeine Sitte und geheiligte Einrichtung, und der preussische evangelische Oberkirchenrath bemerkt in seinem wegen des preussischen Civilehegesetzes vom 9. März 1874 ergangenen Erlasse vom 21. September 1874 behufs der Anweisung der Geistlichen bezüglich jenes mit dem 1. October 1874 einzuführenden Gesetzes in Nr. 6: »Die Geistlichen haben sofort bei Annahme des Aufgebots dahin zu wirken, dass die kirchliche Trauung der bürgerlichen Eheschliessung, soweit irgend thunlich, ohne Verzug nachfolge, damit die eheliche Lebensgemeinschaft erst nach der Erhebung der rechtlich bindenden Willenserklärung zum Gelöbnisse vor Gott und der Gemeinde, geweiht durch Gottes Wort und Gebet und begleitet von dem Segen der Kirche begonnen werde,« und sodann in Nr. 12: »Die Geistlichen kraft ihres lehramtlichen und seelsorgerischen Berufs und die Gemeindekirchenräthe (Presbyterien) kraft ihrer Pflicht, in der Gemeinschaft christliche Sitte aufrecht zu halten, werden allen Fleiss anwenden, damit die kirchliche Trauung als eine in der religiösen und sittlichen Bedeutung und Würde der Ehe begründete kirchliche Ordnung allgemein festgehalten werde.«

Offenbar kommt es hier nicht darauf an, ob die vor dem bürgerlichen Standesbeamten abgegebene und von diesem vollzogene Erklärung oder ob die kirchliche Trauung bei den Protestanten die die Ehe *rechtlich begründende* Handlung und die letztere bei Annahme der ersten Meinung nur eine religiöse Bekräftigung, Segnung und Weihe sei. Denn bei der einen, wie bei der andern Ansicht wird sehr grosses Gewicht auf den Vollzug der kirchlichen Ehefeier gelegt, was aus den angeführten Worten des Erlasses des Oberkirchenrathes zu Berlin, welcher als staats-kirchliche Behörde in dem freilich nur als provisorisch von ihm erklärten Erlasse sich für die

erste der angeführten Meinungen ausspricht, aufs Bestimmteste erhellt.

Daher hat der Protestant, welcher mit einem andern Protestanten eine bürgerliche Ehe eingieng, das ihm von seiner Religion, der Sitte, seiner kirchlichen Oberbehörde und seiner religiösen Ueberzeugung zuerkannte Recht, von dem andern Theile nach Abschluss der Civilehe die kirchliche Trauung zu begehren. Wird diese von dem einen Theile aus Wortbrüchigkeit, Betrug, dem andern unbekannten Irreligiosität, Gleichgiltigkeit, Leichtsinn, Einschüchterung, Rücksichten u. dgl. ohne Grund verweigert, so geschieht dem die kirchliche Trauung begehrenden Theile schweres Unrecht und es kann ihm vom Staate nicht zugemuthet werden, ein selbst nach der Erklärung des letztern, nach dem allgemeinen Wunsche, der christlichen Sitte und der in der religiösen und sittlichen Bedeutung und Würde der Ehe tief begründeten kirchlichen Ordnung widersprechendes und also sein Gewissen verletzendes und in der öffentlichen Achtung herabsetzendes Zusammenleben zu führen.

Deshalb ist unter den angegeben Voraussetzungen ohne Zweifel derjenige protestantische Ehetheil, welchem vom andern widerrechtlich die kirchliche Trauung vor dem betreffenden protestantischen Geistlichen verweigert wurde, zur Anstellung einer Klage, welche ein Zusammenleben in einer blosen Civilehe für ihn ausschliesst, berechtigt.

Die bürgerlichen Gerichte werden nun bei einer solchen Klage den bürgerlichen Ehevertrag als nichtig erklären, weil sein Gegenstand, nämlich das Zusammenleben mit Ausschluss der kirchlichen Trauung unter den gegebenen Verhältnissen als ein unsittlicher betrachtet werden muss, oder die Gerichte werden, wenn sie diese Anschauung nicht anwenden, nach der in den einzelnen deutschen Ländern bezüglich des protestantischen Eherechts verschieden gestalteten Gesetzgebung, Rechtsprechung und Wissenschaft je nach Lage des Falles im Einzelnen wegen Betrugs, Irrthums in den wesentlichen Eigenschaften der Person, wegen schwerer Ehrenkränkung, unheilbaren Unfriedens, unüberwindlicher Abneigung u. dgl. auf Scheidung der Civilehe dem Bande nach oder wenigstens auf Trennung der blos bürgerlich getrauten Gatten auf unbestimmte Zeit erkennen [1].

Der Einwand, welcher von dem die kirchliche Trauung verweigernden Theile etwa gemacht werden könnte, es sei die Eingehung

1) *Richter-Dove*, Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts, 7. Auflage S. 991 ff., S. 287.

von Civilehen ohne nachfolgende kirchliche Trauung in den bestimmten Kreisen so häufig und gewöhnlich, dass darin nichts Auffallendes, noch weniger etwas Verletzendes gefunden und dass das Zusammenleben in einer blos bürgerlichen Verbindung nicht als unsittlich betrachtet werde, kann keine Bedeutung haben, da, abgesehen davon, dass in den betreffenden Kreisen der dem häufigen Vorkommen entgegengesetzte Vollzug der kirchlichen Trauung nach der bürgerlichen gewiss sich auch nicht selten finden wird, die Gesetzgebung, die gesetzgebenden Factoren, die protestantische kirchliche Oberbehörde Preussens das grösste Gewicht auf die Vornahme der kirchlichen Einsegnung nach Eingehung der Civilehen legen und somit den die kirchliche Trauung verlangenden Theile einen an sich rechtlich begründeten und von der Meinung oder Uebung eines selbst grossen Theiles der Gesellschaft unabhängigen Anspruch verleihen, vom andern Gatten den Vollzug der ohne rechtlichen Grund versagten kirchlichen Trauung oder bei fortgesetzter Weigerung Aufhebung des Zusammenlebens in einer blosen Civilehe zu begehren.

Bei *gemischten Ehen* finden im Falle, dass der eine Theil dem andern die Vornahme der kirchlichen Trauung nach der bürgerlichen verweigert, die bisher entwickelten Grundsätze Anwendung.

Die weltlichen Gerichte werden solche Klagen zunächst nach den etwa hierin geltenden *Landesgesetzen* behandeln und entscheiden und wenn solche nicht vorhanden sind, nach der bisher bestandenen Rechtsübung[1]). Ist der *protestantische* Theil der *Beklagte* und es wird auf Auflösung der Ehe dem Bande nach erkannt, so ist damit an und für sich nothwendig auch für den katholischen Theil die bürgerliche Ehe dem Bande nach getrennt, wenn auch für den letztern nach dem bisherigen Rechte, insofern dieses das canonische war, nur Trennung von Tisch und Bett auf unbestimmte Zeit ausgesprochen werden konnte, weil, wenn die bürgerliche Ehe für den protestantischen Theil aufgelöst wird und also nicht mehr besteht, sie auch für den katholischen Theil nicht mehr vorhanden sein kann. Nach dem bisherigen Rechte wurde aber eine gemischte Ehe, wenn ihr nicht ein katholisch-kirchliches Hinderniss entgegenstand, nach canonischem Rechte als eine wahre christliche und somit für den Protestanten, als einen Christen, wie für den Katholiken unauflösliche Ehe betrachtet. Wurde dieselbe von dem Protestanten später als dem Bande nach aufgelöst angesehen, so bestand sie dagegen nach den Grundsätzen der katholischen Kirche für beide Eheleile unverändert fort,

1) *Richter-Dove*, a. a. O. S. 103 fl. S. 290.

der katholische Theil konnte nicht zu einer neuen Ehe schreiten und wenn der protestantische eine andere Ehe einging, so war dieselbe nach dem katholischen Kirchenrechte wegen des Ehehindernisses des bestehenden Ehebandes (impedimentum ligaminis) ungiltig. Da es sich aber im vorliegenden Falle um eine blos bürgerliche Ehe handelt, und diese dem Bande nach geschieden werden kann, so wird durch das Erkenntniss auf Trennung der bürgerlichen Ehe dem Bande nach für den Protestanten diese Ehe überhaupt, also auch für den katholischen Theil aufgelöst.

Ist aber der *katholische Theil* der *Beklagte*, so wäre ein doppelter Fall möglich. Es könnte nämlich der Katholik *nach* geschehener bürgerlicher und *nach* vor dem zuständigen katholischen Pfarrer vorgenommener kirchlichen Trauung die vom protestantischen Theile verlangte Trauung vor dem *protestantischen* Geistlichen verweigern, was der Katholik, weil hierin eine communicatio in sacris läge, thun soll. can. 26. Caus. 24. quaest. 1. Würde nun in diesem Falle vom weltlichen Gerichte die bürgerliche Ehe als aufgelöst erklärt, so könnte zwar nach dem Reichsgesetze über die Eheschliessung jeder der beiden Theile aufs Neue eine bürgerliche Ehe eingehen, allein, vorausgesetzt, dass die von beiden Theilen vor dem katholischen Geistlichen abgeschlossene Ehe nicht mit einem vernichtenden Hindernisse behaftet war, bleibt dieselbe nach dem katholischen Kirchenrechte als eine giltige bestehen, die etwa neu eingegangene bürgerliche Verbindung ist eine unsittliche und keiner der beiden Theile kann bei Lebzeiten des andern eine giltige Ehe eingehen.

Tritt aber der andere Fall ein, dass gegen den katholischen Ehetheil vom protestantischen geklagt wird, weil der erstere sich weigert, nach Abschluss der bürgerlichen Ehe vor dem protestantischen Geistlichen die kirchliche Trauung vornehmen zu lassen, so mussten nach dem bisher in den deutschen Ländern geltenden Rechte oder Gebrauche die weltlichen Gerichte dem katholischen Theile gegenüber auf Trennung von Tisch und Bett auf unbestimmte Zeit, wo das canonische Recht massgebend ist, und für den protestantischen Theil auf Scheidung vom Bande erkennen. Da aber die Ehe, wenn sie für den protestantischen Theil gänzlich aufgelöst ist, dies auch für den katholischen sein muss, so werden die weltlichen Gerichte für beide Theile sofort die Scheidung der bürgerlichen Ehe vom Bande aussprechen. Jeder der beiden Theile kann dann eine neue bürgerliche und auch kirchliche Ehe eingehen, weil eine giltige kirchliche Ehe noch nicht bestand.

Uebrigens hängt die rechtliche Möglichkeit, nach gerichtlicher

Auflösung der bürgerlichen Verbindung zu einer giltigen kirchlichen Ehe zu schreiten, wesentlich von der Beantwortung der jetzt zu behandelnden Frage ab:

II.

Sind die Civilehen als kirchlich giltige Ehen zu betrachten?

§. 8. Die *Civilehen*, welche von denjenigen Christen eingegangen werden, für welche das *Concil* von Trient in seinem Decrete Tametsi in Sessio XXIV. cap. 1. de Reformat. Matrimonii bei Abschluss einer Ehe in rechtlicher Wirksamkeit besteht, sind ohne jeden Zweifel *nichtig*. Die Frage aber, für welche Christen, wann und in welcher Weise die erwähnte Verordnung des tridentinischen Conciles für die Eingehung einer giltigen Ehe rechtsverbindliche Kraft habe, soll, weil sie dem vorliegenden Gegenstande an sich nicht angehört, hier nicht erörtert werden. Doch muss hier noch bemerkt werden, dass ausser den Protestanten und andern Akatholiken auch Katholiken im heutigen deutschen Reiche wohl der Beachtung des tridentinischen Decretes für den giltigen Abschluss ihrer Ehen nicht unterworfen sein können. Die Frage aber, ob einen Christen das erwähnte Decret für die Eingehung einer giltigen Ehe verpflichte oder nicht, kann nur nach Lage des einzelnen Falles unter sorgfältiger Berücksichtigung der besondern Umstände beantwortet werden.

Ist aber die Vollziehung des Concildecretes für die betreffenden Christen beim Abschlusse ihrer Ehe nicht verpflichtend, so gilt für solche Christen bei Eingehung ihrer Ehen das vor der Kirchenversammlung von Trient bestandene Recht, wenn die Giltigkeit oder Ungiltigkeit dieser Ehen von der katholischen Kirche beurtheilt wird, weil solche Beurtheilung von der katholischen Kirche nur nach ihren eigenen Grundsätzen über die Ehe geschehen kann.

Nach dem *vortridentinischen* Rechte genügte aber bekanntlich die Willenserklärung zweier fähigen Christen, als solche in eine Ehe zu treten, zur *Giltigkeit* derselben. Da diese Willenserklärung zunächst und eigentlich die Ehe bewirkt, indem die letztere als die Verbindung zweier Christen zur vollkommensten Lebensgemeinschaft behufs der Erhaltung des Menschengeschlechts nur durch den Willen der betreffenden Personen sowohl für sie selbst als auch für Andere zu Stande kommen kann[1]) und man die nothwendigsten und wich-

1) *Gratian.* ad quaest. 2. Caus. 27: consensus est efficiens causa matrimonii; can. 1. l. c.: Matrimonium non facit coitus, sed voluntas.

tigsten menschlichen Einrichtungen mit Recht nicht mit Weitläufigkeiten oder Schwierigkeiten umgeben, sondern möglichst begünstigen wollte (cap. 3. X. 4, 18. qui matrim. accus. possunt), so wurde auch zur *Giltigkeit* einer Ehe unter Christen nicht mehr verlangt, als die Willenserklärung der betreffenden Personen, gleichviel in welcher Weise, an welchem Orte und in welcher Umgebung sie abgegeben wurde [1]). Das vierte Concil vom Lateran schrieb zwar im Canon 51. vor, dass die Ehen vor dem Abschlusse in der Kirche verkündigt werden sollten und belegte die ohne solche Veröffentlichung eingegangenen Verbindungen als heimliche Ehen (matrimonia clandestina) mit verschiedenen Nachtheilen, erklärte sie also für unerlaubt und ungesetzlich, aber nicht für ungiltig (cap. 3. X. 4, 3. de cland. despons.), was vom Concile von Trient in cap. 1. Sess. XXIV. de Reform. matr.) noch ausdrücklich bestätigt wurde.

Wenn daher fähige Christen, für welche das tridentinische Ehedecret nicht verbindende Kraft besitzt, eine heimliche, formlose Ehe abschliessen, so ist dieselbe zwar unerlaubt, allein giltig, sofern dieselben die Absicht hatten, wirklich in ihrer Eigenschaft als Christen eine Ehe einzugehen. Es ist demnach gleichgiltig, ob solche Personen ihren Willen, in eine derartige Verbindung zu treten, blos unter sich ohne Beisein von Zeugen, oder in Gegenwart von Zeugen erklären und ebenso ist es gleichgiltig, ob diese Erklärung in Gegenwart eines bürgerlichen Beamten oder eines akatholischen Religionsdieners, auf dem Rathhause oder in einer nichtkatholischen Kirche, mit oder ohne Feierlichkeit, in der vom Staatsgesetze oder von dem akatholischen Bekenntnisse vorgeschriebenen Form oder nicht geschehe. Denn auf dies Alles kommt es in dem vortridentinischen Rechte für alle Diejenigen, welche demselben noch unterstehen, zur Giltigkeit ihrer Ehen nicht an, wenn nur die Willenserklärung der betreffenden fähigen Personen vorliegt, in eine Ehe sich zu begeben.

Ehe nun in die Beantwortung der Frage eingetreten werden kann, ob die von Christen, welchen ein sonstiges vernichtendes Ehehinderniss nicht entgegensteht, nach dem deutschen Reichsgesetze vom 6. Februar 1875 abgeschlossenen blosen Civilehen als giltige kirchliche Ehen überhaupt betrachtet und behandelt werden müssen, oder ob solche rein bürgerliche Verbindungen nur ausnahmsweise

1) Sufficiat secundum leges solus eorum consensus, de quorum conjunctionibus agitur. Qui consensus si in nuptiis solus forte defuerit, cetera omnia etiam cum ipso coetu celebrata frustrantur; can. 2. Caus. 27. qu. 2.

und alsdann unter welchen Voraussetzungen als wahre kirchliche Ehe angesehen werden können; so ist zuerst zu untersuchen, wie die Willensmeinung der betreffenden Personen, wenn ihre Ehe eine kirchliche sein soll, beschaffen sein müsse.

Die kirchliche Ehe hat eine *äussere* und eine *innere*, eine *objective* und eine *subjective* Seite. Nach ihrer äusserlichen Erscheinung und thatsächlichen Wirklichkeit ist sie eine von Gott und Christus geschaffene, mit übernatürlicher besonderer Gnade ausgerüstete, von der Kirche entwickelte und bewahrte Einrichtung zur Erhaltung des Menschengeschlechtes als ihres hauptsächlichen Zweckes. An dieser äussern, gegebenen, von der Kirche gesetzten Beschaffenheit der Ehe kann weder der Wille der in die Ehe Tretenden, noch überhaupt irgend eine menschliche Macht, sei es auch die Staatsgewalt, ohne Zustimmung der Kirche irgend Aenderungen vornehmen oder Neuerungen hinzufügen.

Die innere, subjective Seite der Ehe besteht darin, dass die betreffenden fähigen Personen die Absicht, den Willen haben, und dies in genügender Weise erklären, dass sie in diese von der Kirche angeordnete und von ihr anerkannte eheliche Verbindung eintreten. Beides muss, sofern eine gültige kirchliche Ehe vorhanden sein soll, vorliegen; es muss sich äusserlich und thatsächlich um eine eheliche Verbindung im Sinne der katholischen Kirche handeln und es müssen die Eheschliessenden den Willen haben, in eine solche kirchliche Ehe zu treten, nicht aber eine anderweitige, wie immer beschaffene eheliche Verbindung einzugehen. Der Wille beider Theile muss also unbedingt und ganz auf die Eingehung einer Ehe im Sinne der Kirche gerichtet sein. Daher erklärt *Schmalzgrueber* (Sponsalia et matrimonium seu Decretalium lib. IV, tit. I, Nr. 302): »Fideles, dum contrahunt matrimonium, debent illud non Ethnicorum et Gentilium, sed Christianorum more et secundum Christi institutionem contrahere.«

Wenn demnach zwei fähige Christen eine Ehe in der von der Kirche vorgeschriebenen Weise eingehen, so wird ihre Absicht, wirklich und ernstlich eine kirchliche Ehe zu schliessen, als bei ihrer Willenserklärung in Wahrheit vorhanden angenommen, weil für alle gesetzmässigen Handlungen die Vermuthung streitet, dass sie nach ihrer innern und äussern Seite in der rechten Art geschahen, dass also auch die Betreffenden in der That den Willen hatten, die fragliche Handlung so, in dem Sinne und mit dem Erfolge zu verrichten, wie das Gesetz es will, c. 23. X. 1, 6. de elect.; c. 4. X. 3, 4. de cleric. n. resid. Das Gegentheil müsste daher bewiesen werden.

Gehen zwei fähige, der Beobachtung des tridentinischen Gesetzes nicht unterworfene Christen eine clandestine, formlose, also eine von der Kirche als unerlaubt, wenn auch nicht als ungiltig erklärte Ehe ein, so wird auch bei diesen Personen angenommen, dass sie die Absicht hatten, diese ihre Verbindung als Christen im Sinne der Kirche, also als eine christliche Ehe zu schliessen. Denn es wird nach de regul. jur. in VI^to 45. 1) vorausgesetzt, dass Christen, sobald sie in eine eheliche Verbindung treten, welche sich nicht offenbar als eine nicht christliche kund gibt, keine andere als eine christliche Ehe beabsichtigen; auch wird im Zweifelsfalle stets zu Gunsten des Bestandes der Ehe vermuthet c. 26. X. 2. 27. de sent. et re. jud.[2])

Nach denselben Grundsätzen werden auch die Ehen derjenigen *akatholischen Christen*, für welche das Decret des Conciles von Trient nicht verbindliche Kraft besitzt und desshalb das tridentinische Recht Geltung hat, beurtheilt.

Hegen demnach solche akatholische Christen nach den Lehren der kirchlichen Genossenschaften, welchen sie angehören, auch unrichtige Begriffe von der Ehe, halten sie dieselbe nach den Ansichten ihrer Confessionen für auflösbar, nicht für ein Sacrament u. s. w., so wird dennoch in Gemässheit der angeführten Gründe angenommen, dass diese Christen als solche im Allgemeinen und bis zum Beweise des Gegentheiles eine Ehe abschliessen wollen, wie sie überhaupt von den Christen eingegangen wird, und dass sie dabei nicht die ausdrückliche und bestimmte Absicht haben, ihre Ehe in dem besondern Sinne und nach den eigenthümlichen Lehren ihrer kirchlichen Genossenschaft, also etwa mit Ausschluss der Eigenschaft der Ehe als eines Sacramentes, oder der Unauflöslichkeit derselben ausser im Falle des Todes des einen Gatten, zu schliessen.

Daher sagt *Schmalzgrueber* (l. c. Nr. 300): Quaeritur, an Sacramentum sit Matrimonium, quod contraxerunt fideles ignorantes, quod matrimonium sit Sacramentum? R. Affirmative, modo intentionem habeant faciendi, quod faciunt ceteri fideles id contrahendo; nam ita intendunt etiam ipsi facere, quod facit ecclesia et sic nihil de erit requisitum ad rationem Sacramenti; und weiter heisst es (l. c. Nr. 302): „Ex quo sequitur, quod sentiendum sit de matrimoniis

1) Inspicimus in obscuris, quod est verisimilius vel quod plerumque fieri consuevit.

2) Duobus judicibus, ut accepimus, diversas sententias proferentibus, si ei jurisdictione ordinaria processerant, tenet pro reo, non pro actore sententia, nisi in casu favorabili, puta matrimonio.

haereticorum, qui, dum contrahunt matrimonium, nolunt conferre sacramentum; nam distinguendum est; vel enim volentes ita contrahere absolute et nullo modo volunt suscipere sacramentum vel solum nolunt suscipere sacramentum propter errorem speculativum, quo putant matrimonium non esse sacramentum, ita tamen ut velint contrahere eo modo quo fideles Christiani in ecclesia Christi solent et possunt contrahere. Si primum, nihil efficiunt, quia intentio posterior priorem elidit ac destruit, cum, uti dictum est, esse et ratio Sacramenti ex Christi institutione sit inseparabilis a contractu matrimonii. Si secundum, nihilominus suscipiunt et sibi invicem administrant sacramentum, quia error illorum particularis per intentionem generalem contrahendi matrimonium, prout illud a fidelibus potest et solet contrahi, tollitur vel corrigitur.«

Ganz dasselbe enthält *Sancho* (De s. matrimonii sacramento, lib. II, disput. X, Nr. 6.) und *Pirhing* (Jus canonic. lib. IV, tit. I, sect. III, Nr. 74.)

§. 9. Die Verbindung, welche zwei dem tridentinischen Decrete nicht unterworfenen fähigen Christen eingehen, muss demnach mindestens im *Allgemeinen* den *Charakter* einer *christlichen* Ehe an sich tragen, von den Contrahenten selbst als solche betrachtet werden und überhaupt *gemeinhin als christliche* Ehe gelten. Denn andernfalls könnte nicht aus der Verbindung, welche beide Theile schliessen, ihre Absicht, in der That in eine christliche Ehe treten zu wollen, entnommen werden, weil sie gar nicht eine eheliche Verbindung oder eine nicht christliche Ehe einzugehen, die Absicht gehabt haben können, der entgegengesetzte Wille aber, nämlich eine christliche Ehe zu schliessen, aus einer Verbindung, welche objectiv in keiner Weise die Eigenschaft einer christlichen Ehe an sich trägt oder diese Eigenschaft ausdrücklich ausschliesst, nicht entnommen werden kann. Sollte eine in dieser Weise eingegangene Verbindung als eine christliche Ehe im Sinne der Kirche und sowie sie von den Gläubigen abgeschlossen wird, betrachtet werden, so müsste offenbar die *Absicht* der Contrahenten, dass sie, obschon sie in eine Verbindung traten, welche den Charakter einer christlichen Ehe nicht hatte, dennoch dabei eine Ehe im Sinne der Kirche und wie sie die Christen einzugehen pflegen, abschliessen wollten, ausdrücklich erklärt worden sein oder doch aus den Umständen sich mit Sicherheit ergeben. Denn bei Jedem, welcher eine Handlung vornimmt, wird vermuthet, dass er dieselbe in dem Sinne und in der Absicht vornahm, welche sich aus der äussern Beschaffenheit der Handlung von selbst ergeben, weil sonst die Beurtheilung des Thuns und Lassens

der Menschen ganz willkürlich und darum unmöglich wäre c. 4. X. 3. 4. de cler. u. resid.

Wie bereits bemerkt, kommt es für die *Giltigkeit* der Ehe nicht auf die *Form* an, in welcher dieselbe von der tridentinischen Gesetzgebung in dieser Beziehung nicht unterworfenen Christen eingegangen wurde, sofern nur erhellt, dass die Verbindung die Eigenschaft einer christlichen Ehe an sich trägt und tragen soll.

Wenn daher in einem Lande, in welchem das Ehedecret des Conciles von Trient nicht in Wirksamkeit steht, sei es, dass es nie gesetzmässig verkündigt wurde oder nicht als giltig publicirt angesehen werden kann, oder durch Unterlassung, oder durch päpstliche Dispensation ausser Anwendung gesetzt wurde, die Ehen entweder in jeder beliebigen Form abgeschlossen werden können, oder in einer bestimmten Weise, etwa entweder vor einem weltlichen Beamten oder vor einem Geistlichen, sei es auch vor einem akatholischen Religionsdiener eingegangen werden müssen, soferne ihnen bürgerliche Wirkungen beigelegt werden sollen, und wenn die weltliche Gewalt nicht eine derartige Verbindung als eine blos bürgerliche, von der kirchlichen verschiedene Ehe bezeichnet, so dass aus der durch das Staatsgesetz angeordneten Form des Eheschlusses nicht auf die Natur der in dieser Weise eingegangenen Ehe geschlossen werden, dieselbe daher eine christliche, wie auch eine nicht christliche Ehe sein kann und wenn dazu noch die von Christen in solcher Weise eingegangenen Verbindungen allgemein als christliche Ehen betrachtet werden: so wird aus den angeführten Gründen angenommen, dass alle fähigen derartige Ehen abschliessenden Christen auch die Absicht haben, christliche Ehen einzugehen und deshalb werden dieselben als giltige und somit als sacramentale Ehen angesehen.

So wurde schon 1580 für *Holland* und *Westfriesland* und 1656 für die *niederländischen Generalstaaten* überhaupt bestimmt, dass die Ehen, insofern sie bürgerliche Geltung haben sollten, entweder vor einem weltlichen Beamten oder vor dem reformirten Prediger abgeschlossen werden müssten. Von Benedict XIV. wurden unter dem 4. November 1741 alle in dieser Weise eingegangenen rein protestantischen, sowie gemischten Ehen, welche überhaupt schon vorher im Allgemeinen als giltig betrachtet und behandelt wurden, als wahre kirchliche Ehen erklärt, indem die Beobachtung des tridentinischen Ehedecretes in den Generalstaaten für die Protestanten ausser Wirksamkeit erkannt wurde. Dagegen erklärte Benedict XIV. in dem Breve: Redditae sunt nobis vom 17. Sep-

tember 1746 die Ehe der Katholiken unter sich in diesen Ländern nur dann für giltig, wenn sie unter Beobachtung der tridentinischen Form abgeschlossen worden seien, weil für die Katholiken dieser Gegenden das Decret des Conciles in fortwährender Wirksamkeit blieb.

Da in *England* für die bürgerliche Giltigkeit der Ehen gleichfalls entweder kirchliche Trauung oder Eheabschluss vor einem weltlichen Beamten angeordnet ist, und in *Schottland* und den *vereinigten Staaten Nordamerikas* sogar noch die völlige Formlosigkeit der Ehen, also neben der Trauung vor dem Geistlichen oder Friedensrichter auch jeder erweisbare Privateheabschluss als Grundsatz (common law) zu Rechte besteht (*Vering*, a. a. O. S. 719 ff.; *Richter-Dove*, a. a. O. S. 884, Anm. 31), so werden auch die in diesen Ländern von dem tridentinischen Decrete nicht unterworfenen Christen eingegangenen Ehen als giltige, christliche und sacramentale Ehen betrachtet und behandelt, weil in diesem Falle mit Recht, da aus der Form des Eheabschlusses nicht eine entgegengesetzte Absicht abgeleitet werden kann, angenommen wird, dass die in dieser Weise eine eheliche Verbindung eingehenden Christen den Willen haben, eben weil sie Christen sind, auch bei dem Eheabschlusse als Christen zu handeln und demnach eine christliche und nicht eine anderweitige Ehe abzuschliessen. Das Gegentheil müsste ausdrücklich bewiesen werden.

Es kann aber auch eine Verbindung geben, welche als Anstalt und Einrichtung zwar eine Ehe und sogar eine religiöse, aber nicht eine christliche, sondern eine aussерchristliche nach dem Sinne und der Absicht der *nicht christlichen* Religionsgesellschaft, welche diese Ehe einsetzte, sein soll und welche auch als eine nicht christliche Ehe betrachtet und behandelt wird. Gehen Christen eine solche Verbindung ein, so gilt sie nicht als eine christliche und daher nicht als eine sacramentale Ehe und damit überhaupt nicht als Ehe. Benedict XIV. nennt die Ehe, welche in den Ländern der Ungläubigen wohnende Christen, sei es *vor* oder nach dem Abschlusse ihrer Ehen vor ihrem Pfarrer und zwei Zeugen, zur Vermeidung empfindlicher bürgerlicher Nachtheile vor einem ungetauften Religionsdiener oder Beamten abschliessen, „quandam contractus matrimonialis speciem“ (De Synodo Dioec. VI. VII. 1.) und *Schmalzgrueber* sagt in der oben angeführten Stelle, dass die Christen ihre Ehen eingehen nicht nach Art der Heiden, sondern nach Weise der Christen und nach Veranstaltung Christi, also als eine Verbindung, wie sie von Christus, nicht aber von den Ungetauften eingesetzt wurde und wie sie von den Christen

und nicht wie sie von den Ungläubigen angesehen und behandelt wird. (Fideles, dum contrahunt matrimonium, debent illud non Ethnicorum et Gentilium, sed Christianorum more et secundum Christi institutionem contrahere).

Eine solche Verbindung lässt aus ihrer Form und Beschaffenheit nicht schliessen, dass diejenigen Christen, welche eine derartige Ehe eingingen, dies in der Absicht thaten, eine christliche Ehe abzuschliessen, vielmehr muss offenbar aus der Eingehung einer derartigen Ehe angenommen werden, dass die Betreffenden nicht den Willen hatten, in eine christliche Ehe zu treten. Die gegentheilige Absicht müsste nachgewiesen werden. Denn die Absicht kann, wenn sie nicht sonst ausdrücklich erklärt ist, nur aus der Handlung selbst und den sie begleitenden Umständen gefolgert werden. Diese aber bekunden offenbar den Willen, die Ehe nicht als eine christliche einzugehen. Dagegen liegt die Sache ganz anders in dem unmittelbar vorher besprochenen Falle, dass nämlich die weltliche Gewalt für die bürgerlichen Wirkungen der Ehe eine besondere *Form* des Eheabschlusses, aber nicht eine *eigenthümliche*, *besondere*, *nicht christliche Ehe* als Einrichtung und Anstalt aufstellte. Denn alsdann wird und muss angenommen werden, dass die Christen, wenn für die Giltigkeit ihrer Verbindungen als christlicher Ehen nicht eine bestimmte kirchliche Form ihnen vorgeschrieben ist, eben weil sie Christen sind, auch eine christliche Ehe einzugehen beabsichtigen. Aus der bürgerlich angeordneten blosen Form für den Eheabschluss kann nämlich, so lange dieser nicht mit der Eingehung einer *besondern*, *blos weltlichen*, *nicht christlichen* Ehe verbunden ist, unmöglich geschlossen werden, dass Christen, welche ihre Ehen in dieser bürgerlichen Form eingehen, in eine nicht christliche Ehe treten wollten, sondern es muss nothwendig angenommen werden, dass sie die Absicht hegten, eine christliche Verbindung einzugehen, weil man nicht voraussetzen darf, dass im Allgemeinen Christen, welche sich als solche bekennen, eine so wichtige Handlung, wie der Abschluss der Ehe ist, nicht als Christen und im christlichen Sinne vornehmen wollten. Daher wurden *in Holland* und werden noch *in England* und den *vereinigten Staaten Nordamerikas* von zur Beobachtung des tridentinischen Ehedecretes nicht verpflichteten Christen in der dort bürgerlich angeordneten Form abgeschlossene Ehen ohne jeglichen Anstand für giltige christliche Ehen gehalten.

§. 10. Endlich kann es eine eheliche Verbindung geben, welche keine christliche, ja überhaupt nicht eine religiöse, sondern als eigene, besondere Anstalt und Einrichtung eine blos *bürgerliche* Ehe ist;

sie beruht auf der Voraussetzung, dass nach gesetzlicher Anordnung nur ein bürgerliches, blos für die bürgerliche Gesellschaft und für diese allein giltiges und auch allein bürgerliche Wirkungen hervorbringendes Band geschlossen werde und vorhanden sei. Es wird demgemäss von einer solchen ehelichen Verbindung ihrem gesetzlichen Begriffe nach der Charakter einer kirchlichen, einer christlichen, überhaupt einer religiösen Ehe ausgeschieden. An sich ist es gleichgiltig, ob diese rein bürgerliche Verbindung auch ihrer weitern Beschaffenheit, ihren Voraussetzungen, ihren Folgen, ihrer Beendigung, ihrer Beurtheilung nach in allen diesen Umständen mit der kirchlichen Ehe übereinstimmt, z. B. dieselben Ehehindernisse, die Unauflöslichkeit, die gleichen Gründe zur Trennung von Tisch und Bett festsetzt oder nicht. Es kommt lediglich auf den *Begriff*, die *Natur* der Verbindung an. Soll diese ein blos bürgerliches, blos staatliches Verhältniss sein, so ist dasselbe keinesfalls vor der bürgerlichen Gesetzgebung und den bürgerlichen Beamten, sowie in den Augen der Menschen eine christliche Ehe, eine Verbindung, welche von Christen gemäss der Einsetzung Christi, im Sinne der Kirche und nach Art der Christen abgeschlossen wird; vielmehr setzt die bürgerliche Gesetzgebung und die bürgerliche Gesellschaft voraus und will, dass eine solche nach dem weltlichen Gesetze eingegangene Verbindung eine nur bürgerliche, nicht eine religiöse, also auch nicht eine christliche sei. Bis jetzt wenigstens liess das Staatsgesetz neben dieser bürgerlichen Ehe ausdrücklich oder stillschweigend auch noch eine religiöse Ehe zu, ohne dass diese von der bürgerlichen Gesetzgebung irgendwie anerkannt oder berücksichtigt wurde ausser bezüglich der Strafandrohung wegen kirchlicher Trauung vor dem bürgerlichen Eheabschlusse.

Diese Art von bürgerlicher Ehe ist aber gänzlich verschieden von der in manchen Ländern geltenden Vorschrift, dass die Ehen behufs ihrer bürgerlichen Folgen in der von der weltlichen Gewalt festgesetzten Form, z. B. entweder vor dem bürgerlichen Beamten oder vor einem Religionsdiener eingegangen werden müssten. Denn bei diesen letztern Ehen setzt der Staat, wie gezeigt wurde, nicht von sich aus eine eigene, selbstständige, von jeder andern Ehe verschiedene Ehe als eine bürgerliche, vom Staate einzig als giltig anerkannte Einrichtung ein, sondern er verlangt nur, dass die Ehen, welche die Betreffenden nach ihrer Ueberzeugung eingehen können, in der von ihm bestimmten Form abgeschlossen werden; der Staat setzt bei dieser Art von Ehen nicht, wie er bei der zweiten Art von Ehen thut, voraus und fordert nicht, dass die Eheschliessenden vor

ihm die von ihm eingesetzte, eigenthümliche, von jeder andern, auch der christlichen Ehe verschiedene Verbindung eingehen.

Daher erklärte der apostolische Stuhl seit Jahrhunderten solche Ehen, wie sie in den niederländischen Generalstaaten, in England und der nordamerikanischen Republik abgeschlossen wurden und noch werden, niemals an sich für ungiltig, sondern erkannte sie mit der ganzen katholischen Kirche als wahre und sacramentale Ehen an, wenn sie von Christen, denen nicht ein trennendes Ehehinderniss, namentlich nicht das impedimentum clandestinitatis entgegenstand, eingegangen worden waren.

Desshalb beriefen sich der Abg. *Herz* in der Reichstagssitzung vom 23. April 1863 und der Abg. *Hinschius* in derjenigen vom 24. März 1874 mit Unrecht auf jene Ehen in Holland, Nordamerika u. s. w., um darzuthun, dass die zur Einführung in Deutschland beantragte *Civilehe* ein ganz *altes Institut* sei. Die *französischen* Rechtsgelehrten nahmen zwar schon Jahrhunderte vor der Revolution an, dass die Unterlage der Ehe ein bürgerliches Vertragsverhältniss sei, welches für die Christen zur Würde eines Sacramentes erhoben worden, wesshalb der König auch aus eigner Machtvollkommenheit und unabhängig von der Kirche hinsichtlich dieser bürgerlichen Eigenschaft der Ehe sogar trennende Ehehindernisse aufstellen könne, mit der Wirkung, dass bei dem Vorhandensein derselben keinerlei Ehe zu Stande käme, weil es an der nothwendigen Voraussetzung zur kirchlichen Ehe, nämlich an der Giltigkeit des bürgerlichen Vertrages fehle[1]). Allein davon waren diese französischen Rechtsgelehrten ganz entfernt, anzunehmen, dass es eine *rein bürgerliche Ehe*, *abgetrennt von der christlichen*, also sacramentalen Ehe geben könne, vielmehr kennen sie nur *Eine, ungetrennte*, *wirkliche* Ehe unter *Christen*, welche immer zugleich auch ein *Sacrament* oder ohne dieses gar keine Ehe ist. Nach ihnen hat die Eine christliche Ehe zwei Seiten, eine bürgerliche und eine sacramentale, beide gehören aber zusammen, setzen sich einander voraus und können auch nicht von einander getrennt werden. Daher sagt der Dictionnaire de Droit canonique par *Durand de Maillane* 1776, m. Mariage, N. 2: La matière du Sacrement de mariage est un contrat civil, qui n'est élevé à la dignité de sacrement, que lorsqu'il est parfait dans sa matière, en sorte qu'il doit être véritablement un contrat parfait en sa substance, pour recevoir l'impression de la puissance céleste und in Nr. 3: Le mariage des chré-

1) Siehe meine Geschichte der Civilehe in Frankreich S. 9 ff.

tiens est un véritable sacrement; la doctrine contraire des hérétiques a toujours été condamnée dans l'église. L'on y a même réfuté l'opinion des juris consultes, qui ont voulu soutenir que les premiers empereurs chretiens n'ont regardé le mariage que comme un simple contrat civil.

Das Edict Ludwigs XVI. von Frankreich, gegeben zu Versailles im November 1787 betreffend den bürgerlich giltigen Abschluss der Ehen von fremden und inländischen akatholischen Christen in Frankreich stellt sich ganz auf den Standpunkt der Gesetzgebung in England und den nordamerikanischen Freistaaten, indem es anordnete, die Erklärung des Eheabschlusses könne entweder vor dem zuständigen katholischen Pfarrer oder Vicare oder auch vor dem Gerichtsbeamten des Ortes geschehen (Art. 17). Hierbei ist also offenbar an die Einführung einer neuen, blos bürgerlichen, von der christlichen verschiedenen Ehe keineswegs gedacht, sondern nur eine in den Willen der Betreffenden gelegte bürgerliche Form für die Eingehung der Ehe, welche aber nach der Absicht des Gesetzgebers eine Ehe blos zwischen Christen, also eine christliche Ehe sein sollte, angeordnet. Allein diese Bestimmung war dennoch ein Eingriff in die Rechte der Kirche, indem der Staat nicht die Befugniss besitzt, von sich aus die Form der Schliessung der Ehe, welche wesentlich eine religiöse und daher dem Gebiete der staatlichen Berechtigung entrückte Einrichtung ist, festzusetzen und indem insbesondere durch diese Verordnung die Akatholiken von der Beobachtung der tridentinischen Form, insofern sie in Frankreich derselben unterworfen waren, einseitig von der Staatsgewalt, welcher hierzu keinerlei Recht zustand, entbunden wurden.

In dieser Beziehung bahnte freilich das angeführte Edict, sowie die Ansicht der französischen Rechtsgelehrten, Canonisten und auch fast aller Theologen, dass die Ehe in ihrer Eigenschaft als Contractsverhältniss der bürgerlichen Gesetzgebung unterworfen sei, den Weg, welchen die französische Nationalversammlung bald nachher betrat, indem sie in der Constitution von 1791 und näherhin durch das Gesetz vom 20. und 25. September 1792 die wirkliche Civilehe, die bürgerliche Ehe im engern und eigentlichen Sinne des Wortes in Frankreich einführte, welche Einrichtung nach ihrer wesentlichen Beschaffenheit denn auch nach den Stürmen der Umwälzung, freilich etwas gemildert und verfeinert, in den Code civil des Français von 1804, welcher durch Verordnung vom 3. September 1807 die Benennung Code Napoléon erhielt, überging. Bezüglich dieser in der französischen Revolution eingeführten bürgerlichen Ehe erklärte

Pius VI. sofort in einem Breve an den Bischof von Lucon, Erzdiocese Bordeaux vom 28. Mai 1793: Nihil tamen impedimento esse, quominus fideles, ut civilibus potiantur effectibus, praescriptam a Nationali Conventu declarationem faciant, illud semper prae oculis habentes, *nullum ab ipsis tunc contrahi Matrimonium, sed tantum mere civilem exercerd* (Collectio Brevium atque Instructionum SS. D. N. Pii P. VI, quae ad praesentem Galliarum ecclesiarum calamitatem pertinent, Augustae Vindel. 1796, p. I, p. 173).[1]

Als die Civilehe im Königreiche Sardinien eingeführt werden sollte, sprach sich *Pius IX.* in seinem Antwortschreiben vom 19. September auf den Brief des Königs Victor Emanuel vom 9. September 1852 auf's Entschiedenste gegen dieselbe aus, ebenso in der Allocution vom 27. September 1852 wegen Einführung der Civilehe in die südamerikanische Republik Neu-Granada und endlich noch in der Allocution vom 17. December 1860, als die bürgerliche Ehe auf die übrigen von Piemont an sich gerissenen Theile Italiens ausgedehnt wurde.

Gegen diese Art von Civilehe ist denn auch als Wiederholung und Bestätigung der in den erwähnten päpstlichen Kundgebungen verworfenen Meinungen die propositio 73 des Syllabus der Constitutio Quanta cura vom 8. December 1864 gerichtet, indem es heisst: Vi contractus mere civilis potest inter christianos constare verum matrimonium, falsumque est aut contractum matrimonii inter christianos semper esse sacramentum, aut nullum esse contractum, nisi sacramentum sit exclusum. Ebenso gehört hierher propos. 66: Matrimonii sacramentum non est nisi quid contractui accessorium ab eoque separabile, ipsumque sacramentum in una tantum nuptiali benedictione situm est.

Durch den Satz 73 wird also positiv ausgesprochen, dass in Kraft, in Folge eines rein bürgerlichen Vertragsverhältnisses zwischen Christen eine wahre, gültige Ehe nicht bestehen könne. Offenbar bezieht sich dieser Ausspruch auf alle Christen, gleichviel ob sie für die Gültigkeit ihrer Ehen zur Beobachtung der tridentinischen Form verpflichtet sind oder nicht. Denn die Nichtigkeit der im Satze 73

1) Von dieser Civilehe heisst es in den *Études religieuses*, phil., hist. et litter. par des Pères de la Comp. de Jesus, t. XI, N. 2, p. 258, (févr. 1877): »Le contrat civil le sacrement est substantiellement nicht, nul et sans valeur, pas de sacrement, pas de contrat. Il se fait à la mairie un acte civil qui est un simple enrégistrement, quelque chose comme une déclaration de naissance et de décès, une pure formalité, absolument impuissante à former l'union des personnes.«

bezeichneten Ehe wird auf keinen andern Grund zurückgeführt als darauf, dass sie ein *blos bürgerliches* Vertragsverhältniss ist. Wenn also auch sonst alle Bedingungen einer wahren und also gültigen Ehe bei Christen vorhegen, allein es besteht zwischen ihnen ein nur bürgerliches Vertragsverhältniss, so ist trotzdem diese Verbindung nicht eine wahre, giltige, nicht eine christliche Ehe, indem nach dem zweiten Theile der Propositio 73 unter Christen deren Ehe nur entweder gar keine oder eine wahre, d. h. christliche, sacramentale ist und sein kann.

Der Ausdruck vi contractus mere civilis bezeichnet und kann nur bezeichnen eine Verbindung, die von *Christen* eingegangen wird, als ein rein bürgerliches Verhältniss, aber doch eine Ehe sein soll. Wenn diese eine rein bürgerliche Ehe sein, folglich keine andere Beziehung, als blos bürgerliche vorhanden, also nicht nur die Form des Eheschlusses eine bürgerliche, sondern auch der Gegenstand des Vertrages selbst, das Wesen der Verbindung lediglich auf die bürgerlichen Wirkungen gerichtet sein sollen; wenn dies die Bedeutung des Ehevertrages unter Christen ist, so ist deren Verbindung nicht eine wahre, christliche, sacramentale Ehe, sondern eine in den Augen der Kirche, nach ihrer von Gott empfangenen Lehre eine unerlaubte Vereinigung. Dies erklärte Pius IX. ausdrücklich in dem schon mehrfach erwähnten Schreiben an den König Victor Emanuel von Sardinien, vom 9. September 1852, worin er sagt: es sei Glaubenssatz, dass die Ehe von unserm Herrn Jesus Christus zur Würde eines Sacramentes erhoben worden und es sei Lehre der katholischen Kirche, dass das Sacrament nicht eine nebensächliche, dem Ehevertrage beigefügte Eigenschaft sei; sondern zum Wesen der Ehe selbst gehöre, so dass die eheliche Verbindung unter Christen nicht eine rechtmässige sei, ausser im Sacramente der Ehe, ohne dieses sei ein bloses uneheliches Zusammenleben vorhanden. Wenn ein bürgerliches Gesetz annehme, für Katholiken könne das Sacrament vom Ehevertrage getrennt werden und wenn es sich für befugt erachte, dessen Giltigkeit zu bestimmen, so widerspreche es der Lehre der Kirche, taste deren unveräusserliche Rechte an und stelle in der That den Concubinat dem Sacramente der Ehe gleich, indem es das eine und den andern für rechtmässig erkläre[1]). In gleicher

[1]) E domma di fede essere stato elevato il matrimonio da N. S. J. C. alla dignità di Sacramento ed è dottrina della Chiesa cattolica che il Sacramento non è una qualità accidentale aggiunta al contratto, ma è di essenza al matrimonio stesso, cosicchè l'unione conjugale tra Cristiani non è legittima,

Weise sagt Pius IX. in der Allocution vom 17. December 1860: es sei in Umbrien eine Verordnung veröffentlicht worden, durch welche die Ehe, welche vom Apostel ein grosses Sacrament genannt werde, an besondere bürgerliche Einrichtungen geknüpft und beinahe dem Einflusse der Kirche entzogen werde, vielleicht in der Absicht, sie nachher nur den bürgerlichen Gesetzen zu unterwerfen und auf diese Art zum äussersten Seelenverderben einen gesetzlichen Concubinat einzuführen[1]).

Endlich sagt noch die propos. 73 des Syllabus, dass das Wesen der von ihr bezeichneten Verbindung in dem bürgerlichen Vertrage liegen, dass dieser als solcher demnach die Ehe bewirken und hervorbringen müsse. Aus den Worten des angeführten Ausspruches der Syllabus geht aber auch hervor, dass in demselben von der Ehe als einer äussern, objectiven Einrichtung die Rede ist, welche sich als solche ihrer Beschaffenheit nach ankündige und in dieser Weise allgemein aufgefasst sein wolle und auch so aufgefasst werde, so dass eine Verbindung, welche auf die von jener Proposition angegebenen Art eingegangen werde, als eine solche betrachtet werden müsse, wie sie sich selbst ihrer Natur nach darstelle.

§. 11. Die hier entwickelten Eigenschaften der in der propositio 73 erwähnten ehelichen Verbindung sind aber genau diejenigen, welche die in *Frankreich* während der Umwälzung eingeführte und im bürgerlichen Gesetzbuche beibehaltene *Civilehe* an sich trägt. Staatsrath *Portalis*, welcher den Gesetzentwurf über die Ehe vor dem gesetzgebenden Körper vertheidigte, erklärte: »Unter der alten Regierungsform waren die bürgerlichen und religiösen Einrichtungen auf's Innigste verbunden. Einsichtsvolle obrigkeitliche Personen kamen zur Erkenntniss, dass sie getrennt werden könnten; sie verlangten, dass der bürgerliche Rechtsstand der Menschen unabhängig sei von der Religion, zu welcher sie sich bekennen. Diese Veränderung begegnete grossen Hindernissen. Die Freiheit der

se non nel Sacramento, fuori del quale non vi è che un pretto concubinato. Una legge civile che, supponendo divisibile pei cattolici il Sacramento dal contratto di matrimonio, pretenda di regolarne la validità, contradice alla dottrina della Chiesa, invade i diritti inalienabili della medesima, e praticamente parifica il concubinato al Sacramento del matrimonio, sanzionando legittimo l'uno come l'altro.

1) Denique promulgatum in Umbria decretum, quo matrimonium, nuncupatum ab Apostolo magnum Sacramentum, peculiaribus civilibus disciplinis illigatur et ferme subtrahitur ab Ecclesiae potestate, eo fortasse consilio, ut postea civilibus duntaxat subdatur legibus eaque ratione, quod Deus avertat, legalis invehatur concubinatus cum extremo animarum detrimento.

Gottesverehrung wurde seitdem eingeführt und es war alsdann möglich die Gesetzgebung ganz bürgerlich zu gestalten. Man brachte diesen grossen Gedanken in Anwendung, dass man alles Das dulden müsse, was die Vorsehung selbst dulde und dass das Gesetz, welches die religiösen Meinungen der Bürger nicht erzwingen kann, nur Franzosen kennen darf, wie die Natur nur Menschen kennt. Weiter sagt *Portalis*: „Wenn die Diener der Kirche über die Heiligkeit des Sacramentes wachen können und dürfen, so ist die bürgerliche Gewalt allein im Rechte zu wachen über die Giltigkeit des Vertrages. Die Vorbehalte und Vorsichtsmassregeln (d. h. die Ehehindernisse), welcher sich die Diener der Kirche bedienen können, um für die religiöse Seite zu sorgen, vermögen in keinem Falle und in keiner Weise auf die Ehe selbst einen Einfluss auszuüben, welche *an sich* eine *weltliche* (bürgerliche) *Einrichtung* ist[1]).

Ebenso sprach sich der Tribun *Boutteville* im gesetzgebenden Körper aus: „Die Gesetzgeber eines grossen Volkes sind für die Gesammtheit der Bürger das, was die Vorsehung für die Gesammtheit der Völker ist. Und da die Vorsehung selbst aus reinen Gesinnungen hervorgegangene Ueberzeugungen nicht verhindert und ohne Zweifel nicht verwirft, mit einem Worte die Verschiedenheit der Religionen duldet, so muss nach ihrem Beispiele der Gesetzgeber vom bürgerlichen Vertrage Alles trennen, was eine höhere Ordnung berührt und um in der Sprache der gelehrten Rechtskundigen, welchen die Nation zu so grosser Anerkennung für ihre erste Arbeit verpflichtet ist, zu reden, darf das *Gesetz* in der Ehe *nur* den *bürgerlichen Vertrag* im Auge haben und überlässt der vollsten Freiheit eines Jeden, was

1) Sous l'ancien régime les institutions civiles et les institutions réligieuses étaient intimement unies. Les magistrats instruits reconnaissaient qu'elles pouvaient être séparées; ils avaient demandé que l'état civil des hommes fût indépendant du culte, qu'ils professaient. Ce changement rencontrait de grands obstacles. — Dépuis la liberté des cultes fut pro clamée. Il a été possible alors de séculariser la législation. On a organisé cette grande idée, qu'il faut souffrir tout ce que la providence souffre, et, que la loi, qui ne peut forcer les opinions réligieuses des citoyens, ne doit voir que des Français, comme la nature ne voit que des hommes. Si les ministres de l'église peuvent et doivent veiller sur la sainteté du sacrement, la puissance civile est seule en droit de veiller sur la validité du contrat. Les réserves et les précautions dont les ministres de l'église peuvent user pour pourvoir à l'objet réligieux, ne peuvent dans aucun cas ni en aucune manière, influer sur le mariage même, qui en soi est un objet temporel. — Code civil avec les motifs. Paris an. XI. — 1803, p. 90. et 100.

Ueberzeugungen angehört, welche je unabhängiger nur desto reiner und achtbarer sein werden.«

Nach diesen Grundanschauungen wurde denn auch in Frankreich bekanntlich die Civilehe ohne alle Rücksicht auf die kirchliche Gesetzgebung geordnet. Man setzte für diese bürgerliche Ehe neue auflösende Hindernisse ein (z. B. die Einwilligung der Eltern in die Ehen ihrer Kinder, ein besonderes Alter), schaffte kirchliche Ehehindernisse ab (z. B. das impedimentum disparitatis cultus, impedimentum ligaminis, consanguinitatis et affinitatis über den zweiten mit dem fünften gemischten Grad hinaus, das impedimentum cognationis spiritualis, honestatis publicae, criminis u. s. w.), liess Auflösung des Ehebandes aus bestimmten Gründen und selbst durch gegenseitige Einwilligung der Ehegatten zu, regelte die Proclamationen, den etwaigen Einspruch gegen die Ehe, den Abschluss derselben, die Klagen auf Trennung durch das weltliche Gesetz und überwies dies Alles den bürgerlichen Obrigkeiten. So war in der That die Gesetzgebung hinsichtlich der Ehe, soweit der Staat die letztere anerkannte und berücksichtigte, vollständig säcularisirt, wie Portalis sagte, und jede Beziehung dieser staatlich anerkannten Ehe mit der Religion und Kirche aufgehoben.

An dieser Stellung der Civilehe in Frankreich wurde auch nichts geändert, als noch unter Napoleon das impedimentum ordinis und in Beschränkung auf die staatlich zugelassenen Orden das impedimentum voti solemnis Geltung für die bürgerliche Ehe erhielten und unter den Bourbonen die Auflösung der Civilehe und Wiederverheirathung für alle Franzosen, auch für Protestanten, Juden u. s. w. aufgehoben wurde. Das Wesen der Civilehe blieb demungeachtet in Frankreich unangetastet bestehen. Sie ist stets nur eine von der Religion getrennte, von der Kirche unabhängige, rein weltliche bürgerliche Einrichtung, wie sie bei ihrer Einführung in den Code civil bezeichnet wurde. Diese Civilehe will und soll demnach

1) Les législateurs d'une grande nation y sont pour l'université des citoyens, en que la providence est pour l'université des peuples. Et puisque la providence elle-même n'empêche pas et sans doute ne rejette pas des vœux offerts avec des intentions pures, qu'en un mot elle souffre la diversité des cultes, il faut qu'à son exemple le législateur sépare du contrat civil tout ce qui touche à un ordre plus relevé; et pour parler le langage des sages jurisconsultes auxquels la nation devra tant de reconnaissance pour leur premier travail, que la loi ne considère dans le mariage que le contrat civil et laisse à la plus entière liberté de chacun ce qui appartient à des sentiments qui, plus indépendans, n'en seront que plus purs et plus respectés. A. a. O. p. 273.

nur eine bürgerliche Einrichtung sein, sie gibt sich nur als solche zu erkennen und die Gesetzgebung spricht es ausdrücklich aus, wie aus den angeführten Worten von Portalis und Bouteville klar hervorgeht, und will, dass vor dem Staate und dem von ihm hiefür bestellten Beamten blos eine solche Civilehe, wie jener sie einsetzte, eingegangen werde. Wenn der Staat nun noch erklärt, dass er die volle Freiheit gestatte, ausser der bürgerlichen Ehe auch noch nach der religiösen Ueberzeugung des Einzelnen eine kirchliche Ehe einzugehen, so ist damit nur um so unzweideutiger ausgesprochen, dass die *Civilehe* ihrer Beschaffenheit und ihrem ganzen Bestande nach mit der *religiösen Ehe nichts gemein hat und haben soll*.

Durchaus den gleichen Standpunkt nahmen die Gesetzgebungen von *Sardinien* und *Neu-Granada* ein, als die Civilehe in diesen Ländern eingeführt wurde, deshalb wurde auch von Pius IX. dieselbe Verwerfung gegen diese Einrichtung ausgesprochen, wie früher zur Zeit der französischen Revolution.

S. 12. Nach den nämlichen Grundsätzen wurde aber auch die Civilehe im neuen *deutschen Reiche* angeordnet. Sie ist ihrer wesentlichen Beschaffenheit nach nur eine Nachahmung der französischen Civilehe.

Die bisher im Gebiete des nunmehrigen deutschen Reiches bestandene Ehe sei sie eine religiöse und kirchliche, welcher Art immer, oder auch eine bürgerliche Ehe gewesen, ist jetzt in bürgerlicher Beziehung aufgehoben. Die *Begründung* des Entwurfes eines Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung sagt in dieser Beziehung S. 1047 klar: »Ein blos stückweises Eingreifen in das bestehende Recht würde bei dieser Lage der Sache (nämlich der Verschiedenheit der Ehegesetzgebung) nicht zum Ziele führen, es musste vielmehr als unerlässlich erkannt werden, in dem Reichsgesetze einen *vollständigen Ersatz* für das *bisherige Eheschliessungsrecht* zu schaffen und damit das letztere, soweit es nicht in einzelnen Bestimmungen ausdrücklich aufrecht erhalten wird, *ausser Geltung zu setzen*.«

Dass diese bürgerliche Ehe vollkommen von der religiösen, insbesondere von der katholisch-kirchlichen Ehe getrennt werden solle, erklärt der Abgeordnete *Völk* bei der Verhandlung über den von ihm und *Hinschius* eingebrachten Entwurf über die bürgerliche Form der Eheschliessung in der Reichstagssitzung vom 23. April 1873 (Stenogr. Berichte S. 206), indem er äusserte: »Ich glaube im Gegentheile, wenn man den Civilact als einen staatlichen ablöst von dem religiösen Standpunkte und von dem sacramentalen Cha-

rakter der Ehe, dass damit und dadurch der letztere viel eher und viel besser gewahrt werden wird. Diejenigen — es werden das die allermeisten sein, wie die Erfahrung zeigt — welche das religiöse Bedürfniss drängt, den Segen der Kirche über ihre Verbindung zu wünschen, werden nach wie vor diesen Segen erhalten, es wird eben aber ein *freiwilliger* Segen sein und kein staatlich zu dem Zwecke erzwungener, damit überhaupt die Ehe eingegangen werden kann.«

In derselben Weise sprach der nämliche *Votant* bei Berathung des Regierungsentwurfes in der Reichstagssitzung vom 27. März 1874 (St. B. S. 610): »Ich möchte nur immer und immer wieder hier darauf aufmerksam machen, dass dieses Gesetz mit der sacramentalen Eigenschaft der Ehe gar nichts zu thun hat. Sie müssen doch zugeben, dass Sie nicht jeden Katholiken dazu zwingen können, nicht jeden Katholiken dazu zwingen wollen, dass er eine Ehe eingehe, welche sacramentale Eigenschaft hat; können Sie das nicht, so müssen Sie ihm eine andere Form *der Eheschliessung geben, welche die sacramentale Eigenschaft nicht enthält.* Für *diese Ehe* müssen Sie ein *Recht* geben und dieses Recht wollen wir hier geben.«

Hiernach ist es unzweifelhaft, dass es sich bei dieser neuen Einrichtung nicht etwa um eine blose *Form* der Eheschliessung handeln, welche die Ehe selbst als *Ansatz* unberührt lasse, sondern offenbar soll mit dieser neuen Schaffung eine nicht christliche, nicht katholisch-kirchliche, vielmehr eine blos staatliche, bürgerliche, nach eigenem Rechte gestaltete Ehe begründet werden und selbst bei der *Eingehung* dieser reinen Civilehe soll die Wirkung, dass eine derartige Ehe eine sacramentale Eigenschaft habe, also eine christliche Ehe sei, ausgeschlossen sein. Dass nach der Meinung und dem Willen des Gesetzgebers bei Eingehung der bürgerlichen Ehe der Abschluss einer kirchlichen, religiösen, sacramentalen Ehe überhaupt nicht stattfinden und auch nicht angenommen werden solle, geht daraus hervor, dass diejenigen Personen, welche den Segen der Kirche, also die sacramentale Eigenschaft ihrer Verbindung, demnach eine christliche Ehe wollen, vom Gesetze selbst an die Kirche verwiesen werden, um sich von ihr diesen Segen geben zu lassen, d. h. durch eine neue, von der bürgerlichen verschiedene Eheschliessung eine wahre, sacramentale, christliche Ehe einzugehen.

Im Vorübergehen möchte übrigens auf die Nichtigkeit des von Vielen und auch von Andern gebrauchten Grundes, dass es sich blos bisher um einen Zwang gehandelt habe, wenn Jemand gegen seinen

Willen, um in einer staatlich giltigen Ehe zu leben, dieselbe als kirchliche eingehen müsste und als ob durch die Einführung der Civilehe jeglicher Zwang nunmehr in Wegfall kommen könnte. Denn in Wirklichkeit ist jetzt, wie zugestanden wird, einer unbedeutenden Minderheit von irreligiösen und unkirchlichen Menschen, welche, vernünftig betrachtet, vom Staate so wenig Berücksichtigung verdienen, als andere verdorbene Personen, das Privileg ertheilt, wegen ihres Unglaubens von der Eingehung einer religiösen Ehe befreit zu sein, während umgekehrt die fast ausschliessliche Mehrheit der gläubigen und kirchlich gesinnten Leute vom Staate *gezwungen* wird, eine von ihnen für keine Ehe angesehene, verhasste Verbindung abzuschliessen.

Gemäss der Auffassung, dass dem Staate der religiös-sacramentale Charakter der Ehe in keiner Weise zu berücksichtigen sei, wird dem auch nicht blos der kirchliche Abschluss der Ehe, sondern überhaupt Alles, was sich auf die religiöse Beschaffenheit derselben bezieht, nur als Gewissenssache des Einzelnen, welcher es mit der kirchlichen Ehe halten kann, wie er will, betrachtet. So sagt denn auch *Völk* (a. a. O. S. 610): »Es bleiben für das *Gewissen* sämmtliche Ehehindernisse, die Befugnisse für Dispense, die Behörden, die Bischöfe, Rom vollständig intakt; es bleibt für das *Gewissen* die ganze *Eheschliessung*, die *Ehe überhaupt* vollständig intakt und es ist mir kaum verständlich, wie man hier geistliche und weltliche Dinge so in einander vermischen kann.«

Hieraus folgt, dass die kirchliche Ehe vor dem äussern, dem staatlichen Gesetze gar nicht besteht, von ihm nicht berücksichtigt wird. In dieser Beziehung äussert sich der Canonist Ritter *v. Schulte* (in der Reichstagssitzung vom 27. März 1874, a. a. O. S. 602): »Ich sage offen, ich gebe dem Staate das Recht nicht, über die Giltigkeit einer Ehe *für das kirchliche Gebiet* zu urtheilen; ich würde mich in meinem Gewissen nicht für berechtigt erachten, eine solche aufgelöst zu sehen, wenn und so lange eine Kirche Vorschriften hat und die Auflösung denen nicht entspricht. Aber das ist das Gewissensgebiet, nicht das blos *äussere Rechtsgebiet*.«

Dabei ist es nur sehr sonderbar, dass Jemand, welcher das Kirchenrecht par excellence kennen will, einen Standpunkt einnehmen und vertheidigen kann, nach welchem die kirchliche, also nach dem canonischen Rechte die einzig wahre und wirkliche Ehe unter Christen nur eine *innere*, eine Geltung blos vor dem Gewissen der Betheiligten, nicht aber die *äussere, gesetzliche* Anerkennung und den staatlichen Schutz haben solle, während das Kirchenrecht auf alle

weltlichen, selbst an die nichtchristlichen Gewalten die Forderung stellt, für Christen nur die religiöse Ehe, weil diese allein die wahre und jede andere Verbindung sündhaft ist, auch vor dem bürgerlichen Gesetze gelten zu lassen.

Desshalb musste nach den Grundsätzen des Kirchenrechtes der Canonist für den Fall, dass nach den gegebenen Verhältnissen ein *wirkliches, unabweisbares* Bedürfniss vorlag, den Anhängern von Secten oder des Unglaubens eine wenigstens staatlich anerkannte Verbindung zu ermöglichen, doch mit aller Entschiedenheit daran festhalten, dass für die Katholiken nur deren allein wahre, weil kirchliche Ehe auch für den Staat, für das äussere Rechtsgebiet Geltung haben und bürgerliche Wirkungen äussern solle.

Die Vortheile, welche nach *Schulte* aus der staatlichen Einheit der Eheschliessung und der Ehe überhaupt für das Reich angeführt werden, können an sich nicht in Vergleich kommen mit dem Aufgeben der Wahrheit und Gestattung eines so tief ergreifenden irreligiösen Verhältnisses; ausserdem sind aber diese Vortheile nur eingebildete, denn statt der Vereinfachung der auf die Ehe sich beziehenden Angelegenheiten, trat deren Vermehrung ein, indem grösstentheils doppeltes Aufgebot, doppelte Eheschliessung, doppelte Auflösung nothwendig sind und die Verwirrung und Verwickelung, welche schon vorher in Deutschland wegen der Verschiedenheit der Religion herrschten, im grossen Ganzen blieben und durch die Einführung der Civilehe in Wirklichkeit, d. h. im Leben, wenn auch nicht vor den Staatsbehörden, einen sehr ansehnlichen Zuwachs erhielten.

Endlich muss man sich billig verwundern, dass der Canonist Ritter v. *Schulte* in der Sitzung des Reichstages vom 24. März 1874 behaupten konnte: »Aber wenn man nun sagen wollte: Die Civilehe träte der religiösen Ehe zu nahe, wie kann man denn das?« und weiter: »Wenn man uns also sagt: durch die Civilehe wird das Sacrament alterirt, so sage ich ehrlich: das ist mehr wie naiv!« (a. a. O. S. 546). Und doch kann und wird es Civilehen geben, ohne dass sie *sacramentale* Ehen sind; freilich wird *Schulte* entgegnen: es wird Niemand zur blosen Civilehe genöthigt, er kann nach ihr eine kirchliche Ehe eingehen. Allein gerade die Möglichkeit, welche das weltliche Gesetz bietet, mit einer reinen Civilehe sich zu begnügen, reizt die Einen aus Leichtfertigkeit und Gleichgiltigkeit, die Andern aus Leidenschaft und niedrigen Absichten, nur eine bürgerliche Ehe einzugehen, weil sie eine religiöse nicht abschliessen wollen oder können und so trägt der Staat, welcher als Diener Gottes die Unterthanen in allem Guten fördern soll, wesentlich dazu

bei, dass sie in sündhaften Verbindungen leben, ein Seelenschaden, welcher durch den Gewinn, dass die blose Civilehe für verhältnissmässig wenige Personen die bürgerlichen Wirkungen der Ehe, also rein zeitliche Vortheile sicher stellt, wahrlich nicht aufgehoben wird. Alle diese Aeusserungen *Schulte's* gehen aber aus einer schon seit lange gehegten unrichtigen Auffassung der Wirksamkeit der Kirche im menschlichen Geschlechte und insbesondere des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche hervor. Denn wenn er a. O. sagt: »Ich will von Seiten des Staates auch *nicht den Funken eines Eingriffes in die inneren Rechte der Kirche* und gerade weil ich das nicht will, *daher* will ich die Auseinandersetzung von Kirche und Staat auf diesem Gebiete« und dann: »Ich will eben *keine Vermengung von Kirchlichem und Staatlichem* und das Kirchliche ist mir zu heilig und zu hehr, um eine solche Vermengung zu wollen;« so beweist dies klar, dass es an Begriffe der von Gott der Kirche gestellten Aufgabe und somit am Verständnisse der Gesetzgebung derselben fehlt. Sie soll nicht blos den *innern*, sondern auch den Menschen in seinem *äussern* Thun ebenso *alle Einrichtungen* der menschlichen Gesellschaft, als der Sauerteig durchdringen und heiligen, Familie, Gemeinde, Vereine, Staaten, ohne im Entferntesten in deren sonstige ihnen eigenthümliche Thätigkeiten und Angelegenheiten sich einzumischen.

Die Civilehe ist im jetzigen deutschen Reiche *allein* vom Staate als *rechtsgiltige* und *gesetzliche* Ehe anerkannt. Daher sagt Abgeordneter *Ewald* in der Reichstagssitzung vom 28. April 1873.: »Der Staat sagt zwar nicht: die kirchliche Ehe ist zu verwerfen und ich will sie gar nicht dulden,« aber er sagt: »die Ehe, die ich schliesse, ist nicht blos vollkommen hinreichend, sondern auch allein gesetzlich und nachher mögen dann diejenigen, welche es wünschen, für sich privatim zu einem Geistlichen gehen, der dann thun möge, was ihm gefällt.« Besonders klar sind die Worte von *Hinschius* in der Sitzung vom 16. Januar 1875: »Dasjenige, was in der vorgeschriebenen Form geschlossen ist, ist rechtsgiltig und ist rechtsgiltig gegen Jedermann; also ist auch die Civilehe gegenüber den beiden Kirchen meines Erachtens eine rechtliche Ehe. Das wird prägnant ausgedrückt durch das Wort »rechtsgiltig«. Setzen Sie aber das Wort »bürgerlich giltig« hinein, so liegt eine Missdeutung sehr nahe, dass es nun eigentlich gibt eine bürgerlich rechtsgiltige Ehe und eine kirchlich rechtsgiltige Ehe. Nun wird natürlich die Consequenz daran geknüpft, dass die kirchlich rechtsgiltige Ehe eigentlich die wahre, die vorzüglichere Ehe ist und es wird der Civilehe ein Mahl

aufgedrückt, wie ja bereits von katholischen Kirchenbehörden die Civilehe als Concubinat bezeichnet wird« (a. a. O. S. 1054). Kurz und bündig erklärt denn auch der Bundescommissär Stölzel, wie schon bemerkt in der Sitzung vom 16. Januar 1876: »Vom Standpunkte dieses Gesetzes aus gibt es keine als die vor dem Standesbeamten geschlossene Ehe.«

Wenn nun auch noch durch den §. 82, nach welchem die kirchlichen Verpflichtungen auf Trauung durch das Gesetz über die Eheschliessung vom 23. April 1875 nicht berührt werden sollen, und durch die diesen Paragraphen erläuternden Beweggründe zu dem erwähnten Gesetze ausdrücklich der Gegensatz der Civilehe zur kirchlichen Ehe, die gesetzliche Verschiedenheit, Trennung und Unabhängigkeit beider von einander ausgesprochen wurde, so geht dies gleichfalls auch aus der Anordnung eines eigenen bürgerlichen Aufgebotes, besonderer Eheschliessung vor dem weltlichen Standesbeamten, aus der Aufstellung eigenthümlicher Ehehindernisse, Zulassung der Auflösung der Ehe dem Bande nach und Ueberweisung aller die Ehe betreffenden Angelegenheiten an die weltlichen Gerichte aufs Bestimmteste hervor. Dies Alles wird vollkommen bestätigt durch die Weise, wie diese bürgerliche Ehe abgeschlossen werden soll. Nach §. 52. des gedachten Gesetzes erfolgt die Eheschliessung in Gegenwart von zwei Zeugen durch die an die Verlobten einzeln und nacheinander gerichtete Frage des Standesbeamten: ob sie erklären, dass sie die Ehe mit einander eingehen wollen, durch die bejahende Antwort der Verlobten und den hierauf erfolgenden Ausspruch des Standesbeamten, dass er sie nunmehr kraft des Gesetzes für rechtmässig verbundene Eheleute erkläre.«

Aus diesen Worten folgt unzweideutig, dass bei dieser Eheschliessung nur an die durch das Gesetz vom 23. April 1875 eingeführte bürgerliche Ehe gedacht, ferner dass vom Standesbeamten und vom Gesetze angenommen und vorausgesetzt werde, dass die Erklärung der Verlobten, eine Ehe eingehen zu wollen, sich nur auf diese bürgerliche Ehe beziehe; denn der Standesbeamte kann bei der Frage an die Verlobten, ob sie erklären, die Ehe mit einander eingehen zu wollen, keine andere Ehe im Auge haben, als die durch das Gesetz geschaffene Civilehe, zu deren Abschluss allein er beauftragt ist; ebenso kann er keine andere, als die bürgerliche Ehe meinen, wenn er auf die bejahende Antwort der Verlobten sie kraft des Gesetzes für rechtmässig verbundene Eheleute erklärt, weil er nur in Folge der Anordnung des gedachten Gesetzes berechtigt ist, den Abschluss einer Ehe und zwar nur einer durch dieses Gesetz

eingeführten, also einer bürgerlichen Ehe vorzunehmen, da das Gesetz nur diese und keine andere kennt und nur für diese und nicht für eine andere Ehe die Eheschliessung durch den bürgerlichen Standesbeamten anordnet.

In dem gleichen Sinne spricht sich über die Bedeutung der von dem Gesetze vorgeschriebenen Eheschliessungsform Bundescommissär *Stölzel* in der Sitzung vom 16. Januar 1875 dahin aus: »Es entspricht aber vollständig dem Principe des Gesetzes, dass die Standesbeamten nicht die *leere Phrase*, sondern die Wahrheit zu dem vor ihnen vorgegangenen Akte hinzufügen, die Eheleute seien jetzt rechtmässig verbundene Eheleute. Denn vom Standpunkte dieses Gesetzes aus gibt es keine als die vor dem Standesbeamten geschlossene Ehe und soviel auch allseitig gewünscht werden wird und gewünscht werden soll, dass diesem Akte die kirchliche Trauung nachfolge, — in Beziehung hierauf ist ja noch ein ausdrücklicher Schlussparagraph in das Gesetz aufgenommen — so muss doch auch gewünscht werden, dass *der* Gedanke zum vollen und klaren Ausdrucke komme, die einzige Form, in welcher die Ehe geschlossen werden kann, ist die vor dem Standesbeamten« (a. a. O. S. 1063).

§. 13. Diese Civilehe des jetzigen deutschen Reiches ist also nach ihren gesetzlichen Bestimmungen und den ausdrücklichen Erklärungen der an der Gesetzgebung Betheiligten eine von jeder religiösen, kirchlichen Ehe völlig getrennte, unabhängige und selbstständige Verbindung, welche vor dem bürgerlichen Gesetze allein als rechtmässig gilt und allein bürgerliche Wirkungen erzeugen kann. Der Staat will nach dem Wortlaute des Gesetzes und den unzweideutigen Erklärungen der Gesetzgeber, dass vor seinem Standesbeamten nur diese von ihm geschaffene Civilehe und nicht irgend eine andere, eine religiöse Verbindung eingegangen werde, letztere kann und soll nach Vollzug der Civilehe abgeschlossen werden. Der Staat überlässt es also nicht den Betreffenden, welche Ehe, ob eine christliche oder blos bürgerliche sie vor dem Standesbeamten eingehen wollen, sondern er nimmt an und will, dass vor seinem Standesbeamten nur eine Civilehe abgeschlossen werde.

Auf diese Civilehe des neuen deutschen Reiches lassen sich daher auch gerade wie auf ihr Vorbild, die französische Civilehe die verurtheilenden Bestimmungen des Satzes 73. des Syllabus anwenden. Die im jetzigen Deutschlande eingeführte Civilehe beansprucht, dass sie auch unter Christen eine wahre, ja die allein recht- und gesetzmässige Ehe sei, sie beansprucht, dass sie die Eigenschaft einer wahren Ehe habe auf Grund eines ausschliesslich von der welt-

lichen Gewalt als Ehe angeordneten und auf Grund dieser Anordnung und mit Rücksicht auf sie eingegangenen Vertragsverhältnisses. Eine in dieser Weise abgeschlossene Ehe wird aber von dem angeführten Satze des Syllabus nicht als eine wahre christliche, sacramentale Ehe erklärt.

Dass die neue deutsche Civilehe auch im Volke im Allgemeinen nicht als eine wahre christliche Ehe aufgefasst werde, wurde bei den Verhandlungen im Reichstage aufs Entschiedenste hervorgehoben. Abgeordneter Dr. *Westermayer* sagte in der Sitzung vom 24. März 1874 »das Volk wird nie und nimmer glauben, dass sein Bürgermeister, sein Schulmeister, dass überhaupt der Civilstandsbeamte giltig trauen könnte« (a. a. O. S. 543). Und der Abgeordnete *Windthorst* äusserte in der Sitzung vom 27. März 1874: »So gewiss Sie die Grammatik nicht corrigiren können durch die Gesetze, ebenso gewiss werden Sie nun und nimmer durch noch so viele Anpreisungen Ihrer Civilehe dem Volke die wahre und wirkliche Ehe aus dem Herzen reissen« (a. a. O. S. 600). Der mit Ermächtigung des Königs vom preussischen *Oberkirchenrathe* am 21. September 1874 hinsichtlich der in Folge des Civilstandsgesetzes über die Eheschliessungen erforderlichen Aenderungen bei der kirchlichen Trauung ergangene Erlass, welcher nur Geltung für Preussen und hier blos für die durch das Gesetz vom 9. März 1874 dem Oberkirchenrathe unterstellten Provinzen hat, erklärt in Nr. 6, wie schon bemerkt wurde, die kirchliche Trauung solle der bürgerlichen Eheschliessung, soweit irgend thunlich, ohne Verzug nachfolgen, »damit die eheliche Lebensgemeinschaft erst nach der *Erhebung* der *rechtlich bindenden Willenserklärung* zum *Gelöbnisse* vor Gott und der Gemeinde, geweiht durch Gottes Wort und Gebet und begleitet von dem Segen der Kirche begonnen werde;« sodann sagt jener Erlass in Nr. 9, »dass die *eheschliessende Bedeutung* von dem *kirchlichen Akte* auf den *bürgerlichen übergeht*« und Nr. 11: »Die kirchliche Trauung wird in den bisher üblichen Formen vollzogen, so jedoch, dass das Trauungsformular in seinen mit der *ehebegründenden Wirkung des bürgerlichen Aktes* unvereinbaren Bestandtheilen die nothwendigen Veränderungen erfährt.« Diesem Erlasse sieht man die Verlegenheit an, den Charakter der kirchlichen Ehe im Gegensatze zur bürgerlichen zu behaupten und festzuhalten. Es ist unklar, ob nach der Ansicht des Oberkirchenrathes die bürgerliche Ehe, wenn ihr die kirchliche Trauung auch nicht nachfolgt, dennoch als eine kirchliche Ehe gelten oder ob nur eine solche bürgerliche Ehe, welcher die kirchliche Trauung folgt, als eine kirchliche betrachtet werden solle. Für di-

letztere Auffassung spricht mehr der Umstand, dass nach Nr. 6. des gedachten Erlasses »die eheliche Lebensgemeinschaft erst *nach* der *Erhebung* der rechtlich bindenden Willenserklärung zum *Gelöbnisse* vor *Gott* und der Gemeinde« begonnen werden solle. Denn die »rechtlich bindende Willenserklärung« bei der »bürgerlichen Eheschliessung« bezieht sich doch nur darauf, dass durch sie blos eine bürgerliche Ehe bewirkt werde, da das Reichsgesetz über die Eheschliessung bei derselben an keine andere als an eine bürgerliche Ehe denkt und keine andere als die bürgerliche Ehe bei der bürgerlichen Eheschliessung eingegangen wissen will. Diese rechtlich bindende Willenserklärung soll nun durch die kirchliche Trauung zu einem *Gelöbnisse* vor *Gott erhoben* werden; wird aber diese Willenserklärung zu einem Gelöbnisse vor Gott erhoben, so wird auch nothwendig der Gegenstand der Willenserklärung, das, was durch sie hervorgebracht wurde, d. h. die bürgerliche Ehe erhoben, erhöht, vervollkommnet und da die Willenserklärung von einem blos bürgerlichen Akte durch die kirchliche Trauung zu einem Gelöbnisse vor Gott, also zu einem religiösen Akte wird, so wird mithin auch das, was Gegenstand dieses Gelöbnisses ist, nämlich die bürgerliche Ehe, welche durch Gottes Wort und Gebet und den Segen der Kirche geweiht werden soll, zum Charakter einer religiösen, christlichen Ehe erhoben. Nimmt man diese Auffassung nicht an, so muss man behaupten, nach dem Erlasse des Oberkirchenrathes werde *jede* bürgerliche Ehe der Protestanten auch für eine *christliche* und *kirchliche* angesehen; es sei also die kirchliche Trauung nicht nöthig, um der Ehe die Eigenschaft einer christlichen Verbindung zu verleihen; wenn aber dennoch eine kirchliche Trauung folge, so erhöhe diese nur den an sich schon auch ohne solche Trauung vorhandenen religiösen christlichen Charakter der Ehe.

Mag nun die eine oder die andere dieser Auffassungen des zweideutigen und geschraubten Erlasses des preussischen Oberkirchenrathes die richtige sein, so haben sich die Protestanten an dessen Bestimmungen nicht zu halten. Denn kirchliche Vorschriften, welche sie im Gewissen binden, bestehen für sie nicht. Sie können daher trotz jenes Erlasses das Reichsgesetz über die Eheschliessungen betrachten, wie sie wollen und in der Art auffassen, dass sie die vor dem bürgerlichen Standesbeamten eingegangene Ehe auch als kirchliche Ehe ansehen oder dass sie dieselbe nur als bürgerliche Ehe betrachten, welche erst zu einer kirchlichen Ehe durch die nachfolgende kirchliche Trauung erhoben wird.

Für die Beurtheilung der *Civilehe* vom Standpunkte und vor dem Forum der *katholischen* Kirche hat der erwähnte Erlass des

preussischen Oberkirchenrathes keine Bedeutung. Jedenfalls beweist er aber, dass auch diese protestantische kirchliche Oberbehörde die neu eingeführte bürgerliche Ehe nicht so ohne Weiteres als kirchliche Ehe betrachtet, sondern die kirchliche Eigenschaft der Ehe in irgend welchen Zusammenhang mit der kirchlichen Trauung gebracht wissen will, weil andernfalls die Forderung derselben und die Ermahnung zu derselben ohne Zweck und Bedeutung wären.

§. 14. Nachdem nun festgestellt worden, dass die Civilehe des neuen deutschen Reiches unstreitig eine eigenthümliche, unabhängig für sich bestehende eheliche Verbindung von nur bürgerlicher Beschaffenheit mit Ausschluss irgend welchen religiösen und kirchlichen Charakters ist und sein soll, so fragt es sich nunmehr noch, wie verhalten sich denn die Eheschliessenden zu dieser Civilehe, in welcher Absicht gehen sie eine solche ein; haben sie bei der Eheschliessung den Willen, eine bürgerliche oder eine kirchliche Ehe einzugehen?

Es wurde bereits ausgeführt, dass angenommen wird, die Absicht Derjenigen, welche eine Rechtshandlung vornehmen, sei in der That darauf gerichtet, diese Handlung so und in dem Sinne und der Bedeutung zu verrichten, wie sie sich durch ihre äusseren Eigenschaften und die gesetzlichen Bestimmungen zu erkennen gibt. Wenn bei Vornahme solcher Handlungen eine andere Absicht vorgelegen haben soll, als die Handlung ihrer äussern Beschaffenheit nach voraussetzt und sich aus ihr erschliessen lässt, so muss diese von der Handlung selbst verschiedene Absicht besonders bewiesen werden. Daher müssen alle Diejenigen, welche eine Civilehe im eigentlichen Sinne, in welchem sie durch die Gesetzgebung Frankreichs, Italiens und des nunmehrigen deutschen Reiches aufgestellt wurde, überhaupt und im Allgemeinen betrachtet und behandelt werden, als hätten sie nur eine Civilehe eingehen wollen und wirklich eingegangen. Desshalb ist diese bürgerliche Ehe nicht als eine giltige, christliche und kirchliche Ehe anzusehen und es ist in dieser Beziehung gleichgiltig, ob die eine solche bürgerliche Verbindung eingehenden Getauften zur Beobachtung der tridentinischen Eheschliessungsform verpflichtet sind oder nicht.

Der Grund aber, wesshalb früher in Holland die vor dem Magistrate oder dem akatholischen Religionsdiener von sonst fähigen und zur Anwendung des tridentinischen Decretes nicht verbundenen Christen eingegangenen Ehen für giltig gehalten und vom apostolischen Stuhle für giltig erklärt wurden, wie die in gleicher Weise in den vereinigten Staaten Nordamerikas oder Englands abgeschlossenen Verbindungen im Allgemeinen als giltige, christliche und also

als sacramentale Ehen angesehen werden, liegt darin, dass in diesen Ländern die bürgerliche Gesetzgebung für die Schliessung einer Ehe, wenn dieselbe bürgerliche Wirkung haben soll, eine bestimmte Form vorschreibt, keineswegs aber eine eigene, von der christlichen Ehe verschiedene Ehe mit besondern Eigenschaften aufstellt, auch nicht annimmt und will, dass eine blos bürgerliche Ehe eingegangen werde, sondern sich um die Natur und das Wesen der in der vorgeschriebenen bürgerlichen Form abgeschlossenen Ehe nicht kümmert, sondern dass es den Eheschliessenden gesetzlich überlassen bleibt, ob sie eine christliche, kirchliche Ehe eingehen wollen oder nicht. Auch wird nicht nach der in der hier vorliegenden Weise eingegangenen Ehe, um diese Verbindung zu einer kirchlich giltigen Ehe zu machen, eine weitere kirchliche Ehe abgeschlossen, sondern die in der angegebenen Art eingegangene Verbindung ist für sich allein eine christliche, giltige Ehe. In diesem Falle wird nach allgemeinen Grundsätzen überhaupt angenommen, dass Christen, wenn sie eine Ehe abschliessen, welche sich nicht selbst als unchristliche kundgibt, die Absicht haben, eine Ehe als Christen, also eine kirchlich giltige Ehe einzugehen, weil dies das Wahrscheinlichere ist *de regul. juris in* VI° 45, weil ferner anzunehmen ist, dass Jeder so handelt, wie alle Andern, welche mit ihm in den gleichen Verhältnissen stehen, es zu halten pflegen, c. 10. X. 2, 23. *de praesumt.* und weil stets für die Giltigkeit einer Ehe im Zweifelfalle vermuthet werden soll, da sie als eine so hochwichtige Einrichtung vom Gesetze begünstigt wird, eine *res favorabilis* ist. c. 3. X. 4, 18. *qui matrim. accus.*

Ganz anders liegt dagegen die Sache bei der *Civilehe* im *eigentlichen* Sinne des Wortes, wie solche im neuen deutschen Reiche nunmehr eingeführt ist. Sie stellt sich gesetzlich als eine eigene, unabhängig von der kirchlichen Ehe, für sich bestehende rein bürgerliche Verbindung, welche nach der Absicht und dem Willen des Gesetzgebers nur eine bürgerliche und nicht eine religiöse Ehe sein soll, dar. Die letztere kann und soll erst *nach* Abschluss der Civilehe eingegangen werden. Es sind also hier *zwei* verschiedene, von einander getrennte Verbindungen vorhanden. Der Staat setzt bei der Eingehung der Ehe vor dem bürgerlichen Standesbeamten voraus und will, dass bei dieser Handlung eine bürgerliche Ehe und keine andere abgeschlossen werde. Bei Denjenigen nun, welche eine Civilehe und nach dieser eine kirchliche Ehe eingehen, muss aber doch offenbar angenommen werden, dass dieselben beim Abschlusse der bürgerlichen Ehe vor dem weltlichen Standesbeamten lediglich die Absicht hatten, eine rein bürgerliche Ehe und da es fürs Ehre-

sten eine solche nicht gibt, eine blos dem Gesetze wegen der bürgerlichen Wirkungen ihrer noch zu schliessenden wahren kirchlichen Ehe genügende bürgerliche Handlung vorzunehmen, weil vernünftigerweise nicht vorausgesetzt werden kann, dass die, welche eine bürgerliche Ehe und nach derselben eine kirchliche eingehen, die Absicht haben, vor dem Standesbeamten nicht eine rein bürgerliche, sondern eine kirchliche Ehe abzuschliessen, da sonst die spätere Eingehung der christlichen Ehe zwecklos wäre und nicht angenommen werden kann, dass insbesondere eine solche kirchliche Handlung blos zum Scheine vorgenommen werde, vielmehr angenommen werden muss, dass jede der beiden Handlungen, sowohl der Abschluss der bürgerlichen als der der kirchlichen Ehe in dem Sinne vorgenommen wurde, welchen jede der beiden Handlungen an sich ihrer Natur und Beschaffenheit gemäss hat.

Wenn dagegen eine blose Civilehe, welcher also eine kirchliche Trauung nicht folgt, eingegangen wird, so ist anzunehmen, dass Diejenigen, welche nur eine bürgerliche Ehe abschlossen, auch die Absicht hatten, Das zu thun, was die von ihnen vollzogene Handlung nach ihrer gesetzlichen Bedeutung und gemäss der allgemeinen Auffassung sein will und sein soll, nämlich eine bürgerliche und nicht eine kirchliche Ehe abzuschliessen. Denn ein Grund zur Annahme, dass die Betreffenden durch die Eingehung ihrer Ehe vor dem bürgerlichen Standesbeamten eine kirchliche Verbindung abzuschliessen beabsichtigten, liegt durchaus nicht vor, da nur das Gegentheil aus dem bürgerlichen Eheabschlusse seiner ganzen Bedeutung nach vermuthet werden kann und muss. Die Unterlassung der Eingehung einer kirchlichen Ehe nach der Eheschliessung vor dem bürgerlichen Standesbeamten kann *an sich und im Allgemeinen* auch nur die Annahme begründen, dass die Betreffenden die Absicht hatten, lediglich in eine Civilehe zu treten, weil die kirchliche und bürgerliche Ehe gesetzlich neben einander unabhängig und getrennt von einander bestehen und gesetzlich getrennt, nach einander abgeschlossen werden sollen und thatsächlich regelmässig so abgeschlossen werden, denn §. 82. des Reichsgesetzes über die Eheschliessung erkennt ausdrücklich an, dass die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf Trauung durch dieses Gesetz nicht berührt werden.

Das Gesetz nimmt also an, dass für die Eheschliessenden zufolge ihres Religionsbekenntnisses die Verpflichtung bestehe zur kirchlichen Trauung, das Gesetz nimmt ferner an, dass die Betreffenden nach dieser ihnen obliegenden und bekannten Verpflichtung sich kirchlich trauen lassen sollen, folglich nimmt auch das Gesetz

an, dass, wenn die kirchliche Trauung nicht erfolgt, die Betreffenden der ihnen bekannten kirchlichen Verpflichtung nicht nachkamen, demnach absichtlich die kirchliche Trauung unterliessen und nur eine bürgerliche, nicht aber eine kirchliche Ehe eingehen wollten.

Wenn aber angenommen wird, dass diejenigen Christen, welche eine Civilehe ohne nachfolgende kirchliche Trauung abschlossen, im Allgemeinen die Absicht hatten, nicht eine bürgerliche, sondern eine religiöse Ehe einzugehen, so wird der angeführte § 82 für die kirchliche Eheschliessung an sich bedeutungslos und bezieht sich im Allgemeinen nur auf etwaige kirchliche Segnungen und Gebräuche und die propositio 73. des Syllabus kann bei einer solchen Annahme nur so aufgefasst werden, dass diejenigen Christen, welche eine bürgerliche Ehe mit der ausdrücklichen Absicht, dabei die kirchliche Ehe auszuschliessen und nur eine Civilehe einzugehen, abschliessen, in der That auch nur eine bürgerliche Ehe und nicht eine kirchliche eingehen. Allein es versteht sich von selbst und bedurfte nicht des Ausspruches des apostolischen Stuhles, dass, wenn Christen eine Ehe abschliessen mit der ausdrücklichen Absicht, durch diese Eheschliessung nicht eine kirchliche, sondern blos eine bürgerliche Ehe einzugehen, auch nur eine bürgerliche und nicht eine kirchliche, d. h. gar keine Ehe, vorhanden ist. Der erwähnte Satz des Syllabus kann daher nur von der Annahme ausgehen, dass Christen, welche eine reine Civilehe abschliessen, im Allgemeinen die Absicht haben, wirklich auch nur eine bürgerliche und nicht eine kirchliche Ehe einzugehen und dass sie damit nicht in eine giltige christliche Ehe, sondern in eine zwar nach dem weltlichen Gesetze erlaubte und mit bürgerlichen Wirkungen ausgestattete, allein nach dem Gesetze Gottes und der Kirche verbotene Verbindung traten.

Es kann daher überhaupt und im Allgemeinen nicht angenommen werden, dass diejenigen Christen, welche blos eine Civilehe abschlossen, dabei die Absicht hatten, eine christliche, kirchliche, sacramentale Ehe einzugehen, es muss vielmehr überhaupt und im Allgemeinen vermuthet werden, dass solche Getaufte, welche nur eine bürgerliche Ehe vollzogen, auch nur die Absicht hatten, eine Civilehe und nicht eine kirchliche Ehe einzugehen und dass sie demnach auch nicht eine kirchlich giltige Ehe abschlossen und nicht in einer solchen leben.

Auch bei denjenigen *Protestanten*, auf welche der besprochene Erlass des preussischen Oberkirchenrathes vom 21. September 1874 sich bezieht, kann, wenn sie nur eine Civilehe eingingen, auch blos

angenommen werden, dass sie die Absicht hätten, lediglich eine bürgerliche und nicht eine kirchliche Ehe abzuschliessen. Denn es liegt nicht nur kein Umstand vor, aus dem man ableiten könnte und müsste, dass solche Protestanten, indem sie die kirchliche Trauung verschmähen, dennoch eine kirchliche Ehe hätten eingehen wollen, sondern es muss angenommen werden, dass sie, gerade weil sie die kirchliche Einsegnung der Ehe unterliessen und sich über die Ermahnungen und Vorschriften des Oberkirchenrathes hinaussetzten, auch nur eine bürgerliche und nicht eine kirchliche Ehe abschliessen wollten. Denn mag man den Erlass dieser protestantischen Kirchenbehörde auffassen, wie man will, so ist doch gewiss, dass er die kirchliche Trauung mindestens als ein Kennzeichen betrachtet, ob die Eheschliessenden beabsichtigten ihrer Ehe einen christlichen Charakter zu geben oder nicht. Fehlt die kirchliche Trauung, so ist also umsomehr anzunehmen, dass die Betreffenden auch nicht eine kirchliche, sondern nur eine bürgerliche Ehe abschliessen wollten.

Wenn demnach getaufte, im Uebrigen fähige Personen, welche für ihren Eheabschluss dem tridentinischen Ehedecrete nicht unterworfen sind, mögen sie Protestanten oder Katholiken sein, eine blosse Civilehe eingehen, so muss überhaupt und *im Allgemeinen* angenommen werden, dass dieselben auch *nur* eine *bürgerliche* und nicht eine kirchliche Ehe abschliessen wollten und wirklich abschlossen, welche Ehe, weil sie nicht eine kirchliche ist, vor der katholischen Kirche auch nicht Giltigkeit hat. Werden *gemischte* Ehen zwischen Protestanten und Katholiken eingegangen und ist wenigstens der eine Theil bei dem Eheabschlusse an die Beobachtung der tridentinischen Eheform nicht gebunden, so ist, wenn in einem solchen Falle nur eine Civilehe eingegangen wird, diese gleichfalls nicht als eine kirchlich giltige Ehe zu betrachten.

Wie bei Eingehung einer Civilehe ohne darauffolgende kirchliche Trauung im Allgemeinen angenommen werden muss, dass die Eheschliessenden nicht die Absicht hatten, eine Ehe im Sinne der Kirche einzugehen und dass sie desshalb auch nicht eine kirchlich giltige Ehe abgeschlossen, so ist dagegen die von fähigen, dem Decrete des Concils von Trient bei der Eheschliessung nicht unterstellten Christen vor dem bürgerlichen Standesbeamten in der Form der Civilehe eingegangene Ehe eine christliche, kirchlich giltige und sacramentale, *wenn beide Personen bei diesem Eheschlusse die Absicht hatten, nicht eine Ehe*, wie sie *die bürgerliche* Gesetzgebung angeordnet und aufgestellt, also nicht eine Civilehe, sondern unter der *Form* des bürgerlichen Eheabschlusses eine Ehe im Sinne der

Kirche eine *christliche* Ehe einzugehen. Denn es können ohne allen Zweifel fähige, zur Beobachtung des tridentinischen Ehedecrets nicht verpflichtete Christen auch vor dem bürgerlichen Standesbeamten eine giltige kirchliche Ehe schliessen, da sie hiebei an keinerlei Form für die Giltigkeit, wohl aber für die Erlaubtheit der Ehe gebunden sind[1].

Weil bei der Eingehung einer blosen Civilehe im Allgemeinen nicht angenommen werden kann, dass die Eheschliessenden die Absicht hatten, eine kirchliche Ehe zu vollziehen, so muss, wenn behauptet wird, dass bei der Eheschliessung vor dem weltlichen Standesbeamten die Absicht vorgelegen habe, nicht eine rein bürgerliche, sondern eine kirchliche Ehe eingehen zu wollen, diese Behauptung *bewiesen* werden.

Dieser Beweis muss nach den Vorschriften des canonischen Rechtes geführt und seine Beweiskraft darnach beurtheilt werden.

Bei denjenigen Personen, welche sich in der Unmöglichkeit befanden oder für welche es eine erhebliche Schwierigkeit war, nach der bürgerlichen Eheschliessung eine kirchliche Ehe einzugehen, wenn deren Absicht, eine kirchliche Ehe vor dem weltlichen Standesbeamten einzugehen, nicht genügend erwiesen werden kann, nach der Beschaffenheit der Eheschliessenden nach den vorliegenden Umständen eher angenommen werden, dass sie bei der Eheschliessung vor dem bürgerlichen Standesbeamten die Absicht hatten, eine kirchliche Ehe einzugehen, weil die Vermuthung im Zweifelsfalle immer für die Giltigkeit der Ehe, als einer res favorabilis streitet.

Umgekehrt streitet aber im Zweifel die Vermuthung gegen die Annahme, dass Personen, welche ohne besondere Schwierigkeit sich

---

1) Daher heisst es bei *P. Rive*: Die Ehe in dogmatischer, moralischer und socialer Beziehung 1876, S. 314: »Anders liegt aber die Sache dort, wo dieses Decret des Concils von Trient entweder gar nicht publicirt oder durch Verordnung des apostolischen Stuhles wieder aufgehoben ist, wo also die heimlichen Ehen in voller Kraft und Giltigkeit bestehen. Da ist auch die *Civilehe* eine vollkommen giltige und sacramentale Ehe, *wenn sie in dieser Absicht von den Contrahenten eingegangen wird.*« Dasselbe sagt die Entscheidung der Congr. Concil. vom 6. September 1877, welche die von Protestanten mit Katholiken in der Erzdiocese Gnesen-Posen eingegangenen Civilehen für kirchlich giltig, wenn auch unerlaubt erklärt, indem beigefügt wird: dummodo constet de mutuo eorum consensu, was sich nur auf die Feststellung, dass beide Theile bei Eingehung der Civilehe *die* Absicht hatten, eine christliche Ehe zu schliessen, beziehen kann; denn der beiderseitige Consens bezüglich der Civilehe braucht nicht constatirt zu werden; wenn es sich um diesen Consens gehandelt hätte, wäre die Constatirung, welche aktenmässig erwiesen war, nicht verlangt worden.

nach der bürgerlichen Eheschliessung hätten kirchlich trauen lassen können, insbesondere an Orten, wo blose Civilehen selten vorkommen, die Absicht gehabt hätten, bei der Eingehung ihrer Ehe vor dem Standesbeamten nicht eine bürgerliche, sondern eine kirchliche Ehe eingehen zu wollen.

Nach diesen Ausführungen ergeben sich für die Beantwortung der Frage über die *kirchliche Giltigkeit der blosen Civilehe folgende Grundsätze:*

1) Werden von Denjenigen, welche zur Beobachtung der tridentinischen Eheform in dem betreffenden Falle verpflichtet sind, blose Civilehen abgeschlossen, so sind diese Ehen nicht kirchlich giltige Ehen und überhaupt nicht vom kirchlichen Standpunkte aus als Ehen zu betrachten.

2) Werden von solchen Personen, von welchen auch nur eine der Beobachtung des tridentinischen Ehedecretes für ihren Eheabschluss nicht unterworfen ist, blose Civilehen eingegangen, so sind diese rein bürgerlichen Verbindungen im Allgemeinen und an sich nicht als kirchlich giltige Ehen zu betrachten und zu behandeln.

3) Schliessen aber Personen, von welchen auch nur eine der tridentinischen Eheform nicht untersteht, eine blos bürgerliche Ehe ab und haben beide Eheschliessenden hierbei die rechtsgenügend erwiesene Absicht, vor dem bürgerlichen Standesbeamten nicht eine blos bürgerliche, sondern eine christliche Ehe zu schliessen, so ist diese Ehe kirchlich giltig.

4) Die Ehen, welche von zwei fähigen, der tridentinischen Ehegesetzgebung nicht unterstehenden Akatholiken zuerst vor dem Standesbeamten und dann vor dem akatholischen Religionsdiener abgeschlossen wurden, werden als kirchlich giltige betrachtet.

5) Für gemischte Ehen gelten die gleichen Grundsätze, je nachdem entweder beide Eheschliessenden zur Beobachtung der tridentinischen Eheform verpflichtet sind oder auch nur einer derselben von dieser Beobachtung enthoben ist. Wenn also ein zur Beobachtung der tridentinischen Eheform nicht verbundener Akatholik mit einem Katholiken eine bürgerliche Ehe abschliesst und sich nach der Eheschliessung vor dem bürgerlichen Standesbeamten auch noch in akathelischer Weise kirchlich trauen lässt, so ist diese Ehe, wenn ihr nicht ein anderweitiges auflösendes Ehehinderniss entgegensteht, als kirchlich giltige Ehe anzusehen und zu behandeln.

6) Die Untersuchung und Entscheidung über die kirchliche Giltigkeit oder Ungiltigkeit aller dieser Ehen, insbesondere der blosen Civilehen, gehört in jedem einzelnen Falle vor das zuständige

geistliche Gericht, da es sich um die Frage über Bestand oder Nichtbestand einer kirchlichen Ehe handelt, Concil. Trident. Sess. XXIV, can. 12. de Sacr. Matrim., Constit. Dei miseratione Benedicti XIV. d. d. 3. Nov. 1741.

III.

Welchen Einfluss äussert die Abschaffung des vernichtenden Ehehindernisses der Religionsverschiedenheit (impedimentum disparitatis cultus) bei der Civilehe auf die kirchliche Ehe?

§. 15. Da in dem Reichsgesetze vom 6. Februar 1875 die *Verschiedenheit* der *Religion* der Eheschliessenden nicht als ein trennendes Ehehinderniss anerkannt ist, so können nunmehr *Ungetaufte* mit *Getauften* eine giltige *bürgerliche* Ehe eingehen. Wenn nun schon jetzt Civilehen zwischen Juden und Christen gerade keine Seltenheit sind, so wird es nach einiger Zeit schon häufiger vorkommen, dass zwei von christlichen Eltern abstammende Ungetaufte Civilehen schliessen oder ein solcher Ungetaufte mit einem Getauften eine bürgerliche Ehe eingeht oder einzugehen beabsichtigt. Denn bekanntlich werden schon jetzt in manchen Gegenden des deutschen Reiches namentlich Kinder protestantischer Eltern nicht mehr getauft, vielleicht nimmt dieser entsetzliche Uebelstand noch zu; jedenfalls werden Fälle der bezeichneten Art sich nach einiger Zeit insbesondere in den grösseren Städten und bei denjenigen Personen, welche in diesen Städten geboren wurden, öfters ereignen.

Die Schwierigkeiten, welche sich aus dieser so traurigen Sachlage hinsichtlich der kirchlichen Eheschliessung ergeben, sind zahlreich und gross und erfordern in der Seelsorge eine verschärfte Wachsamkeit und Umsicht.

Die in dieser Beziehung eintretenden Fälle sollen hier in Kürze angegeben werden.

1) Wenn zwei Personen, welche gar nicht oder doch gewiss nicht giltig getauft sind, eine bürgerliche Ehe abschliessen, so ist dieselbe nach dem Naturrechte eine giltige, unauflösliche, aber nicht eine sacramentale, kirchliche Ehe. Wird daher diese Ehe nicht wegen eines naturrechtlichen, sondern wegen eines blos bürgerlichen Ehehindernisses dem Bande nach geschieden und werden später von jedem der beiden oder von einem der Theile neue Ehen eingegangen, so muss derjenige derselben, welcher nachher sich taufen lässt, den zweiten Ehegatten verlassen und die eheliche Gemeinschaft mit dem ersten wiederaufnehmen. Lassen sich beide in einer nach dem Naturrechte giltigen Civilehe lebenden Theile taufen so bleibt ihre

Ehe unangetastet bestehen. Wird aber nur der eine Ehetheil getauft, so muss dieser die eheliche Gemeinschaft mit dem ungetauften andern Theile, wenn dieser es will, fortsetzen; willigt aber der Ungetaufte in die Beibehaltung des ehelichen Lebens nicht ein, oder thut er dies, aber unter Lästerung Gottes oder mit Verleitung des Getauften zur Sünde, so kann der letztere ohne jede Dispense zu einer giltigen kirchlichen Ehe schreiten c. 8. X. 4, 19. de divort.

2) Geht eine sicher nicht oder nicht giltig getaufte Person mit einer getauften eine bürgerliche Ehe oder auch, wie es schon vorkam, eine Ehe vor einem akatholischen Religionsdiener ein, so ist diese Ehe nach dem Kirchenrechte wegen des Ehehindernisses der Religionsverschiedenheit, impedimentum disparitatis cultus ungiltig, also keine Ehe. Lässt der Ungetaufte sich nach der Eheschliessung taufen, so können beide, wenn ein sonstiges Hinderniss nicht vorliegt, eine kirchliche Ehe eingehen, oder es kann vor wie nach der Taufe des Ungetauften der Getaufte und der Ungetaufte nach seiner Taufe eine anderweitige und zwar kirchlich giltige Ehe schliessen, wenn die von beiden Theilen eingegangene Civilehe nicht im Wege steht.

3) Wenn ein sicher gar nicht oder nicht giltig Getaufter sich taufen lassen will, um mit einer getauften Person eine kirchlich giltige Ehe zu schliessen, so muss, wenn der Ungetaufte eine katholische Person heirathen und die Ehe in der von der katholischen Kirche angeordneten Weise eingehen will, darauf gedrungen werden, dass der Ungetaufte im katholischen Glauben unterrichtet und durch die Taufe in die katholische Kirche aufgenommen werde, nicht aber in eine akatholische Gemeinschaft trete. Will der Ungetaufte nicht in die katholische Kirche eintreten, so kann er nicht von einem katholischen Geistlichen unterrichtet und getauft und im Allgemeinen gewiss auch nicht die Dispense über das impedimentum impediens mixtae religionis zur Eingehung einer katholisch kirchlichen Ehe ertheilt werden, weil die Bewilligung einer solchen Dispense doch voraussetzt, dass bei dem akatholischen Theile wenigstens keine ausgesprochene Abneigung gegen die katholische Kirche vorhanden ist can. 29, 43, 45, D. 4. de consecrat. Liess der Ungetaufte aber sich einfach zuerst durch die Taufe in eine akatholische Genossenschaft aufnehmen und will später eine katholische Person ehelichen, so ist er wie jeder andere Akatholik zu behandeln.

Will ein Ungetaufter, welcher vor der Ehe die Taufe nicht empfangen will, mit einer getauften Person eine kirchlich giltige Ehe eingehen, so kann dies zwar mit päpstlicher Dispense geschehen,

weil das Ehehinderniss der Religionsverschiedenheit nicht durch das natürliche oder göttliche Recht, sondern durch kirchliche Gewohnheit eingeführt wurde; allein es wird eine solche Dispense für Deutschland kaum ertheilt werden können, da selbst wenn die Betreffenden schon in einer bürgerlichen Ehe leben, die Bewilligung der Erlaubniss zur Eingehung einer kirchlichen Ehe mit einem Ungetauften eine Art von Belohnung des Leichtsinnes des christlichen Theiles, eine Aufmunterung zur Nachahmung für Andere sein, der Abscheu vor solchen Verbindungen geschwächt und der Religion und dem kirchlichen Leben schwerer Nachtheil zugefügt würde. Diese Gründe sprechen aber in erhöhtem Masse gegen Ertheilung einer solchen Dispense für den Fall, dass zwischen einem Getauften und Ungetauften erst eine bürgerliche und darauf eine kirchliche Ehe eingegangen werden sollte.

4) Besteht Zweifel, ob beide Personen oder eine derselben, welche eine kirchliche Ehe abschliessen wollen, überhaupt oder giltig getauft sind, so muss vor Eingehung der kirchlichen Ehe dieser Zweifel entweder gehoben oder die nicht oder nicht giltig getauften Personen müssen je nach der Sachlage bedingungslos oder bedingt getauft werden; denn vor Abschluss der Ehe muss das Dasein oder Nichtdasein von Ehehindernissen sicher gestellt sein c. 22. X. 2, 20. de testib. Entstehen *nach* Eingehung der kirchlichen Ehe Zweifel, ob einer der Ehegatten oder beide überhaupt oder doch ob sie giltig getauft seien, so wird die Ehe so lange als giltig betrachtet, als nicht bewiesen ist, dass bei beiden Gatten oder bei einem die Taufe nicht stattgefunden habe oder nicht in giltiger Weise ertheilt worden sei, weil für den Bestand einer der äusseren Form nach vorschriftsmässig abgeschlossenen Ehe, als einer res favorabilis die Vermuthung streitet und desshalb nach Eingehung der Ehe das Vorhandensein von Ehehindernissen nur auf strengsten Beweis hin angenommen wird c. 22. cit. c. 47. in fin. X. 2, 20. de testib., c. 25. X. 2, 24. de jurejur. Würde aber der Nichtempfang der Taufe oder deren Ungiltigkeit beweisen, so wäre die Ehe als ungiltig zu erklären und es träte alsdann einer der bereits besprochenen Fälle ein.

5) Nach den örtlichen Verhältnissen muss später genaue und sichere Erkundigung eingezogen werden, ob bei gemischten Ehen der akatholische Theil getauft und ob er giltig getauft wurde.

Aus der grossen Menge der besprochenen, sehr erheblichen Schwierigkeiten, welche sich durch Einführung der Civilehe im jetzigen deutschen Reiche ergeben, ersieht man die Falschheit der Behauptung, dass durch die neue Einrichtung die Verhältnisse verein-

facht würden. Dies wäre nur dann der Fall, wenn es nur eine *Civilehe* gäbe und demnach die kirchliche Ehe gesetzlich abgeschafft würde oder ganz ausser Gebrauch käme. Da an Letzteres aber bei den Katholiken und auch bei vielen Protestanten nicht zu denken ist, so kam zu den bestehenden kirchlichen Ehen noch eine bürgerliche hinzu und vermehrte die Verwirrung, die Schwierigkeiten und die Plagereien der Menschen.

Mit der Civilehe geht es wie mit fast allen neuen Einrichtungen, sie ist an sich und in ihrer Einwirkung aufs Leben hinderlich und verderblich.

X.

Streitigkeiten zwischen den Bewohnern der Städte Amiens und Abbeville und dem Bischof von Amiens über das Recht der ersten Nacht, vor dem Parlament zu Paris.

Von Dr. *Carl Schmidt*, Landgerichtsrath zu Colmar im Elsass.

Die meisten Vertreter der Meinung, dass ein Herrenrecht der ersten Nacht im Mittelalter bestanden habe und nicht blos von weltlichen Herren, sondern sogar von Geistlichen, Aebten und Bischöfen in Anspruch genommen sei, finden einen Hauptbeweis für ihre Behauptung in den durch Parlamentsurtheile entschiedenen Streitigkeiten des Bischofs von Amiens mit den Bewohnern der Städte Amiens und Abbeville. Voltaire sagt, einige Theologen hätten zwar die Behauptung aufgestellt, dass die Geldabgabe, welche der Bischof begehrte, mit einer Vorschrift des vierten Concils von Carthago in Zusammenhang stehe; doch sei es wahrscheinlicher, dass jene Gebühr aus der schändlichen Gewohnheit herrührte, die gewissen Herren die erste Nacht der jungen Frauen ihrer Vasallen gewährt habe. Dieselbe Meinung hat der Generalprocurator Dupin sogar vor der Academie der Wissenschaften zu Paris vertheidigt. Eine Andeutung dieser Meinung findet sich auch bei Merlin, dem berühmtesten Generalprocurator des Pariser Cassationshofes; er sagt von jenem Herrenrecht: »man sah Aebte, selbst Bischöfe, es geniessen wie Barone.« Chateaubriand bemerkt, das unter dem Namen droit de markette (cullagium, marcheta) bekannte Herrenrecht hätten selbst Pfarrer in Anspruch genommen, und Bischöfe in Geld verwandelt. Mit Entrüstung ruft A. F. Miot aus: »Hat man nicht Priester und Bischöfe gesehen, welche ein so beleidigendes und gegen die Schamhaftigkeit verstossendes Recht nicht zurückwiessen, sondern es ausübten oder für Nichtausübung dieses Rechts eine Entschädigung verlangten?« Viele behaupten, es könne nicht bezweifelt werden, dass der Bischof von Amiens die schändlichen Rechte der Vorkost, »les droits honteux de prélibation,« das verrufene »droit de jambage,« »droit de cuissage« oder »droit de marquette« ausgeübt oder sich zugeschrieben habe. Jules Delpit findet eine der grössten Demüthigungen der Geistlichkeit jener barbarischen Zeiten in dem Parlamentsurtheil, welches die unsittlichen Ansprüche des Bischofs und

der Geistlichkeit aus der Diöcese Amiens im Zaume gehalten habe. Welchen Werth diese Meinungen haben, soll im Nachfolgenden geprüft werden.

Die sicherste Quelle zur Erkenntniss der richtigen Bedeutung der erwähnten Streitigkeiten findet sich in den Protocollen der Parlamentsurtheile, welche das Staatsarchiv zu Paris enthält, und welche man dort im Lesezimmer mit rühmlicher Bereitwilligkeit dem Fremden vorlegt. Sie sind jedoch nicht vollständig. Ist daher ein Urtheil in den Protocollen der Archives Nationales nicht enthalten, so darf daraus nicht gefolgert werden, dass es nicht ergangen sei. Zur Ergänzung dieser Protocolle dient die auf der Bibliothèque Nationale zu Paris aufbewahrte Sammlung von Abschriften, welche Dom Grenier aus dem Archiv der Stadt Amiens entnommen hat. Diese Abschriften geniessen fast dasselbe Ansehen wie die Urschriften. Ausser diesen beiden Hauptquellen berücksichtigt die nachfolgende Untersuchung die Nachrichten aller Schriftsteller, welche den Inhalt von Parlamentsurtheilen über die fraglichen Streitigkeiten mit mehr oder weniger Genauigkeit und Ausführlichkeit mitgetheilt haben, mit Ausnahme derjenigen Nachrichten, welche aus zweiter oder dritter Hand herrühren.

In den Archives Nationales zu Paris ist ein Urtheil aufbewahrt, woraus Folgendes erhellt: Die Vertreter der Stadt *Amiens* klagten gegen ihren Bischof vor dem Gericht des königlichen Amtmanns, mit dem Antrage zu erkennen, dass die Bewohner von Amiens schon gleich nach Abschluss der Ehe die Hochzeit feiern und die Ehe vollziehen dürften, ohne den zweiten und dritten Tag abzuwarten; und dass sie für einen von der bischöflichen Behörde an den Pfarrer zu richtenden Erlaubnissschein keine Gebühr zu zahlen hätten. Der Richter entschied im ersten Rechtszuge und im vorläufigen Verfahren, unter Vorbehalt aller Rechte für den angestellten Hauptprocess, nach dem Klageantrage. Das Urtheil wurde durch den Bischof mit Berufung angefochten, jedoch in der Berufungsinstanz durch *Urtheil des Parlaments zu Paris vom 17. Januar 1393* bestätigt[1]. Der Hauptprocess scheint nicht

1) *Urtheil des Parlaments zu Paris vom 17. Januar 1393*, aus den Registres du Parlament, in den Archives nationales zu Paris, reg. X, 1 a. 40 fol. 128 recto: »Cum a quadem sententia per locumtenentem baillivi nostri Ambianensis, ad utilitatem majoris et scabinorum, nomine communitatis dicte ville *Ambianensis, Johannis dicti Wicart et Andree Coutelarii*, habitancium dicte ville, et contra dilectum nostrum episcopum Ambianensem, racione recre-

entschieden zu sein; wenigstens habe ich darüber Nichts ermitteln können 1).

Eine Nachricht der Gallia Christiana 2) über ein Parlamentsurtheil vom 17. Januar 1383, aus der Zeit des Bischofs Johann III. (von 1376 bis 1388), beruht auf einer Verwechselung mit dem erwähnten Urtheil vom 17. Januar 1393, aus der Zeit von Bischof Johann IV. (von 1389 bis 1410).

---

dentie rei contenciose in certa causa novitatis et saisine coram dicto baillive nota, quam recredentiam dicti major, scabini et habitantes ad se pertinere debere dicebant, quod videlicet singuli dictorum habitancium, habiles et volentes contrahere matrimonium et sponsalia, possent die dictorum sponsaliorum et solemnizationis matrimonii, messiare, prandere, cenare ac simul *eodem die cubare* et alias solemnitates die dictorum sponsaliorum et matrimonii contracti necessarias et opportunas facere et complere, *absque hoc quod secundam aut terciam diem expectare teneantur* vel deberent, aut si dictis habitantibus aut singulis eorumdem placeret, licentiam et cedulam, eorum curatis dirigendam, a dicto episcopo et suis officiariis petere libere et absque aliqua pecunie solutione habere deberent lata, per quam dictus locumtenens partes predictas super recredentia absque factis deliberari posse dictam recredentiam majori et scabinis ac habitantibus, principali processu in causa novitatis et saisine inter dictas partes durante, mediante tamen caucione sufficienti, et absque prejudicio dicti principalis processus faciendo, et dictum episcopum in eorum expensis condempnando pronunciaverat, fuisset pro parte dicti episcopi ad nostram parlamenti curiam appellatum; auditis igitur, in dicta curia nostra partibus ante dictis in causa appellationis predicte, processuque utrum bene vel male fuisset appellatum ad judicandum recepto, eo viso et diligenter examinato, per arrestum dicte curie nostre dictum fuit locumtenentem bene judicasse et pronunciasse et dictum episcopum male appellasse, et emendabit appellans, ipsum in expensis hujus cause appellacionis condempnando, earumdem expensarum taxatione dicte curie nostre reservata. Pronunciatum XVII. Januarii Nonagesimo tercio. *Marle-Blanchet.*« — Dasselbe Urtheil, aus einer etwas anderen Redaction, welches im Archiv der Stadt Amiens aufbewahrt wird, ist vollständig abgedruckt bei *Célestin Daire*, Hist. de la ville d'Amiens, Paris 1757, Bd. 2. S. 407, (mit der Unterschrift Villequin), und bei *Aug. Thierry*, Recueil des monuments inédits de l'histoire du tiers état, t. I. p. 792, 793. Auszüge, angeblich aus Band 8 der Parlamentsurtheile, stehen bei Ducange und Carpentier unter dem Wort Marcheta.

1) Die Notiz der Gallia Christiana t. X. p. 1197 könnte darauf bezogen werden, wo ein zu Gunsten der Bewohner von *Amiens* erlassenes Urtheil vom 19. März 1409 erwähnt wird; doch scheint dies eine Verwechselung mit der zu Gunsten der Bewohner von *Abbeville* erlassenen Entscheidung zu sein.

2) *Gall. Christ.* t. X. p. 1196, zum Jahr 1383: »Anno eodem 17. Januarii senatus Parisiensis decreto abolita est consuetudo numerandae pecuniae episcopo Ambianensi ad impetrandam licentiam accedendi ad uxorum noviter ductam ante tres noctes a contractis nuptiis; olim enim tribus illis prioribus noctibus, nisi accederet episcopi dispensatio, a concubitu abstinebant conjuges.«

Das zweite und wichtigste Aktenstück bildet ein *Urtheil des Parlaments zu Paris vom 19. März 1409.* Dasselbe findet sich in der Sammlung des Dom Grenier, in der Bibliothèque Nationale zu Paris, Collection de Picardie vol. 158, und ist vollständig abgedruckt bei L. Veuillot, le droit du seigneur, Paris 1864, S. 451 bis 459[1]). Daraus erhellt Folgendes: Bürgermeister und Schöffen der Stadt *Abbeville* richteten an König (Karl VI.) von Frankreich eine Beschwerde über verschiedene Gebühren, welche sie theils an den Bischof, theils an ihre Pfarrer für geistliche Amtshandlungen zu zahlen hatten. Sie verlangten Abschaffung aller dieser Gebühren, weil dieselben mit den Vorschriften des canonischen Rechts in Widerspruch ständen und missbräuchlich eingeführt seien. Ein Beschwerdepunkt ging dahin, dass die bischöfliche Behörde den neuvermählten Eheleuten nicht gestatte, auf Grund des gemeinen Rechts schon die erste Nacht bei einander zu schlafen, sondern sie zu einer Enthaltsamkeit für die drei ersten Nächte nöthige und eine Dispens davon nur gegen Zahlung von zehn, zwölf, zwanzig oder dreissig *Franken* ertheile[2]). Durch königliches Schreiben wurde dem Bischof und den Pfarrgeistlichen bei Strafe verboten, die in der Beschwerde aufgezählten Gebühren ferner zu erheben. Der Bischof und die Pfarrgeistlichen legten gegen Vollstreckung des königlichen Schreibens Einspruch ein, worüber das Parlament zu entscheiden hatte[3]). Die Verhandlung fand vor dem Parlament statt, in Sachen des königlichen Generalprocurators, sowie der Bürgermeister und Schöffen der Stadt Abbeville in Ponthieu, als Kläger, wider den Bischof von Amiens, sowie gegen Johann Martel, Pfarrer von St. Jacob zu Abbeville, und mehrere andere einzeln benannte Pfarrer, als Beklagte. Die Kläger beantragten, die streitigen Gebühren sämmtlich für missbräuchlich zu erklären, daher den Einspruch des Bischofs und der Pfarrgeistlichen zu verwerfen, dieselben zur Rückzahlung der empfangenen Gebühren und

1) Ein Auszug in französischer Sprache steht bei Laurière, Gloss. v. exécuteurs, t. I. p. 441, 442. Kürzere Auszüge finden sich bei zahlreichen Schriftstellern.

2) Urth. vom 19. März 1409: . . . . »Et quamvis de jure communi maritis cum uxoribus suis prima nocte nupciarum cubare libere concedatur, dictus tamen episcopus, per se aut suos officiarios, dictos conjuges, quosdam ad decem, alios ad duodecim, nonnullos ad viginti vel triginta francos, priusquam ipsis de cubando dicta prima nocte cum suis de novo uxoribus licentiam impertiri vellet, exigebat, aut aliter ipsos a suis uxoribus per tres noctes abstinere compellebat.«

3) Urtheil vom 19. März 1409: . . . . »virtute certarum literarum a nobis obtentarum certe inhibitiones et precepta sub certis poenis dictis defensoribus

zu einer Busse von zehntausend Franken zu verurtheilen, ihnen die Erhebung jener Gebühren für die Zukunft zu untersagen und dem Bischof die Kosten aufzuerlegen [1]). Die Beklagten beantragten, ihren Einspruch als rechtlich begründet anzuerkennen, sie in ihren Rechten zu schützen, die Anträge der Kläger zu verwerfen und dieselben zu den Kosten zu verurtheilen [2]). Die Pfarrer führten aus, dass die streitigen Gebühren auf rechtmässigem Gewohnheitsrecht beruhten und sich durch den Mangel an sonstigen Pfarreinkünften erklärten. Der Bischof bemerkte, die durch Gewohnheitsrecht entstandene Vorschrift, dass Eheleute nicht vor Ablauf der dritten Nacht bei einander schlafen sollten, bestehe in der Ortschaft, dem Decanat und dem Bann von Abbeville seit alten Zeiten, im Einklang mit dem canonischen Recht, der Vernunft und den Aussprüchen der Kirchenväter; bei Dispens von dieser Vorschrift würden Gebühren im Betrage von zehn, zwölf, bisweilen zwanzig *sous*, je nach der Vermögenslage der Eheleute erhoben, theils für den Kleriker, welcher den Dispensbrief zu schreiben habe, theils für Siegel und Unterschrift des Officials; mehr als zwanzig sous seien nur dann erhoben, wenn mit der erwähnten Dispens die Lossprechung von einem Excommunicationsurtheil oder eine Aufgebots-Dispens verbunden gewesen sei, und auch dann rechtfertige sich die erhobene Gebühr nach dem Gewohnheitsrecht und den Synodalstatuten [3]). Es ward Zeugenbeweis erhoben,

---

facte fuerant, ut a dictis exactionibus et interprisiis cessarent, executioni quarum dicti defensores se opposuerant.« . . . .

1) Urtheil vom 19. März 1409: . . . . »Quare petebant dicti actores prefatas inhibitiones et precepta ad bonam et justam causam factas fuisse, et dictos defensores ad malam et injustam causam se opposuisse, dictasque exactiones et interprisias, abusus atque corruptelas fore dici et declarari, ipsosque defensores ad eas revocandum et annullandum, et in talibus abinde cessandum, necnon quidquid ipsi et eorum quilibet exegissent restituendum, ac in decem mille francorum, aut aliam summam juxta dicte nostre curie discretionem erga nos per captionem et detentionem sue temporalitatis, ac aliis quibuslibet viis rationabilibus, presertim memoratum episcopum in eorum dampnis interesse et expensis condempnari et compelli.«

2) Urtheil vom 19. März 1409: . . . . »petebat dictus episcopus defensor predictos actores ad sua proposita admittendos non esse; et si admitterentur, causam seu actionem non habere ipsumque episcopum bene se opposuisse, et ab impetitionibus et demandis ipsorum actorum absolvi debere, ac in suis juribus et possessionibus manuteneri, impedimentumque per dictos actores appositum, ad utilitatem dicti episcopi amoveri, dici et pronuntiari, et ipsos actores, praesertim majores et scabinos, in ipsius expensis condempnari.«

3) Urtheil vom 19. März 1409: »Dicto vero episcopo ex adverso separatim proponente, quod in villa, decanatu et banleuca de predicta Abbatisvilla,

und nach Anhörung beider Theile am 19. März 1409 das Endurtheil erlassen. Darin wurde bezüglich der Ansprüche der Pfarrgeistlichen der Einspruch aller Beklagten als begründet anerkannt, das im königlichen Schreiben enthaltene Verbot aufgehoben, und die Klage kostenfällig abgewiessen; dagegen bezüglich der Gebühr für Dispens von der dreitägigen Enthaltsamkeit unter Compensation der Kosten der Kläger und des mitbeklagten Bischofs, dessen Einspruch gegen das königliche Schreiben verworfen, und ausdrücklich ausgesprochen, dass jeder Einwohner von Abbeville schon am Tage der Hochzeit die Ehe vollziehen dürfe, ohne dazu einer Erlaubniss oder Dispens des Bischofs zu bedürfen [1]).

Augenscheinlich dasselbe Urtheil ist irrthümlich unter dem Datum des 19. März 1407 von Aug. Thierry [2]), unter dem Datum

ex consuetudine, sacro canoni, rationi et sanctis patribus consona, ab antiquis observatum fuerat, ne cui usque ad tertiam nuptiarum noctem dum uxori sua cubare sine sua aut officialis sui dispensatione, absque emenda, liceret; quodque tam pro salario clerici litteram dispensationis scribendi quam pro sigillo et officialis signeto, interdum decem, nonnunquam duodecim et aliquando sexdecim, et aliquando viginti solidos parisiensium, secundum personarum facultates, petere et recipere poterat. Et si ultra dictam viginti solidorum summam receperat, illud ratione absolutionis a sententia excommunicationis sive bannorum dispensationis erat et fuerat, ex consuetudine etiam et sinodalibus statutis, observatum.« . . . .

1) Urtheil vom 19. März 1409: »Cum, quibus et pluribus aliis hinc inde propositis, *inquesta facta* et ad judicandum, salvis reprobationibus testium per utramque partem traditis, recepta . . . ., visis omnibus et diligenter examinatis, per judicium dicte nostre curie dictum fuit, in quantum dictos actores contra *curatos* concernebat, ad malam et injustum causam predictas inhibitiones et precepta dictis curatis et eorum predecessoribus factas fuisse, ipsosque ad bonam et justam causam se opposuisse declaravit et declarat, ipsos ab impetitionibus et demandis dictorum actorum absolvendo et ab expensis dictorum actorum et ex causa relevando. In quantum vero prefatos actores contra *episcopum* concernebat, dictum fuit predictas inhibitiones et precepta, respectu monitionum generalium predictarum eidem episcopo factas, ad malam et injustam causam factas esse, dictum vero episcopum ad bonam et justam causam se opposuisse, ipsum a dictis impetitionibus dictorum actorum absolvendo, ceterasque inhibitiones et precepta prenominatas eidem episcopo ad requestam dictorum actorum factas, ad bonam et justam causam factas fuisse, dictumque episcopum ad malam et injustam causam se opposuisse declaravit et declarat. Et per idem judicium dictum fuit quod *quilibet habitantium dicte ville de Abbatisvilla, prima die suarum nuptiarum poterit cum sua uxore, absque congedio seu dispensatione predicti episcopi cubare.*« . . . . (Folgt eine weitere Bestimmung über Begräbniss der intestati) . . . »expensas hinc et inde factas compensando.« Pronunciatum die XIX. martii anno Domini MCCCCIX.

2) *Aug. Thierry*, Recueil des monuments inédits, t. II. p. 55.

des 26. Mai 1409 von Charondas[1]) und unter dem Datum des 19. Mai 1409 von Papon[2]) citirt. Charondas erwähnt an derselben Stelle ein in ähnlicher Sache gegenüber dem Abt von Rebais erlassenes Urtheil, ohne dessen Datum anzugeben, worüber ich nichts Näheres habe ermitteln können.

Das Datum der im Urtheil vom 19. März 1409 erwähnten königlichen Verordnung vermag ich nicht anzugeben. Es können damit nicht, wie Cél. Daire, J. J. Raepsaet, F. C. Louandre und viele andere Schriftsteller meinen, die königlichen Verordnungen vom 10. Juli 1336 und 5. März 1388 gemeint sein, welche bei Laurière, Ordonnances des rois de France, Band 2, Seite 117, 118, abgedruckt stehen. Denn diese Verordnungen ergingen auf eine Beschwerde der Stadt Amiens, nicht auf solche der Stadt Abbeville. Damit zerfällt die Behauptung, dass der Process mehr als sechzig Jahr gedauert habe. Die genannten Verordnungen stehen aber auch mit dem in Sachen der Stadt Amiens erlassenen Urtheil vom 17. Januar 1393 über das Recht der ersten Nacht in keinem Zusammenhang, sondern beziehen sich nach richtiger Auslegung auf eine Frage der bischöflichen Gerichtsbarkeit. Die in der Verordnung vom 10. Juli 1336 erwähnte Beschwerde der Stadt Amiens ging nämlich dahin, dass der bischöfliche Official gegen Johann von Arguenne und andere Bürger, Unterthanen des Königs, Ladungen erlassen und Geldstrafen verhängt habe, weil dieselben »ihre Gattinnen und andere Weiber, die ihnen verlobt waren,« fleischlich erkannten, das heisst, weil sie neben ihren rechtmässigen Gattinnen zugleich mit anderen Weibern fleischlichen Umgang unterhielten[3]).

1) *Louis Charondas-le-Caron*, Responses et décisions du droit français, liv. 7. resp. 79, Ausg. Paris 1637 p. 279: »nous lisons en un ancien arrêt du 26. jour de May 1409 donné contre l'Evesque d'Amiens, par lequel non obstant l'ancienne coustume de son diocese, de prendre argent des nouveaux mariez, pour la premiere licence de coucher avec leurs femmes, ledit Evesque fut debouté du droit de ladite prestation pecuniaire. Et depuis a esté donné autre arrest contre l'Abbé de Rebais en semblable espece.«

2) Jo. Paponius, Corpus Juris Francici, lib. 18. tit. 8. n. 8: »Jura inepta, ridicula et abusiva tolerari ac confirmari non debent, quamcunque tandem possessionem vel quamcunque tituli speciem quis allegare velit, exempli gratia, accipiendi pecuniam pro impetranda licentia prima nocte cum sponsa dormiendi, prout faciebat Episcopus Ambianensis, a quo praetenso jure depulsus fuit Arresto 19. Maji 1409.«

3) Königl. Schreiben vom 10. Juli 1336, *Laurière*, Ord. des rois de France, Bd. 2. S. 117, 118: »Philippus Dei gratia Francorum Rex: Baillivo Ambianensi aut ejus locum tenenti, Salutem. Sua Nobis Major et Scabini villae Ambianensis, gravi conquestione monstrarunt, quod cum ipsi, super eo, quod

In dem Zusammenhang der Stelle: »quod ipsi foeminas aliasque suas desponsatas carnaliter cognoverant,« hat das Wort foeminas denselben Sinn wie uxores suas; dieser Sprachgebrauch findet sich auch in anderen Urkunden des Mittelalters, wie Ducange bezeugt. Die angegebene Auslegung wird bestätigt durch einen im Jahr 1757 erfolgten Abdruck derselben Urkunde [1]), in einer Redaction, welche einige minder erhebliche Abweichungen enthält, jedoch an der soeben hervorgehobenen Stelle nicht »aliasque suas« etc., sondern »alias *quam* suas« etc. lautet; danach kann über den Sinn kein Zweifel bestehen. Es ist ein Irrthum Laurière's, dass er den Inhalt der Beschwerden dahin versteht, als hätte die bischöfliche Behörde Geldstrafen nicht blos von denjenigen Männern erhoben, welche ehebrecherischen Umgang mit fremden Frauen unterhielten, sondern auch von denen, welche mit ihren eigenen Frauen ehelich verkehrten [2]). Die Unrich-

Officialis Ambianensis, Vicegerens Episcopi dictae villae, et aliae ipsius Episcopi gentes, Joannem de Arguenne, et plures alios dictae villae Burgenses nostros, coram Episcopo conveniri et citari faciebant, imponentes eidem Joanni et aliis nostris Burgensibus, quod ipsi *foeminas aliasque suas desponsatas* carnaliter cognovérant, ipsos ad solvendum emendas propter hoc compellendo vel etiam tractando, coram fidelibus Gentibus nostris Parlamentum nostrum Parisiense tenentibus, in nostra praesentia conquesti fuissent, asserentes praemissa fore in magnum praejudicium nostrum, dictorum conquerentium ac particularium omnium in dicta villa commorantium. Cumque de praecepto Gentium nostrarum praedictarum, tibi ore tenus facto, ipsum Episcopum ad desistendum de praemissis, per ipsius temporalitatis captionem compellere voluisses, tamen tu praetextu quarundam literarum Regiarum, tibi per dictum Episcopum directarum, continentium inter cetera, ut dicitur, quod sua temporalitas nisi de nostro speciali mandato nullatenus arrestatur, a praemissis omnino cessasti, in dictorum conquerentium et omnium in dicta villa habitantium damnum non modicum, ac periculum et gravamen, sicut diximus. Tamen auditis super his partibus, coram praedictis gentibus nostris Ordinatum fuit, quod dictus Episcopus compelleretur ad desistendum a praedictis, per captionem temporalitatis suae. Commendamus tibi quatenus dictum Episcopum ad desistendum à praemissis, seu desisti faciendum, per ipsius temporalitatis captionem, indilate compellas: Literis praedictis per ipsum Episcopum seu ejus gentes tibi super hoc directis vel ostensis, et aliis impedimentis à Nobis, seu etiam impetrandis, non obstantibus quibuscunque. Datum Parisius in Parlamento nostro, die decimo Julii. Anno Domini millesimo trecentesimo trigesimo sexto. Signatum Hangest. Lecta per Camerar. Registrata in Curia Parlamenti in libro ordinationum regiarum. Fol. 50. in nono anno.«

1) *Cél. Daire*, Hist. de la ville d'Amiens, Paris 1757, Bd. 2, S. 395, 396, De adulteris, Urk. v. 10. Juli 1336: . . . »quod ipsi feminas alias quam suas desponsatas cognoverant carnaliter« . . .

2) *Laurière* l. c.: . . . »que leur Evesque ou ses Officiers levoient des

tigkeit dieser Meinung wird noch weiter bestätigt durch Vergleichung mit der Verordnung vom 5. März 1388; nach Inhalt der darin erwähnten Beschwerde verhängten die Archidiacone von Amiens und Ponthieu als Bisthumsverweser gegen verheirathete Bürger der Stadt Amiens Geldstrafen, weil die letzteren mit anderen Weibern als ihren rechtmässigen Ehegattinnen fleischlichen Umgang hatten[1]). Auch die

amendes, non seulement sur les adulteres, qui avoient été en commerce avec les femmes des autres, mais sur ceux mesmes, qui avoient habité avec leurs propres femmes.«

1) Königliches Schreiben vom 5. März 1388, *Laurière*, Ord. des rois de France, Bd. 2, S. 117, 118: »Karolus Dei gratia Francorum Rex, Baillivo Ambianensi aut ejus locum tenenti, ac primo Parlamenti nostri Hostiario, seu Servienti nostro, qui super hiis requiretur, Salutem. Major et Scabini villae Ambianensis, Curiae nostrae Parisius conquerendo monstraverunt, quod cum super debato alias moto et pendente in dicta Curia, inter dictos conquerentes ex una parte, et Episcopum Ambianensem ex altera, super eo, quod praedictus Episcopus, ejus Officialis aliaeque ejus gentes et officiarii trahebant in causam Burgenses et habitatores villae et Episcopatus Ambianenses uxoratos, eis imponendo, se *alias mulieres quam suas uxores in facie Ecclesiae desponsatas, carnaliter cognovisse*, ab ipsis pecuniarias emendas exigendo. Partibus auditis, per Arrestum seu ordinationem Curiae judicatum fuerit, et Mandatum Baillivo Ambianensi, seu ejus locum tenenti, tunc existenti, ut dictum Episcopum, ejus Officialem, Gentes et alios officiarios suos quoscunque compelleret, per captionem et detentionem eorum temporalitatis, ad cessandum à compulsionibus et exactionibus praedictis. Nihilominus praedictis non obstantibus, Archidiaconi Pontiviensis et Ambianensis, qui sede Episcopali vacante, ut est de praesenti, et in Ecclesia Ambianensi habent regimen spiritualitatis ipsius Episcopatus, Burgenses et habitatores villae et dioecesis praedictorum, de facto per citationes, monitiones et excommunicationum sententias, promulgationes, et pecuniarum exactiones, causa praedictâ, persequuntur, et adeo vexant, tam laboribus quam expensis, quod vexationes suas redimendo necnon obviare satagendo, jurgiis quae in facto matrimonii sequi possint, cum praefatis Archidiaconis et eorum officiariis, ad certas pecuniarum summas componunt, ipsasque summas indebite exigunt et levant, contra tenorem Arresti, seu ordinationes praedictorum temere veniendo. Quod in ipsorum conquerentium, non solum praejudicium et gravamen, sed nostri et nostrae Curiae contemptum redundat, si ita est. Quare vobis et vestrum cuilibet, committendo Mandamus, quatenus de et super praedictis vos diligenter informetis, et informationem, quam inde feceritis, quam citius dictae Curiae remittatis, ut ipsâ visâ, dicta Curia providere valeat, ut fuerit rationis, Et insuper dictis Archidiaconis, eorum officialibus, officiariis et servitoribus, et eorum cuilibet, sub certis magnis poenis nobis applicandis, praecipiatis, et injungatis ex parte nostra, ut a praedictis monitionibus, citationibus sententiarum, excommunicationibus et potissimum pecuniarum exactionibus omnimode se de cetero desistant, literis subrepticiis impetratis vel impetrandis non obstantibus quibuscunque. Datum Parisius in Parlamento nostro

Verfasser der Gallia Christiana sagen von den beiden erwähnten königlichen Verordnungen, dass sie einen Streit »de judicio adulterorum« zum Gegenstand gehabt hätten[1]).

Vermuthlich begannen die Streitigkeiten der Stadt Abbeville mit dem Bischof von Amiens über das Recht der ersten Nacht etwa um dieselbe Zeit, als die der Stadt Amiens, welche durch Urtheil des Parlaments vom 13. Januar 1393 entschieden sind. Carpentier und Ducange (v. Marcheta) erwähnen ein Parlamentsurtheil vom 11. März 1401, (angeblich aus Band 9 der Parlamentsurtheile), worin der Inhalt der Beschwerde fast wörtlich mit der oben (S. 196, N. 2) angeführten Stelle aus dem Urtheil vom 19. März 1409 übereinstimmt. Es ist wohl möglich, dass die Beschwerde am 11. März 1401 dem König überreicht ist, und die Angabe bei Ducange und Carpentier auf einer Verwechselung der Beschwerde und des Urtheils beruht. Aehnlich ist der Inhalt der Beschwerde in einer französischen Urkunde, welche Aug. Thierry veröffentlicht hat und in die Zeit um 1336 zurück versetzt[2]).

Paponius erwähnt ein Parlamentsurtheil vom 1. März 1401, dessen Inhalt in vielen Stücken und hauptsächlich bezüglich der Entscheidung über das Recht der ersten Nacht mit dem Urtheil vom 19. März 1409 übereinstimmt, dagegen bezüglich mehrerer Pfarrgebühren in der Währung und in den Beträgen Abweichungen enthält[3]). Die Quelle, woraus Paponius dies Urtheil geschöpft hat,

---

quinta die Martii. Anno Domini millesimo trecentesimo octogesimo octavo et regni nostri sub sigillo nostro, in absentia magni ordinato. Signatum per Cameram. J. Jouvenance Clerici.«

1) *Gall. Christ.* Bd. 10. S. 1193, wo sich jedoch ein Fehler in der Jahreszahl (1366 statt 1336) vorfindet.

2) »*Condoléance de habitans au roy, vers 1336*, bei *Aug. Thierry*, Recueil des monuments inédits, t. I. p. 463, aus Coll. de Dom Grenier, 20e paquet n. 1: . . . »Item, pour donner licence de bénistre les lits des marians nouvellement en li première nuict, lesquels lis ne doit estre béneis, selon le coustum anchien de le cisté d'Amiens, avanstes à le tierche nuit, lidis éveskes ou ses gens en prendent, cascun jour que li cas eskiet, XX, XXX, XL livres, ou plus, selon la faculté des personnes. Et s'aucune fois c'et avenu que on ait fait che sans se licence, il constraint les faisant à grant amende, si comme il li plaist.«

3) *J. Paponius*, Corpus Juris Francici, lib. 15. tit. 1. arrestum I.: »Prima die Martii 1401 declaratum et Arresto judicatum fuit, Episcopos Ambianenses et Curiones Abavillanos, plus uno solido Parisiensi pro chartula banni ad proclamandum matrimonium, si qua oppositio esset, exigere non debere: pro licentia despondendi in altera Parrochia non plus uno solido Turonensi: pro consecratione nuptiali non plus tredecim denariis, pro instrumento nuptiali non

wird sich nicht leicht ermitteln lassen; doch ist diese Frage für unsere Aufgabe von geringer Bedeutung, da diese Urkunde Nichts enthält, was bezüglich des Rechts der ersten Nacht zu einem andern Ergebniss führen kann als das Urtheil vom 19. März 1409.

Endlich ist noch ein Urtheil vom 6. März 1501 (nicht, wie Steph. Baluzius sagt, vom 11. März 1501) in den Synodalstatuten des Bischofs Stephan Poncher von Paris enthalten. Dieser Bischof bestätigte am 13. Mai 1515 eine von Jo. Randinus besorgte Ausgabe der Pariser Synodalstatuten; darin ist das erwähnte Urtheil angeblich wörtlich abgedruckt, zur Verhütung einer appellatio in causa abusus, mit der Bestimmung, dass der Inhalt dieses Urtheils auch in der Diöcese Paris befolgt werden sollte, soweit er dort nicht mit besonderen Gewohnheitsrechten in Widerspruch träte. Dies Urtheil findet sich weder in den Archives Nationales, noch in der Collection des Dom Grenier in der Bibliothèque Nationale[1]). Cél. Daire erwähnt ein Urtheil vom 1. März 1401, mit Angabe eines Inhalts, welcher mit dem Urtheil vom 6. März 1501 übereinstimmt[2]). In dem Abdruck, welchen die Synodalstatuten des Stephan Poncher enthalten, ist es französich abgefasst, und mit der Unterschrift Brunart versehen. Es hat einen ähnlichen Inhalt als das Urtheil vom 19. März 1409; auch findet sich darin der Name Johann Martel; die darin verzeichneten Taxen sind jedoch meistens geringer als die in dem Urtheil vom 19. März 1409 als rechtmässig anerkannten Pfarrabgaben[3]). Bei dieser Sachlage ist die

---

plus duobus solidis: pro celebratione Missae non plus duobus solidis sex denariis. Si autem qui Missam cantat praeter ea, omne quod offertur, deberi, nisi cum Curione transegisset: quo casu transactione eum contentum esse debere: Pro benedictione Camerae sponsorum non plus decem denariis Parisiensibus pro vino exigere posse: *sponsosque citra scrupulum et impetratam ejus venium prima nocte una concumbere posse.*«

1) Auch die *Gallia Christiana* (Bd. 10. S. 1204) enthält keine Nachricht von diesem Urtheil vom Jahre 1501.

2) *Cél. Daire*, Hist. de la ville d'Amiens, Bd. 2. S. 85: . . . »les habitans d'Abbeville portérent leur plainte au Parlement en 1401. La Cour fit le premier Mars un Réglement provisoire pour les honoraires des fiançailles et mariages, et accorda la récréance aux nouveaux Mariés, le Procès pendent, et permit aux Espousés de coucher franchement avec leurs femmes.«

3) Decreta Sinodalia, edita a D. Jo. Randino J. C. L., approbata per Rev. Dominum episcopum et senatum Parisiensem, in 4°, ohne Ort, Zeit und Seiten, hinter dem Abschnitt »De sacramento eucharistiae seu altaris:« . . . . »Et ut nullus incidat in errorem vel periculosos processus, cum de similibus simile judicatum sit ferendum in dubiis pro nonnullis taxis a parlamenti curia factis hic vobis infero formam arresti parlamenti parisiensis, de quo tenor sequitur de

Meinung[1]), dass die Angabe der Synodalstatuten auf einem blossen Irrthum im Datum beruhe, nicht haltbar. Andererseits erscheint es als auffallend, dass über dieselben Streitpunkte unter denselben Parteien zwei verschiedene Urtheile, am 19. März 1409 und am 6. März 1501, ergangen sein sollten. Eine Lösung der Schwierigkeit lässt sich durch die Vermuthung bewirken, dass ein französischer Auszug aus dem Urtheil vom 19. März 1409 in etwas verstümmelter Fassung, unter Berücksichtigung von Gebühren-Ermässigungen, welche im Lauf der Zeit eingetreten sein mögen, in einem Parlaments-Urtheil vom 6. März 1501 neu pedigirt sein kann. Wäre das richtige Datum dieses Urtheils der 6. März 1401, so könnte der Meinung Daire's beigetreten werden, dass es die vorläufige Entscheidung in derselben Streitsache bildete, worin das endgültige Urtheil am 19. März 1409 erging[2]).

Wie dem auch sein mag, die Entscheidung des Parlaments über das Recht der ersten Nacht ist nach Inhalt aller vorstehenden Urkunden dieselbe gewesen; darin stimmt nicht blos das zu Gunsten der Bewohner von Amiens am 17. Januar 1393 erlassene Urtheil mit dem zu Gunsten der Bewohner von Abbéville erlassenen Urtheil vom 19. März 1409 überein, sondern findet sich auch keine Verschiedenheit in den übrigen Urtheilen, deren Aechtheit dahingestellt bleiben kann. Nach Inhalt aller angeführten Urtheile bestand kein

verbo ad verbum, quoniam si aliter ageretur, possent forte in majores sumptus teneri ubi appellatio interponeretur in causa abusus. Et hec est forma. Entre les maire et eschevins de abbeville et le procureur du roy nostre sire dune part et maistre jehan martel dautre. Veu les memoires et tout considere, dit a este que la cause demourera et nauront conge ne despens les evesques ne cures et sont contraires a toutes fines. Et . . . au regard de flansailles payeront ceux qui seront fiances douze deniers paris. pour la lettre de bans ou il y aura opposition. Pour lun ou lautre des maries deux soulz parisiz . . . pour la bénédiction du lict en lieu de ung payeront les nouveaux maries douze deniers parisis pour les espousailles treize deniers paris. pour une foys pour la messe du marie . . . *quant a non coucher de troys nuyz* avec sa femme au commencement du mariage les demandeurs auront la recreance le proces pendent et *pourront les espouses coucher franchement les trois premiers nuyz avec leurs femmes.* Quant aux intestatz . . . Pronunce en parlement le VI. jour de mars lan mil cinq cent et ung. Signe *Ormeurt.* Omnia in praedicto arreste contenta approbamus absque praejudicio laudabilis consuetudinis ecclesiarum nostrae dioecesis ubi in contrarium obstaret. . . .

1) *Stephani Baluzii* Tutelensis Notae ad Reginonem, p. 565, 566, Addenda S. 657, 658.

2) *Odii Daire*, l. c. (im Anschluss an die vorstehende Stelle, S. 208 Note 2): »Enfin le 19. mars 1409, intervint un Arrêt définitif . . . (folgt Angabe des Inhalts).«

Streit über die sachliche Zuständigkeit des Parlaments; daher ist anzunehmen, dass die Bischöfe von Amiens den Entscheidungen nachgekommen sind; zumal da sogar der Bischof von Paris, welchen die Parlaments-Urtheile nicht direct angingen, gleichwohl die dadurch anerkannten Grundsätze zur Nachachtung für seine Diöcese bekannt gemacht hat. Die Behauptung vieler Schriftsteller, dass der Bischof von Amiens in dieser Streitsache sich widerspänstig gegen die Entscheidungen des Parlaments gezeigt habe, ist nach den vorliegenden Urkunden nicht begründet.

In den angeführten Parlamentsurtheilen finden sich keine Entscheidungsgründe. Daher kann nur aus der Processgeschichte, den Anträgen der Parteien und den sonstigen Umständen des Falles eine Vermuthung darüber aufgestellt werden, aus welchen Gründen der Anspruch des Bischofs verworfen wurde. Er stützte sich auf ein Gewohnheitsrecht und vertheidigte dessen Rechtsbeständigkeit. Die Gültigkeit eines Gewohnheitsrechtes beruht auf dem Bewusstsein von der Rechtsverbindlichkeit einer thatsächlich bestehenden Uebung. Dass nun im vorliegenden Fall seit langer Zeit thatsächlich die Uebung bestand, welche der Bischof behauptete, war nicht bestritten; in den Angaben, welche das Urtheil über die Ausführungen der Kläger enthält, ist die thatsächlich bestehende Uebung sogar zugestanden. Gleichwohl verlangten die Bewohner von Amiens und Abbeville die Beseitigung der herkömmlichen Gebühren. Daher dürfte die Frage, welche das Parlament zu entscheiden hatte, die gewesen sein, ob die Uebung, welche thatsächlich bestand, auf dem Bewusstsein ihrer Rechtsverbindlichkeit beruhte; mit andern Worten, ob sie als eine consuetudo rationabilis im Sinn von L. 2. C. quae sit longa consuetudo [1]) zu betrachten war.

Während des Mittelalters galt in vielen Gegenden für christliche Eheleute der fromme Brauch, vor Vollziehung der Ehe das Ehebett kirchlich einsegnen zu lassen [2]); ein Gebrauch, welcher im Lauf der Zeit zu Missständen führte und desshalb durch kirchliche und weltliche Vorschriften eingeschränkt wurde [3]) oder ausser Uebung kam. Dieser Gebrauch bestand auch in der Diöcese Amiens, wo die Neuvermählten für die kirchliche Einsegnung des Ehebettes in

1) Vergl. *v. Savigny*, System, Bd. 1. S. 420–429.

2) Vergl. *Chardon*, Hist. des sacremens, Paris 1744, t. VI. cap. 2. p. 162, 163; *J. A. Dulaure*, Hist. de Paris, 1823, t. 2. p. 495, t. 3. p. 249; Voltaire, dict. phil. v. taxe; *R. Sohm*, Recht der Eheschliessung, Weimar 1875, S. 155.

3) *Chardon* l. c.; Synodalstatuten des Bischofs Poncher zu Paris von 1515; Brillon, dict. des arrêts, t. 1. p. 573.

früheren Zeiten eine Abgabe in Wein entrichteten, später an dessen Stelle eine Gebühr von zwölf Pariser Pfennigen bezahlten [1]; in Abbeville betrug die Gebühr für Einsegnung des Ehebettes, welche im Urtheil vom 19. März 1409 als rechtsbeständig anerkannt wurde, zwei sous [2]; im Urtheil vom 6. März 1501 ist der Betrag auf zwölf Pfennige festgesetzt [3].

Mit der Sitte, das Ehebett einsegnen zu lassen, verband sich in Amiens und Abbeville ein weiteres Herkommen, wonach die Einsegnung des Ehebettes erst am dritten Tage nach der Hochzeit stattfand, und die jungen Ehegatten bis dahin Enthaltsamkeit übten [4]; der Bischof konnte hiervon dispensiren und erhob für die Dispens die Gebühr, deren Rechtsbeständigkeit bestritten und vom Bischof vertheidigt wurde. Bei Entscheidung der Frage, ob die Uebung, welche thatsächlich bestand, als eine rechtsgültige anerkannt werden sollte, konnte das Parlament auf die veränderten Zeiten Rücksicht nehmen. Es ist denkbar, dass ein kirchliches Gewohnheitsrecht, welches in der frommen Sitte älterer Zeiten eine feste Stütze gehabt haben mochte, in späterer Zeit sich nicht mehr aufrecht erhalten liess. War einmal die fromme Uebung dahin geändert, dass regelmässig Dispens davon begehrt und gewährt wurde, daher fast nur die Förmlichkeit des Dispensverfahrens und die damit verbundene Geldabgabe übrig blieb, so führte ein Schritt weiter dahin, auch diesen Rest des alten Gewohnheitsrechtes zu beseitigen.

Dies dürfte der Gesichtspunkt gewesen sein, aus welchem die Streitfrage zu entscheiden war. Das Parlament mag nach näherer Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt sein, dass der Anspruch des Bischofs mit den veränderten Rechtsanschauungen nicht mehr in Einklang stand. Die Aussprüche der Kirchenväter und Bestimmungen des canonischen Rechts, worauf der Bischof sich berief, bildeten kein Hinderniss, in diesem Sinn zu entscheiden.

---

1) Histoire du Comté de Ponthieu etc. (v. *L. A. Deverité*), Londres 1767, S. 286.

2) Urtheil vom 19. März 1409: . . . »pro benedictione lecti sponsatorum duos solidos parisiensium.« . . .

3) Urtheil vom 6. März 1501: . . . »pour la bénédiction du lict en lieu de ung paieront les nouveaux maries douze deniers parisis.« . . .

4) Ein ebenso strenges Herkommen soll dem Vernehmen nach bei den orientalischen Armeniern bis in die neueste Zeit beobachtet sein. Darüber schrieb *Adam Olearius*, Muskow. u. Pers. Reisebeschreibung, Buch 4 Cap. 41 (von der Armener Hochzeit etc.): . . . »Der Bräutigam und Braut dürffen in den ersten drey Tagen und Nächten nicht zusammenschlaffen. Unter den Armenern in Pohlen aber soll solches nicht so genau in acht genommen werden.«

Die Enthaltsamkeit nämlich, welche Tobias und Sara nach ihrer Verheirathung zufolge des durch den Erzengel Raphael ertheilten Rathschlages für die ersten drei Nächte beobachteten[1]), war das Heilmittel gegen ein ungewöhnliches Unglück[2]) und ist kein allgemeines Gesetz der christlichen Kirche geworden, wie schon daraus erhellt, dass die betreffenden Stellen des Buches Tobias blos in der chaldäischen Redaction erhalten waren und daraus in die Vulgata übergegangen sind, also bis zur Zeit des heiligen Hieronymus in den meisten christlichen Ländern unbekannt waren. Allerdings enthält das canonische Recht einige Stellen, welche darauf zurückgeführt werden können; doch weichen sie von einander ab, wodurch sich die Meinung bestätigt, dass sie nicht ein allgemein gültiges Gesetz enthalten. Eine angeblich aus den Decreten des Papstes Sother, Capitel 5, herrührende Stelle, welche in die Decrete von Burchard und Ivo aufgenommen ist, fordert die jungen Ehegatten auf, am *zweiten und dritten* Tage Enthaltsamkeit zu beobachten[3]). Ein angebliches Schreiben des Papstes Evaristus an die afrikanischen Bischöfe, welche sich in den Sammlungen von Ivo und Gratian findet, empfiehlt den Neuvermählten zwei *oder* drei Tage dem Gebet zu widmen und solange die Jungfräulichkeit zu bewahren[4]). Ein dritter Ausspruch, welcher mit Unrecht an einigen Stellen[5]) auf ein Concil von Valentia Cap. 101, an anderen Stellen auf das vierte Concil von Carthago[6]) zurückgeführt wird, geht dahin: »Bräutigam und Braut sollen, um den Segen des Priesters zu empfangen, von ihren Eltern oder von Brautführerinnen geleitet werden und nach Empfang des Segens aus Ehrfurcht vor demselben die *erste* Nacht in der Jungfräulichkeit verharren[7]).« Irrthümlich ist die Meinung, dass

1) Lib. *Tobias*, Cap. 6. u. Cap. 8.

2) Vergl. *Gutherlet*, Das Buch *Tobias*, Münster 1877, S. 211.

3) *Burchardi* Decret. lib. 9. cap. 5; Decretum *Ivonis* pars. 8. cap. 145; »biduo etiam *ac* triduo abstineant, et doceantur ut castitatem inter se custodiant.«

4) *Benedictus Levita* und *Pseudo-Isidor*, bei *Walter*, Corp. jur. Germ. Bd. 2. S. 774, *Pertz*, Mon. Germ. Bd. 2. S. 122 u. *P. Hinschius* p. 87; Decretum *B. Ivonis* pars 8. cap. 4; liber decretorum sive panormia *Ivonis* lib. 6. fol. 122 v.; *Gratian*, Causa 30 qu. 5. c. 1: »biduo *vel* triduo orationibus vacent et castitatem custodiant.«

5) Decr. *B. Ivonis* pars 8. cap. 143; *Burchardi*, Decr. lib. 9. cap. 5.

6) Vergl. darüber *Harduin*, Conc. coll. t. I. p. 975; *Hefele*, Conciliengeschichte, Bd. 2. S. 63, 64; *Ch. L. Richard*, Analyse des Conciles, t. I. p. 345—358; *P. Hinschius*, Decret. Pseudo-Isidorianae, p. 894.

7) Coll. antiqua canonum poenitentialium lib. 1. cap. 61. (Spicilegium sive Collectio veterum aliquot scriptorum, tom. I., Paris 1728, p. 525); Reginonis

dieser Ausspruch ein fränkisches Gesetz sei, als Capit. lib. 7. cap. 463; dies ist nur eine Stelle des Benedictus Levita[1]).

Die Rechtsbücher, worin die bezeichneten Stellen stehen, haben keine Gesetzeskraft[2]), und die vorbezeichneten, daraus entnommenen Vorschriften nur die Natur eines evangelischen Rathes[3]), dessen Nichtbefolgung keine Sünde ist[4]). Auch sonst war das Parlament durch keine gesetzliche Schranke gehindert, das Gewohnheitsrecht, welches in der Diöcese Amiens bestanden hatte, jedoch nach den veränderten Anschauungen nicht mehr als rechtsbeständig betrachtet wurde, gänzlich zu beseitigen.

Wie lange dies Gewohnheitsrecht in anerkannter Wirksamkeit bestanden hat, lässt sich nicht genau bestimmen. In einem Verzeichniss der Einkünfte des Bischofs von Amiens vom Jahr 1302 und zwar im Abschnitt »chi parolle du respit de Saint Firmin« war das Recht des Bischofs verzeichnet, bei allen Heirathen seiner Unterthanen eine Heirathssteuer, ein »droit de mariage,« von vier Sester Wein zu erheben, dagegen keine Rede von der Gebühr, worüber die vorerwähnten Parlamentsurtheile entschieden haben[5]).

Abbatis Prumiensis de ecclesiast. disc. et relig. Christ. lib. 2. cap. 153; Decretum B. Ivonis pars 8. cap. 6; panormia Ivonis. lib. 6 fol. 125 v.; *Gratian* dist. 23. cap. 33. und causa 30. qu. 5. c. 5: »Sponsus et sponsa, cum benedicendi sunt a sacerdote, a parentibus suis vel a paranymphis offerantur, qui cum benedictionem acceperint, *eadem* nocte pro reverentia ipsius benedictionis in virginitate permaneant.«

1) *Pertz*, Mon. Germ. Bd. 2. S. 132; *Walter*, corp. jur. Germ. Bd. 2. S. 774.

2) *Phillips*, Kirchenrecht, Bd. 4. §. 180; *Dalloz*, Rép. Bd. 1. (1840) S. 161.

3) Glosse zu cap. 33. Dist. 23: »alibi dicitur de biduo vel triduo . . . et intelligo et illud et istud esse concilium.« Vergl. *Loüys Servin*, Actions notables et plaidoyez, Paris 1661, p. 229: »cela estoit ordonné par conseil, et non par precepte, ex honestate, non ex necessitate;« d'Espeisses, oeuvres) t. I. p. 167; *Van Espen*, jus eccles. univ. t. I. pars 2. sect. 1. tit. 12. n. 48. und t. III. p. 634.

4) Glosse zu Causa 30. qu. 5. c. 5: »pro reverentia, ergo non erit peccatum, si aliter fiat.« Vergl. *Th. Sanchez*, de s. matrim. sacram. lib. 3. disp. 12.

5) *Le rôle de l'évêché d'Amiens de 1802*, bei *Bouthors*, coutumes locales du bailliage d'Amiens, Bd. 1. S. 469, 475, und bei *A. Thierry*, Mon. inédits sur l'hist. de France, Bd. 1. S. 313, unter der Jahreszahl 1301: »*Ci parole du respit de saint Fremin.* Sachent tout chil qui kuellent le respit Saint Fremin. Que tout li bourgois doivent iij par (sic) chascuns, et les veves autant a rendre a le Saint Fremin chascun an. *Et qui se marie il doit iiij sestiers de vin ij sestiers du plus kier et ij sestiers du plus bas fuer;* Et qui entre en le commugne il doit XVIII deniers. Sen a li sergens iij deniers qui doit amener chelui qui entre en le commugne a chelui qui kuelle le

Daraus darf nicht gefolgert werden, dass im Jahr 1302 das vorerwähnte Herkommen noch nicht bestand, oder noch keine Gebühr für die Dispens von Beobachtung der dreitägigen Enthaltsamkeit ertheilt wurde. Respit (lateinisch respectus) bedeutet eine jährliche Abgabe [1]); der heilige Martyrer Firmin war der erste Bischof von Amiens, um die Zeit von 260 bis 303 [2]); respit de Saint Firmin war die Abgabe, welche jedes Familienhaupt der Stadt Amiens an den Bischof als einen der vier Landesherren von Amiens zu zahlen hatte; durch einen Vergleich vom 6 Nov. 1226 war der Betrag dieser Abgabe von vier auf drei Pfennige herabgesetzt, gegen eine Capitalzahlung der Stadt von 180 Fr. [3]). Obwohl nun die erwähnte Heirathssteuer in demselben Abschnitt mit der alle Jahr zahlbaren Steuer jedes Familienhauptes verzeichnet stand, und das Verzeichniss von 1302 nicht blos landesherrliche, sondern zugleich kirchliche Einkünfte des Bischofs enthalten haben mag, so wird doch jedenfalls angenommen werden können, dass es blos die regelmässigen Einnahmen umfasste, und dazu die Dispensgebühren noch nicht zu rechnen waren.

Die von der kirchlichen Dispensgebühr durchaus verschiedene Heirathssteuer erklärt sich aus dem im Mittelalter weit verbreitet gewesenen Recht der Landesherren, von ihren Unterthanen, so oft dieselben eine Tochter verheiratheten, eine Anerkennungsgebühr für den

---

respit. Tout chiaus qui sont estrait de bourgoisie d'Amiens et manans as viles doivent chascun iij deniers et le vin des neuches et le vin des cors fors de chiaus du capitre qui ne doivent que doubliau denier j. autant de vin pour leur neuches. j. autant de vin pour leur cors. qui li bourgois qui sont manans à Amiens. Exceptés chiaus de Pelainville qui ne paient ne cors ne neuches fors ij deniers s'il ne vont hors manoir de chele vile. Ne si ne doivent nient chiaus qui nont femmes ou pont eues. Et si sont tous jours kuite. Tres kachou quil se marient, ne se puet nus oster du respit Saint Fremin ne li respiteur ni puent mettre arme se il nen est de droit estoc. Sache bien que uns hons qui prent femme qui soit du respit ou femme prenge baron qui en soit, il nen pueent jamais estre hors ne leurs enfants; ne leur femme nen puet estre hors puis que ses barons sera mors. Et selle prent autre baron puis chele eure quil la espousée, il est entres el respit Saint Fremin. Et ausi est-il del home se se femme muert et il prent autre femme. Ele est du respit. Ausi est li barons apres se ele en prenoit cent.« . .

1) Ducange v. respectus.

2) *Aug. Thierry*, Recueil des monuments inédits de l'hist. du tiers état, tome I. (betr. Amiens), Paris 1850 p. 3.

3) Urk. v. 6. Nov. 1226, bei *Cél. Daire*, Hist. de la ville d'Amiens, Bd. 2. S. 377; *Aug. Thierry*, l. c. pag. 200, 201; Auszug bei Ducange v. respectus.

Heirathsconsens zu beziehen. Der Bischof von Amiens begehrte bei jeder Heirath in der Stadt Amiens zwei Kannen Wein, und zwar eine von der besten und die andere von der geringsten Sorte, und bei jedem Todesfall in der Stadt Amiens zwei Kannen Wein von ebensolcher Sorte. Ein Vergleich hierüber zwischen den Vertretern der Stadt und dem Bischof von Amiens wurde durch Urtheil des Parlaments zu Paris vom 9. Juni 1391 bestätigt, wonach der Bischof statt der streitigen Einzelabgaben im Ganzen jährlich fünfzehn Pariser Franken, und zwar auf Petri Kettenfeier, Weihnachten und Ostern jedesmal hundert Sous (5 Fr.) aus der Stadtkasse von Amiens erhalten sollte; zugleich wurde der Stadt Amiens das Recht vorbehalten, diese jährliche Rente durch einmalige Zahlung von fünfhundert Franken, sobald sie wolle, ablösen zu dürfen[1]). Diese Ablösung erfolgte am 28. Juli desselben Jahres[2]).

Aus dem Gesagten erhellt deutlich, dass die Parlamentsurtheile, welche den Streit der Städte Amiens und Abbeville mit dem Bischof von Amiens über das Recht der ersten Nacht entschieden, kein Herrenrecht, sondern ein kirchliches Herkommen und eine kirchliche Dispensgebühr zum Gegenstand hatten. Unbegründet ist daher die Meinung derjenigen, welche aus den angeführten Urtheilen die Behauptung herleiten, dass gewisse Herrenrechte des Bischofs von Amiens mit den guten Sitten in Widerspruch gestanden hätten. Für eine solche Behauptung besteht nicht einmal der Schein einer Berechtigung. Denn obwohl die erwähnten Urtheile in einzelnen Nebenpunkten Schwierigkeit für die Auslegung bieten, so sind sie doch darin völlig klar, dass die Dispensgebühr, welche der Bischof erhob, nicht auf seine landesherrlichen Rechte gestützt, sondern lediglich für eine kirchliche Dispens erhoben wurde. Hiermit erledigt sich die widersinnige Behauptung, dass der Bischof von Amiens ein Herrenrecht der ersten Nacht an den neuvermählten Ehefrauen ausgeübt oder für Nichtausübung dieses Herrenrechts eine Entschädigung begehrt habe.

---

1) Parl. Urtheil vom 9. Juni 1391, in der Bibl. Nat. zu Paris, Dom Grenier, Collection de Picardie, vol. 158 fol. 143 sqq., d'après le Cartulaire de l'hotel de Ville d'Amiens, coté B. fol. XLVII. recto. Eine kurze, aber richtige Notiz darüber steht in der *Gallia Christiana*, Bd. 10. S. 1197.

2) *Cél. Daire*, Hist. de la ville d'Amiens, Bd. 2. S. 84.

XI.

De Boriso seu Michaële I.,

primo rege christiano Bulgarorum a. 852—888.

Auctore *Valentino Lah*, dioeceseos Labacensis presbytero.

Die nachfolgende Abhandlung soll den Beweis liefern, dass die Bulgaren in der 2. Hälfte des 9. Jahrhunderts, trotz damaliger Streitigkeiten zwischen Rom und Byzanz, zu Rom hielten, und auch dann noch, als sie durch die List und die Drohungen des Kaisers Basilius eingeschüchtert, die Patriarchal-Jurisdiction von Constantinopel anerkannten, den Primat Roms und dessen Lehre festhielten. Der Verfasser ist, wie uns ein angesehener Kirchenhistoriker, der die Uebersendung der Arbeit an das Archiv veranlasste, bemerkt, »Herr *Valentin Lah*, Weltpriester der Laibacher Diöcese in Krain. Er war einige Jahre in der Türkei, zuerst Trappist in Bosnien, dann kurze Zeit bei den Resurrectionisten in Adrianopel, endlich im Mutterhause der Letzteren in Rom, bis er wegen andauernder Kränklichkeit in seine Heimathsdiöcese zurückkehren musste. Er hat sich aus der Nähe überzeugt, wie die Schismatiker des Orients die Geschichte der Slaven verdrehen, um so jede Annäherung der Bulgaren etc. an die römischen Katholiken zu vereiteln. Er hält es für eine Ehrensache der occidentalischen Theologen, der Unwissenheit des Orients zu Hülfe zu kommen und bei der Ohnmacht des Schismas, welches wie alle Häresien zuletzt zum Rationalismus und Materialismus führen muss, wenigstens jene zu retten, die guten Willens sind. Mit Dank anerkennt er die grossen Verdienste Hergenröther's und Cardinal Pitra's, und den guten Willen verschiedener römischer Gelehrten in dieser Beziehung. Aber allen diesen seien nur die griechischen Quellen bekannt, nicht aber die slavischen, welche jene ergänzen und vielfach beleuchten. Darum, meint er, sollten namentlich die Theologen, welche irgend eines von den slavischen Dialecten kundig sind, noch die russische, bulgarische und serbische Sprache erlernen, um aus den heimischen Quellenschriften der Schismatiker darzuthun, dass sie durch ihre eigene Geschichte und durch die Geschichte ihres Kirchenrechts zur Anerkennung des römischen Primates und der gesammten katholischen Lehre hingewiesen werden. Endlich wünscht er schlichst, dass seine ersten Versuche auf einem ihm bisher ganz unbekannten Felde bessere Kräfte sowohl nach hier citirten als noch aufzusuchenden Quellen in gründlichere Bearbeitung übernähmen.«

Ecclesia Bulgarica gentis suae apostolos ss. Kyrillum et Methodium honorat, quorum festum sub neo-erecto (1872) Exarchatu Bulgarico 23/11. Maji solemniter celebrare coepit.

Sed moderni historici: Ginzel, Racki, Golubinski, Jirecek — contendunt, Bulgaros sine interventu ss. Kyrilli et Methodii ad religionem christianam fuisse conversos. Borisum regem nempe dicunt baptizatum fuisse cum multis proceribus sancita pace post bellum contra Michaëlem III. Graecorum imperatorem exeunte anno 864 vel

ineunte 865, regemque baptizatum paulatim et populum suum adegisse ad religionem christianam.

De priori sententia agit Hilferding: Geschichte der Serben und Bulgaren 1. p. 40. (e russica lingua in germanicam translata: Historia Serborum et Bulgarorum). De altera sententia agit Golubinski: Kratkij ocerk istorii pravoslavnih cerkvej, bolgarskoj, serbskoj i ruminskoj, Moskva 1871, p. 225. Nr. 25. (Brevis descriptio historiae orthodoxarum ecclesiarum, Bolgaricae, Serbicae et Romanicae (Rumunicae) Moskwae 1871). De utraque vero agit Hergenröther: Photius I. p. 596 (Regensburg 1867). Sed de hac quaestione litem movere nolo, imo inquiram potius, quamnam religionem habuerint reges Bulgarici cum gente sibi subdita, orthodoxamne photianam an catholicam romanam.

Absque dubio Bulgari religionem christianam accepernnt a Graecis sedente prima vice Photio in sede Patriarchae Constantinopolitani. Utrumque testatur idem Photius in epistola encyclica ad orientales Patriarchas (Migne, Patrologia Graeca Tom. 102. p. 731), ubi se dicit »studium, labores et sudorem in Bulgarorum regenerationem et baptizmum contulisse.« In epistola ad Michaëlem (Borisum), regem hunc Photius nominat (M. Patr. Gr. Tom. 102 p. 630) »laborum suorum eximium ornamentum« et p. 694. »partus sui spiritualis verum et genuinum germema.« In responsis deinde Nicolai I. Papae ad 106 quaestiones regis Bulgarici (Migne, Patrologia lat. Tom. 119. p. 978) mentio fit Graecorum qua primariorum rel. chr. inter Bulgaros magistrorum (Nr. 3. 6. 54. 55. 57. 66. 94.) nec ullibi dicitur Romana Ecclesia Borisum baptizasse aut prima semina religionis chr. in Bulgaria sparsisse.

Sed anno 866 Borisus per legatos suos a Papa Nicolao I. missionarios sibi expetiit latinos graecosque ejecit (in vita Nicolai I. M. P. l. Tom. 128. p. 1374 Nr. 608—610 et partim in Anastasii praefatione ad Synodum gener. VIII. M. P. l. Tom. 129. p. 19). Ob latinos hos missionarios Photius ira excandescens epistolam misit encyclicam superius citatam ad sedes Patriarchales Orientis in qua jam omnes suas objectiones contra Ecclesiam occidentalem palam confessus est, sicut et in epistola a Michaële et Basilio graecorum imperatoribus subscripta et Boriso missa. (M. P. l. Tom. 119. Nicolai epist. ad Hincmarum p. 1152. Responsa ad hos errores a Gallica synodo data v. p. 1202). Ultra triennium operabantur latini inter gentem bulgaricam maximo cum fructu et gaudio ineffabili regis Borisi, ita ut quadam die manu propria capillos suos apprehenderit et contemplantibus cunctis se romanis missionariis tradiderit

dicens: Omnes primates et cuncti populi Bulgarorum terrae cognoscant, ab hodierno die me servum fore post Deum beati Petri et ejus vicarii. (M. P. I. Tom. 129. p. 20. in medio). Ast anno 870 post Concilium oecum. VIII. Bulgaria per imperat. Basilium et Vicarios Patriarcharum Orientalium protestantibus legatis apostolicis Sedi C.-Politanae adjudicata est (vita Adriani II. M. P. I. Tom. 128. p. 1391. Nr. 632. etc. partim in Praefatione ad Synod. gener. VIII. M. P. I. Tom. 129. p. 20. et 21.) eamque statim Graeci occuparunt ab Ignatio Patriarcha C.-Politano missi ibique permanserunt et ritum orientalem cum lingua Graeca stabiliverunt. Mortuo vero s. Methodio archiepiscopo Moravorum, successor ejus s. Gorazdus cum aliis discipulis (Clemente, Angelari, Naumo, Sabba) ob linguam slovenam a Joanne VIII. Papa approbatam (M. P. I. Tom. 126. p. 904) in liturgiam introductam extra fines Moraviae pulsi anno 886 in Bulgariam pervenerunt, et a rege Boriso humanissime excepti sunt, ubi totam gentem doctrina sua excolebant et sine dubio etiam linguam slovenam in divinum officium introduxerunt, qui ritus sloveno-graecus sine interruptione in Bulgaria permansit usque versus finem saec. XVIII., quo Phanariotae plurimis in locis iterum linguam graecam subrogarunt.

Momentis gravissimis conversionis Bulgarorum enarratis inquirendum est, utrum Borisus rex, qui vivebat temporibus Photii, unquam hujus viri doctrinae adhaeserit, necne?

Quodsi ss. Kyrillus et Methodius regem cum gente converterunt, purissimam ab iis apostolis acceperunt doctrinam cath. absque erroribus photianis. — S. Kyrillus quidem, qua vir doctus amicissimus fuit Photio similiter docto, quamdiu hic catholicum se gerebat; ast postquam coeperat agere contra s. Ignatium Patriarcham, statim eum Kyrillus gravissime increpuit (M. P. I. Tom. 129. p. 14. in Praefat. ad synodum gener. VIII. et Palacky: Geschichte v. Böhmen, 1. Band, 2. Buch, 5. Cap.) et simul cum fratre Methodio omnino deseruit. (Racki, život ss. Cirila i Metoda p. 117—118).

S. Methodius addictissimus fuit Sedi apostolicae, mandata ejus pientissime exequendo, testante id tota sua vita. Doctrina ejus, in quam a Pontificibus Rom. ob adversariorum falsas accusationes bina vice inquisitio facta est exactissima, (sine dubio praeprimis in schismaticos errores ob hujus viri adventum ex Oriente, ubi hi tunc temporis praecipue spargebantur) etiam bina vice verbo et scripto declarata est omnino cath, immunis ab omni errore (Litt. Joannis VIII. ad Sventopolkum Moraviae comitem. M. P. I. Tom. 126. p. 905). Nec inter epistolas Photii una existit ad s. Kyrillum aut s. Metho-

dium, cum tamen ubique asseclas et amicos sibi quaesivisset, imo et Aquilejam, Romam, in Italiam et Dalmatiam episcopis et amicis suis litteras misisset.

Qui ergo s. Methodium schismaticum dicit, errat valde, nam episcopus sedi Apostolicae obediens schismaticus numquam dici potest; deinde hic apostolus Slavorum toto tempore sui apostolatus a rom. Pontificibus acerrime defendebatur contra latinos Episcopos et reges, certumque est solius Apostolicae Sedis ope eum tenuisse Archiepiscopatum Moraviae. Et ultimo ob tot merita in propaganda fide catholica sanctorum cultu honoratur in Ecclesia cath. et occidentali et orientali, ni fallor, ab antiquiori jam tempore et majori cultu, quam in Ecclesia orthodoxa.

Sed juxta modernos historicos Borisus baptizatus est absque interventu ss. Kyrilli aut Methodii ab episcopo misso per Michaëlem imperatorem et Photium Patriarcham, proinde etiam missionarii graeci ab his in Bulgariam directi Photio adhaerebant, quod et Hadrianus II. Papa testatur in epistola ad Ignatium (Baron. ad. a. 871) sic scribendo: Scripsisti, ut illa tua multa alia omittam, ut presbyteri nostri Bulgarorum regione magno cum dedecore et ignominia ejicerentur . . . . . Et haec quidem scribere ausus es, licet nullum hac de re coram nobis judicium habitum sit. Neque enim super hoc, ut jus diceremus, fuimus accersiti. Sin autem dixeris, priores nos C.-Politanae dioeceseos presbiteros in praedicto regno rem sacram facere prohibuisse, non infitias imus. Erant enim ex eorum numero, qui cum Photio communicaverant, atque ejus socii, quibus non solum ne sacerdotum munus exercerent in praedicta regione Bulgarorum interdiximus, verum etiam nunc iterum interdicimus. Oportebat igitur, ut rationi congruum erat, cum hoc scires, ut nihil tale patrares in regione Bulgarorum (i. e. ut non misisses presbyteros graecos in Bulgariam).

Dum ergo Borisus ab episcopo photiano baptizatus est et missionarios tales habebat in regno suo, certo et ipse Photio adhaesit. Sed quaestiones Borisi (Responsa Nicolai superius p. 275. citata) Nr. 92: Quod siut veraciter Patriarchae? Nr. 93: Quis Patriarcharum secundus sit a Romano? Nr. 94: De chrismate e Graecia in totum mundum tribuendo, ostendunt regem et alteram partem audivisse, id est, veram doctrinam cath., nec suscepisse photianismum ex his quaestionibus redolentem, secus enim non quaesivisset responsa e Papa, imo humilis discipuli et fidelis catechumeni instar in verba jurasset magistrorum suorum. Et Nr. 106, petendo a Pontifice veram et perfectam christianitatem non habentem maculam aut

rugam, ipse rex manifeste testatur, christianitatem hucusque a Graecis in Bulgaria traditam a se non fuisse creditam veram et perfectam sine macula et ruga, eamque propterea rejectam fuisse. Stante ergo vel hac altera sententia de conversione Bulgarorum Borisus Photii errores non agnovit usque ad adventum latinorum exeunte anno 866.

Post concilium oecum. VIII. missus est ab Ignatio in sedem Patriarchalem C.-P. restituto, in Bulgariam archiepiscopus graecus Theophylactus (non conveniunt historici in nomine ejus: Theophylactum, Josephum, Agathonem, Silvestrum eum nominantes; sed Chronicon Liutprandi M. P. l. Tom. 136. p. 1112. Nr. 312. ad annum 883 habet: *Theophylactus, archiepiscopus Bulgariae floret.* Chronicon hoc desinit anno 951, ergo 133 annos ante Theophylaktum II. (ab anno 1084—1105), quem nonnulli erronee in locum prioris locatum putant). Sine dubio hic archiepiscopus catholicus fuit non vero photianus, nam s. Ignatius imprimis addictus Sedi apostolicae abhorrebat omne schisma et usque ad ejus mortem in fine a. 877 certissime omnes episcopi et presbyteri in Bulgaria catholici fuere, quod et Pontifices Romani testantur, qui eos Bulgaria *pellere quidem studebant*, ast non ob dogmatis differentiam, sed qua *invasores*, illicite missos a Sede C.-Politana, ad quam Bulgaria non pertinebat. Vide epistolam Hadriani II. ad Ignatium p. 277 jam citatam, et Papae Joannis VIII. ad eundem M. P. l. T. 126. p. 763 sequentem:

Secundo jam sedis apost. litteris probaris admonitus (ut) jure tibi C. Politanae dioeceseos rite contentus, ultra praefixos tibi ex canonibus limites praesumptionis pedes non tenderes, nec antiquos terminos, quos posuerunt patres tui aliqua usurpatione transferres. Nullus autem ignorat, regionem Bulgarorum a sanctae memoriae Damaso Papa, et deinceps usque ad paganorum irruptionem a Sedis apostolicae praesulibus quantum ad ecclesiasticae provisionis attinet privilegium, moderatam, praesertim cum hoc nonnulla scripta, sed praecipue diversorum Pontificum res gestae, quae in archiviis antiquitus nostrae servantur Ecclesiae, clarius attestentur. De his autem, quae bellica clades et gravissimi hostilitatis incursus intulisse noscuntur, nil praestantius sentiendum est, quam quod clarissima Ecclesiae tuba, sanctus videlicet Leo, nostrae sedis antistes, edocuit, et decrevit cum ait. Remotis malis, quae hostilitas intulit, unicuique id, quod legitime habuerit, reformetur, omnique studio promovendum est, ut recipiat unusquisque, quod proprium est. Haec omnia clausis oculis relegisti, sanctorumque Patrum decreta calcaneo temerario conculcasti

priscam dioecesin in regione Bulgarica constitutam illicita pervasione subripiens et in alienam messem contra divinas leges mittere falcem non renuens . . . . . Ecce tertio canonice per missos et syllabas monemus et hortamur et protestamur, ut . . . . . strenuos viros in regionem Bulgaram dirigat, qui . . . . . quoscunque illinc repererint, qui a te vel a subjectis tibi consecrationis munus accepisse dicuntur, sine quavis dilatione reducant.« Postea minatur ipsi excommunicationem imo depositionem, si mandatum hoc non expleverit. Eodem sensu scripsit Papa *omnibus episcopis et ceteris Clericis graecis, Bulgariae dioeceseos invasoribus.* Et idem Papa scribit ad Basilium imperatorem (a. 879). Ibidem (in Bulgaria) sunt *illicite ordinati episcopi et sacerdotes.* (M. P. l. Tom. 126. p. 856). Ergo non ob *dogmatis differentiam*, sed ob *illicitam invasionem* et Ignatium increpat Papa et Bulgariae episcopos et clericos ab Ignatio missos, quare sine dubio fuere *catholici.*

Ob transitum a sede C.-Politana ad Romanam, et postea iterum ad C.-Politanam, Borisus a nonnullis historicis nota inconstantiae compungitur, ast verosimillime injuste.

Pro primo transitu a C.-Politana sede ad Romanam duplex assignari potest causa secundum duplicem conversionis assertionem. Conversione facta per ss. Kyrillum vel Methodium sine dubio a pientissimis his Sedis apost. cultoribus simulque notis adversariis Photii rex jussus est legatos mittere Romam, ut tali modo nova Ecclesia etiam ipsis absentibus a schismate praeservaretur imminente.

Conversione vero facta sine horum apostolorum interventu Borisus, experientia sufficienti facta, compulsus fuit ad Sedem Rom. dura necessitate conscientiaeque stimulis.

Praeprimis enim vidit se a C.-Politana sede omnino neglectum. Biennio fere praeterlapso a conversione Bulgarorum nondum tamen inter eos existebat missio, ut par erat regulariter ordinata, cum in terram hanc confluxissent juxta ipsius Borisi effatum (Resp. Nicolai superius p. 275 citata Nr. 106.) diversissimi missionarii: Graeci, Armeni (Paulikiani haeretici), Judaei et ex aliis adhuc terris, imo a Judaeo quodam (Nr. 104) et a laico Graeco, sacerdotem se mentito (Nr. 14) multi baptizati fuissent. Juxta Nr. 166 hi praedicatores multa, sed varia et opposita sibi praedicabant, imo spargebant inter populum et superstitiones v. g. Nr. 6, quod non deberent ullo modo balneari feria 4. et 6, Nr. 55, quod non deberent ullo modo suscipere communionem sine cingulo, Nr. 57. quod eunuchi animalia mactare nequaquam deberent; Nr. 77. quod ope libri clausi et minimae ligni particulae sciri possent omnia, quae desiderarentur.

Praeter superstitiones in his responsis inveniuntur etiam haereticae sententiae v. g. Nr. 57: Grave peccatum committere illum, qui comederit ex animalibus mactatis ab eunuchis. Nr. 78. sacerdotes non admiserunt ad poenitentiam eos, qui ad regem occidendum insurrexerunt, licet voluerint agere poenitentiam. In missione rite ordinata talia fieri non solent, imo in Bulgaria nunquam fieri potuissent ob adjutorium brachii saecularis a rege zelosissimo lubentissime praestitum. — Bulgaria ergo campus fuisse videtur in quo Catholici, Photiani, Paulikiani et Judaei dogmata sua serebant.

Haec omnia Borisus suis vidit oculis, auribus audivit, manibus fere palpavit; conscientia ergo fuit constrictus alibi quaerere opem, quam post tantum tempus a C.-Poli non potuit sperare se acceptorum; neque ab impiissimo imperatore Michaële, neque ab ipso Photio, quem non potuit venerari, qua intrusum in sedem sanctissimi viri Ignatii a perditissimis Michaële et Barda, e quorum protectorum vita scandalosissima potuit Borisus novisse et spiritum pretecti. In utroque ergo conversionis modo Rex conscientia fuit constrictus C. Poli transire Romam aut obedientia aut dura necessitate. Ad Patriarchatum vero C.-Politanum relicto Romano fallaciae et fraudes Basilii Graecorum imperatoris eum adduxisse videntur.

A. Septembre 867 Michaële occiso Basilius solus factus est Graecorum imperator. Hic praedecessorum suorum placitum: *omnes politice subditos imperio suo, subditos esse debere spiritualiter Patriarchae C.-Politano*, non solum zelose exequebatur, sed longius progressus extra fines imperii sui liberas quoque gentes a Patriarchatu avulsit Romano et C.-Politano subdidit. Dum Heraclius, praedecessor suus, Chroatas petentes a se missionarios, cum epistola Romam direxerat ad Papam, ut pro illa, quae in Pontificem maximum incumbit omnium Ecclesiarum ac praesertim Dalmatiae sollicitudo et administratio, hanc susciperet curam, Basilius Macedo in simili casu Serbos orae adriatici maris per missum C. Poli presbyterum baptizari et C.-Politano Patriarchae subjici jussit. (Illyr. sacr. III. p. 86).

Dalmatas a Saracenis tuendos sub hac suscepit conditione, ut sese subderent Patriarchae C.-Politano, derelicto Rom., quod et hi, impotentes ut se defenderent ab hostibus, necessitate coacti fecerunt addita tamen clausula salvi et indissoluti communis vinculi cum capita totius orbis Ecclesiae Romano Pfice. (Illyricum sacrum I. p. 183). Ergo solummodo a Patriarchatu Romano sese diviserunt, non vero a Papa juxta schismaticorum morem, nec Photio Dalmatae unquam adhaeserunt (contra Hilferding l. p. 48.) exceptis quibusdam personis, seductis a Photio litteris suis.

Hanc assertionem confirmat clausula citata, sed et Joannis VIII. Pontificis Rom. epistola ad Salonitanos Clericos ad regressum eum invitans (M. P. l. Tom. 126. p. 847.) in qua illis dogmatis differentiam nullam objecit, sed tantummodo praecipit, ut ad Sedem apost. redeant, et inde secundum antiquam normam consecrationem episcopalem, palliumque recipiant, secus sciant se *omni* ecclesiastica communione *penitus* excommunicandos. Ergo adhaerebant aliquantum cum ea, scilicet vinculo communis obedientiae totius orbis ecclesiarum cum capite suo Rom. Pontifice. Nec potuerunt Dalmatae schismatici fuisse usque ad invitationem hanc a 879; nam Ignatius Patriarcha C.-Politanus addictissimus fuit Sedi Apostolicae, et Photium ab initio secundae inthronizationis Joannes VIII. ipse agnovit qua legitimum Patriarcham C.-Politanum (Joannis VIII. epist. ad Basilium imper. etc. M. P. l. Tom. 126. p. 353 etc. v. p. 290).

Ad similem subjectionem seduxit Basilius et Chroatas in tutelam susceptos. (Illyricum sacrum T. I. p. 185. III. p. 36. 40. 57). His jam factis cogimur concludere, Basilium etiam tentasse Bulgaros ad C.-Politanum attrahere Patriarcham, quod etiam testatur Constantinus Porphyrogen. (vita Basilii Nr. 93.) scribendo, Basilium ad se attraxisse Borisum *nemeribus missis*. Praeter hanc contestationem insuper exstant Anasthasii bibliothecarii, testis in multis oculati, de singulis hac in re Basilii actionibus testimonia gravissima. In Praefatione ad Synodum gener. VIII. (M. P. l. Tom. 129. p. 20.) sic scribit . . . . ut eum (principem Bulgarorum) possint (Graeci) a Rom. Sede avertere, diversa requirunt ingenia, munera numerosa mittentes et sophistica ei argumenta creberrime proponentes. At ille ut columna mansit immobilis, donec eorundem Graecorum fraude deciperetur scribentium ei et dicentium: »quod de patria illa utrum Romano an C.-Politano Pfici subdi debeat, inter vicarios Romanos Patriarchamque Ignatium C.-Poli disceptatio fuisset canonice ventilata et conjunctis Romanis Orientis sedium loci servatores judicaverint Bulgarorum dioecesin Urbi (C.-Poli) subjiciendam, cui ante Bulgarorum adventum subdebatur.«

Paulo inferius breviter describit modum canonicae hujus disceptationis: Quamvis enim Romani loci servatores et Bulgarorum missi cum Imperatore seu Patriarcha, nec non et Orientis loci servatoribus convenissent; his tamen omnibus in uno conclavi positis, nulli de foris venienti patebat aditus, nisi cui Imperator vel Patriarcha forsitan permisisset; unde factum est, ut quiquid Romani assererent, nec Orientis loci servatores, nec Bulgarorum missi cognoscerent, dum videlicet nullus adesset, nisi unus Imperatoris interpres, qui nec

Romanorum nec Orientalium loci servatorum vocem aliter audebat edere, nisi ut jam Imperator ad subversionem Bulgarorum imperarat, excepto quod datum est missis Bulgarorum quoddam scriptum graecis verbis et litteris exaratum, continens quasi loci servatores Orientis inter loci servatores Romanos et Patriarcham Ignatium arbitri existentes judicaverint, Bulgarorum patriam, quae in Illyrico constituta est, dioecesi C. Politanae subjiciendam.

(Fusius describitur haec ventilatio in vita Adriani II. (M. P. l. Tom. 128. pag. 1391. Nr. 682. etc.).

E praecedenti textu eruendum est, qui fuerint hi Graeci Borisum a Sede Romana ad C.-Politanam attracturi? Praeprimis sine dubio est Imperator Basilius; nam munera super munera numerosa — utique etiam pretiosa, quia fuere destinata ad cor moliendum animumque movendum regis potentissimi — nemo potuit mittere, nisi solus imperator, quod et Constantinus Porphyrog. testatur (p. 281 in medio) Conclusionem hanc omnino certam reddit textus consequens, edicens, Borisum tandem deceptum fuisse *eorundem Graecorum fraude*, scribentium ei atque dicentium, quod de Patria illa etc. (p. 281). E descripto paulo inferius disceptationis modo sole clarius elucet, *e solius Basilii* nutu pependisse et revera subornatum fuisse judicium hoc de Bulgaria C.-Poli subjicienda, epistolamque, hanc decisionem enunciantem, per legatos Bulgaros Boriso regi transmissam fuisse.

Imperator autem usus est ad finem hunc assequendum et aliorum ope, praecipue aulicorum suorum, prout scribit Anastasius in vita Adriani II. (M. P. l. T. 128. p. 1395) Borisum *natorum Theodorae* occasione fuisse adductum, ut Petrum cum aliis legatis C.-Polim misisset. Patriarcha quoque Ignatius Basilii praepositum adjuvisse videtur, nam in disceptatione illa omnino tacuit, et licet admonitus fuerit per epistolam Adriani Papae a legatis in fine ejusdem colloquii ipsi porrectam, et a legatis ipsis adjuratus, ut se a Bulgariae ordinatione immunem custodiret, nullum suorum illuc mittendo, tamen statim postea illuc misit Archiepiscopum cum episcopis et clericis graecis, imo retinuit hanc dioecesin reclamantibus eam Romanis Pontificibus. (Vide epistolam Adriani II. ad Ignatium p. 277. et epistolam Joannis VIII. ad eundem p. 278).

Basilius ergo cum aulicis et Patriarcha Ignatio omni conatu studebat avertere Borisum a Sede Rom. et attrahere ad C.-Politanam primo multis et pretiosis muneribus et sophisticis argumentis; ast Bulgarus stetit ut columna immobilis, nequaquam sponte sua Romam voluit deserere. Ultimo tamen tantum se flecti permisit,

ut legatos demandasset C.-Polin ad concilium pro solvenda hac quaestione.

Sed (contra communem historicorum sententiam) Borisus etiam post legatos C.-Polin demandatos ne minime quidem cogitasse videtur de Roma deserenda. Confirmatur haec assertio Basilii agendi ratione in disceptatione illa de Bulgaris Sedi C.-Politanae subjiciendis. Imperator certissime noverat, quid cogitasset Bulgarus de sede Romana. Et in congressu illo omnia praeparabat et agebat tam provide, astute et callide, quasi coram se haberet convertendum ad aliam opinionem adversarium sententiae suae obstinatissime adhaerentem, ususque est ad eum seducendum non rationibus et argumentis veris, sed fraude et mendacio.

Sed in hoc colloquio Ignatius Patriarcha C.-Politanus, et orientales Vicarii cum Imperatore jam conspiraverant; Imperator ipse legatos Romanos non curabat, imo eos ob resistentiam (prout nos fuit Basilio) punivit, sine praesidio eos relinquendo in itinere maritimo, imo prout fundata est suspicio, piratas in eos diripiendos incitando, (Baron. ad a. 869 Nr. 86).

Ad quem alium ergo spectavit haec agendi ratio, nisi ad solos Bulgaros seducendos? Et hoc contestatur et Anastasius scribendo unicum adfuisse interpretem Imperatoris, nec hunc ausum fuisse voces Romanorum vel orientalium; aliter edere, nisi ut jam *imperator imperaverat ad subversionem Bulgarorum.* Quodsi ergo Bulgari cum Basilio jam conspirassent pro sede C.-Politana, non opus fuisset subversione eorum; ergo aliter cogitaverunt ac imperator, nimirum de sede Romana et in futurum tenenda. Et hi legati sine dubio sententiam repraesentarunt regis sui Borisi.

In rescripto ad Bulgarorum regem imperator omnino reticuit protestationem Romanorum contra adjudicationem Bulgariae Sedi C.-Politanae. Cur? Prout in colloquio omnia ordinavit *ad subversionem* Bulgarorum legatorum, ita et in epistola regem ipsum fallere studebat.

Reticuit protestationem Romanorum, quia optime scivit et saepius expertus est, non obstantibus muneribus missis Borisum tamen stare pro Sede apostolica neque eam fore relicturum protestatione hac audita. Quodsi Bulgarus ante legationem missam jam firmum habuisset propositum Romam deserendi, certe minime curasset, praecipue qua Neophytus et protectus a tam valido imperatore, protestationem legatorum Pontificis contra Bulgariae avulsionem a Sede apostolica, sed pro voluntate sua propositum suum executus fuisset, legatosque simul cum imperatore irrisisset. Non solum autem reticuit

Basilius in epistola Romanorum protestationem, sed ut quasi cogeret regem deserere Romam, mendaciter addidit: »conjunctis Romanis orientales judicasse Bulgariam C.-Poliesse sub dendam« (p. 281) quasi etiam legati Pontificis adjudicationi huic consensissent.

Licet ergo Borisus ob non approbatum archiepiscopum Formosum aut Marinum (alium quemque electum Pontifex se consecraturum promisit) indignari potuisset Papae, tamen e superioribus satis elucet, eum etiam post legationem C.-Polin missam non cogitasse de Roma deserenda, quare etiam a Basilio compulsus esse videtur ad legatos C.-Polin mittendos. Sed quomodo? Verosimillime ea graeca argumentatione, qua Orientales vicarii ab imperatore bene instructi adversus Romanos usi sunt, nempe *omnem terram Bulgarorum ante eorum adventum subditam fuisse imperio C.-Politano, ideoque et Patriarchae ejusdem, quare et nunc eam C.-Poli subjici debere*, etiam Basilius demonstrare conatus est, regem injuste egisse descendo C.-Polin, et si fortasse nunc timeret propria voluntate regredi, tradi posse hanc quaestionem decidendam Concilio oecumenico, infallibili oraculo veritatis; tali modo fore regem immunem ab omni scrupulo, quomodocunque responsum fuerit, sive in favorem Romae sive C. Polis. Huic argumentationi potuit pro genio suo addidisse etiam *promissiones*, quas praeter munera Anastasius quoque commemorat, (quibusque Basilius saepius usus est prospero cum eventu v. g. in conspiratione contra Bardam, in Dalmatis et Chroatis a Sede Rom. avellendis et C.-Politanae subdendis)', Boriso regi optatissimam promisisse pacem, amicitiamque sempiternam inter utrumque imperium, imo et auxilium praestandum, quandocunque eo opus fuisset Bulgaris; secus vero minatus hostilitatem, bellum usque ad regni bulgarici excidium. E tanto labore, tanta fatigatione, tot conatibus, tot tantisque muneribus et promissionibus et minis Borisus intellexit, Basilium non solum habere simplex desiderium subjiciendi Bulgariam sedi C.-Politanae, imo seriam voluntatem, propositum firmissimum.

Intellexit vero etiam sibi regnoque suo maximum et inevitabile imminere periculum, si voluntatem imperatoris omnino despexisset. Nam bene noverat illum arduissima quaeque, imo fere incredibilia tentasse, ad removenda et vincenda omnia impedimenta et obstacula, quae se voluntati suae hucusque opposuerant, neque eum ad proposita sua exequenda abhorruisse vel media atrocissima et scelestissima. Sic v. g. ut favorem Michaëlis sibi aquireret, ipsi se tractandum tradidit morionis instar rudissime et abjectissime, perpessus ab eo omnes nugas, scurilitates, contumelias et ludibria, imo et flagellationem

nudo corpore humi prostratus ante coronae imperatoris impositionem Michaëlis jussu eadem e causa repudiata legitima uxore concubinam ipsius Eudokiam Ingerinam duxit, quacum tamen et post copulationem suam imperatori pristinam permisit consuetudinem. Ut viam sibi sterneret ad coronam, violato jurejurando, coram Photio Patriarcha ss. Sanguine Christi subscripto, quasi nihil mali moliretur in Caesarem Bardam, post paucos dies hunc ipsum Bardam occidit, ut solus fieret Graecorum autocrator, occidit etiam Michaelem imperatorem, qui eum e stabulario evexit ad imperii coronam, regiminisque socium. (Vide Hergenröther, Photius I. p. 583 etc.).

Talem feram lacessere non est ausus Boriss, praesertim cum jam expertus esset Martem sibi adversum in omnibus fere bellis gestis, et nunc domestici quoque inimici timendi essent. (Insurrectio optimatum contra regem ob relig. christ. invectam, vide Responsa Nicolai I. Nr. 17).

Praeterea Basilius revera prudentior fuit, fortior et validior copiis multis praedecessoribus suis, qui tamen non obstante impotentia sua regnoque Bulgariae longe validiore, hanc gentem sine intermissione subjugare sibi tentabant, Basilius ergo lacessitus eo formidabilior fuisset regno Bulgariae in his circumstantiis. Quare omnibus his mature deliberatis Boriss prudentius duxit, imperatoris voluntati cedere, praecipue, cum justitiam sperare posset a Concilio oecumenico. Sed Basilius solummodo legatos desiderabat, pro judicio formando et responso legatis dando jam viam sibi excogitavit: noluit enim quaestionem hanc Concilio decidendam tradere, licet potuisset, nam legati Bulgarici ultimae sessioni jam praesentes affuerunt; (Syn. gener. VIII. actio X. ab initio M. P. I. Tom. 129. p. 148), sed juxta Anastasii descriptionem (v. p. 281) per Vicarios Orientales a se bene instructos judicium formavit et rescriptum per legatos Boriso regi misit.

Sed cur Bulgari latinos ejecerunt et graecos susceperunt?

Communi historicorum opinione latini e Bulgaria ejecti dicuntur, sed Anastasius scribit de his in vita Adriani II. in fine (M. P. I. Tom. 128. p. 1395) ita: »in quo facto (discessu latinorum) quia episcopus (Grimoaldus) a Bulgaris expulsum, epistola (Borisi ad Papam) tacente, se asserit, et presbyteri non se pulsos a Graecis vel Bulgaris, sed ab episcopo circumventos, profecto dubium, quin mutuae subsit proditionis imago.« Ergo revera Grimoaldus, caput missionis latinae in Bulgaria, presbyteros suos de terra hac eduxisse videtur nesciente Sede apostolica; seniores vero aut saltem relictos pro animarum cura usque ad adventum Graecorum, hi postea cum

dedecore effugarunt, testante epistola Ignatii Patriarchae ad Papam Adrianum (v. p. 277).

Basilius decepto Rege etiam Grimoaldum decepisse videtur; sciebat enim missionarios absque Pontificis Rom. jussione Bulgariam vix relicturos, quare verosimillime etiam Grimoaldo, capiti et duci eorum, tale misit rescriptum, quale et Boriso, et uterque horum persuasus fuit, non solum Vicarios orientales et imperatorem, sed cum his simul et legatos Rom. tradidisse Bulgaros Sedi C.-Politanae, prout revera rex in epistola, per Grimoaldum Romam missa, se deliberata sententia Synodi praesidum obligatum nominat, quare Latinos abire permisit, et hi duce episcopo, cui decretum de Bulgaria C.-Poli subdenda pro Papae permissione valebat, Romam repitierunt.

Bulgarus fraudem imperatoris brevi tempore non potuit comperire, Graeci enim eam omnino celabant, Papa vero vix post annum a legatis e captivitate reversis eam rescivit, sed postea solummodo cum Imperatore et Ignatio de Bulgaria recuperanda egisse videtur, non vero cum Boriso ipso; nam ad hunc nulla exstat epistola usque ad Joannem VIII. a. 878. ad alterum vero utrumque tales epistolae existunt. (v. Baron. ad an. 871).

Juxta haec minime inconstans videtur Borisus; egit maxima cum prudentia, cedendo in licitis voluntati imperatoris ad majora mala evitanda; secus enim absque dubio Basilius Macedo jam Bulgaroktonos vocatus fuisset; in his enim regni Bulgariae circumstantiis illud sibi Photioque subjecisset.

Restant hic aliquae quaestiones solvendae.

Cur Papa non dedit Formosum aut Marinum Bulgaris Archiepiscopum? Formosus jam habebat episcopalem sedem: translationes vero prohibebantur a Conciliis. Propter utilitatem et necessitatem fortasse Pontifex eum transtulisset in aliquem alium locum, sed non in Bulgariam ob Graecorum vituperationem; nam Basilius et Photius Marinum ob translationem ex alio episcopatu ad Sedem apost. nec Pficem agnoscere volebant. Vide epistolam Stephani V. ad Basilium (M. P. l. Tom. 129. p. 788.), ubi defendit praedecessorem suum Marinum respondendo ad imperatoris objectiones. „Scripsisti, illum non esse episcopum (sc. Romanum) . . . . Quicunque dicunt Marinum fuisse antea episcopum ac proinde non potuisse ad aliam Sedem transferri, ostendant id aperte . . . . .

Nec Marinum potuit Papa Adrianus Bulgaris dare Archiepiscopum, quia eo, qua apokrisiario et legato in diplomatia versatissimo et fidelissimo, ipsi maxime opus fuit, praesertim pro Basilio et Photio,

qui eundem Marinum ob constantiam suam, quia nec consentire volebat contra mandata a Pfice accepta, nec potuit minis labefactari, nec pecunia corrumpi, in carcere incluserunt (Vide eandem epistolam p. 789).

Hilferding (I. p. 45.) Formosum a Papa e Bulgaria revocatum, depositum et excommunicatum dicit ob *communionem habitam cum Boriso rege.*

Sed nullus Romanorum Pficum Borisum haereticum vel schismaticum putabat, praesertim non tempore a transitu Bulgarorum C.-Poli Romam usque ad recessum ad sedem C.-Politanam. Et solummodo hoc tempore, nec integro Formosus degebat in Bulgaria; nam Nicolaus Pp. jam eum revocavit et legatum C.-Polin destinavit (M. P. l. Tom. 128. p. 1375). Ab Joanne VIII. a. 876 demum depositus et excommunicatus est Formosus, at non propter communionem habitam cum Boriso, sed praeter alias causas praecipue etiam propterea, quia Bulgarum jurejurando astrinxisse dicitur, ne praeter se ullum alium acceptaret archiepiscopum. (M. P. l. Tom. 126. p. 676).

Hoc ergo e praecedentibus liquet, Borisum Basilii quidem fraude et mendacio subjectum fuisse sedi C.-Politanae, sed usque ad mortem Ignatii in fine anni 877 *catholicum numquem vero photianum.* Nunc inquirendum est, qualis factus sit post mortem Ignatii restituto 878 in sedem C.-Politanam Photio? Hac de re testimonia habemus in litteris Joannis VIII. Papae, qui frustratis conatibus praedecessorum suorum de Bulgaria recuperanda cum Ignatio et Basilio; cum Boriso, occasionem ad id hoc ipso praebente, de lite hac agere coeperat. Ab a. 870 usque ad 878 nullae exstant litterae Pficum ad Bulgarorum regem, sed a. 878 incipit litterarum commercium, et a Boriso quidem inchoatum. Hoc a. scilicet misit hic per Ursum monachum dona sua Romam Joanni VIII., quin ulterius aliquid ab eo petiisset, aut postulasset, ergo solummodo ad Ppam salutandum honorandumque. Quid hoc significet? Sub Ignatio pio et vere catholico, cum Sede apost. intime conjuncto, nulla affuit causa, ut rex Papae obedientiam suam manifestaret, sed nunc, restituto Pfcis Rom. adversario Photio, manifestatio haec ipsi necessaria visa est, licet ab initio statim non egisset novus Patriarcha contra Romam, imo simul cum Basilio imperatore approbationem suam a Papa expetiisset, et Joannes VIII. hac sub conditione, ut coram Synodo misericordiam et veniam omnium contra Canones a se peractorum humiliter efflagitasset, eum Patriarcham legitimum se approbaturum promisisset. Sed Bulgarus Photium optime noverat, quare sicut in,

prima inthronisatione partem cum eo habere nolluit, ita et nunc in secunda statim Romam dona misit, ut ostenderet *Papae obedientiam* suam et *aversionem a Photio*.

Usque ad a. 882 Pfex misit ad Michaëlem, regem Bulgarorum 7 epistolas, equibus rex ostenditur et probatur *catholicus*, minime vero photianus. In omnibus epistolis alloquitur eum Papa: *Fili spiritualis, fili carissime, dilectissime*. Haec allocutio jam sufficit ad demonstrandum eum catholicum. Sedi apost. addictum; nam juxta usum et rei naturam in litteris Pontificiis solummodo veri catholici hac allocutione decorantur, non vero acatholici, schismatici et haeretici, imo nec catholici ipsi, ob delicta, scelera aut inobedientiam redarguendi. Sed exstant in his litteris (M. P. l. T. 126, p. 758, 832, 843, 848, 919, 938, 959.) etiam alia testimonia catholicae ejus fidei v. g. in I. p. 758 ubi sic scribit Papa: . . . tristamur et ingemiscimus verentes et pertimescentes, ne, si forte Graecos secuti fueritis, cum illi in diversas haereses et schismata solito more ceciderint, vos quoque cum ipsis in erroris profunda ruatis . . . et in fine: Igitur scitote carissimi, si ex hoc ad Graecos, quod avertat Deus, conversio vestra fuerit, partem vestram divinitus cum his ponendam, qui primam fidem irritam faciunt, et cum his, quorum libenter amplectimini portionem.

Juxta haec nondum ruit in errorem Graecorum profunda, Papa pertimescebat, ne rueret; et nondum facta est conversio Borisi ad Graecos.

Sed in ultima epistola a. 882 p. 938 invenitur pulcherrimum fidei verae encomium statim ab initio: »Cum non tam initia sint in bonis laudanda quam finis, Deo omnipotenti, factori omnium visibilium et invisibilium gratias agimus, qui vestrum bene velle *hactenus* in *soliditate verae* fidei *solidavit*. . . . .

Sed et hinc devotioni vestrae dignum duximus congruas grates referre, quod partim finis ostendit, *quam fidelitatem erga sanctam Romanam Ecclesiam omnium terrarum matrem et caput observare curetis. Cum hanc et initio vestrae conversionis quaesieritis, et ad praesens auxiliatricem habere ad per petuam* scilicet vestram salvationem monstrare non omiseritis, sanctos videlicet apostolos visitando, et eorum ut divinus suffragia postulando.

Occurrit etiam alia epistola Pontificis hujus, sed anni incerti, ad Bulgarorum regem p. 959: »Si ab his, quos excommunicatos habebamus, sacramenta quaecunque suscipitis, constat, quia idololatriam, non ut catholici essetis, sed ut schismatici efficerimini, dereliquisse videmini.«

Ex hoc responso liquet, aut Borisum ipsum, aut alios quosdam sacramenta suscepisse a schismatico sacerdote; sed ex eo etiam sole clarius elucet, quanta anxietate abhorruisset Borisus non solum Photium, sed omnes schismaticos sacerdotes sacramentorumque susceptionen ab illis, secus casum hunc non detulisset Papae, neque postulasset ab eo responsum. Epistola haec testatur eum *catholicum tenerrimae conscientiae*, nam tepidus aut indifferens non curasset tale quid. — Attamen in quadam epistola Papa eum hortatur, ut convertatur ad s. Petrum, et redeat ad Ecclesiam Rom. Ergo ab ea divisus fuisse videtur, nec vere catholicus.

Utique fuit divisus ab Ecclesia Rom., at non dogmate quodam, nec a Papa qua capite totius orbis Ecclesiae, sed solummodo a Papa qua Patriarcha occidentali, ab immediata ejus subjectione, ab immediate spirituali ejus administratione Bulgariae dioeceseos, cui eam a. 866 subdidit, sed a. 870 ut verbis utar Papae, calliditate quorundam (sc. Basilii imperatoris) seductus, C.-Politanae Sedi subjecit.

Bulgariam revera hoc sensu tantum, i. e. Patriarchatu a Rom. Ecclesia separatam fuisse, testatur 1) *Separatio inchoata.* In illa disceptatione (p. 281) de Bulgaria subjicienda sedi C.-Politanae legati Bulgarorum dixerunt: A sancta Rom. Ecclesia nos sacerdotes et petiisse et suscepisse, et hactenus habere nos confitemur et *ei in omnibus obedire decernimus;* verum utrum Romanae an C.-Politanae Ecclesiae rationabilius subdi debeamus, cum his Patriarcharum, vicariis definite. (Vita Adriani II. M. P. l. T. 128. p. 1391. Nr. 633). Legati ergo cogitabant, solummodo de immendiata subjectione seu administratione spirituali, nec aliam poterant cogitasse, quia tum temporis etiam C. Politana ecclesia Romanam qua Caput suum agnoscebat.

2) *Papa Joannes VIII.* qui nullam dogmatis differentiam unquam Boriso objecit, imo pucherrimum verae cath. fidei testimonium exhibuit (p. 288).

3) *Ipsae litterae Joannis Papae* testantur, admonitiones ad conversionem ad s. Petrum et ad Ecclesiam Rom. de reditu ad Patriarchatum, de iterata subjectione immediata Bulgaricae dioeceseos sub Papam, qua Patriarcham occidentalem adhibitas fuisse.

Statim in 1. epistola a. 878 jam scribit: »Revertimini ergo ad beatum Petrum, Apostolorum primum, quem amastis, quam elegistis, quem quaesistis . . . cujusque vos protectioni cum subjectis omnibus commendastis et tradidistis.« Et versus finem repetit:

»Convertimini igitur ad beatum Petrum . . .« Fortasse hortatur Papa regem qua haereticum aut schismaticum, ut revertatur ad s. Petrum? Minime gentium! Nam post mortem Ignatii Joannes Papa Photium, Patriarcham C.-Politanum simul cum Basilio imperatore petentem approbationem suam in sede C.-Politana, se agnituram promisit, dummodo in Synodo misericordiam petierit et veniam contra Canones a se actorum. (M. P. l. T. 126. p. 853. epistola ad Basilium, Photium et alios). Idem Joannes in epistola eadem Boriso scribit: »Non autem dicimus, quod non una sit fides, unum baptizma, unus Deus noster pariter ac illorum (sc. Graecorum).« Ergo Papa in hac epistola Ecclesiam C.-Politanam omnino catholicam adhuc praesubponebat, quare Borisum nequaquam ob haeresim aut schisma ab ea retrahere conabatur, sed ob aliam causam. Scribit deinde Joannes VIII. in eadem epistola: . . . . cum vos potius, non vestra quaeramus, non patriae regimen et reipublicae moderamen adipisci cupimus, sed *dioeceseos ejusdem regionis* (sc. Bulgariae) *curam et dispositionem more prisco resumere volumus*, ut solicitudinem, quam universis debemus Ecclesiis, tanto pro eadem doecesi solertius exerceamus . . . . tantoque pro vestrae salutis custodia instantius vigilare valeamus.« Ecce causam exhortationis ad reversionem ad s. Petrum clarissime expressam. Papa volunt *more prisco* resumere curam et dispositionem Bulgariae i. e. immediatam ejus subjectionem sub Patriarcham occidentalem. Sed quare? *More primo*, nam ante expugnationem Bulgarorum dioecesis haec subjecta fuit ab initio christianae religionis Patriarchae Romano (v. p. 278) et Borisus iterum eam a. 866 Papae subjecit; ergo duplici titulo clamabat ad Romam, quae revera christianitatem inter Bulgaros consolidavit, nam missio graeca vix umbra fuit verae missionis (v. p. 279 infra). Et ob secundum titulum, ob subjectionem Bulgariae a Boriso factam, in omnibus epistolis Papa urget reversionem ad beatum Petrum, reditum ad Ecclesiam Romanum. V. g. in 2. ep. p. 832 . . . . »cui (Petro) vos in primordiae christianitatis vestrae ad regendum commisistis, ejusque successoribus ad obediendum.« In 4. ep. p. 848. »Non modica nos tristitia, o fili carissime replevisti, quia *sedem* beati Petri . . . . . reliquisti . . . . Revertere jam, fili amantissime, ad s. matrem tuam Ecclesiam Rom. quae te religioso utero genuit, et per quam totius religionis et justitiae formam . . . . . susceptisti. Noli amplius deserere matrem tuam, quia illa tui non obliviscitur . . . . . *Non enim licitum fuit alterius parochiam usurpare* sanctis Patribus hoc apertissime prohibentibus. Et idcirco ipsi (Graeci) *contra canones . . . nostras retinent dioeceses.* En iterum causam a Joanne ipso expres-

sam, cur hortatus sit Borisum ad reversionem, ut reciperet sedes Romana dioecesin, quam ipsi Graeci contra canones usurparunt et retinebant, reclamantibus licet eam Pontificibus; propterea rex ipse eam iterum Romae subjiciat et ita injustitiam a se permissam recompenset, prout Papa in 6. epistola p. 938 serio eum monet: »Vos enim divinitus inspirati matrem omnis religionis, sanctam quippe Romanam Ecclesiam ductricem et viam, per quam ad aeternitatis pascua duceremini, merito expetiistis, et illa . . . . vos recepit, consequens fuit, ut a recti gressu itineris in partem non flecteremini, nec manum mittentes in aratrum, retro aspicere cujuscunque forte suasionibus niteremini . . . . . *Et vestrae sponsionis reminiscimini* . . . . Si enim quod quicunque Deo vovit, hoc debet et reddere, valde oportet, ut vos, quod sanctae Rom. Ecclesiae sponte vovistis, finetenus reddere studeatis . . . . Hujus rei gratia, fili charissime, festinate corrigere, quod inique gessistis. . . . .

Ast Bulgariae episcopi subscripserunt synodo a. 879, quae illam catholicam a. 869 abrogavit, Photium in sedem C.-Politanam honorificentissime restituit et ab Ecclesia orthodoxa (schismatica) inter oecumenicas VIII. nominatur, quare Rex, qui eos C.-Poli abire permisit, episcopi et ideo etiam populus Photio adhaesisse videntur.

Sed synodus haec (879) legitime fuit convocata ab Joanne VIII. qui Photium sub conditione petendae veniae contra canones actorum Patriarchalem sedem C.-Politanam ascendere permisit, imo omnes cum Photio, post expletas ab eo has conditiones, communicare nolentes ex Ecclesia ejiciendos censuit (M. P. l. Tom. 126, p. 853, epistola ad Basilium imperatorem, Constantinopolitanos etc. p. 861). Ad synodum vero legitime convocatam non solum potuerant, sed debuerant pro officio suo venire omnes catholici episcopi. Utique decursu synodi Photius omnes Patres, imo ob ignorantiam linguae graecae, etiam legatos apostolicos ita fefellit et decepit, ut omnes putaverint, juxta mentem Papae egisse, cum revera contra eam egissent. Photius enim omnes epistolas Joannis Pficis, transferendo eas in linguam graecam, juxta voluntatem suam falsavit et mutavit (vide falsificationes has, additas post litteras superius citatas p. 857 et 872.) et ita mutatas synodo perlegit. E subscriptionibus ita deceptorum (subscripserant enim huic synodo legati Pficii) minime concludi potest, eos revera photianos fuisse.

Omnino nullum exstat indicium Borisum conjunctionem aliquam habuisse cum Photio, dum eam cum Papa statim post alteram inthronizationem Photii reassumserat. Exstat solummodo una epistola Photii ad Mi-

chaelem Bulgarorum regem, mox ut e conspectu oculos, post baptismum ipsi missa, sed Borisus respondisse videtur subjectione Bulgariae Patriarchae Romano. Anno vero 886. Photio de sede Patriarchali depulso successerunt Patriarchae omnino catholici, pientissimi, sedique apostolicae addictissimi, ideoque nullum amplius adfuit periculum seductionis pro Bulgaris, insuper eodem anno (vel a. 870) in Bulgariam adveherunt discipuli s. Methodii, Moravorum Archiepiscopi, nempe: Gorazdus, ab ipso s. Methodio successor in archiepiscopatu sibi designatus, Clemens, Naum, Angelarius, Sabbas, omnes prout magister s. Methodius, catholici ferventes, et post mortem etiam in Ecclesia catholica orientali honore sanctorum decorati (Annus eccles. graeco-slavus Martinovii p. 156, 180, 187). Viros hos vere apostolicos Borisus gaudens excepit, gentem suam illis excollendam tradidit et postea e s. Clementis nutu pendens curam gerebat animae suae, semperque sollicitus pro salute aeterna et temporali subditorum suorum tandem plenus meritis beato quievit fine a. 907 (903?). In vita graeca s. Clementis (legenda bulgarica) schismaticus quidem apparet hic vir; sed in ea schismaticis annumerantur et s. Kyrillus et Methodius, catholici zelosissimi (v. p. 276), ergo et s. Clemens talis fuit. Sed existit et brevior vita hujus sancti, in qua nulla apparet schismatis macula aspersus (Jos. Safarik, monum. liter. glagolit.); imo occurrit jam sanctorum cultu honoratus in codice Assemano, saeculi X. quo Ecclesia bulgarica intime cohaerebat cum Sede apostolica. (Vide Partem II. ab initio).

Nec in prima igitur nec in secunda inthronizatione Photii Bulgarorum rex unquam se separavit a Capite totius orbis Ecclesiae Pfice Romano, sed pientissime ei semper adhaesit, fuit ergo catholicus.

Nec potest regi vitio verti, si in circumstantiis suis etiam post plures admonitiones Papae non sit reversus ad Patriarchatum Romanum; nam comperta fraude Basilii, qua eum avulsit a Romana Sede et subjecit C.-Politanae, eo magis intellexit, quanta pericula sibi regnoque suo imminerent, si C.-Poli relicta Romae se iterum subjiceret. Ob hunc timorem, quem habebant etiam Dalmatae, (nam Joannes Papa ipsis scripsit: »Porro si aliquid de parte Graecorum vel Slavorum supra vestra ad nos seversione vel consecratione aut de pallii perceptione dubitatis, scitote pro certo, quoniam nos secundum sanctorum Patrum decessorumque nostrorum pontificum statuta vos adjuvare auctoritate curabimus. Litterae ad Salonitanos Clericos M. P. l. T. 126. p. 847) permansit ad majus malum evitandum

(v. p. 286 in medio) apud eadem C.-Politanam, sed a Photii erroribus omnino alienus. Quod deductiones hactenus factae demonstrant, confirmant etiam Bollandistae in vita s. Theodorae, Borisi coaevae imperatricis C.-Politanae (Tom. II. Februarii p. 563), qui regem Michaëlem eximie laudant eumque pie vixisse et sancte mortuum fuisse scribunt, quin eum ulla macula schismatis inquinatum prodant. Et subtilium horum judicum sanctitatis elogium utique gravissimi est momenti. Ultimum vero et irrefragabile testimonium *catholicae fidei* est cultus sanctorum, quo honorabatur s. Borisus in Ecclesia catholica orientali. (Martinov annus p. 120).

XII.

Acta sanctae Sedis.

1. Decisiones s. Roman. et Univers. Inquisitionis de matrimonio civili; de matrimoniis eorum qui non baptizati vel non rite baptizati sunt; de judicibus, qui in foro civili causas matrimoniales tractant [1]).

a) Ad Eminentissimum Principem, S. R. E. Cardinalem Bilio, S. Poenitentiariae Praefectum Episcopus Sangalensis.

Eminentissimus Princeps!

Funestissima ea lege de matrimonio *mere civili* et suppressione omnis jurisdictionis ecclesiasticae in rebus matrimonialibus, quam tres ante annos suprema Helveticae confoederationis auctoritas sancivit, divina humanaque apud nos ita perturbata sunt, ut rectum in tot tantarumque difficultatum labyrinto tramidem vix invenire queam et ad acquiescendum votis conscientiae meae et parochorum aliquas quaestiones sive dubia S. Poenitentiariae proponere jubear, quorum solutio pro sarta tecta tuendo christiani matrimonii ordine fidelium-que saluti consulendo *urgentissima* est.

I.

De matrimonio *mere civili.*

Volvitur apud nos quaestio: utrum matrimonium *mere civiliter contractum* vere sit matrimonium *validum* necne? et tenentur desuper duae opiniones sibi invicem adversantes, quarum argumenta hic sejunctim sub literis A. et B. proferre juvat.

A. Conjugia mere civiliter contracta videntur esse matrimonia *valida*; nam 1) Cum sponsi ipsi sint ministri sacramenti matrimonialis, matrimonia inter ipsos contracta, licet *illicita* sint, tamen considerari debent tanquam *valida* in casu, ubi in eundo matrimonio nullum obstat impedimentum *dirimens* atque sponsi intentionem habent, christianum matrimonium contrahendi; Etenim impedimentum clandestinitatis a S. Concilio Tridentino constitutum non obligat

1) Mitgetheilt vom päpstlichen Kämmerer und Metropolitan-Capitular Freiherrn *v. Oberkamp* zu München.

sponsos, in quorum regione decretum matrimoniale ejusdem concilii non fuit promulgatum.

2) Jam ab anno 1524 magna pars incolarum in territorio S. Galli et tota civitas monasterio adjacens reformationis Zwinglianae contagione infecta fidem catholicam repudiavit; diversa proinde civium religio pagum Sangallensem ut nuncupant paritaeticum sive mixtae religionis et ejusdem juris reddidit. Matrimonia igitur etiam acatholicorum vel protestantium quamvis formam a Tridentina Synodo praescriptam non servaverint, semper et hodiedum usque apud nos reputata sunt *valida*, similiter etiam matrimonia *mixta* inter catholicos et acatholicos coram ministro acatholico contracta.

3) Anno 1768 Ds. ufficialis Principis-Abbatis S. Galli sciscitanti S. Sedis nuntio apostolico Domino Aloysio Thal, Gonzaga Luzernae tum residenti manifeste declaravit: decretum matrimoniale Tridentinum in locis territorii Sangallensis *nunquam fuisse promulgatum*, proinde pro incolis catholicis ejusdem territorii valere non potest matrimoniale impedimentum claudestinitatis. Simili ratione praefatum decretum etiam eos acatholicos obligare non potest, qui jam *ante* tempus promulgationis ejusdem decreti, i. e. ante annum circiter 1566 in civitatibus locisve suis a fide catholica deficientes, propriam religionis communitatem sive parochiam constituerant. Quapropter potior videtur esse opinio, quae tenet, ejusmodi acatholicorum matrimonia, quamvis quasi clandestina sint, nec in forma praescripta a S. Synodo Tridentina contracta tamen judicari posse *valida* aeque ac matrimonia catholicorum et acatholicorum *civiliter tantum inita*.

B. Longe aliter sentit opinio opposita, quae tenet ejusmodi matrimonia apud nos nec licita nec *valida* esse rationibus sequentibus:

1) Quamvis decretum matrimoniale Tridentinum formaliter apud nos non fuit promulgatum, constat tamen, illud a saeculo XVI. exeunte usque ad nostra tempora in parochialibus ecclesiis tam catholicis, quam ecclesiis catholicorum cum acatholicis simultaneis quotannis abs locorum parochis e cancellis inter missarum solemnia fuisse promulgatum et adhucdum promulgari necquidem quasi merum *synodale statutum* sed tamquam *legem auctoritate S. Concilii Tridentini latam*.

2) Ab illo tempore matrimonia catholicorum apud nos jugiter juxta formam a S. Concilio Tridentino praescriptam in facie ecclesiae contracta fuerunt et hodiedum usque contrahuntur. Prisca autem haec pia consuetudo aequeparatur solemni ac formali ejusdem decreti promulgationi nec minoris valoris esse videtur.

3) Nulla apud nos exstat dispensatio apostolica, qua catholici Sangallenses eximerentur ab impedimento clandestinitatis et a servanda in matrimoniis contrahendis forma a S. Concilio Tridentino praescripta sicuti Benedictus P. P. XIV. p. m. notissima sua declaratione in favorem catholicorum Holandiae concessit.

4) Denique serio expendendum est, nec sponsis catholici nominis nec acatholicis, qui ecclesiastica benedictione seu copulatione injuriose contempta atque neglecta connubium mere civili contrahunt, vindicari posse *intentionem* ineundi matrimonium *christianum* vel suscipiendi sacramentum novae legis, proinde hujusmodi connubium non potest dici matrimonium validum sed potius haberi debet veluti concubinatus divina lege prohibitus atque damnatus.

Facile praevidendum est, quod ea declaratione auctoritatis ecclesiasticae conjugia mere civilia esse matrimonia valida et sacramentalia ordo rei matrimonialis hucusque apud nos a fidelibus probe servatus quasi ictu mortali concuteretur, pia consuetudo benedictionis nuptialis sive ecclesiasticae copulationis coram parocho exequendae a sponsis negligeretur atque vel ultimum potestatis ecclesiasticae vinculum in ordine christiani matrimonii dissolveretur. De responsione igitur quaestionis, quam ponimus, gravissimae consequentiae pendunt; nam qualis ad eam quaestionem erit responsio, talis nobis parochisque in tractandis rebus matrimonialibus servandus erit ordo. Litigantes namque conjuges a judicibus tribunalis saecularis non tantum a thoro et mensa ad tempus separantur, sed saepenumero indissolubile vinculum matrimoniale dissolvitur, ita ut ad alias si velint nuptias possint transire. Quaeritur in ejusmodi casibus: utrum conjuges mere civiliter conjuncti a communione sacramentorum arcendi, in confessione absolvendi, si mortem obeunt, christiano more sepeliendi sint, nisi prius datum scandalum pro posse sue per satisfactionem sustulerint? Has, aliasque quaestiones speciales facile solvemus, postquam certa nobis data fuerit responsio ad quaestionem generalem.

Dubium primum: utrum conjugium catholicorum mere civiliter contractum in dioecesi Sangallensi sit matrimonium validum et sacramentale?

Dubium secundum: quid de conjugis acatholicorum mere civiliter initio sentiendum sit?

Dubium tertium: quid denique de matrimonio mixto, i. e. inter sponsos religione diversos mere civiliter inito sit tenendum?

II.

De matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt.

Miserrima hujus temporis iniquitate inter ministros *acatholicos*

magis in dies accrescit numerus eorum, qui incredulitate sua fidem christianam respuunt nec in S. S. Trinitatem nec in divinitatem Domini nostri aliave fidei mysteria credunt. In administrando ministerio hujusmodi pastores neonatis infantibus saepius christianum baptismum parvulorum vel prorsus omittunt, vel ablutionem baptizandorum negligunt, vel formam baptismi pro arbitrio suo commutant, unde non exiguus apud nos acatholicorum exstat numerus, qui sacramentum baptismatis non valide susceperunt et in Spiritu sancto renati non sunt. Poterit forsan parochus catholicus cui occurrunt matrimonia mixtae religionis tollere ejusmodi de valide suscepto baptismo dubium acatholici sponsi vel sponsae per baptismum sub conditione parti acatholicae conferendum; sed in casibus non paucis potest contingere, ut parochus factum sive validitatem baptismi ab acatholica parte quondam suscepti evincere vel verificari non poterit, vel sponsus acatholicus baptismo conditionali se submittere recuset. Unde exoritur quaestio:

Dubium quartum: quid sentiendum sit de matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt, vel de iis, quorum una dumtaxat conjugum pars valide baptizata dignoscitur; quid denique in casu, quo dubium de valide suscepto baptismo tolli nequit?

III.

De judicibus catholicis, qui in laico tribunali causas matrimoniales tractare debent.

Lex confoederationis Helveticae de statu et matrimonio civili lata sancivit: causas matrimoniales omnes et singulas, supressa ex nunc et deinceps ecclesiastica jurisdictione, in tribunalibus laicorum ad normam tractandas esse, quae in causis civilibus statuitur, sententiasque in iis proferendas esse secundum praescriptiones juris communis et novissime latae legis, qua matrimonia etiam catholicorum sub certis rationibus valde levibus perpetuo dirimi atque quoad vinculum dissolvi possunt, ita, ut ejusmodi conjuges litigantes post latam judicum saecularium sententiam divortii ad alia matrimonia contrahenda, si voluerint possint transire. Quaeritur igitur:

Dubium quintum: utrum judices catholici et advocati in ejusmodi tribunalibus laicis causas matrimoniales tuta conscientia suscipere ac defendere sive cognoscere et judicare possint?

Dubium sextum: utrum iidem judices catholici et advocati secundum recentem Helvetiae legem matrimonii vinculum ut *dissolvendum proponere* seu *ut dissolutum declarare tuta conscientia possint* necnon declarare ejusmodi conjuges ad aliud matrimonium contra-

3) Nulla apud nos exstat dispensatio apostolica, qua catholici Sangallenses eximerentur ab impedimento clandestinitatis et a servanda in matrimoniis contrahendis forma a S. Concilio Tridentino praescripta sicuti Benedictus P. P. XIV. p. m. notissima sua declaratione in favorem catholicorum Holandiae concessit.

4) Denique serio expendendum est, nec sponsis catholici nominis nec acatholicis, qui ecclesiastica benedictione seu copulatione injuriose contempta atque neglecta connubium mere civili contrahunt, vindicari posse *intentionem* ineundi matrimonium *christianum* vel suscipiendi sacramentum novae legis, proinde hujusmodi connubium non potest dici matrimonium validum, sed potius haberi debet veluti concubinatus divina lege prohibitus atque damnatus.

Facile praevidendum est, quod ea declaratione auctoritatis ecclesiasticae conjugia mere civilia esse matrimonia valida et sacramentalia ordo rei matrimonialis hucusque apud nos a fidelibus probe servatus quasi ictu mortali concuteretur, pia consuetudo benedictionis nuptialis sive ecclesiasticae copulationis coram parocho exequendae a sponsis negligeretur atque vel ultimum potestatis ecclesiasticae vinculum in ordine christiani matrimonii dissolveretur. De responsione igitur quaestionis, quam ponimus, gravissimae consequentiae pendunt; nam qualis ad eam quaestionem erit responsio, talis nobis parochisque in tractandis rebus matrimonialibus servandus erit ordo. Litigantes namque conjuges a judicibus tribunalis saecularis non tantum a thoro et mensa ad tempus separantur, sed saepenumero indissolubile vinculum matrimoniale dissolvitur, ita ut ad alias si velint nuptias possint transire. Quaeritur in ejusmodi casibus: utrum conjuges mere civiliter conjuncti a communione sacramentorum arcendi, in confessione absolvendi, si mortem obeunt, christiano more sepeliendi sint, nisi prius datum scandalum pro posse suo per satisfactionem sustulerint? Has, aliasque quaestiones speciales facile solvemus, postquam certa nobis data fuerit responsio ad quaestionem generalem.

Dubium primum: utrum conjugium catholicorum mere civiliter contractum in dioecesi Sangallensi sit matrimonium validum et sacramentale?

Dubium secundum: quid de conjugis acatholicorum mere civiliter initio sentiendum sit?

Dubium tertium: quid denique de matrimonio mixto, i. e. inter sponsos religione diversos mere civiliter inito sit tenendum?

II.

De matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt.

Miserrima hujus temporis iniquitate inter ministros *acatholicos*

magis in dies accrescit numerus eorum, qui incredulitate sua fidem christianam respuunt nec in S. S. Trinitatem nec in divinitatem Domini nostri aliave fidei mysteria credunt. In administrando ministerio hujusmodi pastores neophytis infantibus saepius christianum baptismum parvulorum vel prorsus omittunt, vel ablutionem baptizandorum negligunt, vel formam baptismi pro arbitrio suo commutant, unde non exiguus apud nos acatholicorum exstat numerus, qui sacramentum baptismatis non valide susceperunt et in Spiritu sancto renati non sunt. Poterit forsan parochus catholicus cui occurrunt matrimonia mixtae religionis tollere dubium de valide suscepto baptismo dubium acatholici sponsi vel sponsae per baptismum sub conditione parti acatholicae conferendum; sed in casibus non paucis potest contingere, ut parochus factum sive validitatem baptismi ab acatholica parte quondam suscepti evincere vel verificari non poterit, vel sponsus acatholicus baptismo conditionali se submittere recuset. Unde oritur quaestio:

Dubium quartum: quid sentiendum sit de matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt, vel de iis, quorum una tantaxat conjugum pars valide baptizata dignoscitur, quid denique in casu, quo dubium de valide suscepto baptismo tolli nequit?

III.

De judicibus catholicis, qui in laico tribunali causas matrimoniales tractare debent.

Lex confoederationis Helveticae de statu et matrimonio civili lata sancivit: causas matrimoniales omnes et singulas, suppressa ex nunc et deinceps ecclesiastica jurisdictione, in tribunalibus laicorum ad normam tractandas esse, quae in causis civilibus statuitur, sententiasque in iis proferendas esse secundum praescriptiones juris communis et novissime latae legis, qua matrimonia etiam catholicorum sub certis rationibus valide levibus perpetuo dirimi atque quoad vinculum dissolvi possunt, ita, ut ejusmodi conjuges litigantes post latam judicum saecularium sententiam divortii ad alia matrimonia contrahenda, si voluerint possint transire. Quaeritur igitur:

Dubium quintum: utrum judices catholici et advocati in ejusmodi tribunalibus laicis causas matrimoniales tuta conscientia suscipere ac defendere sive cognoscere et judicare possint?

Dubium sextum: utrum iidem judices catholici et advocati secundum recentem Helvetiae legem matrimonii vinculum ut *dissolvendum proponere* seu *in disputatione declarare tuta conscientia* possint necne declarare ejusmodi conjuges ad aliud matrimonium contra-

3) Nulla apud nos exstat dispensatio apostolica, qua catholici Sangallenses eximerentur ab impedimento clandestinitatis et a servanda in matrimoniis contrahendis forma a S. Concilio Tridentino praescripta sicuti Benedictus P. P. XIV. p. m. notissima sua declaratione in favorem catholicorum Holandiae concessit.

4) Denique serio expendendum est, nec sponsis catholici nominis nec acatholicis, qui ecclesiastica benedictione seu copulatione injuriose contempta atque neglecta connubium mere civili contrahunt, vindicari posse *intentionem* ineundi matrimonium *christianum* vel suscipiendi sacramentum novae legis, proinde hujusmodi connubium non potest dici matrimonium validum, sed potius haberi debet veluti concubinatus divina lege prohibitus atque damnatus.

Facile praevidendum est, quod ea declaratione auctoritatis ecclesiasticae conjugia mere civilia esse matrimonia valida et sacramentalia ordo rei matrimonialis hucusque apud nos a fidelibus probe servatus quasi ictu mortali concuteretur, pia consuetudo benedictionis nuptialis sive ecclesiasticae copulationis coram parocho exequendae a sponsis negligeretur atque vel ultimum potestatis ecclesiasticae vinculum in ordine christiani matrimonii dissolveretur. De responsione igitur quaestionis, quam ponimus, gravissimae consequentiae pendunt; nam qualis ad eam quaestionem erit responsio, talis nobis parochisque in tractandis rebus matrimonialibus servandus erit ordo. Litigantes namque conjuges a judicibus tribunalis saecularis non tantum a thoro et mensa ad tempus separantur, sed saepenumero indissolubile vinculum matrimoniale dissolvitur, ita ut ad alias si velint nuptias possint transire. Quaeritur in ejusmodi casibus: utrum conjuges mere civiliter conjuncti a communione sacramentorum arcendi, in confessione absolvendi, si mortem obeunt, christiano more sepeliendi sint, nisi prius datum scandalum pro posse suo per satisfactionem sustulerint? Has, aliasque quaestiones speciales facile solvemus, postquam certa nobis data fuerit responsio ad quaestionem generalem.

Dubium primum: utrum conjugium catholicorum mere civiliter contractum in dioecesi Sangallensi sit matrimonium validum et sacramentale?

Dubium secundum: quid de conjugis acatholicorum mere civiliter initio sentiendum sit?

Dubium tertium: quid denique de matrimonio mixto, i. e. inter sponsos religione diversos mere civiliter inito sit tenendum?

II.

De matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt.

Miserrima hujus temporis iniquitate inter ministros *acatholicos*

magis in dies accrescit numerus eorum, qui incredulitate sua fidem christianam respuunt nec in S. S. Trinitatem nec in divinitatem Domini nostri aliave fidei mysteria credunt. In administrando ministerio hujusmodi pastores neonatis infantibus saepius christianum baptismum parvulorum vel prorsus omittunt, vel ablutionem baptizandorum negligunt, vel formam baptismi pro arbitrio suo commutant; unde non exiguus apud nos acatholicorum exstat numerus, qui sacramentum baptismatis non valide susceperunt et in Spiritu sancto renati non sunt. Poterit forsan parochus catholicus cui occurrunt matrimonia mixtae religionis tolerare ejusmodi de valide suscepto baptismo dubium acatholici sponsi vel sponsae per baptismum sub conditione partis acatholicae conferendum; sed in casibus non paucis potest contingere, ut parochus factum sive validitatem baptismi ab acatholica parte quondam suscepti evincere vel verificari non poterit, vel sponsus acatholicus baptismo conditionali se subiicere recuset. Unde oritur quaestio:

Dubium quartum: quid sentendum sit de matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt, vel de iis, quorum una tantaxat conjugum pars valide baptizata dignoscitur, quid denique in casu, quo dubium de valide suscepto baptismo tolli nequit?

III.

De judicibus catholicis, qui in laico tribunali causas matrimoniales tractare debent.

Lex confoederationis Helveticae de statu et matrimonio civili lata sancivit: causas matrimoniales omnes et singulas, suppressa ex nunc et deinceps ecclesiastica jurisdictione, in tribunalibus laicorum ad normam tractandas esse, quae in causis civilibus statuitur, sententiasque in iis proferendas esse secundum praescriptiones juris communis et novissime latae legis, qua matrimonia etiam catholicorum sub certis rationibus valide levibus perpetuo dirimi atque quoad vinculum dissolvi possunt, ita, ut ejusmodi conjuges litigantes post latam judicum saecularium sententiam divortii ad alia matrimonia contrahenda, si voluerint possint transire. Quaeritur igitur:

Dubium quintum: utrum judices catholici et advocati in ejusmodi tribunalibus laicis causas matrimoniales tuta conscientia suscipere ac defendere sive cognoscere et judicare possint?

Dubium sextum: utrum iidem judices catholici et advocati secundum recentem Helvetiae legem matrimonii vinculum ut *dissolvendum proponere* seu *ut dissolubile declarare tuta conscientia* possint necne declarare ejusmodi conjuges ad aliud matrimonium contra-

3) Nulla apud nos exstat dispensatio apostolica, qua catholici Sangallenses eximerentur ab impedimento clandestinitatis et a servanda in matrimoniis contrahendis forma a S. Concilio Tridentino praescripta sicuti Benedictus P. P. XIV. p. m. notissima sua declaratione in favorem catholicorum Holandiae concessit.

4) Denique serio expendendum est, nec sponsis catholici nominis nec acatholicis, qui ecclesiastica benedictione seu copulatione injuriose contempta atque neglecta connubium mere civili contrahunt, vindicari posse *intentionem* ineundi matrimonium *christianum* vel suscipiendi sacramentum novae legis, proinde hujusmodi connubium non potest dici matrimonium validum, sed potius haberi debet veluti concubinatus divina lege prohibitus atque damnatus.

Facile praevidendum est, quod ea declaratione auctoritatis ecclesiasticae conjugia mere civilia esse matrimonia valida et sacramentalia ordo rei matrimonialis hucusque apud nos a fidelibus probe servatus quasi ictu mortali concuteretur, pia consuetudo benedictionis nuptialis sive ecclesiasticae copulationis coram parocho exequendae a sponsis negligeretur atque vel ultimum potestatis ecclesiasticae vinculum in ordine christiani matrimonii dissolveretur. De responsione igitur quaestionis, quam ponimus, gravissimae consequentiae pendunt; nam qualis ad eam quaestionem erit responsio, talis nobis parochisque in tractandis rebus matrimonialibus servandus erit ordo. Litigantes namque conjuges a judicibus tribunalis saecularis non tantum a thoro et mensa ad tempus separantur, sed saepenumero indissolubile vinculum matrimoniale dissolvitur, ita ut ad alias si velint nuptias possint transire. Quaeritur in ejusmodi casibus: utrum conjuges mere civiliter conjuncti a communione sacramentorum arcendi, in confessione absolvendi, si mortem obeunt, christiano more sepeliendi sint, nisi prius datum scandalum pro posse suo per satisfactionem sustulerint? Has, aliasque quaestiones speciales facile solvemus, postquam certa nobis data fuerit responsio ad quaestionem generalem:

Dubium primum: utrum conjugium catholicorum mere civiliter contractum in dioecesi Sangallensi sit matrimonium validum et sacramentale?

Dubium secundum: quid de conjugis acatholicorum mere civiliter initio sentiendum sit?

Dubium tertium: quid denique de matrimonio mixto, i. e. inter sponsos religione diversos mere civiliter inito sit tenendum?

II.

De matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt.

Miserrima hujus temporis iniquitate inter ministros *acatholicos*

magis in dies accrescit numerus eorum, qui incredulitate sua fidem christianam respuunt nec in S. S. Trinitatem nec in divinitatem Domini nostri aliave fidei mysteria credunt. In administrando ministerio hujusmodi pastores neonatis infantibus saepius christianum baptismum parvulorum vel prorsus omittunt, vel ablutionem baptizandorum negligunt, vel formam baptismi pro arbitrio suo commutant, unde non exiguus apud nos acatholicorum exstat numerus, qui sacramentum baptismatis non valide susceperunt et in Spiritu sancto renati non sunt. Poterit forsan parochus catholicus cui occurrunt matrimonia mixtae religionis tollere ejusmodi de valide suscepto baptismo dubium acatholici sponsi vel sponsae per baptismum sub conditione parti acatholicae conferendum; sed in casibus non paucis potest contingere, ut parochus factum sive validitatem baptismi ab acatholica parte quondam suscepti evincere vel verificari non poterit, vel sponsus acatholicus baptismo conditionali se submittere recuset. Unde exoritur quaestio:

Dubium quartum: quid sentiendum sit de matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt, vel de iis, quorum una dumtaxat conjugum pars valide baptizata dignoscitur; quid denique in casu, quo dubium de valide suscepto baptismo tolli nequit?

III.

De judicibus catholicis, qui in laico tribunali causas matrimoniales tractare debent.

Lex confoederationis Helveticae de statu et matrimonio civili lata sancivit: causas matrimoniales omnes et singulas, supressa ex nunc et deinceps ecclesiastica jurisdictione, in tribunalibus laicorum ad normam tractandas esse, quae in causis civilibus statuitur, sententiasque in iis proferendas esse secundum praescriptiones juris communis et novissime latae legis, qua matrimonia etiam catholicorum sub certis rationibus valde levibus perpetuo dirimi atque quoad vinculum dissolvi possunt, ita, ut ejusmodi conjuges litigantes post latam judicum saecularium sententiam divortii ad alia matrimonia contrahenda, si voluerint possint transire. Quaeritur igitur:

Dubium quintum: utrum judices catholici et advocati in ejusmodi tribunalibus laicis causas matrimoniales tuta conscientia suscipere ac defendere sive cognoscere et judicare possint?

Dubium sextum: utrum iidem judices catholici et advocati secundum recentem Helvetiae legem matrimonii vinculum ut *dissolvendum proponere* seu *ut dissolutum declarare tuta conscientia possint* necnon declarare ejusmodi conjuges ad aliud matrimonium contra-

3) Nulla apud nos exstat dispensatio apostolica, qua catholici Sangallenses eximerentur ab impedimento clandestinitatis et a servanda in matrimoniis contrahendis forma a S. Concilio Tridentino praescripta sicuti Benedictus P. P. XIV. p. m. notissima sua declaratione in favorem catholicorum Holandiae concessit.

4) Denique serio expendendum est, nec sponsis catholici nominis nec acatholicis, qui ecclesiastica benedictione seu copulatione injuriose contempta atque neglecta connubium mere civili contrahunt, vindicari posse *intentionem* ineundi matrimonium *christianum* vel suscipiendi sacramentum novae legis, proinde hujusmodi connubium non potest dici matrimonium validum, sed potius haberi debet veluti concubinatus divina lege prohibitus atque damnatus.

Facile praevidendum est, quod ea declaratione auctoritatis ecclesiasticae conjugia mere civilia esse matrimonia valida et sacramentalia ordo rei matrimonialis hucusque apud nos a fidelibus probe servatus quasi ictu mortali concuteretur, pia consuetudo benedictionis nuptialis sive ecclesiasticae copulationis coram parocho exequendae a sponsis negligeretur atque vel ultimum potestatis ecclesiasticae vinculum in ordine christiani matrimonii dissolveretur. De responsione igitur quaestionis, quam ponimus, gravissimae consequentiae pendunt; nam qualis ad eam quaestionem erit responsio, talis nobis parochisque in tractandis rebus matrimonialibus servandus erit ordo. Litigantes namque conjuges a judicibus tribunalis saecularis non tantum a thoro et mensa ad tempus separantur, sed saepenumero indissolubile vinculum matrimoniale dissolvitur, ita ut ad alias si velint nuptias possint transire. Quaeritur in ejusmodi casibus: utrum conjuges mere civiliter conjuncti a communione sacramentorum arcendi, in confessione absolvendi, si mortem obeunt, christiano more sepeliendi sint, nisi prius datum scandalum pro posse suo per satisfactionem sustulerint? Has, aliasque quaestiones speciales facile solvemus, postquam certa nobis data fuerit responsio ad quaestionem generalem:

Dubium primum: utrum conjugium catholicorum mere civiliter contractum in dioecesi Sangallensi sit matrimonium validum et sacramentale?

Dubium secundum: quid de conjugis acatholicorum mere civiliter initio sentiendum sit?

Dubium tertium: quid denique de matrimonio mixto, i. e. inter sponsos religione diversos mere civiliter inito sit tenendum?

II.

De matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt.

Miserrima hujus temporis iniquitate inter ministros *acatholicos*

magis in dies accrescit numerus eorum, qui incredulitate sua fidem christianam respuunt nec in S. S. Trinitatem nec in divinitatem Domini nostri aliave fidei mysteria credunt. In administrando ministerio hujusmodi pastores neonatis infantibus saepius christianum baptismum parvulorum vel prorsus omittunt, vel ablutionem baptizandorum negligunt, vel formam baptismi pro arbitrio suo commutant, unde non exiguus apud nos acatholicorum exstat numerus, qui sacramentum baptismatis non valide susceperunt et in Spiritu sancto renati non sunt. Poterit forsan parochus catholicus cui occurrunt matrimonia mixtae religionis tollere ejusmodi de valide suscepto baptismo dubium acatholici sponsi vel sponsae per baptismum sub conditione parti acatholicae conferendum; sed in casibus non paucis potest contingere, ut parochus factum sive validitatem baptismi ab acatholica parte quondam suscepti evincere vel verificari non poterit, vel sponsus acatholicus baptismo conditionali se submittere recuset. Unde exoritur quaestio:

Dubium quartum: quid sentiendum sit de matrimonio eorum, qui valide baptizati non sunt, vel de iis, quorum una dumtaxat conjugum pars valide baptizata dignoscitur; quid denique in casu, quo dubium de valide suscepto baptismo tolli nequit?

III.

De judicibus catholicis, qui in laico tribunali causas matrimoniales tractare debent.

Lex confoederationis Helveticae de statu et matrimonio civili lata sancivit: causas matrimoniales omnes et singulas, supressa ex nunc et deinceps ecclesiastica jurisdictione, in tribunalibus laicorum ad normam tractandas esse, quae in causis civilibus statuitur, sententiasque in iis proferendas esse secundum praescriptiones juris communis et novissime latae legis, qua matrimonia etiam catholicorum sub certis rationibus valde levibus perpetuo dirimi atque quoad vinculum dissolvi possunt, ita, ut ejusmodi conjuges litigantes post latam judicum saecularium sententiam divortii ad alia matrimonia contrahenda, si voluerint possint transire. Quaeritur igitur:

Dubium quintum: utrum judices catholici et advocati in ejusmodi tribunalibus laicis causas matrimoniales tuta conscientia suscipere ac defendere sive cognoscere et judicare possint?

Dubium sextum: utrum iidem judices catholici et advocati secundum recentem Helvetiae legem matrimonii vinculum ut *dissolvendum proponere* seu *ut dissolutum declarare tuta conscientia possint* necnon declarare ejusmodi conjuges ad aliud matrimonium contra-

hendum posse transire sicut lex civilis hoc in casu judicare et declarare judices expresse jubet et urget?

In disserenda hacce quaestione obliviscendum non est quod tribunalia saecularia, quorum est judicare de causis civilibus *eadem* sunt, quibus nova lege incumbit causas matrimoniales cognoscere et judicare. Quodsi ergo judicibus catholicis vetitum fuerit ejusmodi tribunalibus interesse, in magnum damnum civium ea tribunalia iis judicibus privari experiemur, qui timore Dei repleti pie et juste judicant.

Dignare, Eminentissime Princeps, ad propositas has quaestiones interroganti Episcopo responsum dare, quam primum fieri potest, habita ratione durissimo nostrae, qua versamur conditionis, quatenus tanta auctoritate suffulti parochi quotidie fere nos urgentibus consilia et justa judicia in materia tantae gravitatis praestare non simus impares.

Interim summo venerationis et obsequii cultu permanere glorior Eminentiae Vestrae Reverendissimae obediens et submissus

Ad S. Gallum die IX. Decembris 1877.

Carolus Joannes Greith, Episcopus Sangallensis.

b) Responsum s. Congreg. Inquisitionis, Feria IV. d. 3. Aprilis 1878.

In congregatione S. romanae et universalis inquisitionis habita coram Eminentissimis ac Reverendissimis D. D. S. R. E. Cardinalibus in rebus fidei Generalibus Inquisitoribus, propositis suprascriptis dubiis a R. P. D. Episcopo Sangallensi et praehabito voto D. D. Consultorum iidem Ementissimi et Reverendissimi D. D. decreverunt:

Ad primum.

Matrimonia clandestina certa esse nulla in paroeciis, ubi decretum Tridentinum — *Tametsi* — promulgatum fuerit, sicut legitur in propositis dubiis sub lit. B. nro. 1. Cum vero sub littera A. nro. 3. asseratur Ordinarium Sangallensem anno 1768 declarasse in illis locis Decretum Tridentinum nunquam fuisse promulgatum; R. P. D. Episcopus significet utrum et quanto ex tempore matrimonia clandestina contracta a catholicis inter se in illis paroeciis habeantur uti nulla.

Ad secundum.

Juxta exposita matrimonia esse valida nisi obstent alia canonica impedimenta.

Ad tertium.

Pro nunc recurrat in casibus particularibus.

Ad quartum.

Matrimonium eorum de quibus certe constat, quod valide baptizati non sunt, habendum esse tamquam matrimonium duorum infidelium: matrimonium vero eorum, quorum una tumtaxat pars valide baptizata dignoscitur, altera vero invalide, habendum esse tamquam matrimonium affectum impedimento dirimente cultus disparitatis, ac proinde nullum; denique si post diligens et accuratum examen dubium de valide suscepto baptismate tolli nequeat, et constet de facto suscepti baptismatis, hujusmodi baptisma validum censendum esse in ordine ad validitatem matrimonii juxta decretum diei 17. Novembris 1830 nempe quoad haereticos quorum sectae ritualia praescribunt collationem baptismi absque necessario usu materiae et formae essentialis, debet examinari casus particularis. Quoad alios, qui juxta eorum ritualia baptizant valide, validum censendum est baptisma. Quod si dubium persistat etiam in primo casu censendum est validum baptisma, in ordine ad validitatem matrimonii. Si autem certo cognoscatur, nullum baptisma ex consuetudine actuali illius sectae nullum est matrimonium.

Ad quintum et sextum.

Quoad judices recurrat in casibus particularibus.

Quoad advocatos dentur responsa jam data Episcopo Suthwariensi nempe feria III. loco IV. die 22. Maji 1860 ad dubium, utrum advocatus catholicus possit defendere causas partis conventae contra actorem vinculi solutionem exquirentem? Responsum fuit: »Dummodo Episcopo constet de probitate advocati, et dummodo advocatus nihil agat, quod a principiis juris naturalis, et ecclesiastici deflectat posse tolerari.« Et ad alium dubium, utrum liceat advocati et actoris partes agere, quando finis litis est simplex separatio absque ulla sententia matrimonii nullitatem secum ipsa trahente? Responsum fuit: »Provisum in praecedentibus, et feria IV. 19. Decembris ejusdem anni, dummodo pars catholica nullum alium tribunal adire possit, a quo sententia hujus tribunalis nullum alium habet effectum, quam separationem praedictam, posse tolerari, ut catholici in eo foro actoris et advocati partes agant, et dummodo adsint justae separationis causae judicio Episcopi, et si quid habeat praeterea dubii recurrat exponens omnes circumstantias et legis dispositiones.«

J. Velamie S. Romanae et Univlis Inquisitionis Notarius.

(L. S.)

Appendix.

Relate ad quartum dubium D. Cardinalis Caterini S. Congr. Inquis. Praefectus epistola sua d. d. 13. April. 1878. mihi subjunxit:

»Reprobandam atque illicitam omnino esse praxim administrandi a parochis baptismum sub conditione parti acatholicae, quae in haeresi permanere declarat, quando dubium circa ejusdem sacramenti validitatem exoritur. Tunc enim tantumodo licite id fieri potest, cum pars heterodoxa paratam se praebet abjurandi errores ac redeundi ad gremium ecclesiae catholicae.

In quorum fidem.

In S. Gallo die 24. April. 1878.

Carolus Joannes Episcopus.

2. *Die Wahrheit über den Tod und die Beerdigung Victor Emanuels.*

Unter diesem Titel publicirte die »Liberté« von Freiburg in der Schweiz ein Circular, welches auf Befehl Papst Pius IX. allen Mächten übersandt wurde und nach der Uebersetzung des Wiener »Vaterland« also lautet:

Ew.

Man sprach so viel von den Umständen, welche dem schweren Ereignisse des unerwarteten Todes des Königs Victor Emanuels voraus gingen, dasselbe begleiteten und demselben folgten, dass es mir nöthig erscheint, Ihnen, mein edler und hochachtungswerther Herr, mindestens die Hauptpunkte bekannt zu geben, jene, welche irgend eine Beziehung, sei es mit den unwandelbaren Principien unserer heiligen Religion, sei es mit der Lage, haben, welche dem obersten Kirchenfürsten durch seine Unterdrücker bereitet wurde.

Die Nothwendigkeit einer solchen Mittheilung erscheint um so überzeugender, wenn man es in's Auge fasst, dass die Revolution, weit entfernt, in einem solchen Ereignisse einen von Gott gegebenen Fingerzeig zu erkennen, im Gegentheile daraus die grösstmöglichsten Vortheile zu ziehen sucht, und sich nach Gewohnheit darüber triumphirend zeigt, um die Kirche und ihren obersten Chef besser angreifen und unterdrücken zu können.

Die Revolution kann nicht abgehalten werden zu handeln, wie sie es immer gethan, in Folge der unvergleichlichen Güte des Heiligen Vaters, der keinen Augenblick aufhört, der Stellvertreter Jesu Christi zu sein, und welcher in dieser Stunde jede andere Rücksicht bei Seite setzte, vor Allem an weiter nichts denken wollte, als an das Seelenheil des sterbenden Sünders. Dieser erhabene Gedanke, der Seine Heiligkeit veranlasste, seinen eigenen Sacristan an das Bett des Kranken zu senden, wurde keineswegs so gewürdigt, wie er es verdiente, weil der ausgezeichnete Prälat nicht einmal in Gegenwart des Sterbenden zugelassen wurde, welcher in der letzten

Stunde eines Lebens, so überladen mit schweren Beleidigungen gegen Gott und die Kirche, ohne Zweifel in dem grossmüthigen Entgegenkommen des gemeinsamen Vaters aller Gläubigen, eine mächtige Erleichterung und eine wirksame Garantie für die Zukunft seines ewigen Wohles hätte finden können.

Trotzdem verordnete der Heilige Vater, seine oberhirtliche Sorge nicht allein auf den Zug beschränkend, der hier angegeben ist, dass in jeder Stunde, in welcher der Kranke den Beistand der Religion verlangen würde, ihm derselbe geleistet werde, vorausgesetzt, dass der Priester, der seine Beichte hören würde, einen Akt der Reparation für das Uebel erhalte, welches er begangen. Trotz dieser wohlwollenden Absichten des souveränen Oberpriesters wurde es dem Kaplan des Königs nicht einer gestattet, ihm die Beichte abzunehmen, als bis dieser in den letzten Zügen lag. Ein Jeder kann daraus klar ersehen, dass man damit ein doppeltes Ziel erreichen wollte, einerseits zu verhindern, dass der König mit eigener Hand das gewünschte Aktenstück unterzeichne, wie er es in einem ähnlichen Momente im Jahre 1859 im Schloss zu San Rossore — gethan — welchem Aktenstücke er freilich später keine Rechnung trug — und andererseits zu erlangen, dass das kirchliche Begräbniss ihm bewilligt würde, welchem die Glieder der revolutionären Regierung, welche entschlossen wären, sich der Person ihres unglücklichen Souveräns selbst nach seinem Tode zur Durchführung ihrer verderblichen Absichten zu bedienen, nicht ohne Grund eine grosse Wichtigkeit beilegten.

Und in Wahrheit, es gelang diesen zum Theil, ihre Absicht zu erreichen, denn, indem Demjenigen, welcher so lange Zeit die Kirche in jeder Art bekämpft, und deren wichtigsten Vorschriften mit Füssen getreten hatte, in sorgsamster Weise alle einem Todten gebührenden Ehren erwiesen wurden, brachten sie es gewissermassen dahin, den Glauben zu verbreiten, dass der, welcher den obersten Kirchenhirten bekämpft, darum doch nicht aus dem Schooss der Kirche ausgeschlossen sei, weil anzunehmen, er habe aus irgend einem politischen Grunde also gehandelt. Es geschah denn auch, dass erst, als die Dinge so weit, wie angegeben, gekommen waren, der Beichtvater des Königs denselben zu Gesicht bekam, aber da war der König nicht mehr im Stande, einen Rückruf zu verstehen, noch zu unterzeichnen. Indessen, da der Beichtvater des Königs versicherte, dass der Sterbende ihn beauftragt habe, Sr. Heiligkeit die Reue für das Uebel, das er angerichtet, auszudrücken, und dafür dessen Vergebung zu erbitten, wurde besagter Beichtvater

durch die kirchliche Auctorität ermächtigt, unter der Bedingung, dass er schriftlich und eidlich eine dies bestätigende Erklärung an den hocherhabenen Cardinalvicar abgebe, angesichts der drohenden Gefahr, in welcher sich der Kranke befand, ihm das heilige Viaticum zu bringen.

Die verlangte Erklärung wurde dem ehrwürdigen Cardinal den Tag nach dem Tode des Königs übergeben und in Folge dieser Erklärung wurde gestattet, dass der Verstorbene von der Geistlichkeit begleitet werde, und dass er ein kirchliches Begräbniss erhalte. In dem Betreff ist übrigens zu bemerken, dass bei den Verhandlungen, welche den zur Bestattung festgesetzten Massregeln vorangingen, die Regierung des sogenannten Königreiches Italien nirgends figurirt, da dieselbe nur zu gut begriff, dass die kirchliche Autorität mit ihr niemals in Verhandlung getreten wäre, oder sich dazu hergegeben hätte, sich von ihr Anträge stellen zu lassen. In dieser Weise wurde der genannte Beichtvater des Verstorbenen mit Allem beauftragt, und obwohl durch dieses Mittel die Revolution alles das, was sie wünschte, zu erreichen suchte, als: für den Leichnam die Begleitung durch die Geistlichkeit und das kirchliche Begräbniss, so war doch dieselbe Regierung gezwungen, sich hinter dem Beichtvater zu verbergen; so gross war deren Furcht, die Verhandlungen möchten zu keinem Ergebniss führen.

Sicher der Entscheidung, welche nach dem Acte des Widerrufes vom Heiligen Vater getroffen worden, nachdem ihm derselbe vorgelegt war, hätte genannte Regierung gerne gehabt, dass diese Entscheidung auch die Wirkung habe, nicht blos die jedem Privatmanne bewilligten Leichenfeierlichkeiten zuzugestehen, wenn sich derselbe auf dem Todtenbette mit der Kirche ausgesöhnt hat, sondern auch diejenigen, welche einem katholischen Könige gebühren, der in seinen Staaten und in seinem eigenen Königreiche starb. Alle möglichen Anstrengungen wurden gemacht, um dies zu erlangen, aber vergeblich, da die geistliche Autorität fest daran hielt, nur das zu bewilligen, was für einen jeden reuigen Sünder nach seinem Tode verlangt werden kann, und alles Uebrige zu verweigern. Aus diesem Grunde konnte der Verstorbene zu seiner Gruft nur von dem Pfarrer und der Geistlichkeit seiner Pfarrgemeinde, bestehend aus einem Dutzend einfacher Geistlicher, begleitet werden. Kein Prälat, kein Bischof, kein noch übriges Mitglied der von der Revolution unterdrückten Orden, nicht einmal die Bruderschaften erhielten die Erlaubniss, am Leichenconducte theilzunehmen. Obgleich man sich zu verschiedenen Malen zu den dringendsten Bitten herabliess,

erlaubte die kirchliche Obrigkeit nicht mehr, als dass eine Messe in dem usurpirten päpstlichen Palaste des Quirinals gelesen werde, und sie verweigerte beständig das königliche Vorrecht, um das noch öfter gebeten worden war, die Leichenfeier in einer der drei patriarchalischen Basiliken Roms vorzunehmen.

Während das Ministerium indirect daran arbeitete, von der kirchlichen Behörde jene Concessionen zu erlangen, welche es wünschte, organisirte es eine ungeheuere Demonstration unter den Augen des Palastes, um den Mann zu ehren, der ihn seiner Staaten und die Kirche ihrer Güter beraubt hatte, und welcher während sieben Jahren hintereinander erlaubt hatte, öffentlich und ungestraft bei jeder Gelegenheit nicht allein die Kirche, die Geistlichkeit und den obersten Kirchenfürsten, sondern auch die heiligsten Grundsätze unserer heiligen Religion, mit Inbegriff der Verehrung der Heiligen, der Jungfrau und Gottes selbst zu verunglimpfen.

Alle Revolutionäre Italiens wurden eingeladen, an dieser Demonstration theilzunehmen, und diese konnten sich in Folge der Leichtigkeit, welche durch die verschiedenen Eisenbahndirectionen bewilligt wurden, nach Rom begeben und dort mehrere Tage versammelt bleiben. Man hatte die Absicht, in solcher Weise eine Art von neuem Plebiscit zu Gunsten des vereinten Italiens und gegen den Papst aufzuführen, in der Absicht, abermals die öffentliche Meinung der civilisirten Welt zu täuschen. Dies Plebiscit erschien indess ohne Zweifel nachgerade so überflüssig, dass man es plötzlich aufgab, und dass, sei es aus diesem oder jenem Grunde, mehrere Regierungen zustimmten, durch ihre ausserordentlichen wie ordentlichen Vertreter, an einer Demonstration theilzunehmen, bestimmt, ohne ihr Wissen, will ich hoffen, der triumphirenden Revolution ihre Aufwartung zu machen.

Nach dieser kurzen Darlegung wird Eure Herrlichkeit leicht die neuen Schläge beurtheilen können, welche durch ein solches Verfahren dem schon von so vieler Bitterkeit erfüllten Herzen des Heiligen Vaters verursacht werden. Glücklicherweise trüben die Gewaltthaten, welchen er ausgesetzt ist und welche die edlen und erhabenen Geister antreiben, ihre Blicke immer mehr und mehr auf dessen geheiligte und verehrungswürdige Person zu lenken, weder das Gewissen, noch den Muth dessen, der als Vorbild und Leuchte für die ganze katholische Welt dient und sich hierin nie wird beirren lassen. Dem entsprechend hat mir Se. Heiligkeit empfohlen, gelegentlich der Erhebung des Prinzen Humbert auf den Thron an alle fremden Vertreter beim heiligen Stuhl einen feierlichen »Pro-

test« gegen die Usurpation dieses Thrones, welcher der seinige ist, durch den Sohn des verstorbenen Königs von Piemont, zu erheben.

Der Heilige Vater hat gleicherweise, wenn auch mit tiefem Bedauern, den Beschluss gefasst, keinen der Prinzen der regierenden Häuser oder deren Gesandten zu empfangen, welche hieher geschickt wurden, um Antheil am Leichenbegängnisse zu nehmen. Bei Fassung dieses Beschlusses hatte er keinerlei Absicht, irgend Jemand zu beleidigen, sondern blos seine eigene Würde zu vertheidigen und sein Recht zur Anerkennung zu bringen, so weit es von ihm abhängt; denn es ist seine Pflicht, bei jeder Gelegenheit der ganzen Welt die beständige Protestation des heiligen Stuhles gegen Thatsachen in die Ohren zu rufen, welche der Kirche, ihren Rechten und Interessen zum Schaden gereichen, einer Kirche, deren Schutz ihm anvertraut ist, und zwar so sorgfältig als möglich.

Obwohl der Heilige Vater nicht zweifelt, dass die Regierungen, welche bei vorliegender Veranlassung ihre besonderen Vertreter hieher geschickt haben, niemals gewillt waren, in die Pläne der Revolution einzugehen, so bleibt es dennoch feststehend, dass die Revolutionäre eben so gut wie die Katholiken aller Länder das Verfahren dieser Regierungen so ausgelegt haben, als wäre dies ihre Absicht gewesen. Man wird sich darum auch gar nicht zu wundern brauchen, wenn in Gegenwart einer so grossen, dem obersten Chef der Kirche, dem legitimen Souverän der päpstlichen Staaten zugefügten Beleidigung, ein solches Verfahren nur dazu beitragen kann, diese Katholiken in einem Gefühl der Unzufriedenheit zu erhalten, welches sich manchmal in einem, gewissen Regierungen wenig angenehmen Sinne äussert, sei es in der Presse, sei es in Versammlungen. Ein Jeder wird leicht begreifen, dass Se. Heiligkeit von einem gewaltigen Schmerz erfasst wurde, als sie sah, dass die väterliche Milde, von welcher sie einen so sprechenden Beweis bei dem Tode des Königs Victor Emanuel gab, nach der Gewohnheit der Revolution nur durch eine wahrhafte, ungeheuerliche Undankbarkeit anerkannt wurde, insoferne als man diesen Akt der Güte gegen einen sterbenden Sünder dazu benützte, um dieselben Fehler, die er bereute, zu verherrlichen, einer Reue, welche durch eidliches Zeugniss erhärtet ist und auf Grund dessen man das christliche Begräbniss zugestanden hatte.

In Folge dessen hat nun der Heilige Vater, voraussehend, dass solche Umtriebe einen grossen Scandal erzeugen und eine gleiche Verwirrung der Geister veranlassen werden, den Befehl ertheilt, sofort gegen diese Attentate durch Vermittlung Ihrer Herrlichkeit bei der

Regierung zu . . . Protest zu erheben, indem er sich vorbehält, die gesammte katholische Welt über das, was vorging, aufzuklären, sobald er von neuen Demonstrationen Kenntniss bekommt, deren Zweck ist, die Thatsachen zu entstellen und den Geist der Völker in eine den Interessen der Kirche schädliche Auffassung zu leiten. Damit indess die Regierungen, mit welchen der heilige Stuhl diplomatische Beziehungen unterhält, die ersten seien, um Kenntniss von all' dem Voranstehenden zu erlangen, ist Eure Herrlichkeit beauftragt, die gegenwärtige Depesche dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorzulesen und davon eine Abschrift in dessen Hände gelangen zu lassen.

Indem ich Ihnen diese Instructionen mittheile, habe ich die Genugthuung, mich Ihnen von Neuem mit den Gesinnungen der ausgezeichnetsten Hochachtung zu empfehlen u. s. w.

(Gez.): *Giovanni Simeoni.*

Rom, 28. Jänner 1878.

3. Schreiben Seiner Heiligkeit Papst Leo XIII. an den Herrn Cardinal Monaco La Valletta, Generalvicar von Rom.

(Religionsunterricht in den römischen Schulen betr.)

Herr Cardinal! In Mitte der Ursachen zur Freude und zum Troste, die Wir vom ersten Beginne Unseres Pontificates in grosser Anzahl hatten wegen der unzweideutigen Kundgebungen von Verehrung und Liebe, die aus allen Theilen der Welt an Uns gelangten, fehlten Uns nicht schwere Bitterkeiten wegen der allgemeinen Lage der Kirche, die fast überall einer heftigen Verfolgung ausgesetzt ist, und wegen der Ereignisse, die Wir sogar in der Stadt Rom, dem Mittelpunkte des Katholicismus und dem erhabenen Sitze des Stellvertreters Christi, sehen mussten. Hier eine zügellose Presse und Zeitungen, die sich beständig darauf verlegen, mit Sophismen und Spott den Glauben zu bekämpfen, die heilige Sache der Kirche anzufechten und ihr Ansehen herabzusetzen; dort protestantische Tempel, die gleichsam zum Hohne auch in den belebtesten Strassen mit dem Golde der Bibelgesellschaften entstanden; dort Schulen, Asyle und Hospice, die der unerfahrenen Jugend in der scheinbar philanthropischen Absicht eröffnet wurden, um ihr in der Ausbildung des Geistes und in ihren materiellen Bedürfnissen behilflich zu sein, in Wahrheit aber zu dem Zwecke, um eine der Religion und der Kirche Christi feindliche Generation heran zu bilden. Und als ob dieses Alles noch zu wenig wäre, wurde von je-

nen, die gemäss ihres Amtes zur Förderung der wahren Interessen der römischen Bürgerschaft verpflichtet sind, jüngst die Verbannung des katholischen Katechismus aus den Stadtschulen beschlossen. Ein verdammenswerthes Vorgehen, welches auch diesen Damm gegen die Irrlehre und den hereinbrechenden Unglauben niederreisst und den Weg zu einer neuen Art fremder Invasion offen lässt, die um so unheilvoller und gefährlicher als die frühere ist, als sie directer darauf hinzielt, aus dem Herzen der Römer den kostbaren Schatz des Glaubens und der aus demselben entkeimenden Früchte heraus zu reissen. Dieses neue Attentat auf die Religion und die Frömmigkeit Unseres Volkes erfüllt Unser Herz mit einem lebhaften und heftigen Schmerz und zwingt Uns, an Sie, Herr Cardinal, der Sie in der geistlichen Regierung Roms Unsere Stelle vertreten, das gegenwärtige Schreiben über diesen schmerzlichen Gegenstand zu richten, um vor Gott und den Menschen feierlich dagegen zu reclamiren.

Und hier müssen Wir gleich vom Anfang kraft Unseres Hirtenamtes jedem Katholiken die höchst wichtige, nach dem natürlichen und göttlichen Gesetze ihm auferlegte Pflicht ins Gedächtniss zurückrufen, seine Kinder in den übernatürlichen Wahrheiten des Glaubens zu unterrichten, und die Verpflichtung, die in einer katholischen Stadt den Vorständen obliegt, deren Erfüllung zu erleichtern und zu fördern. Und während Wir im Namen der Religion Unsere Stimme zum Schutze ihrer heiligsten Rechte erheben, wollen Wir auch, dass es klar werde, wie sehr diese unvorsichtige Massnahme dem wahren Wohle der Gesellschaft selbst widerstreitet.

Man kann wahrlich sich nicht vorstellen, welcher Vorwand eine solche Massregel anrathen konnte, wenn es nicht vielleicht jene unvernünftige und verderbliche Gleichgiltigkeit in Bezug auf die Religion ist, in welcher man jetzt die Völker heranwachsen sehen möchte. Bisher lehrte die Vernunft und selbst der natürliche gute Sinn die Menschen, das bei Seite und ausser Gebrauch zu setzen, was in der Praxis sich nicht bewährt hatte oder wegen veränderter Verhältnisse nutzlos geworden war. Aber wer kann behaupten, dass der Unterricht im Katechismus sich nicht bewährt habe? War es nicht der Unterricht in der Religion, der die Welt erneuerte, der die gegenseitigen Beziehungen unter den Menschen heiligte und veredelte, der den moralischen Sinn zartfühlender machte und jenes christliche Gewissen heran bildete, das die Ausschreitungen moralisch unterdrückt, die Ungerechtigkeiten verdammt und die gläubigen Völker über alle übrigen erhebt? Wird man vielleicht sa-

gen, dass die socialen Verhältnisse des gegenwärtigen Zeitalters ihn unnütz und schädlich gemacht haben? Aber das Heil und das Glück des Volkes hat keinen Schutz ausserhalb der Wahrheit und der Gerechtigkeit, nach welchen die gegenwärtige Gesellschaft ein so lebhaftes Bedürfniss fühlt und denen der katholische Katechismus ihre heiligen Rechte vollständig ungeschmälert bewahrt. Aus Liebe zu den kostbaren Früchten, die man aus jenem Unterrichte schon erntete und mit Grund hofft, sollte man also denselben, anstatt aus den öffentlichen Schulen ihn zu verbannen, vielmehr mit aller Kraft befördern.

Und dieses erfordert auch die Natur des Kindes und die ganz besondere Lage, in der wir leben. Man kann in keiner Weise beim Kinde den Urtheilsspruch Salomons erneuern und mit einem unvernünftigen und grausamen Schnitte es in Verstand und Willen zertheilen: während man die Ausbildung des ersten unternimmt, muss man den zweiten zur Erlangung der Tugendhaftigkeit und des letzten Zieles anleiten. Wer bei der Erziehung den Willen vernachlässigt, indem er alle Anstrengungen auf die Bildung des Geistes concentrirt, macht aus dem Unterrichte eine gefährliche Waffe in der Hand der Gottlosen. Wenn Geistesschärfe mit bösem Willen und häufig auch mit Macht sich eint, ist Widerstand dagegen vergeblich.

Und die Sache ist so klar, dass, wenn auch um den Preis eines Widerspruches mit sich selbst, sogar jene es erkannten, welche den Religionsunterricht aus der Schule verbannt wissen wollen, sie beschränken ja ihre Bemühungen nicht auf den Verstand allein, sondern dehnen sie auch auf den Willen aus, indem sie in der Schule eine Ethik lehren lassen, welche sie *bürgerliche* und *natürliche* nennen, und die Jugend zur Erlangung der socialen und bürgerlichen Tugend anleiten. Aber abgesehen davon, dass eine derartige Moral den Menschen nicht zum höchsten, von der göttlichen Güte ihm in der beseligenden Anschauung Gottes bestimmten Ziele führen kann, hat sie nicht einmal Gewalt genug über die Seele des Kindes, um es zur Tugend zu erziehen und im Guten standhaft zu bewahren, noch auch entspricht sie den wahren und gefühlten Bedürfnissen des Menschen, der zugleich ein religiöses und ein gesellschaftliches Wesen ist, und kein Fortschritt in der Wissenschaft kann ihm je die so tiefen Wurzeln der Religion und des Glaubens aus dem Herzen reissen. Warum also nicht des katholischen Katechismus sich bedienen, um die Herzen der Kinder zur Tugend herun-

zufrieden, da in demselben die vollkommenste Art und der fruchtbarste Same einer gesunden Erziehung sich findet?

Der Unterricht im Katechismus adelt und erhebt den Menschen in seiner eigenen Idee, indem er ihn anweist, stets sich selbst und Andere zu achten. Es ist ein grosses Unglück, dass Viele von denen, welche den Katechismus vernehmen, die Schule zu verlassen, das vergessen haben oder nicht erwägen, was sie vom Katechismus in der Jugend gelernt haben. Das Kind darin zu unterrichten, dass es aus der Hand Gottes hervorging als Frucht der Liebe, die dieser zu ihm hegte; dass alles Sichtbare für dasselbe als König und Herrn des Geschaffenen bestimmt ist; dass es so gross und werthvoll ist, dass der ewige Sohn Gottes es nicht unter seiner Würde hielt, zu dessen Erlösung seinen Leib anzunehmen; dass mit dem Blute des Gottmenschen seine Stirne in der Taufe getauft wurde; dass mit dem Fleische des göttlichen Lammes sein geistliches Leben genährt wird; dass der heilige Geist in ihm als in seinem lebendigen Tempel wohnend ganz göttliches Leben und Kraft ihm eingiesst: sollten sie nicht einsehen, dass dies nichts anderes ist, als dem Kinde einen mächtigen Antrieb geben, die herrliche Eigenschaft eines Kindes Gottes zu bewahren und durch tugendhaften Wandel zu ehren? Sie würden auch begreifen, dass man alles Gute von einem Kinde erwarten darf, welches in der Schule des Katechismus seine so hohe Bestimmung zur Anschauung und Liebe Gottes kennen lernt, welches aufmerksam gemacht wird, beständig über sich selbst zu wachen und durch alle Hilfsmittel unterstützt den Kampf gegen unversöhnliche Feinde zu kämpfen, welches angeleitet wird, gelehrig und unterthänig zu sein, indem es in den Eltern das Bild des Vaters im Himmel zu verehren lernt und im Fürsten die Auctorität, die von Gott kommt und von Gott seine Berechtigung und Majestät empfängt, welches angewiesen wird, in den Brüdern die Aehnlichkeit mit Gott zu ehren, welche auch auf seiner Stirne erglänzt, und unter der armseligen Erscheinung des Armen den Erlöser selbst zu erkennen; welches vor Zweifeln und Ungewissheiten bei Zeiten gesichert ist durch die Wohlthat des katholischen Lehramtes, das den Stempel seiner Unfehlbarkeit und Aechtheit in seinem göttlichen Ursprunge trägt, in der wunderbaren Thatsache seiner Befestigung auf Erden, in der Menge seiner süssesten und heilsamen Früchte, die es mit sich bringt. Sie würden endlich einsehen, dass die katholische Moral, getragen von der Furcht vor Strafe und der sicheren Hoffnung des höchsten Lohnes, nicht das Loos jener bürgerlichen Moral theilt, die man an die

Stelle der religiösen setzen möchte, noch auch würden sie jemals zu dem unheilvollen Entschlusse gekommen sein, die gegenwärtige Generation so grosser und so kostbarer Vortheile dadurch zu berauben, dass sie den Unterricht im Katechismus aus den Schulen verbannen.

Wir sagen *verbannen*, denn gänzlich illusorisch ist die getroffene Milderung, den Unterricht in der Religion nur jenen Kindern zu gewähren, für welche die Eltern es ausdrücklich verlangen werden. Man vermag in der That nicht zu begreifen, wie die Urheber dieser unglückseligen Bestimmung den schlimmen Eindruck nicht bemerkt haben, welchen es auf das Herz des Kindes machen muss, wenn es den Religionsunterricht in einer von den übrigen Lehrgegenständen so verschiedenen Stellung sieht. Das Kind muss die Wichtigkeit und Nothwendigkeit dessen erkennen, was es gelehrt wird, um zu einem fleissigen Studium sich angetrieben zu fühlen. Aber welchen Eifer soll es für einen Unterrichtsgegenstand haben, gegen welchen die Schulbehörde sich kalt oder feindlich zeigt, indem sie nur mit Widerwillen ihn geduldet? Und wenn es dann Eltern gäbe (wie es nicht schwer ist, deren zu finden), die entweder aus Bosheit des Herzens oder noch mehr aus Unwissenheit und Nachlässigkeit nicht daran dächten, für ihre Kinder die Wohlthat des Religionsunterrichtes zu fordern, so würde ein grosser Theil der Jugend der heilsamsten Lehren beraubt bleiben zum grössten Schaden nicht blos jener unschuligen Seelen, sondern auch der bürgerlichen Gesellschaft selbst.

Und wäre es bei dieser so schlimmen Sachlage nicht eine Pflicht der Schulbehörde, der Bosheit oder Nachlässigkeit Anderer zu steuern? In der Erwartung von gewiss geringeren Vortheilen war man jüngst darauf bedacht, den Elementarunterricht gesetzlich obligatorisch zu machen, indem man die Eltern auch mit Strafen zwingt, ihre Kinder in die Schule zu schicken; und wie könnte man jetzt noch den Muth haben, der katholischen Jugend den Religionsunterricht zu entziehen, der ohne Zweifel die sicherste Bürgschaft für eine weise und tugendhafte Lebensrichtung ist? Ist es nicht eine Grausamkeit zu fordern, dass diese Kinder ohne Begriff von Religion und ohne Gefühl dafür heranwachsen sollen, bis sie nach Eintritt des glühenden Jünglingsalters schmeichelnden und heftigen Leidenschaften gegenüber stehen, ohne Waffen, ohne jeglichen Zügel, mit der Sicherheit, in die schlüpfrigen Pfade des Verbrechens hineingezogen zu werden? Es ist für Unser väterliches Herz eine Pein, die beweinenswerthen Folgen jener unbesonnenen Entschlies-

sung zu sehen, und Unser Schmerz steigert sich bei dem Gedanken, dass heut zu Tage die Verlockungen zu jeder Art von Lastern stärker und zahlreicher sind. Sie, Herr Cardinal, der Sie in Ihrem hohen Amte als Unser Stellvertreter aus der Nähe die Entwickelung des Kampfes verfolgen, welchen man in Unserem Rom gegen Gott und die Kirche führt, Sie wissen wohl, ohne dass Wir Uns weiter darüber zu verbreiten brauchen, welchen und wie grossen Gefahren zur Verführung der Jugend begegnet, verderbliche und jede bestehende Ordnung unterwühlende Lehren, verwegene und gewaltthätige Anschläge, die jede legitime Autorität beschädigen und in Misscredit bringen, endlich die Sittenlosigkeit, welche ohne Scheu auf tausend Wegen unverhüllt einher schleicht, um die Augen zu bestechen und die Herzen zu verderben. Wenn man gegen Glauben und Sitte diese und ähnliche Angriffe unternimmt, kann jeder sich leicht überzeugen, wie günstig man den Augenblick gewählt hat, um die religiöse Erziehung aus den öffentlichen Schulen zu verdrängen. Will man mit diesen Verordnungen etwa anstatt Jenes römischen Volkes, das von den Zeiten der Apostel her wegen seines Glaubens in der ganzen Welt gefeiert und wegen der Reinheit und der religiösen Pflege seiner Sitten bis auf unsere Tage bewundert wurde, ein religionsloses, ausgelassenes Volk heranziehen und es so in den Zustand der Barbarei und Wilden versetzen? Und wie könnte um Mitte dieses ins ausgesuchter Bosheit verdorbenen Volkes der Statthalter Jesu Christi, der Lehrer aller Gläubigen seine höchste Auctorität geachtet sehen, seinen erhabenen Stuhl mit Ehren inne haben und in Achtung und Ruhe den Verpflichtungen seines päpstlichen Amtes nachkommen? Das, Herr Cardinal, ist die Lage, in die man Uns zum Theile schon gebracht hat und die man für die Zukunft Uns bereitet, wenn nicht Gott in seiner Erbarmung diesen sich steigernden Angriffen, von denen der eine verdammenswerther als der andere ist, eine Schranke setzt.

Aber so lange die Vorsehung in ihren unbegreiflichen Rathschlüssen diese Prüfung andauern lässt, ist es, wenn wir auch die Lage der Dinge nicht zu ändern vermögen, doch Unsere Pflicht, sie erträglicher und ihre Schäden weniger fühlbar zu machen. Dazu müssen nicht blos die Pfarrer Ihren Fleiss und Eifer in Ertheilung des Religionsunterrichtes verdoppeln, sondern man muss auch durch neue und wirksame Mittel die Lücke ausfüllen, die Andere durch ihre Schuld verursacht haben. Wir zweifeln nicht, dass der Klerus von Rom auch dieses Mal der Erfüllung der heiligen Pflichten seines priesterlichen Amtes nicht ermangeln und dass er mit der

zärtlichsten Sorgfalt sich bestreben wird, die römische Jugend vor den Gefahren zu schützen, die ihren Glauben und ihre Sittlichkeit bedrohen. Wir sind auch sicher, dass die in dieser Stadt zum grössten Vortheile für die Religion blühenden katholischen Vereine mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu dem heiligen Unternehmen mitwirken werden, auf dass nicht diese erhabene Stadt den heiligen und hehren religiösen Charakter und den beneidenswerthen Ruhm der heiligen Stadt verliere und ein Opfer des Irrthums und ein Schauplatz des Unglaubens werde. Und Sie, Herr Cardinal, wollen mit der Klugheit und Entschiedenheit, die Sie auszeichnet, für die Vermehrung der Oratorien und Schulen sorgen, in denen die Kinder zum Unterrichte in der heiligen katholischen Religion, in der sie durch eine besondere Gnade des Himmels geboren sind, sich versammeln. Bemühen Sie sich, dass tugendhafte und liebethätige Laien, wie es mit gutem Erfolge bereits in einigen Kirchen geschieht, unter der Aufsicht von einem oder mehreren Priestern sich zum Unterrichte der Kinder im Katechismus verwenden lassen, und sorgen Sie dafür, dass die Eltern von den betreffenden Pfarrern ermahnt werden, ihre Kinder dahin zu schicken, und dass sie auch an die Allen obliegende Pflicht erinnert werden, für ihre Kinder den Religionsunterricht in den Schulen zu verlangen. Von grossem Nutzen wird auch die Ertheilung des Religionsunterrichtes an geeigneten Orten für Erwachsene sein, um die heilsamen Lehren, die sie als Kinder gelernt, immer lebendig im Herzen zu erhalten. Unterlassen Sie niemals, die werkthätige Liebe anzufeuern und den Eifer der Priester und Laien immer mehr zu beleben, indem Sie ihnen vor Augen stellen die Wichtigkeit dieses Werkes, die Verdienste, die sie von Gott, vor Uns und vor der ganzen Gesellschaft sich erwerben, und dass Wir nicht ermangeln werden, den Eifrigsten die ihnen gebührende Achtung zu erweisen.

Es entgeht uns endlich nicht, dass zur besseren Erreichung unseres Zieles auch die Hilfe materieller Mittel nothwendig ist, die dem Verhältnisse des Bedürfnisses nicht entsprechen. Aber wenn Wir gezwungen sind, von den Gaben der Gläubigen zu leben, die wegen der gegenwärtigen unruhigen und traurigen Zeiten selbst in grosser Noth sind, und wenn Wir deshalb nicht so reichlich geben können, wie Unser Herz es wünschte, so werden Wir doch nicht ermangeln, zur Abwendung des Schadens, der aus der Vernachlässigung der religiösen Erziehung zuerst dem Kinde und dann der bürgerlichen Gesellschaft selbst erwächst, unser Möglichstes zu thun.

Uebrigens müssen wir allen unseren Plänen und Bemühungen

die Anrufung der göttlichen Hilfe vorausschicken, ohne welche jegliche Hoffnung auf glückliches Gelingen eitel ist. Darum wenden Wir Uns an Sie, Herr Cardinal, und empfehlen Ihnen auf das Wärmste, dass Sie das römische Volk ermahnen, zu Gott, unserem Herrn, heisse Bitten emporzusenden, auf dass er in dieser heiligen Stadt das Licht des katholischen Glaubens unversehrt erhalte, welches die mit Ehren aufgenommenen häretischen Secten und die Gottlosigkeit zu verdunkeln oder gänzlich auszulöschen streben, indem sie ihre gemeinsamen Anschläge dahin richten, diesen so festen Felsen zu erschüttern, welchen, nach der Schrift, die Pforten der Hölle nicht überwältigen werden. In den Herzen der Römer ist die Andacht zur unbefleckten Mutter des Erlösers althergebracht; aber da jetzt die Gefahr immer mehr sich steigert, so mögen sie auch häufiger und mit grösserer Inbrunst zu ihr ihre Zuflucht nehmen, die die Schlange zertreten und alle Häresien überwunden hat. In den Tagen, in welchen wir das feierliche Gedächtniss der glorreichen Apostel Petrus und Paulus begehen, sollen sie ehrfurchtsvoll in ihren Basiliken sich niederwerfen und sie um ihre Fürbitte bei Gott für die Stadt beschwören, welche sie mit ihrem Blute geheiligt und der sie ihre Asche gleichsam als Unterpfand ihres beständigen Schutzes hinterlassen haben. Sie sollen mit ihren Bitten eine süsse Gewalt den himmlischen Schutzpatronen Roms anthun, die mit ihrem Blute oder durch die Werke des apostolischen Amtes oder durch ihre heiligen Beispiele im Herzen ihrer Väter jenen Glauben befestigten, den man den Kindern aus dem Herzen reissen möchte, und Gott wird sich zur Barmherzigkeit gegen uns bewegen lassen und nicht zugeben, dass seine Religion zum Gespötte gottloser Menschen werde.

Unterdessen empfangen Sie, Herr Cardinal, den apostolischen Segen, den Wir Ihnen, dem Klerus und Unserm ganzen vielgeliebten Volke aus dem innersten Herzen ertheilen.

Aus dem Vatican, am 26. Juni 1878.

XIII.

Erlass des hohen k. k. österreichischen Ministeriums des Innern vom 12. März 1878 Nr. 516. an die k. k. Bukoviner Landesregierung,

betreffend die obligatorische Civileheschliessung eines Oesterreichers im Auslande und die Anerkennung der Giltigkeit derselben in Oesterreich.

In der Schweiz, wo die Civiltrauung der Brautleute obligatorisch ist und einer allfälligen kirchlichen Einsegnung vorangehen muss, bestimmt der Artikel des dortigen Landesgesetzes vom 25. December 1875 über Civilstand und Ehe:

»Jeder im Gebiete der Eidgenossenschaft vorzunehmenden Eheschliessung muss die Verkündigung des Eheversprechens vorangehen. Die Verkündung hat am Wohnorte sowie am Heimathorte jedes der Brautleute zu erfolgen. Wird im Auslande mit Berufung auf bestehende Landesgesetze die Verkündung als überflüssig oder unzulässig abgelehnt, so wird dieselbe durch eine diesfällige Bescheinigung ersetzt.«

Bei Verehelichungen österreichischer Staatsangehöriger in der Schweiz kommt daher die Vornahme des Eheaufgebotes in ihrem Heimathorte in Frage.

Wenngleich im Hinblick auf die österreichische Gesetzgebung dieses Aufgebot in Oesterreich ausser dem Falle des §. 72. des a. b. G. abgelehnt, und wie dies auch im Schlussatze des obigen Artikels des schweizerischen Landesgesetzes vorgesehen ist, als überflüssig bescheinigt werden könnte, — so nimmt das k. k. Ministerium des Innern nach gepflogenem Einvernehmen mit den Ministerien für Cultus und Justiz mit Rücksicht darauf, dass von Seiten der Schweiz auf die Vornahme der in Rede stehenden Aufgebote in Oesterreich Werth gelegt wird und diese Aufgebote thatsächlich von österreichischen Gemeinden vorgenommen werden und um den Schwierig-

keiten und Missständen, welche sich aus einer ungleichartigen Behandlung der Angelegenheit ergeben können, im Vorhinein zu begegnen, doch keinen Anstand, die Vornahme der fraglichen Eheverkündigung in Oesterreich in allen Fällen von Verehelichungen österreichischer Staatsbürger in der Schweiz zuzugestehen.

Es sind desshalb von der k. k. Landesregierung alle unterstehenden politischen Bezirksbehörden sowie die mit der Führung der Communal-Aemter in Städten mit eigenen Statuten als diejenigen Organe, welche nach österreichischen Gesetzen die Aufgebote bei Civilehen vornehmen, zu ermächtigen, dass sie den Requisitionen, mit welchen die schweizerischen Civilstandsbeamten auf Grund des obigen Artikels des schweizerischen Bundesgesetzes um die Vornahme des Aufgebotes der Eheschliessung eines österreichischen Staatsangehörigen in dessen Heimathorte ansuchen, entsprechen, und nach Analogie des Artikels II. §. 5. des Gesetzes vom 25. Mai 1868 R.-G.-Bl Nr. 47. die Verkündigung durch Anschlag an der amtlichen Kundmachungstafel und an der Amtstafel des Gemeindeamtes der Heimathgemeinde veranlassen.

Das k. und k. Ministerium des Aeussern wird unter Einem ersucht, in Uebereinstimmung mit dieser Anweisung, der hierländischen Behörden bei der schweizerischen Bundesregierung eine entsprechende Anweisung der dortigen Civilstandsbeamten in der Richtung zu veranlassen, dass sie ihre Verkündgesuche nicht an die betreffenden hierländischen Heimathgemeinden, sondern an die politische Bezirksbehörde, in deren Bezirke der Heimathort liegt, zu richten haben.

Da übrigens öfters Fälle vorkommen, wo der Anerkennung von Civilehen, welche österreichische Staatsangehörige in der Schweiz wie auch anderwärts im Auslande schliessen, unbegründete Schwierigkeiten von Seite der Gemeinden und Pfarrämter ihrer Heimath entgegengesetzt werden, so wird der k. k. Landesregierung zur eigenen Wissenschaft, sowie zur entsprechenden Anweisung der Unterbehörden und den genannten Organe zugleich im Anhange die Abschrift eines an die k. k. Statthalterei in Innsbruck ergangenen h. o. Erlasses vom 1. August 1876 Z. 6879 mit dem Beifügen übermittelt, dass dasjenige, was darin über die Frage der Giltigkeit der im deutschen Reiche zu Stande gekommenen Civilehe eines Oesterreichers vom administrativen Standpunkte erklärt worden ist, selbstverständlich auch hinsichtlich aller jener Ehen gilt, welche von einem österreichischen Staatsangehörigen überhaupt in einem Lande, wo die obligatorische Civileheschliessung eingeführt ist, eingegangen worden.

Wir lassen hier folgen den im Vorstehenden erwähnten

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 1. August 1876
Z. 6870 an den k. k. Statthalter in Innsbruck.

Das k. k. Ministerium des Innern beehrt sich E. E. in Erledigung des Berichtes vom 12. Mai d. J. Z. 6870, dessen Beilagen im Anschlusse zurückfolgen, im Einvernehmen mit dem k. k. Justizministerium und dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht Nachstehendes zu eröffnen.

Aus den §§. 4. und 37. des a. b. Gesetzbuches ergibt sich, dass die österreichischen Staatsbürger zwar auch in Handlungen und Geschäften, die sie ausserhalb des Staatsgebietes vornehmen, an die bürgerlichen Gesetze ihres Vaterlandes gebunden sind, jedoch nur in soweit, als ihre persönliche Fähigkeit, sie zu unternehmen, dadurch eingeschränkt wird, dass dagegen Rechtsgeschäfte, welche sie mit Ausländern im Auslande vornehmen, nach den Gesetzen des Ortes, wo das Geschäft abgeschlossen worden, zu beurtheilen sind.

Damit hat der Satz »locus regit actum« in die österreichische Gesetzgebung Eingang gefunden und derselbe ist auch früher und später bei verschiedenen Anlässen zum Ausdrucke gekommen, wie die Patente vom 16. September 1785 Nr. 468 lit. d. und e. vom 20. April und 22. November 1815 Punkt 1. Nr. 1145. und 1189 Justiz-Gesetz-Sammlung, vom 23. März 1852 Art. I. und II. Nr. 79. und vom 8. October 1856 Art. VII. Nr. 185. Reichsgesetzblatt entnehmen lassen.

Wenn die Giltigkeit einer im deutschen Reiche abgeschlossenen Civilehe eines Oesterreichers ohne kirchliche Trauung in Oesterreich zur Frage kommt, haben allerdings die Gerichte zu entscheiden; so weit es sich aber um einen Ausspruch über diese Frage vom Standpunkte der Verwaltungsbehörde handelt, kann aus dem Vorangeschickten nur die Folgerung abgeleitet werden, dass eine solche Civilehe eines Oesterreichers bei uns als giltig anzusehen ist.

Den betreffenden österreichischen Staatsbürgern muss es überlassen bleiben, ihre civiliter geschlossene Ehe auch kirchlich einsegnen zu lassen.

XIV.

Erlasse des k. bayer. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 24. Februar und 30. März 1878.

Gehaltsaufbesserung aus Staatsmitteln betreffend.

I. Abschrift Nr. 2125.

Königlich Bayerisches Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Wie bekannt war von mehreren dienstpflichtigen Pfründeinhabern sitzern beim Landtage eine Petition eingereicht worden, dahin lautend:

»es seien die Pfründelasten aus Abzahlungsfristen und Zinsen, welche von Passivcapitalien auf nothwendige Baufallwendungen herrühren, bei Berechnung der Aufbesserungsverträge gering dotirter katholischer Seelsorgestellen in Abrechnung zu bringen, *insoweit* und *insolange* dieselben den Ansatz für den freien Wohnungsgenuss jährlich überschreiten.«

Als Wohnungsanschlag war in der Petition der Betrag von 50 fl. bezeichnet worden.

Dieser Antrag hat bei der Budgetvorlage für die XIV. Finanzperiode Berücksichtigung gefunden und es ist desshalb ein Mehrbetrag von 17,780 M. in das Budget eingestellt worden.

Der Wohnungsgenuss wurde hiebei *für den in Frage stehenden Zweck* durchgängig mit 90 M. in Ansatz gebracht.

Indem die k. Regierungen, Kammern des Innern, hierauf zur geeigneten Beachtung aufmerksam gemacht werden, wird hier aus Anlass der von einigen Kreisstellen geltend gemachten Bedenken noch Folgendes bemerkt:

a) Soferne es sich um die Belastung einer Pfründe zum Zwecke der Ausführung von Bauten handelt, ist in jedem einzelnen Falle vor Allem die *Nothwendigkeit* des Baues ernstlich zu prüfen.

b) Die Belastung von Pfründen ist überall da nicht zuzulassen, wo die Bestreitung des Bauaufwandes gesetzlich einem *Dritten* obliegt.

c) Besondere Beachtung ist der *Feststellung* der *Tilgungs-* bezw.

Refundirungspläne zuzuwenden. Es ist hiebei stets im Auge zu behalten, dass die zur Zeit gewährte Aufbesserung nur eine widerrufliche ist und dass daher bei der Belastung nach wie vor lediglich das fassionsmässige Einkommen zu Grunde gelegt

d) Ferner ist zu berücksichtigen, dass dem Pfründebesitzer die *Congrua* frei zu belassen ist, wie solche durch den Landtagsabschied vom 29. December 1831 (G.-Bl. S. 103) festgestellt ist und seitdem gesetzlich keine Abänderung erfahren hat.

e) Endlich bedarf es kaum der Erwähnung, dass die *Einhaltung* der genehmigten *Tilgungs-* und beziehungsweise *Refundirungspläne* jederzeit genau zu überwachen ist.

Die k. Regierungen, Kammern des Innern, werden sich die Beachtung vorstehender Punkte angelegen sein lassen, damit dem etwaigen Bestreben einzelner Pfründebesitzer, durch die Belastung ihrer Pfründen die Bauunterhaltung thatsächlich auf die Staatscasse zu überwälzen, in sachgemässer Weise entgegengetreten werde.

München, den 24. Februar 1878.

Dr. v. Lutz.

Die Aufbesserung gering dotirter Seelsorgestellen, hier die Abrechnung von Absitzfristen betreffend.

Der Generalsecretär:
Ministerialrath *v. Bezold.*

A. Nr. 3254.

An die k. Regierungen, Kammern des Innern, und die kirchlichen Oberbehörden des Königreiches.

Königlich Bayerisches Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Seine Majestät der König haben der von den beiden Kammern des Landtages gestellten Bitte entsprechend — übrigens unbeschadet der widerruflichen Eigenschaft der bezüglichen Staatszuschüsse — allerhöchst zu genehmigen geruht,

dass die den Geistlichen und Schullehrern aus Staatsfonds bewilligten Gehaltsaufbesserungen durch die bei kirchlichen Pfründen, Kaplaneien, dann Schul- und Kirchendienerstellen vom 1. Januar 1878 an neu anfallende Bezüge an Stiftungen oder sonstigen Zuwendungen Dritter keine Abminderung erleiden.

Indem vorstehende allerhöchste Entschliessung bekannt gegeben wird, wird hiebei auf folgende Punkte aufmerksam gemacht:

a) Die Anordnung trifft nach ihrem Wortlaute die kirchlichen —

katholischen wie protestantischen — Pfründen, dann die Rabbinate, endlich die Schul- und Kirchendienerstellen.

b) Dieselbe erstreckt sich auf die Landestheile diesseits wie jenseits des Rheines. Zu bemerken ist übrigens, dass in der Pfalz

c) Die Wirksamkeit der Anordnung erscheint insoferne begrenzt, als nach der dem Antrag beiden Kammern zu Grunde liegenden Absicht nur die aus Stiftungen und sonstigen Zuwendungen Dritter neu anfallenden Bezüge in Betracht kommen sollen. Erfährt daher das Vermögen einer Pfründe oder Schulstelle aus anderweitigen Quellen einen Zuwachs, z. B. durch den Gewinn eines Prämienlooses oder durch den günstigen Verkauf von Grundstücken u. dgl., so hat in solchen Fällen die entsprechende Kürzung des Staatszuschusses zu erfolgen.

d) Die Tragweite der Anordnung ist endlich insoferne eine beschränkte, als es sich hiebei lediglich um die aus Staatsfonds fliessenden Gehaltsaufbesserungen handelt. Nur in dieser Richtung soll dieselbe eine Wirkung äussern; in allen anderen Beziehungen aber soll keine Aenderung eintreten.

e) Die einschlägigen Ertragsfassionen sind demnach auch in der Folge vollständig evident zu halten; nur ist über die vom 1. Januar 1878 an neu anfallenden Bezüge aus Stiftungen und sonstigen Zuwendungen Dritter noch eine besondere Vormerkung zu führen, damit dieselben bei Festsetzung der staatlichen Gehaltsaufbesserungen von dem fassionsmässigen Reinertrag in Abrechnung gebracht werden.

Vorstehende Bestimmung hat auch für die Pfalz Anwendung zu finden; jedoch hat hier die Vormerkung auch auf die vor dem 1. Januar 1878 angefallenen Bezüge aus Stiftungen von Messen, Jahrtagen und anderen kirchlichen Andachten sich mitzuerstrecken.

f) Bei Ausschreibung erledigter Stellen ist künftig neben dem fassionsmässigen Erträgniss auch der Betrag, welcher hievon für die Berechnung des Staatszuschusses in Abzug zu bringen ist, besonders bekannt zu geben.

Hienach ist der weitere Vollzug einzuleiten.

München, den 30. März 1878. Dr. *v. Lutz.*

Das Budget für die XIV. Finanzperiode betreffend.

Der Generalsecretär: Ministerialrath *v. Bezold.*

XV.

Königlich Preussisches Gesetz, betreffend die Befugnisse der Commissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung in den erledigten Diöcesen, Zwangsmittel anzuwenden. Vom 13. Februar 1878.

(Preuss. Ges.-Samml. 1878, St. 7. S. 87. Nr. 8546).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

Einziger Artikel.

Die auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1874 (Gesetz-Samml. S. 135) zur Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer eingesetzten Commissarien sind berechtigt, die von ihnen in Ausübung der Verwaltungs- und Aufsicht getroffenen, durch ihre gesetzlichen Befugnisse gerechtfertigten Anordnungen durch Anwendung von Executivgeldstrafen bis 150 Mark durchzusetzen, sowie, unbeschadet der Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 (Gesetz-Samml. S. 45), unmittelbaren Zwang anzuwenden, wenn die getroffene Anordnung ohne einen solchen undurchführbar ist.

Der Festsetzung der Geldstrafe muss immer eine *schriftliche Androhung vorhergehen*; in dieser ist, sofern eine Handlung erzwungen werden soll, die Frist zu bestimmen, innerhalb welcher die Ausführung erfordert wird.

Ist die Executivstrafe angeordnet, um eine Handlung zu erzwingen, welche dem Beschlusse eines Collegiums unterliegt, so kann jedes bedrohte Mitglied des letzteren die Strafe von sich abwenden durch den Nachweis, dass es für die Vornahme der Handlung gestimmt oder aus einem entschuldbaren Grunde an der Sitzung, in welcher der ablehnende Beschluss gefasst wurde, nicht Theil genommen hat.

Gegen die angedrohten Zwangsmittel der Commissarien findet nach Massgabe der §§. 30, 32, 34. und 36. des Gesetzes, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichtsbehörden im Regierungsbezirk der Provincialordnung, vom 29. Juni 1875, vom 26. Juli 1876 (Gesetz-Samml. S. 297 ff.) *die Klage an das Ober-Verwaltungsgericht statt.*

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 13. Februar 1878.

(L. S.) *Wilhelm.*

Camphausen, Leonhardt, Falk, v. Kameke, Achenbach, Friedenthal, v. Bülow, Hofmann.

XVI.

Ein Erlass des s. Congregatio Concilii v. April 1878,

an preussische katholische Geistliche, welche das Staatsgehalt fortbeziehen.

»Nach dem preussischen Gesetze vom 22. April 1875 sollen die kirchlichen Einkünfte von der Regierung keinem Geistlichen ausgezahlt werden, der nicht den von der Kirche verdammten Gesetzen zustimmt und sich unterwirft. Daraus folgt, dass schon die Thatsache des Fortbeziehens der Einkünfte von Seiten eines Geistlichen eine sehr starke Vermuthung der besagten Zustimmung und Unterwerfung begründet. Nun ist aber notorisch, dass Sie dergleichen Einkünfte von der Regierung beziehen und wegen der besagten Vermuthung den Gläubigen öffentliches Aergerniss geben. Es ist ferner dieser hl. Congregation des Concils bekannt geworden, dass Sie bisher sich geweigert haben, auf den rechten Weg zurückzukehren und das Aergerniss wieder gut zu machen, wiewohl Sie dazu wiederholt väterlich ermahnt worden sind. Im Auftrage Ihrer Eminenzen der Cardinäle derselben hl. Congregation werden Sie also durch gegenwärtiges Schreiben förmlich und peremptorisch ermahnt, und zwar so, als ob Sie drei Mal nach der Vorschrift des canonischen Rechtes ermahnt worden wären, binnen 40 Tagen vom Datum dieses Briefes und bei Vermeidung der Strafe der ipso facto eintretenden Suspension, öffentlich und feierlich die Erklärung abzugeben, dass Sie den besagten, der Kirche feindlichen Gesetzen in keiner Weise zugestimmt und sich unterworfen haben, oder die besagten Einkünfte nicht weiter zu beziehen und darauf Verzicht zu leisten. Es ist zu hoffen, dass Sie, eingedenk Ihres heiligen Berufes, dieser Ermahnung Folge leisten werden. Sie haben von dieser Folgeleistung rechtzeitig diese hl. Congregation in Kenntniss zu setzen.

Gegeben zu Rom von dem Secretariat der hl. Congregation des Concils im April 1878. *D. Cardinal Caterini*, Präfect. *J. Verga*, Pro-Secretarius.«

Wie die Blätter weiter erzählen, ist dieses Schreiben den betreffenden Geistlichen durch die Post in der Weise recommandirt zugegangen, dass sie auf einem deutschen und auf einem italienischen Formulare (für den Absender) den Empfang zu bescheinigen hatten.

XVII.

Die Aufhebung des Concordats von Ecuador.

Der Berliner Ztg. Germania 1878 Nr. 169. entnehmen wir, dass der Präsident der südamerikanischen Republik *Ecuador*, General Ignacio de Veintemilla das i. J. 1863 mit dem hl. Stuhle abgeschlossene Concordat durch eine Verfügung vom 28. Juni 1878 *aufgehoben* hat und an dessen Stelle das columbianische Patronatsgesetz vom 28. Juli 1824 in Kraft treten liess. In den »Erwägungsgründen« wird erklärt, dass das Concordat verfassungswidrig sei, Widersprüche und Lücken enthalte; ferner dass »nachdem das Concordat unter der alten Tyrannei eingeführt wurde, und dass nachdem einmal die dictatorische Gewalt in den Hintergrund gedrängt war, die Leiden der Nation durch den *Uebergang in das neue* und liberale Regime enden mussten.« Weiter wird dann angeführt, dass des katholischen Klerus »Widersetzlichkeit die Regierung in die Nothwendigkeit versetzt habe, das Concordat aufzuheben, als einziges Mittel, das Wohl des Staates zu wahren behufs ihrer eigenen Erhaltung, indess eine Gesandtschaft in Rom bei seiner Heiligkeit das Mittel für die Uebelstände unter denen die Nation leide, zu erlangen bestrebt sein werde.« Die »Widersetzlichkeit« des Klerus besteht nach der Germania in dem Kampfe der Bischöfe von Loya, Riobamba und Cuenca, sowie des inzwischen verbannten Capitelsvicars der Erzdiöcese gegen den Freimaurerorden.

XVIII.
Literatur.

Linsenmann, Lehrbuch der Moraltheologie. Freiburg im Breisgau, Herder'sche Verlagshandlung, 1878. gr. 8°. 496 S.

Das vorzüglichste Verdienst des angezeigten moraltheologischen Lehrbuches besteht darin, dass es die Grundfragen der Moral mit reichlicher Benützung aller jener Wissenschaften zu lösen trachtet, welche mit der Moraltheologie ihrer Natur nach Berührung haben. Unter diesen werden Rechtsphilosophie, Politik und besonders Volkswissenschaftslehre namhaft gemacht. Des geehrten Verfassers eigene Worte charakterisiren am besten die eigenthümliche Richtung seines Werkes: »Die Berührungspunkte zwischen Moral und Gesellschaftswissenschaft herauszustellen, die Gesichtspunkte hervorzuheben, von welchen aus die oft so dringenden und brennenden Tagesfragen zu formuliren und zu lösen sind, endlich die Linien zu ziehen, an denen eine weitere Orientirung über die wichtigsten Fragen des heutigen öffentlichen Lebens zu suchen und zu finden ist. — Diess schwebte uns als eines der Hauptziele unserer Darstellung vor.« Wir erklären uns mit diesem Ziele ganz einverstanden und halten es mit dem Verfasser für nicht genügend, wenn sich die Moral auf die blosse Casuistik für Zwecke des Beichtinstitutes zurückzieht; aber andererseits halten wir es auch für ungerechtfertigt, die richtige Casuistik in den Hintergrund zu stellen, indem die Anwendung der allgemeinen Principien auf die einzelnen Vorkommnisse des sittlich-praktischen Lebens viel zu schwierig ist, als dass sie den Schülern oder Lesern überlassen werden könnte; daher haben auch die grössten theologischen Auctoritäten das Studium der Casuistik sehr warm empfohlen. Wir verkennen nicht die Auswüchse der Casuistik, auch wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass bei L. das ehrliche Streben der Casuisten anerkannt wird; aber nichtsdestoweniger wäre es erwünscht, wenn der verehrte Verfasser der Casuistik mehr Wichtigkeit und Bedeutung eingeräumt hätte. Für die richtige Methode der Moraltheologie scheint uns das Statut des Wiener Provinzialconciliums vom Jahre 1858 massgebend zu sein: »In theologia morali systematis ratio non negligenda et pro temporum conditione adhibenda est, ut resecentur radices errorum, quibus vitae chris-

tianae principia pessumdantur. Attamen haec ita pertractentur ut casuisticae nihil detrahatur.« Tit. VI. cap. 2.

Bei der Grossartigkeit und Schwierigkeit der Aufgabe, die sich L. gestellt, ist es leicht erklärlich, wenn wir manchen Auffassungen begegnen, die von der gewöhnlichen Darstellung abweichen, und wir gestehen, dass viele derselben uns sehr angesprochen haben, so z. B. die Beurtheilung der socialistischen Bestrebungen und überhaupt die Besprechung der volkswirtschaftlichen Fragen, insofern selbe die christliche Moral berühren. Manchmal scheint jedoch L. zu sehr von der gewöhnlichen doctrina theologorum abgewichen zu sein. Einiges wollen wir erwähnen. L. fasst das Gemüth nach Vorgang der neuern Psychologie als selbstständiges Vermögen, als geistiges Gefühlsvermögen, in welchem die Gottesgabe erfahren und empfunden wird. Es ist nicht Aufgabe der Moral, psychologische Begriffe in's Reine zu bringen, aber gewagt erscheint es, wenn die wichtigsten Erscheinungen des sittlichen Lebens, wie Gewissen und Gottesliebe, hauptsächlich auf das Gemüth zurückgeführt werden, dessen Begriffsbestimmung noch immer schwankend ist. Was besonders die theologische Gottesliebe betrifft, unterschätzen wir zwar nicht die Gefühle des Herzens, aber das Hauptmoment legen wir lieber mit der alten Theologie auf die Gesinnung des freithätigen Willens; denn die Liebe ist die Seele der christlichen Tugenden, und die Tugend hat ihren Sitz in der sittlichen Beschaffenheit des Willens. Wir geben zu, dass die Gefühlsliebe immer in einem gewissen Grade mit der theologischen Liebe verbunden sein wird, aber wesentlicher Bestandtheil der innern Disposition für die Rechtfertigungsgnade kann der Affect (im Sinne der neuern Psychologie) der Liebe nur insofern sein, als er mit dem Willensaffect nothwendig verbunden und von demselben abhängig ist; denn die Bekehrung ist, wie der römische Katechismus in Uebereinstimmung mit dem Conc. Trid. lehrt, von Seite des Menschen hauptsächlich ein Werk des freien Willens. »Contritio est actio voluntatis.« Cf. p. II. c. V. qu. 4. und 24.

L. will die probabilistischen Fragen in den Bereich der Pflichtencollision hineinziehen, indem nach seiner Ansicht bei dergleichen Fragen nicht willkührliche Freiheit und Gesetz, sondern Freiheit als vernunftgemässes Räsonnement, daher Vernunftgesetz und positives Gesetz, Gesetz und Gesetz, Pflicht und Pflicht sich gegenüberstehen (S. 125); wir müssen zwar zugeben, dass jeder Gebrauch der Freiheit vernunftgemäss sein muss, aber daraus folgt nicht, dass jeder vernunftgemässe Gebrauch der Freiheit auch pflichtgemäss sein müsse, denn wir haben ja unzweifelhaft in gewissen concreten Fällen

das Recht, zwischen zwei Dingen, die beide vernunftgemäss und sittlichgut sind, freie Wahl zu treffen, widrigenfalls der Apostel unmöglich hätte sagen können: »Qui matrimonio jungit virginem suam, bene facit; et qui non jungit, melius facit.« Vom Aequiprobabilismus wird behauptet, dass er ein ganz neues Element der Entscheidung herbeigezogen, nämlich die Anordnung der sogenannten Rechtsregeln, besonders der Regel: In dubio melior est conditio possidentis. Diese Behauptung ist nicht richtig. Müller führt in seiner Theologie eine ganze Reihe älterer berühmter Theologen (z. B. Suarez, Lugo u. s. w.) an, die der Meinung sind, dass besagte Regel auch auf sittlichem Gebiete Geltung habe. Aus dieser Auffassung des Probabilismus geht schon hervor, dass L. auch bezüglich der Lehre von den evangelischen Räthen von der gewöhnlichen Doctrin abweicht; er betont zwar als nothwendiges Element des Rathbegriffes die Freiheit der Wahl zwischen dem Guten und Bessern, aber nur insofern, als es keine ausserhalb des Subjectes bestehende Norm gibt, welche bestimmend einwirken würde. Denn die Freiheit ist begrenzt durch ihre innerliche Norm in der Vernunft, und »als Grundsatz für jedes vernünftig sittliche Urtheil muss feststehen, dass man nicht dem erkannten Bessern widerstreben und zuwiderhandeln dürfe, dass man vielmehr verpflichtet sei, stets nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.« Nun kann zwar jeder Rath in concreten Fällen zur Pflicht werden, und dies ist besonders bei der Standeswahl der Fall, aber die allgemeine Behauptung, dass man dem erkannten Bessern nicht zuwiderhandeln dürfe, muss in ultima analysi zur Lehre führen, dass es in abstracto zwar Räthe gebe, aber nicht in concreto. S. 183 sagt L., wir müssen gestehen, es nicht zu wissen, ob der gerechte, aber auch barmherzige Richter eine Menschenseele um der Todsünde willen, obschon noch nicht die eigentliche Sünde wider den heiligen Geist eingetreten, wirklich ewig verdammen. Mit Hinsicht auf die bekannte Entscheidung des Conc. Florentinum erscheint es sehr wünschenswerth, wenn der Verfasser diese Stelle mehr präcisirt hätte. Vielleicht soll nur gesagt werden, dass wir nicht wissen, ob factisch irgend eine Seele, die in einem solchen Zustand ist, verloren geht, ob nicht Gott solche Seelen immer die wirksame Gnade der Bekehrung verleihe, damit sie den ewigen Verdammniss entgehen können. In der Lehre von den Sacramenten wird die attritio Liebesreue genannt, was aber ungenau ist; denn »a potiori fit denominatio,« und die entscheidenden Beweggründe der unvollkommenen Reue sind die übernatürlich-unvollkommenen Motive der Furcht u. s. w. Hoffnung (Conc. Trid.

Sess. 14 cap. 4.) Liebesreue ist die vollkommene Reue (contritio caritate perfecta), deren entscheidendes Motiv die göttliche Liebe ist.

Im zweiten Theil des Lehrbuches, welches von der Verwirklichung der sittlichen Ordnung in sittlicher Thätigkeit handelt, hätten wir gewünscht, dass die theologischen Tugenden, besonders aber der Glaube, mehr eingehend berücksichtigt worden wären. Dass die Unterscheidung zwischen Dogmen, die necessitate medii, und solchen, die necessitate praecepti zu wissen sind, zu der falschen Unterscheidung von wesentlichen und unwesentlichen Dogmen führt, können wir nicht annehmen, da die erstere Unterscheidung die Substanz des Glaubens auf keine Weise berührt. Wo L. auf derselben Seite 295 den göttlichen Glauben vom menschlichen Glauben in religiösen Dingen unterscheidet, wäre es angezeigt gewesen, den kirchlichen Glauben im engeren Sinne des Wortes (fides ecclesiastica) besonders hervorzuheben. S. 366, wo vom sittlichen Verhalten gegenüber den kirchlichen Gesetzen, welche sich auf das Lesen verbotener Bücher und den Verkehr mit Andersgläubigen beziehen, die Rede ist, bemerkt der Verfasser, dass die Verpflichtung der allgemeinen Gesetze am Particularrecht der einzelnen Länder und Diöcesen ihre Grenze haben, vermöge dessen die Giltigkeit derselben von der Reception in den particularkirchlichen abhängig ist. Die betreffenden Oberhirten können zwar und müssen, wenn die Durchführung irgend eines Gesetzes unmöglich ist, Vorstellungen machen, aber es wäre der Auffassung der kirchlichen Gesetzgebung zuwider, die Giltigkeit eines Gesetzes von der Acceptation der Untergebenen abhängig zu machen; dabei läugnen wir natürlich nicht, dass ein thatsächlich nicht acceptirtes Gesetz im Laufe der Zeit Gesetzeskraft verlieren könne. L. scheint zu sehr der Anschauung der historischen Rechtsschule zu huldigen, wenn er S. 412 vom Naturrechte behauptet, dass es zwar ideelle Quelle des positiven Rechtes, aber nicht selbst Recht sei und Rechtskraft habe, weil es nicht erzwingbar sei. Die Erzwingbarkeit gehört zwar zu den wesentlichen Elementen des Rechtsbegriffes, aber nur die sittliche, nicht auch die factische Möglichkeit derselben, weil z. B. gewisse Betrügereien vom Strafgesetz nicht erreicht werden können, hören sie nicht auf im strengen Sinne des Wortes Rechtsverletzungen zu sein. Sehr eingehend (S. 471—482) wird das Recht der Todesstrafe behandelt und behauptet, dass die Berechtigung und Nothwendigkeit derselben nicht aus dem Wesen und Zwecke der Strafe, sondern nur vom Standpunkt der Nothwehr abgeleitet werden könne. Der höchste Zweck der Strafe ist jedenfalls die Wiederherstellung der verletzten sittlichen

und rechtlichen Ordnung, denn es ist gerecht, sagt der h. Thomas, dass derjenige, der sich gegen irgend eine Ordnung erhebt, von dieser Ordnung oder dem Handhaber der Ordnung gleichsam wieder niedergedrückt werde. Diese Niederdrückung und Ausgleichung geschieht durch Entziehung eines angenehmen oder nützlichen Gutes. Wenn daher Jemand das Höchste verletzt, was er äusserlich verletzen kann; so soll auch die Strafe den Verbrecher des höchsten äusserlichen Gutes berauben; nach unserer Ueberzeugung berechtigt daher nicht blos die Nothwehr, sondern auch der vindicative Charakter der Strafgerechtigkeit zur Verhängung der Todesstrafe.

Im Capitel über die Vergehen gegen die Leibesfrucht erklärt es L. nicht für erlaubt, zur Rettung der Mutter das Leben der Leibesfrucht zu opfern, geschehe es auch direct vermittelst Tephalotrapsie, Perforation u. s. w. Wir sind der Meinung, dass die directe Tödtung eines Unschuldigen absolut verboten sei, der Krieg kann nicht angeführt werden, denn die einzelnen Soldaten fallen unter den Begriff der persona moralis der kriegführenden Staaten, sind also in diesem Sinne nicht unschuldig, und wehrlose Bürger dürfen auch im Kriege nicht direct getödtet werden. Von Nothwehr kann ebenfalls keine Rede sein, denn die Nothwehr setzt einen ungerechten Angriff voraus, was doch von der Leibesfrucht nicht behauptet werden kann. Aus diesen Gründen stimmen wir lieber Capellmann bei. Die theologische Casuistik muss zwar von der medicinischen Belehrung annehmen, aber nicht die Medicin hat zu bestimmen, was den sittlichen Gesetzen entsprechend sei, oder nicht. In der Lehre von der Restitution wird S. 600 gesagt, dass die Ersatzpflicht auf den Beichtvater falle, wenn derselbe eine stricte Verpflichtung hatte, dem Pönitenten eine Ersatzpflicht aufzuerlegen, dieselbe aber unterlässt, und so die Verpflichtung unerfüllt bleibt. Wir können dieser Entscheidung nicht beistimmen, weil der Beichtvater dem Beschädigten gegenüber keine Gerechtigkeitspflicht verletzt hat und daher auch nicht zur Restitution verpflichtet werden kann. S. 610 sagt L., dass die Communität an den Erträgnissen der Steuern nicht blos eine jus ad rem, sondern ein jus in re habe. Insofern unter den Steuererträgnissen die schon bezahlten Steuern verstanden werden sollen, ist die Behauptung richtig, aber nicht richtig dürfte dieselbe sein, wenn auch die erst ausgeworfene Steuer darunter verstanden werden sollte, denn dies würde voraussetzen, dass der Staat im eigentlichen Sinne Obereigenthümer der Privatgüter sei.

Der geehrte Verfasser wird uns diese wenigen Bemerkungen verzeihen, denn nur Liebe zum Gegenstand hat uns dazu veranlasst;

er selbst erklärt mit der grössten Bescheidenheit, dass seine Seele durchaus nicht an blosen Sondermeinungen hänge. Wenn Jemand auch nicht alle Ansichten des Verfassers theilen will, anregend, belebend und auch belehrend wird das Studium des besprochenen Lehrbuches jedenfalls sein. Zum Schlusse wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass L. seine vorgetragene Lehre ganz dem Urtheile des rechtmässigen kirchlichen Lehramtes anheimstellt. *W. Funanovics.*

2. *Kirchengeschichtliches in chronologischer Reihenfolge von der Zeit des Vatican. Concils bis auf unsere Tage. Mit besonderer Berücksichtigung der kirchenpolit. Wirren. Zusammengestellt von Dr. Hermann Rolfus. 2. Abtheilung. Mainz 1878. Fl. Kupferberg. IV. u. S. 193—436.*

Wir haben uns im *Archiv* Bd. 39. S. 375 f. bei Besprechung der 1. Abth. dieses Werkes schon über die Vortrefflichkeit der Anlage und Durchführung des Planes ausgesprochen und hätten dasselbe von dieser 2. Abth. wiederholen müssen. Diese 2. Lieferung behandelt in chronologischer Folge die kirchengeschichtlichen Begebenheiten von der Eröffnung des Vaticanischen Concils bis zum Schlusse d. J. 1870. Fleiss und Sorgfalt im Sammeln und Sichten verdienen alles Lob. Die wichtigeren Aktenstücke sind auch hier wieder vollständig oder im Auszuge eingefügt. Das Werk ist auch für gebildete Laien sehr dienlich. Obschon diese 2. Lieferung um 3 Bogen stärker ist, als die erste, ist doch der Preis von 2 M. 40 Pf. beibehalten. Sehr überflüssig, däucht uns, ist aber das auf dem letzten Bogen gegebene Verzeichniss der theologischen Literatur d. J. 1870.

3. *Lehrbuch des Kirchenrechts, mit besonderer Rücksicht auf die Schweiz. Nebst 3 Anhängen. Von Dr. Jos. Winkler, bischöfl. Commissar, Chorherr, und Prof. der Theologie in Luzern. 2. vermehrte und verbesserte Auflage. Mit bischöfl. Approb. Luzern, Gebrüder Räber 1878. XX. und 482 S. 8.*

Das gut ausgestattete Buch enthält 390 S. Text, ungefähr einen Bogen mehr als die vor 16 Jahren erschienene 1. Aufl. Es zeichnet sich durch bündige, klare Darstellung aus. Seine Bearbeitung der Quellen- und äusseren Rechtsgeschichte ist kurz (S. 1—77). Auf die Schweizer Verhältnisse ist, besonders in den Anmerkungen durch das ganze Buch hin mehr eingegangen als auf die anderer Länder, jedoch ist keine Detaildarstellung davon überhaupt gegeben, wie diese zuerst Ref. in seinem Lehrbuch des Kirchenrechts geboten hat und solche in höchst »culturkämpferischer« Tendenz, sodann die Professoren Gareis und Zorn in einem wegen mancher sonst noch nicht

gesammelt mitgetheilter Schweizer Bundes- und cantonaler Gesetze und Verordnungen werthvollen Werke: »Staat und Kirche in der Schweiz« (Bd. 1. Abth. 1. und 2. Zürich, Orell Füssli und Comp. 1877 f.) begonnen haben. Da Herr Chorherr Winkler im Ganzen sorgfältig die neueste Entwicklung in Staat und Kirche verfolgt hat, so ist es uns aufgefallen, dass er nicht im §. 23. jetzt die vom Vaticanum festgestellte Zweitheilung der Kirchengewalt in potestas ordinis und jurisdictionis unter Zuzählung der potestas magisterii als eines Zweiges der potestas jurisdictionis statt deren Eingliederung unter die potestas ordinis adoptirt hat. Vermehrt hat Professor Winkler die Lit. Angaben, im Ganzen mit guter Auswahl, jedoch hätte S. 6. Note 1. jedenfalls als Concordatensammlung jetzt vor allen die nach Nussi in Mainz bearbeitete, was die Haupturkunden betrifft vollständigste genannt werden müssen. Etwas weiter als in der 1. Aufl. verbreitet sich der Verfasser namentlich auch über die Besetzung der Kirchenämter in der Schweiz und den Eigenthümer am Kirchengute. Zweckmässig sind als Anhänge S. 391 – 472 jetzt beigegeben: 1. kirchenstaatliche Verordnungen für das Bisthum Basel und kirchliche und staatliche Verordnungen für den Canton Luzern, 2. das Schweizer Bundesgesetz v. J. 1874 über die Civilehe, 3. eine mehrfach ergänzte 2. Aufl. der trefflichen Abhandlung Winklers über das katholische Eherecht unter der neuen Schweizer Bundesgesetzgebung nach den bischöflich Basel'schen Anordnungen vom 16. December 1875.

Vering.

XIX.

Hat der Ortspfarrer oder der Beichtvater eines Nonnen-Klosters das Recht, eine verstorbene Klosterfrau auf dem Communal-Friedhofe zu begraben?

Von Dr. *Theodor Kohn*, Weltpriester der Olmützer Erzdiöcese.

Das canonische Recht verlangt im Allgemeinen, dass die Regularen nicht ausserhalb des Klosters begraben werden sollen.

Hiefür spricht folgende Stelle:

Cp. V. de sepulturis in VI°: »Religiosi, nisi a propriis monasteriis adeo forsitan sint remoti, quod ad ea cum moriuntur commode portari non possint, nequeunt (cum velle vel nolle non habeant) sibi eligere sepulturam: *sed sunt apud sua monasteria tumulandi.*«

Nach der Lehre der Canonisten kommt das Wort »Regularis« sowohl den männlichen als den weiblichen Mitgliedern eines Klosters zu.

Wir wollen zwei Canonisten anführen und zwar aus neuerer Zeit den Bouix, aus älterer Zeit den Ferraris.

Der erste schreibt in seinem Tractatus de jure regularium, Pars I. prop. IV. pg. 48. also: »Ad essentiam status religiosi stricte sumpti requiritur, ut status sit tendentium ad perfectionem per tria consilia evangelica voto firmata [1]).«

Dasselbe sagt, nur mit anderen Worten, Ferraris in seiner Prompta bibliotheca verb. Regularis Art. I. n. 5: »Regularis est persona, quae emissis tribus votis substantialibus in aliqua religione ab Ecclesia approbata, vivit.«

Da diese Eigenschaften, welche beide Canonisten als wesentlich für einen Regularis hinstellen, bei den Klosterfrauen nicht fehlen dürfen, ist kein Zweifel, dass das Wort »Regularis« nach canonistischem Sprachgebrauche sowohl auf die männlichen als weiblichen Mitglieder eines Klosters seine Anwendung findet.

Ist dem also, dann gelten die bezüglich der Regularen im Allgemeinen erlassenen Gesetze auch für die Frauen-Klöster, so lange nämlich der heilige Stuhl nicht anders festgestellt hat.

1) Editio secunda Parisiis 1867.

Benedict XIV. äussert sich hierüber in seiner Constitution »Si datum«, die den Vorgang bei einer Nullitäts-Erklärung einer Profess schildert, folgendermassen: »Omnia quae decreta sunt de viris religiosis, comprehendere etiam feminas, ubi eadem causa militat.«

Und der heilige Alphonsus in lib. IV. Cp. I. de statu Relig. n. 2. schreibt also: »Moniales gaudent iisdem privilegiis, de quibus sunt capaces Religiosi eiusdem Ordinis. Ratio, quia cum ipsae vivant sub eadem regula, sunt pars Ordinis, et ideo Ordinis privilegiis merito gaudere debent. Et hoc etiamsi in privilegio exprimatur concessio fieri viris aut masculis, et etiamsi moniales sint Episcopo subiectae, ut tenent Salmant.«

Aus dem bisher Gesagten folgt, dass die Regularen, unter denen die Männer und die Frauen zu verstehen sind, in ihrem Kloster begraben werden sollen und dass die bezüglich der Regularen im Allgemeinen erlassenen Gesetze, so lange der heilige Stuhl nicht anders bestimmt hat, sowohl auf die Ordens-Männer als Ordens-Frauen anzuwenden seien.

Es fragt sich nun, wer hat das Recht, einen verstorbenen Regularen innerhalb seines Klosters zu begraben?

Dass dieses Recht dem Superior des Klosters und nie dem Ortspfarrer gebührt, darüber sind die Canonisten einig und es waltet kein Zweifel ob.

Aus den vielen Entscheidungen der verschiedenen heiligen Congregationen [1]) wollen wir eine wörtlich anführen und auf die zweite hinweisen.

Die heilige Ritus-Congregation hat am 10. Februar 1629 in causa Andrien. also entschieden: Officium super cadaveribus in ecclesiis Regularium fieri debere per ipsos Regulares, non autem per alios curatos etiam cathedralium, non obstante quacunque consuetudine [2]).

Ganz gleich wurde von derselben heiligen Congregation am 18. August 1629 entschieden, wie man es bei Gardellini n. 684. lesen kann.

Ueberdies steht fest, dass der Ortspfarrer in einer auf seinem pfarrlichen Territorium befindlichen Klosterkirche weder die heiligen Sacramente spenden, noch andere Functionen daria rechtlich verrichten dürfe.

1) *Bouix*, tractatus de parocho, Pars IV. Cp. X. pg. 471 et seq. Edit. Paris 1867.

2) *Gardellini* n. 648.

Was die Spendung der heiligen Sacramente anbelangt, hat die S. Cong. Conc. in causa Novariensi die 5. Julii 1727 ad dubium IV: „An valeat parochus in dicta ecclesia (scilicet monialium capucinarum) assistere matrimoniis vel eorum denuntiationes facere aut benedictiones mulierum post partum vel similes impertiri?“ geantwortet: Ad quartum *Negative et amplius in omnibus*[1]).

Bezüglich anderer Functionen und speciell des Begräbnisses eines Regularen hat dieselbe S. Cong. Conc. da dto. 24. Januar 1846 nicht nur als sicher hingestellt, dass bei dem Begräbnisse eines Regularen die Exequien im Kloster die Regularen resp. der Superior zu halten habe, sondern sogar ausgesprochen, dass dieses Recht selbst dann noch dem Superior gebühre, wenn der Verstorbene wegen eines Hindernisses nicht im Kloster, sondern ausserhalb desselben begraben werden müsste.

Wir wollen das Factum selbst anführen, selbes findet man in den Acta S. Sedis Vol. VII. pg. 170. Appendix III. also verzeichnet:

Anno 1839 in ditione Neapolitana lex lata est communis coemeterii. Dominicana familia Tarenti degens aere proprio condidit sibi sepulchrum in communi coemeterio.

Verum eam inter et Metropolitanum capitulum (penes quod totius civitatis animarum cura residet) anno 1841 controversia orta est de Religiosorum cadaverum delatione ad coemeterium: cum enim cujusdam religiosi defuncti exuvias, justis in ecclesia persolutis, ad sepulchrum efferre constituerint Patres Dominicani absque parochi interventu, cruce conventus elevata, obstitit Capitulum contendens, a parocho cum cruce parochiali funus ducendum esse. Controversia ea vice sopita est, reservatis partibus juribus, deducendi controversiam apud competentia tribunalia. Reapse Capitulum in Curiam Metropolitanam traxit Regulares; sed cum sententia prodierit, quae neutri parti arrideret, causa deducta est coram S. Cong. Conc. per sequentia dubia proposita:

I. An, expleto officio super Regularis cadavere, parochus Metropolitanae Ecclesiae vocari et interesse debet cum stola in solemni associatione cujusdam Regularis ad publicum coemeterium in casu?

II. An ista funeris processio ordinanda sit sub et praeeunte cruce Metropolitanae seu parochialis ecclesiae in casu?

III. An parochus debeat deponere stolam prope sepulchrum Regularium vel potius Officium jam incoeptum perficere in casu?

1) Benedict XIV. Quaestiones can. et moral. pars II. Quaest. DLXIII pg. 277. Edit. Prati 1845.

Et quatenus affirmative ad I. et II.

IV. An sine parochi interventu possint Regulares ordinare processionem cum stola et cruce conventuali usque ad sepulchrum, vel potius utrumque signum deponere debeant in transitu per paroeciam, resumendum postea in coemeterio in casu?

Resolutio S. Cong. Conc. causa cognita die 24. Januarii 1846 respondere censuit:

Ad I. et II. *Negative in omnibus*, dummodo cadaver deferatur absque solemni pomparecto tramite ad coemeterium a familia regulari proprii Conventus tantum.

Ad III. Provisum in praecedentibus.

Ad IV. Affirmative ad primam partem cum conditionibus uti in praecedentibus et cum stola ac cruce conventuali tantum; negative ad secundam.

Nach dieser Entscheidung kommt den Regularen das Recht zu, ihre verstorbenen Mitglieder nicht nur im Kloster, sondern selbst auf dem Communal-Friedhofe zu begraben.

Da nun nach der oben citirten Constitution »Si datam« Benedict XIV. und der Meinung des heiligen Alphonsus von den Regularen, mögen sie männliche oder weibliche Individuen sein, dasselbe gilt, so können wir mit Recht schliessen, dass es dem Ortspfarrer absolut nicht zustehe, eine verstorbene Monialis weder im Kloster, noch auf dem Communal-Friedhofe zu begraben.

Diese unsere Behauptung wollen wir durch die Auctorität des Canonisten Bouix stützen, der über diesen Gegenstand Folgendes schreibt: Quando moniales exemptae sepeliendae sunt extra suum Conventum in communi coemeterio, ad Confessarium monialium, non autem ad parochum, pertinet funus ducere: imo id extendendum ad feminas saeculares, quae in Conventu, cum animo perpetuo manendi sese receperunt: an autem idem currat jus quoad puellas educationis causa sub clausura monialium degentes disputatur. Sic habet Pellizarius (de Monialibus, editionis non prohibitae cp. 10, n. 233): »Si quaeras, an casu, quo saecularis femina ingressa monasterium, animo ibi perpetuo manendi, moriatur, spectat ad Confessarium Monialium ei ministrare ultima Sacramenta et associare cadaver, quod forte sepeliendum sit extra ecclesiam Monialium et lucrari quartam funeralem cum aliis juribus parocho obvenientibus intuitu sepulturae. — Respondeo: spectare omnia supradicta ad Confessarium Monialium; cum monasterio Monialium competat non solum exemtio personalis, sed etiam localis, et femina illa saecularis illud sibi eligendo in domicilium, effecta sit de ovibus Confessarii praefati monasterii; qui

proinde tamquam parochus illius erga ipsam proterit exercere parochialia modo dicto: praeterquam quod a quo viventes recipimus Sacramenta, ab eodem post mortem debemus recipere et sepulturam; et ipse a nobis recipit jura parochialia seu effectus dictorum jurium. Sicut ergo illa vivens recipit Sacramenta a Confessario Monialium, tamquam ejus parochiana, sic post mortem debet ab eo recipere sepulturam, et ille lucrari ab ea jura parochialia, cum vere sit ejus parochus habeatque ut talis in illam jurisdictionem ordinariam, non autem delegatam. Quae doctrina a fortiori procederet in casu, quo femina sepelienda esset in ipsa ecclesia Monialium, sive interiori, sive exteriori; idque ratione acquisiti domicilii, ut jam dictum est.

Imo puto doctrinam hic traditam de femina saeculari posse probabiliter sustineri de puellis in monasterio degentibus causa educationis: quippe quae ibi acquirunt quasi domicilium, adeoque fiunt parochianae dicti monasterii, quamvis de dictis puellis sustineri possit etiam opinio oposita, quam Sanchez censet esse probabilem.

Advertit Bordonus, in litteris ad me scriptis, quodsi forte monialis ex privilegio eligat sepulturam extra clausuram, funus inchoatum ducetur a Confessario Monialium; quippe qui per talem electionem non amittit jus alias ipsi competens super cadaver monialis: atque id esse certissimum, cum parochus, non obstante electione sepulturae facta a suo parochiano in aliena ecclesia, funus (levando cadaver incoeptum) prosequatur ad ecclesiam in qua electa fuit sepultura.«

Conclusio haec Pellizarii circa monialem, quae extra suum conventum sepulturam elegit, omnino applicanda videtur, quando moniales in suo monasterio, obstante lege civili, sepeliri nequeunt, ideoque ad commune coemeterium sunt deferendae. Et huic doctrinae aperte favet supra allata decisio, quoad religiosos — loquitur nempe de ea S. Cong. Conc. decisione de dto. 24. Januarii 1846 — in communi coemeterio sepeliendos. Si enim hi possunt absque parochi interventu, a regularibus extra conventum ad coemeterium deferri, *non est, cur idem non liceat Monialium Confessario, qui ipsarum est quasi parochus*[1]).

Aus dem Gesagten folgt also dass die Regularen in ihrem Kloster als auch ausserhalb desselben rechtlich nur von ihrem Superior begraben werden und dass der Ortspfarrer kein Recht hiezu habe.

1) Tractatus de jure Regularium tom. II. pars V. propos. II. pg. 347. Edit. Parisiis 1867.

Es fragt sich nun, ob nun an die Stelle des Superiors eines Männer-Klosters, bei Klosterfrauen ihren Beichtvater substituiren könne.

Wir sind entschieden dafür.

Zur Bekräftigung dessen wollen wir einige Canonisten anführen und zur Bestätigung jeden Zweifels einige Congregations-Entscheidungen citiren.

a. Ferraris in seiner Prompta bibliotheca verb. Monialis art. I. n. 61. sagt: *Confessarius Monialium*, licet non vocetur parochus, *in re tamen est parochus*, cum ex officio curam habeat animarum aeque ac esset parochus respective saecularium.

Sowie also ein vom Bischofe jurisdictionirter Pfarrer die Parochial-Rechte in seinem Pfarrsprengel ausüben darf und Niemand anderer, also auch der vom Bischofe den Klosterfrauen gegebene Beichtvater, weil er ja für die Klosterfrauen das Amt eines Pfarrers bekleidet.

b. Bordenus in Miscellan. 128. sagt unter Anderem: . . . ad illum spectat funus perficere, ad quem pertinet ejusdem funeris inchoatio: *ad solum autem Confessarium spectat* initium funeris et cadaveris levatio ex monasterio, quia nemo praeter ipsum ibi jus habet, cum locus sit omnino exemtus a jure parochiali.

c. Samuel de Sepulturis. I. Conc. 2. Monialium monasteria gaudent privilegio exemtionis a juribus parochiae intra quam sunt aedificata, concesso omnibus regularibus utriusque sexus, quibus confessarius proinde deputari solet, *qui tamquam parochus omnia Sacramenta et sepulturam administrat.*

d. Derselbe Auctor in demselben Werke Controv. 16. Corol. 6: Monialis si ex speciali gratia papali sibi sepulturam extra monasterium eligat, *ejus Confessarius debet corpus ejus associare usque ad sepulturam et officium peragere super illud.* Si vero extra loca regularia sui ordinis sepeliretur, aut in locis aliis, ubi jus funerandi habent, tunc ad horum locorum personas spectabit agere officia et sepulturam dare illi. Nam in hujusmodi casu monialium Confessarius jus haud amittit in corpus associandi usque ad sepulturam: et si sepeliatur in loco, ubi non adest jus funerandi penes illum ecclesiasticam, ad Confessarium spectabit funus peragere quoad omnia, secus non. Sed ad instar se debet habere caeterorum parochorum, qui funus associant et in ecclesiis regularibus nihil agunt, sed ad ipsos regulares pertinet cetera funeralia peragere: nam Confessarius est proprius parochus hujus monialis defunctae et proinde ad eum spectat parochialia munera super eam peragere.

e. Scarfantonius tom. III. addit. 48. n. 91: Haec — spricht nämlich von einer Frau, die im Kloster lebt, ohne selbst Nonne zu sein — quia potest eligere sepulturam, si alibi sit sepelienda, *associanda est a Confessario monasterii* eique debentur et quarta funeris et alia jura parochialia ex hac unica ratione, quia talis mulier effecta est de ovibus Confessarii et ab eo recepit Sacramenta dum viveret.

Folgende Entscheidungen der heiligen Congregationen sprechen für uns:

1. S. Cong. Rituum in Camerinen die 16. Martii 1808 hat auf die Frage: Num competat Confessario Monialium jus agendi exequias super cadaveribus Monialium, an vero praefato Capitulo, also geantwortet: Delata ad s. Rit. Cong. ex parte D. Licoi sacerdotis ex clericis regularibus, confessarii monialium asceterii S. Jacobi, controversia inter eum exorta et Capitulum circa jus agendi exequias super cadaveribus monialium ipsius asceterii, S. R. C. decrevit: *celebrationes exequiarum spectare ad Confessarium pro tempore*[1].

2. S. Cong. Epis. et Reg. in Tranen. die 30. Maji 1856. Der Sachverhalt ist folgender: Archiepiscopus in s. Visitatione in urbe Barlettae decreverat, associationem cadaverum personarum, quae intra claustra monasteriorum Sanctimonialium degunt, fieri debere a Confessario cujuscunque monasterii, non autem a parocho loci, in quo monasterium existeret. Capitulum reclamavit, affirmans, a tempore immemorabili se habere et constanter exercere jus transportandi monialium cadavera a janua monasterii ad templum ipsi monasterio externum: quam consuetudinem comprobare studuit, saltem ab anno 1681 usque ad annum 1849. Proposito autem dubio S. Cong. Ep. et Reg.: »An et ad quem pertineat associatio cadaverum monialium et celebratio exequiarum in casu,« responsum prodiit: »*Servetur consuetudo quoad associationem: in reliquis spectare Confessario.*« Instante defensore monasterii et proposita causa sub dubio: »An sit standum vel recedendum a decisis in casu.« S. Cong. respondit: *In decisis, praevia tamen consueta invitatione quoad associationem et amplius.* At vero capituli Archipresbyter, declarationem postulans datae resolutionis, contendebat in supplici libello, se jus habere non solum ad associationem, sed quatenus parochus jus quoque habere ad ejusdem funeris celebrationem; inquiebat enim, si ex consuetudine admissa fuerit cadaverum associatio,

1) S. Rit. Cong. Decreta selegit J. B. Falise pg. 279. Edit. IV. Parisiis 1862.

eandem funebrem associationem consideratam quoad parochum Archipresbyterum formalem esse intelligendam: eo magis, quod Confessarius Monialium nullum jus haberet in iis, quae extra Ecclesiam et monasterium agerentur. Relato ergo hoc supplici libello in S. Cong. 17. Septemb. 1858 responsum prodiit: *quoad praetensa jura Archipresbyteri uti parochi, Negative*[1]).

3. S. Cong. Concilii die 24. Februarii 1872. Die Sache trug sich also zu: A gubernio Subalpino in Italia prohibita cadaverum humatione in omnibus ecclesiis tam cleri saecularis quam regularis, anno 1870 quaestio orta est inter Capellanum monasterii monialium N. et parochum localem circa jus associandi cadaver ejusdem Sanctimonialis ad commune coemeterium.

Controversiam composuit Vicarius Capitularis decernens, ut pro ea vice capellanus cadaver associaret.

Verumtamen ad hujusmodi quaestiones in posterum praecavendas, datis litteris a S. Cong. Conc. postulavit, ut dubium, quod sequitur, dirimeretur: ita autem illud proposuit:

Isthaec S. Cong. Conc. sub die 24. Januarii 1846 statuit, posse regulares cum stola et cruce Conventus et sine parochi interventu, deferre ad coemeterium commune regularis defuncti cadaver, quod lege civili obstante, nequit in Conventu sepeliri, modo id fiat absque solemni pompa, et defunctus recto tramite deferatur ad coemeterium.

Quaeritur itaque, an hujusmodi Decretum extendi etiam queat ad Moniales Ordinariorum Dioecesum jurisdictioni subjectas, ita ut ipsarum cadavera possint absque parochorum interventu ab ordinariis monasteriorum capellanis efferri, moderato ast funere ad commune coemeterium?

Der von der heiligen Congregation hiefür bestimmte Referent stellte so das Dubium auf: »An et ad quem pertinet associatio cadaveris Sanctimonialium in casu?«

Und die Antwort war. *Affirmative favore confessarii, dummodo cadaver deferatur cum stola et cruce, sed absque pompa et recto tramite ad coemeterium*[2]).

Aus allen den angeführten Entscheidungen erhellet, dass das Recht, eine Klosterfrau im Kloster zu begraben, dem Beichtvater und nur dem Beichtvater zukomme; ja es wird ihm das Recht sogar vindicirt, selbst ausserhalb des Klosters, also auf dem pfarr-

1) Acta S. Sedis pg. 161.
2) Ibid.

lichen Territorium, ohne Intervention des Pfarrers bei dem Leichenbegängnisse einer Klosterfrau zu functioniren.

Hiemit hatten wir unsere Aufgabe gelöst. Um aber den Gegenstand von allen Seiten zu beleuchten, wollen wir einige Bedenken, die gegen das Recht des Beichtvaters erhoben werden, prüfen.

Einige sind der Meinung, dass zwar der Beichtvater das Recht zukomme, innerhalb der Klostermauern seines Amtes zu walten, dass aber ausserhalb derselben der Pfarrer in seine Rechte eintrete.

Hierauf könnten wir einfach antworten, dass nach dem klaren Wortlaute der angeführten Congregations-Entscheidungen, namentlich der Concils-Congregation vom 24. Februar 1872 sich die Sache gerade so verhalte, als wir es ausgesprochen haben, nämlich, dass der Beichtvater und nur er allein hiezu berechtigt sei.

Um aber jeden Zweifel zu beheben, wollen wir durch Entscheidungen der heiligen Cong. Conc. beweisen, dass alle die Rechte der Regularen bezüglich der Begräbnisse innerhalb der Klostermauern heutigen Tages in voller Geltung seien, trotzdem die Leichname nicht in der Klosterkirche, sondern auf Communal-Friedhöfen beerdigt werden müssen.

Die angedeuteten Entscheidungen sind folgende:

1. S. Cong. Conc. in Ariminen. juris tumulandi et funeris die 14. Maji 1825: »Animadvertendum vero est, coemeteria publicae valetudinis causa subrogata fuisse singularum ecclesiarum sepulturis. *Ecclesia proinde, quae jus habebat tumulandi in propriis sepulcris, nunc jus istud exercet in publico coemeterio* ideoque non sublatum jus sepeliendi fuit, sed variatus locus.«

2. S. Cong. Conc. in Aesina juris funerandi et constitutionis emolumentorum die 26. Novemb. 1864 §. lata vero lege »Sacra Congregatio erectione coemeteriorum locum sepulturae tantum materialiter et physice mutatum retinuit, *non vero sepeliendi jus, quod imo integrum mansisse censuit.*«

3. S. Cong. Conc. in Forolivien. juris funerandi 16. Septemb. 1871. §. neque: »*Ecclesiae, quae jure sepeliendi potiebantur, nunc jus istud exercent in publico coemeterio* quod sane non impedit, quominus funerum emolumenta non percipiant et officium funebre super cadaveribus explere valeant, ceu pluries statuit H. S. O.«

4. S. Cong. Conc. in Syracusana funerum 24. Februarii 1872 §. quibus: »Quibus omnibus si addatur, ab H. S. O. definitum esse, erectione coemeteriorum locum sepulturae tantum materialiter et physice mutatum esse, non vero jus sepeliendi, quod ideo integrum

mansisse censuit, rem ad evidentiae apicem pervenisse in propatulo est. Jamvero hujusmodi articulum saepius declaratum fuisse patet. In Dorthonen. 24. Maji 1821. in qua proposito dubio IV.: An Capitulo Collegiatae Novi sit concedenda manutentio in possessione juris peragendi exequias in propria ecclesia et percipiendi emolumenta juxta solitum, non obstante constructione publici coemeterii in casu; Eminentissimi Patres sapientissimi rescripserunt: *Affirmative in omnibus.*

5. S. Cong. Conc. de dto. 14. Augusti 1875. Compendium facti. Pater P. a Minorum Reformatorum familia Quardianus et Custos Coenobii S. Bernardini in civitate N. Principi Sacratissimo exposuerunt, anno 1868 extructum fuisse a municipio, jussu tamen civilis Gubernii, coemeterium publicum in area annexa et pertinenti ad religiosam familiam Minorum Reformatorum civitatis ejusdem. Ordinarium vero benedixisse illud et edidisse appositam litteram circularem die 6. Januarii 1869, qua ejus exercitium moderaretur, nonnullas superaddens dispositiones typis exaratas ad majorem rei claritatem.

His duobus actis paroeciale declaratum fuisse coemeterium, ita ut cunctae aliae ecclesiae facultate funerandi privarentur, si proprio sepulchro aut coemeterio carerent in communi coemeterio. Id obesse juribus ecclesiarum suarum quoad proprias sepulturas, superiores Regulares conspicientes, apud Ordinarium reclamaverunt. Qui respondit, suam haud esse intentionem, ut jus ejusmodi tolleretur, verum ut illius tantum suspenderetur exercitium, donec sive singulariter, sive in unum collecti acquisivissent privatum coemeterium in coemeterio publico pro suis aut pro illis, quibus in posterum placeret inibi tumulari.

Proindeque quum nullam in praefato publico coemeterio Patres acquisierint partem pro ecclesia S. Bernardini, eis impedita fuere trium defunctorum funera, quamvis in ecclesia praedicta officia divina quotidie persolverent Quardianus et Custos cum duobus aliis sacerdotibus.

Ejusmodi quaestionem resolvi debere statutum fuit inter partes absque litis strepitu; sed quum tempus decurreret et nihil ageretur, res apud S. Cong. Conc. delata fuit.

Dubium proponitur:

I. An Regulares proprium ac distinctum sepulchrum habere debeant in communi coemeterio, ut funerandi jure gaudeant?

II. An et cui competat jus funerandi et emolumenta percipiendi in casu?

Responsum!

Ad I. Negative.

Ad II. Emolumenta funerum spectare ad Fratres Minores Reformatos, demptâ Quartâ pro parocho[1]).

Der Beichtvater hat zwar das Recht, eine verstorbene Klosterfrau auf dem Communal-Friedhofe zu begraben, doch dieses Recht ist an gewisse Bedingungen geknüpft und zwar: der Conduct soll recto tramite et absque pompa geführt werden.

Wie aber — so sagen Viele — wenn die Klosterfrauen eine derartige Beerdigung nicht wünschen, vielmehr selbe auf die solenneste Weise begraben werden wollen: wer hat da das Recht, den Conduct zu führen?

Vor Allem müssen wir bemerken, dass dieses Bedenken in sich schon einen Widerspruch enthält.

Eine Klosterfrau und ein weltliches Schaugepränge sind zwei contrare Begriffe.

Eine Klosterfrau, die der Welt entsagt, durch feierliche Gelübde sich Gott geweiht hat, die bei Lebzeiten aus Liebe zu Gott die Armuth gewählt hat: nein, nein, nach ihrem Tode wird sie ihrem Gelübde gewiss nicht untreu werden wollen!

Und das mag wohl auch der Grund sein, warum die heilige Congregation zu den citirten Entscheidungen den Beisatz hinzufügte: absque pompa.

Wie sehr das weltliche Schaugepränge bei Leichenbegängnissen der Christen überhaupt die heilige Kirche missbilligt, wolle man aus Folgendem entnehmen:

Das III. Provincial-Concil von Cincinnati vom Jahre 1861 hat in dem Pastoral-Schreiben an sämmtliche Kleriker und Laien der betreffenden Diöcesen unter dem Titel VII.: Christian Curial and funerals so angeordnet: Hortamur vos, dilectissimi, ut in vestris ad Deum precibus memineritis eorum, qui cum fide decesserunt et pro aeterna illorum requie sanctissimum sacrificium offerendum curetis, neque putetis, vos officio erga amissos propinquos satisfecisse, si tantum splendido et sumptuoso funere eorum corporibus justa feceritis. Vos item admonemus de illo pio et laudabilissimo more Ecclesiae, quem ubique recipi magnopere cupimus, ut mortuorum corpora mane in templum deferantur et immoletur pro iis immaculata hostia, priusquam ad coemeterium deportentur. Illud vero non possumus non palam improbare, quod multis in locis perperam fieri

1) Acta S. Sedis, Volum. IX. pg. 20.

consuevit mortua corpora in ecclesiam et in coemeterium longo et magnifico conductitiarum curruum agmine deducentur, quae res non necessarias in hoc damnosas impensas infert, viam aperit multis et gravibus incommodis pessimisque exemplis, nec profecto alio modo animabus fratrum in solatium aut emolumentum cedit.

Und nicht minder schon und eindringlich ermahnt und beschwört das Pastoral-Schreiben vom 8. Juni 1891 der auf dem III. Provincial-Concil zu New-Jork versammelten Bischöfe den Klerus: Ex quibus [desiderandis] locis [in] regionis nostrae partibus sacerdotum et laicorum audiuntur querelae, quod tam saepe a legitimo more delectant funera, in quibus et caeremoniae ad indecoram ostentationis ac pompae vanitatem adjicitur, nonnunquam etiam in ecclesiarum consuetudinem conversationis ac turbarum veritur. Magnopere commendamus sacerdotibus, ut hujusmodi mores pravos aggrediantur interdum et illam gravem, suavem et religiosam formam christianorum funerum reducere omni ope nitantur. Illa Ecclesia commendat, Rituali sancita et praescripta, ut corpus ad templum deferatur sine pompa aut apparatu, et sanctum Missae sacrificium pro defuncti requie offeratur, quam instaurari apud nos vehementer optamus, plus quam aliud quidvis valebit ad ea mala et dedecora, quae deplorandis, abolenda [1].

Und wenn schon bei der Beerdigung des Laien der äussere Pomp nicht am Platze ist, wie sollte er es bei der Beerdigung einer Klosterfrau sein!

Doch gibt es auch einen erlaubten Pomp, einen kirchlichen Pomp, den die heilige Kirche nicht verbietet, wie es aus dem Rituale Romanum, tit. de exequiis und der Constitution IX. Innocenz III. n. 10. zu entnehmen ist.

Und diesen Pomp hatte die heilige Congregation im Sinne, als sie dem Beichtvater das Begräbnissrecht der Klosterfrauen einräumte, dummodo cadaver deferatur cum stola et cruce, sed absque pompa et recto tramite.

Was von diesem kirchlich erlaubten Pompe bei der Beerdigung einer Klosterfrau gestattet ist, ist aus den Acta S. Sedis zu entnehmen, wo wir Vol. VII pg. 161 den Ausdruck absque pompa also interpretirt finden: Verba sine pompa vel sine solemni pompa idem significare, ita ut per haec verba excludatur tantum pomposa delatio funebris, quae fieri solet convocato numeroso clero saeculari

1) Acta et Decret. S. Conc. Recent. Coll. Lac. Tom. III. pg. 1242.
2) Ibid. pg. 1186.

et regulari, convocatis confraternitatibus loci etc., quae sine parochi localis interventu et emolumento fieri non possunt.

Non censeri autem pomposam funebrem delationem, si regularis defunctus associetur a solis ejusdem Conventus regularibus, ideoque neque pomposam censeri funebrem delationem defunctae monialis, si fiat per paucos numero presbyteros vel Clericos, maxime si aliquo modo ad monasterium referantur.

Gewiss immerhin wird es eine einer Braut-Christi würdige Beerdigung sein, falls sie nach dem eben Gesagten veranstaltet wird.

Gestützt auf die Acta S. Sedis pg. 170, n. 2. der Anmerkung: cui pompae — es ist im Vorhergehenden die Rede von der Beerdigung einer Klosterfrau durch ihren Beichtvater — videtur quoque opponi paupertas, qua Regulares obstringuntur, glauben wir, dass die Beerdigung einer Klosterfrau absque pompa mehr dem Geiste der heiligen Ordensregel entspreche und auch eingehalten werden sollte, als die cum pompa, welche ohne Intervention des Ortspfarrers, die selbstverständlich die Rechte des Beichtvaters nicht alteriren kann, nicht geschehen könnte.

Wie aber — so argumentiren Andere — wenn durch eine lange Zeit ein Gewohnheitsrecht, die Rechte des Beichtvaters verletzend, sich herausgebildet hat.

In diesem Falle müsste der Abusus abgeschafft und der Beichtvater in seine Rechte eingesetzt werden.

Zur Begründung des Gesagten verweisen wir auf die oben citirte Entscheidung der Cong. Ep. et Rg. in Tranen. de dto. 30. Mai 1856, wonach selbst eine fast zweihundertjährige Gewohnheit die Rechte des Beichtvaters nicht beeinträchtigen könne.

Nicht uninteressant ist die Frage bezüglich der Stola-Gebühr bei der Beerdigung einer Klosterfrau.

Wir sind der Meinung, dass der Ortspfarrer zur Eintreibung der Stola-Gebühr bei der Beerdigung einer Klosterfrau kein Recht habe.

Denn abgesehen davon, dass die Klosterfrauen von jeder Jurisdiction des Pfarrers exemt sind, hat er nicht einmal einen Titel, auf welchen hin er die Gebühr verlangen könnte. Er spendet den Klosterfrauen keine heiligen Sacramente, er pastorirt sie nicht. Und dass das jus stolae sich auf den Ausspruch des Herrn basirt: dignus est operarius mercede sua, ist ja bekannt.

Nebstdem müssen wir hier bemerken, dass das canonische Recht dem Beichtvater eines Nonnen-Klosters eine ganz unabhängige Stel-

lung sichert. Eigentlich sollte der Beichtvater — wir haben den Confessarius ordinarius im Sinne — sich nur mit den Klosterfrauen während seines Trienniums beschäftigen. Zu dessen Sustentation sind die Klosterfrauen verpflichtet.

Habitatio Confessarii licet debeat esse vicina, non tamen sit conjuncta, seu contigua monasterio, sed ab eo disjuncta, non solum per parietes, sed etiam per tecta. S. Congr. Ep. et Reg. in Arimin. 22. Januarii 1576[1]).

Unde Confessarius accipere non debet a monialibus victum, vestimentum, nec utensilia, vel lineam supellectilem, sed tantummodo annuam provisionem. S. Cong. Ep. in Bonovien. 19. Junii 1601[2]).

Confessario Monialium certa annua merces constitui debet. Quae merces, si Confessarius regularis sit, monasterio ipsius acquiritur[3]).

Der Beichtvater ist für die Klosterfrauen der Pfarrer; er spendet ihnen die heiligen Sacramente, er pastorirt sie, er beerdigt sie. Weil er nun von den Klosterfrauen nichts annehmen darf, mit Ausnahme der jährlichen Verpflegung, so ist es klar, dass die Stolagebühr hier wegfällt.

Schliesslich wollen wir noch prüfen, ob der Ordinarius loci kraft seiner Vollmacht als Apostolischer Delegat bei nicht exemten Klosterfrauen das besprochene Recht des Beichtvaters alteriren und selbes dem Ortspfarrer oder einem Dritten zudiciren könnte.

Wir glauben nicht. Die Fälle, wann dem Ordinarius loci eine Ingerenz in die Angelegenheiten eines Frauen-Klosters zukommt, sind folgende:

a. Die Constitution Gregor XIII. de dto. 28. December 1581 »Dubiis« räumt dem Ordinarius loci das Recht ein, die Klosterfrauen zu visitiren, namentlich soll er Wächter der Clausur sein.

b. Vermöge der Constitution Gregor XV. de dto. 5. Februar 1622 »Inscrutabili« kommt dem Ordinarius loci das Recht zu, von der Verwaltung des Klostervermögens sich die Rechnung zur Prüfung vorlegen zu lassen.

c. Die Bulle »Pastoralis« Benedict XIV. de dto. 5. August 1748 gibt dem Ordinarius loci das Recht, den Klosterfrauen einen Beichtvater für ein Triennium zu bestellen, und nach dem Tridentinum Sess. XXV. Cp. X. de Reg. soll er zwei- bis dreimal im Jahre den Klosterfrauen einen confessarius extraordinarius offeriren.

d. Das Tridentinum in Sess. XXV. Cp. VII. de Reg. bestellt

1) *Ferraris*, Promp. bibliot. verb. Confessarius art. IV. n. 68.
2) *Ibid.* n. 71.
3) *Bouix*, Tract. de jure Regul. tom. II. Pars V. §. II. pg. 336.

den Ordinarius als Präses bei der Wahl einer Oberin. Auch hat er das Recht, die gewählte Oberin eines seiner Jurisdiction unterstehenden Nonnen-Klosters zu bestätigen[1]).

e. Das Tridentinum Sess. XXV. Cp. III. de Reg. hat die Errichtung eines neuen Convents-Hauses eines schon bestehenden Ordens an die Einwilligung des Ordinarius geknüpft.

f. Ferner hat das Tridentinum Sess. XXV. Cp. XVII. de Reg. angeordnet, dass der Ordinarius ein doppeltes Examen mit den Candidatinnen des betreffenden Ordens und zwar vor der Einkleidung und der Profess-Ablegung abzuhalten habe.

g. Dem Ordinarius loci kommt das Recht zu, die Zahl der Klosterfrauen eines Conventes zu bestimmen, die aus den Einkünften desselben leben könnten. Synod. Trid. Sess. XXV. Cp. III. de Reg.; Constitutio Gregorii XIII. »Dec sacratis.«

h. Das Tridentinum Sess. XXV. Cp. XIX. de Reg. räumt dem Ordinarius das Recht ein, mit dem Superior des betreffenden Klosters über die Nullität einer Profess eines Regularen zu urtheilen; und die Constitution Benedict XIV. »Si datam« sagt ausdrücklich, dass diese Verordnung auch bezüglich der Klosterfrauen zu gelten habe.

Sonst halten wir die Klosterfrauen von der Jurisdiction des Diöcesanbischofes für exemt, also auch bezüglich des Begräbnisses.

Wir haben, so viel als möglich, die Argumente, die zur Klärung der eingangs aufgestellten Thesе dienen könnten, zusammengestellt und glauben uns dahin aussprechen zu müssen, dass nach dem heute geltenden canonischen Rechte das Begräbnissrecht einer verstorbenen Klosterfrau, *mag der Act cum pompa vel absque pompa, im Kloster oder auf dem Communal-Friedhofe vorgenommen werden, ihrem Beichtvater gebühre* mit dem Unterschiede, dass die Beerdigung absque pompa auch inconsulto parocho, die solenne aber, nicht ohne seine Intervention vorgenommen werden dürfe.

---

1) *Bouix*, Tract. de jure Reg. Tom. II. Pars. VI. S. III. pg. 396.

XX.

Constitutiones Capituli seu Presbyterii Metropolitani Leopollensis

Graeco-Rutheni Ritus penes Ecclesiam Archicathedralem Sancti Megalo-Martyris Georgii existentis et a Sanctissimo Domino Nostro Pio PP. IX. per breve datum Romae apud Sanctum Petrum sub annulo piscatoris die 12. Julii 1864 confirmati.

Caput I. Capitulum Metropolitanum constituit corpus morale per se subsistens, quod tamen subest ordinariae jurisdictioni Archiepiscopi Metropolitae [1]) in iis, quae pertinent ad cultum Dei, ad ecclesiasticam disciplinam, ad adjutorium in regenda Archidioecesi, ad formandos probos mores et ad ordinem in Ecclesia Archicathedrali tam quoad functiones ecclesiasticas quam quoad curam animarum promovendum [2]).

De membris Capituli Metropolitani.

1. Membra Capituli Metropolitani sunt numero decem, et quidem quinque Canonici Praelati seu Dignitates:

Archipresbyter seu Praepositus.
Archidiaconus seu Decanus.
Skevophylax seu Custos.
Scholiarcha seu Scholasticus.
Chartophylax seu Cancellarius.

Deinde alii quinque Canonici de gremio, ex quibus unus fungitur munere parochi Ecclesiae Archicathedralis Metropolitanae.

2. Praeter hos Capitulum Metropolitanum excipit quoque duodecim Canonicos honorarios.

Caput II. De idoneitate ad Canonicatus.

3. Quum Capitulum non sit refugium quietis, infirmitatis seu senectutis, nec merces eorum, qui nullum servitium Archiepiscopo Metropolitae aut dioecesi amplius praestare possunt; cum Canonici ad

1) Actor. 20. 28.
2) Conc. Trid. Sess. 24. c. 12. de reform. Sess. 6. c. 4. de reform.

Dei gloriam, ad fidei catholicae incrementum, ad animarum salutem, ad conservandam augendamque ecclesiasticam disciplinam, ad opem et auxilium Archiepiscopi Metropolitae in regenda Archidioecesi, imo quandoque ad ipsum regimen Archidioecesis sint instituti: merito qui ad Canonicatus promoventur, tales esse debent, ut suo muneri respondere possint, utque reliquo Clero Archidioecesano praefulgeant.

4. Ad Canonicatus proinde assumendi qui non solum pietate erga Deum, fidelitate erga Ecclesiam Catholicam, vitae ac morum integritate reliquo Archidioecesano Clero praeluceant, verum etiam scientiis, experientia et negotiorum pertractandorum dexteritate prae caeteris valeant [1]).

5. In gremium Capituli cooptandi non sunt nisi qui sint presbyteri saeculares coelibes aut viduati [2]).

Canonicatus vero honorarii conferri possunt etiam uxoratis presbyteris qui ob curam animarum, vel alia ecclesiastica officia in Archidioecesi recte gesta, de Ecclesia optime meriti fuerint.

Caput III. De promotione et graduatione ad Canonicatus Capituli.

6. Si stallum Canonicale in gremio Capituli vacare contigerit, exponendum est idem a Metropolitano Ordinariatu publico concursui [3]).

Archiepiscopus Metropolita Suae caes. reg. Apostolicae Majestati proponit Candidatos pro suprema nominatione.

7. In hac promotione novi Canonici Archiepiscopus Metropolita, respiciendo bonum Capituli, requiret circa propositionem suam Capitulum pro solido capitulariter dando consilio.

8. Similis procedura observanda est circa graduationem Canonicorum, vacante altiore Canonicatus gradu, ut nempe ille etiam concursui exponatur, et Suae caes. reg. Apostolicae Majestati proponatur pro nominatione ab Archiepiscopo Metropolita [4]).

Justum omnino foret, ut in graduatione ordo servetur, ne sine sufficiente causa quis a gradu inferiori praecedat jam in superiori gradu positum.

9. Primam dignitatem Archipresbyteri in Capitulo confert Sua Sanctitas, Romanus Pontifex [5]).

10. Dignitas Chartophylacis seu Cancellarii Capituli est liberae

1) Conc. Trid. Sess. 24. cap. 12. de reform. Concordat. dato 18. Aug. 1855 Art. 22.

2) Breve confirm. Capitulor. ruthenor. Leopoliensis et Premysliensis dato 12. Junii 1864.

3) Concordat. Art. 22. — 4) Concordat. Art. 22. — 5) Concordat. Art. 22.

collationis Archiepiscopi Metropolitae, confertur autem uni e Canonicis de gremio.

11. Canonici titulares honorarii nominantur a Sua caes. reg. Apostolica Majestate ad propositionem Archiepiscopi Metropolitae praeter concursum uti natura rei postulat.

Caput. IV. De investitura canonica et de introductione in Capitulum.

12. Cum ad plenam perfectamque jurium et praerogativarum Canonicis inservientium possessionem nonnisi per investituram canonicam et introductionem in Capitulum perveniatur, ideo sub utroque respectu sequentia observanda sunt:

A) Ut quamprimum Canonicus nominatus officiosam informationem de sua nominatione acceperit, pro investitura et installatione sua Archiepiscopum Metropolitam accedat, Eidem pro gratia propositionis devotum homagium redditurus, et Ejus mandata circa investituram et installationem accepturus.

B) Salutabit quoque Praepositum Capituli cunctosque Canonicos, in quorum collegium suscipi desiderat.

C) Postulans investituram et installationem providet sibi de vestitu ac decorationibus canonicalibus.

D) Die et hora praefinita, praevia Capituli invitatione peragit Archiepiscopus Metropolita in Ecclesia Archicathedrali investituram et installationem nominati honorarii vel de gremio Canonici aut Praelati juxta praescriptum ordinem installationis, cujus formula in Appendice habetur.

E) Installandus edicit professionem fidei a Canonico faciendam [1].

F) In assignando Canonico de gremio aut Praelato stallo intercedit Praepositus Capituli.

G) Finita in Ecclesia Archicathedrali installationis solemnitate, post quam installatus sive de gremio sive honorarius Canonicus S. Missam celebraverit, idemque Archipraesuli gratiarum actionem reddiderit, obtinet statuto die actus introductionis in Capitulum per Praepositum Capituli.

H) Introductus in Capitulum Canonicus spondet fidelem observantiam statutorum, obtinetque locum ac vocem in sessione capitulari, atque recipiendo concreditum sibi munus et officium inchoat idem cum Deo.

---

1) Conc. Trid. Sess. 24. cap. 12. Appendix: Ordo promotionis ad Canonicatum gradus.

I) Investiturae, installationis et introductionis in Capitulum annus, mensis et dies, nomen et cognomen recens assumpti, nec non nomina Canonicorum, qui actibus his intererant, a notario Capituli in matricula Canonicorum consignantur.

K) Tandem a Canonico in Capitulum introducto, quoad potest, brevissima biographia Praeposito exhibetur, qui eam Albo Capituli inseri curabit.

Caput V. De Canonicorum juribus honorificis.

18. Jura honorifica Canonicorum capitularium sunt:

A) Usus togae violacei coloris, cujus manicae in parte inferiori mediantibus fasciolis ejusdem materiae et coloris cum toga junguntur. Nodi togae sunt sericei, coloris violacei intertexto rubro.

B) Usus distinctorii seu crucis cum supereminente corona caesarea et inscriptione sub eadem: Capitulum Metropolitanum r. g. c. Leopoliense in lingua ruthena. In medio crucis hujus habentur effigies ex parte anteriore super encausto subaeruleo flavo imago S. Georgii Mag. Martyris inequitantis et draconem lancea fodientis, ex parte vero obversa super encausto subaeruleo flavo imago B. V. Mariae infantem Christum Dominum in manibus tenentis. Hae ovatae imagines cinguntur lamina aurea vel deaurata, ipsaque crux ornatur in linea recta et transversa decoratione cerasea, radiisque ex bractea aurea vel deaurata fabrefactis, qui intra rectam et transversam crucis partem praeeminent. Hoc distinctorium portatur in collo e vitta cerasei coloris in solemnitatibus, in quotidiano autem usu potest etiam e catena aurea vel deaurata pendente portari.

C) Usus collaris cerasei coloris.

D) Usus cinguli pro Praelatis rubri et pro Canonicis de gremio nigri coloris cum fimbriis aureis.

E) Usus annuli lapide ametisto vel alio praetioso distincti, qui penultimo manus dexterae digito aptatur.

F) Usus pileoli demissi et rotundi violacei coloris cum aurea cruce et nodulo superinsuto.

G) Praelati gaudent usu lumbaris seu *epigonatii* inter indumenta sacra e cingulo a dextra pendentis, et participationem in jurisdictione spirituali Archiepiscopi Metropolitae ad instar gladii spiritualis significantis.

H) Usus crucis capitularis, quae Capitulo praefertur, quando est in sacris, aut processionaliter procedit.

I) Usus stallorum in Ecclesia Archicathedrali.

K) Immediata praecedentia ante Archiepiscopum Metropolitam

collationis Archiepiscopi Metropolitae, confertur autem uni e Canonicis de gremio.

11. Canonici titulares honorarii nominantur a Sua caes. reg. Apostolica Majestate ad propositionem Archiepiscopi Metropolitae praeter concursum uti natura rei postulat.

Caput. IV. De investitura canonica et de introductione in Capitulum.

12. Cum ad plenam perfectamque jurium et praerogativarum Canonicis inservientium possessionem nonnisi per investituram canonicam et introductionem in Capitulum perveniatur, ideo sub utroque respectu sequentia observanda sunt:

A) Ut quamprimum Canonicus nominatus officiosam informationem de sua nominatione acceperit, pro investitura et installatione sua Archiepiscopum Metropolitam accedat, Eidem pro gratia propositionis devotum homagium redditurus, et Ejus mandata circa investituram et installationem accepturus.

B) Salutabit quoque Praepositum Capituli cunctosque Canonicos, in quorum collegium suscipi desiderat.

C) Postulans investituram et installationem providet sibi de vestitu ac decorationibus canonicalibus.

D) Die et hora praefinita, praevia Capituli invitatione peragit Archiepiscopus Metropolita in Ecclesia Archicathedrali investituram et installationem nominati honorarii vel de gremio Canonici aut Praelati juxta praescriptum ordinem installationis, cujus formula in Appendice habetur.

E) Installandus edicit professionem fidei a Canonico faciendam [1].

F) In assignando Canonico de gremio aut Praelato stallo intercedit Praepositus Capituli.

G) Finita in Ecclesia Archicathedrali installationis solemnitate, post quam installatus sive de gremio sive honorarius Canonicus S. Missam celebraverit, idemque Archipraesuli gratiarum actionem reddiderit, obtinet statuto die actus introductionis in Capitulum per Praepositum Capituli.

H) Introductus in Capitulum Canonicus spondet fidelem observantiam statutorum, obtinetque locum ac vocem in sessione capitulari, atque recipiendo concreditum sibi munus et officium inchoat idem cum Deo.

---

1) Conc. Trid. Sess. 24. cap. 12. Appendix: Ordo promotionis ad Canonicatum gradus.

L) Investiturae, installationis et introductionis in Capitulum annus, mensis et dies, nomen et cognomen recens assumpti, nec non nomina Canonicorum, qui actibus his interfuerant, a notario Capituli in matricula Canonicorum consignantur.

K) Tandem a Canonico in Capitulum introducto, quod potest, brevissima biographia Praeposito exhibetur, qui eam Albo Capituli inseri curabit.

Caput V. De Canonicorum juribus honorificis.

18. Jura honorifica Canonicorum capitularium sunt:

A) Usus togae violacei coloris, cujus manicae in parte inferiori mediantibus fasciolis ejusdem materiae et coloris cum toga jungantur. Nodi togae sunt sericei, coloris violacei intertexto rubro.

B) Usus distinctorii seu crucis cum supereminente corona caesarea et inscriptione sub eadem: Capitulum Metropolitanum r. g. c. Leopoliense in lingua ruthena. In medio crucis hujus habentur effigies ex parte anteriore super encausto subaeruleo flavo imago S. Georgii Mag. Martyris inequitantis et draconem lancea fodientis, ex parte vero obversa super encausto subaeruleo flavo imago B. V. Mariae infantem Christum Dominum in manibus tenentis. Hae ovatae imagines cinguntur lamina aurea vel deaurata, ipsaque crux ornatur in linea recta et transversa decoratione cerasea, radiisque ex bractea aurea vel deaurata fabrefactis, qui intra rectam et transversam crucis partem praeeminent. Hoc distinctorium portatur in collo e vitta cerasei coloris in solemnitatibus, in quotidiano autem usu potest etiam e catena aurea vel deaurata pendente portari.

C) Usus collaris cerasei coloris.

D) Usus cinguli pro Praelatis rubri et pro Canonicis de gremio nigri coloris cum fimbriis aureis.

E) Usus annuli lapide ametisto vel alio praetioso distincti, qui penultimo manus dexterae digito aptatur.

F) Usus pileoli demissi et rotundi violacei coloris cum aurea cruce et nodulo superinsuto.

G) Praelati gaudent usu lumbaris seu *epigonatii* inter indumenta sacra e cingulo a dextra pendentis, et participationem in jurisdictione spirituali Archiepiscopi Metropolitae ad instar gladii spiritualis significantis.

H) Usus crucis capitularis, quae Capitulo praefertur, quando est in sacris, aut processionaliter procedit.

I) Usus stallorum in Ecclesia Archicathedrali.

K) Immediata praecedentia ante Archiepiscopum Metropolitam

in processionibus, et immediata assistentia in sacris Archiepiscopo Metropolita celebrante.

L) Titulus: »Reverendissimus Dominus,« Vsečestnyšy Hospodyn.

M) Canonici sedentes in choro thurificandi sunt ex antiquo usu a Diaconis triplici ductu.

N) Canonicis porrigitur s. Evangelium in introitu cum eodem et post lectionem item s. patena in missa post communionem ad osculandum.

14. Jura vero honorifica Canonicorum honorariorum sunt:

A) Usus distinctorii.

B) Usus cinguli nigri coloris cum aureis fimbriis.

C) Usus annuli.

D) Usus collaris cerasei coloris.

E) Usus pileoli violacei.

F) Titulus: »Reverendissimus Dominus.«

Caput VI. De obligationibus Capituli et Canonicorum in genere.

15. Quum Capitulum Metropolitanum constituat corpus morale, per se subsistens, quod tamen subest ordinariae jurisdictioni Archiepiscopi Metropolitae in iis, quae pertinent ad cultum Dei, ad ecclesiasticam disciplinam, ad adjutorium in regenda Archidioecesi, ad formandos probos mores et ad ordinem in Ecclesia Archicathedrali tam quoad functiones ecclesiasticas, quam quoad curam animarum promovendam; tenentur proinde Capitulares praestare Archiepiscopo Metropolitae obedientiam ac venerationem, et quidem eo accuratiorem, quia Clerus capitularis exemplo suo praelucere debet toti Clero Archidioecesano, et quia Ecclesia Archicathedralis tamquam speculum et Capitulares tamquam exemplum Cleri totius Archidioecesis spectandi sunt.

Proinde Capitulum et Capitulares tenentur:

A) Quoad divina officia:

A) Cultum divinum et functiones sacras in Ecclesia Archicathedrali exacte, ordinate et exemplariter ad aedificationem populi promovendam peragere, sicque etiam in eodem reliquo Clero Archidioecesano facem praeferre.

B) Omnibus festivitatibus, quibus Archiepiscopus Metropolita solemniter celebrat, Eundem in porta Ecclesiae Archicathedralis excipere, et tunc primus Praelatus porrigit Ipsi aspergillum cum osculo manus.

C) Archiepiscopum Metropolitam ad altare euntem praecedere, Eidem Pontificanti *concelebrare*, et ad altare assistere, et

D) Finitis sacris Archiepiscopum Metropolitam ex Ecclesia concomitari.

E) Quando Archiepiscopus Metropolita privatim s. Missam legit vel Pontificalia extra S. Liturgiam officia exercet, ministrant Eidem duo Canonici assistentes.

F) Si Archiepiscopus Metropolita solemniter pontificando confert s. Ordines, assistunt Eidem omnes Capitulares [1]), si vero privatim s. Missam legendo s. Ordines confert, debetur Eidem assistentia duorum Canonicorum.

G) Imo non tantum in Ecclesia Archicathedrali, sed etiam in aliis Ecclesiis intra civitatem, ad quas Archiepiscopus Metropolita accedit ad pontificales functiones exercendas, tenentur Capitulum et Capitulares concelebrare et assistere.

Attamen extra civitatem non obligatur totum Capitulum pontificanti Archiepiscopo Metropolitae assistere.

H) Archiepiscopo Metropolitae celebraturo debet Capitulum e sacristia Archicathedrali subministrare s. paramenta Pontificalia, quae a Praedecessoribus comparata erant; post decessum enim cujusvis Archiepiscopi Metropolitae excipiuntur a Capitulo ornamenta et vestes pontificales ab Eo comparatae, et consignantur in inventario Capituli, quae omnia veluti sacristiae Episcopali propria erunt habenda [2]).

B) Quoad Archidioecesana negotia.

Cum capitulum instar senatus seu consilii Archiepiscopi Metropolitae, singuli vero Canonici Capitulares veluti nati Consiliarii Ejusdem spectandi sunt, qui Eum opera et officio juvare tenentur [3]), ideo Capitulum et Capitulares obligantur:

A) Praestare Archiepiscopo Metropolitae quoad negotia Archidioecesana, in quibus de jure ecclesiastico requiritur, consilium vel consensum, quem in finem Archiepiscopus Metropolita potest Capitulum convocare, in sessionibus ejus primum locum occupare, negotia proponere, vota exquirere, et juxta eadem concludere: Ipse autem Archiepiscopus Metropolita in sessionibus Capituli non habet votum [4]).

1) Conc. Trid. Sess. 24. cap. 12. de reform.
2) Concordat. Art. 21.
3) Conc. Trid. Sess. 24. cap. 12. de reform.
4) Trident. Sess. 25. cap. 6. de reform.

B) Qua Consiliarii et Referentes Consistorii Metropolitani, item qua membra judicii matrimonialis et disciplinaris aliarumque Curiarum obligantur Capitulares:

α) Sessionibus Consistorii judiciorum et curiarum interesse, et si quidam impediti fuerint, absentiam suam Archiepiscopo Metropolitae indicare [1]);

β) in dictis sessionibus consilia et vota sua libere ac sine partium studio depromere;

γ) injuncta negotia ecclesiastica Archidioecesana explere, ut bono religionis, Ecclesiae ac civitatis consulatur;

δ) in visitanda Archidioecesi Archiepiscopo Metropolitae comites esse [2]), imo se gerere visitatores eorum locorum, quae ipse non visitaverit, in quibus tamen Capitulum ad expensas non tenetur ob exiguitatem suorum proventuum;

ε) ad Seminarii visitationem sese praebere;

ς) praeesse examinibus publicis auditorum s. Theologiae [3]).

C) Quoad statuta Capituli.

Capitulum et Capitulares tenentur sub vigili oculo Archiepiscopi Metropolitae statuta Capituli stricte observare [4]), nec possunt antiqua statuta Capituli sine consensu Archiepiscopi Metropolitae immutare, novaque facere, si quidem omnia ad regulam vitae Capitularium pertinentia dependent a confirmatione et ratihabitione Archipraesulis, imo Archiepiscopo Metropolitae competit jus [5]) Capitulum visitandi, et observationem statutorum ac legum ecclesiasticarum urgendi. Proinde Archiepiscopus Metropolita exigere potest ut sibi exhibeatur liber, in quo adnotantur resolutiones capitulares, ne fiant statutis Capituli contraria.

D) Quoad peculium Capituli.

In Capituli peculio commutando aut alienando servandae sunt Canonicae sanctiones.

Caput VII. De Praelatis seu Dignitatibus eorumque obligationibus specialibus.

16. Praelati seu Dignitates stallis in Ecclesia Archicathedrali et vocibus in Capitulo reliquis Canonicis de gremio praecedentes tenent inter se ordinem sequentem:

1) Trident. Sess. 24. cap. 12. de reform.
2) Trident. Sess. 25. cap. 6. de reform.
3) Conc. Trid. Sess. 24. cap. 18. de reform.
4) Trident. Sess. 6. cap. 4. de reform.
5) Trident. Sess. 6. cap. 4. de reform.

Archipresbyter seu Praepositus primum,
Archidiaconus seu Decanus secundum,
Skevophylax seu Custos tertium,
Scholiarcha seu Scholasticus quartum,
Chartophylax seu Cancellarius quintum.

Post Praelatos occupant stalla in Ecclesia Archicathedrali et vocem in Capitulo Canonici de gremio secundum ordinem et tempus promotionis suae ad Capitulum.

17. Archipresbyter seu Praepositus Capituli, habens in Ecclesia, in Capitulo et in Processionibus prae caeteris Capitularibus primam auctoritatem et tenens clavum omnium negotiorum Capituli:

A) Assistit Archiepiscopo Metropolitae celebranti primus a Dextera et exequitur id, quod primus Presbyter juxta praescripta Pontificalis seu *Archieratici* in officiis divinis peragere tenentur.

B) Capitulo celebrante aut sede Metropolitana vacante primas partes sacrarum functionum obit, ast cedit has partes si forte alius Praelatus charactere Episcopali aut usu Pontificalium insignitus esset.

C) Exactissimam officiorum divinorum functionem et chori disciplinam tuetur, solliciteque intendit, ut cultus divinus a Canonicis et clero curato Archicathedrali obeundus devote et praescripto ordine ac statutis horis conformiter *typico* peragatur, urgetque accuratam obligationum in Ecclesia Archicathedrali fundatarum expletionem.

D) Novos Canonicos etiam Praelatos in stalla seu chorum et in Capitulum introducit, et vita functos sepelit.

E) Excipit mandata Archiepiscopi Metropolitae nec non decreta caes. reg. regiminis, porro scripta aliarum caes. reg. instantiarum vel aliunde ad Capitulum directa, eidem pro rerum natura aut scripto aut in sessionibus capitularibus communicat, et quae desuper agenda fuerint proponit.

F) Omnibus viribus conatur, ne disciplina ecclesiastica inter Capitulares et clerum curatum Archicathedralem languescat, curatque ut statuta Capituli inviolabiliter serventur nec in desuetudinem habeant, utque confratrum concordia foveatur.

G) Canonicorum moribus immediate et Cleri curati Archicathedralis mediante Parocho Canonico invigilat et delinquentes inter fraternae admonitiones et correctionis limites commonet.

H) Ad pertractanda negotia Capituli gravioris et majoris momenti sessionis Capitularium convocat, quibus vi dignitatis et auctoritatis suae ipse praesidet, deliberationem dirigit, decreta vel ex

B) Qua Consiliarii et Referentes Consistorii Metropolitani, item qua membra judicii matrimonialis et disciplinaris aliarumque Curiarum obligantur Capitulares:

α) Sessionibus Consistorii judiciorum et curiarum interesse, et si quidam impediti fuerint, absentiam suam Archiepiscopo Metropolitae indicare [1];

β) in dictis sessionibus consilia et vota sua libere ac sine partium studio depromere;

γ) injuncta negotia ecclesiastica Archidioecesana explere, ut bono religionis, Ecclesiae ac civitatis consulatur;

δ) in visitanda Archidioecesi Archiepiscopo Metropolitae comites esse [2], imo se gerere visitatores eorum locorum, quae ipse non visitaverit, in quibus tamen Capitulum ad expensas non tenetur ob exiguitatem suorum proventuum;

ε) ad Seminarii visitationem sese praebere;

ζ) praeesse examinibus publicis auditorum s. Theologiae [3].

C) Quoad statuta Capituli.

Capitulum et Capitulares tenentur sub vigili oculo Archiepiscopi Metropolitae statuta Capituli stricte observare [4], nec possunt antiqua statuta Capituli sine consensu Archiepiscopi Metropolitae immutare, novaque facere, si quidem omnia ad regulam vitae Capitularium pertinentia dependent a confirmatione et ratihabitione Archipraesulis, imo Archiepiscopo Metropolitae competit jus [5] Capitulum visitandi, et observationem statutorum ac legum ecclesiasticarum urgendi. Proinde Archiepiscopus Metropolita exigere potest ut sibi exhibeatur liber, in quo adnotantur resolutiones capitulares, ne fiant statutis Capituli contraria.

D) Quoad peculium Capituli.

In Capituli peculio commutando aut alienando servandae sunt Canonicae sanctiones.

Caput VII. De Praelatis seu Dignitatibus eorumque obligationibus specialibus.

16. Praelati seu Dignitates stallis in Ecclesia Archicathedrali et vocibus in Capitulo reliquis Canonicis de gremio praecedentes tenent inter se ordinem sequentem:

1) Trident. Sess. 24. cap. 12. de reform.
2) Trident. Sess. 25. cap. 6. de reform.
3) Conc. Trid. Sess. 24. cap. 18. de reform.
4) Trident. Sess. 6. cap. 4. de reform.
5) Trident. Sess. 6. cap. 4. de reform.

Archipresbyter seu Praepositus primum,
Archidiaconus seu Decanus secundum,
Skevophylax seu Custos tertium,
Scholiarcha seu Scholasticus quartum,
Chartophylax seu Cancellarius quintum.

Post Praelatos occupant stalla in Ecclesia Archicathedrali et vocem in Capitulo Canonici de gremio secundum ordinem et tempus promotionis suae ad Capitulum.

17. Archipresbyter seu Praepositus Capituli, habens in Ecclesia, in Capitulo et in Processionibus prae caeteris Capitularibus primam auctoritatem et tenens clavum omnium negotiorum Capituli:

A) Assistit Archiepiscopo Metropolitae celebranti primus a Dextera et exequitur id, quod primus Presbyter juxta praescripta Pontificalis seu *Archieratici* in officiis divinis peragere tenentur.

B) Capitulo celebrante aut sede Metropolitana vacante primas partes sacrarum functionum obit, ast cedit has partes si forte alius Praelatus charactere Episcopali aut usu Pontificalium insignitus esset.

C) Exactissimam officiorum divinorum functionem et chori disciplinam tuetur, solliciteque intendit, ut cultus divinus a Canonicis et clero curato Archicathedrali obeundus devote et praescripto ordine ac statutis horis conformiter *typico* peragatur, urgetque accuratam obligationum in Ecclesia Archicathedrali fundatarum expletionem.

D) Novos Canonicos etiam Praelatos in stalla seu chorum et in Capitulum introducit, et vita functos sepelit.

E) Excipit mandata Archiepiscopi Metropolitae nec non decreta caes. reg. regiminis, porro scripta, aliarum caes. reg. instantiarum vel aliunde ad Capitulum directa, eidem pro rerum natura aut scripto aut in sessionibus capitularibus communicat, et quae desuper agenda fuerint proponit.

F) Omnibus viribus conatur, ne disciplina ecclesiastica inter Capitulares et clerum curatum Archicathedralem languescat, curatque ut statuta Capituli inviolabiliter serventur nec in desuetudinem habeant, utque confratrum concordia foveatur.

G) Canonicorum moribus immediate et Cleri curati Archicathedralis mediante Parocho Canonico invigilat et delinquentes inter fraternae admonitiones et correctionis limites commonet.

H) Ad pertractanda negotia Capituli gravioris et majoris momenti sessionis Capitularium convocat, quibus vi dignitatis et auctoritatis suae ipse praesidet, deliberationem dirigit, decreta vel ex

unanimi vel e majoris partis sententia format, atque providet, ut sine cunctatione expediantur ac executioni mandentur.

D) Quodsi causa ita urgens esset, ut ad Capitulum deferri non posset, saltem unum alterumque Praelatum in consilium ad eam definiendam sibi adsciscet.

K) Jura, privilegia, peculium et possessiones Capituli tuetur et defendit.

L) Cum circa administrationem peculii Capituli invigilat, eidem in hoc negotio commissas habentes partes, Canonici immediate subsunt, quatenus instructio a Capitulo pro hac administratione data exacte et fideliter observetur.

M) Nuspiam licet eidem sine scitu et consilio Capituli quidpiam de peculio Capituli ordinare, ex eodem extraordinarias expensas facere, illudque quocumque modo onerare.

N) Peculii et cassae capitularis curam gerens, omnem impendet operam, ut rationes reddituum et expensarum capitularium annue Capitulo exhibeantur.

O) Una cum Notario capitulari omnia documenta et expeditiones in rebus Capituli edendas nominis sui subscriptione et sigilli ab ipso asservandi, si opus est, impressione munit.

P) Traditiones cassae capitularis, registraturae, archivi et sacristiae Archicathedralis nec non revisiones actorum mediantibus Canonicis sub ejus vigili oculo fiunt, ordinatque revisionem cassae, quoties ei visum fuerit.

Q) Conservationi et ordini registraturae, item archivi protocollorum sessionalium nec non protocolli gestorum capitularium sedulo invigilat.

R) Adlaborat, ut matricula, Album et liber memorabilium Capituli a Notario texantur.

S) Quodsi Archipresbyter infirmitate aut longiori absentia impeditus fuerit, aut Archipresbyteratus vacaverit, ejus vices provisorio modo ordine proximus Praelatus subit, in sua subscriptione notans: »Archipresbytero impedito« aut »vacante Archipresbyteratu«.

T) Si vero Archipresbyter senectute confectus, vel aliam ob causam ad officia muneris sui saluberiter explenda inhabilis redderetur, consentiente Archipraesule per totius Capituli electionem Vicarius Praepositus constituatur, qui obtenta Ordinarii approbatione omnia Praepositi officia in se suscipit.

18. Archidiaconus seu Decanus Capituli supplet absentis seu impediti seu demortui Archipresbyteri quoad praesidentiam in Capitulo vices, secundus celebranti Archiepiscop Metropolitae e sinistra

assistri, atque ea, quae Archidiaconi sunt juxta praescripta Pontificalis seu *Archieratici* exsequitur, nec non tempore collationis s. Ordinum juxta ritum ea peragit, quae pro Archidiacono praescripta sunt.

19. Skevophylax seu Custos:

A) Gerit curam Ecclesiae Archicathedralis nec non rerum in ea contentarum, librorum, vestimentorum, paramentorum, vasorum et supellectilis ecclesiasticae, ut recto ordine omnia asserventur et integra conserventur, necessarias vero reparationes eorum, quae vitiata fuerint tempestive ordinentur, utque mundities in altaribus, in sacristiis, intra et extra aedificium Ecclesiae Archicathedralis quoad vasa, ornamenta, vestimenta et reliquos apparatus ecclesiasticos observetur;

B) inspicit, ut lampades, candelae, thymiama, aqua, vinum et *prosphorae* procurentur;

C) Custodit res majoris pretii et thesaurum Ecclesiae;

D) solertissime intendit asservationi s. Reliquiarum et praeprimis s. Eucharistiae.

E) Sedulo invigilat, ne quid furtim ex Ecclesia et sacristiis auferatur;

F) Asservat inventaria rerum Ecclesiae Archicathedralis, et novos accessus praenotari curat;

G) Denique intendit, ut officia divina praescripto tempore absolvantur, ritusque et ceremoniae sedulo serventur. Proinde invigilat Cantoribus Ecclesiae Archicathedralis, nec non alumnis Seminarii, ut ad augendam gloriam Dei et fidelium aedificationem omnia rite et devote intonentur, ut canendo alter alteri sese accommodet, ne aedificatio fidelium turbetur, quin potius suavi harmonia forma coelestis illius Jerusalem adumbretur, cujus beati cives Deum sine itermissione suavissime collaudant, ut denique omnia distincte ad eo faciliorem intelligentiam legantur, ac devotio et decentia in choro Cantorum inter divina officia conservetur, quod quidem eo magis in ritu graeco-ruthено observandum est, quia in eodem musicae ecclesiasticae locus non datur.

20. Scholiarcha seu scholasticus de regula ex nominatione Suae caes. reg. Apostolicae Majestatis fungitur munere supremi scholarum nationalium Inspectoris per Archidioecesim.

Officia ejus qua supremi Inspectoris scholarum nationalium et qua Referentis Consistorii Metropolitani in rebus has scholas attinentibus, definiuntur legibus patriis.

Cum munus Scholastici et supremi scholarum nationalium Inspectoris gravissimum sit, quia maxime versatur in tenerae juven-

tutis educatione, a qua et domestica et publica Civitatis ac Ecclesiae salus dependet, inde suapte intelligitur, Scholasticum oportere esse virum, qui in negotio educationis bene versatus sit et omni viriuni intensione enitatur, ut postposito omni humano respectu, scholis praeceptores praeficiantur, qui et morum probitate et religionis amore et instituendi dexteritate conspicui sint. Scholastici est:

A) Scholas visitare et examinibus publicis adesse imprimis artis catecheticae, methodicae et praeparandiae;

B) Invigilare, ut quivis animarum Curatus juventuti in schola nationali doctrinam religionis exponat seu catechizet.

C) Ad procurandos bonos Cantores in instituto eorum penes Ecclesias Archicathedralem et civitatensem Obdormitionis B. V. Mariae, nec non in praeparandia doctrinam cantus et rithalium ecclesiasticorum promovere.

21. Chartophylax seu Cancellarius.

A) Invigilat, ne Capitulum quodnam suorum privilegiorum, jurium aut sui peculii jacturam patiatur, vel odiosis et sumptuosis litibus implicetur, archivo et registraturae Capituli, ut omnia diplomata originalia antiquiora, item fundationalia, decisionesque sive politicae sive judiciales imo etiam exemplaria, acta Capituli antiquiora et recentiora, rationes annuae nec non inventaria in bonum ordinem redacta diligenter asserventur.

B) Texit omnium scriptorum indicem nominalem et materialem, ut haud difficulter omni momento ex archivo erui possint, quae sunt necessaria;

C) Chartas tineis vel mucore corrosas vel diuturno usu attritas purgari et si opus est denuo describi et compingi curat;

D) Invigilat, ne disjectione scriptorum vel improvida eorum communicatione Archivium et registratura confundantur, aut plane aliquid exinde alienetur.

E) Licet Confratribus usus Archivi denegari nequeat, nulli tamen sine reversalibus literis vel minimum inde communicabit, quod eo magis rigide observandum est, quando alicui extraneorum aliquid communicatur, quod tamen sine speciali licentia Praepositi Capituli nunquam fieri potest.

F) Acta diligenter perscrutetur, ut quoties necessitas tulerit, exquisitam a Capitulo notitiam semper in promptu habeat.

G) Claves archivi et scriniorum domi suae sollicite servabit, nisi Praepositus Capituli aliter disposuerit.

H) Archivarii vigilantiae etiam bibliotheca Archicathedralis committitur, qui eandem curam conservationi, integritati et ordini illius

impendet, sicuti Archivo et iisdem tenebitur normis, quae Bibliothecariis in genere praescribi solent.

Reliqua officia et negotia capitularia inter ea, quae sunt Dignitatum non specificata, committenda sunt Canonicis Capitularibus de gremio, qui eadem explere debent.

Caput VIII. De Capituli et Canonicorum obligationibus quoad persolvenda Divina officia, quoad ecclesiasticas functiones et quoad Chori disciplinam.

22. Inter obligationes Capituli et Canonicorum primum et eminentissimum occupant locum officia divina et ecclesiasticae functiones, monente Psalte Regio »Voluntarie sacrificabo tibi et confitebor »nomini tuo Domine, quoniam bonum est[1]«; porro s. Apostolo Paulo docenti: »Commonentes vosmetipsos psalmis hymnis et canticis spiri»tualibus, in gratia cantantes in cordibus vestris Deo[2]«; denique mandante Christo Domino: »Hoc facite in meam commemorationem[3].«

Ex antiqua praxi, firmata ordinatione p. f. Archiepiscopi Metropolitae Antonii Angelowicz incipiunt Divina officia in Ecclesia Archicathedrali diebus ferialibus matutina hora sexta, diebus Dominicis et minorum festorum, quinta cum dimidio, diebus majorum festorum hora quinta, vespertinum autem post meridiem diebus ferialibus, dominicis et minorum festorum hora tertia, diebus vero majorem festoram item titularium Ecclesiae Archicathedralis, dominicis quadragesimae hora quarta, in festo autem Paschae hora quinta.

Dato campanarum signo conferunt sese Canonici in vestitu et decoratione Canonicali in Ecclesiam Archicathedralem ad exemplum Psalmistae cum gaudio[4]), ingressique in Presbyterium exhibent sacrosanctae Eucharistiae profundissimam adorationem, posthac occupant stalla sua, invicem sese salutantes.

Advenientem Archiepiscopum Metropolitam surgentes excipiunt Canonici praestando ei suam venerationem corporis inclinatione.

Praesentia Canonicorum in Domo Dei quam decet sanctitudo in longitudinem dierum[5]) sit honesta, devota, gravis et intuentibus grata, ut reliquus Clerus et populus fidelis ad devotionem excitentur. Absint colloquia, discursus, joci, risus, omnes indecentes actus et gestus, elatus animus ac hypocritica simulatio, sed sint tota mente intenti Divinis, nec citra necessitatem ante terminata Divina egrediantur ex Ecclesia.

---

1) Psalm. 53, 8. — 2) Col. 3, 16. — 3) Luc. 22, 19. — 4) Psalm. 121, 1.
5) Psalm. 92, 5.

Capitulum et speciatim Praepositus eius nec non Parochus Archicathedralis invigilare debent, ut in Ecclesia Archicathedrali, quae est speculum reliquarum Ecclesiarum per totam Archidioecesim, Divina officia et ecclesiasticae functiones tum a Canonicis, tum a Clero curato, Capitulum in absolvendis divinis adjuvante, tum a Cantoribus utriusque Chori accurate ad praescripta *typici* absolvantur, in mentis et cordis ad Deum elevatione, in Beatissimae et Immaculatae Virginis et Dei Genitricis Angelorum et omnium Sanctorum veneratione, cum omni modestia, devotione ac gravitate, nec perfunctorie, ut lecantur et cantentur omnia voce distincta et bene articulata, non affectata, tum grato, naturali, sublimi et oblectante [1]), ut evitentur festinatio et praecipitantia, nec non tarditas et prolixitas, utque denique ambo Chori alternis vicibus in lectionibus et decantationibus conformiter sese excipiant.

Initio nascentis Ecclesiae tam clerus quam populus fidelis in sacris simul ad exemplum Christi et Apostolorum [2]) decantabant; posthac tamen propter harmoniam et symphoniam cantus seligebantur inter populum distincta cantores [3]), sub quorum manuductione etiam reliqui fideles in cantu participabant. Tanto magis est id Cleri ad Divina officia peragenda principaliter vocati, inter quem praecipuas partes tenentes Canonici in choris suis hymnis et canticis Dei nomen reverenter, distincte et devote laudare tenentur [4]).

Capitulum et Canonici obligantur interesse divinis officiis et ecclesiasticis functionibus diebus dominicis et festivis sicuti etiam solemnitatibus extraordinariis et vigiliis ac *horis regiis*, quas cum Clero curato Archicathedrali absolvunt, vel Canonicus Parochus Archicathedralis vel eo aegrotante unus ex aliis Canonicis vel ipse Archiepiscopus Metropolita assistente et *concelebrante* Capitulo, vel Archiepiscopo Metropolita impedito, absente aut sede vacante, totum Capitulum.

In specie autem tenentur Canonici diebus dominicis et festivis per turnum:

A) sexta antemeridiana hora primariam s. Missam legere,

B) diebus dominicis hora nona cum dimidio solemnem s. Missam decantare, quam minoribus festivitatibus decantat Canonicus Parochus.

C) Praeterea Canonici diebus dominicis et festivis post homiliam et post matutinum excipiunt sese cum lecta s. Missa. Omnibus

1) Eccles. 35. — 2) Matth. 26, 30. — 3) Conc. Laodicen. can. 15.
4) Trident. Sess. 24. cap. 12. de reform.

autem aliis anni diebus, in quibus secundum ritum *Ruthenorum* Missa celebratur, licet in Missa conventuali speciatim commemorati pro Benefactoribus in genere.

Tempore quadragesimae obligantur Canonici interesse s. Liturgiae praesanctificatorum nec non aliis solemnioribus quadragesimalibus functionibus, et in iis absolvendis participare.

Canonici majestate et sanctitate divinorum officiorum et ecclesiasticarum functionum perciti, nonnisi summa cordis humilitate et contritione iisdem intersunt, vel eadem peragunt, ne feriantur maledictione, opus Dei negligenter facientium [1]).

Eadem exemplaris devotio incumbit Canonico, qui ad aliam Ecclesiam urbanam vel ruralem pro augenda officiorum Divinorum solemnitate invitatus, sacra peragit, ut exinde fideles eo majorem fructum et aedificationem percipiant.

Neque deesse possunt Canonici festis titularibus Ecclesiae Archicathedralis et aliis extraordinariis solemnitatibus ex antiquissimo more ad praedicationem verbi divini.

Diebus ferialibus peraguntur officia divina et functiones ecclesiasticae statuto tempore et ordine a Clero curato Archicathedrali redituum Capituli sustentato in domibus ejus penes Ecclesiam Archicathedralem locato et in juvamen Capituli adscito. Quum omnes et singuli Canonici ob gravia munia Consistoriorum et Referentum Consistorialium in utilitatem amplissimae sanc Metropolitanae Archidioecesis nequeant quotidie diebus ferialibus choro assistere, statuitur ut chorale servitium praestet feriatibus diebus unus Canonicorum, semel excipientem hebdomadam ex turno, qui Divina Officia et ecclesiasticas functiones absolvendas per Clerum curatum Archicathedralem moderatur. Reliquis autem Canonicis intersint et Sacram Liturgiam legant illi, quibus id possibile erit; secus vero horas canonicas privatim domi recitent, a quibus in Ecclesia absolvendis dispensat etiam Tipicon, reservando eos ad persolvendum *in cubili*, utpote excusati a rigore quem statuit Concilium Tridentinum (Sess. XXIV. cap. 12.) [2]), multitudine laborum quos in tractandis variis causis ecclesiasticis qua membra Consistorii in Ecclesiae et hujus amplissimae Archidioecesis Metropolitanae utilitatem impendunt.

Diebus anniversariorum pro fundatoribus aut benefactoribus cantatur officium defunctorum cum s. Missa a Parocho Canonico cum Clero curato Archicathedrali, comparentibus et participantibus aliis Canonicis.

---

1) Jerem. 48, 10. — 2) Sess. 24. cap. 12. de reform.

Cum clerus curatus Archicathedralis in peragendis Divinis officiis et ecclesiasticis functionibus habet partes ad juvandos Canonicos, ideo subjungitur:

Regulatio Cleri Archicathedralis Curati.

1. Clerus Archicathedralis componitur ex sequentibus personis nimirum binis Vicariis concionatoribus Vicario poenitentiario, binis Vicariis cooperatoribus, et Vicario sacristiae Praefecto.

2. Mox specificata individua Cleri Archicathedralis:

A) habitant penes Ecclesiam Archicathedralem in domo Capitulari.

B) Comparandum habent sibi victum et amictum a suo salario et proventibus parochialis cassae ita tamen, ut domi comedant.

C) Communem habent calefactionem e proventibus cassae parochialis comptam, ex quibus etiam praestant suas dationes pro Alumnatico, pro impressione currendarum et pro bono Archidioecesis.

3. Omnes quavis die integrae, matutinae et vespertinae devotioni in Ecclesia Archicathedrali aderunt, et per turnum hebdomadarii officium in Ecclesia quoad devotiones celebrandas obibunt, nimirum: matutinum, horas, cantatum Missae sacrificium et vesperas.

4. Parochus Archicathedralis, qui semper de gremio Capituli esse debet, est reliqui cleri ad Ecclesiam Archicathedralem constituti immediatus praepositus; cujus mandatis quivis parere tenebitur quoad obeundas functiones et obligationes curam animarum respicientes: hujus officia in sequentibus consistent, ut

A) sollicitudinem adhibeat, quatenus curae animarum debite providentur et omnes parochiales obligationes rite et prompte adimpleantur,

B) invigilet vitae rationi et moribus cleri Archicathedralis sibi subordinati, fraternis admonitionibus et exhortationibus insistat, eaeque si non prosint pro ulterioribus adhibendiis mediis Capitulo referat.

C) Oeconomiae domesticae et omnibus domus necessitatibus rite et tempestive provideat, calefactionem cubiculorum procuret, commoditati subjectorum in casu infirmitatis stundeat.

D) Rationes expensarum regulariter duci curet.

E) Libros matricales, acta omnia, et protocolla parochialia apud se rite conservet, et omnia ita instituat, ut exemplo suo omnibus reliquis parochis in Archidioecesi praeluceat.

5. Inter clarum Archicathedralem sequens erit ordo, primum: post Parochum, sequetur Concionator designatione primus, tum Concionator designatione secundus, dein Poenitentiarius, deinde operatores et tandem sacristiae Praefectus.

6. Concionatores simul ac [illegible] anno alternatim jam diebus dominicis, jam diebus festivis sermones sacros majori studio ad regulas eloquentiae elaboratos ad populum instituent: ut perinde quivis tanto majorem dexteritatem in quovis sermonum materiarumque genere hauriscatur. Quare concionatoris pro tempore festivali officium in eo consistet, ut

1) quovis festo sermonem sacrum in quacunque forma antea conscriptum e sacro suggestu ad populum dicat.

2) Alumnis domus presbyteralis theoriam rituum sacrorum statutis horis explanet et eorumdem sermones sacros conscriptos [illegible] quam dicantur, emendet.

3) Si parochus aut absens, aut morbo, aut alia legitima causa praepeditus foret ejus vices suppleat in illis, quae curam animarum respiciunt.

4) Bibliothecae Archicathedralis sub manuductione Chartophylacis seu Cancellarii curam habeat eamque in bona ordine conservet.

7. Concionatori pro tempore dominicali incumbit:

A) sermones sacros diebus dominicis ad populum dicere,

B) Alumnos domus presbyteralis in praxi sacrorum rituum et administratione sacramentorum informare: et quomodo quis profecerit attestari.

8. Concionatorum pro tempore festivali et dominicali erit, ut primus diebus dominicis, alter diebus festis poenitentium confessiones una alterave hora excipiat. Uterque etiam adhibere operam debet, ut per praxim excultus opusculum aliquod sive sermones sacros sive explanationem rituum sacrorum contentis eruditos, ut iidem typis mandari et pro utilitate cleri per Archidioecesim distribui possit; atque ideo quivis concionatorum obligatur, sermones sacros a se rite conscriptos Archivio parochiali reponere.

9. Poenitentiarii seu confessarii officium in eo consistit, ut:

A) quotidie ad excipiendam confessionem sacram sit paratus, et hocce spirituale obsequium nemini reluat, atque ideo *B)* omni die festo et dominico integre matutino tempore poenitentes in confessionali praestoletur, *C)* idem presbyteris hue recollegendi spiritus ad Archicathedram venientibus accommodatas exhortationes dare tenebitur, omnem adhibendo operam, ut haeves suos ut pravitatem dig-

noscant et efficacissima ad emendandos defectus sibi suppeditata media adhibeant; *D)* alumnis domus presbyterialis designato tempore relectiones de status sacerdotalis dignitate eiusdemque officiis et obligationibus tradet, praecipue vero illis, qui primo ad suscipiendos ordines sacros esse praeparant.

10. Cooperatoris utriusque Ecclesiae Archicathedralis obligationes ad id referuntur, ut *A)* parocho in cura animarum ferant juvamen; *B)* juxta illius dispositionem sive sacramentorum administrationem, sive visitationem infirmorum, sive quaecunque obsequia spiritualia praestent; *C)* primus eorum alumnos domus presbyterialis in lectione et recitandis juxta ritum Ecclesiae precibus, alter in cantu ecclesiastico instruet.

11. Praefectus sacristiae curam habeat oportet, ut *A)* necessarius ordo in sacristia servetur; *B)* inventarium suppellectilis ecclesiasticae prae oculis habeat et respondere teneatur de damnis forte illatis; *C)* paramenta et vasa sacra juxta praescripta ritualia praeparari curet, et *D)* attendere obligatur, ut vinum, hostiae, cerei et his similia procurentur; *E)* munditiei quoad vestes et paramenta ecclesiastica studeat; *F)* invigilet, ut obligationes fundationes a quovis rite absolvantur, et officia divina praescripta statuto celebrentur. Porro

12. Obligationes fundationis continentur sequentibus:

A) Omni hebdomada celebranda veniunt sacrificia missae per clerum Archicathedralem triginta, adeoque per annum mille quingenta seraginta, et quidem: Pro animabus Michaëlis et Petri Prymowicze ac eorumdem consanguineorum hebdomatim decem, annuatim quingenta viginti. Pro animabus Joannae Vastrzebska et illius sanguine junctorum hebdomatim tria annue centum quinquaginta sex. Pro animabus Leonis Szeptycki Metropolitae et illius consanguineorum hebdomatim quatuor, annue bicentum octo. Pro animabus anonymorum piorum fundatorum et illorum consanguineorum hebdomatim octo, annue quadringenta sexdecim. Pro anima Nicolai Szadurski et illius consaguineorum hebdomatim unum, annue quinquaginta duo. Pro animabus Alexii Piasecki et illius consanguineorum hebdomatim tria, annue centum quinquaginta sex. Pro anima Jacobi Bucniowski et illius consanguineorum hebdomatim unum, annue quinquaginta duo;

B) omni anno pro omnibus fundatoribus, tam modernis quam anterioribus non modo Ecclesiae Archicathedralis sed etiam Archiepiscopatus Leopoliensis anniversaria quindecim celebrari debent sequenti modo et ordine, id est:

α) duabus proxime diebus ante festum Pentecostes, nimirum diebus veneris et sabbati antecedentibus, β) tribus diebus ante dominicam omnium Sanctorum, id est diebus jovis, veneris et sabbati tria, γ) in vigilia ante festum SS. Apostolorum Petri et Pauli unum, δ) ante festum S. Philippi, id est ante diem decimam quartam. Verbis, v. g. primis tribus diebus, tria, i. e. sabbato secundo, tertio et quarto quadragesimae tria, ε) ante *hebdomadam lactis rum* tribus proxime diebus jovis, veneris et sabbati tria.

B) Juxta ... ; ζ) omni anno pro omnibus fundatoribus, ...

C) Quodsi in designatam pro anniversario diem aut aliquo festivitas, aut publica devotio incideret, eadem proxime praecedente de anniversario absolvetur.

D) Pro oblationibus privatis, quae ad communem cassam presbyterorum seu vicariorum Archicathedralium reponi debent, omni die mercurii, nisi solemnior festivitas impediat, per integrum annum missa solemnis seu cantata, diebus festis Christi Domini officium sic dictum *Akathistos de Jesu Christo*, diebus autem festis beatae Virginis Mariae officium seu *Akathistos de beata* Virgine per hebdomadarium *recitare debent*.

E) Si quem ex presbyteris Ecclesiae Archicathedralis aut familiis mori contigerit, tota funebris devotio cum omnibus ceremoniis solito ritu peragi debet, quodsi quodpiam pro exequiis celebrandis legatum faceret, id separatim absolvendum est.

15. Clerus Archicathedralis in genere gratiarum prerogativa gaudere debet, atque ideo, α) presbyteri ad Ecclesiam Archicathedralem appleati Vicariorum Archicathedralium omnes gaudebunt titulis, quae qualitas eosdem non tantum omnibus parochis ruralibus et in provincia obvis constitutis acquiparabit, sed etiam aliis praeeminentiores faciet ita, ut e parochis ruralibus ad Vicariatum Archicathedralem assumpti, jam ulteriori promotionis gradum assequantur, unde *B*) si in posterum aliquod beneficium melius in Archidioecesi vacare contigerit, ad id inter competentes semper prior Vicariis Archicathedralibus rite officium suum gerentibus dabitur locus. Unde etiam *C*) fiet, ut vacante aliquo Vicariatu et officio semper ejusmodi vacantia per Archidioecesim publicetur, competentium qualitates rite examinentur, et digniores pro Consistorio proponantur. Capitulo ad eligendum, et ab hoc electi Loci Ordinario ad instituendum ita, ut quivis Vicarius Archicathedralis tamquam verus et legitimus beneficiatus spectetur.

14. Parochus archicathedralis familiis Ecclesiae attendere debet, ut iidem suis obligationibus satisfaciant, atque ideo α) parochi erit partium invigilare, ut illa pecunia, quae pro necessariis Ecclesiae et cassa

Capituli dabitur, rite convertatur, ut *B*) cassa communis sacristiae ad quam omnes oblationes et jura stolae comportari debent, rite conservetur, et *C*) ex eadem cassa pro emergentibus necessitatibus infirmitatis alicujus ex beneficiatis Archicathedralibus pro medico, apotheca et aliis necessitatibus et commoditatibus expendatur, atque ideo *H*) hujus cassae ordinatae rationes conscribi et sub finem cujusvis anni pro censura Capitulo tradi debent.

15. Praeterea quoad famulitium Ecclesiae nimirum binos cantores et binos sacellanos parocho incumbet sollicitudo, ut *A*) Cantores ambo consuetis matutinis et vespertinis devotionibus integris intersint et juxta praescripta ritualis easdem absolvant; *B*) uterque presbyteris missam celebrantibus ministret; *C*) curam librorum choralium habeant; *D*) parocho vel cooperatoribus functiones ecclesiasticas et sacramenta administrantibus assistant, porro *E*) ut sacellani signum dent campanis pro consuetis devotionibus, Ecclesiam suo tempore aperiant et claudant, accendant cereos, vasa necessaria et vestimenta sacra praeparent, *G*) presbyteris celebrantibus ministrent et toto tempore consuetae devotionis in Ecclesia continuo adsint. Negligentes famuli Ecclesiae a parocho corripi et moneri et si se non emendaverint, Capitulo pro dimissione eorumdem deferri debent.

16. Intuitu reparationum tum Ecclesiae, quam internarum et externarum quam domus per presbyteros Archicathedrales inhabitatae, tum aliorum Archicathedralium aedificiorum huic per supremam decretum aulicum datum die undecima Aprilis anni millesimi septingentesimi nonagesimi secundi prospectum est ita, ut hae reparationes ex usuris a summa capitali viginti novem millium ducentorum et quinque florenorum obvenientibus fiant. Quare necessarium erit, ut parochus Archicathedralis necessarias reparationes tempore verno et aestivo faciendas ultimis diebus Martii cujusvis anni Capitulo indicet, hoc autem per suum Procuratorem simul cum Oeconomo seu Majore Domus Archiepiscopali, collatis consiliis reparationes requisitas fieri, et rationes super expensis per Oeconomum Archiepiscopalem suum Procuratorem et Parochum conficiendas et subscribendas, sibi sub finem cujusvis anni tradi curabit.

Caput IX. De distributionibus.

17. Excepta dotatione, quam ab c. r. Gubernio Dignitates et Canonici singuli habent, quidquid Capitularibus obvenit vel obventurum in posterum erit ex redditibus Capituli et Ecclesiae, distributionibus quotidianis addicatur. Quae distributiones inter Capitulares dividantur juxta normam a Concilio Tridentino praescriptam sessione XXI. cap. 3. sess. XXII. cap. 3. et sess. XXIV. cap. 12.

Caput X. De Notario Capituli et obligationibus ejus.

18. Inter Capitulares designatur ad officium Notarii noviter susceptus; obligationes autem ejus sunt:

A) Protocollon sessionis conscribere, et in eo annum, mensem, diem sessionis, nomina praesidentium habentis et praesentium Capitularium ac deliberationis materias juxta numeros exhibitorum praenotare.

B) Capituli consultationes et conclusa sententiasque singulorum Capitularium, ne oppositis quidem vel divergentibus seclusis, additis oppositionis vel divergentiae motivis, adnotare, in ordinem redigere et stylo emendatiori protocollo inserere.

C) Protocollo novum anni cursum aperienti omnium Canonicorum nomina praefigere, ut inde successoribus intelligatur, quinam et quo tempore suffragii jure gravisi sunt.

D) Protocolla et statuta in qualibet sessione in promptu habere, ut si opus fuerit, consuli possint.

E) Protocolla in archivio Capituli sollicite custodire, ne ulli nisi Canonicis et Archipraesuli pateant.

F) Canonici in Capitulum introducendi insinuationem Archipraesulis praelegere, actusque investiturae et introductionis una cum vitae curriculo Canonici novi Albo Capituli inscribere.

G) In documentis nomine Capituli emittendis ad subscriptionem Praepositi suum nomen apponere.

H) Absentis Notarii vices Canonicus a Capitulo designandus subit.

Caput XI. De Procuratore Capituli ejusque obligationibus.

19. Capitulo incumbit e medio sui unum ad id idoneum Capitularem tamquam procuratorem constituere, cujus obligationes erunt:

A) Simul cum parocho et oeconomo Archipraesulis integritati Ecclesiae Archicathedralis invigilare.

B) Cum parocho aedificiorum et fundorum Capitularium curam gerere.

C) Separatas rationes super expensis Capituli cum parocho conficere ac confectas et subscriptas sub finem cujusvis anni Capitulo pro censura tradere.

Caput XII. De Praefectis cassae Capitularis eorumque obligationibus.

20. Capitulo incumbit ex Canonicis capitularibus duos Praefectos cassae Capitularis constituere, qui tenentur:

A) Ordinate rationes oeconomicas et cassae Capitularis sibi concreditae juxta praescriptam manipulationem ducere, et

B) Capitulo has rationes exhibere, ut censeantur et rectificentur.

Caput XIII. De vitae honestate Canonicorum.

21. Omnes Clericos legum divinarum et ecclesiasticarum diligentes et accuratos observatores esse oportet, ut fideles ipsorum laudabilem vitam conspicientes ed alacrius per viam mandatorum Dei et Ecclesiae incedant, quo studiosius eam ipsorum pedibus tritam invenerint, quos bonorum operum hortatores noverant: Quanto magis morum pietate nitere, et quanto exactius ad legum divinarum et ecclesiasticarum seu Canonum praescripta vitam suam conformare debent Canonici, qui a canonibus nomen sortiti sunt, ut ipsi quoties nominis sui meminerint, toties stimulos sibi adhiberi sentiant, ut omnes actiones suas, studia ac cogitationes ad Canonem amussim dirigant, et ut ceteri Clerici inde intelligant, quomodo in mente Ecclesiae vivendum sit.

Considerantes dignitatem sacerdotalem ab omni illecebrarum et perversorum morum inquinamento penitus abhorrentem, non solum quisque Canonicus se ipsum immaculatum a saeculo custodiat, sed etiam omnem mali speciem vitare debet, quare:

A) Nulli domestici imprimis ancillae levitate et immodestia culpabiles et suspectae vel pacis domesticae turbatrices in aedibus canonicalibus interteneantur, ne candor status canonicalis turpi foedetur vel saltem suspicioni temeratae conversationis locus detur.

B) Licet vestis (habitus) non faciat Clericum[1], nec vitae sanctitas in veste exteriore sit posita, tamen ne in vestium fulgore et vano apparatu aspectus offendatur intuentium, quibus exemplo esse debemus, vitanda est vestium species cum ornamentis, quae saecularem vanitatem redolet[2].

C) Mores quoque externos, divinae vocationis memores, ita componere debent Canonici, ut incessu, gestu, conversatione, sermone, verbo in omnibus et ubique nonnisi gravitatem, moderantiam et animum religione plenum atque in Deo defixum[3] praeseferant, hinc etiam a levioribus naevis sibi solicite caveant, quatenus eorum actiones cunctis afferant venerationem.

---

1) Conc. Trid. Sess. 14. cap. 6. de reform.
2) Conc. Nicaen. II. can. 16.
3) Trid. Sess. 22. cap. 1. de reform.

D) Potissimum autem omnes satagant conservare, fovere et augere fraternam et mutuam dilectionem, memores Deum charitatem esse et pacis amatorem, proinde procul a Canonicis sit omnis livor, aemulatio, contentio; ament sine simulatione, honore sibi invicem praeveniant, cor unum et anima una sit omnium, solliciti servare unitatem spiritus in vinculo pacis.

E) Si aliquis Canonicorum sibi injuriam a Confratribus inferri existimaverit, et si in gremio Capituli causa ejus non componeretur, non ad judicem civilem sed ad Illustrissimum ac Reverendissimam Loci Ordinarium gravamen suum deferat.

F) Cum Capitulum qua corpus considerandum sit et efficiat societatem, ideo ostendant Canonici, se vere esse unum corpus in Christo ac in corpore hoc vigere concordiam et unanimitatem. Proinde non est tolerandum membrorum cum Praeposito et Archipraesule dissidium, nec etiam est tolerandum, ut juniores Capitulares vexentur et vilipendantur per seniores, senioribus vero obstrepent et improperent juniores.

G) Omnes Capitulares sibi subserviant, habita tamen debita ratione ad subordinationem erga suum Praepositum. Praepositus debet pro cujuslibet Capitularis defectibus reddere rationem, et Capitulum pro defectibus Praepositi. Si in privato sive in publico negotio Capitulares conveniunt, quilibet in suo loco juxta gradum dignitatis suae consideat, dum Praepositus aperiat officiosum negotium, reliqui mentem et sensa sua libere absque metu, odio, favore et adulatione depromant, observata ubique modestia, maturitate ac mansuetudine: secus vero, si quis oblitus contra decentiam erraret, moneatur a Praeposito. Si etiam privatim unus Canonicus alium impeteret, tunc delatus ad Capitulum moneatur.

H) Si aliquem confratrum graviter decumbere contigerit, singuli in s. Liturgiae sacrificio ipsius memores sint: »Memores nostri simus, ait s. Cyprianus, concordes atque unanimes, utrobique semper pro nobis oremus pressuras et angustias nostras mutua charitate relevemus.« Aegritudine ingravescente et instante morte quilibet maturo Ecclesiae Sacramenta sibi ministrari faciat, vel si morbo depressus id sponte non petierit, a Praeposito vel ab alio Confratrum adjuvetur, ne morte inopinata absque Sacramentorum munimine in animae suae detrimentum et offensionem populi fidelis e vita decedat.

Caput XIV. De correctione et poenis Canonicorum.

22. Canonicum a recto tramite aberrantem Praepositus Capituli reflectat, nisi gravius delictum aliud exposceret, et cum salutari ad-

hortatione dimittat, repetita vero deviatione moneatur ad resipiscentiam in pleno Capitulo, si vero non resipisceret, auctoritas Loci Ordinarii invocanda erit, qui cum Senatu Capitulari qua judex pronuntiabit sententiam. Contra graviter delinquentes procedendum est secundum leges praescriptas et vel graduatione ejus pro semel aut in perpetuum intermissa vel cum consensu Imperatoris ad ultimum stallum deponendus, et si neque hoc proderit, totaliter a dignitate degradandus et a Capitulo amovendus erit.

Caput XV. De residentia servanda.

23. Quum officiorum Capitularibus incumbentium praecipuae partes nonnisi per eos ipsos expleri debent, merito ad personalem residentiam servandam obstringuntur. Equidem Concilium Tridentinum [1]) nullum tempus licitae absentiae determinavit, aut constituit, verum tamen prohibuit, ne longiori quam trium mensium spatio abesse queant impune. Quare Capitulares penes Ecclesiam Archicathedralem residebunt, in casu autem, si quidam Capitularis gravibus rationibus ductus ab Ecclesia Archicathedrali abesse desideraret, id nonnisi obtenta licentia ab Archipraesule, et uno eodemque anno non ultra tres menses sive continuos sive interruptos facere possit. Alioquin poenas incurrent ab eodem Concilio Tridentino contra absentes latas. Haec licentia Archipraesulis indicanda est Praeposito Capituli nec non dies discessus et reditus.

Simultanea plurium Capitularium absentia non potest habere locum, ne Archicathedralis Ecclesia, Capitulum et Consistorium suo debito servitio destituantur.

Caput XVI. De juribus Capituli qua peculiaris Collegii.

24. Capitulum qua corpus morale gaudet propriis partim ex primaeva institutione, partim ex jure communi, partim vero ex privatis suis, usu et Archipraesulum auctoritate confirmatis regulis sequentibus juribus:

A) Tam vivente quam defuncto Archipraesule suas sessiones celebrandi.

B) Deliberandi de iis, quae ad Capitularium in honestate conservandam vitam et ad tractanda negotia ad se pertinentia proficua sunt.

C) Mutationes statutorum Capitularium pro rerum ac temporum circumstantiis necessarias proponendi.

1) Sess. 24. cap. 12. de reform.

D) Administrandi fundum Capituli ac Ecclesiae Archicathedralis in inventariis consignatum ita, ut quousque idem non fuerit adauctus, proventus a summis capitalibus pro necessitatibus Ecclesiae Archicathedralis ac aedificiorum capitularium juxta separatam instructionem convertantur.

Circa administrationem peculii Capituli et Ecclesiae Archicathedralis observanda sunt sequentia:

α) Peculium Capituli et Ecclesiae Archicathedralis nec alienari, nec onerari, nec immutari potest, nisi servatis canonicis sanctionibus, et solemni Conventione inter S. Sedem et c. r. Regimen inita die 18. Augusti 1855.

β) Cum supremus peculi Capituli Administrator sit Archipresbyter, ideo eidem acta diurna (Journalia) proventuum et expensarum pateant, expensas quidem minores potest ipse, majores autem ex concluso Capituli assignare. Praestitae solutionis confirmatio eidem exhibenda est, item exhibendae sunt ei rationes totius anni a prima Januarii ad ultimam diem decembris elapsi, intra trimestre, rejecto quocunque inducliarum praetexta, communicandae dein Capitulo.

γ) Hae rationes una cum actis diurnis et syngraphis in scrinio cassae reponendae sunt, si omni menda caruerint, aut difficultates, quibus premuntur, accurata dilucidatione fuerint sublatae. Tunc primum Praefectis cassae absolutorium dandum est.

δ) Eodem modo etiam procedendum est, cum aliqua comparata sunt, ad expensas Capituli. De his etiam rationes praestandae erunt ab iis, quibus id generis negotium commissum erat.

ε) Claves aut cassam Capituli sint duae pro utroque Praefecto. Pro minoribus expensis cassa manualis praesto sit etiam cum duabus clavibus.

ζ) Praepositus Capituli vel ipse vel per delegatos Canonicos quovis tempore instituere potest examen cassae capitularis, num pecunia in eadem reposita, syngraphae et obligationes cum actis diurnis concordent: secus compensent ii, qui debita causarunt.

η) Praelatis et reliquis Canonicis in Capituli negotiis occupatis expensae in his negotiis factae e corbona Capituli compensandae sunt.

θ) Aedificia Capitularia frequentius perlustranda sunt, quatenus si necesse fuerit restaurentur, item eadem pro habitatione Capitularium e cassa Capituli resarcienda sunt: jam vero quilibet Canonicus tenetur habitationem suam integram sartamque conservare.

E) Praesentandi Vicarios duos Concionatores, Confessarium seu Poenitentiarum, duos Cooperatores et Praefectum sacristiae ad Ecclesiam Archicathedralem, qui a Consistorio proponuntur, et a Capitulo praesentati pro confirmatione Archipraesuli commendantur. Hi omnes Capitulo subeunt; ad hocce in omnibus negotiis mediante Parocho-Canonico sese referre et ex causa Capituli sub salaria datis syngraphis percipere debent.

F) Suscipiendi et dimittendi duos Cantores et duos Sacellanos pro Ecclesia Archicathedrali, item famulos, qui a Capitulo sustentantur. Susceptio et dimissio Cantorum et Sacellanorum fit a Capitulo mediante Parocho Archicathedrali Canonico, quo etiam mediante Parocho Archicathedrali Canonico, quo etiam mediante dependent a Capitulo.

G) In negotiis Capituli proprio sigillo utendi.

25. Quoad sessiones Capituli praescribuntur sequentia, ut negotia Capituli eo diligentius eaque, qua oportet, circumspectione et maturitate pertractentur.

A) Omni trimestri ad negotia generalia pertractanda, singulis vero mensibus ad negotia oecomenica sessione Capituli in loco ad id destinato celebrentur, nisi forte causae repentinae id saepius fieri urgeant.

B) Jus et obligatio sessiones Capituli indicendi competit Archipresbytero, et illo mortuo absente vel impedito, Archidiacono vel in dignitate proxime sequenti, qui diem horamque a se selectam scriptotenus sat tempestive Capitularibus indicet, ubi vero res graviores tractandae sunt, et periculum non est in mora etiam longius absentes vocentur, dummodo comparere possint.

C) Ad sessiones Capituli scripto convocandi sunt omnes Canonici.

D) Ad sessionem Capituli vocati omnes compareant, gravem namque injuriam Capitulo inflixisse arguendus est, qui se ejus sessionibus subtrahit, illudque sua consilio spoliat, cum ultro patet, negotia eo felicius geri, quo plurium et experientia et dexteritas ad ea concurrunt. Si vero quis infirmitate aut alia rationabili causa impediatur, Capitulo ante praefixam horam sessionis absentiam excuset. Dignitas Capituli exigit, ut ejus sessionibus nullus Canonicorum, nisi canonicali veste et decoratione indutus intersit.

E) Absentes Canonici actis Capituli consentire judicantur.

F) Archipresbyter qua Praeses Capituli negotia prius inter Capitulares distributa pertractari curabit. Referens objectum proponet,

diluciderit et votum suum cum motivis depromet. Archipresbyter dirigit discussionem.

G) Quodsi ejusmodi negotium occurrit, quod diligentiore examine et profundiore indagatione egere videtur, expedit, ut non modo hoc ipsum ab Archipresbytero iisdem literis, quibus ad sessionem invitat, primis Capitularibus notum fiat, sed etiam documenta illuc spectantia, quae forte laboriosius examinanda sunt, singulis Canonicorum ad eorum requisitionem communicentur.

H) Quod si causas jus civile vel oeconomiam attinentes plurimum consulitur, ut prius informatio Capitulo referenda, ab advocato ejus obtineatur.

I) Archipresbyter de prolata propositione primo Archidiaconum, dein Custodem, Scholasticum, Cancellarium et ordine omnes Canonicos de gremio rogat dare votum, quod mature ponderatum, seclusa omni collusione et partium studio depromendum est, ulterius sive divergente sive contrario judicio non obstante, quo fiat, ut, collatis omnium votis id concludatur, quod veritati et commodo Capituli magis consonum est. Nemo praeter ordinem Dignitatum praeceps suum votum emittat, loquentem non interpellet, multo minus turbet, vel quod maxime offendit, a causa ad personas deflectat, sed quisque suo loco pacate et modeste sua sensa proferat.

K) Si quis Canonicus aliquid proponere cupit, quod honos vel utilitas Capituli jubere videntur, vel quod ipsius personam aut munus attinet, id vel scripto exponat Archipresbytero, ut in Capitulo agitetur, vel ipse sensa sua Capitulo aperiat. Si quis Canonicus se gravatum sentit, gravaminis rationem decenter et debito cum respectu plane et dilucide exponat. Num is, cujus causa agitur, quique eapropter voto caret, etiam moneri debeat, ut e sessione aliquantulum discedat, quo magis suffragiorum libertas sustentetur, Capituli est in specialibus casibus dijudicare.

L) Quod vel ab omnibus praesentibus Canonicis, vel a majori parte concluditur, firmitatis vigorem nanciscitur. In causis gravioribus requiritur absoluta votorum pluralitas, de qua per protocollum constare debet. Si vota paria emergant, negotium si quidem morum patitur, in aliquot dies differatur, ne quid praecipitanter vel subreptitie agatur et decernatur, sin minus, scrutinium secunda et tertia vice repetatur. Quodsi nihilominus paria vota resultarent, ea sententia praevaleat, in quam Praeses descendet.

M) Archipresbyter conclusa Capituli sine cunctatione exequatur, et expeditiones cum Notario, pro rei gravitate vero etiam cum aliquo Praelatorum subscribet.

N) Acta et definitiones Capituli, ne temporis successu labefactentur, vel in dubium vocentur, a Notario additis cunctorum etiam dissententium motivis exacte adnotentur, a quo et singulorum sententiae de verbo ad verbum calamo excipiendae sunt, siquidem eas dictare libuerit. In fine sessionis protocollum perlegendum, observationibus eorum, quibus forsan sententia a se proposita minus juste aestimata videtur, augendum, et denique omnium praesentium subscriptione muniendum est.

O) Tandem ad evitanda quaecumque damna ex praepopera gestorum propalatione vel Capitulo vel singulis Capitularibus facile emersura, tum quoad negotia, quae in his sessionibus tractantur, tum quoad modum, quo agitata sunt, strictissimum silentium injungitur.

Caput XVII. De jure Capituli quoad electionem Administratoris Archidioecesis tam in spiritualibus quam temporalibus vacante Sede Metropolitana.

26. Vacante Sede Metropolitana Capitulum de expressa Apostolicae Sedis concessione ceteris quibuscumque in contrarium non obstantibus, succedit in jurisdictionem Episcopalem, eamque, donec alius constituatur Archiepiscopus Metropolita, modo provisorio exercet, prouti id ad regendum interea Archidioecesim conservandumque Ecclesiae statum est necessarium.

Hunc in finem tenetur Capitulum ex praescripto Concilii Tridentini [1]) intra octo dies constituere Officialem seu Vicarium ad Archidioecesim in spiritualibus administrandam item Oeconomum seu Administratorem in temporalibus qui rerum mensae Metropolitanae et proventum curam gerat.

Si Capitulo placeret, potest Vicarium generalem ab Archipraesule relictum, confirmare. Mors Archiepiscopi Metropolitae et electio administratorum tam in spiritualibus quam in temporalibus sine mora caes. reg. Regimini indicandae sunt.

27. Eligendus in Vicarium Capitularem in spiritualibus praeter alias dotes a SS. Canonibus requisitas ecclesiastici coelibatus laude etiam praefulgeat! electio autem ejus peragetur a Capitulo more solito sessionaliter congregato per secreta suffragia votis absolute majoribus, quippe minime decere videtur, ut ad regimen Archidioecesis Capituli nomine exercendum is deputetur, quem utpote votis

1) Sess. 14. cap. 16. de reform.

relative tantum majoribus selectum, major Capituli pars ad munus istud obeundum minus idoneum duxerit.

28. De juribus et officiis Vicarii, nomine Capituli, exercendis statuunt Canones ecclesiastici. Hic unice illud praenotatur, quod Capitulum eidem velut legitimo Superiori in rebus regiminis Archidioecesis, nec vero etiam in negotiis Capitularibus, subsit. Notandum vero est, quod utut ejusmodi Vicarius in Consistorio Ordinarius Praeses sit, in capitularibus tamen sessionibus praesideat Praepositus Capituli; Vicarius vero generalis dignitati suae Canonicali (competentem occupet locum, etiamsi Episcopus titularis foret. Ideo hic Vicarius in negotiis mere Capitularibus, id est, Capitulum qua distinctum ab Ordinario et Archidioecesi corpus concernentibus jurisdictioni Praepositi subesse teneatur.

29. Potestas ac jurisdictio Vicarii Capitularis tunc primum desinit, quando novus Archipraesul confirmatus et canonice installatus fuerit, quia ipsius Capituli jurisdictio non durat diutius.

30. Administrator in temporalibus etiam intra octiduum absoluta votorum secretorum majoritate constituendus est.

Huic incumbit bonorum Metropolitanae sedis, aedificiorum, fundorum et proventuum juxta commissam sibi facultatum consignationem solertem gerere curam, ne praejudicia aliqua a quocunque inferantur, atque horum redituum caes. reg. Regimini, qua Administratori fundi religionis totius provinciae, strictam reddere rationem.

Caput XVIII. De sustentatione Canonicorum Capitularium.

31. Sustentatione Canonicorum provisum est pensionibus e fundo religionis vigore decreti aulicae Cancellariae dato 3. Septembris 1812. N. 13320 intimati a Gubernio sub 9. Octobris 1812. N. 35201, tum vigore Altissimae resolutionis Suae caes. reg. Apostolicae Majestatis sub 22. Julii 1856 a Ministerio Cultus sub 27. Julii 1856. N. 11474/3473 et a caes. reg. Locumtenentia sub 23. Septembris 1856. N. 37192 ad repraesentationem Metropolitae Cardinalis Michaelis Lewicki die 9. Decembris 1855. N. 76 ord. intimatae ea tamen lege, donec proventus Capituli fundationales adaucti non fuerint, ut hi accrescentes proventus in salaria Capitularium convertantur.

Quod attinet praesentes summas Capituli et Ecclesiae Archicathedralis super bonis terrestribus, apud privatos ad eorum syngraphas et super obligationibus varii generis locatas, proventus ex iisdem convertendi sunt ad sustentationem cantorum, sacellanorum,

servorum, item ad conservationem Ecclesiae archicathedralis et aedificiorum capitularium, ad procuranda vestimenta et vasa ecclesiastica, ad procurandas candelas, lampades, et prophanas, ad procurandum vinum et thymiama, nec non ad procuranda reliqua requisita quae pro interno usu Ecclesiae Archicathedralis sunt necessaria.

32. Domus Capituli nonnisi pro habitationibus Canonicorum et Cleri curati archicathedralis sufficiunt.

Si aliquam habitationem vacare contigerit, senior gradu Canonicus in jure est eam sibi in usum vindicare, si ipsi aptior et commodior videbitur, si secus idem jus devolvitur ad proxime sequentem.

Nulli vero liceat habitationem sibi per optionis jus obvenientem juniori gradu Canonico cedere, nisi omnes, qui hunc inter et ipsum intermedii sunt, consensum suum praebuerint.

Caput XIX. De funere demortui Canonici.

33. Quemadmodum quoad vivimus, mutui amoris vinculo, mutuique honoris tenemur studio ita utrumque post mortem maneat.

Quare non modo si quis nostrum isthinc prior divina dignatione praecesserit, pro fratribus nostris apud misericordiarum Patrem, praecipue dum altari adstamus, nostra non cesset oratio, sed et praesertim die post obitum Canonici altera, mane pro suffragio animae ejus singuli Canonici confratres s. Liturgiam offerant, quoadusque non est sepultus, penes corpus ejus *parastasim* absolvant et condigno funeris honore eum sepeliant, ac ad funus rogent Archiepiscopum Metropolitam, cum eidem obitum nuntiant, a quo etiam comitatus alumnorum petendus est.

34. Defuncto Canonico Commissarii Capituli et Archipraesulis adhibunt domum ejus, requirentque scripta et acta ad Capitulum et Consistorium spectantia, ne forte disjiciantur et depereant.

35. Defuncti Insigne Capitulare seu distinctorium cum catena in manus Archipresbyteri deponatur, qui si sit Capituli illud retinebit, si Canonico propriam fuerit ab haerede, praetio ab aurifabro aestimato, redimet, secus eidem restituet.

Decretum.

Cum R. P. D. Joseph Sembratowicz Archiepisopus Leopoliensis ritus Graeco-Rutheni juxta praescriptum Litterarum Apostolicarum diei 12. Julii 1864, quibus SSmus Dominus Noster PIUS Papa IX. Capitula in Ecclesia Metropolitana Leopoliensi et Cathedrali Premisliensi erexit, praedicti Metropolitani Capituli Constitutiones hujus

Sacrae Congregationis examini et approbationi subjiciendas obtulerit, Emi Patres hujus S. Consilii Christiano Nomini propagando pro Negotiis Ecclesiarum Ritus Orientalis in generalibus Comitiis habitis die 21. Augusti nuper elapsi, eamdem juxta eam formam, qua in adnexo prostat exemplari, approbandam esse decreverunt. Quam Emorum Patrum sententiam Eidem Sanctitas Sua, referente infrascripto Secretario, in Audientia diei 31. ejusdem mensis et anni benigne probavit, ratamque habere voluit.

Datum Romae ex Aedibus S. Congregationis de Propaganda Fide pro Negotiis Ritus Orientalis, die 4. Septembris 1865.

Alex. Card. *Franchi* Praefectus.

Cajetanus *Aloisi Masella* Secretarius.

tem juniori gradu Canonico cedere, nisi omnes, qui hunc inter et ipsum intermedii sunt, consensum suum praebuerint.

Caput XIX. De funere defunctae Canonicae.

33. Quemadmodum quoad vivimus, mutui amoris vinculo, mutuique honoris tenemur studio ita utrumque post mortem manebat.

Quare non modo si quis nostrum istinc prior divina dignatione praecesserit, pro fratribus nostris apud misericordiarum Patrem, praecipue dum altari adstamus, nostra non cesset oratio, sed et praesertim die post obitum Canonici alterâ, mane pro suffragio animae ejus singuli Canonici confratres s. Liturgiam offerant, quoadusque non est sepultus, penes corpus ejus permanens absolvant et condigno funeris honore eum sepeliant, ac ad funus rogent Archiepiscopum Metropolitam, cum eidem obitum nuntiant, a quo etiam comitatus almumorum petendus est.

34. Defuncto Canonico Commissarii Capituli et Archipraesulis adhibunt domum ejus, requirentque scripta et acta ad Capitulum et Consistorium spectantia, ne forte dissipentur et depereant.

35. Defuncti Insigne Capitulare seu distinctorium cum catena in manus Archipresbyteri deponatur, qui si sit Capituli illud retinebit, si Canonico proprium fuerit ab haerede, praetio ab aurifabro aestimato, redimet, secus eidem restituet.

Decretum.

Cum R. P. D. Joseph Sembratowicz Archiepiscopus Leopoliensis ritus Graeco-Rutheni juxta praescriptum Litterarum Apostolicarum die 12. Julii 1864, quibus SSmus Dominus Noster PIUS Papa IX. Capitula in Ecclesia Metropolitana Leopoliensi et Cathedrali Premisliensi erexit, praedicti Metropolitani Capituli Constitutiones hujus

XXI.

Der Culturkampf im preussischen Abgeordnetenhause im November und December 1877 und Januar und Februar 1878.

(Vergl. *Archiv* Bd. 39. S. 285 ff., Bd. 40. S. 115 ff.).

V. Aus der Sitzung vom 22. November 1877.

Präsident: Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die *Fortsetzung der zweiten Berathung des Entwurfs des Staatshaushaltsetats für 1878/79, und zwar:*

Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten.

Wir waren in der letzten Sitzung durch die Vertagung unterbrochen in der Berathung des Capitel 118 *Bisthümer und die zu denselben gehörigen Institute.*

Die Discussion ist wieder eröffnet und zwar, wie der damalige Vorsitzende erklärt hat, über sämmtliche Titel dieses Capitels.

Ich ertheile *gegen* die Vorlage in der heute fortgesetzten Discussion das Wort dem Abg. Bachem.

Abg. *Bachem:* Meine Herren! Wir haben es wiederholt als unsere Hauptaufgabe im gegenwärtigen Stadium der Sache bezeichnet, Ihnen die *Consequenzen* Ihrer kirchenpolitischen Gesetzgebung vor Augen zu führen, um Sie, beziehungsweise die Königliche Staatsregierung, dadurch zu veranlassen, Remedur eintreten zu lassen. Dagegen scheint es mir ziemlich fruchtlos zu sein, immer wieder Princip gegen Princip zu stellen, — fruchtlos schon um deswillen, weil auf Seiten der Majoritätsparteien dieses Hohen Hauses ein eigentlich leitendes Princip gar nicht zu entdecken ist, weil dieselben aus den allerverschiedensten Anschauungen heraus zu ihrer gegenwärtigen Position gelangt sind und weil sie aus den allerverschiedensten Gründen der Königlichen Staatsregierung ihre Unterstützung in dem sogenannten Culturkampfe angedeihen lassen.

Für den Herrn Abgeordneten Grafen *Limburg-Stirum* handelt es sich um »die politische Machtfrage, ob Rom einen grösseren Einfluss in Preussen ausüben soll, als wir ihm zustehen.« Diejenigen freilich, welche in die hohe Politik nicht so eingeweiht sind, wie der genannte Herr Abg., werden von Versuchen einer politischen Einmischung Roms in unsere Angelegenheiten noch nichts wahrgenommen haben, auch der Herr Graf Limburg-Stirum würde einigermas-

sen in Verlegenheit sein, wenn er seiner Phrase wirklichen Inhalt geben sollte.

Der Herr Abg. *v. Sybel* will die Zustände vor den 40er Jahren herbeiführen; für ihn ist Alles, was dazwischen liegt, ein historischer Schnitzer.

Der Herr Abg. *Petri* führt den Kampf gegen Rom, weil er unsere Kirche davor bewahren will, dass sie in den Paganismus versinke. Der gute Herr zerbricht sich *unsern* Kopf. Meines Erachtens thäte er besser, wenn er seine ganze Kraft dafür einsetzte, dass die wackligen Bretter und Balken, welche er und seine 17000 selbstständigen Anhänger an Stelle des alten festen Baues unserer Kirche gesetzt haben, jetzt, da schon der Wind durch alle Löcher und Fugen dieser Bretterbude pfeift, nicht vollständig zusammenbreche.

Der Herr Abg. *Virchow* endlich führt den Culturkampf wieder aus einem anderen Grunde; er sieht offen gerade heraus, und deswegen gefällt mir seine Erklärung ganz besonders, dass er den Kampf gegen Rom führe, weil er den Organismus unserer Kirche, weil er die hierarchische Ordnung unserer Kirche zerstören will, weil er uns die Freiheit, wie er sie meint, aufzwingen will. An Stelle unserer hierarchischen Ordnung das Gemeindeprincip, das sich mit dem Wesen und der Verfassung unserer Kirche ganz und gar nicht verträgt, setzen will.

Sie sehen, meine Herren, es variis causarum figuris leihen Sie der Staatsregierung Ihre Unterstützung in dem Culturkampf. Insofern könnte ich wohl sagen, dass auf Seiten der Majoritätsparteien in ihrer Gesammtheit uns die *Principlosigkeit* gegenüber stehe. Wir dagegen stellen ein ganz klares, einfaches Princip hin: Nebeneinanderordnung von Staat und Kirche, wechselseitige Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der beiden grossen Gewalten, jede auf ihrem Gebiet, und Verständigung bezüglich des Grenzgebiets. Und dieses Princip, welches wir immer vertreten haben, das möchte ich dem Herrn Abg. Gneist zu erwägen geben: es ist auch staatsrechtlich wohl formulirt worden; es hat dieses Princip 25 Jahre hindurch praktisch Geltung gehabt, und Sie sind es, die an Stelle dieses klaren und einfachen, in unserer Geschichte wohl bewährten Princips die Verwirrung und das Chaos durch Ihre kirchenpolitische Gesetzgebung gesetzt haben. (Sehr wahr!)

Aber ich verlasse das Gebiet der principiellen Discussion. Was nun aber die *Consequenzen* der Maigesetzgebung angeht, mit deren Beleuchtung wir es vorzugsweise gegenwärtig zu thun haben, so sagen Sie uns stets, wir haben diese Consequenzen nicht klar gemacht, als wir

den Culturkampf begannen. Der Herr Abg. Graf Bethusy-Huc geht in dieser Beziehung am weitesten, er hat uns gesagt: wir haben uns die Consequenzen des Culturkampfes klar gemacht *an dem Tage*, wo wir in denselben eintraten? Da möchte ich Sie aber denn doch an das Wort erinnern, welches der Herr Abg. Hundt v. Haffen neulich hier aussprach, aber nur an *ein* Wort: »seien wir endlich gegen einander!« Möchten Sie wirklich den Satz vertreten und können Sie ihn an der Hand derjenigen Aeusserungen, welche von den hervorragendsten Mitgliedern des Hauses gefallen sind, vertreten, dass Sie sich die Consequenzen des kirchenpolitischen Streites wirklich von Anfang an klar gemacht haben? Ich will mir nur erlauben, Sie an eine Bemerkung zu erinnern, welche eines der besonnensten Mitglieder der linken Seite des Hauses im Jahre 1871 gemacht hat. Es war der Herr Abg. *Miquel*, welcher am 16. Januar hier erklärte: »Wir haben das Vertrauen, dass die ultramontanen und nationalfeindlichen Bestrebungen die Herrschaftsgelüste der katholischen Hierarchie durch nichts anders aber auch schliesslich sicher niedergekämpft werden müssen, als *durch die katholischen Glaubensgenossen* selber, und darauf vertrauen wir.« Nun, meine Herren, zwischen dieser Aeusserung und heute liegen 6 Jahre; würde der Herr Abg. Miquel heute noch sie aufrecht erhalten? findet er irgend ein Anzeichen, auch nur das leiseste Anzeichen dafür, dass die Prophezeihung, die er vor 6 Jahren hier ausgesprochen hat, zur Wahrheit werde? spricht nicht viel mehr alles, was Sie seit 6 Jahren erfahren haben, dafür, dass die Prophezeihung zu Schanden werden wird? Wird daher der Herr Abgeordnete Miquel sagen dürfen, dass er sich die Sache klar gemacht habe, schon vor 6 Jahren? Aber Sie gestatten mir vielleicht noch eine Aeusserung anzuziehen, eine sehr drastische Aeusserung desjenigen Organes, in welchem wir gewohnt sind, vorzugsweise die Inspirationen des leitenden Staatsmannes in Preussen zu suchen, eine Aeusserung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, welche heute geradezu in das Gebiet der Komik gehört. Im Jahre 1872 schrieb dieses Blatt:

»In nicht vielen Jahren werden infolge des Ungehorsams der Bischöfe und des energischen Vorgehens der Regierung zahlreiche katholische Gemeinden ohne Seelsorger sein. Das Volk muss Priester haben und wird sie schliesslich *vom Bischof Reinkens* erbitten, (Heiterkeit) und der sendet mit Genehmigung des Staates Männer seines Geistes, die in dem bestehenden Weinberg der deutschen Kirche nach seinem Sinne wirken und arbeiten, mit einem Worte reformiren.«

Nicht wahr, meine Herren, heute hört sich das recht komisch an, aber in solchen Illusionen haben Sie sich thatsächlich vor fünf Jahren bewegt, und da kommt der Abg. Graf Bethusy-Huc und sagt: wir haben uns am ersten Tage des Culturkampfs die Consequenzen und den Verlauf desselben richtig vorgestellt. Könnten Sie ernstlich behaupten, dass Sie Consequenzen sich vergegenwärtigt haben, wie sie in dem *Kostener* Falle zu Tage getreten sind, wo in Folge des Umstandes, dass die Regierung einer ganz katholischen Gemeinde einen sogenannten Staatspfarrer aufzwingen wollte, Zustände zu Tage getreten sind, die als mit der öffentlichen Ordnung unverträglich bezeichnet werden müssen, die sich als eine beständige Herausforderung oder wenigstens als einen Anreiz, als ein incitamentum zu Ausschreitungen charakterisiren? (Sehr gut!)

Ich will mir heute erlauben, Ihnen einen Fall vorzutragen, welcher vielleicht Ihr Interesse um deswillen einigermassen zu fesseln geeignet ist, weil er in etwa in das Gebiet der auswärtigen Politik hineinspielt.

In der Nähe von Köln wurde ein sogenannter Succursalpfarrer gesperrt. Der Herr Cultusminister behauptet ja, auf Grund der Maigesetze in der Lage zu sein, die sämmtlichen sogenannten Succursalpfarrer zu sperren. Er hat von dieser Dictatorialgewalt bezüglich der Succursalpfarrer nur sehr selten Gebrauch gemacht; im vorliegenden Falle hatte er es gethan, weil er den Herrn für besonders gefährlich hielt. Der gesperrte Pfarrer las nun in seiner Wohnung, in seinem Zimmer die Messe und es sollte eines Tages das Entsetzliche geschehen sein, dass dieser Messe zwei Hausgenossen desselben beiwohnten und dass der Pfarrer einem dieser Hausgenossen, einem jungen Franzosen, das heilige Abendmahl gereicht habe. Denunciation und Untersuchung im grossen Style! Der junge Franzose, welcher der Hauptzeuge in der Sache war, verschwand aber; er ging nach Paris zurück, weil er mit solcher Untersuchung nichts zu thun haben wollte. Da setzt sich der Untersuchungsrichter am Königlichen Landgericht zu Köln hin und schreibt an seinen Collegen in Paris einen freundlichen Brief, worin er ihn ersucht, in der Untersuchungssache gegen den Pfarrer so und so, doch den jungen Mann darüber zu vernehmen, ob nicht an dem und dem Tage der gesperrte Pfarrer ihm das heilige Abendmahl gereicht habe. Die Sache musste durch das auswärtige Amt gehen und kam von dem damaligen Grossiegelbewahrer Frankreichs die Antwort, es könne der Requisition nicht stattgegeben werden, d'enquête, à laquelle il s'agirait de procéder, étant incompatible avec nos lois d'ordre public: weil die

vorzunehmende Enquête unverträglich ist mit unseren Gesetzen der öffentlichen Ordnung. Solcherweise ist das Ersuchen, welches in Folge einer Culturkampfsuntersuchung an das französische Ministerium gerichtet worden ist, als unverträglich mit den Gesetzen der öffentlichen Ordnung eines hochcivilisirten Landes zurückgewiesen worden. Dabei, meine Herren, wollen Sie wohl beachten, dass es nicht etwa die Regierung des Marschall Mac Mahon war, welchem ja zu Gunsten des wüthenden Demagogen, der gegenwärtig in Frankreich das grosse Wort führt, Sie Ihre Sympathieen nicht sonderlich zuwenden, sondern der Grosssiegelbewahrer des von Ihnen so sehr verehrten und von der Provincialcorrespondenz nach seinem Ableben so hoch gefeierten Staatsmannes Thiers, der diese Antwort auf die Requisition des Untersuchungsrichters in Köln gegeben hat. Haben Sie derartige Consequenzen Ihrer Gesetzgebung sich klar gemacht? Haben Sie annehmen können, dass die Regierung eines hoch civilisirten Landes die Anforderungen, die auf Grund der Maigesetze an sie gestellt würden, als unverträglich mit den Gesetzen der öffentlichen Ordnung dieses Landes zurückweisen würde?

Meine Herren, ich sage Ihnen das nicht, um Sie zu ärgern, ich sage es auch nicht, um etwa Revanche zu nehmen für die Hetzrede, welche vor einigen Tagen der Abg. Petri hier gehalten hat ... (Unruhe links.)

Präsident: Herr Abg.! Ich hätte doch wohl gewünscht, dass Sie den Ausdruck in Anwendung auf ein Mitglied des Hauses unterlassen hätten.

Abg. *Bachem*: Ich wollte nur die Rede objectiv dadurch charakterisiren (Gelächter links), sie hat gegen uns, die Mitglieder dieser Seite des Hauses, und gegen das katholische Volk den Effect einer Hetzrede erzielt. In diesem Sinne habe ich den Ausdruck gebraucht, in diesem Sinne halte ich ihn aufrecht.

Meine Herren, ich habe Ihnen jenes Vorkommniss nur erzählt, um Ihnen eine der Consequenzen vor Augen zu führen, welche doch geeignet sind, Ihr Nachdenken in etwas anzuregen. Aus der leidigen Affaire, in der wir jetzt stecken, und an der auch Sie, wie Sie wiederholt versichern, keine Freude haben, werden wir nur herauskommen, wenn Sie sich auf den Boden des sehr verständigen Satzes stellen, welchen der Abg. v. Meyer (Arnswalde), dem auch ich für seine ritterlichen Worte danke, vor kurzem hier ausgesprochen hat, indem er sagte: »die Massregeln gegen die Geistlichen hätten an dem Tage aufhören sollen, an welchem ihre staatlichen Functionen aufhörten. Der Staat soll sich um die Functionen der katholischen

Geistlichen ebenso wenig kümmern, wie er sich um die geistlichen Handlungen der jüdischen und protestantischen Religionsdiener kümmert.«

Das, meine Herren, ist ein Standpunkt, auf den Sie über kurz oder lang sich werden stellen müssen. Erst dann können Sie zu Gunsten Ihrer Gesetzgebung auch anrufen die Gesetzgebung Oesterreichs, wo ja die rein geistlichen Handlungen ausser Betracht gelassen werden.

Der Herr Cultusminister sagt uns gegenüber diesem Standpunkt stets: »Wir müssen aber doch im Auge behalten, dass die Geistlichen Volkslehrer κατ ἐξοχήν sind.« Darauf antworte ich: für den Fall, dass der Geistliche den Versuch machen sollte, sein geistliches Amt, die Ausübung seiner rein geistlichen Functionen in einer Weise zu üben, dass dadurch staatliche Interessen ernstlich gefährdet werden, haben Sie den Kanzelparagraphen, und damit, meine ich, könnten Sie auskommen. Ein anderes Mitglied dieses Hauses hat freilich ein einfacheres Mittel der Lösung des Conflictes bereit gehabt, wie der Abg. v. Meyer in der Samstagssitzung hat uns der Abg. Graf Bethusy gesagt:

»Wenn nicht an den Ketten gezerrt wird, dann drücken sie nicht.«

Meine Herren, ich muss sagen, ich habe niemals eine nach meinem Gefühl weniger würdige Aeusserung an die Adresse derjenigen Fraction, der ich angehöre, und an die Adresse der grossen Partei, welche hinter derselben steht, gehört. Wir sollen also an den Ketten nicht zerren, dann drücken sie nicht! Nun, wer gibt Ihnen denn das Recht, uns und unserer Kirche Ketten anzulegen? (Sehr richtig! im Centrum) Wer gibt Ihnen das Recht? Ich versichere Ihnen, wir werden Ihnen dasselbe niemals zugestehen und wir werden an den Ketten zerren so lange, bis sie zerrissen sind und wir sie Ihnen zerrissen vor die Füsse werfen. (Bravo! im Centrum. — Zischen links.)

Regierungscommissar Geheimer Oberregierungsrath *Lucanus:* Meine Herren! Die Geschichte, die der Herr Vorredner vorgetragen hat und welche an einen Succursalpfarrer am Rhein anknüpft, berührt das diesseitige Ressort nicht. Das diesseitige Ressort ist demgemäss mit der ganzen Angelegenheit in keinem Punkte befasst gewesen, es handelt sich, wie die Darstellung des Herrn Vorredners selbst darthut, um eine reine Justizsache. Ich will dies nur hervorheben einerseits, um dadurch klar zu machen, dass ein näheres Eingehen auf diesen Fall diesseitig unmöglich ist und andererseits,

damit nicht ausser Acht bleibe, welchen Zusammenhang diese Sache mit der Berathung des Cultusetats hat.

Abg. *Gütting*: Meine Herren! Wenn ich bei diesem Capitel das Wort ergreife, so geschieht es zunächst, weil die Debatte in der letzten Zeit hier einen ganz allgemeinen Charakter angenommen hat und weil gerade bei diesem Titel die Grundsätze, von denen unsere ganze heutige Gesetzgebung auf diesem Gebiete ausgeht, ganz speciell zur Unterlage dienen mussten. Meine Herren, wir haben im vorigen Jahre von dem Collegen v. Schorlemer-Alst eine Rede gehört, die in dieser Session, von dem Collegen Reichensperger im Wesentlichen wiederholt worden ist und deren Tendenz dahin geht, dem Hause, dem Lande und der Regierung zu zeigen, dass sie mit der sogenannten Maigesetzgebung nichts erreicht hätten. Meine Herren, diesen Satz zugegeben — wenn das wahr wäre! — dann glaube ich, wären Sie in einer glücklichen Lage im Centrum, wenn Sie das auch von sich sagen könnten, diese reine Negative. Aber was haben Sie erreicht mit Ihrem Standpunkt den Gesetzen gegenüber, oder, ich will mich correcter ausdrücken, was hat die ultramontane Partei erreicht? Denn es wird gestattet sein, eine grosse Partei, die gegenwärtig den bedeutendsten Einfluss auf die Geschicke aller cultivirten Länder hat, in ihrer geschichtlichen Bedeutung zu characterisiren und zu kritisiren. Ob hier Jemand zu der Partei sich bekennt und deren Grundsätze sich aneignet, das kann das Recht zur Kritik, als einer ausserstehenden, grossen politischen Partei, uns nicht nehmen; und dann sind es speciell die Bischöfe, gegen die sich diese Kritik richtet und bisher immer gerichtet hat. Ja, meine Herren, die Bischöfe mit ihrem Verfahren, wie sie sich von Anfang an der Gesetzgebung unseres Staates und Deutschlands gegenüber gestellt haben, sind ja das einzig greifbare Object für die Gesetzgebung; man wird uns doch nicht zumuthen, dass wir gegen das katholische Volk mit Zwangsmassregeln vorgehen sollen? (Heiterkeit. Ruf: Nein!) Wir können nur an der Stelle mit der staatlichen Gesetzgebung eingreifen, wo der Grund liegt für die Maschinerie, durch welche das katholische Volk in Bewegung gesetzt wird. Meine Herren, was ist denn nun auf jener Seite erreicht? Zunächst, dass Sie genöthigt gewesen sind, eine Theorie aufzustellen, die bisher noch niemals in der Welt aufgestellt worden ist und die auch keinen Bestand haben kann, nämlich die Theorie, dass die Gesetze nicht von jedem Unterthan eines Landes befolgt zu werden brauchen. Meine Herren, dass das eine vollständig grundstürzende Theorie für jeden Staat ist, ist schon so oft hervorgehoben worden,

und es wird das keines Beweises bedürfen. Sie huldigen damit einer Theorie, womit überhaupt kein Staat bestehen kann; das erkennt auch, ausser Ihnen, jeder Staat, auch der uncultivirteste Staat an, weil mit jener Theorie das Bestehen eines Staates schlechthin unverträglich ist; ja der Begriff eines Staates überhaupt negirt wird. Nun sagen Sie: wir erkennen die Gesetze soweit an, als wir nicht durch unser Gewissen daran verhindert werden. Ja, meine Herren, das ist ja idem per idem; das kann ja natürlicherweise jeder für sich in Anspruch nehmen, indem er sagt, den Gesetzen nicht zu gehorchen, liegt in meinem Gewissen, und da das Gewissen etwas ganz subjectives ist, so kann nach dieser Theorie jeder Mensch im Staate dem Gesetze Widerstand leisten, unter der Berufung darauf, dass sein Gewissen sonst leide. Aber, meine Herren, wohin führt diese Theorie? wie müssen sich diejenigen vorkommen, die hier als Vertreter des Ultramontanismus sitzen, dass sie selbst täglich an der Gesetzgebung hier theilnehmen, von der sie die Theorie aufstellen, dass sie Niemand zu befolgen braucht! Das ist ein ganz wunderbares Verhältniss, dass Sie dann hier im Hause sitzen bleiben und fortwährend an unserer Preussischen Gesetzgebung theilnehmen und an unserer deutschen Gesetzgebung im Reichstage; denn Sie werden doch nicht sagen können: ja, da sind wir die Minorität, die Gesetze werden ja gegen unsere Zustimmung erlassen. Meine Herren, alle Gesetze werden gegen Minoritäten erlassen, es ist ja unter tausenden vielleicht eins, welches einstimmig erlassen ist; also hiermit können Sie Ihre Theilnahme an der Gesetzgebung, die Sie selbst nachher für unverbindlich erklären, nicht rechtfertigen, dass Sie sagen: wir sind bei diesen Gesetzen in der Minorität. Der grundverderbliche Irrthum in der Aufstellung dieser Theorie, dass man dem Gesetze nicht zu gehorchen brauche und welche Folgen diese Theorie für das katholische Volk hat, nämlich dass Sie, die Ultramontanen, nicht sagen können: wir haben nichts erreicht und sich nicht blos auf die Negative stellen können; das werde ich Ihnen nachweisen. Doch, meine Herren, es ist sehr viel erreicht von Ihnen, aber sehr viel Schädliches nach Ihrem eigenen Zugeständniss. Ich glaube, es war der Abg. Roeckerath, der uns neulich das zugegeben und geklagt hat, wie sehr das katholische Volk in Deutschland gegenwärtig bedrängt ist, wie es in seinen religiösen Gefühlen und Bedürfnissen augenblicklich verlassen wäre. Der Abg. Reichensperger hat noch vor einigen Tagen gesagt, viele hundert katholische Gemeinden seien bereits verwaist. Nun, meine Herren, wenn das die Folgen sind, warum geben Sie den formellen Wider-

stand nicht auf? Der Herr College Roetkerath oder Danzenberg — ich weiss es nicht genau — hat eben diese Zustände jetzt als Folgen der Gesetze anerkannt und klagt über die Gesetze und über diesen Zustand, welchen die Gesetze gegeben. Ja, meine Herren, das erinnert mich an ein Wort, welches neulich der Abg. Windthorst ausgesprochen hat: der Weg vom *Erkennen* zum *Bekennen* sei sehr schwer. Ich gebe das zu für Weiber und Kinder, meine Herren, für Männer, solche, wie sie hier sitzen, glaube ich das nicht. Aber was sehr schwer ist, das ist vom *Bekennen* zum *Erkennen* zu kommen. Wenn Sie erst dahin kommen, dass Sie von dem Bekenntniss, wie traurig es mit dem katholischen Volke steht, zu der Erkenntniss kommen, dass Ihre Bischöfe und das Verhalten des Klerus und der römischen Curie es sind, die diese Zustände herbeigeführt haben, dann, meine Herren, werden Sie ein anderes Benehmen gegen unsere Maigesetze anschlagen können. Zunächst ist es also das religiöse Bedürfniss, was in dieser Folge in dem katholischen Volke gegenwärtig mehr und mehr unbefriedigt bleibt, sie stehen allein, nicht allein bei ihren täglichen Cultusbedürfnissen, sondern auch vor Allem beim Scheiden aus dem Leben. Nun, meine Herren, ich glaube, das wäre doch ein Grund, dass Sie Ihr Verhalten den Kirchengesetzen gegenüber, recht ernst prüften. Wie ist es nun mit dem Unterrichte? Auch da wird durch den Widerstand gegen die Gesetze immer mehr die Schule nicht allein verödet, sondern der Unterricht selbst vernachlässigt und das Volk fällt in Aberglauben und Fanatismus, das ist eine ganz natürliche Folge. Nun verlangen Sie und Ihre Redner hauptsächlich, die Schule solle der Kirche zurückgegeben werden, die staatliche Oberaufsicht sei durchaus gefährlich, die Schule gehöre der Kirche. Gut, sehr gut. Nun, meine Herren, sehen Sie doch einmal in die Blätter der Geschichte, der allerneuesten Geschichte. Wie steht das katholische Volk in Betreff der Religiosität und Intelligenz in den Ländern, in denen die Schule *unbedingt der Kirche gehört hat und noch gehört?* Blicken Sie doch auf Italien. Gibt es denn irgendwo so verderbliche und unglaubliche Zustände, wie sie seit 30 bis 40 Jahren und länger in Calabrien und Sicilien existiren? Meine Herren, sollte ich Sie an die Mafia erinnern, an die Gesellschaft von höchsten Staatsbeamten bis zum Bettler herunter, die vereinigt sind zu allen möglichen Verbrechen und Schandthaten; und Keiner hat den Muth, Jemanden aus dieser Gesellschaft anzugeben, weil er dann seines Lebens nicht mehr sicher ist? Sind jene gesellschaftlichen Zustände, die auf den Grad der Bildung und eigentlichen Religiosität schliessen

lassen, in einem andern Staate der Welt, als da, wo die Schule der Kirche unbedingt angehört hat? Sehen Sie doch solche Thatsachen an und verschliessen Sie Ihre Augen nicht; sehen Sie sie nicht durch eine Brille an, die Ihnen die Ursachen anderwärts erscheinen lässt, als wo sie wirklich liegen!

Aber, meine Herren, die schlimmsten Folgen des Widerstandes gegen unsere Gesetzgebung und der zur Deckung dieses Widerstandes erfundenen Theorie, dass man den Gesetzen des Staates keinen Gehorsam zu leisten brauche, das ist das, was ich hier wiederhole, — obgleich der Herr Abg. Roeckerath sich dagegen verwahrt hat —, das ist die *Entsittlichung des katholischen Volkes.* Den Vorwurf kann man Ihnen nicht ersparen: Wo den Gesetzen nicht gehorcht wird, wo offen der Widerstand gepredigt wird, wo dieser Zustand überall in der Presse und hier im Hause geradezu mit einer Apotheose umgeben wird, da muss das Gefühl für Recht und Sitte und Sittlichkeit vollständig absterben. Nehmen Sie wieder diejenigen Thatsachen, die Sie selbst uns immer wieder vorführen, nehmen Sie das, was bei der Einführung der sogenannten staatstreuen katholischen Geistlichen in ihre Aemter passirt, bei der Beschlagnahme des Vermögens der Bisthümer durch die Staatsbeamten, nehmen Sie diese Zustände und diese ewige Widersetzlichkeit, den Widerstand gegen die Obrigkeit, das revolutionäre Benehmen dabei, die Strafe, die dann folgt, ja, meine Herren, ist denn das nicht etwas, was das gerade Gegentheil von dem ist, was wir unter Sinn für Recht und Religiosität verstehen? Wenn das Volk überall, wo der Staat seine Gesetze ausführt und, einzelne Redner von Ihnen haben ja selbst zugegeben, dass formell die Regierung die Gesetze richtig ausführt — wenn das Volk bei den Gelegenheiten, wo die Staatsbeamten Gesetze ausführen, strafbaren Widerstand leistet — ist das noch irgendwie christlich? Das werden Sie selbst schwerlich behaupten können.

Nun, meine Herren, noch das Allerschlimmste. Was die ultramontane Partei wirklich erreicht hat, das ist das, meine Herren, dass sie das katholische Volk anfängt zu entnationalisiren. (Grosse Unruhe im Centrum.) Eins ist den Ultramontanen gelungen: sie haben Deutschland in zwei Theile getheilt; statt dass wir früher 36 geographische Bezirke in Deutschland hatten, die wir bedauerten, haben wir jetzt zwei grosse intellektuelle Theile, das heisst einen lutherischen — und wie jetzt allerdings diese Richtung im Katholicismus vorherrschend ist, das ist nicht zu leugnen — einen ultramontanen Theil. Das ist das Schlimmste, was Ihnen die Geschichte

nie vergessen wird. Meine Herren, Sie sollen hier auf Ihre Fahne zu schreiben: Wahrheit, Freiheit und Recht! und als Illustration zu dem alten deutschen Sprichwort, gegen der Wurst nach der Speckseite werfen, stellen Sie sich immer als Stützen der Throne hin. Sagen Sie mir doch, in welchem Lande der Welt hat Ihre Partei jemals Wahrheit, Freiheit und Recht als ideale Güter vertheidigt? Rom ist stets da gewesen, wo Roms Interesse war. Seit diesem Jahrhundert, ja seit den letzten vier Decennien ist Rom, ist die Curie, ist der Ultramontanismus — das sind alles Synonyme in den verschiedensten Stadien der Geschichte — auf Seite der absolutistischen Regierungen in Italien, in Spanien, in Oesterreich, in Frankreich und auf Seite der schweizerischen aristokratischen Urkantone gewesen; aber, meine Herren, das war das Interesse Roms. Wie war es aber in Irland und Belgien? Haben da auch die Ultramontanen die Throne gestützt oder gestürzt? Irland hat erst seinen Willen durch die äussersten revolutionären Bewegungen durchgesetzt — und vollständig mit Recht; denn da war das katholische Volk in einer Weise geknechtet, wie dies des Jahrhunderts im höchsten Grade unwürdig war. Ich spreche aber jetzt von dem *Mittel*, das Recht zu erlangen. Das irländische Volk kam erst dann zum Siege, als O'Connel sich der Sache annahm und den Klerus engagirte. Vorher konnte nichts gemacht werden, weil der Klerus das Volk zurückhielt. Als aber O'Connel den Klerus in die Bewegung führte, da entstand die reine Revolution. Ja, ja, so ist's, wenn auch der Abg. Dauzenberg mit dem Kopfe schüttelt. Er braucht nur ein Compendium der Geschichte durchzulesen, so wird er sehen, wie in Irland und Belgien die Völker aufgestachelt hat, zu rebelliren. Nun, meine Herren, dass Rom lange aufgehört hat, eine religiöse Macht zu sein, vielmehr eine reine politische geworden ist, das können Sie ja am besten daraus sehen, dass der Papst schon im 16. Jahrhundert mit den Türken ein Kriegsbündniss gegen die christlichen Monarchen Europas einging und vor einigen Wochen hat bekanntlich der Papst gebetet für die Siege der Türken über das christliche Russland. Es ist immer dasselbe gewesen: wo Roms Interesse ist, da ist Rom. Meine Herren, das beste Beispiel in der neuesten Geschichte bietet Frankreich. Als die Revolution in Frankreich endlich geschlossen war, mit der Charte die ihm Ludwig XVIII. gab, da war vom ersten Augenblicke an die clericale Partei bemüht, dieses Staatsgrundgesetz wieder zu untergraben. Schon im Jahre 1817 wurde der erste Vorschlag gemacht, eine geistliche Bank einzuführen, und im Jahre 1822 wurde das auch

wirklich erreicht. Wie es unter dem Ministerium Villèle hergegangen ist, das werden Sie ja auch wissen, meine Herren; denken Sie an das Sacrileggesetz, welches eingeführt wurde mit der Bestimmung, dass die Entweihung der Hostien die Strafe des Vatermordes treffen sollte. Wie dann die Verfassung glücklich gestürzt wurde, Karl X. aber mit, das wissen Sie aus der neuesten Geschichte. Jetzt blüht ja dieselbe Sache in Frankreich wieder. Es ist schon früher einmal auf die jetzige Lage Frankreichs hingewiesen, und es ist auch schon dagegen gesprochen worden. Ja, meine Herren, wer mit offenen Augen sieht, der weiss ja, wer die grenzenlose Verwirrung, die gegenwärtig in unserm Nachbarlande herrscht, verursacht hat. Wir schwärmen nicht für die Republik als solche, man muss überhaupt in der Politik nicht schwärmen — denn wir wissen sehr wohl, dass in den republikanischen Staaten — ich habe Ihnen bereits die Republiken in den Urkantonen der Schweiz genannt — dass da gerade so gut die schlimmste Knechtschaft und die religiöse Finsterniss herrschen kann, wie in den absolutistisch regierten Reichen. Also für die Republik als solche schwärmen wir nicht; aber wir sehen ganz klar ein, wie es in Frankreich steht. Wenn wir Pessimisten wären, meine Herren, dann müssten wir wünschen, dass die Klericalen durch Mac Mahon wieder vollständig Frankreich unterjochten; denn, meine Herren, so lange in Frankreich der Ultramontanismus an der Herrschaft ist, so lange steht die ganze gebildete Welt zum Kampf Preussens und Deutschlands gegen den Ultramontanismus.

Unsere Sympathien sind aber aus ganz anderen Gründen auf Seiten der Republikaner in Frankreich, nämlich aus dem Grunde, weil es derselbe Kampf geführt wird, wie hier. Die Fäden zwischen Frankreich und Deutschland laufen in dieser Beziehung vollständig in einander; und wie schon vorhin hier gesagt worden ist, dass es viele Millionen deutscher Katholiken gibt, die nicht hinter dem Centrum stehen, so gibt es in Frankreich augenblicklich vielleicht Millionen Menschen, die nicht für die Republik schwärmen und doch die republikanischen Abgeordneten gewählt haben. Warum, meine Herren? weil sie ihr Vaterland nicht wieder dem Klericalismus verfallen lassen wollten, der ihrem Vaterlande so unendliche Wunden geschlagen hat und der von Mac Mahon wieder gross gezogen wird, wie letzterem umgekehrt von ihm gehalten wird. Das ist der Grund für die grosse Majorität der republikanischen Wahlen in Frankreich. Den Kampf ist dort und hier derselbe. Dort wie anderwärts drohen

dem Staatsleben heute zwei arge Klippen, das ist der Unterrock und die Soutane.

Meine Herren, wie Sie den Kampf führen, das ist in der That auch nicht sehr ritterlich. Als ich im vorigen Jahre auf eine Rede des Herrn Collegen Brüel darlegte, dass in Hannover andere Leute auch anderer Ansicht seien, gefiel es dem Herrn Abg. Windthorst, mir nachher zu sagen, es sei dem Abg. Götting vorbehalten, sich freiwillig zum Träger der Knechtschaft zu machen. Ich bitte Sie, meine Herren, darf das wohl Jemand, der in Ihrer Mitte sitzt, uns gegenüber sagen? Als wir in Opposition standen, da haben wir Hals und Kragen für unsere Ueberzeugung eingesetzt im vollsten Sinne des Wortes. Und Sie, meine Herren, wer thut Ihnen was? Sie kämpfen hier, gedeckt durch die parlamentarische Redefreiheit, in einer Weise, die bisher ganz unerhört gewesen ist. Sie greifen Gesetze an, Sie bezeichnen sie als grausam, als verderblich für das katholische Volk; es sind hier die Worte gefallen: zu Heloten werde das katholische Volk durch solche Gesetze gemacht. Sie greifen die treuen Staatsbeamten an, die Herren Minister, die Vertrauensmänner Seiner Majestät des Königs, werden hier als Commis bezeichnet — Alles unter dem Deckmantel der Redefreiheit. Ihnen thut kein Mensch was. Sie können auch in unsere grossen Volksversammlungen kommen und da Ihre Theorien über Ungehorsam gegen das Gesetz und über die Nothwendigkeit, dass wir Protestanten zur katholischen Kirche zurückkehren müssen und dass die Schule der Kirche wieder ausgeliefert werden müsse, dreist vortragen. Ihnen thut kein Mensch etwas: *uns hängen keine Kullmanns an den Rockschössen.* Sie können überall hinkommen und Ihre Theorien aussprechen; aber ein grosser Muth gehört nicht dazu, das ist ganz klar. Sie kämpfen überhaupt hier gar nicht selbstständig; denn Sie sind blos die Marionetten Roms. (Lachen im Centrum. Ruf: Zur Ordnung!)

Präsident: Herr Abgeordneter, den Ausdruck hätten Sie besser unterlassen.

Abg. *Götting*: Herr Präsident! Wenn diese Rüge von Ihrem Munde ausgeht, so unterwerfe ich mich derselben willig. Ich wollte als Beweis, dass thatsächlich die Sache so ist, einen Ausspruch des Abg. Windthorst hinzufügen. Er hat in einer grossen Katholikenversammlung gesagt, er betrachte seine Reden hier als Exercitien. Diese Exercitien lasse er sich von den Bischöfen corrigiren. Heisst das nicht, dass sie durch einen Mechanismus geleitet werden, den Rom handhabt? Aber, meine Herren, ich erinnere Sie auch noch

an die fürchterlichen Artikel, die die ultramontane Presse noch bis zum Jahre 1874 gebracht hat, diese Artikel, worin als der einzige Rettungsengel für Deutschland die französischen Kanonen und Kugelspritzen als wünschenswerth für die Preussen geschildert wurden (Rufe: Unwahr!)

Ja wohl, meine Herren, Sie können sich nicht wie das vorige Mal damit widerlegen, dass Sie blos Nein! Nein! rufen. Das Material liegt hier zu Ihrer Verfügung. Ich wiederhole die Stelle nur deshalb nicht, um Deutschland den Schimpf vor dem Auslande zu ersparen, dass so Etwas auf deutschem Papier hat gedruckt werden können. (Sehr richtig! links; Unruhe im Centrum) nicht um Sie zu schonen, sondern um Deutschland vor dem Auslande zu schonen, deshalb wiederhole ich das nicht. Es steht Ihnen das Material zu Diensten. Wenn Sie die Stelle verlesen wollen, dann kann ich mit Recht sagen: ich wasche meine Hände in Unschuld. Nun, meine Herren, auf diesen Artikel kam von der Union in Frankreich eine Erwiederung, die hier auch liegt und die ich vorlesen konnte. Darin heisst es ungefähr: nach diesen vortrefflichen Aeusserungen in der Presse seien ja allerdings die Katholiken und der Ultramontanismus in Deutschland die einzige Stütze für die Revanchegelüste Frankreichs, aber sie wären in dieser Beziehung vortrefflich und zuverlässig. Das, meine Herren, waren die grossen Exercitien, die von der ultramontanen *Partei* nach Frankreich geschickt wurden und die die Union mit dem Prädikate »optime« zurückgab.

Endlich, meine Herren, sollten Sie doch die Kampfesweise aufgeben, dass Sie sagen: wir und die Königliche Staatsregierung sahen ja ein, dass wir eigentlich mit dem Gesetze einen Fehlgriff gethan hätten; wir wollten gern zurück, wir wüssten nur nicht recht wie? Meine Herren, wozu ein solches Verdecken offener Karten, wozu ein solches Versteckspiel? Es ist Ihnen von allen Seiten erklärt, von allen Abgeordneten der rechten und linken Seite, vom Ministertisch, von den Ministerialcommissarien, dass an ein Zurückweichen in dieser Frage gar nicht zu denken sei, — wie können Sie also sagen, wir wünschten endlich in guter Manier zurückweichen zu können? Es ist ja nicht einmal Sitte des Hauses, einem Vorredner andere Motive unterzulegen, als die er ausdrücklich ausgesprochen hat. Aber bekämpfen Sie uns doch nicht die Motive, die wir offen aussprechen, sagen Sie doch nicht, dass Sie unsere Einsicht und unseren Willen besser verstehen als wir. Nein, wir werden nicht zurückweichen, wir *können* nicht zurückweichen, das

Staatsleben heu
Sentanz.
Meine Herren,
nicht sehr ritt
Herrn Collegen
anderer Ansic
nachher zu sa
willig zum Trä
Herren, dar
gegenüber sagen?
und Krüge
des Worte
kämpfen hier
einer Weise,
an, Sie
holische Volk
katholische
Staatsb
Seiner Ma
Alles unter
was.
kom
und

...gegenüber solchen Angriffen, wie sie der Herr Abg. Gütting ...geschleudert hat, zu schweigen? (Sehr richtig! im Centrum) ...es aber dem Lande, meinen Wählern und den Wählern un... ...sammten Partei schuldig, ihm zu antworten. Der Abg. Gütt... ...at am Eingang seiner Rede, was die Frage gestellt: Was hat ...tramontane Partei erreicht? Und er fügte hinzu: Dennoch ...deutungsvoll diese Frage zu erörtern, weil sie die einfluss... ...ste Partei in allen Ländern ist. Meine Herren, unter begegnet ...würdigen Widersprüchen bei den Herren Liberalen. Einmal ...es mit Rom und der Ultramontanen Partei ist es vorbei, man ...hat sich mit dem alternden Papst und dem alternden Papst... ...gar nicht mehr zu beschäftigen, und den Lesern ihrer Blät... ...der Ihren Boden sitzt beruhigt zu Hause und denkt ebenfalls ...der Geschichte ist es aus! Ein ander Mal kommen sie wieder sagen: Die Ultramontanen sind die furchtbarste und einflus... ...ste Partei, die es gibt, und das Papstthum ist der gefährlichste ...des Deutschen Reiches. Dann setzt natürlich derselbe Zeitungs... ...am Abend zu Hause und bekommt eine Gänsehaut: sagt der ...eren wegen der schrecklichen Dinge, die bezüglich des Papstes ...kündet werden. Und viel besser wie diesen Lesern geht es Ihnen ...auch nicht; Sie bewegen sich immer und immer wieder in dem ...ben Widersprüchen. Aber der Herr Abg. Gütting hat gefragt: ...Was hat die ultramontane Partei bisher erreicht? Ich will ihm die ...antworten. Wir haben erreicht Leiden, Kämpfe, Geldbussen, ...Gefängnissstrafen, Anwendungen; wir haben aber auch erreicht, dass *wir trotzdem den kleinsten Theil unserer Principien aufgegeben haben, wir haben erreicht, dass wir unsere Ehre nicht verloren, und darauf sind wir stolz.* (Bravo im Centrum.)

Dann hat der Herr Abg. Gütting uns vorgehalten und zwar in einem ganz allgemeinen Satze: wir hätten den Grundsatz aufgestellt, Gesetze brauchten von den Staatsbürgern nicht befolgt zu werden. Ich protestire hier nochmals dagegen — und ich thue dies vielleicht zum zehnten Male, — dass jemals ein solcher Grundsatz von uns ausgesprochen worden ist. Wir erkennen die Nothwendigkeit des Gehorsams gegen die Gesetze gerade so gut an wie Sie, meine Herren, aber (Rufe links: aber!) ja wohl, hören Sie mich nur ruhig an — aber, wo diese Gesetze in das innerste Gebiet des Glaubenslebens und des Gewissens eingreifen, (Widerspruch links) *da sind wir berechtigt, den Gesetzen gegenüber passiven Widerstand zu leisten, und das ist das Einzigste, was wir und die Katholiken im Lande bisher gethan haben.*

sen können Sie sich fest versichert halten. Es ist Ihnen schon wiederholt gesagt worden: Eine Regierung in Deutschland und Preussen, die in diesem Stadium zurückweichen würde, ist unmöglich; die würde ihre Stellung zu der weltgeschichtlichen Mission Deutschlands in einer solchen Weise verkennen, dass sie sich — ich möchte sagen nicht 24 Stunden halten könnte. Wie sehr der Wille des Hauses und der Regierung feststeht, das haben Sie noch vor einigen Tagen gesehen, als der Herr Abg. v. Meyer (Arnswalde) mit einer, wie es scheint allerdings einmüthigen Erklärung hervortrat, wir hätten den Kampf satt — wir im Hause und das Land. Es ist kaum jemals einem Redner im Hause ein solches einmüthiges Dementi von allen Parteien mit Ausnahme der Centrumspartei entgegengesetzt, wie bei diesem Ausspruche. Nach solchen Thatsachen, bitte, verschonen Sie uns in Zukunft mit der Redensart, wir hätten jetzt Lust zurückzuweichen.

Meine Herren, zum Schluss will ich noch auf eine Frage antworten, die der Herr Abg. Windthorst vor einigen Tagen stellte. Er sagte: was wird die Geschichte dazu sagen? In der Regel, meine Herren, hat die Geschichte ihr Urtheil allerdings aufzusparen, bis ein gewisser Zeitraum verflossen ist, und man die Sache aus einer grösseren Perspective mit mehr Ruhe ansehen kann. Aber in dieser Sache, meine Herren, ist die Geschichte längst fertig, denn was ich Ihnen gesagt habe über den Ultramontanismus, ist nichts neues. Er wirkt, so lange Rom aufgehört hat, rein geistliche und kirchliche Interessen zu befolgen, und sich auf das rein weltliche und politische Gebiet begeben hat, also seit mindestens acht Jahrhunderten, damals wie heute. Meine Herren, nachdem ich Ihnen ins Gedächtniss gerufen habe, wie sich ein Theil, und leider Gottes von Ihren Bischöfen und Ihnen ein niemals, wie es hätte sein sollen, dementirter, Tag für Tag und Stunde für Stunde dementirt sein sollender Theil der Presse darüber geäussert hat, da kann man Ihnen schon jetzt sagen, was die Geschichte darüber sagen wird. Der Genius der deutschen Geschichte wenigstens wird sich von Ihnen abwenden, ich will nicht sagen, mit Abscheu Sie entartete Söhne des Vaterlandes nennen, aber er wird Sie mit Trauer und Mitleid verirrte Söhne des Vaterlandes nennen. (Bravo! links, Zischen im Centrum.)

Abg. Freiherr *Schorlemer-Alst*: Meine Herren! Ich hätte in diesem Stadium der Verhandlungen des Cultusetats lieber nicht gesprochen und ich bin bei mir selbst lange zweifelhaft darüber gewesen, ob man vom Standpunkt der eigenen Würde nicht am Besten

thäte, gegenüber solchen Angriffen, wie sie der Herr Abg. Götting uns zugeschleudert hat, zu schweigen. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich bin es aber dem Lande, meinen Wählern und den Wählern unserer gesammten Partei schuldig, ihm zu antworten. Der Abg. Götting hat am Eingang seiner Rede uns die Frage gestellt: Was hat die ultramontane Partei erreicht? Und er fügte hinzu: Denn es ist bedeutungsvoll, diese Frage zu erörtern, weil sie die einflussreichste Partei in allen Ländern ist. Meine Herren, man begegnet merkwürdigen Widersprüchen bei den Herren Liberalen. Einmal heisst es: mit Rom und der ultramontanen Partei ist es vorbei, man braucht sich mit dem alternden Papst und dem alternden Papstthum gar nicht mehr zu beschäftigen — und der Leser Ihrer Blätter oder Ihrer Reden sitzt beruhigt zu Hause und denkt ebenfalls: Mit der Geschichte ist es aus! Ein ander Mal kommen Sie wieder und sagen: Die Ultramontanen sind die furchtbarste und einflussreichste Partei, die es gibt, und das Papstthum ist der gefährlichste Feind des Deutschen Reiches. Dann sitzt natürlich derselbe Zeitungsleser am Abend zu Hause und bekommt eine Gänsehaut nach der anderen wegen der schrecklichen Dinge, die bezüglich des Papstes verkündet werden. Und viel besser wie diesem Leser geht es Ihnen hier auch nicht; Sie bewegen sich immer und immer wieder in denselben Widersprüchen. Aber der Herr Abg. Götting hat gefragt: Was hat die ultramontane Partei bisher erreicht? Ich will ihm die Antwort geben. Wir haben erreicht: Leiden, Kämpfe, Geldbussen, Gefängnissstrafen, Ausweisungen; wir haben aber auch erreicht, dass *wir nicht den kleinsten Theil unserer Principien aufgegeben haben, wir haben erreicht, dass wir unsere Ehre nicht verloren, und darauf sind wir stolz.* (Bravo! im Centrum.)

Dann hat der Herr Abg. Götting uns vorgeworfen und zwar in einem ganz allgemeinen Satz: wir hätten den Grundsatz aufgestellt, Gesetze brauchten von den Staatsbürgern nicht befolgt zu werden. Ich protestire hier nochmals dagegen — und ich thue dies vielleicht zum zehnten Male — dass jemals ein solcher Grundsatz von uns ausgesprochen worden ist. Wir erkennen die Nothwendigkeit des Gehorsams gegen die Gesetze gerade so gut an, wie Sie, meine Herren, aber — (Rufe links: aber!) — ja wohl, hören Sie mich nur ruhig an — aber, wo diese Gesetze in das innerste Gebiet des Glaubenslebens und des Gewissens eingreifen. (Widerspruch links.) *da sind wir berechtigt den Gesetzen gegenüber passiven Widerstand zu leisten, und das ist das Einzigste, was wir und die Katholiken im Lande bisher gethan haben.*

Sie sich fest versichert halten. Es ist Ihnen schon
gesagt worden: eine Regierung in Deutschland und Preussen,
die in diesem Staate zurückweichen würde, wäre unmöglich; die
würde ihre Stellung zu der weltgeschichtlichen Mission Deutschlands
in keiner Weise erkennen, dass sie sich, ich möchte zu
nicht 24 Stunden halten könnte. Wie sehr der Wille des Hau-
ses und der Regierung, vertreten, das haben Sie noch vor einigen
Tagen gesehen, als der Herr Abg. v. Meyer (Arnswalde) mit einer,
wie mir scheint, allerdings beruhigenden Erklärung hervortrat, wir
hätten den Kampf satt, wir wollten Hader und Land. Es ist
kaum jemals einem Redner im Hause ein solches einmüthiges De-
mehr von allen Parteien mit Ausnahme der Centrumspartei ent-
gegengesetzt, wie bei diesem Ausspruche. Nach solchen Thatsachen,
bitte, verschonen Sie uns in Zukunft mit der Redensart, wir hätten
jetzt das Zurückweichen.

Meine Herren, zum Schlusse will ich noch auf eine Frage ant-
worten, die der Herr Abg. Windthorst vor einigen Tagen stellte.
Er sagte: was wird die Geschichte dazu sagen? In der Regel,
meine Herren, hat die Geschichte im Urtheil allerdings zuzusehen,
bis eine gewisse Zeitraum verflossen ist, und man die Sache aus
einer grösseren Perspective mit mehr Ruhe ansehen kann. Aber in
dieser Sache, meine Herren, ist die Geschichte längst fertig, denn
was ich Ihnen gesagt habe über den Ultramontanismus, ist nichts
neues. Er wirkt, so lange Rom aufgehört hat, rein geistliche und
kirchliche Interessen zu befolgen, und sich auf das rein weltliche
und politische Gebiet begeben hat, also seit mindestens acht Jahr-
hunderten, damals wie heute. Meine Herren, nachdem ich Ihnen
ins Gedächtniss gerufen habe, wie sich ein Theil, und leider Gottes
von Ihren Bischöfen und Ihnen ein niemals, wie es hätte sein sol-
len, dementirter, Tag für Tag und Stunde für Stunde dementirt seit
solcher Theil der Presse darüber geäussert hat, da kann Ihnen
schon jetzt sagen, was die Geschichte darüber sagen wird.
Der Ruhm der deutschen Geschichte wenigstens wird sich von Ihnen
abwenden, ich will nicht sagen, mit Abscheu sie entartete Söhne
des Vaterlandes nennen, aber sie wird Sie gar Trauer und Mitleid
verirrte Söhne des Vaterlandes nennen. (Bravo! links. Zischen im
Centrum.)

Abg. Freiherr Schorlemer-Alst: Meine Herren, ich hatte in
diesem Stadium der Verhandlungen des Culturetats lieber nicht ge-
sprochen und ich bin bei mir selbst lange zweifelhaft darüber ge-
wesen, ob man vom Standpunkt der eigenen Würde nicht am Besten

thäte, gegenüber solchen Angriffen, wie sie der Herr Abg. Götting uns zugeschleudert hat, zu schweigen! (Sehr richtig! im Centrum) ich bin ja aber dem Lande, meinen Wählern und den Wählern unserer gesammten Partei schuldig, ihnen zu antworten. Der Abg. Götting hat am Eingang seiner Rede uns die Frage gestellt: Was hat die ultramontane Partei erreicht? Und er fügte hinzu: Dennes ist bedeutungsvoll diese Frage zu erörtern, weil sie die einflussreichste Partei in allen Ländern ist. Meine Herren, man begegnet merkwürdigen Widersprüchen bei den Herren Liberalen. Einmal heisst es, mit Rom und den Ultramontanen Partei ist es vorbei, man braucht sich mit dem alternden Papst und dem alternden Papstthum gar nicht mehr zu beschäftigen, und der Leser Ihrer Blätter, oder Ihrer Reden sitzt beruhigt zu Hause und denkt: ebenfalls, Mit der Geschichte ist es aus! Ein ander Mal kommen Sie wieder und sagen: Die Ultramontanen sind die furchtbarste und einflussreichste Partei, die es gibt, und das Papstthum ist der gefährlichste Feind des Deutschen Reiches. Dann setzt natürlich derselbe Zeitungsleser am Abend zu Hause und bekommt eine Gänsehaut: nach der anderen wegen der schrecklichen Dinge, die bezüglich des Papstes verkündet werden. Und viel besser wie dieser Leser geht es Ihnen hier auch nicht; Sie bewegen sich immer und immer wieder in denselben Widersprüchen. Aber der Herr Abg. Götting hat gefragt: Was hat die ultramontane Partei bisher erreicht? Ich will ihm die Antwort geben. Wir haben erreicht, Leiden, Kämpfe, Geldbussen, Gefängnissstrafen, Ausweisungen; wir haben aber auch erreicht, dass wir nicht den kleinsten Theil unserer Principien aufgegeben haben, wir haben erreicht, dass wir unsere Ehre nicht verloren, und darauf sind wir stolz. (Bravo im Centrum.)

Dann hat der Herr Abg. Götting uns vorgeworfen und zwar in einem ganz allgemeinen Satze, wir hätten den Grundsatz aufgestellt, Gesetze, brauchten von den Staatsbürgern nicht befolgt zu werden. Ich protestire hier nochmals dagegen — und ich thue dies vielleicht zum zehnten Male — dass jemals ein solcher Grundsatz von uns ausgesprochen worden ist. Wir erkennen die Nothwendigkeit des Gehorsams gegen die Gesetze gerade so gut an wie Sie, meine Herren, aber (Rufe links: aber!) Ja wohl, hören Sie mich nur ruhig an — aber, wo diese Gesetze in das innerste Gebiet des Glaubenslebens und des Gewissens eingreifen, (Widerspruch links) da sind wir berechtigt, den Gesetzen gegenüber passiven Widerstand zu leisten, und das ist das Einzigste, was wir und die Katholiken im Lande bisher gethan haben.

Meine Herren! Sie haben ja wesentliche Bestimmungen der Verfassung erst aufheben müssen, um die kirchenpolitischen Gesetze zu machen! (Bravo! im Centrum.) Was Sie jetzt gegen uns thun und was Sie bestimmt haben durch diese Gesetze, das hätten Sie nicht gekonnt, wenn das in der Verfassung uns feierlich gewährleistete und beschworene Recht uns gehalten worden wäre. (Sehr wahr! im Centrum.) Haben wir daher nicht ein Recht, das immer wieder hervorzuheben?

Dann hat der Abg. Götting gesagt, er begreife gar nicht den Widerspruch, dem wir dadurch anheimfielen, dass wir hier an der Berathung der betreffenden Gesetze theilnahmen, trotzdem die von uns bekämpften Gesetze von hier aus erlassen würden, blieben wir immer hier im Hause sitzen und blieben darin, obgleich die Gesetze erlassen wären. Nun, ich will dem Herrn Abgeordneten Götting darauf nur Eins antworten: Ihm und seinen Freunden werden wir nicht den Gefallen thun, von hier fortzugehen; das würde Ihnen schon passen. Nein, wir werden hier sitzen bleiben und uns unserer Haut wehren, darauf können Sie sich fest verlassen! (Sehr gut! im Centrum.)

Dann hat der Herr Abgeordnete Götting gesagt, es wäre neulich das Wort ausgesprochen, man möge übergehen vom Erkennen zum Bekennen; er hat das nun umgedreht und behauptet, die Hauptsache wäre, dass wir vom *Bekennen* zum *Erkennen* kämen. Mir ist das Wortspiel, wie er es gemacht hat, nicht recht klar geworden, aber wenn er gesagt hat, es wäre nothwendig für uns zu erkennen, dass die Bischöfe und die Curie diese Zustände sämmtlich herbeigeführt hätten, unter denen wir leben, dann kann ich dem Herrn Abg. Götting sagen: So dumm sind wir nicht, dass wir zu einer solchen Erkenntniss kämen. Wir wissen recht gut, wer das Elend herbeigeführt hat, unter dem wir leiden; *das hat die Königlich Preussische Staatsregierung oder richtiger Fürst Bismarck gethan und seine Anhänger, die er hier im Hause hat.* (Sehr richtig! im Centrum.)

Dann hat der Herr Abg. Götting, um uns einen schlagenden Beweis zu liefern, diesen Beweis schlägt den Herrn Abgeordneten aber leider selbst ins Gesicht — gesagt, wir möchten nur einmal die Lage des katholischen Volkes in denjenigen Ländern betrachten, in welchen die Kirche die Schule hätte, und hat dabei auf Italien, Kalabrien und so weiter verwiesen. (Zuruf links.) Meine Herren, man wird hier zugerufen: Räuber! Seit wann aber hat sich das Räuberwesen in Italien so vermehrt? Seitdem Ihre Gesinnungsgenossen (nach links) — das sind ja die Liberalen

in Italien — erst seitdem diese dort am Ruder sind! (Widerspruch links.)

Ja wohl, seitdem ist das Räuberwesen dort in einer Blüthe von oben bis unten, von den höchsten bis in die niedrigsten Schichten, dass es eine Schande für Europa und die Civilisation ist. (Unruhe.)

Herr Abgeordneter Götting, solche Exemplificationen passen überhaupt sehr schlecht; ob beispielsweise die sittlichen Zustände in Berlin besser sind als in Kalabrien, das liesse sich ja noch untersuchen. (Sehr wahr! im Centrum.)

Dann hat der Herr Abg. Götting uns vorgeworfen, die Folgen des Widerstandes — und zwar meint er natürlich den Widerstand, zu dem wir das Volk anregen — wären Entsittlichung des katholischen Volkes. Ich hätte nun wirklich erwartet, dass, wenn man solche kühne Behauptungen aufstellt, man irgend einen Beweis dafür beibringen würde, etwa den statistischen Nachweis, dass in katholischen Landestheilen die Entsittlichung grösser wäre, als in anderen. Ich erlaube mir den Herrn Abg. Götting zu fragen, ob in irgend einem dieser Landestheile ein aktiver Widerstand trotz der furchtbaren Misshandlungen, zum Beispiel in Kosten, von denen wir neulich gehört haben, eingetreten ist? Ich frage den Herrn Abg. Götting: Wo ist die Partei, die *Sie* doch gerade nicht für eine sittliche halten, die socialdemokratische, am stärksten verbreitet? In katholischen Landestheilen *nicht!* Die Socialdemokraten sagen es selbst und bekennen es laut: unsere schlimmsten Gegner sind die Ultramontanen; wo die ultramontane Partei herrscht, können wir keinen Boden gewinnen. Und seitdem Sie die Klöster aufgehoben und die Ordensleute vertrieben und den guten Einfluss, den diese ausgeübt, zerstört haben, seitdem erst ist in diesen Landestheilen die Socialdemokratie auf die Beine gekommen. (Sehr wahr! im Centrum.)

Weiter hat der Herr Abg. Götting gesagt: Jetzt käme das Schlimmste! Das Schlimmste nämlich wäre, dass die ultramontane Partei das katholische Volk entnationalisirt und Deutschland in zwei Theile getheilt hat. Ja, meine Herren, wenn ein Volk oder ein Theil des Volkes so misshandelt wird, wie es den Katholiken namentlich in Preussen zu Theil geworden ist, (Oho! links. Ja wohl! im Centrum) dann erfordert es einen starken Patriotismus, sich noch glücklich zu schätzen, dass man zu diesem Lande gehört. *Aber unsere nationalen Gefühle haben sich stets bewährt*, wenn es auf die Entscheidung angekommen ist, und Sie können uns keinen

einzigen positiven Beweis dafür beibringen, dass wir in dieser Beziehung irgend wie manquirt hätten. Wenn ein solcher Zustand aber je eintreten sollte — und ich hoffe zu Gott, er wird nicht eintreten — *dann wälze ich die Schuld feierlich dem Manne zu, der durch diese Gesetzgebung die Herzen des Volkes dem Lande und dem Throne entfremdet hat, — und das ist der Fürst Bismarck!* (Sehr wahr! im Centrum.)

Dann, meine Herren, habe ich schon einmal bei einer anderen Gelegenheit, bei welcher eine ähnliche Aeusserung fiel, ausgesprochen, was ich jetzt wiederholen will, weil der Abg. Götting namentlich auch darauf hingewiesen hat: »dass gerade die katholische Kirche das legitime Recht und die Throne nicht stütze, sondern stürze.« Ich will nämlich nur die eine Frage aufwerfen: *Wer hat wesentlich zum Sturz des Königs Georg von Hannover beigetragen? Das war der Nationalverein.* (Sehr wahr!)

Der Herr Abg. Götting hat darauf hingewiesen, dass Rom schon lange — er sagt schon seit dem 16. Jahrhundert, wobei er auf die Türken kam — nicht mehr eine geistliche, sondern nur eine politische Macht sei, und es habe jetzt wieder der Papst den Türken den Sieg gewünscht. Das ist nun einfach nicht wahr. Die einzige Aeusserung, die der Papst bei Ausbruch des Krieges gemacht hat, ging dahin, dass er sagte: Auf dem einen der Kriegführenden lastet eine schwere Schuld durch die Misshandlung seiner katholischen Unterthanen, und ich erwarte, dass die Gerechtigkeit Gottes ihn treffen wird. Das ist ungefähr der Sinn. Beachten Sie wohl, die Aeusserung ist damals gefallen, als Alle mit Sicherheit erwarteten, dass Russland nur so einen Spaziergang nach Constantinopel machen würde; erinnern Sie sich, dass bald darauf Russland von den schwersten Niederlagen getroffen wurde, und dass der Papst es gewesen ist, der vorausgesehen hat, was Russland widerfahren würde. (Grosse Heiterkeit.)

Ich werde Ihnen auch den Nachsatz zu meiner Ausführung bringen. Sie meinen, ich hätte mit derselben auf eine Art Prophetengabe hinweisen wollen? Nein, meine Herren, die war gar nicht nothwendig; ich behaupte nur, dass, wenn ein Staat seine Unterthanen derart misshandelt, wie Russland seine katholischen Unterthanen misshandelt hat, ihn immer die Strafe der göttlichen Gerechtigkeit treffen wird, — und das mögen sich Alle zu Herzen nehmen, die ebenso handeln. (Sehr wahr! im Centrum. Ruf: Es hat schon gesiegt!) — Es hat noch nicht gesiegt, Herr Jacobi, warten Sie das erst noch ab!

Dann hat der Herr Abg. Götting uns wieder mit der Lage Frankreichs in Verbindung gebracht. Es ist wunderbar, wenn wir den Cultusetat berathen und bringen in Bezug auf einzelne Verhältnisse, wie auf die Landesgesetze Beschwerden vor, dann werden wir plötzlich von den Herren Liberalen nach Frankreich versetzt, und es wird uns dann hier vorgehalten, was in Frankreich geschieht. Ich glaube nicht, dass wir Ihnen mit französischen Zuständen Entgegenhaltungen gemacht haben. Der Herr Abg. Götting sagte, die Lage Frankreichs ist wesentlich durch Rom in die jetzige Verwirrung gebracht. Ja, meine Herren, Sie mögen es anlegen, wie Sie wollen, Sie können nicht daran vorbei, dass Ihnen der begründete Verdacht einer gewissen Freundschaft und grosser Sympathie für den Chef der Revolution in Frankreich, Herrn Gambetta, wie für so viele Chefs der Revolution in andern Ländern auf die Weise zufällt. Der Wirrwar, der in Frankreich besteht, beruht wesentlich auf dem Ehrgeiz des Herrn Gambetta. (Lebhafter Widerspruch.)

Ja wohl. — Ich will das hier nur erwähnen, gestützt wird allerdings seine Sache dadurch, dass ein grosser Staatsmann glaubt, es läge mehr im Interesse Deutschlands, Gambetta zu unterstützen, als eine legitime Regierung. Welche Folgen eine solche Politik einmal haben wird, wenn Gambetta wirklich ans Ruder kommt, das werden wir abwarten; ich fürchte aber, Sie werden mit derselben recht traurige Erfahrungen machen. (Sehr wahr! im Centrum.)

Der Herr Abg. Götting hat dann weiter gesagt: Die Art und Weise, wie wir den Kampf führten, wäre nicht ritterlich. Es betraf das eine Controverse zwischen ihm und dem Herrn Abg. Windthorst, der ja wohl noch Gelegenheit haben wird, ihm zu antworten. Aber, meine Herren, wird denn etwa der Culturkampf — und um den handelt es sich doch hier — wird etwa der Culturkampf von Seiten der Regierung mit ritterlichen Waffen geführt? Ist das etwa ritterlich, wenn Sie arme Klosterfrauen, denen Sie sagen, eure Anstalt wird am 1. October aufgelöst, plötzlich am 28. Juli, wie es den Ursulinerinnen in Duderstadt ergangen ist, hinaustreiben und auf die Strasse setzen? Glauben Sie, dass ein derartiges Verfahren unsere Ehre und Ansehen in England, wohin die Vertriebenen gegangen sind, gehoben hat, dass man mit den armen Frauen so verfahren, und nennen Sie das ritterlich? (Sehr gut! im Centrum.)

Dann hat der Herr Abg. Götting, etwas mir allerdings ganz Neues, gesagt, und ich bin ihm dankbar für diese Mittheilung; er sagte nämlich: Als wir, die Liberalen, im Kampfe standen, haben wir Hals und Kragen eingesetzt. Meine Herren, ich weiss nicht,

welche Zeit der Herr Abgeordnete meint. Im Jahre 1848, als ich die Ehre hatte, den Liberalen gegenüber zu stehen, da habe ich die Herren viel mehr *hinter* den Barrikaden gefunden als *auf* den Barrikaden. Und dann sagen Sie, wir hätten nichts zu leiden. Es sind doch schon manche unter uns, die Geld- und Gefängnissstrafen erlitten haben; aber es spricht sich wirklich in der Art sehr gut, wenn man der Majoritätspartei angehört, die zwar nicht die Ministersitzen besetzt, aber doch andere Stellen, und der Ehren und Avancements zufliessen. — Wir stehen aber seit fünf Jahren im Kampfe als die unterdrückte Partei im Lande, wer der ultramontanen Partei angehört, kann ein für alle Mal verzichten auf Anstellung und Avancement im Staate. Glauben Sie, dass es angenehm für uns ist, hier zu kämpfen? Glauben Sie, dass wir es unter solchen Umständen gern thun würden, wenn wir es nicht aus Ueberzeugung und aus Gewissenspflicht thäten? (Bravo! im Centrum.)

Dann hat der Herr Abg. Götting uns zugerufen — und der Herr Präsident hat es gerügt — wir wären die Marionetten Roms. Es ist unbegreiflich, dass die Herren für gewisse Dinge gar kein Gedächtniss haben. Ich erinnere Sie daran, dass einst der Fürst Bismarck selber sich nach Rom gewandt hat, um eine Beeinflussung der Centrumsfraction von Rom aus herbeizuführen, und dass eine solche Beeinflussung von Rom ebenso abgelehnt worden ist, wie wir stets erklärt haben, wir bilden einfach eine *politische Partei* und *bleiben* es und sind *unabhängig nach allen Seiten*. Ich will übrigens dem Herrn Abg. Götting bezüglich seiner uns gemachten Vorhaltung darauf verweisen, dass die liberale Partei häufig beim Erheben des Commandostabes seitens des Fürsten Bismarck das Gegentheil von dem beschlossen hat, was sie vorher erklärte. *Eine solche Haltung qualificirt die Herren viel eher als Marionetten des Fürsten Bismarck.* (Sehr gut! im Centrum.)

Präsident. Herr Abgeordneter! Ich hätte überhaupt gewünscht, dass sie auf diesen Ausdruck nicht zurückgekommen wären, weil ich ihn gerügt habe, noch weniger aber scheint es mir angemessen, dass Sie dem Vorredner in solcher Weise erwidern.

Abg. Freiherr *v. Schorlemer-Alst*: Dann hat der Herr Abgeordnete uns vorgeworfen, die ultramontanen Blätter hätten im Jahre 1870/71 Frankreich den Sieg gewünscht. Mir ist ein solches ultramontanes Blatt in Preussen nicht bekannt, und ich erwarte erst den Beweis, dass eine derartige Aeusserung in einem der katholischen Blätter Preussens gestanden hat. (Rufe: In Deutschland.) Wenn Sie vielleicht »das Bayerische Vaterland« von Herrn Sigl meinen, in dem

solche Dinge gestanden haben sollen, halten Sie sich an *den*; derselbe steht Ihnen näher als uns; *er ist stets von uns desavouirt worden.* (Sehr wahr! im Centrum.) Aber, meine Herren, aus welchen Kreisen waren denn die *Deutschen, die einst bei Napoleon III. betteln gegangen sind*, nicht lange vor dessen Sturze? *Ultramontane* waren *nicht* darunter, *aber sehr viele Liberale.* (Sehr gut! im Centrum.)

Endlich hat der Herr Abg. Götting gesagt: An ein Zurückweichen unsererseits ist nicht zu denken; wir können nicht zurück. Meine Herren, ich habe die Aeusserung seites der liberalen Partei oft gehört: *wir können nicht*, aber doch auch gefunden, dass sehr häufig, wenn sie glaubte, nicht zu können, doch nachher gekannt hatte, weil sie *musste.* (Sehr gut! im Centrum.)

Und ich glaube, es wird auch für Sie die Zeit kommen, wo Sie — allerdings nicht unter dem Druck des Fürsten Bismarck, aber unter einem anderen Drucke — doch können müssen.

Endlich, und damit will ich schliessen, mit dem »Urtheil der Geschichte.« Der Abg. Götting sprach von dem Genius der Geschichte. Ich weiss nun nicht, ob er am Ende sich selbst für den Genius der deutschen Geschichte hält, der über uns das Urtheil aussprechen würde; doch möchte ich in der Beziehung sagen: ich glaube nicht, dass es ein schönes Blatt sein wird in der deutschen und preussischen Geschichte, auf dem einst unsere Nachkommen über den Culturkampf lesen werden, aber darüber bin ich sicher, dass die Geschichte einst den Culturkampf *verurtheilen* wird, *wie sie Nero und Tiberius verurtheilt hat.* (Lebhaftes Bravo im Centrum. Zischen links.)

Abg. *Biesenbach*: Meine Herren! Befürchten Sie nicht, dass ich die Tribüne bestiegen habe, um wieder in die Generaldiscussion einzutreten. Ich halte alles dasjenige, was Herr College Götting eben vorgebracht hat, für vollständig widerlegt durch die Ausführungen des Herrn Collegen v. Schorlemer. Ich könnte aber in dieser Beziehung noch auf einen anderen Mann Bezug nehmen. Alles, was Herr Abg. Götting Ihnen vorgetragen, ist in der Broschüre des belgischen Professors und Literaten *Laveleve* enthalten, welche, wenn ich nicht irre, von Herrn *Bluntschli* ins Deutsche übersetzt ist. Die Widerlegung können Sie in der kleinen Broschüre des Grafen *Haulleville* lesen. (Hört! Hört!)

Ich enthalte mich also, darauf näher einzugehen, kann aber die Bemerkung doch nicht unterdrücken, dass ich, seitdem ich diesem Hohen Hause angehört und im Culturkampf gestanden habe, eigent-

Ich einen logischen und klaren Grund für den Culturkampf noch nicht gehört habe. (Sehr wahr! im Centrum.)

Meine Herren, wer ruhig und vorurtheilsfrei die Gründe prüft, die für den Culturkampf vorgebracht sind, wird mit mir der Ueberzeugung sein, dass aus der Rumpelkammer aller Jahrhunderte längst widerlegte und, wo sie wahr sein sollten, längst verjährte Geschichten wieder aufgefrischt werden, um den Culturkampf des 19. Jahrhunderts in Scene zu setzen und zu rechtfertigen.

Wir Katholiken Preussens werden mit Artikeln aus allerlei Winkelblättern, wie dem »Bayerischen Vaterland,« sowie aus französischen Zeitungen und dergleichen bekämpft. Meine Herren, was soll uns denn das? Bekämpfen Sie uns in unserem Hause, bekämpfen Sie uns mit heimischen Gründen, dann wollen und können wir Ihnen Rede und Antwort stehen. Was beweist es denn gegen *uns*, wie die Leute in Kalabrien leben? Besuchen Sie die Rheinprovinz und sehen Sie, wie *dort* die Katholiken leben und dann bekämpfen Sie uns von *diesem* Boden aus. (Sehr wahr! im Centrum.) Ferner prüfen Sie doch einmal die Gründe für den Culturkampf? Ist es Ihnen denn bis heute klar geworden, was wirklich und wahrhaft der Grund des Culturkampfes ist? Einmal soll es das Dogma der Unfehlbarkeit, dann sogar die Bildung der harmlosen Centrumsfraction sein. (Heiterkeit. Ruf links: Harmlos?)

Ja wohl, meine Herren harmlos, — dann sogar die Polonisirung Deutschlands oder die verfehlte Politik der letzten 25 Jahre und was weiss ich alles. Sagen Sie doch einmal *kurz und klar*, was ist denn der eigentliche Grund des Culturkampfes, damit wir Ihnen ebenso kurz und klar antworten können? Dann, was ist das Ziel des Culturkampfes? Auch das *wissen Sie selbst nicht*. Der Eine von Ihnen sagt: das Ziel ist die Niederwerfung Roms, der Andere die Niederwerfung der Hierarchie, der Dritte die Kräftigung des Staates. So nennt fast Jeder ein anderes Ziel des Culturkampfes, den Sie nun fünf Jahre lang so heftig bekämpft haben?

Meine Herren, ich liebe keine politischen Prophezeiungen, ich gebe mich auch nicht für einen Propheten aus, aber das kann ich mit voller Ueberzeugung sagen, wo es *so schlecht* steht mit den Gründen, den Zielen und den Erfolgen eines Kampfes wie bei dem Culturkampfe, da kann man ohne Prophetengabe aussprechen, das Ende *dieses Kampfes* ist nicht weit. (Sehr gut! im Centrum.)

Meine Herren, Sie müssen mir zugeben, dass die Blüthe des Culturkampfes schon jetzt vorüber ist, und dass die *unbedingten Schildknappen* für diesen Kampf zu zählen sind. Wenn Herr

v. Meyen in diesem Hohen Hause so scharf bekämpft wird, so scheint mir das eine Situation anzudeuten, die derjenige von Ihnen begreifen wird, der Soldat gewesen ist. Es ist eine bekannte militärische Taktik, wenn man den Rückzug beginnen will, Schnellfeuer zu geben. Nun, meine Herren, in diesen letzten Tagen haben Sie massenhaft Schnellfeuer gegeben (Heiterkeit), *denn Sie befinden sich entschieden auf dem Rückzuge.* (Gelächter links. Bravo! im Centrum.)

Doch nun, meine Herren, gestatten Sie mir, dass ich auf dasjenige zurückkomme, weswegen ich die Tribüne bestiegen habe. Ich habe mich bereits in der vorigen Session für verpflichtet erachtet, die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf eine Angelegenheit zu lenken, welche nicht nur die katholische Bevölkerung in hohem Grade beschäftigt, sondern auch für das ganze bürgerliche Leben von hohem Interesse ist. Wenn auch die Ursachen dieser Angelegenheit im Culturkampf wurzeln, wie ja leider so vieles, so ragen doch die Wirkungen dieser Angelegenheit tief genug in das bürgerliche Leben hinein, um diese Angelegenheit weniger als eine Culturkampfsfrage, denn als eine Frage von allgemeiner politischer Bedeutung erscheinen zu lassen, so dass ich hoffen darf, in Betreff der von mir vorzubringenden Beschwerde von *allen* Parteien dieses Hohen Hauses unterstützt zu werden.

In dem kirchenpolitischen Streite, sind Sie, wie Sie mir gewiss zugeben werden, von der Idee geleitet worden, so haben Sie selbst wiederholt versichert, die kirchlichen Gemeinden freier zu stellen, und loszulösen von der angeblich grossen Abhängigkeit den Bischöfen gegenüber. Sie schufen zu diesem Zweck das Gesetz vom 20. Juni 1875 und übertrugen den kirchlichen Gemeinden die Verwaltung des kirchlichen Vermögens. Dagegen haben Sie stets und energisch perhorrescirt, eine staatliche Bevormundung eintreten zu lassen, noch weniger aber hatten Sie die Absicht, an Stelle des von Ihnen behaupteten bischöflichen Despotismus, meine bureaukratische Willkür einzusetzen. Häufig und mit Vorliebe ist das Gesetz über die kirchliche Vermögensverwaltung ein Friedensgesetz genannt worden, und leicht wäre es der königlichen Staatsbehörde gewesen, bei der allseitigen Annahme, die dieses Gesetz gefunden hat, wenigstens auf diesem Gebiete Conflicte zu vermeiden und die Gegensätze zu versöhnen. Aber leider ist das nicht geschehen! Man hat das Gesetz nicht in den Sinne ausgelegt, in welchem es erlassen worden ist, man hat vielmehr auch dieses Gesetz als Culturkampfswaffe benutzt, an die Stelle des

bischöflichen Hirtenstabes ist, das will ich Ihnen beweisen, der Polizeistock getreten. (Sehr wahr!)

Das Amt der Kirchenvorstände und der Gemeindevertretungen, welches nach dem ausdrücklichen Ausspruche des Gesetzes, ein Ehrenamt sein soll, ist in Wirklichkeit nichts weiter, als eine Quelle von Verdrieslichkeiten aller Art, und die Kirchenvorstände und die Gemeindevertreter, die Sie frei machen wollten, sind Marionetten geworden, nicht von Rom, sondern von den sogenannten Staatscommissarien. Marionetten, die geleitet werden durch Executivstrafen aller Art. — Meine Herren, in Folge des Culturkampfs ist bekanntlich eine Reihe von Bischofssitzen verwaist, und die Verwaltung des bischöflichen Vermögens ist in die Verwaltung von Staatscommissarien gelangt. Statt nun ihre ganze Thätigkeit mit der Verwaltung dieses Vermögens auszufüllen, haben diese Herren ebenfalls eine Maigesetzgebung in Scene gesetzt, indem sie, angeblich in Uebereinstimmung mit dem Oberpräsidenten, in Wirklichkeit aber durch höhere ministerielle Inspiration geleitet, einen Gesetzcodex, Geschäftsanweisung genannt, erlassen haben, und sind dazu übergegangen, die Befolgung dieser Geschäftsanweisung durch Executivstrafen zu erzwingen. Meine Herren, Sie werden es begreiflich finden, dass ich nicht näher auf den Inhalt dieser Geschäftsanweisung eingehe; ich empfehle dem Herrn Collegen Miquél die Lectüre derselben, er wird alles dasjenige wiederfinden, was er bei Gelegenheit der Besprechung über die Wegeordnung und die dazu gehörigen Anweisungen so scharf getadelt hat; er wird sogar finden, dass die bischöflichen Commissare keine Parlamente nöthig haben, denn sie können unter dem Namen einer Geschäftsanweisung Gesetze aufheben, Gesetze abändern und Gesetze ausdehnen. — Alles aus eigener Machtvollkommenheit.

Ich will auch die Frage nicht erörtern, ob ein Commissar *überhaupt* in einem Rechtsnexus zu den Kirchenvorständen stehe, sondern ich will blos die formelle Frage beleuchten, ob diese Commissarien eine Geschäftsanweisung erlassen können und ob sie berechtigt sind, die Befolgung dieser Geschäftsanweisung durch Executivstrafen zu erzwingen. In dieser Beziehung bestimmt der §. 42 des Gesetzes vom 20. Juni 1875, dass sowohl der Oberpräsident als die bischöfliche Behörde in gegenseitigem Einverständniss Geschäftsanweisungen erlassen können. Sie nahmen bei der Discussion Anstand, diese Bestimmung aufzunehmen, weil Sie mit Recht eine staatliche Bevormundung befürchteten. Der damalige Referent, Herr

Dr. Gneist, hat dieses Bedenken ausgeräumt, indem er wörtlich Folgendes anführte:

Die Instructionen vorgesetzter Behörden können sehr nützlich sein, sie können aber auch unter Umständen bedenklich werden, denn man kann auf dem Wege von Instructionen in Verordnungen kommen, die Gesetze zu ändern. Bei dieser Lage der Dinge denke ich, gibt es gar nichts Verständigeres, als den Weg, der hier eingeschlagen ist. Instructionen können dem Kirchenvorsteher nur gegeben werden im Einvernehmen der beiden Oberbehörden, der geistlichen und der weltlichen. Einigen sie sich, so wird die Instruction gewiss unbedenklich sein, einigen sie sich nicht, dann unterbleibt die Anweisung, und ich denke, der Kirchenvorstand wird sich nicht zu sehr beschweren, dass er einmal eine kirchliche Instruction weniger bekommt.

Nun, meine Herren, frage ich den Herrn Cultusminister nicht, ist es loyal, sondern ist es gesetzlich gehandelt, wenn seine Commissarien ohne Zustimmung einer geistlichen Behörde solche Geschäftsanweistungen erlassen? Ich appellire an das Gerechtigkeitsgefühl des Herrn Dr. Gneist und erwarte, dass er für seine Worte einstehe. Wo ist denn hier die Kautel, womit er Ihr Bedenken beschwichtigt, die Kautel gegen die staatliche Bevormundung? Die Uebereinstimmung der Geschäftsanweisungen in den verschiedenen Diöcesen, die sich sogar über provinzielle Eigenthümlichkeit hinwegsetzt, hat bei mir die Ueberzeugung zur Reife gebracht, dass der *Herr Cultusminister* diese Geschäftsanweisungen erlassen hat. Nun, meine Herren, ist es denn bei dieser Sachlage nicht komisch, zu sagen, der bischöfliche Commissarius hat im Einverständniss mit dem Herrn Oberpräsidenten eine solche Geschäftsanweisung erlassen? Soll denn vielleicht der Herr Oberpräsident das *nicht* genehmigen, was der Herr Cultusminister decretirt hat, und soll vielleicht in letzter Instanz der Commissarius die Vorschriften abändern, welche der Herr Cultusminister und der Herr Oberpräsident erlassen haben? Sie sehen, dass hier eine staatliche Bevormundung in optima forma vorliegt, und ich zweifle nicht, dass dies ihre Billigung nicht finden wird. Sollten sie aber anderer Ansicht sein, so werden sie mir darin gewiss beipflichten, dass von einer Executivstrafgewalt bei einem bischöflichen Commissarius keine Rede sein kann. Auch hier berufe ich mich auf Ihr eigenes Zeugniss; Sie haben alle bei der Berathung des Gesetzes mitgewirkt und erinnern sich ganz genau der Discussion. Uns allen ist das System der Executivstrafen ein so unsympathisches, dass ich die Behauptung aufstellen kann, dass

Niemand weder aus dem Herrenhause, noch aus dem Abgeordnetenhause beabsichtigt hat, eine solche Executivstrafgewalt dem bischöflichen Commissarius zuzugestehen; deswegen, meine Herren, ist auch von einer solchen Strafgewalt in dem Gesetze gar keine Rede. Das Gesetz vom 20. Mai 1874, welches den Commissarius schuf, enthält ganz genau die Rechte desselben. Von einer Strafgewalt finden Sie darin Nichts. Im Gegentheil besagt der Artikel 6 dieses Gesetzes: Zwangsmassregeln, welche erforderlich sind, um das Verlangen der Verfügung des Commissars zu unterwerfen, trifft der Oberpräsident.

Ebensowenig sind in dem Gesetze vom 20. Juni 1875 die Kirchenvorstände und Gemeindevertreter mit einer solchen Strafe bedroht. Es sind die Fälle der Renitenz und Pflichtwidrigkeit vorgesehen, als Strafe ist lediglich die Auflösung des Vorstandes, respective die Entlassung des Einzelnen angedroht.

Ich frage daher den Herrn Cultusminister, wo ist das Gesetz, worauf sich die executive Strafgewalt seines Commissarius gründen soll? Wenn er mir antworten sollte, dass er hierfür den §. 11. der Regierungsinstruction vom 13. October 1817 und den §. 48. der Verordnung vom 26. December 1818 anrufe, so replicire ich ihm schon jetzt, dass diese Gesetze auf den vorliegenden Fall gar nicht passen. Die Gesetze sprechen von der Errichtung der *Beeirksregierungen* und geben den *Regierungen* die Befugniss, ihre Verordnungen durch executivische Geld- und Gefängnissstrafen zu erzwingen. Nun ist in diesem Hause bereits zu widerholten Malen und namentlich auch in sehr scharfsinniger Weise vom Herrn Collegen Lasker ausgeführt worden, dass eine solche Strafgewalt nur der Corporation der Königlichen Regierung zugestanden worden, indem es klar und über allen Zweifel erhaben sei, dass nur die Regierung als *Collegium* in ihrer Besetzung mit diensterfahrenen Räthen die Garantie für eine richtige Benutzung dieser Strafart gebe. Ich kann mich in dieser Beziehung der weiteren Ausführung vollständig enthalten; es bedarf auch nicht des Beweises, dass eine solche Strafgewalt weder ausdrücklich noch stillschweigend delegirt werden kann; und möchte ich nur darauf aufmerksam machen, dass der Herr Cultusminister in der Wahl seines Commissarius völlig unbeschränkt ist. Er schickt bis jetzt Assessoren und Consistorialräthe, er kann aber auch Subalternbeamte schicken, und es steht nichts in dem Wege, dass er Unterofficiere senden könnte. Wollen Sie denn diesen Leuten das Recht concediren, über alle die Tausende von Kirchenvorstehern und

Gemeindevertreten executivische Geldstrafen und sogar vierwöchentliche Gefängnissstrafen zu verhängen? (Hört! im Centrum.)

Das kann das Gesetz offenbar nicht wollen, und ich bin gewiss, dass *Sie* es *nicht* gewollt haben. Meine Herren, wenn aber auch diese Deduction Ihren Beifall nicht finden sollte, und wenn selbst der Herr Cultusminister die bezogenen Gesetze auf die Rheinprovinz übertragen könnte, wo sie gar keine Gesetzeskraft haben — das Ressortreglement gibt bekanntlich den Regierungen nur das Recht, Executivstrafen zu verhängen bei Verfügungen, die sie in ihrer Eigenschaft als Finanzbehörde erlassen haben — wenn dem einzelnen Regierungscommissar eine Executivstrafgewalt zugestanden werden müsste, so kann dies doch gewiss nur dann der Fall sein, wenn ein solcher Commissarius auch ein von der Regierung abgezweigtes Amt begleitet. Der bischöfliche Commissarius übt aber kein von der allgemeinen Regierungsgewalt abgezweigtes Regierungsamt, sondern lediglich ein bischöfliches Amt aus. Nichts kann klarer sein, der § 9. des Gesetzes vom 20. Juni 1875 besagt wörtlich:

›Es vertritt der Commissar den bischöflichen Stuhl und den Bischof als solchen in vermögensrechtlicher Beziehung nach aussen.‹

Der Commissarius wird zwar von der Regierung geschickt, übt aber keine Regierungsgewalt, sondern nur eine bischöfliche Gewalt aus. Dies hat auch das Königliche Obertribunal bereits entschieden, indem es in einem Urtheil vom 28. Mai 1877, welches mir vorliegt erwogen hat:

dass die Befugnisse des Staatscommissarius lediglich auf dem Gesetze vom 29. Mai 1864 beruhen und dieses ihm nur bischöfliche, nicht aber staatliche Rechte überträgt.

Nun, meine Herren, wie kann man da noch behaupten, dass ein solcher Mann Executiv-Strafgewalt habe? Es liegt der Fall gerade so, als wenn der Bischof selbst sich einen Substituten gesetzt hätte; der Commissarius ist der dem Bischof aufgezwungene Substitut. Sie mögen diesen Commissarius noch so sehr ausstopfen, Sie mögen ihn zum Bischof aufbauschen, keinesfalls kann er mehr Rechte haben, als der Bischof selbst sie gehabt hat. Und nun, meine Herren, ist es einem Preussischen Bischof bis dato noch niemals eingefallen, Executivstrafen gegen renitende Kirchenvorstände zu verhängen. Ich glaube, die ganze liberale Welt hätte Zetermordio geschrieen, wenn ein Bischof dazu übergegangen wäre. Wollen Sie nun die Kirchenvorstände, die Sie selbst geschaffen haben, die Sie frei machen wollen

ten, derartig dem Commissarius unterordnen, dass dieser sie mit Geld- und Gefängnisstrafen belegen könnte. So steht die Sache juristisch; wie steht sie aber praktisch? Die Kirchenvorstände sind Collegien, welche per majora beschliessen. Wer soll denn nun von dem bischöflichen Commissarius gestraft werden? Der Vorsitzende, der vielleicht nicht einmal dissentirt hat, oder die Minorität, oder die Majorität? Der Herr Consistorialrath Schuppe hat sich zu helfen gewusst, er hat es so gemacht: Er hat dem Vorsitzenden Executivstrafen bis zu der Höhe von 50 Mark angedroht und hinzugefügt:

Von dieser Massregel würde ich nur Abstand nehmen können, wenn der Herr Vorsitzende mir innerhalb acht Tagen die Anzeige gemacht, dass es ihm nicht gelungen sei, die Majorität des Kirchenvorstandes zur Befolgung meiner Anordnung zu vermögen und mir die widerstrebenden Mitglieder benannte. (Rufe: Hört!) welche ich dann in Executivstrafe von je 30 Mark nehmen würde.

Nun, meine Herren, ich habe selbst die Ehre, Vorsitzender eines Kirchenvorstandes zu sein; ich muss aber gestehen, ich würde mir erbärmlich vorkommen, wenn ich das thun würde, was hier unter Executivstrafe von 50 Mark gefordert wird; und hierin werden Sie mir, dess bin ich gewiss, sämmtlich zustimmen. Meine Herren, diese leidige Angelegenheit, die Tausende von Bürgern, und zwar von ruhigen Bürgern in ihrem Vermögen und ihrer Selbstständigkeit bedroht, verlangt offenbar dringende Abhülfe. Sie hat Ihnen bereits im vorigen Jahre bei Gelegenheit einer Petition vorgelegen. Ihre Commission hat in dem fünften Bericht die betreffende Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen und dabei Folgendes gesagt:

Schliesslich kann nicht die Bemerkung zurückgehalten werden, ob es denn wirklich nöthig sei, von allen 300 bis 400 Kirchen der Münsterschen Diocese ausser dem Etat auch die Einrichtung eines Inventars zu verlangen, da gerade dieses Ansinnen nach der Versicherung eines in der Commission anwesenden Abgeordneten jener Gegenden als unter dem bischöflichen Regiment nicht üblich gewesen besonders Anstoss erregt. Das rentable Vermögen stehe ja im Etat. Welch dringendes Interesse hat der Commissarius an dem Verzeichniss der Kirchengüter? Man sollte doch bei dem leidigen Culturkampf nicht unnöthigen Staub aufwirbeln.

Nun, meine Herren, der Beschluss Ihrer Commission ist, wie

mich das nicht wundert, für den Herrn Cultusminister lediglich eine akademische Erörterung geblieben; man hat den Staub, der damals in den Diöcesen Paderborn und Münster aufgewirbelt worden ist, über unser ganzes Vaterland verbreitet und nicht nur die 300 bis 400 Kirchen, sondern Tausende von Gemeinden in Aufregung gebracht. Meine Herren, ich schliesse, indem ich mich an ihr Rechtsgefühl wende und Sie bitte, mir zu secundiren, wenn ich das Cultusministerium auffordere, doch den Regierungscommissarius anzuweisen, sich der Executivstrafgewalt zu begeben, da sie ihm gesetzlich in keiner Weise zusteht. (Bravo!)

Regierungscommissar Geheimer Regierungsrath Dr. *Bartsch*: Wenn der Herr Vorredner sich in dem besonderen Theile seiner Ausführungen gegen die Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen gewandt und wenn er sich alsdann gegen die Executivgewalt des Königlichen Commissarius für die bischöfliche Vermögensverwaltung ausgesprochen hat, so kann ich mich zunächst auf die Bemerkung beschränken, dass eine Reihe von Petitionen vorliegt, welche denselben Gegenstand betreffen und welche nach einer Mittheilung des Herrn Vorsitzenden der Petitionscommission schon in allernächster Zeit Gegenstand der Erörterung sein werden. Ich glaube daher nur im Interesse des Hauses zu handeln, wenn ich auf Einzelheiten mit Rücksicht auf diese Geschäftslage jetzt nicht eingehe. Dagegen glaube ich im Auftrage des Herrn Cultusministers *eine* allgemeine Bemerkung auch an dieser Stelle machen zu sollen über die Entstehung der erwähnten Geschäftsanweisung. Bekanntlich bestimmt der §. 42. des Gesetzes vom 20. Juni 1875, dass derartige Geschäftsanweisungen erlassen werden können von dem Oberpräsidenten und den bischöflichen Behörden im beiderseitigen Einvernehmen. Behufs Ausführung dieses Paragraphen wurden sehr bald nach Erlass des Gesetzes die erforderlichen Einleitungen getroffen, zuerst in der Provinz Hannover. Dort haben sehr eingehende Verhandlungen geschwebt zwischen dem Herrn Oberpräsidenten und den betheiligten Herren Bischöfen von Osnabrück und von Hildesheim. Das Ergebniss jener Verhandlung war, dass zwischen diesen Instanzen ein volles Einvernehmen über die Geschäftsanweisung erzielt wurde (Hört! Hört!) bis auf einen Punkt, über den der Herr Cultusminister in Gemässheit des §. 43. Absatz 3. des Gesetzes bei vorhandener Meinungsverschiedenheit eine Entscheidung getroffen hat. In allen übrigen Punkten aber, meine Herren, das constatire ich hier ausdrücklich, haben die beiden Herren Bischöfe von Osnabrück und von Hildesheim ihr volles Einverständ-

niss zu der Geschäftsanweisung erklärt, die allein den Zweck hatte, den Kirchenvorständen und Gemeindevertretungen eine äussere Handhabe zur Geschäftsführung zu gewähren. Ich stelle anheim, ob der Herr Vorredner seine scharfe Kritik gegen die Geschäftsanweisung noch aufrecht erhalten will, nachdem ich mitgetheilt habe, dass die beiden Herren Bischöfe ihr Einverständniss erklärt haben, und wenn ich ferner hinzufüge, dass die von ihm angewiesene Geschäftsanweisung mit der Ihnen vorliegt, fast wörtlich übereinstimmt. Ich glaube, es wird auch bei den Herren aus der Centrumsfraction gewiss nur Zustimmung finden können, wenn die Königlichen Commissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung nichts besseres geglaubt haben, thun zu können, als dass sie sich in allen Punkten denjenigen Erwägungen angeschlossen haben, welche für die Herren Bischöfe von Osnabrück und von Hildesheim in dieser Angelegenheit massgebend gewesen sind.

Wenn nun aber die Berechtigung des Commissars für die bischöfliche Vermögensverwaltung, eine solche Geschäftsanweisung im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten zu erlassen, bestritten worden ist, so darf ich diesen Punkt als bereits erledigt bezeichnen. Das Hohe Haus hat bekanntlich im Anfange vorigen Jahres aus Anlass einer Reihe von Petitionen aus der Diöcese Paderborn die Frage eingehend erwogen, ob der Commissarius für die bischöfliche Vermögensverwaltung auch innerhalb des Gesetzes vom 20. Juni 1875 seine Stelle habe. Das Haus ist über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen, hat also damals mit der Regierung jene Frage bejaht. Unter solchen Umständen glaube ich auch bei diesem Punkte mich eines näheren Eingehens enthalten zu sollen, und verweise im Uebrigen den Herrn Vorredner wiederholt auf die bevorstehenden Verhandlungen in der Petitionscommission.

Abg. *Windhorst* (Meppen): Meine Herren! In dankbarer Anerkennung, dass Sie mich noch zum Worte lassen, will ich auf die *allgemeine* Discussion nicht zurückgehen, zumal ich glaube, dass der College Schorlemer in der Hinsicht das nöthige gethan hat. Was diese specielle Sache betrifft, so würde ich glauben, dass die Frage, ob der Regierungscommissar eine Instruction erlassen kann, ob die erlassene richtig und zweckmässig und in Concordanz mit dem Gesetze erlassen ist, füglich nicht so *generell* behandelt werden kann. Wir würden, wenn wir darüber eine Erörterung mit Gründlichkeit führen wollten, nothwendig, die einzelnen Bestimmungen an der Hand der Gesetze zu prüfen haben. Das ist im offenen Hause schwer möglich, deshalb glaube ich, wird dieser Theil besonders

oder in der Commission, die bereits damit beschäftigt ist, verhandelt werden müssen. Ob die Instruction für die Rheinlande in Concordanz mit der Instruction für Hannover ist, habe ich meinestheils zu prüfen keine Gelegenheit gehabt, weil ich weder die eine noch die andere vor mir habe. Das aber wird man von vorn herein doch nicht läugnen, dass derartige Instructionen, die eben deshalb im Gesetze nicht stehen, weil besondere lokale und geschichtlich gebildete Verhältnisse obwalten, nicht generell abgeklatscht werden können. (Sehr wahr! im Centrum.) Darum ist der Umstand, dass die Bischöfe von Hildesheim und Osnabrück die Instruction gebilligt haben sollen, für die vorliegende Frage belanglos, ich kann deshalb darüber in diesem Augenblick hinweggehen. Ich mache übrigens bei dieser Gelegenheit andern Bemerkungen gegenüber geltend, dass gerade die Thatsache, dass man dieses Gesetz von Seiten der katholischen Kirche so unbedingt zur Ausführung bringt, sehr klar ergibt, wie man bis an die äusserste Grenze der Möglichkeit nachgibt, um zum Frieden zu gelangen; denn wenn man dies nicht gewollt hätte, würde man sich gewiss einem Gesetze nicht gefügt haben, welches die merkwürdige Disparität bekundet, dass während bei den Kirchenvorständen in der *evangelischen* Kirche *der Pfarrer der berufene Präsident* ist, man das bei den Katholiken ausdrücklich verbietet — auch eine Illustration zu dem *Wohlwollen* und der *Gerechtigkeit*, mit der man uns nach den Anschauungen des Herrn Collegen Dr. Gneist behandelt.

Was dann die Frage in Betreff der Executivstrafen anlangt, so will mir scheinen, dass es wirklich *gar nicht denkbar* ist, wie man die Executivgewalt diesen Commissarien begründen will. Der Herr Commissarius, der eben gesprochen hat, hat auch diese Begründung hier nicht versucht, sondern nur verwiesen auf die Erörterungen, die in der Petitionscommission vorgekommen wären. Aehnlich lag es auch im vorigen Jahre. Es ist aber hier damals ohne Weiteres beschlossen worden, der Regierung die Sache an's Herz zu legen, und ich dächte, es wäre nichts natürlicher, als dass man uns jetzt die Massregeln, resp. die Anschauungen der Regierung darlegte. Ob die Petitionscommission in den Fall kommen wird, zu berichten, noch mehr, ob der Bericht der Commission zur Berathung kommen wird, ist mehr als zweifelhaft, und dann wird man wieder *ein Jahr hindurch* die Kirchenvorstände der katholischen Gemeinden den Commissarien *preisgegeben* haben. (Sehr wahr! im Centrum.)

Indessen *zwingen* kann ich die Regierung zu Erklärungen nicht, ich weiss wenigstens nicht, wie man hier die Gegenwart und

bischöflichen Hirtenstabes ist, das will ich Ihnen beweisen, der Polizeistock getreten. (Sehr wahr!)

Das Amt der Kirchenvorstände und der Gemeindevertretungen, welches nach dem ausdrücklichen Ausspruche des Gesetzes, ein Ehrenamt sein soll, ist in Wirklichkeit nichts weiter, als eine Quelle von Verdrießlichkeiten aller Art, und die Kirchenvorstände und die Gemeindevertreter, die Sie frei machen wollten, sind Marionetten geworden, nicht von Rom, sondern von den sogenannten Staatscommissarien. Marionetten, die gelenkt werden durch Executivstrafen aller Art. — Meine Herren, in Folge des Culturkampfs ist bekanntlich eine Reihe von Bischofssitzen verwaist, und die Verwaltung des bischöflichen Vermögens ist in die Verwaltung von Staatscommissarien gelangt. Statt nun ihre ganze Thätigkeit mit der Verwaltung dieses Vermögens auszufüllen, haben diese Herren ebenfalls eine Maigesetzgebung in Scene gesetzt, indem sie, angeblich in Uebereinstimmung mit dem Oberpräsidenten, in Wirklichkeit aber durch höhere ministerielle Inspiration geleitet, einen Gesetzcodex, Geschäftsanweisung genannt, erlassen haben, und sind dazu übergegangen, die Befolgung dieser Geschäftsanweisung durch Executivstrafen zu erzwingen. Meine Herren, Sie werden es begreiflich finden, dass ich nicht näher auf den Inhalt diesen Geschäftsanweisung eingehen will. Ich empfehle dem Herrn Collegen Miquél die Lectüre derselben, er wird alles dasjenige wiederfinden, was er bei Gelegenheit der Besprechung über die Wegeordnung und die dazu gehörigen Anweisungen so scharf getadelt hat, er wird sogar finden, dass die bischöflichen Commissare keine Parlamente nöthig haben, denn sie können unter dem Namen einer Geschäftsanweisung Gesetze aufheben, Gesetze abändern und Gesetze ausdehnen. — Alles aus eigener Machtvollkommenheit.

Ich will auch die Frage nicht erörtern, ob ein Commissar *überhaupt* in einem Rechtsnexus zu den Kirchenvorständen stehe, sondern ich will blos die formelle Frage beleuchten, ob diese Commissarien eine Geschäftsanweisung erlassen können und ob sie berechtigt sind, die Befolgung dieser Geschäftsanweisung durch Executivstrafen zu erzwingen. In dieser Beziehung bestimmt der §. 42 des Gesetzes vom 20. Juni 1875, dass sowohl der Oberpräsident als die bischöfliche Behörde in gegenseitigem Einverständniss Geschäftsanweisungen erlassen können. Sie nahmen bei der Discussion Anstand, diese Bestimmung aufzunehmen, weil Sie mit Recht eine staatliche Bevormundung befürchteten. Der damalige Referent, Herr

Dr. Gneist, hat dieses Bedenken ausgeräumt, indem er wörtlich Folgendes anführte:

Die Instructionen vorgesetzter Behörden können sehr nützlich sein, sie können aber auch unter Umständen bedenklich werden, denn man kann auf dem Wege von Instructionen in Versuchung kommen, die Gesetze zu ändern. Bei dieser Lage der Dinge denke ich, gibt es gar nichts Verständigeres, als den Weg, der hier eingeschlagen ist. Instructionen können dem Kirchenvorsteher nur gegeben werden im Einvernehmen der beiden Oberbehörden, der geistlichen und der weltlichen. Einigen sie sich, so wird die Instruction gewiss unbedenklich sein, einigen sie sich nicht, dann unterbleibt die Anweisung, und ich denke, der Kirchenvorstand wird sich nicht zu sehr beschweren, dass er einmal eine kirchliche Instruction weniger bekommt.

Nun, meine Herren, frage ich den Herrn Cultusminister nicht, ist es loyal, sondern ist es gesetzlich gehandelt, wenn seine Commissarien ohne Zustimmung einer geistlichen Behörde solche Geschäftsanweisungen erlassen? Ich appellire an das Gerechtigkeitsgefühl des Herrn Dr. Gneist und erwarte, dass er für seine Worte einstehe. Wo ist denn hier die Kautel, womit er Ihr Bedenken beschwichtigt, die Kautel gegen die staatliche Bevormundung? Die Uebereinstimmung der Geschäftsanweisungen in den verschiedenen Diöcesen, die sich sogar über provinzielle Eigenthümlichkeit hinwegsetzt, hat bei mir die Ueberzeugung zur Reife gebracht, dass der *Herr Cultusminister* diese Geschäftsanweisungen erlassen hat. Nun, meine Herren, ist es denn bei dieser Sachlage nicht komisch, zu sagen, der bischöfliche Commissarius hat im Einverständniss mit dem Herrn Oberpräsidenten eine solche Geschäftsanweisung erlassen? Soll denn vielleicht der Herr Oberpräsident das *nicht* genehmigen, was der Herr Cultusminister decretirt hat, und soll vielleicht in letzter Instanz der Commissarius die Vorschriften abändern, welche der Herr Cultusminister und der Herr Oberpräsident erlassen haben? Sie sehen, dass hier eine staatliche Bevormundung in optima forma vorliegt, und ich zweifle nicht, dass dies ihre Billigung nicht finden wird. Sollten sie aber anderer Ansicht sein, so werden sie mir darin gewiss beipflichten, dass von einer Executivstrafgewalt bei einem bischöflichen Commissarius keine Rede sein kann. Auch hier berufe ich mich auf Ihr eigenes Zeugniss; Sie haben alle bei der Berathung des Gesetzes mitgewirkt und erinnern sich ganz genau der Discussion. Uns allen ist das System der Executivstrafen ein so unsympathisches, dass ich die Behauptung aufstellen kann, dass

Niemand weder aus dem Herrenhause, noch aus dem Abgeordnetenhause beabsichtigt hat, eine solche Executivstrafgewalt dem bischöflichen Commissarius zuzugestehen; desswegen, meine Herren, ist auch von einer solchen Strafgewalt in dem Gesetze gar keine Rede. Das Gesetz vom 20. Mai 1874, welches den Commissarius schuf, enthält ganz genau die Rechte desselben. Von einer Strafgewalt finden Sie darin Nichts. Im Gegentheil besagt der Artikel 6. dieses Gesetzes:

Zwangsmassregeln, welche erforderlich sind, um das Vermögen der Verfügung des Commissars zu unterwerfen, trifft der Oberpräsident.

Ebensowenig sind in dem Gesetze vom 20. Juni 1875 die Kirchenvorstände und Gemeindevertreter mit einer solchen Strafe bedroht. Es sind die Fälle der Renitenz und Pflichtwidrigkeit vorgesehen, als Strafe ist lediglich die Auflösung des Vorstandes, respective die Entlassung des Einzelnen angedroht.

Ich frage daher den Herrn Cultusminister, wo ist das Gesetz, worauf sich die executive Strafgewalt seines Commissarius gründen soll? Wenn er mir antworten sollte, dass er hierfür den §. 11. der Regierungsinstruction vom 13. October 1817 und den §. 48. der Verordnung vom 26. December 1818 anrufe, so replicire ich ihm schon jetzt, dass diese Gesetze auf den vorliegenden Fall gar nicht passen. Die Gesetze sprechen von der Errichtung der *Bezirksregierungen* und geben den *Regierungen* die Befugniss, ihre Verordnungen durch executivische Geld- und Gefängnissstrafen zu erzwingen. Nun ist in diesem Hause bereits zu widerholten Malen und namentlich auch in sehr scharfsinniger Weise vom Herrn Collegen Lasker ausgeführt worden, dass eine solche Strafgewalt nur der Corporation der Königlichen Regierung zugestanden worden, indem es klar und über allen Zweifel erhaben sei, dass nur die Regierung als *Collegium* in ihrer Besetzung mit diensterfahrenen Räthen die Garantie für eine richtige Benutzung dieser Strafart gebe. Ich kann mich in dieser Beziehung der weiteren Ausführung vollständig enthalten; es bedarf auch nicht des Beweises, dass eine solche Strafgewalt weder ausdrücklich noch stillschweigend delegirt werden kann; und möchte ich nur darauf aufmerksam machen, dass der Herr Cultusminister in der Wahl seines Commissarius völlig unbeschränkt ist. Er schickt bis jetzt Assessoren und Consistorialräthe, er kann aber auch Subalternbeamte schicken, und es steht nichts in dem Wege, dass er Unteroffiziere senden könnte. Wollen Sie denn diesen Leuten das Recht concediren, über alle die Tausende von Kirchenvorstehern und

Gemeindevertreten executivische Geldstrafen und sogar vierwöchentliche Gefängnissstrafen zu verhängen? (Hört! im Centrum.)

Das kann das Gesetz offenbar nicht wollen, und ich bin gewiss, dass *Sie* es *nicht* gewollt haben. Meine Herren, wenn aber auch diese Deduction Ihren Beifall nicht finden sollte, und wenn selbst der Herr Cultusminister die bezogenen Gesetze auf die Rheinprovinz übertragen könnte, wo sie gar keine Gesetzeskraft haben — das Ressortreglement gibt bekanntlich den Regierungen nur das Recht, Executivstrafen zu verhängen bei Verfügungen, die sie in ihrer Eigenschaft als Finanzbehörde erlassen haben — wenn dem einzelnen Regierungscommissar eine Executivstrafgewalt zugestanden werden müsste, so kann dies doch gewiss nur dann der Fall sein, wenn ein solcher Commissarius auch ein von der Regierung abgezweigtes Amt begleitet. Der bischöfliche Commissarius übt aber kein von der allgemeinen Regierungsgewalt abgezweigtes Regierungsamt, sondern lediglich ein bischöfliches Amt aus. Nichts kann klarer sein, der § 9. des Gesetzes vom 20. Juni 1875 besagt wörtlich:

›Er vertritt der Commissar den bischöflichen Stuhl und den Bischof als solchen in vermögensrechtlicher Beziehung nach aussen.‹

Der Commissarius wird zwar von der Regierung geschickt, übt aber keine Regierungsgewalt, sondern nur eine bischöfliche Gewalt aus. Dies hat auch das Königliche Obertribunal bereits entschieden, indem es in einem Urtheil vom 28. Mai 1877, welches mir vorliegt erwogen hat:

dass die Befugnisse des Staatscommissarius lediglich auf dem Gesetze vom 29. Mai 1864 beruhen und dieses ihm nur bischöfliche, nicht aber staatliche Rechte überträgt.

Nun meine Herren, wie kann man da noch behaupten, dass ein solcher Mann Executiv-Strafgewalt habe? Es liegt der Fall gerade so, als wenn der Bischof selbst sich einen Substituten gesetzt hätte; der Commissarius ist der dem Bischof aufgezwungene Substitut. Sie mögen diesen Commissarius noch so sehr ausstopfen, Sie mögen ihn zum Bischof aufbauschen, keinesfalls kann er mehr Rechte haben, als der Bischof selbst sie gehabt hat. Und nun, meine Herren, ist es einem Preussischen Bischof bis dato noch niemals eingefallen, Executivstrafen gegen renitente Kirchenvorstände zu verhängen. Ich glaube, die ganze liberale Welt hätte Zetermordio geschrieen, wenn ein Bischof dazu übergegangen wäre. Wollen Sie nun die Kirchenvorstände, die Sie selbst geschaffen haben, die Sie frei machen wollen

ten, derartig dem Commissarius unterordnen, dass dieser sie mit Geld- und Gefängnisstrafen belegen könnte.

So steht die Sache juristisch; wie steht sie aber praktisch? Die Kirchenvorstände sind Collegien, welche per majora beschliessen. Wer soll denn nun von dem bischöflichen Commissarius gestraft werden? Der Vorsitzende, der vielleicht nicht einmal dissentirt hat, oder die Minorität, oder die Majorität? Der Herr Consistorialrath Schuppe hat sich zu helfen gewusst, er hat es so gemacht: Er hat dem Vorsitzenden Executivstrafen bis zu der Höhe von 50 Mark angedroht und hinzugefügt:

Von dieser Massregel würde ich nur Abstand nehmen können, wenn der Herr Vorsitzende mir innerhalb acht Tagen die Anzeige gemacht, dass es ihm nicht gelungen sei, die Majorität des Kirchenvorstandes zur Befolgung meiner Anordnung zu vermögen und mir die widerstrebenden Mitglieder benennte. (Rufe: Hört!) welche ich dann in Executivstrafe von je 30 Mark nehmen würde.

Nun, meine Herren, ich habe selbst die Ehre, Vorsitzender eines Kirchenvorstandes zu sein; ich muss aber gestehen, ich würde mir erbärmlich vorkommen, wenn ich das thun würde, was hier unter Executivstrafe von 50 Mark gefordert wird; und hierin werden Sie mir, dess bin ich gewiss, sämmtlich zustimmen. Meine Herren, diese leidige Angelegenheit, die Tausende von Bürgern, und zwar von ruhigen Bürgern in ihrem Vermögen und ihrer Selbstständigkeit bedroht, verlangt offenbar dringende Abhülfe. Sie hat Ihnen bereits im vorigen Jahre bei Gelegenheit einer Petition vorgelegen. Ihre Commission hat in dem fünften Bericht die betreffende Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen und dabei Folgendes gesagt:

Schliesslich kann nicht die Bemerkung zurückgehalten werden, ob es denn wirklich nöthig sei, von allen 300 bis 400 Kirchen der Münsterschen Diocese ausser dem Etat auch die Einreichung eines Inventars zu verlangen, da gerade dieses Ansinnen nach der Versicherung eines in der Commission anwesenden Abgeordneten jener Gegenden als unter dem bischöflichen Regiment nicht üblich gewesen besonders Anstoss erregen. Das rentable Vermögen stehe ja im Etat. Welch dringendes Interesse hat der Commissarius an dem Verzeichniss der Kirchengüter? Man sollte doch bei dem leidigen Culturkampf nicht unnöthigen Staub aufwirbeln.

Nun, meine Herren, der Beschluss Ihrer Commission ist, wie

mich das nicht wundert, für den Herrn Cultusminister lediglich eine akademische Erörterung geblieben; man hat den Staub, der damals in den Diöcesen Paderborn und Münster aufgewirbelt worden ist, über unser ganzes Vaterland verbreitet und nicht nur die 300 bis 400 Kirchen, sondern Tausende von Gemeinden in Aufregung gebracht. Meine Herren, ich schliesse, indem ich mich an ihr Rechtsgefühl wende und Sie bitte, mir zu secundiren, wenn ich das Cultusministerium auffordere, doch den Regierungscommissarius anzuweisen, sich der Executivstrafgewalt zu begeben, da sie ihm gesetzlich in keiner Weise zusteht. (Bravo!)

Regierungscommissar Geheimer Regierungsrath Dr. *Bartsch*: Wenn der Herr Vorredner sich in dem besonderen Theile seiner Ausführungen gegen die Geschäftsanweisung für die katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen gewandt und wenn er sich alsdann gegen die Executivgewalt des Königlichen Commissarius für die bischöfliche Vermögensverwaltung ausgesprochen hat, so kann ich mich zunächst auf die Bemerkung beschränken, dass eine Reihe von Petitionen vorliegt, welche denselben Gegenstand betreffen und welche nach einer Mittheilung des Herrn Vorsitzenden der Petitionscommission schon in allernächster Zeit Gegenstand der Erörterung sein werden. Ich glaube daher nur im Interesse des Hauses zu handeln, wenn ich auf Einzelheiten mit Rücksicht auf diese Geschäftslage jetzt nicht eingehe. Dagegen glaube ich im Auftrage des Herrn Cultusministers eine allgemeine Bemerkung auch an dieser Stelle machen zu sollen über die Entstehung der erwähnten Geschäftsanweisung. Bekanntlich bestimmt der §. 42. des Gesetzes vom 20. Juni 1875, dass derartige Geschäftsanweisungen erlassen werden können von dem Oberpräsidenten und den bischöflichen Behörden im beiderseitigen Einvernehmen. Behufs Ausführung dieses Paragraphen wurden sehr bald nach Erlass des Gesetzes die erforderlichen Einleitungen getroffen, zuerst in der Provinz Hannover. Dort haben sehr eingehende Verhandlungen geschwebt zwischen dem Herrn Oberpräsidenten und den betheiligten Herren Bischöfen von Osnabrück und von Hildesheim. Das Ergebniss jener Verhandlung war, dass zwischen diesen Instanzen ein volles Einvernehmen über die Geschäftsanweisung erzielt wurde (Hört! Hört!) bis auf einen Punkt, über den der Herr Cultusminister in Gemässheit des §. 43. Absatz 3. des Gesetzes bei vorhandener Meinungsverschiedenheit eine Entscheidung getroffen hat. In allen übrigen Punkten aber, meine Herren, das constatire ich hier ausdrücklich, haben die beiden Herren Bischöfe von Osnabrück und von Hildesheim ihr volles Einverständ-

niss zu der Geschäftsanweisung erklärt, die allein den Zweck hatte, den Kirchenvorständen und Gemeindevertretungen eine äussere Handhabe zur Geschäftsführung zu gewähren. Ich stelle anheim, ob der Herr Vorredner seine scharfe Kritik gegen die Geschäftsanweisung noch aufrecht erhalten will, nachdem ich mitgetheilt habe, dass die beiden Herren Bischöfe ihr Einverständniss erklärt haben, und wenn ich ferner hinzufüge, dass die von ihm angewiesene Geschäftsanweisung mit der Ihnen vorliegt, fast wörtlich übereinstimmt. Ich glaube, es wird auch bei den Herren aus der Centrumsfraction gewiss nur Zustimmung finden können, wenn die Königlichen Commissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung nichts besseres geglaubt haben, thun zu können, als dass sie sich in allen Punkten denjenigen Erwägungen angeschlossen haben, welche für die Herren Bischöfe von Osnabrück und von Hildesheim in dieser Angelegenheit massgebend gewesen sind.

Wenn nun aber die Berechtigung des Commissars für die bischöfliche Vermögensverwaltung, eine solche Geschäftsanweisung im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten zu erlassen, bestritten worden ist, so darf ich diesen Punkt als bereits erledigt bezeichnen. Das Hohe Haus hat bekanntlich im Anfange vorigen Jahres aus Anlass einer Reihe von Petitionen aus der Diöcese Paderborn die Frage eingehend erwogen, ob der Commissarius für die bischöfliche Vermögensverwaltung auch innerhalb des Gesetzes vom 20. Juni 1875 seine Stelle habe. Das Haus ist über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen, hat also damals mit der Regierung jene Frage bejaht. Unter solchen Umständen glaube ich auch bei diesem Punkte mich eines näheren Eingehens enthalten zu sollen, und verweise im Uebrigen den Herrn Vorredner wiederholt auf die bevorstehenden Verhandlungen in der Petitionscommission.

Abg. *Windthorst* (Meppen): Meine Herren! In dankbarer Anerkennung, dass Sie mich noch zum Worte lassen, will ich auf die *allgemeine* Discussion nicht zurückgehen, zumal ich glaube, dass der College Schorlemer in der Hinsicht das nöthige gethan hat. Was diese specielle Sache betrifft, so würde ich glauben, dass die Frage, ob der Regierungscommissar eine Instruction erlassen kann, ob die erlassene richtig und zweckmässig und in Concordanz mit dem Gesetze erlassen ist, füglich nicht so *generell* behandelt werden kann. Wir würden, wenn wir darüber eine Erörterung mit Gründlichkeit führen wollten, nothwendig, die einzelnen Bestimmungen an der Hand der Gesetze zu prüfen haben. Das ist im offenen Hause schwer möglich; deshalb glaube ich, wird dieser Theil besonders

oder in der Commission, die bereits damit beschäftigt ist, verhandelt werden müssen. Ob die Instruction für die Rheinlande in Concordanz mit der Instruction für Hannover ist, habe ich meinestheils zu prüfen keine Gelegenheit gehabt, weil ich weder die eine noch die andere vor mir habe. Das aber wird man von vorn herein doch nicht läugnen, dass derartige Instructionen, die eben deshalb im Gesetze nicht stehen, weil besondere lokale und geschichtlich gebildete Verhältnisse obwalten, nicht generell abgeklatscht werden können. (Sehr wahr! im Centrum.) Darum ist der Umstand, dass die Bischöfe von Hildesheim und Osnabrück die Instruction gebilligt haben sollen, für die vorliegende Frage belanglos, ich kann deshalb darüber in diesem Augenblick hinweggehen. Ich mache übrigens bei dieser Gelegenheit andern Bemerkungen gegenüber geltend, dass gerade die Thatsache, dass man dieses Gesetz von Seiten der katholischen Kirche so unbedingt zur Ausführung bringt, sehr klar ergibt, wie man bis an die äusserste Grenze der Möglichkeit nachgibt, um zum Frieden zu gelangen; denn wenn man dies nicht gewollt hätte, würde man sich gewiss einem Gesetze nicht gefügt haben, welches die merkwürdige Disparität bekundet, dass während bei den Kirchenvorständen in der *evangelischen* Kirche *der Pfarrer der berufene Präsident* ist, man das bei den Katholiken ausdrücklich verbietet — auch eine Illustration zu dem *Wohlwollen* und der *Gerechtigkeit*, mit der man uns nach den Anschauungen des Herrn Collegen Dr. Gneist behandelt.

Was dann die Frage in Betreff der Executivstrafen anlangt, so will mir scheinen, dass es wirklich *gar nicht denkbar* ist, wie man die Executivgewalt diesen Commissarien begründen will. Der Herr Commissarius, der eben gesprochen hat, hat auch diese Begründung hier nicht versucht, sondern nur verwiesen auf die Erörterungen, die in der Petitionscommission vorgekommen wären. Aehnlich lag es auch im vorigen Jahre. Es ist aber hier damals ohne Weiteres beschlossen worden, der Regierung die Sache an's Herz zu legen, und ich dächte, es wäre nichts natürlicher, als dass man uns jetzt die Massregeln, resp. die Anschauungen der Regierung darlegte. Ob die Petitionscommission in den Fall kommen wird, zu berichten, noch mehr, ob der Bericht der Commission zur Berathung kommen wird, ist mehr als zweifelhaft, und dann wird man wieder *ein Jahr hindurch* die Kirchenvorstände der katholischen Gemeinden den Commissarien *preisgegeben* haben. (Sehr wahr! im Centrum.)

Indessen *zwingen* kann ich die Regierung zu Erklärungen nicht, ich weiss wenigstens nicht, wie man hier die Gegenwart und

vor Allem das *Sprechen* der Minister erzwingen könnte. Man wird deshalb wohl thun, sich auch hier zu bescheiden und es dabei bewenden zu lassen, bis vielleicht eine Zeit kommt, wo wir auf die Sache zurückkommen und für jetzt nur zu erklären, dass das Recht klar ist und dass, wenn ihm nicht nachgelebt wird, dies die *Schuld* der Regierung, nach meiner Ansicht gerade eine *Gesetzesverletzung* ist. Nebenbei habe ich mich doch noch darauf aufmerksam machen, dass auch hier wieder eine specielle Bestimmung vorliegt, wo der Staat in das *Innere der Kirche* sich einmischt, dergl. was kann dies *flagranter* dokumentiren, als wenn der Staat aus sich heraus Leute hinsetzt, die Functionen wahrnehmen sollen, welche nach der Verfassung der Kirche *nur kirchlichen Behörden* zustehen. Ich denke, auch hier ist wieder klar und bestimmt dargelegt, dass der Staat sich anmasst, die verfassungsmässigen Rechte der Kirche in sich aufzunehmen. Ich würde nicht Anlass genommen haben, auf diese allgemeinen Gesichtspunkte hinzuweisen, wenn man nicht von uns verlangte, dass wir doch im *Einzelnen* diese Eingriffe bezeichnen möchten. Hier habe ich wieder einen bezeichnet und ich will erwarten, ob man beweist, dass das unrichtig sei. (Redner nimmt seinen Platz ein und bittet nach einer Pause um das Wort zur Geschäftsordnung.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat der Abg. Windthorst (Meppen) das Wort.

Abg. *Windthorst* (Meppen): Ich möchte constatiren, dass diesen juristischen Auslegungen gegenüber die Ministerbank sich in *Schweigen* gehüllt hat.

Präsident: Herr Abg. Windthorst, ich glaube, es kann Ihnen nicht zweifelhaft sein, dass das keine Bemerkung zur Geschäftsordnung war. Sie hatten ja immer die Möglichkeit gehabt, diese Constatirung bei einer späteren Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen. Es nimmt in dieser Discussion noch der Abg. Miquel das Wort.

Abg. Dr. *Miquel*: Meine Herren! Ich werde ganz kurz sein. Was diese Geschäftsanweisung betrifft, so kann ich über dieselbe nicht urtheilen, weil ich sie in diesem Augenblick zuerst sehe; noch weniger kann ich beurtheilen, ob die Geschäftsanweisung in irgend einem Widerspruch mit den Gesetzen steht, was anscheinend auch nicht behauptet ist.

Was die Frage wegen der Executivgewalt der bischöflichen Commissarien betrifft, so habe ich persönlich früher an der Hand des Petitionsberichts die Meinung gewonnen, dass diesen Commissarien eine Executivgewalt nicht zustehe und bis auf Weiteres bleibe

ich bei dieser Meinung stehen. Aber es nutzt den Herren aus dem Centrum nicht, wenn in solchen einzelnen Rechtsfragen einzelne Personen aus dem Hause persönlich ihnen beitreten. Ich möchte ihnen (zum Centrum) dringend rathen, wenn solche Fragen vorliegen, wo Sie namentlich eine Ueberschreitung der Competenz der Behörden behaupten, gerade Anträge darauf zu richten. Insbesondere bei Gelegenheit der Etatsberathung verschwinden die Reden pro et contra. Man kommt auch zu einer gründlicheren Prüfung, und den einzelnen Mitgliedern wird bei dieser Gelegenheit die Sache besser vorgetragen. Jetzt kann man sich in der Schnelligkeit, was ja an sich, auch ohne dass man das Gesetz studirt, sehr schwierig ist, keine bestimmte Meinung bilden und man kommt nicht weiter, während die Herren vollkommen sicher sein können, dass diese Seite des Hauses, namentlich wenn es sich um Rechtsfragen handelt, eine ganz objective Prüfung eintreten lassen wird, und es kann auch der Staatsregierung nur angenehm sein, wo es sich um bestrittene Rechtsfragen handelt, einen klaren Ausspruch des Hauses zu haben. In diesem Falle wird das um so nothwendiger sein, weil, wie mir wenigstens gesagt ist — ich weiss nicht, ob mit Recht —, die Gerichte noch verschiedenartig in der Sache erkannt und selbige den bischöflichen Commissarien eine solche Executivgewalt zugesprochen haben. Ich möchte so Ihnen wirklich empfehlen, in solchen Fällen durch formelle Anträge die Sache zur wirklichen *Entscheidung* zu bringen.

Präsident: Es liegt ein *Schlussantrag* vor, es nimmt aber auch Niemand weiter das Wort; die Discussion über dieses Capitel und die sämmtlichen Titel desselben ist geschlossen. Eine Abstimmung ist nicht verlangt, die Titel sind vom Hause *bewilligt*.

Zur persönlichen Bemerkung liegen verschiedene Meldungen vor, zunächst von dem Abgeordneten Grafen Bethusy-Huc.

Abg. Graf *Bethusy-Huc*: Meine Herren! Der Herr Abg. Bachem hat eine Ausführung aus meiner Sonnabendrede mit Anführung des Appells: »Seien wir doch ehrlich gegen einander!« bekämpft, er hat mir also mangelnde bona fides vorgeworfen. (Widerspruch im Centrum.)

Wenn Jemand an mich den Appell richtete: »Seien wir doch ehrlich gegeneinander, wir haben das so nicht gemeint!« so setzt das eine mangelnde bona fides voraus, gegen diesen Vorwurf habe ich mich zu vertheidigen. Er hat, um zu beweisen, dass ich, beziehungsweise wir — welches Fürwort ich gebraucht habe —, dass also wir uns der Consequenz des Kampfes bei dem Eintritt in den

selben nicht bewusst waren, die Autorität des Herrn Abg. Miquél und die der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung angeführt. Er zieht eine falsche Consequenz aus der hohen Verehrung, welche ich dem Abg. Miquél entgegentrage, wenn er mich mit ihm identificirt. Gegen die Identificirung mit der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung aber lege ich Protest ein.

Sodann hat der Herr Abg. *Bachem* eine andere Aeusserung aus derselben Rede als eine der seinem Gefühle nach wenigst würdigen bezeichnet, welche er gegen seine Partei in diesem Hause gerichtet gehört hätte. Es ist ihm aber dabei widerfahren, dass er die Aeusserung falsch wiedergegeben. Er hat behauptet: ich habe gesagt, die Centrumspartei würde den Druck der Kette nicht empfinden, wenn sie nicht Widerstand gegen die Kette übte.

Ich habe das in der That nicht gesagt, sondern: sie würde den Druck *einer* Kette nicht empfinden, wenn sie nicht Widerstand gegen die *Schranke* — auf dieses Wort lege ich besonders Gewicht — übte, welche ihr gesetzt werden müsste. Das ist in der That etwas ganz anderes.

Ich bin nicht in der Lage, mich auf das Stenogramm zur Richtigstellung der Aeusserung beziehen zu können; ich kann nur an mein eigenes Gedächtniss und an das der Mitglieder dieses Hauses appelliren, weil in der Rede, die sonst immer kaum eine Correctur hat erfahren müssen, da die Stenographen sie sehr accurat geschrieben hatten, an dieser Stelle aber baarer Unsinn stand, ich also meine Correctur habe eintreten lassen müssen, welche den eben von mir bezeichneten Sinn wiederherstellt.

Ich will gern glauben, da die Herren Stenographen meine Rede in diesem Punkte falsch verstanden haben, — aber auch sie bringen das Wort »Schranke« und bringen etwas ganz anderes, als der Herr Abg. Bachem gesagt hat — dass das Missverständniss des Herrn Bachem ein entschuldbares war. Es lag mir aber ob, vor dem Lande zu constatiren, dass ich die Maigesetze dem Centrum und den Ultramontanen des Landes gegenüber als eine Kette nicht erklärt habe und nicht habe erklären wollen.

Abg. *Götting*: Meine Herren! Der Abg. Biesenbach hat gesagt von der Tribüne, meine Ausführungen von vorhin seien hergenommen aus der Broschüre eines belgischen Schriftstellers. Ich erkläre hiermit, dass ich weder den Schriftsteller noch dessen Broschüre noch deren Uebersetzung kenne oder jemals gesehen habe. Aber allerdings ist es interessant, wenn ein belgischer Schriftsteller und ein

norddeutscher Preusse in ihren Anschauungen über diese Frage übereinstimmen. (Rufe: persönlich! Glocke des Präsidenten.)

Abg. *Windthorst* (Meppen): Der Herr Dr. Götting . . . . . (Abg. Götting: Ich bin kein Doctor! Heiterkeit.)

Ich habe ihn meinestheils dazu auch nicht promoviren wollen, ich hatte geglaubt, er wäre dazu promovirt.

Der Herr Abg. Götting hat zunächst geglaubt, mir besondere Bemerkungen machen zu müssen über das, was ich hier vorgetragen habe, und über das Mass der parlamentarischen Freiheit, dessen ich mich dabei bediente. Ich bin der Meinung, dass der Herr Präsident ganz gewiss dem Collegen Götting zuletzt einen Auftrag geben würde, seine Functionen zu ergänzen.

Dann aber meine ich, dass der Herr Abg. Götting kaum Veranlassung hatte, solche Bemerkungen zu machen in demselben Moment, wo der Herr Präsident ihm bemerkte, dass er nicht angemessen rede.

Dann hat der Herr eine Aeusserung von mir citirt, die wiederholt schon irrig citirt worden ist; er hat gesagt, ich habe in Mainz erklärt, dass unsere Reden von den Bischöfen corrigirt werden können. Das ist eine ganz unrichtige Auffassung dessen, was ich gesagt habe; ich habe gegenüber von Anschauungen innerhalb der *katholischen* Kreise — also nicht der *Liberalen* —, dass wir wohl kaum den Ruf hätten, über dogmatische Sätze der Kirche unsere Anschauung, so wie wir thun, hier geltend zu machen, erwiedert: wir thun nichts anders, als bei diesen dogmatischen Erörterungen das herzusagen, was uns der Katechismus lehrt, und wenn wir in Beziehung auf diese Glaubenslehre und Glaubenssätze etwas Irriges vortrügen, dann würden uns die Bischöfe corrigiren; rücksichtlich unseres politischen Thuns und unserer politischen Reden haben die Herren Bischöfe sicher niemals irgend welche Correctur in Anspruch genommen, und wenn sie es thäten, würden wir ihnen das Recht dazu nicht zugestehen.

Abg. *Bachem*: Meine Herren! Bezüglich der ersten Aeusserung, welche der Herr Abg. Graf Bethusy-Huc gerügt hat, glaube ich, ist ihm ein Missverständniss untergelaufen. Niemand von Ihnen — ich habe ganz generell von den Majoritätsparteien gesprochen — Niemand wird die Insinuation der mala fides in meinen Ausführungen gefunden haben, es ist dies dem Herrn Abgeordneten Grafen Bethusy-Huc allein vorbehalten geblieben. Was den Ausdruck anlangt von dem Druck einer Kette, so habe ich allerdings auch nur aus dem Gedächtniss citiren können; ich habe aber auch bei anderen Mit-

gliedern nicht nach der Aeusserung erkundigt, und die haben den selben Eindruck empfangen. Ich gebe indess zu, dass ein Missverständniss obwalten kann, wenn schon die Instruction von den »Schranken einer Kette« eine recht künstliche ist.

Dann habe ich noch eine Bemerkung an die Adresse des Herrn Regierungscommissars. Derselbe hat sich darin gefallen, mehrere die Bemerkung, die er daran knüpfen zu können glaubte, machen wollen, um zu zeigen, in welchem Zusammenhange der von mir vorgetragene Fall mit dem Cultusetat stehe. Das sollte wohl eine Art wohlwollender Ironisirung sein. Ich weise diese Controverse zurück und zwar zunächst als sachlich unberechtigt, weil ich die Verbindung mit dem Cultusetat gar nicht hergestellt habe. Ich weise sie aber auch als formell unberechtigt zurück, weil gegenüber der Regierungscommissarien nicht zusteht, die Functionen des Herrn Präsidenten in diesem Hause auszuüben. (Sehr wahr!)

Präsident. Meine Herren! Wir gehen jetzt über zu dem folgenden Capitel 119, Titel 1 bis 6, in welchem das Wort nicht mehr lange wird, dasselbe sind gewohnt.

Wir kommen zum Capitel 120, *katholische Geistliche und Kirchen.* Titel 1, *Besoldungen* und *Zuschüsse.*

Abg. *Hauseberg:* Meine Herren! Dasjenige Capitel, was hier zur Discussion gestellt worden, und was wir Ihnen zu Gehör zu bringen haben, das Unrecht, was dem katholischen Klerus zugefügt wird, freilich hier auf materiellem Gebiete bloss. Es hat bereits der Herr College Dr. Gneist die Güte gehabt, Worte des Bedauerns für diesen Klerus, den niederen ordens hier vorzubringen, von denen ich annehmen will, dass sie vor Wohlwollen dictirt waren, die indessen in dem Sinne, wie er sie vorgebracht hat, durchaus nicht acceptirt werden können. Es sagte der Herr wörtlich folgendes:

> Ich möchte am wenigsten meine Sympathie derjenigen Katholiken vorenthalten, die am meisten getroffen wird, den Geistlichen der niederen ordens, die meistens unschuldig durch ihren kirchlichen Gehorsam in die Lage kommen, für Andere gestraft zu werden.

Demgegenüber will ich zunächst für meine Person die Erklärung abgeben, dass ich in der Vertheidigung der Grundanschauung der katholischen Kirche und ihrer Freiheit gegenüber den Bischöfen mit meinen Freunden eins weiss, dass ich das aber frei und mit freudigem Herzen thue und nicht, weil der Herr College Dr. Gneist glaubte, blos nach dem Gehorsam, den ich sonst auf anderen Gebieten meinem Bischof aller-

dings schuldig bin. Ich darf aber weiter wohl es wagen, als *Repräsentant des Klerus der niederen Ordines überhaupt* hier aufzutreten und diese Erklärung hier abzugeben, und rechne es mir zu *einer allerdings unverdienten, aber hohen Ehre*, der Dolmetscher für diese Erklärung sein zu können. Ich befürchte nicht im Geringsten ein Dementi von diesem Klerus, denn die Erlebnisse der letzten Jahre geben für solche Befürchtung auch nicht den geringsten Grund. Sie haben sich in Bezug auf diesen Klerus der niederen Ordines *en grossen Täuschungen* hingegeben und haben es nicht begriffen, wie sein Verhalten wurzelte in der *allein richtigen Auffassung ihrer Standespflichten*, mit der Erfüllung dieser Pflichten steht und fällt ja seine Ehre. Wie könnten diese Kleriker die in dem Gesetzentwurf gestellten Forderungen abgeben nach *dem*, was hier in diesem Hause sowohl *als Grund wie als Ziel* des Kampfes, in dem wir leben, abgegeben worden ist? Ich glaube, dass Jeder von Ihnen, meine Herren, der alles das in den letzten Tagen hier mit angehört hat, was man *will*, der katholischen Kirche gegenüber, ich glaube, sage ich, dass Jeder von Ihnen *dem* Kleriker seine *Achtung nicht mehr zollen könnte*, der erklärte, allen unsern Gesetzen mit ihrer ganzen Tragweite sich unterwerfen zu wollen. Führen Sie sich nur einfach vor, was sie gehört haben von den Anschauungen des Abgeordneten Grafen v. Limburg-Stirum an hinweg über die etwas *scheuerfälligen* der Herren Collegen Petri und v. Sybel, sowie über die mehr *verführerischen* der Abgeordneten Dr. Gneist bis hinaus zu denjenigen, die wir von dem Herrn Dr. Virchow vernommen haben. Die letzteren sind allerdings die *radicalsten*, sagen mir unsererm am *meisten* zu, weil in denselben wenigstens *ein System* sich ausspricht, und der betreffende Herr College uns wenigstens *offen* sagt, *was er will*. Sympathisch kann ich sie natürlich für mich nicht finden, ich muss ja doch in dem, was der Herr Dr. Virchow mit Aufstellung seines Gemeindeprincips will, einfach die *grösste Tyrannisirung* erkennen, denn er verlangt nichts anderes, als dass *nur nach seinem*, das heisst des Herrn Virchow Façon *wir unsere religiöse Ueberzeugung manifestiren dürften*. Ich habe allen Respect vor dem grossen Talent des Herrn Dr. Virchow, aber ich muss doch sagen, in Sachen *des Glaubens* ist er mir doch keine Autorität; (Heiterkeit) da halte ich es lieber mit der *göttlichen Autorität, der wir nach unserer unerschütterlichen Ueberzeugung die Stiftung unserer Kirche* verdanken. Er hat uns soviel aber klar gelegt, dass er von einer katholischen Kirche, wie *wir* sie als göttliche Stiftung nur annehmen können, *seinerseits* durchaus nichts wissen will.

Die an Besoldungen und Zuschüsse für katholische Geistlichen und Kirchen im Staatshaushaltsetat aufgeführten Summen betragen 1,277,716 Mark. Nehmen Sie die von dem Herrn Minister des Cultus dem Hohen Hause zugestellte Nachweisung der in Folge des Gesetzes vom 22. April 1872 für das erste Quartal pro 1877 eingestellten Leistungen aus Staatsmitteln für römisch-katholische Bischöfe und Geistliche zur Hand und prüfen Sie dann auf Grund dieser Nachweisung das wahrscheinliche Resultat für das Etatsjahr 1877/78, dann stellt sich folgendes Ihnen heraus: *eingestellt* werden 1,003,416 Mark, *gezahlt* werden 180,604 Mark, Rest bleiben oder in Abgang gestellt 52,716 Mark. Die Summe, die eingestellt wird, beträgt also ungefähr 1,100,000 Mark, und das ist, wie Sie gewiss Alle anerkennen werden, *schon eine recht schöne Summe*.

Es lässt sich nun leider aus der vorgelegten Nachweisung gar nicht feststellen, *wie viel* von den zur Auszahlung wirklich gelangten Leistungen auf die *Geistlichen* fällt und *wie viel* auf die *betreffenden Kirchen*, weil dieselben nicht auseinander gehalten sind. Ich glaube aber gewiss nicht fehl zu greifen, wenn ich annehme, dass sich die geringe Summe der *Vergangenheit* für die Geistlichen in *Zukunft* noch viel geringer stellt. Allgemein kann ich nur mein Bedauern aussprechen darüber, dass es weder der Königlichen Staatsregierung noch der Majorität dieses Hauses bis jetzt zum Bewusstsein gekommen ist, *dass die Aufrechterhaltung des sogenannten Brodkorbgesetzes eine fortgesetzte Ungerechtigkeit* involvirt. Es stecken jedoch in diesen eingestellten Fonds meistens *Leistungen, denen eine rechtliche Verpflichtung für den Fiskus zu Grunde liegt*. Mir ist es bis jetzt unverständlich geblieben, dass der Schuldner seinem Gläubiger gegenüber einfach auf *seiner nicht geleugneten Verpflichtung nicht nachkommt*, weil er in der Lage ist, seiner Nichterfüllung *ein gesetzliches Gewand umzuhängen und für diese Nichterfüllung die Gewalt sich dienstbar zu machen*.

Ausserdem muss ich aber auch, wenn ich mich auf den Standpunkt des Gesetzes stelle, von *diesem* Standpunkt aus es rügen und tadeln, dass die Königliche Regierung sich über das Gesetz hinwegsetzt, *einmal dadurch*, dass sie den bestimmten und ausdrücklichen Anforderungen des Gesetzes keine Rechnung trägt, indem sie wirkliche Auszahlungen gelangen lässt an eine grosse Zahl von *solchen* Geistlichen, welche die dort gestellten Forderungen *nicht* erfüllt haben.

Neulich hat der Herr Cultusminister, als es sich handelte um die Ausführung des Ordensgesetzes, gesagt, es wären ihm die Hände

gebunden. *Hier*, bei diesem Gesetze, *sind* ihm die Hände gebunden, aber er hat sie sich *nicht binden lassen*. Die causa movens für das verschiedene Verhalten der Ausführung des Ordensgesetzes und dieses Sperrgesetzes gegenüber liegt auf der flachen Hand. *Dort* handelte es sich darum, Institute zu treffen, die dem Herrn Cultusminister *nicht sympathisch* waren; hier handelte es sich darum, *Geistliche* zu unterstützen, die es ihm wohl sind. Dass aber der Herr Minister dadurch *gegen* die Bestimmungen des Gesetzes, das ist allerdings schwer tadelnswerth; das *Grundprincip* des Gesetzes wird ja durch die Verfolgung der Gesetze von dem Klerus zu *erzwingen*, dadurch erschüttert und negirt, war ja doch dieses Grundprincip, die Befolgung der Gesetze von dem Klerus zu *erzwingen*.

Auf der andern Seite vermisst man nun aber jene Milde, die bei Durchführung dieses Gesetzes mit Nothwendigkeit walten musste. Es ist von dieser Milde oft genug schon die Rede gewesen; Herr Collega Meyer hat zu meiner grossen Freude in der vergangenen Session warme Worte für die Nothwendigkeit derselben hier eingelegt und auf einzelne Beispiele sich berufen, in denen er diese Milde vermisse.

Der Herr Cultusminister ist in vielen Fällen bei Ausführung dieses Gesetzes über die Intentionen dieses Gesetzes geradezu hinausgegangen und *untergeordnete Behörden* sind ihm darin noch vorangeeilt, haben ihn noch überboten.

Mir selbst ist es passirt, meine Herren, dass von der kirchlichen Verwaltung, bei der ich mitzuwirken habe, von Seiten der Regierungsbehörde gefordert wurde, dass den Geistlichen aus Fonds der Kirchenfabrik Bezüge nicht mehr sollten gezahlt werden. Für den Fall der Weigerung wurde angedroht, dass die Königliche Regierung *diejenigen* Leistungen, die sie *vertragsmässig* der *Kirche* gegenüber hatte, einstellen würde. Nun kennt aber das Gesetz meines Erachtens nur Einstellung der Leistungen an *Kirchen*, sondern *nur an Geistliche*; und sonach ist es nach meinem Dafürhalten geradezu eine Nichtachtung des Gesetzes, wenn Königliche Regierungen *in dieser* Art und Weise verfahren. Ich will weiter hierauf mich nicht einlassen, sondern auf eine bestimmte Angelegenheit zurückkommen, die ich in einer frühern Session schon einmal zur Sprache brachte, nämlich die Nichtauszahlung von Renten hierlei an die Berechtigten. Es liegt die Sache folgendermassen:

Der Fiskus war *vertragsmässig verpflichtet*, am 1. April 1875, also stark drei Wochen vor Publication des Gesetzes über die Einstellung von Staatsleistungen, zu zahlen. Meine damalige Klage ging dahin, dass lediglich durch die *Saumseligkeit der betreffenden*

Rentenbank man dieser Verpflichtung *nicht* nachgekommen ist. Es hatte nämlich schon Mitte Februar die Rentenbank die Anzeige gemacht an die betreffenden Kirchenvorstände, dass sie vom Fiskus die bisherige Verpflichtung übernommen habe und seiner Zeit, d. h. am 1. April, dieser Verpflichtung durch Auslieferung von Rentenbriefen nachkommen werde. Nach dem perfect gewordenen Vertrage hatten die Berechtigten mit dem 1. April das *strikteste Recht auf den Besitz* dieser Rentenbriefe, sie *gehörten ihnen und keinem Anderen*; dass sie am 1. April nicht in den Besitz dieser Berechtigten kamen, das war lediglich Schuld der Rentenbank. Nun hat der Herr Minister nach einer vorherigen Besprechung mit einem Mitgliede dieses Hauses, dem geehrten Herrn Abg. Schellwitz, der, so viel ich weiss, Präses der Generalcommission in Schlesien ist, zu seiner Rechtfertigung erklärt, »dass, wenn auch ausgesprochen sei, dass Rentenbriefe von einem bestimmten Termine an fällig werden und das der 1. April sei, doch die thatsächliche Unmöglichkeit bestehe, an diesem Tage schon die Rentenbriefe auszuhändigen, denn dann könne erst ihre Ausfertigung eintreten und die dauere mindestens 4 Wochen. Nun, meine Herren — so sagte der Herr Minister weiter — ehe diese 4 Wochen in dem vorliegenden Falle herumgegangen, kam der Tag dieses Gesetzes vom 22. April 1875 dazwischen, und es würde, wenn die Sache so lag, der Vorwurf einer Verzögerung der Rentenbank gegenüber überhaupt unmöglich sein.« Das scheint mir doch eine wirklich sonderbare *Ausrede* zu sein. Vertragsmässig sollte am 1. April die Auslieferung stattfinden; schon *Mitte Februar* kündigte die Rentenbank an, dass sie seinerzeit ihrer Verpflichtung nachkommen werde, sie *konnte* also nach meiner Meinung ihrer Verpflichtung nachkommen, an Zeit fehlte es nicht. Ich frage den Herrn Minister, warum soll man erst am ersten April *anfangen auszufertigen*, wo man doch schon Monate vorher wusste, dass sie am ersten April *ausgeliefert* werden müssen und dass sie kein Eigenthum der Rentenbank, sondern blos der Berechtigten waren. Ich sage aber noch mehr, meine Herren, die Information des Herrn Ministers auf Grund der Aussagen des Herrn Collegen Schellwitz ist durchaus falsch, sie *mussten* am ersten April ausgeliefert werden. Es besagt nämlich §. 30. des Gesetzes über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850: »Die Abfindung — merken Sie wohl das Wort »die *Abfindung*« — der Berechtigten erfolgt zu demselben Zeitpunkte — hier also der erste April —, an welchem die Rente auf die Rentenbank übernommen wird.« Wie kann man da nur sagen: dann kann erst die *Ausfertigung* beginnen, wo das Ge-

setz ausdrücklich sagt: die *Abfindung* der Berechtigten erfolgt an demselben Zeitpunkte, an welchem die Rente auf die Rentenbank übernommen wird. Die Bestimmung des Gesetzes ist meiner Meinung nach sonnenklar; die Rentenbriefe waren am ersten April nicht *anzufertigen*, sondern *auszuliefern*. Ich halte daher meinen Tadel, den ich damals der Saumseligkeit der Rentenbank gegenüber aussprach, aufrecht und sage auch heute noch, das *nur* durch diese Saumseligkeit der Rentenbank die Berechtigten *geschädigt* worden sind,

dass sie am 1. April nicht in den Besitz dieser Berechtigungen kamen,

hat der Herr Mi-

Nun ist es übrigens auch mehr als zweifelhaft, ob diese Rentenbriefe noch eine Staatsleistung im Sinne des Gesetzes darstellen.

Der § 50. des schon angezogenen Gesetzes sagt: »Von dem Zeitpunkt an, an welchem eine Rente von der Rentenbank übernommen, und der Berechtigte durch letztere abgefunden wird, — also hier der 1. April 1875 — hören alle gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen den bisher Berechtigten und Verpflichteten in Bezug auf diese Rente und diejenigen Reallasten, an deren Stelle die Rente getreten, völlig auf.« *Der Fiskus war also nicht mehr der Verpflichtete*, denn alle gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen den bisher Berechtigten und Verpflichteten hören vollständig auf. Eine milde Auslegung des Gesetzes, sollte ich meinen, hätte nun den Herrn Cultusminister mit Rücksicht auf den Umstand, dass *nicht* die Kirchenverwaltung, sondern die Rentenbank allein die Schuld trug, veranlassen müssen, dafür zu sorgen, dass diese Rentenbriefe den Berechtigten ausgezahlt würden. Man hätte auch, das ist meine Meinung, die Befolgung des echt staatsmännischen Grundsatzes des § 14. der Regierungsinstruction vom 23. October 1817 nicht ausser Acht lassen müssen, welcher Paragraph besagt, *dass, wenn ein Rechtspunkt irgend erheblichen Bedenken unterliegt, alsdann der betreffende Anspruch aufzugeben sei.* Das ist in der That ein wirklich staatsmännischer Grundsatz, nach diesem hätte man sich richten sollen zumal in diesem Falle, weil lediglich durch die Schuld der Rentenbank der Vertrag nicht zur Ausführung gekommen ist. Ich meine, man hätte *ein einmal begangenes Unrecht nicht noch durch ein zweites vermehren sollen.* Unterdessen ist nun die Ansicht des Herrn Ministers, dass auch diese Rentenbriefe noch *Staatsleistung* im Sinne des Gesetzes seien, durch ein richterliches Urtheil reprobirt worden; allerdings in erster Instanz. Es hat nämlich die erste Abtheilung des Königlichen Kreisgerichts zu Essen in Sachen der katholischen Pfarrgemeinde Kellinghausen, Klägerin, gegen den

Staatsfiskus für Recht erkannt, dass Verklagter schuldig sei, an Klägerin herauszugeben folgende Rentenbriefe u. s. w.

Nun hatte doch erwartet werden dürfen, dass nach Ergehen solchen richterlichen Urtheil der Herr Minister *um so mehr verpflichtet* gewesen wäre, nicht weiter auf dem Rechtswege die Sache zu verfolgen, sondern nunmehr als eine Pflicht der Billigkeit, der grossen Billigkeit anzusehen, die Kirchengemeinden in den Besitz dessen kommen zu lassen, was ihnen gehörte. In einer Verfolgung in einer weiteren Instanz lag nach meiner Meinung durchaus keine Veranlassung vor, der Herr Minister hatte gewiss das Staatsinteresse *mehr als genug* gewahrt, einer *Sache* gegenüber, von der er sich materiell doch gewissermassen sagen musste, dass die Objecte den *Kirchenbehörden* und *nicht* mehr dem *Staate* gehörten. Dann aber erfolgte die Berufung, in zweiter Instanz ist die Sache allerdings durch anderen entschieden worden. Ich habe das Urtheil der zweiten Instanz freilich nicht vor mir, *aber* aus glaubwürdiger Quelle ist mir versichert worden, dass gegentheilig gegen die erste Instanz entschieden worden sei, *nicht* in dem Sinne, als ob von Gerichte der Charakter der Staatsleistung aberkannt worden wäre, sondern nur in dem Sinne, dass das Gericht zweiter Instanz erwogen hat, es *handle sich nicht um Ausübung von Hoheitsrechten, gegen welche der Rechtsweg nicht statthaft sei.* Ja, nun meine ich, das wäre doch eine eigenthümliche Sache, *Hoheitsrechte im Staate auszuüben zu dem Zwecke, damit die Gläubiger, denen man gegenüber schuldig ist, mehr zu ihrem Eigenthum kommen.* Es ist das eine wirklich ganz eigenthümliche, ungeheuerliche Auffassung einer Ausübung von Hoheitsrechten (Sehr wahr!), den sollte meinen, in einem *Rechtsstaate* müsste man so etwas nicht zu befürchten haben und folgerichtig müsste man auch nicht zu befürchten haben, dass in solchen Sachen bei Gericht eine Competenzeinrede erhoben wird; ich mag darüber mich nicht weiter auslassen, sondern will, nachdem ich Ihnen diese Angelegenheit kurz dargelegt habe meinerseits *nur constatiren, dass der Preussische Fiskus seine Gläubiger nicht befriedigt, weil er sich wieder hinter den Formalismus einer gewöhnlichen Competenzeinrede* solchen ziehen kann. (Bravo! im Centrum.)

Regierungscommissar Geheimer Oberregierungsrath *Lucanus*: Meine Herren! Der Fall von den Regierungsbriefen ist, wie der Herr Vorredner auch selbst hervorhob, bereits im vergangenen Jahre hier erörtert worden. Er ist demnächst zur gerichtlichen Cognition gelangt. Nun glaube ich, ist alles, was von der Staatsregierung veranlasst werden kann, geschehen, nämlich, dass in dem Rechtswege

vollen freien Lauf gelassen hat. In zwei Instanzen ist schon entschieden, die dritte zu beschreiten ist im Gegentheil unbenommen. Wie eine Verkümmerung des Rechts darin liegen soll, vermag ich in der That nicht abzusehen.

Was dann einen anderen Vorwurf betrifft, den der Herr Vorredner der Staatsregierung gemacht, nämlich dass das Gesetz vom 22. April 1875 auch angewendet sei auf Leistungen, die nicht für Geistliche bestimmt sind, sondern für Kirchen, so ist mir der Specialfall, den derselbe vorher im Auge gehabt haben mag, nicht bekannt. Wäre aber wirklich eine Einstellung von Leistungen erfolgt, die nach dem Gesetze nicht dasselbe natürlich nicht ausgelegt, nicht für Geistliche, sondern für Kirchen bestimmt sind, so würde eine Beschwerde sofort eine Abstellung zur Folge haben. Der Herr Abgeordnete hat dann ja am Anfang seiner Rede geglaubt, der Staatsregierung den Vorwurf machen zu können, dass sie das Gesetz vom 22. April 1875 falsch anwende, beziehentlich gesetzwidrig handele, indem sie auf Grund des § 6. auch solchen Geistlichen gegenüber die Wiederaufnahme der Staatsleistungen verfügt habe, die nicht den Voraussetzungen dieses Paragraphen entsprochen hätten. Nun, meine Herren, der § 6. hat eine doppelte Bestimmung: einmal nämlich verpflichtet er die Staatsregierung zur Wiederaufnahme, bald von einem Empfangsberechtigten die in § 2 dieses Gesetzes bezeichnete Erklärung, nämlich den Gesetzen des Staates Folge leisten zu wollen, abgegeben ist; das zweite Alinea hingegen ermächtigt die Staatsregierung, die eingestellten Leistungen für die Empfangsberechtigten wieder aufzunehmen, wenn letzterer durch schlüssige Handlungen die Absicht an den Tag legen, die Gesetze des Staates zu befolgen. Ich kann versichern, dass in keinem einzigen Falle, ich würde es glauben, dass der Vorredner die Pflicht hätte, den Beweis des Gegentheils von dem, was ich sage, zu führen, dass in keinem einzigen Falle von Seiten der Staatsregierung eine Wiederaufnahme erfolgt ist, es sei denn, dass die Voraussetzung entweder des Alinea 1 oder des Alinea 2 vorlag. Wenn aber in Beziehung auf Alinea 2, welches concludente Handlungen fordert, die Staatsregierung wirklich eine mildere Auffassung hier und da hätte eintreten lassen, so weiss ich nicht, wie man ihr den Vorwurf daraus machen kann, sie hätte die Gesetze nicht befolgt, im Gegentheil, es würde folgen, dass sie ihrerseits die Gesetze mild und human gehandhabt.

Ich kann nicht schliessen, ohne mich einen Moment an den Herrn Abg. Bachem zu wenden, ich hätte das sicher vorher gethan, wenn ich nicht hätte befürchten müssen, dass durch eine Erwiderung

Abg. *Ibach*: Meine Herren! Ich erlaube mir nur eine ganz kurze Anfrage an die Königliche Staatsregierung zu richten. In dem Nachweise über die im ersten Quartal 1877 eingestellten Leistungen aus Staatsmitteln für römisch-katholische Bisthümer und Geistliche finde ich für den Regierungsbezirk Wiesbaden für das erste Quartal dieses Jahres in Soll gesetzt die Summe von 29,003 M. 75 Pfg., in Ausgabe 28,668 M. 40 Pfg. Nun bin ich in der Lage, auf Grund authentischer Nachweisungen constatiren zu können, dass zunächst im Jahre 1874 für das Bisthum Limburg, was in diesem Regierungsbezirk Wiesbaden einbegriffen ist, im Ganzen die Summe von 7680 M. festgesetzt worden ist, dass sodann im Jahre 1875 noch 9300 M. hinzugekommen sind, was für das ganze Jahr die Summe von 18,702 M. ausmacht. Dazu kommt, meine Herren, das Weitere, dass von diesen 18,702 M. gar nichts an Geistliche ausgezahlt worden ist, indem wir so glücklich sind, in unserer Diöcesen nicht *einen* Geistlichen zu besitzen, der Zuschüsse aus Staatsmitteln angenommen hätte.

Ich ersuche daher die Königliche Staatsregierung ganz ergebenst, Aufklärung geben zu wollen, wie hier eine Quartalssumme von nicht 29,000 M. bereits ausgezahlt sein soll. Was also einen jährlichen Zuschuss von 116,000 M. constatiren würde. Es muss in diesem Falle ein grosser Irrthum obwalten, und ich ersuche die Königliche Staatsregierung, hierüber die nöthige Aufklärung zu geben, da wir nicht gewillt sind, auf unserer Diöcese den Schatten auf uns

ruhen zu lassen, als hätten die Geistlichen derselben sämmtlich Staatszuschüsse bezogen und angenommen.

Abg. *Cremer*: Meine Herren! Bei diesem Titel handelt es sich bekanntlich um Besoldungen und Zuschüsse, die dem Sperrgesetz, dem sogenannten Brodkorbgesetz, verfallen sind. Die Gründe, weshalb seiner Zeit dieses Gesetz erlassen worden ist, will ich mit Ihnen jetzt nicht discutiren, sondern ich möchte mit Bezug auf einen speciellen Fall, der in der heutigen Debatte vorgekommen ist, nachweisen, dass uns Vieles zu Unrecht vorgeworfen wird. Es hat nämlich der Herr Abg. Götting heute Morgen Verschiedenes aus Zeitungsblättern mitgetheilt, um Ihnen darzuthun, wie ungeheuer staatsgefährlich die Ultramontanen seien, und wie selbst vom nationalpatriotischen Standpunkte aus man wirklich nichts besseres thun könnte, als mit dieser Sorte von Menschen möglichst bald aufzuräumen. Meine Herren, wenn ich gerade diese Frage in die Hand nehme, so werden Sie mich dazu für ausreichend legitimirt erachten, weil ich zu den zünftigen katholischen Journalisten gehöre, und ich als solcher behaupten kann, mir weder für meine Person noch bezüglich meiner sämmtlichen Collegen jemals bewusst zu sein, dass wir irgend etwas Staats- oder Reichsgefährliches unternommen hätten. Ich fordere Jeden, wer er auch sei, kühn heraus, seinen Patriotismus mit dem meinigen auf die Waagschaale zu legen, dann wollen wir sehen, auf welcher Seite das grösste Gewicht vorhanden ist. (Oho! links).

Was ist uns denn heute von Herrn Götting entgegengehalten worden? Auf welche Blätter hat er sich bezogen? Meine Herren, ich appellire für das, was ich vortragen werde an Ihr Rechtsgefühl; Sie werden mir, wenn Sie meinen Ausführungen folgen, zugeben müssen, dass Herr Abg. Götting sich mit seinen Citaten wenigstens vergriffen hat. Erstens: Die sämmtlichen Blätter, welche der geehrte Herr vorlegt, — ich habe sie mir von ihm selber geben lassen — enthalten nicht etwa Originalartikel, sondern sie geben Anführungen in *liberalen* Blättern *aus* ultramontanen. Das ist nun schon eine etwas unsichere Quelle, und Jeder von Ihnen, der sich auf Textkritik versteht, wird mir einräumen, dass man in solcher Weise nicht zu Werke gehen kann, wenn es sich darum handelt, einen authentischen Text beizubringen und denselben authentisch zu interpretiren. Zweitens: Doch selbst zugegeben, die Texte seien authentisch und correct. Was sagen Sie dann dazu, meine Herren, dass unsere Anhänglichkeit an Frankreich und unsere Hoffnungen auf eine gewisse Entwicklung der Französischen Krisis nachgewiesen werden soll aus einem Bayerischen Blatte, genannt „der Volksbote“, welches bereits

seit Jahren seelig im Herrn entschlafen ist und dessen hier in Betracht kommende Nummer im Jahre 1868 erschien? (Hört, hört!) Meine Herren, ich frage Sie mit allem Ernste, den eine solche Anschuldigung verdient: Ist es erlaubt, uns staatsgefährliche Neigungen unterzuschieben auf Grund eines Citates von 1868, nachdem wir im glorreichen Kriege von 1870 wahrhaftig unseren Patriotismus durch die That bewiesen haben? (Sehr wahr!) Kann man uns so etwas zu bieten wagen? Ich bin überzeugt davon, hätte der Abg. Götting vorher gesagt, sein Citat sei aus dem Jahre 1868, Sie hätten ihn mindestens ausgelacht! (Sehr gut! im Centrum).

Wenn man es mit den Beweisen nicht gründlicher nimmt, dann mag es allerdings leicht werden uns nachzureden, dass wir staatsgefährliche Menschen sind. Wenn das auf dem Schlachtfelde vergossene Blut, wenn die grossen Opfer, die wir gebracht haben, nicht *mehr* werth sind, wenn alles das aufgewogen werden soll durch ein schlechtes Blatt Papier, dann allerdings sind wir fertig miteinander, und Sie haben Recht mit der Behauptung, dass wir staatsgefährliche, schlechte Menschen sind. Aber, wenn *Sie* an die *Geschichte* appelliren, dann appellire ich meinerseits auch an die Geschichte, und lasse ich es mit aller Ruhe darauf ankommen, ob ein beliebiges Zeitungsblatt für die Geschichte massgebender sein wird, als die ruhmvollen Thaten, welche unsere katholischen Soldaten im Jahre 1870 vollbracht haben. (Bravo im Centrum).

Das müssen wir uns nun bieten lassen?! Meine Herren, da werden Sie doch begreifen, dass man gegen solche Angriffe mit aller Energie auftritt. Das lassen wir uns nicht gefallen, wir katholischen Journalisten! Im Jahre 1870 hatte ich die Ehre, im »schwarzen« Münster eine ultramontane Zeitung zu redigiren, und das Blatt war so patriotisch, dass die commandirenden Generäle sich dasselbe haben ins Feld schicken lassen, weil sie auch für ihre Mannschaften keine angemessenere, patriotische Lectüre zu finden wussten. Wenn es Sie interessirt, so kann ich Ihnen an mich gerichtete Originalbriefe z. B. des Generals v. Zastrow, der damals das VII. Corps commandirte vorlegen. Dadurch würde ich Ihnen auch vielleicht zugleich meine »Staatsgefährlichkeit« demonstriren können. Der General schied nämlich kurz nach dem Kriege aus dem aktiven Dienste aus. Wenn jetzt etwas Aehnliches passirte, dann würde man am Ende sagen: »der General ist zur Disposition gestellt worden, weil an den Tag kam, dass er mit einem ultramontanen Journalisten in Verbindung gestanden hat.« Sie standen die Sachen damals nicht, aber so ändern sich die Zeiten!

Meine Herren, mit den andern Blättern, auf die sich der Herr Abg. Gütting bezogen hat, steht es nicht viel besser. Es finden sich in demselben mehrere Citate aus den viel genannten »Bayerischen Vaterland«, die in der That unter aller Würde sind. Aber es heisst den Standpunkt der katholischen Journalistik in Deutschland absolut misskennen, wenn man, wie ich will keinen unparlamentarischen Ausdruck gebrauchen und deshalb sagen: dazu führen, das »Bayerische Vaterland« uns gegenüber als Autorität anzuführen.

Meine Herren, das »Bayerische Vaterland« ist nach unserem Dafürhalten kein katholisches Journal mehr. Das »Bayerische Vaterland« hat unseres Erachtens aufgehört ein katholisches Blatt zu sein! Das ist bereits seit Jahren in der »Germania« erklärt worden. Das erwidere ich dem Herrn, der eben »*seit wann*« ruft. Wenn Sie noch ein weiteres Argument für diese Auffassung haben wollen, so stehe ich hier vor Ihnen als ein lebendiges Argument. Ich bin im verflossenen Frühling und Sommer sieben Monate in Bayern gewesen, blos um meine Thätigkeit und meine Bemühungen dahin zu richten, ob nicht endlich mit den Leuten vom »Vaterland« vernünftig zu reden sei, und wenn das nicht ginge, ob wir nicht wenigstens das fertig brächten, sie vor aller Welt so gründlich zu desavouiren, dass kein Mensch mehr Lust hätte, sie uns anhängen zu wollen. Das ist der Standpunkt, den wir, die katholischen Journalisten in Preussen, dem »Bayerischen Vaterland« gegenüber einnehmen. Meine Herren, wie ist es mir denn in Bayern ergangen? Ich war dort als so gut preussisch bekannt, dass Herr Dr. Sigl mir gegenüber nichts anders angeführt hat, als: der *Preuss*', da kommt der *Preuss*', das ist der *Preuss*', was will der *Preuss*', was macht der *Preuss*'. Das war jeden Tag von Morgens bis Abends: der *Preuss*'. Mit dem »Preussen« hat der Mann agitirt und operirt, und hat damit auch für seine speciellen Zwecke Alles erreicht. Also dort war ich Preusse und musste mich für mein Preussenthum jeden Tag in jeder Weise insultiren lassen. Jetzt komme ich wieder hierher, und *nun* heisst es gestützt auf die Autorität des »Bayerischen Vaterlandes:« Seht, was die preussische Katholiken für abscheuliche, landesverrätherische Leute sind! Nun frage man: was sagt das »Bayerische Vaterland?« (Sehr gut! im Centrum).

Nein, meine Herren, auf dem Wege kommen Sie uns gegenüber nicht durch. Das müssen Sie schon besser anfangen, wenn Sie reüssiren wollen; denn ich sage Ihnen, wir katholische Journalisten

haben in dieser Zeit auch etwas gelernt. Wenn man mit uns fechten will, dann verstehen wir schon, unsere Klinge zu schlagen.

Nun, meine Herren, so ist es also mit den Citaten bestellt, die man uns heute hier vorgehalten hat. Nach den authentischen Erörterungen und Mittheilungen, die ich Ihnen gegeben habe, werden Sie diesem Theile der Ausführungen des Herrn Abg. Göttin, wohl schwerlich noch irgend welchen Werth beilegen. Ich bin fest davon überzeugt, meine Auseinandersetzungen werden Sie dazu veranlassen, demnächst auch bei andern Deductionen denen, die sie anstellen, etwas schärfer auf die Finger zu sehen. Man ist ja nicht immer in der glücklichen Lage, so schlagfertig antworten zu können, wie mir das augenblicklich gelingt. (Lachen links).

Ja, meine Herren, das war schlagfertig, das *müssen* Sie mir zugeben? (Heiterkeit).

Ich will sagen, man hat nicht immer das Material so vollständig in der Hand; wenn man es aber hat, dann ist meist das Gegentheil von dem, was die Herren (links) hier uns gegenüber beweisen wollen, sehr leicht darzuthun.

Im Uebrigen, meine Herren, nehme ich augenblicklich keine Veranlassung, auf den Culturkampf des Weiteren einzugehen, ich behalte mir das vor. Es kann sein, dass ich wieder einmal so eine kleine Rundschau über denselben halte, wie ich es am 28. Februar dieses Jahres gethan. Ich will es dann darauf ankommen lassen, ob die Herren auf der linken Seite, die mir damals so sehr zugestimmt haben, die der von mir angeschlagene patriotische Ton so sehr angemuthet hat, endlich bereit sind, das wahr zu machen, was Sie damals versprochen haben. Damals haben Sie mir zugegeben: Das war ein patriotischer Ton! Damals haben wir uns *gemeinschaftlich* auf unseren Patriotismus berufen, und was hat man uns gegenüber *heute* gesagt? — *Wer weiss ob er waschecht ist!*

Abg. *Windthorst* (Meppen): Meine Herren! Nach dieser allgemeinen Erörterung erlaube ich mir, auf den Gegenstand, der uns hier beschäftigt, speciell zurückzukommen, und ich constatire zunächst, dass auf die allerbescheidenste Anfrage des Abg. Ibach über thatsächliche Verhältnisse und über Anführung einer Regierungsvorlage ein absolutes Schweigen beobachtet ist. (Hört!)

War das die Impotenz zu antworten oder war es der Wille, überhaupt nicht zu antworten? Das weiss ich nicht, aber constatiren muss ich es, damit Jedermann weiss, wie man von der Regierung behandelt wird. (Hört! im Centrum).

Was dann im Uebrigen die Ausführung des Sperrgesetzes be-

trifft, so hat uns der College Gneist an das *Wohlwollen* und die *Gerechtigkeit* der Regierung und der Majorität dieses Hauses verwiesen. Meine Herren, ob das Sperrgesetz der Ausdruck eines Wohlwollens ist, will ich Jedem zu beurtheilen ruhig überlassen und meine Meinung für heute zurückhalten. Was die Gerechtigkeit betrifft, so muss ich gestehen, dass mir kaum ein schärferer Gegensatz zur Gerechtigkeit vorgekommen ist als das Sperrgesetz in seiner Totalität.

Meine Herren, nehmen wir selbst an, die Regierung hätte einen Anlass haben können, von Ihnen zu verlangen, dass die *freiwillig* aus der Staatskasse für den katholischen Cultus hergegebenen Beträge eingehalten werden sollten, was ich natürlich nicht concedire, so frage ich Sie: wo ist die Gerechtigkeit, dass auch solche Leistungen zurückgehalten werden, für die ein vollständiger *Rechtstitel* vorliegt, dass Leistungen zurückgehalten werden, die auf *speciellen Verträgen* beruhen? Ich behaupte, wenn das geschieht, so ist das *Vertragsbruch, gekleidet in die Form eines Gesetzes.* (Sehr richtig! im Centrum.) Ferner: wenn nun das Gesetz einmal erlassen war, war es dann, wenn noch ein Funken von Wohlwollen da war, nicht zu erwarten, dass man das Gesetz möglichst in engen Schranken hielt und dass man in dubio für die Fortleistung der Zahlungen und für die Leistungen generell sich entscheiden würde? Ich glaube, eine wohlwollende Regierung würde sich gefreut haben, wenn sie in zweifelhaften Fällen von der Strenge des Gesetzes absehen und die milde Hand walten lassen könnte. Es ist das mit nichten geschehen, man hat mit der grössten Sorgfalt gespäht, ob nicht irgendwie etwas zu entdecken wäre, was noch unter den Leistungsbegriff gebracht werden könnte; man hat, wenn es zweifelhaft war, und die Gerichte erster Instanz zu Gunsten der Fortzahlung der Leistungen erkannten, sofern der Rechtsweg nicht gesperrt war, durch alle Instanzen die Sache weiter getrieben. Das, meine Herren, war jedenfalls nicht nothwendig und ist sicher nicht ein Beweis des *Wohlwollens* und der *Gerechtigkeit*, an welche man uns gewiesen hat. (Sehr wahr! im Centrum.)

Meine Herren, den speciellen Fall wegen der Rentenbriefe will ich nicht weiter erörtern; nach meinem Dafürhalten hatten die Kirchen ein unzweifelhaftes Recht auf die Auszahlung, denn es waren die Leistungen *vor dem Termin fällig* geworden. Inzwischen will ich darauf in diesem Augenblick nicht eingehen, es ist ja der Fall an sich hart und schreiend, aber kommt gegen das Generaltableau gar nicht in Frage.

Was dann die Frage betrifft, wie *der* Paragraph ausgeführt wird, in welchem man für einzelne Geistlichen eine Leistung gibt, wenn sie eine bestimmte Erklärung abgeben oder durch Thatsachen die Erklärung ersetzen, so spreche ich darüber nicht. Meine Herren, ich kann diesen Paragraphen noch heute nicht anders ansehen, als wie die *Versuchung, gegen irdisches Gut die Gewissen zu beugen.* (Sehr wahr! im Centrum.) »*Du sollst die Schätze dieser Erde haben, dann aber kniee vor mir und bete mich an!*« — so verstehe ich diesen Paragraphen. (Sehr gut! im Centrum.)

Wie das nun ausgeführt wird im Einzelnen, davon könnte man Kuriosa erzählen; inzwischen enthalte ich mich dessen, weil das erfordern würde, eine Reihe von Persönlichkeiten in die Discussion zu ziehen und das liebe ich nicht. Ich wiederhole, dass ich nicht glaube, dass insbesondere auch dieser Paragraph einen Beweis von dem *Wohlwollen* und der *Gerechtigkeit* ist, von dem der Herr Abg. Dr. Gneist gesprochen hat.

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Der Herr Regierungscommissar hat das Wort.

Regierungscommissar Geheimer Oberregierungsrath *Lucanus:* Meine Herren! Weshalb auf die Anfrage des Herrn Abg. Ibach eine Antwort von dieser Stelle aus nicht erfolgte, das hatte einen ganz natürlichen Grund. Es war unmittelbar vor dem Ministertisch etwas unruhig im Hause und es war mir trotz aller Anstrengung nicht gelungen, dem Herrn Abgeordneten zu folgen, zumal es sich um Zahlen handelte, denen man ganz genau folgen muss, um sie zu verstehen. Es würde im anderen Fall gern die Auskunft gegeben sein, die der Herr Abg. Ibach gewünscht hat, vorausgesetzt, dass dies möglich gewesen wäre.

Im Anschluss hieran kann ich nämlich nicht umhin, einen allgemeinen Wunsch auszusprechen, nämlich denjenigen, dass, wenn einzelne der Herren Abgeordneten Auskunft haben wollen, die sich, wie in diesem Fall, auf calculatorische Dinge, auf Zahlenverhältnisse bezieht, es erwünscht sein würde, dies vorher den Vertretern der Staatsregierung mitzutheilen, dann ist man in der Lage, das nöthige Material zusammenzustellen und zu geben. So aus dem Stegreif über Zahlen Mittheilungen zu machen, wird in den seltensten Fällen möglich sein.

Abg. *Dauzenberg:* Ich habe blos die Absicht, dem Herrn Regierungscommissar gegenüber ein Missverständniss klarzustellen. In meinen Ausführungen vorhin habe ich *die* Behauptung nicht aufgestellt, dass untergeordnete Regierungsbehörden Leistungen an Kir-

chen *wirklich eingestellt hätten*, sondern *blos* behauptet, dass sie eine *Drohung* den Kirchenverwaltungen gegenüber ausgesprochen, sie *würden* diese Leistungen einstellen, wenn die Kirchenverwaltungen selber noch aus ihren Fonds in Zukunft Bezüge an die Geistlichen auszahlen sollten. Ich habe daran weiter noch die Bemerkung geknüpft, dass diese Drohung von Seiten der Regierungsbehörden in meinen Augen *ebenso ungesetzlich* und ebenso tadelnswerth ist, als wenn eine *wirkliche Einstellung* stattgefunden hätte, wenn sie auch natürlich denselben Effect *nicht* hat.

Dann habe ich weiter dem Herrn Regierungscommissar gegenüber noch zu bemerken, dass es sich mit der Anwendung des Gesetzes in Bezug auf *diejenigen* Geistlichen, die wirklich noch aus der Staatskasse ihr Gehalt beziehen, ganz eigenthümlich verhält. *Ich* persönlich habe von diesen Herren *mehrere* gesprochen, die *davon* gar nichts wissen wollen, als wenn sie das Geringste gethan hätten, namentlich nicht, dass sie irgend welche Erklärungen abgegeben hätten, den Staatsgesetzen gehorchen zu wollen, sondern dass man ihnen das Geld einfach aufgedrängt hätte; von Thatsachen, die es annehmbar machen sollen, dass sie wirklich die Intention hätten, den Gesetzen zu gehorchen, ist noch weniger etwas bekannt. Die Herren *selbst* wundern sich darüber, dass sie ihr Geld bekommen, und ich darf demnach wohl die Behauptung von früher aufrecht erhalten, dass man *förmlich nachgespürt* hat, ob sich nicht irgendwo ein Geistlicher fände, dem man die Wohlthat aufdrängen konnte. Der Versuch, von *dem* Herr College Windthorst hier gesprochen, gegen irdisches Gut die Geistlichen zu verführen, treubrüchig zu werden ihren heiligsten Ueberzeugungen und Verpflichtungen, dieser Versuch ist in der That gemacht worden und in einzelnen oder wenigen Fällen auch leider von Erfolg gewesen; in den *meisten* Fällen aber erfolgt die Auszahlung *so*, dass die Herren weder etwas versprochen haben, noch in Bezug auf sie Thatsachen vorliegen, die den Cultusminister berechtigen könnten, die Leistungen nicht mehr einzustellen, sondern sie weiter auszuzahlen.

Abg. Dr. *Gneist*: Ich will nur zwei Worte dem Herrn Abg. Windthorst erwidern auf seine Vorhaltung, dass hier weder Gerechtigkeit noch Wohlwollen walte.

Ich möchte daran erinnern, meine Herren, dass, wenn eine Staatsgewalt in die Lage kommt, von *Executionsmassregeln* Gebrauch zu machen, dann der Natur der Sache nach die Rücksichten der Gerechtigkeit immer voranstehen und die des Wohlwollens in zweiter Linie. Ich kann erinnern an die gleiche Lage der Kirche. Von

dem ersten Augenblick an, wo die römische Kirche glaubte, ihre Zwangsmittel anwenden zu müssen, hat sie erklärt: meine Gesetze fordern das, und sie hat ihre Zwangsmittel in der schneidigsten Weise gebraucht, ohne jede Schonung zur Durchführung ihrer Gesetze. Vom Standpunkt der Kirche aus, — die Berechtigung vorausgesetzt, — wird Niemand davon reden, dass hier an erster Stelle Wohlwollen walten müsse, in zweiter Gerechtigkeit.

Meine Herren, der weltliche Staat war auf seinem Gebiet in derselben Lage, zu den Mitteln zu greifen, die ihm zu Gebote stehen. Er hat nie geistliche Mittel gehabt, sondern keine anderen Mittel des Zwanges, als die des Arrestes auf die Temporalien und andere äussere Mittel. Was der Staat bei uns gethan hat, hat seine Eigenthümlichkeit im Vergleich zu den in früherer Zeit gehandhabten Zwangsmitteln nur in zwei Punkten. Das *eine* ist: er hat den Arrest auf die Temporalien strictissime beschränkt und beschränken wollen auf Zahlungen, die aus *seiner* Kasse gehen, also auf Zahlungen, für die er in gewissem Sinne der Debitor ist. Dass diese Zahlungen auf einem Rechtstitel beruhen, weiss jeder Rechtsverständige: jeder Arrest wird gelegt auf Privateigenthum, und dass diese Forderungen an sich ein jus quaesitum bilden, ist kein *Hinderniss* des Arrestes, vielmehr eben darauf beruht erst die Begründung und Wirksamkeit des Arrestes.

Und zweitens, meine Herren, hat sich der Staat bei seinen Arrestmassregeln der Zustimmung beider Häuser des Landtages versichert (Lachen im Centrum), das heisst der Anerkennung der Volksvertretung in ihrer beiderseitigen Gestalt, — dem Anerkenntniss, dass der Staat sich in der Lage befindet, von dieser zu sich bedauernswerthen Massregel Gebrauch machen zu müssen. Wenn die Sache so liegt, so ist es nur ein Wortspiel, wenn Herr Windthorst sagt, es sei nichts weiter als ein *Vertragsbruch* in Form des Gesetzes. Nein, meine Herren, es ist ein *Arrest* in Form des Gesetzes, — in der normalen Gestalt, bestätigt durch die Zustimmung beider Häuser des Landtages.

Einverstanden bin ich damit, meine Herren, solche Massregeln nicht kleinlich zu handhaben; aber wenn eine Regierung die Entscheidung der Gerichte herbeiführt und in streitigen Fragen dieser Art den Entscheidungen der Gerichte conform handelt, so kann ich das nicht nennen eine kleinliche Handhabung, sondern sie hat dann nur dem Recht seinen Lauf gelassen.

Abg. Dr. *Lieber*: Meine Herren! Ich trete hierhin (Tribüne), um dem Herrn Regierungscommissar die Möglichkeit zu geben, dies-

mal genau zu hören, was der Herr Abg. Ibach gefragt hat und was ich als Compatriot desselben und ebenfalls Angehöriger der Diöcese Limburg jetzt zu wiederholen mir erlaube.

Die unter Nr. 30. der Drucksachen uns zugegangene »Nachweisung der in Folge des Gesetzes vom 22. April 1875 pro I. Quartal 1877 eingestellten Leistungen aus Staatsmitteln für römisch-katholische Bisthümer und Geistliche« führt an: Laufende Nr 27, Regierungsbezirk Wiesbaden, Bisthum Limburg aus Capitel 127, Titel 3. des Etats, das heisst zur Verbesserung der äusseren Lage der Geistlichen, *gezahlt* 28,668 Mark 40 Pf. und Rest geblieben nur 335 Mark 35 Pf. Dem gegenüber hat der Abg. Ibach behauptet, dass für die Diöcese Limburg nachweislich — und ich habe hier die einzelnen Nachweise in Händen und stelle sie jedem der geehrten Herren, der sich dafür interessirt, zur Verfügung — er hat behauptet, dass nachweislich für die Diöcese Limburg unter Titel 3. des Capitel 127. *für das ganze Jahr* in *Soll*-Ausgabe steht die Summe von nur 18,702 Mark, während nach der hier in *Hat*-Ausgabe gebrachten Summe dort jährlich ausgezahlt würden 114,763 Mark 60 Pf. und er hat weiter behauptet, von der Soll-Ausgabe für das Bisthum Limburg im jährlichen Betrage von 18,702 Mark ist im ersten Quartal dieses Jahres, worum es sich in der Nachweisung handelt, *nicht ein Pfennig verausgabt worden;* und daran hat er die Frage geknüpft: Wie stimmen diese von mir behaupteten Thatsachen zu der von der amtlichen Nachweisung des Cultusministers behaupteten, dass unter diesem Titel in dem Einen Vierteljahr 10,000 Mark mehr wirklich verausgabt sind, als für das ganze Jahr in Soll-Ausgabe steht. Diese Frage ist auch, wie mir scheint, nicht blos eine calculatorische. Es ist von dieser Tribüne unsererseits wiederholt behauptet worden, die Regierung habe mit ihren verschiedenen, namentlich aber mit *diesem* Maigesetze, das vollständigste Fiasco gemacht, und es ist der Beweis dafür gerade hinsichtlich des Brodkorbgesetzes mit der wiederholten Aufforderung an den Regierungstisch geführt worden, nachzuweisen, dass irgend eine irgend namhafte Summe der Schätze der Erde, von denen der Herr College Windthorst eben gesprochen hat, von den katholischen Priestern aus den Händen des Herrn Ministers in Empfang genommen worden sei. Nun ist ein solcher Nachweis mündlich ja niemals geführt oder auch nur versucht worden; allein, meine Herren, ich dächte, was hier amtlich gedruckt steht, wäre, wenn wahr, eine geradezu vernichtende Antwort auf unsere so dringenden Sollicitationen, dass nämlich in der einzigen Diöcese Limburg von den aus-

geworfenen 29,000 Mark 28,000 aus Staatshänden wirklich angenommen worden wären; und zweifellos würde auch eine solche Thatsache von der Königlichen Staatsregierung begierig aufgegriffen und ausgiebigst verwendet worden sein gegen die wiederholte Behauptung des Centrums, dass dieses Gesetz ein Schlag ins Wasser gewesen sei. Es kann also doch wohl der Königlichen Staatsregierung nicht ganz unbekannt sein, dass hier ein Irrthum obwalten *muss;* weil sie anders es sich selbst schuldig war, die Gelegenheit wahrzunehmen, gerade bei diesem Titel nachzuweisen, einen wie namhaften Erfolg sie mit dem betreffenden Gesetz in Einer Diöcese wenigstens wirklich erzielt hat. Um die calculatorische Frage, ob *etwas mehr oder weniger*, handelt es sich also in diesem Falle gar nicht, weder für die Regierung noch für uns, sondern auf Seite des Ministertisches um die Ehre erfolgreicher Ausführung des Gesetzes, die Sie ja hiermit in Anspruch nehmen, auf *unserer Seite um die Ehre unseres Klerus, von dem wir behaupten, dass er in der Diöcese Limburg so wenig, wie sonst wo im Staate Preussen, und noch weniger sich durch den Brodkorb in dieser seiner Ehre habe brechen lassen.* (Bravo!)

Regierungscommissar Geheimer Oberregierungsrath *Lucanus*: Meine Herren! Die Nachweisungen, wie sie Ihnen vorliegen, werden in der Geheimen Calculatur des Ministeriums gefertigt und zwar aus den Finalabschlüssen der einzelnen Regierungshauptkassen. Das erste Quartal dieses Jahres bildete bekanntermassen ein selbstständiges Rechnungsjahr; und so hat denn die Geheime Calculatur, als die Quartalsabschlüsse eingingen, daraus die Nachweisung nach den Wünschen, wie sie früher vom Hohen Hause ausgesprochen waren, wie in den früheren Jahren, so auch jetzt wieder gefertigt. Ich bin daher ausser Stande, ohne weiteres jetzt mittheilen zu können, worauf diese Zahlen beruhen und welche Bedeutung sie haben. Dass hier irgendwo ein Fehler oder eine Verschiebung vorliegt, glaube auch ich annehmen zu können und ich behalte mir vor, nachdem ich nach Einsicht der betreffenden Finalabschlüsse der hier in Betracht kommenden Regierungsbezirke das Nähere festgestellt haben werde, die weitere Mittheilung sei es bei der dritten Lesung des Etats, sei es schon vorher durch Benehmen mit denjenigen Herren, die die Frage angeregt haben, bereitwilligst und in möglichster Vollständigkeit zu machen.

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Die Discussion ist geschlossen. Titel 1. *bewilligt.*

Zu einer persönlichen Bemerkung hat der Abg. Götting das Wort.

Abg. *Götting:* Meine Herren! Der Herr Abg. Cremer hat gemeint, ich hätte nur Velleitäten aus der ultramontanen Presse vorgebracht und er hat daraus deducirt, dass Alles, was ich in dieser Beziehung gesagt hätte, auf Beachtung nicht Anspruch machen könne. Ich habe dem Herrn Abg. Cremer auf seinen Wunsch nur einige Blätter mitgetheilt, von denen ich gesprochen hatte, die gerade solche Wendungen enthielten, die ich nicht für passend hielt, hier zu wiederholen. Das andere Material, wovon ich sprach, hat der Abg. Cremer weder von mir verlangt noch erhalten; ich habe hier auch keine einzelnen Nummern von Zeitungen genannt. Insofern konnte er mich nicht widerlegen. Ich will hinzufügen, dass ich Aeusserungen aus dem schon genannten »Bayerischen Vaterland,« dem »Bayerischen Volksboten,« die »Donauzeitung,« dem »Freiburger Boten,« und zwar alle diese Blätter bis zum Jahre 1874, vor mir hatte, worauf ich meine Kritik gegründet habe.

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Ich eröffne die Discussion über Titel 2. und ertheile das Wort dem Abg. Freiherrn v. Schorlemer-Alst.

Abg. Freiherr *v. Schorlemer-Alst:* Meine Herren! Es handelt sich bei diesem Titel 2. um den »neuen katholischen Bischof,« der aber eigentlich ein altkatholischer sein möchte. Ich werde bitten, über diesen Titel besonders abstimmen zu lassen, um der Majorität des Hauses Gelegenheit zu geben, darzuthun, wie weit es noch im Interesse des Staates liegt, diese Position zu bewilligen, und um meinen Freunden und mir Gelegenheit zu geben, unsere entgegenstehende Meinung zur Geltung zu bringen. Ich darf dabei bemerken, dass ausser dieser Unterstützung auch sonst noch indirect, wenn ich recht berichtet bin, den Altkatholiken Unterstützung gewährt werde. Wenn zum Beispiel Professor Michelis in Braunsberg, der inzwischen als altkatholischer Pfarrer an verschiedenen Stellen in Baden gewesen ist, noch sein ganzes Gehalt als Professor fortbezieht, so würde ich darin eine indirecte Unterstützung des Altkatholicismus erkennen. Ich hätte nun Grund und auch ein Recht, an dieser Stelle den Ausführungen des Herrn Abg. Petri, die von einer wirklich fanatischen Abneigung gegen Rom und gegen die römisch-katholische Kirche dictirt waren, zu begegnen, indem ich den Altkatholicismus beleuchtete. Ich werde das aber nicht thun. Denn ich möchte den Todeskampf des Altkatholicismus nicht weiter stören; derselbe ist ein Sterbender; er hat nach meiner

Ueberzeugung die Schwindsucht und wenn Sie ihm, was ich schon an anderer Stelle gesagt habe, die Staatsunterstützung entziehen, wird er schnell der galloppirenden Schwindsucht verfallen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, wenn der Herr Abg. Petri davon sprach, dass die Völker Rom verlassen, so beruht das auf der Verwechselung, dass das grosse Volk, welches Rom verlassen hat, eben das altkatholische ist von 17,000 selbstständigen, — ich meine *materiell* selbstständigen Leuten. Das Bild, welches er anwandte, Scipio auf den Ruinen Karthagos — das, glaube ich, findet doch die richtige Anwendung, wenn er sich selber auf den Ruinen des Altkatholicismus betrachtet. Ich habe für die Herren nur den Wunsch, dass, da sie in der Gefangenschaft des Staates sind, es ihnen ergehen möge, wie jenen, die an den Gewässern von Babylon sassen und weinten, wenn sie Zions gedachten. (Heiterkeit.)

Eins aber muss ich hier ausdrücklich constatiren, wenn nämlich der Abg. Petri in seiner Rede davon sprach, dass wir ihn und also auch den Altkatholicismus angegriffen hätten, dass bis dahin von unserer Seite von keinem Redner ein Wort gegen den Altkatholicismus gesagt war. Die betreffende Behauptung kam daher, dass der Abg. Petri sich mit dem Minister identificirte; denn die Angriffe waren gegen den Herrn Minister gerichtet. Umgekehrt hat sich aber der Herr Cultusminister mit dem Abg. Petri identificirt, insofern er sich auf dessen Rede berief, und man kann das poetisch ausdrücken, indem man sagt:

> Und so vollbrachte denn dies Paar,
> Was einzeln keinem möglich war. (Heiterkeit.)

Meine Herren, nun klagen noch die Altkatholiken und der Abg. Petri hat dem besonders Ausdruck gegeben, dass sie zu den Kirchensteuern herangezogen würden in den römisch-katholischen Gemeinden. Das ist aber doch ganz die eigene Schuld der Herren, wenn sie immer noch zur römisch-katholischen Kirche gehören wollen, aus der sie ja längst ausgestossen sind. Wenn die Herren diese Fiction aufgeben wollten, würde Niemand von ihnen die Steuern verlangen. Es war aber gar nicht hübsch, dass der Abg. Petri gelegentlich dieser Kirchensteuerfrage bemerkte, dass die römische Kirche das Geld aus unseren ketzerischen Händen nimmt, hat mich nicht überrascht. Meine Herren, die römische Kirche bekommt aus diesen ketzerischen Händen gar kein Geld, sondern das Geld wird zu Gemeindebedürfnissen erhoben und bleibt innerhalb der Gemeinde. Die Darstellung ist also unrichtig,

wenn man durch dieselbe gewissermassen ausdrücken will: die römische Kirche zieht noch Geld von den Altkatholiken. Da bitte ich denn doch das zu beachten, meine Herren, dass die Altkatholiken in dem Nehmen und Aneignen sehr weit voran sind, und dass namentlich der Titel, unter dem sie unsere Kirche und unsere Kirchengeräthe an sich bringen, das gerade Gegentheil von dem Begriff bedeuten möchte, den man sonst von der Achtung des Eigenthums hegt. Das wollte ich hier nur bemerken. (Bravo! im Centrum.)

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Die Discussion ist geschlossen; der Titel selbst ist *bewilligt*. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst.

Abg. Freiherr *v. Schorlemer-Alst*: Ich hatte gebeten, über diesen Titel *abstimmen* zu lassen.

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Ich bitte also diejenigen Herren, die *für* diesen Titel 2. der Ausgaben stimmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.)

Der Titel ist bewilligt.

Zur persönlichen Bemerkung in Bezug auf Titel 2. hat der Abg. Cremer das Wort.

Abg. *Cremer*: Meine Herren! Ich hatte mich eben zum Wort gemeldet gegenüber der Bemerkung des Herrn Abg. Götting. Der Herr Präsident hatte meine Meldung übersehen; Sie gestatten mir daher wohl, jetzt, dass ich das nachhole.

Es ist mir nicht eingefallen, die An- und Ausführungen des Abg. Götting im Allgemeinen anzugreifen; ich habe, was ich ausdrücklich constatirte und jetzt wiederhole, mich nur mit seinen *Präsentaten* beschäftigt. Der geehrte Herr hatte in seiner Rede gesagt, er stelle das von ihm benutzte Material einem Jeden zur Verfügung. Darauf habe ich mich sofort zu ihm begeben und ihn um die betreffenden Blätter gebeten. Dass er mir nicht alle Nummern, auf welche er seine Behauptungen stützte, eingehändigt hat, ist nicht meine Schuld; wenn er mir aber auch das übrige Material zur Verfügung stellen will, so versprech ich ihm, es in derselben Weise zur Discussion zu bringen wie dasjenige, welches er mir übergeben, und ich bin überzeugt, dass ich und Sie mit mir in Bezug auf dieses Material zu einem Resultate gelangen werden gleich dem, wie ich es aus den mir überreichten Blättern hergeleitet habe.

Vicepräsident *Klotz* (Berlin): Ich eröffne die Discussion über das folgende Capitel 121. *Provincial-Schulcollegium*.

Abg. *Knörcke* fragt, ob es wahr sei, dass das Unterrichtsgesetz bis auf Weiteres wieder zurückgestellt sei, weil das für die Durchführung desselben erforderliche Geld nicht disponibel sei. Er selbst würde eine solche Thatsache auf das Lebhafteste bedauern, da die Lage der Volksschule und namentlich die Gehälter der Lehrer durchaus einer Besserung bedürfen. Ein emeritirter Lehrer erhalte nicht mehr Pension, als die Löhnung eines gemeinen Soldaten betrage. Solche Zustände seien absolut unhaltbar.

Der *Cultusminister* erklärt seine Befriedigung, dass ihm Gelegenheit geboten werde, sich vor dem Lande darüber zu äussern, wie die angeregte Angelegenheit sich seit dem vorigen Jahre entwickelt habe. Er habe in der letzten Session die bestimmte Zusage gegeben, alle Kräfte dahin anzuspannen, um die Vorlage des Unterrichtsgesetzentwurfs in der jetzigen Session herbeizuführen, und gleichzeitig die Hoffnung ausgesprochen, dass es möglich sein werde, diesen Termin einzuhalten. In dieser Hoffnung sei er leider getäuscht, dagegen habe er die gegebene Zusage gehalten und so sei es mit Hilfe des Umstandes, dass alle Mitarbeiter ihre Arbeitskräfte bis an die Grenze des Aeussersten zur Disposition stellten, gelungen, dem Staatsministerium im Monat August einen vollständig ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorzulegen.

Abg. Frhr. *v. Heereman* bittet die Regierung, die neue Ferienordnung für Westphalen, sowie auch die Anordnung aufzuheben, nach welcher der Anfang des Schuljahres vom Herbste auf Ostern verlegt sei. Die jetzige Zersplitterung des Semesters durch die Ferienzeit widerspreche dem Zwecke derselben. Von dem neuen Unterrichtsgesetze erwarte er nicht, dass es seinen Beifall finden werde, weil es wahrscheinlich das Recht der Familie und das Recht der Kirche auf Theilnahme an der Erziehung nicht anerkennen werde.

Geh. Regierungsrath *Stauder* erwiedert, dass der Anfang des Schuljahrs auf den Wunsch der Provinzial-Schulcollegien von Westphalen und der Rheinprovinz verlegt worden sei. Ueber die Zerreissung des Sommersemesters durch 6 Wochen Ferien habe er sich bei seiner letzten Dienstreise in Westphalen selbst gewundert. Die Regierung wolle jedoch, ehe sie die Angelegenheit regele, das Gutachten der westphälischen Directorenconferenz abwarten, welche sich in einigen Wochen mit der Sache beschäftigen werde.

Abg. *Franz* bittet den Cultusminister, eine Enquête anzustellen, bezüglich der auf Gymnasien gebrauchten Bücher, da in einzelnen derselben eine Fülle von Intoleranz gegen die katholische

Kirche enthalten sei. In einem Artikel der Materialien zum Uebersetzen aus dem Deutschen ins Lateinische von Dr. Moritz Seyffert, »die Segnungen der Reformation oder die drei Gelübde der römischen Kirche,« würden die Gelübde der katholischen Kirche in wahrhaft schmachvoller Weise behandelt. Das Buch sei sogar auf katholischen Gymnasien, z. B. dem in Neisse, eingeführt und es sei wünschenswerth, dass in Zukunft derartige Artikel ausgemerzt würden.

Geh. Rath *Stauder*. Die Materialien von Seyffert sind ein bereits unter den Ministerien Raumer oder Mühler eingeführtes Uebersetzungsbuch. Es ist zu bedauern, wenn solche Stücke in demselben vorhanden sind; das Buch wird sofort einer Revision unterzogen und die betreffenden Artikel werden alsdann beseitigt werden. Was die Einführung des Buches auf dem katholischen Gymnasium zu Neisse betrifft, so muss das dortige Lehrercollegium dafür verantwortlich gemacht werden, da die Einführung eines Buches nur auf Antrag eines Lehrercollegiums stattfindet.

Abg. *Windthorst* (Meppen): »Meine Herren! Was das Unterrichtsgesetz betrifft, so glaube ich, dass der Herr Minister vollständig gerechtfertigt hat, dass die Vorlage bis jetzt nicht erfolgt ist, und ich setze meinestheils hinzu, nonum prematur in annum. Was dann die Frage der Ferien betrifft, so ist die ja zu unserer Zufriedenheit beantwortet und ich hoffe, dass der alte Zustand wieder hergestellt werden wird. Was aber dieses Lesebuch betrifft, so ist die heutige Zusage allerdings genügend, aber es ist betrübend, dass man immer erst hier von den Tribünen solche Dinge verlesen muss und dass derartiges nicht von selbst von der Regierung entdeckt wird. Ist in irgend einem katholischen Buch etwas enthalten, so ist es sofort entdeckt, in den anderen wird es nicht entdeckt. Nun hat der verehrte Herr Regierungscommissar gemeint, das Buch sei nicht von dem Herrn Minister Falk, sondern schon früher eingeführt; das würde ja allerdings für den Herrn Minister Falk in diesem Falle eine volle Rechtfertigung sein, wie ich denn auch überhaupt den Herrn Minister persönlich dafür gar nicht verantwortlich machen kann; denn ich bin weit entfernt, zu glauben, dass der Herr Minister für seine Person Zeit hat, alle diese Bücher zu lesen, aber er hat Organe genug, denen er's befehlen kann. Aber auch hier ist mir wieder merkwürdig, dass man in dem Ministerium des Cultus *gute* Einrichtungen der Vorgänger sehr rasch beseitigen kann, dass die *schlechten* aber bestehen bleiben. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich begnüge mich damit, finde aber, dass die Provinzialschulcollegien nothwendig sind, wenn ich auch in Beziehung auf die Besetzung

derselben allerlei vorzutragen haben könnte. Ich spare mir dieses auf und bewillige heute die Position.«

VI. Aus der 23. Sitzung vom 28. November 1877. Die Berathung des Cultusetats wird fortgesetzt.

Abg. *Dausenberg*: Meine Herren! Ich habe nicht vor, in diesem Jahre, wie ich das im vorigen gethan, vor Ihnen die schwerwiegenden Gründe zu entwickeln, die es uns unmöglich machen, die Bewilligung der Ausgaben der Prüfungscommission für Theologen auszusprechen, ich wollte vielmehr nur einige Bemerkungen anknüpfen an diesen Titel. Im Lande ist es eine viel verbreitete geläufige Anschauung bei allen Denen, die einen tieferen Blick in das *System* der ganzen Maigesetzgebung nicht gemacht haben, dass die Anzeige beim Oberpräsidenten durch die Bischöfe hätte geschehen können; dass das nicht geschehen ist, ist für Viele dann Veranlassung, daran eigenthümliche Erwägungen anzuknüpfen. Das wundert mich nicht, meine Herren, dass aber ein so scharfsinniger Herr und ein so hervorragendes Mitglied dieses Hauses, wie der Herr Abg. Virchow, der leider nicht an seiner Stelle ist, dass ein solcher Herr in diesen Fehler hat verfallen können, das wundert mich sehr; es ist mir nicht recht verständlich, wie dieser Herr den Artikel, wo die Anstellung von Geistlichen in Frage kommt, als den *Hauptpunkt* hinstellen konnte, und den *Zusammenhang dieses Artikels mit allen gesetzlichen Bestimmungen über die Vorbildung der Geistlichen ganz ausser Acht gelassen hat*. Es wundert mich das um so mehr, als der geehrte Herr College daran seine Bemerkungen geknüpft hat, dahin gehend, dass *hier in Preussen* den Bischöfen *verboten* wäre, was im nächsten *Lande* ihnen *gestattet* wäre, und dass wir im Centrum nicht in der Lage wären, eine Gleichmässigkeit der Behandlung hier aufrecht erhalten zu können. Dieser Artikel, von dem der geehrte Herr College gesprochen, steht in *unzertrennbarem* Zusammenhange mit den Gesetzesbestimmungen über die Vorbildung der Geistlichen und erhält *in diesem Zusammenhange eine wesentlich andere Bedeutung*. Ich bitte den verehrten Herrn, nur diesen Titel, der hier zur Discussion steht, wo die Ausgaben bewilligt werden sollen für die Prüfungscommission der Theologen, ich bitte nur diesen Titel in den Bereich seiner Erwägungen zu ziehen, dann wird er leicht erkennen, dass es mit dem Artikel über die Anstellung der Geistlichen *doch so harmlos nicht bestellt ist*. Ich wollte aber, wie ich schon Eingangs sagte, darauf mich nicht näher einlassen, überhaupt von den Gründen weiter nicht sprechen, die uns bestim-

men, nicht zuzustimmen zu diesen Ausgaben; mir lag nur daran, zu constatiren, dass bis dahin auch *nicht ein einziger römisch-katholischer Theologe* sich einer solchen Prüfungscommission gestellt hat. Es kann das auch nicht anders sein; das Resultat einer vor dieser Commission bestandenen Prüfung würde einem katholischen Theologen ein Feld der Wirksamkeit *nicht eröffnen* können, vielmehr nur verschliessen. *Fruchtbar und nutzbringend* kann man die Ausgaben, die hier in diesem Titel gefordert werden, gewiss nicht nennen; wie geringfügig sie auch sein mögen, so können wir doch nur unser Bedauern darüber aussprechen, dass für einen solchen Zweck Staatsausgaben gemacht werden; um diesem Bedauern Ausdruck geben zu können durch ein negatives Votum, bitte ich Namens meiner politischen Freunde den Herrn Präsidenten, über diesen Titel eine besondere Abstimmung gefälligst veranlassen zu wollen.

Präsident: Ueber Titel 1. und 3. wird eine Abstimmung nicht verlangt, dieselben sind *genehmigt.*

Ueber Titel 2. zur Bestreitung der Ausgaben der Commissionen für die wissenschaftliche Staatsprüfung der Theologen und der theologischen Prüfungscommissionen in Halle und Kiel 11,870 Mark ist eine besondere Abstimmung von dem Abg. Dauzenberg gefordert.

Diejenigen, welche den Titel annehmen wollen, bitte ich aufzustehen. (Geschieht.)

Die Mehrheit hat denselben *genehmigt.*

Wir kommen jetzt zu Capitel 123: *Universitäten.*

Ich werde über die einzelnen Titel 1. bis 13. die Discussion successive eröffnen, ersuche aber diejenigen Herren, welche generelle Erörterungen bei diesem Capitel herbeiführen wollen, ihre Bemerkungen anzuknüpfen an Titel 1. — Also Titel 1: *Zuschüsse für die Universität in Königsberg.*

Abg. Dr. Gerber legt der Regierung bessere Pflege der neueren Sprachen ans Herz und wünscht, dass der Geschichtsunterricht nicht consequent mit 1815 abgebrochen werde.

Zum Etat der Universität *Berlin* bemerkt Abg. Dr. *Mommsen:* Meine Herren! Wir dürfen vielleicht hoffen, dass, indem wir übergehen zu Capitel 123, der innerbauliche Kampf, der uns die letzten Wochen beschäftigt hat, nur wenigstens für eine Zeit lang ruhen wird, und dass wir dazu kommen werden, uns über sachliche Gegenstände, über die höchsten Interessen unseres Volkes hier in sachlicher Weise zu besprechen. Allerdings kostet uns jener Kampf

nicht nur Zeit, er kostet uns auch die Freudigkeit, und es gehört fast ein Entschluss dazu, andere Dinge hier vorzubringen, welche nicht mit dem sogenannten Culturkampf in unmittelbarer Berührung stehen. Meine Herren, es ist sehr wahr, dass wir dieses Kampfes unbeschreiblich müde sind, wie das hier bereits ausgesprochen worden ist. Wie kann es auch anders sein, wenn man 5 Jahre gekämpft hat? Meine Herren, fünfjähriger Krieg macht müde und fünfjähriger Bürgerkrieg macht erst recht müde, (Sehr gut! im Centrum) die Jahre zählen hier doppelt. Aber wissen Sie auch, was das Resultat dieser Müdigkeit sein wird? Meine Herren, als unsere Soldaten Gravelotte nahmen und Königgrätz, da waren sie müde. Wissen Sie, wie sich müde Soldaten schlagen? Das werden Sie erfahren. Müde ja sind wir dieses entsetzlichen Bürgerkrieges, aber nicht überrascht. Wir haben nichts anderes erwartet. Wie müde wir sind, wir werden den Kampf fortführen. Wir haben es gewusst, als wir den Kampf begannen, dass wir einen langen, furchtbaren, unabsehbaren Kampf beginnen, von denen diese 5 Jahre wohl nur ein kleiner Theil sind.

Meine Herren, wir nahmen auf das Werk, was in der Reformation unvollendet geblieben ist, (So? im Centrum) wir nehmen auf die unvollendete Reformation, wir erklären nicht etwa der katholischen Kirche den Krieg, aber wir wollen die Fremdherrschaft beseitigen; (Heiterkeit im Centrum) wir wollen die Italiener zu Freunden haben, zu guten Freunden, aber nicht zu Herren, und so lange der römische Episcopat bei uns Herr spielen will in unserem eigenen Hause, ist das Werk der Reformation unvollendet. Es wird dieses Werk aber vollendet werden, wenn es auch einen neuen dreissigjährigen Bürgerkrieg kosten sollte. (Widerspruch.) Ich glaube, dass dieses sehr wohl möglich ist. (Grosse Unruhe.)

Es ist ein Kampf der Entsittlichung und Verwilderung und inneren Entzweiung über das Land heraufbeschworen, der nach seiner Natur und leider wohl auch nach seiner Dauer mit jenem verwüstenden Kriege zu vergleichen sein wird. Aber Deutschland hat jenen Kampf geschlagen und zu Ende geführt und wird diesen auch zu Ende führen, und Sie werden sehen, wie die müden Soldaten sich schlagen werden, wenn wir vor unserem Gravelotte und Königsgrätz stehen werden. Wir wissen auch sehr wohl, meine Herren, dass in einem solchen Kriege unsere Führer Fehler machen. Wenn Ihnen an dem Geständniss etwas gelegen ist, dass uns die Aufzählung einer Reihe von Fehlern — ich meine nicht alle, die Sie vorbringen, aber mehrere — sehr unerquicklich und unangenehm ist, so soll Ihnen

dieses Geständniss nicht vorenthalten werden. Wo ist ein Krieg geführt worden, wo nicht die untergeordneten Offiziere zahlreiche Fehler gemacht hätten? Wo ist ein Krieg geführt worden, in dem der Feldherr nicht besser Bescheid wusste, als er die Schlacht schlug, als da er den Plan entwarf. (Grosse Unruhe.)

Präsident: Herr Abg. Mommsen, ich habe vorhin schon den Wunsch ausgesprochen, dass allgemeine Erörterungen über Universitäten an den Titel 1. angeknüpft werden möchten. Ich bemerke im Uebrigen, dass Ihre Erörterungen sehr allgemeiner Art sind und nicht über Universitäten sich verbreiten, und so möchte ich bitten, jetzt zu dem Titel 2. überzugehen. (Bravo!)

Abg. Dr. *Mommsen:* Ich habe gezeigt, was ich in allgemeiner Beziehung sagen möchte. Zu meiner Entschuldigung möge dienen, meine Herren, dass ich bisher nicht in dem Culturkampf das Wort ergriffen habe und nicht leicht wieder ergreifen werde, dass es aber kaum möglich ist, den Mund in diesem Hause aufzuthun, ohne diese grosse Frage mit einem Worte zu berühren. [Wir übergehen die hier folgende Erörterung anderer Fragen.]

In Bezug auf die *Universität Göttingen* bemerkt Abg. *Eberty*. Die Regierung darf über den Klosterfonds nicht definitiv verfügen ohne unsere Mitwirkung, denn er ist keine mit selbstständiger juristischer Persönlichkeit versehene Stiftung, denn er ist durch den Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 säcularisirt, d. h. Staatseigenthum geworden. Durch spätere Acte ist nur seine gesonderte Verwaltung angeordnet; die hannoverschen Stände, hinter denen wir in der Wahrung der Volksrechte nicht zurückbleiben wollen, haben aber schon 1819 ausdrücklich die Mitwirkung bei der Verfügung über den Fonds verlangt.

Abg. *Virchow* fragt, ob nach wie vor die Landesuniversität an der Spitze der Einrichtungen stehen solle, für welche Verwendungen aus dem Klosterfonds stattfinden; es könnte sonst leicht umgekehrt zu einer hervorragenden Berücksichtigung anderer provinzieller Einrichtungen kommen, z. B. von Bauten, wie es schon thatsächlich Bauten mit den Mitteln des Fonds begonnen wurden und später auf den Etat übernommen werden mussten.

Ministerialdirector *Greiff*. Die Regierung betrachtet allerdings den Klosterfonds als eine Stiftung mit dem Charakter einer selbstständigen juristischen Person. Der Reichsdeputationshauptschluss von 1803 hat es den einzelnen Souveränen überlassen, ob sie die ihnen zugewiesenen Vermögensbestandtheile säcularisiren oder stiftungsmässig gestalten wollten; dass die Krone Hannover das letztere

gethan, folgt aus der ganzen rechtlichen Entwickelung des Fonds. Bezüglich der Zuschüsse für Göttingen erkennt die Regierung ein Vorzugsrecht von den anderen Zwecken nicht an; sie wird jedoch die bisher aus dem Klosterfonds gewährten Mittel erhalten und auch mit dem Zuschuss ihrerseits fortfahren.

Abg. Dr. Bödiker: Meine Herren! Die Denkschrift, welche von Seiten des Abgeordnetenhauses über den Klosterfonds verlangt wurde, ist uns erst einigermassen spät vorgelegt, und ich glaube auch kaum, dass die Schwierigkeiten, die in der Sache lagen, eine so grosse Verspätung an sich würden herbeigeführt haben. Die Zögerung hatte deshalb in mir die Besorgniss hervorgerufen, dass im Schosse der königlichen Staatsregierung selbst vielleicht Neigung vorhanden sein möchte, den Fonds nicht bestimmungsgemäss zu erhalten und zu verwenden. Ich besorgte, dass von dieser Neigung aus hauptsächlich die Zögerung in der Sache entstanden wäre. Ich freue mich nun der gegenwärtigen Vorlegung der Denkschrift, aus der ich ersehe, dass, wenn solche Gefühle vorhanden gewesen sind, sie wenigstens der klaren Lage der Sache gegenüber nicht weiter zur Geltung gebracht werden sollen, und diese Seite der Vorlegung der Denkschrift ist für mich die hauptsächlich erfreuliche. Im Uebrigen glaube ich, dass für Jeden, der ohne Vorurtheil und mit einigermassen gebildetem, juristischem Urtheil an die Sache herantritt, es nicht zweifelhaft sein kann, dass die Ergebnisse, zu welchen die Denkschrift gelangt, und die, wenn es nöthig sein würde, gewiss noch durch manche Nebengründe gestützt werden könnten, unanfechtbar sind, die Ergebnisse nämlich, dass der Klosterfonds eine pia causa ist, eine juristische Persönlichkeit für sich, dessen Vermögen von dem Staatsgut getrennt ist und von dem Staatsgut getrennt verwaltet und verwendet werden muss. Was gegen diese Ansicht hier eben an Bedenken vorgetragen ist von Seiten des Herrn Abg. Dr. Eberty, scheint mir in der That wenig ins Gewicht zu fallen. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so hat er namentlich auf den Reichsdeputationshauptschluss hingewiesen und die darnach der Regierung gegebene Befugniss der Säcularisation. Es ist erklärlich, dass dem Herrn nicht bekannt war, dass das, was in diesem Beziehung an Bedenken hätte angeregt werden können, nach den besonderen hannover'schen Gesetzen jedenfalls beseitigt ist, indem die hannover'schen Verfassungsgesetze ausdrücklich aussprechen, dass die fragliche Säcularisationsbefugniss der Regierung nur so weit übrig bleibe, als nicht bis dahin definitiv über die einzelnen Fonds und Institute verfügt sei. Hier handelt es sich aber gerade um einen

Fonds, welcher definitiv bereits constituirt war und dessen definitive Constituirung die verschiedenen Landesgesetze noch dazu bestätigten. Ich kann indess meinerseits nur erklären, dass ich glaube, die Sache braucht die eingehendste Prüfung nicht zu scheuen, und ich würde meinerseits keinem Antrage widersprechen, nach dem eine solche weitere Prüfung noch von Seiten des Abgeordnetenhauses veranlasst werden möchte. Im Uebrigen gibt es einen Weg, und diesen Weg hätte man schon längst betreten können, auf dem die Sache, wenn es nöthig wäre, sofort zu einem vollständig rechtlichen Austrage gebracht werden könnte: es bedürfte nur der Anstellung eines Rechtsstreits zwischen der Klosterverwaltung und dem Fiscus, es kann ja ein fingirter Rechtsstreit sein, dann würde sich das rechtskräftige Urtheil der Gerichte über die Existenz der vom Staatsvermögen getrennten juristischen Persönlichkeit des Klosterfonds klar ergeben. Was die Frage einer Mitwirkung des Abgeordnetenhauses betrifft, die auch vom Herrn Abg. Eberty angeregt ist, so mache ich darauf aufmerksam, dass eine Mitwirkung bei der Verwendung auch die hannover'schen Stände nicht gehabt haben, sie haben nur Mittheilungen über die Verwendung erhalten, wie sie jetzt die hannover'schen Provinzialstände erhalten. Nun mag man darüber streiten, wohin diese Mittheilungen richtig gemacht werden, ob hierher an das Abgeordnetenhaus, oder an die Provinzialstände. Sachlich ist das ziemlich gleichgiltig, zumal die Mittheilungen, welche an die Provinzialstände gelangen, ja so weit bekannt werden, dass sie auch hier benutzt werden können. Das allerdings hat die hannover'sche Regierung immer festgehalten, und ich möchte glauben, dass auch die königlich preussische Staatsregierung wohl thäte, denselben Grundsatz zu befolgen: bei der Verwaltung des Klosterfonds mit der grössten Offenheit zu verfahren, und dem Abgeordnetenhause jede gewünschte Mittheilung über die Verwendung zu machen. Wenn das Abgeordnetenhaus das auch nicht als Recht in Anspruch nehmen kann, so hat es doch guten Grund, solche Offenheit zu wünschen, insofern die Entschliessungen, die das Abgeordnetenhaus bei verschiedenen Etatspositionen zu fassen hat, wesentlich mit bestimmt werden durch die Frage, inwiefern der Klosterfonds vermögend ist, dergleichen Ausgaben seinerseits zu bestreiten. Was aber in dieser Beziehung insbesondere die Universität Göttingen betrifft, so kann ich meinerseits den Standpunkt, den der Herr Regierungscommissar in dieser Frage eben präcisirt hat, nur für den durchaus richtigen anerkennen, nämlich den, dass die Universität Göttingen keinen Anspruch hat auf vorzugsweise Berücksichtigung, aber immerhin auf

gleiche und wesentliche Berücksichtigung neben den anderen Zwecken, die der Fonds versorgen soll. Ich möchte aber zugleich hervorheben, dass die Universität Göttingen in der That in ganz hervorragender Weise berücksichtigt wird. Die Ausgaben für die Universität aus dem Klosterfonds, die im Jahre 1870 glaube ich 130,000 Thaler betrugen, sind seit der Zeit erheblich gestiegen bis über 200,000 Thaler; ich glaube desshalb durchaus nicht, dass ein Grund zu der Klage ist, dass die Universität Göttingen nicht genügend aus dem Fonds berücksichtigt würde, glaube vielmehr umgekehrt mit den Provinzialständen in Hannover, dass sie zu stark berücksichtigt wird, und dass darunter namentlich die anderen Zwecke leiden, die allein oder wesentlich auf den Klosterfonds angewiesen sind. Der Klosterfonds soll nicht eigentlich ein Fonds sein zur Erleichterung der Staatskasse, er wird es aber, wenn man ihn vorzugsweise verwendet für diejenigen Zwecke, die principaliter aus der Staatskasse ihre Befriedigung erhalten müssen. M. H., die Verwaltung des hannover'schen Klosterfonds ist anerkannt eine vorzügliche gewesen, und ich muss in dieser Beziehung noch mit einem kurzen Worte zurückkommen auf das, was neulich der Herr Abg. Richter (Sangerhausen) bemerkt hat. Als ich nämlich meinerseits den Wunsch stellte, dass die hannover'sche Klosterverwaltung möglichst von althannover'schen Beamten geführt werden möchte, hielt mir der Abg. Richter (Sangerhausen) entgegen, der Fonds sei ja neuerlich in seinen Einnahmen ausserordentlich gestiegen, und ich würde daraus mit ihm wohl selbst den Schluss machen auf die vorzügliche Güte der jetzigen preussischen Verwaltung. Es war mir damals nicht möglich da ich nur zu einer persönlichen Bemerkung noch das Wort erhielt, darauf zu erwiedern. Was mir der Herr Abg. Richter (Sangerhausen) entgegengehalten hat, trifft, wie er selbst zugeben wird, den Wunsch, den ich erhoben hatte, durchaus nicht, er müsste sonst etwa annehmen, dass die Ernennung eines preussischen Beamten, die vor etwa 1 bis 2 Monaten stattgehabt hat, sofort die wesentliche Steigerung der Einnahmen dieses Fonds herbeigeführt habe. Denn das, was ich gewünscht hatte, ist ja gerade die Beibehaltung des Zustandes, der bis vor kurzer Zeit wirklich bestanden hat, dass nämlich hannover'sche Beamten bei der unmittelbaren Verwaltung des Klosterfonds angestellt sind, und nur die obere Leitung des Cultusministeriums eintritt. Davon aber abgesehen, so meine ich, gehört doch eine grosse Unkenntniss über die Verhältnisse von Fonds dieser Art dazu, aus der einfachen Thatsache einer Steigerung der Einnahme, und wenn sie noch so erheblich ist, an und für sich zu

schliessen auf die gute Verwaltung. Ich will die jetzige Verwaltung in keiner Weise tadeln, mache aber darauf aufmerksam, dass schon zu hannover'schen Zeiten die Verwaltung seit lange gerade mit der Tendenz geführt ist, dass sie *nachhaltig steigende* Einnahmen liefere, namentlich die Verwaltung des Grundvermögens, der Forsten. Diese damalige Art der Verwaltung liefert jetzt wesentlich ihre günstigen Resultate, von einem besonderen Einfluss der neuen Verwaltung ist dabei, meiner Meinung nach, gar nicht zu sprechen. Ausserdem aber haben zur Steigerung der Einnahmen auch die Conjuncturen der Holz- und Pachtpreise u. s. w. mitgewirkt. Andererseits mache ich darauf aufmerksam, wie eine zeitweilige Steigerung der Einnahmen auch gerade durch eine *schlechte* Verwaltung herbeigeführt werden kann, eine Verwaltung, die momentan die Verhältnisse ausnutzt auf Kosten der Nachhaltigkeit. Das wollte ich mir erlauben, dem Herrn Abg. Richter zu erwiedern, ohne meinerseits, wie ich wiederhole, die jetzige Klosterverwaltung tadeln zu wollen; so viel ich gehört habe, ist sie nach wie vor eine gute Verwaltung. Ich hoffe, dass mit der Vorlegung dieser Denkschrift diese für uns Hannoveraner leidige Sache endlich einmal ihre Erledigung gefunden hat; ich glaube, wir würden uns von allen Parteien nur darüber freuen.« (Bravo.)

Abg. *Miquél.* Die Frage der Mitwirkung des Landtages bei der Verfügung über den Fonds kann hier nicht gelegentlich entschieden, sondern muss generell gelöst werden, weil sie ganz ebenso auch bei vielen anderen Gelegenheiten, z. B. bei den Gymnasien auftritt, welche nicht reine Staatsgymnasien sind. Wo die Verpflichtung zu Zahlungen aus besonderen Fonds mit Staatsausgaben concurriren, will natürlich der eine Theil dem anderen möglichst die Last zuschieben; in diesen Fällen dürfte sich eine Auseinandersetzung empfehlen, z. B. bezüglich des Klosterfonds, so, dass er bestimmte Gymnasien ganz übernimmt und andere ganz vom Staate unterhalten werden, und für die Göttinger Universität würde ich, falls es durchführbar ist, eine Fixirung der Beiträge aus jenem Fonds vorschlagen. Bei der Verwaltung desselben hat es sich ausgezeichnet bewährt, dass neben der Klosterkammer als Centralinstanz die sogenannten Klosterämter, d. h. delegirte Commissäre in den Localitäten, wo bedeutende Complexe von Klostereigenthum zusammenliegen, als zu selbstständigen Vorschlägen befugte und befähigte Beamte mitwirkten. Nun hat die Regierung aber, wie es scheint, unwiderruflich, der Ersparniss wegen die Einziehung dieser Aemter beschlossen. Dass darin in Wahrheit auf die Dauer die grösste Verschwendung liegt, wird sich zeigen, wenn wir wieder zu der

alten Verwaltung durch Klostervögte zurückkehren. Die Regierung möge nun doch wenigstens erwägen, ob es nicht gut wäre, die Beamten, welche jetzt Mitglieder der Klosterkammer geworden sind, an denjenigen Orten zu stationiren, an welchen Klostergüter massenhaft vorhanden sind. Geschieht das nicht, so würden die Herren entweder vom grünen Tisch ohne gehörige Information regieren, oder sie müssten beständig auf Reisen sein.

Abg. *Eberty* ersucht die Staatsregierung auf die Vorschläge Miquels einzugehen, während die Vorschläge Brüels, nachdem nach der Annexion das innere Staatsrecht Hannovers aufgehoben worden, keine Bedeutung mehr hätten.

Geh. Rath *Greiff*. Die Regierung hat es allerdings für angemessen erachtet, die bisher bestehenden Klosterämter einzuziehen und sämmtliche Mitglieder der Klosterkammer in einem Collegium zu versammeln. Es ist dies nicht blos aus finanziellen Gründen geschehen, sondern, weil die neue Verwaltungsweise besser ist. Eine Erhöhung der Kosten wird dadurch nicht eintreten.

Abg. *Virchow*. Aus der Denkschrift habe ich die Ueberzeugung erhalten, dass die Universität Göttingen in erster Linie an den Dotationen des Klosterfonds theilnehmen soll. Uebrigens ist es richtig, dass das Hannoversche Landesverfassungsgesetz vom Jahre 1846, durch welches zuletzt die Rechtsordnung der Klosterfondsverhältnisse festgestellt worden, der Landesvertretung keinen Antheil an der Verwaltung des Fonds gegeben hat. Indessen ist dieses Gesetz für uns kein absolut bindendes, und es kann bei einer Abänderung der bestehenden Verhältnisse durch die gesetzgebenden Factoren der Landesvertretung sehr wohl eine Einwirkung zugetheilt werden.

Abg. *Windthorst* (Meppen): »Meine Herren! Nur zwei Worte. Die Erklärungen der Regierung sind durchaus zutreffend und entsprechen dem Staatsrecht und den Gebräuchen, die in Hannover in Bezug auf Beziehung dieser Angelegenheit massgebend gewesen sind, auch in Beziehung auf die Universität. Ob und inwieweit demnächst andere Grundsätze geltend gemacht werden können, brauchen wir, glaube ich, heute noch gar nicht zu erörtern. Ich denke, es wird Zeit sein, das zu thun, wenn die Aenderungen beantragt sein sollten. Vorläufig genügt mir zu erklären, dass ich den Ausführungen des Herrn Collegen Virchow in jeder Beziehung *nicht* beitreten kann. Es handelt sich hier um eine pia causa und um das Anerkenntniss eines bestehenden Rechtes in dem Landesverfassungsgesetz. Dieses Anerkenntniss hier noch einmal auszusprechen, trage ich gar kein Bedenken. Dieses Recht der nochmaligen Anerkennung steht auch

Ihnen vollkommen zu, nicht aber ein Mehreres. Was dann aber die Verwaltungsfrage betrifft, die der Herr College Miquél angeregt hat, so bin ich zweifelhaft darüber, ob mir hier an dieser Stelle in dieser Beziehung Bemerkungen zustehen, denn ich halte dafür, dass auf die Verwaltung der pia causa das Abgeordnetenhaus kaum einen Einfluss haben kann. Mit dieser Beschränkung meiner eigenen Competenz muss ich aber meinerseits dem Herrn Collegen Miquél darin beitreten, dass die Einziehung aller Klosterämter auch nach meinem Dafürhalten kein glücklicher Gedanke gewesen ist. Die Hannover zunächst liegenden einzuziehen, würde ich gebilligt haben: aber die entfernteren, z. B. das Klosteramt in Osnabrück, einzuziehen, halte ich für einen grossen Fehler. Die Regierung hat diese Centralisationsidee allgemein, und wir sehen z. B. an der Finanzdirection in Hannover die sämmtlichen Oberbeamten der Forsten in einem Collegium hinter dem grünen Tische vereinigt. Ich habe immer geglaubt, dass die Forstbeamten in den Wald, aber nicht hinter den grünen Tisch gehören, und wenn ich nun sehe, wie sie alle Morgen zusammenkommen und dann auf einmal auf einige Zeit in die Provinzen verschwinden, um in ihren Forsten sich dann und wann umzusehen, kann ich mich eines gewissen Lächelns nicht enthalten. Sollten diese Einrichtungen auf das Verhalten der Regierung eingewirkt haben, so kann ich nur sagen, in Hannover verstehen wir sie nicht.«

Zum *Etat* für Bonn bemerkt

Abg. *Windthorst* (Meppen): »Meine Herren! Bei dieser Gelegenheit muss ich dasjenige bemerken, was ich vorhin bemerken wollte, als ich mich zur Geschäftsordnung meldete, als der verehrte Herr College Mommsen sprach. Ich habe keineswegs die Absicht zu erkennen geben wollen, dass der Herr College Mommsen unterbrochen werden möge. Nein, m. H., ich habe im Gegentheil aufrichtig bedauert, dass der verehrte Herr unterbrochen worden ist. Ich hätte gewünscht, dass er seine *kriegerischen* Anschauungen als *»müder Soldat«* völlig zum Bewusstsein des Hauses gebracht hätte und zwar desshalb, m. H., um einen neuen Beleg dafür zu geben, *welcher Geist auf den deutschen Universitäten herrscht.* (Sehr gut!) Wenn ein so milder Mann, wie der Abg. Mommsen, den wir ja in seinem Fache Alle verehren, wenn ein so milder Mann zu solchen Aeusserungen kommt, dann muss ich sagen: wenn das am grünen Holze geschieht, was wird dann am dürren geschehen (Sehr gut! Heiterkeit). Ich habe meinestheils sehr zu beklagen, dass *dieser Geist die grösste Zahl der deutschen Universitäten beherrscht,* und habe das beklagt, weil darin wesentlich der Grund liegt, dass ein voller

und aufrichtiger Friede dauernd nicht begründet werden kann. (Sehr richtig!) M. H., dieser Frieden liegt mir am Herzen, und ich hätte geglaubt, dass gerade die Männer der Wissenschaft in ihren ruhigen Studirstuben die Mittel ersinnen würden, welche zu einem gedeihlichen Ziele führten. Wenn uns aber Erscheinungen der Art hervortreten, so findet man sich getäuscht, und ich könnte meinestheils nur sagen: *darin liegt die volle Begründung der Forderung, die wir stellen: man muss uns gestatten, eine katholische Universität zu gründen, damit wir den Kampf mit gleichen Waffen führen können.* Diese Gründung würde uns schwerlich die jetzige Universitätsverwaltung gestatten, und die Herren Professoren, die nach allerlei Richtungen hin so gewisse Monopole für sich in Anspruch nehmen, würden schwerlich darein willigen; aber gerecht ist diese Forderung. Sie wird uns, wie gesagt, augenblicklich nicht bewilligt werden; es wird aber die Zeit kommen, wo man sie uns nicht mehr abschlagen kann, wenn die Zeit wirklichen Wohlwollens und wirklicher Gerechtigkeit gekommen sein wird. Aber auch bis dahin werde ich mich nicht entmuthigen lassen; denn ich habe, nachdem ich nun so vielfach mit diesen Herren Professoren in Contact gekommen bin, die *Ueberzeugung* gewonnen, *wir werden schliesslich auch ohne katholische Universität dieser Wissenschaft Herr werden.* (Heiterkeit). Der Herr Cultusminister aber wolle doch diese Erscheinungen ein wenig ins Auge fassen; denn er wird sich doch nicht der Erkenntniss verschliessen wollen, dass Lehranstalten, die auch mit *unserem* Gelde bezahlt werden, nicht die Stätten werden dürfen, wo ein Kampf und Krieg *gegen uns* geführt wird, den man als einen dreissigjährigen Krieg zu signalisiren kein Bedenken gehabt hat. (Sehr richtig!) Insbesondere, m. H., werde ich veranlasst, diese Bemerkungen anzuschliessen *an die Universität Bonn.* Die Universität Bonn ist errichtet worden als eine *paritätische* Anstalt, namentlich für die westlichen Provinzen Rheinland und Westfalen. Ich meine, dass eine paritätische Universität so besetzt sein muss, dass sie diesem paritätischen Zwecke entsprechen kann. Nun behaupte ich, dass sie nicht nur nicht so, sondern geradezu im wesentlichen Parteiinteresse besetzt ist. (Sehr wahr! im Centrum). Eine neueste Erscheinung zeigt mir, wie recht ich in dieser Beziehung habe. M. H., wir Alle kennen die Trauer erweckenden Enthüllungen, welche über die Thätigkeit des v. Sybel'schen Vereins . . . (Oho!) »deutsch« kann ich ihn nicht mehr nennen . . . erfolgt sind. Diese Enthüllungen haben uns vor Augen geführt, *dass eine grosse Zahl Universitätsprofessoren*

gerade diejenigen sind, welche diesen Verein leiten (Sehr richtig! im Centrum), welche dasjenige eingefädelt haben, was durch den Process gegen den Dr. Konitzer zu Tage gefördert worden ist. (Hört! Hört! Sehr richtig! im Centrum). Ich habe geglaubt, dass die Resultate dieses Processes sobald sie den Herren in Bonn zur Kenntniss gekommen, für dieselben eine Veranlassung sein würden, von der Leitung dieses Vereins und der Zugehörigkeit zu demselben zurückzutreten. Wie wenig aber dies der Fall ist, geht daraus hervor, dass die Herren gar kein Bedenken gehabt haben, eine grosse Versammlung *ihrer Geschäftsführer* zu berufen, um sich *von diesen ihren Geschäftsführern* ein Vertrauensvotum geben zu lassen. (Hört! Hört!) M. H., ich frage jeden unbefangenen Mann: Kann man Lehrern, die eine solche Parteistelluug einnehmen und diese ihre Parteistellung in solcher Weise bethätigen, seine Kinder mit Ruhe anvertrauen? (Sehr richtig! im Centrum). Ich bin der Meinung, dass jeder Katholik sowohl, wie Protestant, der eine unbefangene Erziehung seines Sohnes will, letzteren nicht mehr in Bonn studiren lassen kann (Oho!), so lange in dieser Hinsicht ein Wandel nicht geschaffen ist. Was mich betrifft, so habe ich den Beruf, über die Ausbildung vieler junger Männer zu wachen; mehrere derselben wollten nach Bonn, und ich hatte wegen besonderer technischer Dinge, die dort gelehrt werden, den Wunsch, dass sie sich dorthin begeben sollten. Als ich aber diese Dinge erfahren, habe ich sie sämmtlich zurückgezogen und nach Strassburg und Leipzig geschickt. Für die Rheinlande und Westphalen aber ist dieser Zustand ein unerträglicher, denn es gibt eine grosse Zahl von Eltern, welchen die Möglichkeit, ihre Söhne auf weiter entlegene Universitäten zu senden, entzogen ist. Daneben besteht ja dort auch eine theologische Facultät, und so sind auch die sich der Theologie widmenden Jünglinge zum Theil auf solche Professoren angewiesen. Ich bezeichne diese Zustände als *absolut unerträglich* und ich hoffe, dass der Cultusminister mit dem Curator der Universität Bonn sich darüber ins Benehmen setzt, ob man den betreffenden Herren Professoren Anstand und Sitte beibringen kann.« (Grosse Unruhe links, sehr richtig! im Centrum.)

Geh. Rath *Goeppert:* Auf die mindestens seit 1862 discutirte Gründung einer katholischen Universität will ich nicht eingehen, weil ich glaube, dass die preussische Regierung dieselbe nie wird zugeben können, ohne die Grundlage ihrer Existenz zu gefährden. (Grosse Bewegung. Hört!) Wenn sich der Abg. Windthorst darüber beschwert hat, dass die überwiegende Mehrzahl der Professo-

ren seinen Standpunkt nicht theile, so kann dies die Regierung nicht verhindern, und hat auch kein Interesse daran, es zu thun. Die Universität Bonn ist durchaus nicht im Parteiinteresse besetzt worden; diesen Vorwurf muss die Unterrichtsverwaltung schlechterdings zurückweisen. Im Uebrigen besitzen die dortigen Professoren Sitte und Anstand in vollem Masse und haben sich nichts zu Schulden kommen lassen, was eine Admonition rechtfertigen könnte; die Mitgliedschaft an Vereinen kann ihnen der Cultusminister nicht untersagen, und wenn er es könnte, so glaube ich nicht, dass Thatsachen vorliegen, die es materiell rechtfertigen würden.

Abg. *Virchow* richtet an die Regierung die Anfrage, ob Bedenken existiren, einem in Bonn von der Universitätsbehörde, wie von der Direction der landwirthschaftlichen Anstalt in Poppelsdorf gehegten Wunsche zu genügen und forstwissenschaftliche Lehrstühle, vielleicht vorläufig einen, an der Universität zu gründen. Im vorigen Jahre wurde der Etatsgruppe für die Forsten von dem Vertreter des Finanzministers auf dieselbe Frage erwidert, die Finanzverwaltung habe kein Interesse an derartigen Professuren, das sei Sache der Unterrichtsverwaltung. Ueber die ungemein streitige Frage, ob der forstwissenschaftliche Unterricht zweckmässiger an Universitäten oder auf Forstakademien ertheilt wird, ist hier lange verhandelt worden. In Bayern ist eben ein Minister darüber gestürzt, und ich möchte nicht, dass die Sache sich bei uns in gleicher Weise verschärfte. (Heiterkeit.) Es handelt sich also nur darum, dass ein Versuch gemacht werde, ob durch die Gründung von forstwissenschaftlichen Lehrstühlen an solchen Universitäten, an denen zugleich landwirthschaftliche Anstalten existiren, der Entwickelung der Forstwissenschaften eine gewisse freie Bahn geschafft werden könne. Dann würde eine Art von Concurrenzverhältniss herauskommen, und es würde sich zeigen, ob eine solche Universität mehr leisten kann, als eine entsprechende Akademie, ob namentlich die sonstigen Hilfsmittel des Unterrichts, welche die Universität besitzt, nicht wesentliche Anziehungs- und Erziehungsmittel für Forstleute bieten möchten. — Ausserdem möchte ich Herrn Windthorst Einiges erwidern. Die Klage, dass die Lehrer an den Universitäten dem Ultramontanismus abgeneigt seien, findet sich nicht blos in Deutschland, sie wiederholt sich nahezu überall da, wo überhaupt die geistige Entwickelung an den Universitäten eine freie Stätte hat. (Sehr wahr! links.) In Frankreich ist es durch die Thorheit eines liberalen Mannes möglich geworden, Universitäten zu schaffen, wie sie Herr Windthorst im Auge hat. Warum hat man sie geschaffen? Weil

die französischen Universitätslehrer in den Augen der Klericalen, ich kann wohl sagen, mindestens eben so schlecht sind, wie die deutschen, vielleicht könnte ich sagen noch schlechter. Ist es in Italien anders? Glauben Sie, dass die Professoren an den italienischen Universitäten besonders geliebte Söhne Sr. Heiligkeit des Papstes sind? Ein ganz neues, vielleicht das lehrreichste Beispiel liefert Spanien. In den letzten Tagen hat der spanische Ministerpräsident erklärt, an den Universitäten lasse man die Freiheit der individuellen Anschauung gewähren; seine Professoren seien fast alle Atheisten oder Freigeister. So stehen diese Sachen. Der Ultramontanismus kann eben keine Universität gebrauchen, die er nicht selbst macht. (Heiterkeit). Sie können auch keinen Staat gebrauchen, als den Sie selbst machen. Sie können eine gewisse Zeit lang mit diesem oder jenem Staat, der sich von ihnen am Leitseil führen lässt, auskommen; aber nach einer gewissen Zeit ergibt sich stets, dass das Bündniss nicht haltbar ist. Haltbar würde es nur sein, wenn Sie selber den Staat machen. Daher der Ausspruch des καθ' ὅλον, die Forderung über den ganzen Erdkreis verbreitet zu sein. Es ist ja nicht nur die geistige Herrschaft; sondern wir verstehen den Katholicismus in der That so, dass er auch weltlich herrschen muss. Wenn es ginge, würden Sie den Papst obenan setzen und den ganzen Erdball ihm unterwerfen. Dann würde es vielleicht gehen, wie Sie wünschen, wenn keine bösen Menschen aus anderen Kreisen, als aus den der Universitäten, heraus sich entwickeln möchten. Aber in dieser Beziehung sind die Leute eben schlimm. Auch als Sie die Regierung geführt haben, sind die Menschen, auch ohne aus Universitäten herauszukommen, Revolutionäre, sie sind sogar Atheisten geworden. Ich kann nicht anerkennen, dass irgend eine Richtung der Freiheit dahin führen sollte, jemals den Ultramontanen in Deutschland zu gestatten, sich selbst eine Universität zu gründen. (Lebhafte Rufe im Centrum: Freiheit!) Das ist genau dieselbe Freiheit des Unterrichts, die Sie auch immer nicht begreifen können, wie Sie auch gern die ganze Schule auflösen wollen, um sie der Willkühr der einzelnen Familienväter zu überlassen, und dann die einzelnen Familienväter und namentlich die Familienmütter (Grosse Heiterkeit) unter die Leitung der Beichtväter zu stellen. So wird die Sache organisirt. Dann haben Sie die Freiheit der Kirche, aber nicht die Freiheit des Unterrichts, nicht die Freiheit des Menschen. (Sehr wahr! links). Dadurch, dass Sie die Schule unter den Papst bringen, wird die Freiheit nicht geboren. In Betreff der Universität Bonn habe ich mich schon vor zwei Jahren den Klagen des Abg.

v. Fürth angeschlossen. Eine Einrichtung wie die der jetzigen katholisch-theologischen Facultät in Bonn erscheint mir nicht mit der Freiheit und Logik vereinbar. Die Regierung würde weiser handeln, wenn sie lieber die ganze katholische Facultät in Bonn schlösse für eine gewisse Zeit, wenn es ihr nicht möglich ist, aus den Rechtgläubigen der katholischen Kirche Lehrer zu gewinnen unter den Bedingungen, die sie stellt. Es widerstreitet meinem Freiheits- und Gerechtigkeitsgefühl, wenn anstatt dessen die Lehrstühle mit »Altkatholiken« besetzt werden. Wie jetzt die katholische Facultät in Bonn existirt, ist sie eine fictive und ihre Weiterentwickelung in der jetzigen Richtung entspricht nicht den Forderungen der Gerechtigkeit. Den Standpunkt der Parität, welchen der Abg. Windthorst uns vorgeführt hat, verstehe ich in der That nicht. Wir haben doch keine specifisch protestantischen Juristen oder Mediciner u. s. w., sondern man fragt nach den tüchtigsten Leuten in den einzelnen Fächern. Sonst müsste man jeden Professor fragen, ob er Protestant oder Katholik ist; von einem Juden weiss ich gar nicht, wie er unterkommen sollte (Heiterkeit) und Dissidenten wären vielleicht von vornherein ausgeschlossen. Bei der Besetzung der Lehrstühle ist entscheidend, was der zu Berufende in weltlichen Dingen weiss, die er als solche lehren soll; die Professoren haben ja nicht von dem Himmel und den Dingen des Jenseits zu verhandeln. (Abg. Windthorst: Die Entwikelungstheorie!) Die Entwickelungstheorie gehört auch zu *dieser Welt*, Herr Windthorst! (Heiterkeit). Die Entwickelungstheorie wird nie durch den Papst ausgetragen werden. (Stürmische Heiterkeit). Bestimmte Personen machen freilich von dieser Theorie Applicationen auf die Religion — von wo aus hat man nicht Applicationen auf die Religion gemacht, und umgekehrt! — aber die deutsche Wissenschaft bietet auch alle Garantien, dass es ihr nie an Männern fehlen wird, welche sich bemühen, diesen applicativen Wegen entgegenzutreten. Ich bedauere, dass der Regierungscommissar es zweifelhaft gelassen hat, ob man jemals davon ablassen werde, diese Materie vom Standpunkte der blossen Confessionsfrage zu verfolgen. Auf den Excurs des Herrn Windthorst über die Affaire Konitzer will ich mich nicht zu tief einlassen, weil eben die Herren, von welchen er sprach, mir wegen der Aeusserung, welche ich in einer früheren Sitzung dem Abg. v. Sybel gegenüber machte, wie mir berichtet worden, das Prädicat »unwürdig« ertheilt haben. Ich lasse diese Censur über mich ergehen und will den Herren in Bonn nur rathen, ihre eigenen Worte und Handlungen ein klein wenig mehr

zu prüfen, damit sie über Personen und Dinge nicht so in Blaue hinein urtheilen.

Abg. *Mommsen.* Ich danke dem Abg. Windthorst für die Constatirung der Thatsache, dass auch die milden deutschen Universitätsprofessoren abgesagte Feinde der von ihm vertretenen Richtung sind. Die Friedfertigkeit in persönlichen Beziehungen verträgt sich sehr gut mit einer vollen Energie in den Principien. Wir wollen mit Vergnügen die Gründung einer katholischen Universität unterstützen, sobald Sie uns die Existenz einer antikatholischen nachgewiesen haben. Unsere Universitäten haben freie Luft und Licht für Alle. Bei der Anstellung eines Mediciners oder Historikers kann die Regierung nicht nach seiner politischen Ansicht oder der Confession fragen, sondern das Talent allein ist massgebend. Aber unter dem giftigen Baume des Ultramontanismus gedeihen selten Talente. Ich kenne z. B. keinen bedeutenden Fachgenossen Ihrer (zum Centrum) Richtung. (Bravo links. Widerspruch im Centrum).

Abg. *v. Sybel.* Sachlich bin ich mit meinen Vorrednern fast einverstanden, nur das Urtheil des Abg. Virchov über die katholische theologische Facultät in Bonn theile ich nicht ganz. Es sind dort Professoren sowohl altkatholischer als auch neukatholischer vaticanischer Richtung angestellt, wie ja auch unter den Professoren der dortigen evangelischen theologischen Facultät die verschiedenen Lehrmeinungen gleichmässig vertreten sind. Ob jetzt die Schliessung der katholischen Facultät in Bonn opportun sei, ist eine weitschichtige Frage, die hier nicht entschieden werden kann. Schaden für den Gesammtbestand der Universität hat der jetzige Zustand nicht gehabt, die Zahl der Studirenden ist im Wintersemester gestiegen, ebenso wie die Mitgliederzahl des Deutschen Vereins nach den ultramontanen Angriffen. Zu den Sticheleien der Abgeordneten Danzenberg und Franz habe ich geschwiegen, heute muss ich sprechen, weil auch zwei werthe Freunde von mir von der Tribüne massiv injuriirt werden sind. Ich persönlich habe mit Konitzer nie etwas zu thun gehabt, der Deutsche Verein hat ihm keinen Auftrag zum Denunciren und Spionirens gegeben und alle diesbezüglichen Consequenzen, die aus den Papieren Konitzers gezogen werden, sind grundlose Verleumdungen. Die Wiederholung dieser Insinuation wird darum nicht ausbleiben, ich kenne die Kampfesweise der Ultramontanen seit dreissig Jahren dazu gut genug. Calumniare audacter ist ihr Princip. Wo sie die Gründe des Gegners nicht widerlegen können, da besudeln sie seine Ehre und seinen Charakter. Man schiebt

überhaupt die ultramontanen Gewohnheiten dem Deutschen Vereine in die Schuhe. Der Abgeordnete v. Schorlemer bezeichnete neulich die Denunciationsaufforderung des Mainzer Katholikenvereins als eine Infamie. [Aber Herr v. Sybel! Abg. v. Schorlemer hatte das nur *hypothetisch* gethan, »es wäre eine Infamie, *wenn* etc.« Nachher stellte sich die Unrichtigkeit ihrer Voraussetzungen heraus. Das Circular des Mainzer Katholikenvereins war *ganz anders*, als das des »Deutschen Vereins].« Dieser Verein hat aber damit nur eine von vielen Päpsten und heiligen Officien eingeschärfte heilige Pflicht erfüllt. Innocenz III. hat das im V. Lateranensischen Concil zum kirchlichen Gesetz erhoben, und die Ultramontanen befolgen es eifrig. So veröffentlichte die »Germania« z. B. einen von ihren Agenten aufgeschnappten Privatbrief von mir über die Kreisordnung (S. Germ. Nr. 274.) mit einer Unverfrorenheit, als handle es sich um ein gottseliges Werk, ebenso Konitzer'sche Documente, deren Originale im Archive des Bonner Gerichts liegen. (Widerspruch im Centrum). Wer so im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Studiren Sie lieber ihre eigene Kirchengeschichte und Ihr Kirchenrecht. Was Sie ferner von mir und dem Deutschen Verein reden mögen, ich werde schweigen und des alten griechischen Spruches gedenken: »Die Meinungen der Menschen sind gerade so viel werth, wie die Menschen, die sie aussprechen.«

Abg. *Windthorst* (Meppen): »Meine Herren! Zunächst muss ich einige Worte, die ich in Beziehung auf die Professoren, welche an dem Comité des Sybel'schen Vereins theilnahmen, näher interpretiren, weil ich aus den Aeusserungen, die mir entgegengehalten worden, sehe, dass sie missverstanden worden sind, vielleicht auch missverstanden werden konnten. Ich habe *nichts Anderes* sagen wollen, als dass die Regierung mit dem Curator doch darüber in Communication treten möge, ob die Betheiligung, welche diese Herren an dem Deutschen Verein und an der Leitung desselben nahmen, verträglich sei mit der Stellung eines Professors an einer paritätischen Universität. (Zuruf). — Der Herr neben mir sagt, das sei eine Denunciation. Nun, m. H., wenn *offenkundige Thatsachen* vorliegen, die bereits zur Kenntniss der königlichen Regierung gekommen sein werden, so ist es keine Denunciation, wenn ich die Regierung aufmerksam mache, dass darin für sie ein Gegenstand der Erwägung liege. Verstehen Sie das Herr Abg. Aegidi? (Abg. Aegidi: Ja!) Nachdem ich in solcher Weise meine oben bezeichneten Worte interpretirt habe, gehe ich nun etwas näher ein auf die sachliche Erörterung, die sich an dieses Thema, an die

Bonner Universität geknüpft hat. Ich meines Theils will nichts Anderes, als *dass die Männer aller Confessionen Gelegenheit haben, auf dem Gebiete der Wissenschaft ihre Anschauungen geltend zu machen.* Andere Mittel anzuwenden zur Durchführung meiner Ansichten werde ich jeder Zeit verschmähen. Nun habe ich für mich die Ueberzeugung, *dass wir Katholiken in keiner Weise den Kampf auf wissenschaftlichem Gebiete zu scheuen haben*, und die Herren, welche sich die Miene geben, mit einer gewissen Geringschätzung auf die katholische Wissenschaft herabblicken zu dürfen, vergessen, *dass sie das Licht, mit dem sie leuchten, angezündet haben an der Fackel katholischer Wissenschaft* (Sehr richtig!) Die Herren aber trauen ihrer Wissenschaft nicht, sie fürchten in der offenen Concurrenz nicht zu bestehen, (Lachen links) und darum rufen Sie Gewalt an und sagen, wir wollen auf den Universitäten allein lehren. Ich meine, dass das ein durchaus verwerflicher Grundsatz ist. Dem Abg. Virchow erwidere ich insbesondere, dass ich meinestheils gar nichts dabei zu erinnern finde, wenn auch die Anhänger der sogenannten Entwickelungstheorie ihre Lehrstühle haben, ich fürchte diese Herren absolut nicht; was ich aber fürchte, ist, dass, wenn diese Herren das Wort *allein* bekommen, die Wahrheit zeitweilig unterdrückt werden kann. Der geehrte Herr meint, es würden auch katholische Professoren befördert. Nun, m. H., wenn wir die Statistik vergleichen wollten, so würde sich zeigen, wie unendlich schwach der Bruchtheil der katholischen Professoren ist. Der Herr College Mommsen hat ziemlich unverfroren gesagt, dass die Gelehrten, welche wir stellen könnten, nicht so leuchteten, wie die Herren, die angestellt *sind.* Nun, m. H., wenn man das Brennen eines Lichtes gewaltsam unterdrückt, so kann es eben nicht leuchten; allein ich habe die Meinung, dass unsere katholischen Gelehrten trotz alledem so sehr leuchten, dass sie ungeachtet der Unterdrückung zum Vorschein kommen; und ich habe gar kein Bedenken, dem Herrn Professor Mommsen, vor dem ich als Gelehrten eine grosse Achtung habe, zu sagen, *dass ihm vollkommen ebenbürtige deutsche katholische Professoren existiren.* (Rufe links: Namen!) Ich habe Namen, Herrn Ficker, Herrn Janssen zu nennen, von denen allerdings der Herr Minister erklärt hat, solche Leute könne er nicht anstellen. Diese Männer sind dem Collegen Mommsen vollständig ebenbürtig. (Widerspruch links). Uebrigens existirt, was die Besetzung der Lehrkräfte auf den Universitäten betrifft, *ein solches Mass von Kameraderie*, dass es sehr schwer ist für jeden jungen Mann, der zu dieser Kameraderie nicht gehört, irgendwie aufzukommen. (Sehr richtig! im Centrum). Also

Herr College Virchow! Ich will *jeglicher* Meinung vollkommen Gelegenheit geben, sich überall geltend zu machen, auch auf den Universitäten, in jeder Art, ich schliesse keinen aus, denn das, was vor der *wirklichen wahren* Wissenschaft nicht besteht, ist nicht werth, dass es besteht. Aber die Gelegenheit, dass *auch wir*, dass auch *unsere Gelehrten ihre Ansichten auf der Universität geltend machen können, die verlange ich kategorisch.* Und da die Erfahrung mir zeigt, dass sie auf den deutschen Universitäten nicht in der Art zugelassen werden, wie wir es verlangen müssen, so sage ich: gebt uns *eine katholische Universität*, dann wird der Wettkampf im Studiren und der Wettkampf im Wissen sich ja klar legen, und wir wollen sehen, wer den Sieg davon trägt. M. H., Sie sagen aber absolut, unsere Anschauungen sollten auf der Universität nicht vertreten werden. Der Herr, der den Minister in diesen Dingen vertritt, hat ausdrücklich erklärt, *dass er Professoren unserer Anschauung nicht anstellen wolle.* Ist das gleiches Recht und gleiche Luft? Nein, m. H., wenn Ihre Wissenschaft so traurig bestellt ist, dass sie unsere Concurrenz nicht ertragen kann, (Heiterkeit. Bravo im Centrum), dann ist sie das Geld nicht werth, was sie dafür ausgegeben haben. Ich meine, dass diesen Argumentationen keinerlei Widerspruch entgegengesetzt werden kann. Dass der Ausdruck dieser meiner Anschauung heute einen ungeheueren Sturm erregen würde, habe ich wohl erwartet; ich kenne die Herren, welche für *ihre* Wissenschaft das Monopol und die Unfehlbarkeit in Anspruch nehmen; (Sehr richtig! im Centrum), aber jegliche Wahrheit muss erst mal recht gründlich ausgesprochen werden, und je schärfer der Gegensatz ist, dem sie beim Aussprechen begegnet, desto mehr Aussicht hat sie auf den endlichen Sieg, und darum ist mir Ihr Widerspruch sehr willkommen gewesen. Was nun die Verhältnisse betrifft, die in Bonn vorgekommen, so kann ich zu meinem Bedauern nichts von dem Gesagten zurücknehmen. Der Herr College v. Sybel hat, wie sich ja das verstand, sich und die Seinigen in Schutz zu nehmen versucht. Inzwischen glaube ich nicht, dass diese Bemühungen gelungen sind, und wenn er meint, dadurch uns zu schlagen, dass er Parallelen aufstellt, so muss ich ihm bemerken, dass die Parallelen, die er aufstellt, nicht zutreffend sind, ebensowenig wie damals die Bezugnahme auf das Ausschreiben des Mainzer Vereins. Die Disparität hatte hier, von anderen Erwägungen abgesehen, hinreichend für den Unterschied gesorgt, indem der Mainzer Verein, der dieses Ausschreiben erliess, mit allen Mitteln der Polizei unterdrückt worden ist, während der Sybel'sche Verein jegliche Förderung

findet, selbst aus dem Munde des Regierungscommissars von heute, der meint, es sei kein Anlass vorhanden, in dieser Hinsicht irgend eine Bemerkung nach Bonn ergehen zu lassen. Nun, m. H., wenn die höchste Regierung also vorgeht, diese Bestrebungen *deckt* — ich will nicht sagen »*billigt*,« ich sage »*deckt*,« — dann ist es in der That interessant, wenn man in öffentlichen Blättern liest, dass in der Rheinprovinz Organe der Regierung sich gemüssigt gesehen haben, ihren Untergebenen zu sagen, es sei doch wohl passend aus diesem Verein auszutreten. Diese Organe stehen den Dingen näher, sie durchschauen sie, und ich glaube, wenn der Herr Cultusminister sich entschliessen wollte, von diesen Organen, die doch wahrlich nicht ultramontan sind, sich Bericht erstatten zu lassen, so würde er seinem Commissarius nicht mehr gestatten, zu sagen, dass die dortigen Vorkommnisse zu irgend welchen Schritten *kaum* Veranlassung bieten würden. Thut der Herr in dieser Beziehung nichts, so wissen wir ja von Neuem, dass sich der Sybel'sche Verein *hoher Protection* erfreut. Wir haben *auch andere Indicien* dafür und werden uns wohl auch einmal gemüssigt sehen, *auch diese Indicien* den Herren mitzutheilen. Denn das kann ich den verehrten Herren von der Regierung sagen: *Es wird nichts so fein gesponnen, es kommt vor das Bonner Landgericht.*« (Heiterkeit).

Cultusminister Dr. *Falk*. Wenn ich an der Stelle des Herrn Commissarius gewesen wäre, hätte ich nicht geantwortet; denn was ist denn vorgebracht worden? Der Abg. Windthorst hat die schon wiederholt geforderte Gründung einer katholischen Universität verlangt. Sie wissen, dass ich und kein preussischer Unterrichtsminister dies zugeben werden. Dann hat man — wenn ich so sagen darf — die Konitzerei wieder vorgebracht. Das Capitel ist von den Herren (im Centrum) und ihrem Anhange draussen schon so breit getreten, dass es nirgend mehr Eindruck macht. Was der Abg. Windthorst von Sitte und Anstand der Bonner Professoren gesagt hat, veranlasst mich nicht zu antworten; denn gewisse Dinge und Worte richten sich in dem Augenblicke, wo sie ausgesprochen sind. (Sehr wahr!) Was die Anstellung von katholischen Professoren betrifft, so kann ich versichern, dass ich bis in die neueste Zeit hinein bemüht gewesen bin, derartige geeignete Männer zu finden; aber sogar mit Laternen kann man das nicht finden, was nicht da ist. Ich habe noch vor Kurzem einen Mann, der Ihre Anschauungen theilt, nach Königsberg berufen. Aber ich habe allerdings auch erklärt, dass ich einen Mann, der der Centrumspartei im Abgeordnetenhause angehört, nicht anstellen könnte; denn die Universität ist doch ein

Bildungsinstitut des Staates, und die Professoren sind Staatsbeamte. Was Herr Janssen betrifft, so habe ich nicht umhin gekonnt, nach dem Erscheinen der ersten Lieferungen seines Buches: »Geschichte des deutschen Volkes seit dem Mittelalter,« dieser Arbeit meine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wenn ich die Ueberzeugung gewänne, dass dies Buch wirklich ein Erzeugniss der Wissenschaft ist, so würde ich mich nach einer Stelle umsehen, wo ich ihn verwenden könnte. Aber Wissenschaft setzt doch die Freiheit von Tendenz voraus. Wenn sich nun das Buch als ein von ausserordentlicher Gelehrsamkeit gestütztes Product der Tendenz offenbart, welches nachweisen will, dass die Blüthezeit des deutschen Reiches am Schlusse des 15. Jahrhunderts war, vor dem Eintritt der Reformation, dann wäre allerdings für Herrn Janssen an einer preussischen Universität kein Platz. Was die katholisch-theologische Facultät in Bonn angeht, so ist nur ein einziger Altkatholik in Bonn angestellt; die übrigen waren bereits angestellt, als die Frage des Altkatholicismus auftauchte. Wir waren bemüht, die Facultät mit Männern zu füllen, die Ihren (des Centrums) religiösen Standpunkt theilten, aber es ist Parole ausgegeben, dass sich Niemand gewinnen lassen darf, und ich habe bis in die jüngsten Tage hinein so viele Körbe bekommen, dass ich die Sammlung derselben nicht vermehren will. Es hat sich an der Bonner Facultät — deren Apparat nicht zu klein ist, wie die Zahl der Theologen beweist (es befinden sich dort jetzt 100 der Theologie Beflissene) — sogar ein Zuwachs herausgestellt, den ich der Wirksamkeit eines Professors zuschreibe, der der vaticanischen Richtung angehört. Unter solchen Umständen liegt wohl keine Veranlassung vor, mich zur Aufhebung dieser Facultät aufzufordern.

Zum Etat der *Akademie in Münster* bemerkt:

Abg. Frhr. *v. Heereman*: »Meine Herren! Wenn ich über die Akademie zu Münster hier spreche, so berühre ich damit zunächst auch den »Culturkampf,« und ich hätte desshalb wohl die Berechtigung, auf verschiedene Aeusserungen, die vorhin gefallen sind bei der Universität Bonn, hier zurückzugreifen, ohne mich von meinem Thema und dem Titel des Etats zu entfernen. Ich will dies aber nicht thun, da auf das Meiste ja von dem verehrten Herrn Collegen Windthorst bereits entgegnet ist. Mit zwei Worten möchte ich aber darauf hinweisen, dass mehrere sehr werthvolle Zugeständnisse und Eröffnungen uns heute zu Theil geworden sind. Zuerst hat der verehrte Herr College Mommsen uns geradezu gesagt, es sei die Aufgabe der Wissenschaft in Preussen, das Werk der Reformation zu vollenden, gegenüber den Auffassungen der Katholiken. M. H., das

ist eine, nach meiner Meinung haarsträubende Aeusserung. (Sehr richtig! im Centrum). Die Reformation wird von den Evangelischen als die Grundlage ihrer religiösen Ueberzeugung und als ein sehr vortreffliches und äusserst nothwendiges Werk angesehen; naturgemäss haben die Katholiken eine andere Auffassung. Die Katholiken sind garantirt berechtigte Unterthanen des preussischen Staates; die ganze Wissenschaft aber, die der preussische Staat fördert, die der preussische Staat durch seine Unterstützung an seinen Staatsanstalten lehren lässt, soll also das Werk der Reformation vollenden, soll also die katholischen Ueberzeugungen und Auffassungen mit Gewalt unterdrücken. M. H., das nennen Sie Parität und Gerechtigkeit! In ähnlicher Weise hat sich der Herr Cultusminister ausgesprochen; er hat gesagt, als von einer katholischen Universität die Rede war: »M. H., Sie können doch nicht denken, dass so etwas überhaupt möglich sei, zuzulassen, wir können doch nicht von einer freien Wissenschaft sprechen, sondern wir können doch nur gestatten, dass eine Wissenschaft gelehrt wird im Sinne der staatlichen Auffassung.« M. H., ungefähr so ist es gesagt; daraus geht also hervor, dass katholische Auffassungen, als gegen den Staat gehend, von Seiten des Staates nicht geduldet werden könnten und ihnen entgegengewirkt werden muss, und es geht ferner hervor, dass man den Katholiken hier wie sonst zumuthet, das Interesse des Staates, der lediglich protestantische Auffassungen fördert, mit ihrem Gut und Blut zu vertheidigen und zu vertreten. (Sehr gut! im Centrum). Zu meinem Bedauern habe ich auch erfahren, dass der Herr Cultusminister, nachdem er die zwei Bände des Janssenschen Werkes gelesen hat, noch nicht zu der Ueberzeugung gelangt ist, dass er ein wissenschaftliches Product vor sich hat. (Sehr gut! im Centrum). Ich glaube, wer unbefangen 10 Seiten in dem Buche liest, ist darüber klar. Ob das Buch, wie er angedeutet hat, schliesslich auf eine Tendenz hinausgehen wird, weiss ich nicht, aber ich möchte es wohl glauben. Wo wird denn irgend ein historisches Werk geschrieben, welches nicht schliesslich die Tendenz hat oder haben soll, die Ergebnisse der vorgeführten Thatsachen zu beleuchten. Je unbefangener der betreffende Gelehrte das thut, um so mehr Anerkennung verdient er, um so mehr werden andere unbefangene Leute ihm folgen. Aber ich möchte doch glauben, aus den Worten des Herrn Cultusministers geht hervor, unbefangene Auffassungen wolle er nicht, sondern er will eine entschiedene antikatholische Auffassung. (Sehr richtig! im Centrum). Hat das Buch solche Tendenz, dann ist es gut; zieht es Schlussfolgerungen, welche etwas katholisch aussehen,

dann ist dieser Gelehrte und wirklich berühmte Mann nicht fähig für eine preussische Universität. (Sehr gut! im Centrum.) Ich will das Thema jetzt verlassen und einige Klagen hervorheben wegen der Akademie zu Münster, aber nur kurz, im Wesentlichen jedoch Wünsche aussprechen. Die Klagen sind zweierlei: zunächst dass man den katholischen Charakter der Anstalt hat schwinden lassen. M. H., das ist um so schlimmer, weil die Anstalt als katholische Anstalt stiftungsmässig besteht, weil protestantische Universitäten als solche diesen Charakter bewahren, weil wir ferner in Bonn sehen was aus der sogenannten Parität wird — die Anstalt hat ja grundsätzlich paritätmässig einen paritätischen Charakter —, und endlich weil katholische Gelehrte so selten eine Stelle finden können, wo äussere und staatliche Vergünstigungen ihnen zu Theil werden. Aus diesen verschiedenen Gründen ist es nach meinem Meinung ein Unrecht gegen die Katholiken. Ich weiss, man wird mir entgegenhalten, oder es wenigstens denken, die katholische Akademie in Münster sei keine katholische Anstalt; das ist ja auch, so viel ich weiss, von Seiten der Provincialbehörden ausgesprochen. M. H., diese Auslassung ist absolut unrichtig. Ich kann nur zugeben, dass in den Statuten von 1832 es nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, dass nur katholische Professoren zuzulassen seien. Darauf kommt es aber gar nicht an; die Akademie ist gegründet aus katholischen Fonds, aus kirchlichen, stiftungsmässigen, katholischen Fonds. Die Universität Münster war eine stiftungsmässig katholische, sie ist seitens der preussischen Regierung im Jahre 1818 aufgehoben worden, und man hat nur zwei oder drei Facultäten bestehen lassen. Die jetzige Facultät ist ein Theil der früheren Universität, wie auch in dem Buch von Wiese über das höhere Unterrichtswesen in Preussen ausdrücklich anerkannt ist. Wäre sie das aber auch nicht, so wären die Fonds, mit denen die Anstalt gegründet wurde, als kirchliche stiftungsmässige Fonds von den Katholiken auch ferner in Anspruch zu nehmen. Dieses Recht beruht schon auf den Bestimmungen des Reichsdeputationshauptschlusses, der vorhin schon mehrfach hier berührt worden ist. In dem § 63. desselben — ich möchte das vorlesen, weil es eine allgemeine Bedeutung hat, man vergisst ja jetzt im Allgemeinen so leicht, was darin steht — in dem § 63. desselben heisst es:

> Die bisherige Religionsübung eines jeden Landes soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geschützt sein; insbesondere jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuss ihres

eigenthümlichen Kirchenguts, auch Schulfonds, nach der Vorschrift des Westfälischen Friedens *ungestört* verbleiben.

M. H., diese Fonds waren Schulfonds, es waren die Fonds der katholischen Universität Münster, von welcher die Akademie ein kleiner Ueberrest ist. Nun sagt das Statut der Akademie, sie sei eine Anstalt, bestimmt zur Ausbildung von jungen Leuten, welche sich dem geistlichen Stande in der katholischen Kirche unseres Landes, und zwar zunächst der Provinz Westphalen widmen wollen. Wenn man nur eine philosophische und eine theologische Facultät übrig lässt, und diese sollen dazu dienen katholische Jünglinge zu Geistlichen zu bilden, so liegt es auf der Hand, dass die Idee war, der Anstalt einen katholischen Charakter zu geben, um so mehr, als die Bulle De salute animarum auch die Verpflichtung, für den Unterricht und die Ausbildung der Geistlichen in den einzelnen Diöcesen zu sorgen, enthält. Das Statut gibt ferner in den §§. 3. und 6. dem Bischofe gewisse Rechte in Bezug auf die Anstellung und das weitere Fortlehren mancher Professoren. Ich muss betonen, dass kein Zweifel über diesen Charakter sein kann und auch bisher hiergegen niemals Zweifel erhoben ist. In der ganzen Zeit, seit welcher die Akademie bestanden hat, hat man ihr diesen Charakter bewahrt. Z. B. hat selbst der Herr Minister Eichhorn ausgesprochener Weise bei der Besetzung der philosophischen Facultät darauf gesehen, dass nur katholische Professoren angestellt würden. Nur einmal, ganz zu Anfang und vor Erlass der Statuten, ist eine Ausnahme gemacht mit einem Herrn, der aber niemals gelesen hat. Auch die Staatszuschüsse können den Charakter der Anstalt nicht ändern, namentlich nicht, wenn die Betheiligten nicht zustimmen. Ich will aber nicht weiter darauf eingehen und nur bemerken, dass man von katholischer Seite die Sache immer so aufgefasst hat und noch der Vorgänger des jetzigen Bischofs die Anstalt als eine katholisch kirchliche für sich in Anspruch nahm, auf Grund der Bestimmungen der Verfassung. Der zweite Punkt, über den ich Klage führen möchte, ist der, dass der »Culturkampf« in der ganzen Akademie so sehr in den Vordergrund gedrängt wird und die Behandlung der ganzen Akademie durch »Culturkampfs«-Rücksichten geleitet und beeinflusst ist. Gerade so wie ich Klagen auszusprechen genöthigt war in Bezug auf die innere Verwaltung, habe ich sie und vielleicht noch in höherem Masse auszusprechen in Bezug auf die Akademie. Ich möchte sagen, die ganze Akademie ist herabgezogen zu einer »Culturkampf«-Anstalt gegen katholische Auffassungen. (Sehr wahr! im Centrum). Ich will das nicht detailliren, ich würde da zum Theil

auf persönliche Fragen kommen, die ich nicht gern hier im Hause und in der Oeffentlichkeit zur Besprechung ziehe. Wenn es nicht unbedingt nothwendig ist, aber das muss ich sagen, dass selbst die geringste Rücksicht auf katholische Lehre und Auffassung, welches man von Docenten an einer katholischen Anstalt, die in einer ganz katholischen Gegend liegt, erwarten kann, vielfach nicht hat geübt wird. Ferner ist man bei der Berufung der Docenten, selbst bei der Habilitirung der Privatdocenten, bei der ganzen Verwaltung der Akademie meistens ganz besonders auf den Culturkampf hervorragende Rücksicht genommen. Ich bedauere das allgemein, da es nach meiner Meinung ein Unrecht ist, eine vollständige Ungerechtigkeit gegen die Katholiken auch nach dieser Richtung hin, da die Anstalt im höchsten Maasse katholisch ist. Was die Berufung betrifft, so hat in der Herr Cultusminister mit Recht sehr flatterhafte Aeusserungen über seine Auffassung gemacht, und von anderer Seite, namentlich von Seiten des Herrn Collegen Virchow ist dann hervorgehoben, man müsse die Gelehrten nehmen, wie man sie finde, wenn sie nur tüchtig seien. Das will ich im Allgemeinen auch wünschen und nur hinzufügen, dass man *wohl die Pflicht hat, Gelehrten* [illegible] *nehmen soll, wenn sie katholisch sind.* Hierbei möchte ich aber noch den Herrn Cultusminister in Bezug auf Münster fragen, warum man den Privatdocenten Dr. Hagemann nicht berufen hat, der seit vielen Jahren in Münster mit grossem Verdienst philosophische Vorlesungen hält. Er ist aber Katholik, Geistlicher und deswegen hat er wohl nicht auf der Akademie eine Professur erhalten. Um so schlimmer ist diese Behandlung der Akademie in Münster, weil die katholische Theologie fast den Theilen das Lebenselement der Akademie sind und hier noch dazu besonders bestimmt war, indem man aber die Theologie in vorhin bestimmten Weise an eine Akademie bringen will, die nicht mehr die katholische Auffassung vertritt, hat man zwar der Akademie in höchstem Masse geschadet, seinen Zweck aber nicht erreicht, denn die Studirenden lassen sich nicht zwingen, sie kommen weniger nach Münster, sondern sie gehen an andere Universitäten nach Baiern oder nach Louvain, selbst nach Innsbruck und nicht mehr, wenn sie es vermeiden können, an die katholische Facultät zu Münster. Das sind die Folgen von der Hereinziehung des Culturkampfes in diese Facultät und Akademie überhaupt. Ferner werden die traurigen Folgen andererseits auch dadurch bewiesen, dass man so wenig Werth und Sorge auf die theologische Facultät gelegt hat, sie ist seit vielen Jahren in höchstem Maass

vernachlässigt, auch sogar materiell. Man hat für die theologische Facultät 21,000 Mark verwendet, für die philosophische Facultät 78,000 Mark. Das ist ein sehr grosser Unterschied. Auch die Professoren an der theologischen Facultät sind im grossen Ganzen ungünstiger gestellt, was für sie um so bedeutsamer ist, da sie ihre Collegien gratis lesen, also auch keine Collegiengelder beziehen. Es sind zur Zeit bereits — wenn ich nicht irre, drei Lehrstühle dort nicht mehr besetzt; namentlich hat man auch in neuerer Zeit, während die philosophische Facultät sich einer besonderen Förderung hat erfreuen können, der theologischen keine grössere Sorgfalt zugewendet. Ich muss allerdings dabei gestehen, dass einen Theil der Schuld nicht das Cultusministerium, sondern die Facultät selbst trägt; verschiedene Professoren, die jetzt nach verdienstvollem Wirken in ein sehr hohes Alter gekommen sind, haben früher, vor dem Culturkampf, als sie noch junge Kräfte neben sich erlangen konnten, hierfür durchaus nicht in hinreichender Weise gesorgt. Was nun die allgemeinen Verhältnisse der Akademie und insbesondere der theologischen Facultät betrifft, so habe ich schon gesagt, wie diese durch das jetzige Cujacoïdum im höchsten Masse geschädigt werden. Die Zahlen beweisen dieses. In den 50er Jahren, und bis zu Anfang der 70er Jahren hatte die Akademie über 500 Studenten. M. H., also viel mehr als mehrere Universitäten des Staats. Jetzt sind nur etwa 300 Studenten da. Die Theologen, welche 250 bis 300 betrugen, sind jetzt kaum 100 oder nicht einmal 100; mit dem Aufhören der bischöflichen Anstalt in Paderborn, Trier und Hildesheim etc. hätte die Zahl der Theologen sich auffallend vermehrt, wenn man die Akademie in ihrer Richtung belassen, oder in besserer Weise für die theologische Facultät gesorgt hätte. Ich bedauere dies und beklage mit vollem Rechte, wenn durch Culturkampf-Rücksichten die Akademie zu Münster geschädigt wird. Ich will aber dieses unerfreuliche Gebiet verlassen, zu dem ich ja doch mit meiner Auffassung in der grossen Minderheit stehe, und will vielmehr den Herrn Minister bitten, materiell noch besser für die Akademie zu sorgen, als es bisher geschehen ist. Ich muss dies besonders hervorheben, weil ich in der schlechten materiellen Versorgung der Interessen der Akademie auch eine Zurücksetzung der Provinz Westphalen erkenne, und ich glaube, ich kann mit wenig Worten beweisen, wie sehr eine solche Zurücksetzung seit etwa 40—50 Jahren stattgehabt hat. Seit etwa 40 Jahren ist für die äusseren wissenschaftlichen Bedürfnisse und für die materielle Unterstützung der wissenschaftlichen Institute, überhaupt für die Verbesserung der Einrichtungen an der Akademie in

Münster fast nichts gethan. Es sind die äusseren Einrichtungen, die Localeinrichtungen und Sammlungen in einer so traurigen und dürftigen Weise behandelt worden, dass das nicht genug beklagt werden kann. M. H., bei anderen Universitäten sind früher schon in jedem Jahre Tausende von Thalern angewendet worden, sowohl im Ordinarium, wie im Extraordinarium für die Akademie in Münster ist das nicht geschehen, sie ist immer auf die dürftigsten Mittel beschränkt gewesen. Bis zum Jahre 1874 wurde ein Zuschuss gezahlt von 18,720 Thalern für die ganze Akademie, dabei belief sich der Bibliothekfonds auf 2920 Thaler, wovon wieder 1020 Thaler für persönliche Kosten abgingen, ein jammervoller Zuschuss für eine Bibliothek, die für eine ganze Provinz dienen soll. Im Jahre 1874 habe ich mir gestattet in der Budgetcommission darauf zu dringen, für die Akademie besser zu sorgen, namentlich den Bibliothekfonds zu vermehren. Ich drang nicht damit durch, dass ein höherer Posten in den Etat gesetzt wurde, aber wohl wurde meine Resolution in der Budgetcommission angenommen, die Regierung aufzufordern, für das nächste Jahr eine höhere Bewilligung eintreten zu lassen. Nun kann ich dankenswerth anerkennen, dass seitens der Staatsregierung Manches geschehen ist; es ist im Jahre 1875 der Zuschuss auf 74,325 M. und für den Bibliothekfonds auf 16,380 M. erhöht und auch in den beiden letzten Jahren noch etwas gestiegen. In diesem Jahre beträgt der Zuschuss 102,439 M. und der Bibliothekfonds 20,400 M. Ich erkenne dies unbedingt dankbar an und freue mich, dass es geschehen ist, es war aber auch meiner Auffassung nach eine unbedingte Pflicht der Regierung. Ich will auch anerkennen, dass das Curatorium um diese äusserliche Verbesserung der Akademie sich ein grosses Verdienst erworben hat, der Curator hat, während er innerlich die Akademie schädigte, äusserlich ein verdienstvolles Wirken geübt; ich lobe gewiss sehr gern, sobald ich es kann. Im Extraordinarium finden Sie aber z. Z. noch immer nichts für die Akademie ausgeworfen; für alle anderen Universitäten sind Hunderttausende angesetzt, für die Universität in Berlin in diesem Jahre ungefähr 2 Millionen Mark und für die Akademie in Münster gar nichts. So ist es schon seit 40 Jahren gegangen, im Extraordinarium ist für alle Universitäten viel aufgewendet, aber für die einzige Anstalt der Provinz Westphalen ist gar nichts geschehen. Die Anstalt hat aber mehr Studenten in der ganzen Zeit gehabt, wie verschiedene Universitäten, sie hat jetzt in ihrem geringen Bestande noch weit mehr Studenten wie die Universität Kiel und hatte in ihrem grösseren Bestande, als sie noch über 500 Studenten zählte, mehr als drei andere

Universitäten des preussischen Staates sind, aufweisen kann. Nun glaube ich, dass Westphalen, aber auch die Akademie zu Münster besondere Berücksichtigung auch im materiellen Weise in Anspruch zu nehmen berechtigt ist. Zunächst sind die Fonds, die Münster für Westphalen hatte, verlegt worden nach Bonn, man hat sie gewaltsam der Provinz genommen. Ferner hat Westfalen keine andere öffentliche Bibliothek, das wissenschaftliche Bedürfniss in Westfalen ist somit zu seiner Befriedigung auf diese einzige nahe liegende Bibliothek angewiesen, um so mehr Grund, diese Bibliothek auch mit besseren Mitteln auszustatten. Für die Errichtung einer vollen Universität hat man sich vielfach früher bemüht. Die Provinziallandtage in Westphalen haben mehrfach den Antrag gestellt, auch hier im Hause ist im Jahre 1856 durch Herrn Abg. Reichensperger gestellt worden, alles dieses hat aber keinen Erfolg gehabt. Ich meine, wenn man dies nicht wollte, müsste man doch wenigstens besser sorgen für die beiden Facultäten und für die Bibliothek. Mir meiner Meinung nach hat Westphalen noch mehr Anspruch auf Berücksichtigung, weil es die intelligenteste Provinz des preussischen Staates ist. (Hört! Hört!) Es ist in Westphalen das regste wissenschaftliche Interesse, und sie ist die intelligenteste Provinz, das will ich Ihnen durch ein paar Zahlen, um kurz zu sein, beweisen. In keiner Provinz im preussischen Staat machen so viele junge Leute das Maturitätsexamen und widmen sich wissenschaftlichen Studien als gerade in der Provinz Westphalen. Die Zahlen sind folgende. Nach dem statistischen Werke über Preussen, sind so viele Schüler zur Maturitätsprüfung gekommen, in Westphalen 1686 Schüler, in der Rheinprovinz 1776, in Sachsen 1213, in Brandenburg 1372, in Preussen 1242. Bei der verschiedenen Grösse der Provinzen stellt es sich heraus, dass auf 10,000 Einwohner in fünf Jahren in der Provinz Westphalen, 91 ½ Examinirte kommen, in Rheinprovinz nur 9,51, in Brandenburg, Schlesien und Pommern nur 4 und ein Bruchtheil, und in Posen 3,88, also noch einmal so viel als in der intelligentesten Provinz, des preussischen Staates. Für das spätere Quinquennium lauten die Zahlen etwas günstiger für die anderen Provinzen, aber nur um einen kleinen Procentsatz. Ich will zugeben, dass vielleicht hier und da ein Nicht-Westphale auf einem westphälischen Gymnasium findet, im grossen Ganzen aber können Sie nicht der Bedeutung dieser Zahlen widersprechen. Wenn also ein so lebhaftes Streben in der Provinz Westphalen herrscht, die, wie ich

nebenbei bemerke, eine ultramontane in ihrer Majorität ist — ich möchte hervorheben, dass sich das also nicht gegenseitig ausschliesst, wie oft geglaubt worden —, dann meine ich, kann ich mit Recht das Verlangen aussprechen, dass jetzt auch mehr für diese Akademie geschehen muss. Nun waren die Localitäten so schlecht, dass unbedingt ein Neubau nothwendig war, dieser ist zu meiner Freude auch in Angriff genommen. Es ist im vorigen Jahre der Plan aufgestellt und zur Zeit wird schon gebaut, und, wie es scheint, ein schönes und gutes Akademiegebäude aufgeführt. M. H., aber für dieses Gebäude ist auch im Extraordinarium nichts bewilligt. Nun gestalten sich die Kosten des Bauplatzes und des Gebäudes recht hoch; man hat zuerst angenommen, dass die Ersparungen und Ueberschüsse des in Westphalen bestehenden Studienfonds ausreichten, dieses Gebäude auszuführen. Ich habe mir im vorigen Jahre die Frage erlaubt an die königliche Staatsregierung, ob es möglich sei, dies zu thun, und ob nicht der Bestand des Fonds dadurch alterirt werde. Es ist mir geantwortet: der Bestand wird nicht alterirt. M. H. die Kosten stellen sich aber so hoch, dass ich behaupte: dieses Werk in entsprechender Weise zur Vollendung zu bringen, ist *unbedingt unmöglich* ohne Zuschuss des Staates oder ohne den Fonds zu alteriren in seinem Bestande. Je nothwendiger ich den Bau halte, um so dringender ist daher meine Bitte an die Staatsregierung, auf das nächste Extraordinarium für den Bau einen hohen Beitrag zu setzen und dadurch in etwa zu versuchen, das wieder an der Provinz Westphalen gut zu machen, was eine lange Vernachlässigung versäumte.« (Bravo).

Geh. Regierungsrath *Goeppert* bestreitet, dass der Charakter der Anstalt ein katholischer sei [1]) im Statut von 1832 stehe kein

---

1) Der *Westfälische Merkur* bemerkte hierauf Folgendes:

»Der Studienfonds, worauf die Akademie beruht, ist stets ein specifisch katholischer Fonds, als eine als solche bestehende pia causa anerkannt worden. Die *rechtskräftigen Erkenntnisse* vom 21. September 1824 und 6. Mai 1825 in Sachen des königlichen Consistoriums Münster Namens des Studienfonds gegen den Herrn Fürsten von Salm-Horstmar haben dieses bündigst *constatirt* und ist desshalb der Fürst zur Herausgabe der in seiner Standesherrschaft befindlichen Jesuitengüter verurtheilt worden. Bald nach Aufhebung des Jesuitenordens ist in Sachen des damaligen Fürstbischofs von Paderborn gegen den damaligen Grafen von Lippe-Detmold wegen des im Lippeschen belegenen vormaligen Jesuitenklosters Falkenhagen vom obersten Reichsgerichte ausgesprochen, dass die Jesuitengüter als nur zu katholischen Zwecken bestimmt, von den Landesherren nicht zu einer anderen Verwendung gezogen werden könnten.

Wort von der Confession der Lehrer. Der allgemeinen Anschuldigung, dass die Anstalt eine Culturkampfstation geworden sei, könne er eine ebenso allgemeine Verneinung entgegensetzen. Die Verminderung der Frequenz der Akademie beziehe sich nur auf die theologische Facultät und sei eine allgemeine, auch im übrigen Deutschland und in Oesterreich zu Tage tretende Erscheinung; die philosophische Facultät habe sogar eine Zunahme nachzuweisen. Die Mittel seien in der letzten Zeit vermehrt worden, aber für Banten Staatsmittel zu bewilligen, liege kein Anlass vor, da die vorhandenen Fonds vollständig dazu ausreichten.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Frhrn. v. Heereman folgt die Berathung über Cap. 124 (*Gymnasien und Realschulen* 4,563,835 M. 8 Pf.). Zunächst Tit. 1 (Zahlungen zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen an Anstalten und Fonds).

Abg. *Kantak*: Er acceptire die Erklärung des Regierungscommissars, dass die Regierung nicht in der Lage sei, Lehrern den Beitritt zu Vereinen zu verbieten; verlange dann aber auch, dass den Lehrern in der Provinz Posen erlaubt werde, sich wissenschaftlichen Vereinen anzuschliessen. Redner constatirt sodann, dass die Missstände in der Unterrichtsverwaltung in Posen, die er voriges Jahr gerügt, noch fortbestehen und bespricht speciell die Verhältnisse am Mariengymnasium in Posen. Zuerst habe man die polnischen katholischen Lehrer durch deutsche katholische ersetzt, dann sei man weiter gegangen und habe protestantische Lehrer und einen ebensolchen Schulrath eingesetzt und führe die protestantischen und jüdischen Schüler des Friedrich-Wilhelmgymnasiums dem katholischen Mariengymnasium zu, indem die Vorschulen beider vereinigt worden. In allen katholischen Anstalten, die von Polen besucht werden, sei ein merklicher Rückgang eingetreten. Er verlange, dass die Regierung diese Sache prüfe und Abhilfe schaffe.

Regierungscommissar Geh. Rath *Stauder* erwidert dem Vorredner, dass allerdings ein evangelischer Lehrer für Mathematik und Chemie angestellt worden, diese Berufung aber durch die Cabinetsordre vom 18. April 1876 zulässig sei. Die Zusammenlegung der

In Anfange der 1850er Jahre, als der Bischof von Münster die Fonds zur eigenen Verwaltung reclamirte, hat auch der damalige Cultusminister Ladenberg anerkannt, dass der Fonds zu ausschliesslich katholischen Zwecken diene, und nur bestritten, dass daraus das Recht auf Selbstverwaltung der Fonds hergeleitet werden könne.

Vorschule habe den besten Erfolg gehabt. Der Rückgang des Mariengymnasiums in der Frequenz betreffe hauptsächlich die Zahl der Auswärtigen und habe seinen Grund auch in der Errichtung anderer neuer Anstalten und in der Aufhebung des bischöflichen Convicts, auch in der Abnahme des theologischen Studiums. Im Religions-

Die Einführung des Deutschen als Unterrichtssprache sei von den vorzüglichsten Folgen gewesen. [Wir übergehen die hierauf folgenden

Es ist jetzt allgemein anerkannt, dass der »Culturkampf« einer-
seits die Revolution gefördert, andererseits seinen Zweck, die katholische Kirche in eine Nationalkirche aufzulösen, nicht erreicht hat. Wenn auf den Ruinen, welche die reprisitinirte Bevormundung der Kirche durch die sogenannten Maigesetze den Culturstätten Deutschlands bereitet hat, neues erhaltendes Leben entstehen soll, bedarf das Verhältniss zwischen Staat und Kirche einer neuen geregelten Regelung.

Die dem Rechte, dem Glauben und der Verfassung der Kirche widersprechenden Principien der politischen oder religiösen Revolution (des Gallicanismus, der sogenannten Kirchenpragmatiken und des Josephinismus), welche die Culturkampfgesetze neuerdings erfolglos zum Ausdruck brachten; können natürlich dieser Regelung nicht zu Grunde gelegt werden. Dieses System widerspricht dem Grundprincip der Unterscheidung und Selbstständigkeit der Staats- und Kirchengewalt, worauf die europäische Cultur beruht. Der christliche germanische Geist erträgt die Vergnickung von Staat und Kirche, die Dienstbarmachung der ewigen Güter, der Freiheit der Gewissen und Ueberzeugung unter die absolutistische Centralisation des Staats nicht. Die Beseitigung dieses Systems der Culturkampfgesetze wird gefordert durch die in jedem geordneten Staate anerkannte Freiheit der Religionsübung von staatlicher Bevormundung, durch die Freiheit der rechtlich existenten Corporationen und Vereine, sowie durch die für die Erhaltung der Rechtsordnung erforderliche Pflege der Religion.

Die »aufgehobenen Bestrebungen auf religiös-sittlichem, politischem und socialem Gebiete,« welche in erster Linie der »Culturkampf« gefördert hat, können durch eine Staatskirche nicht gehemmt werden. Eine Kirche, welche das Werkzeug der jeweiligen Regierungspolitik ist, welche nicht im göttlichen Auftrage in Freiheit ihre Mission entfalten kann; hat weder die Autorität noch die Kraft, die Heilswahrheiten zu lehren und die Sitte, die Rechtsordnung zu pflegen.

XXII.

Die reichsgesetzliche Anerkennung der Bekenntnissfreiheit.

Ein Weg zum Frieden zwischen Staat und Kirche.

von Dr. *Heinrich Maas*, Officialatsrath zu Freiburg im Breisgau.

Es ist jetzt allgemein anerkannt, dass der »Culturkampf« einerseits die Revolution gefördert, anderseits seinen Zweck, die katholische Kirche in eine Nationalkirche aufzulösen, nicht erreicht hat. Wenn auf den Ruinen, welche die repristinirte Bevormundung der Kirche durch die sogenannten Maigesetze den Culturstätten Deutschlands bereitet hat, neues erhaltendes Leben entstehen soll, bedarf das Verhältniss zwischen Staat und Kirche einer neuen gerechten Regelung.

Die dem Rechte, dem Glauben und der Verfassung der Kirche widersprechenden Principien der politischen oder religiösen Revolution (des Gallicanismus, der sogenannten Kirchenpragmatiken und des Josephinismus), welche die Culturkampfgesetze neuerdings erfolglos zum Ausdruck brachten; können natürlich dieser Regelung nicht zu Grunde gelegt werden. Dieses System widerspricht dem Grundprincip der Unterscheidung und Selbstständigkeit der Staats- und Kirchengewalt, worauf die europäische Cultur beruht. Der christliche germanische Geist erträgt die Verquickung von Staat und Kirche, die Dienstbarmachung der ewigen Güter, der Freiheit der Gewissen und Ueberzeugung unter die absolutistische Centralisation des Staats nicht. Die Beseitigung dieses Systems der Culturkampfgesetze wird gefordert durch die in jedem geordneten Staate anerkannte Freiheit der Religionsübung von staatlicher Bevormundung, durch die Freiheit der rechtlich existenten Corporationen und Vereine, sowie durch die für die Erhaltung der Rechtsordnung erforderliche Pflege der Religion.

Die »auflösenden Bestrebungen auf religiös-sittlichem, politischem und socialem Gebiete,« welche in erster Linie der »Culturkampf« gefördert hat, können durch eine Staatskirche nicht gehemmt werden. Eine Kirche, welche das Werkzeug der jeweiligen Regierungspolitik ist, welche nicht im göttlichen Auftrage in Freiheit ihre Mission entfalten kann; hat weder die Autorität noch die Kraft, die Heilswahrheiten zu lehren und die Sitte, die Rechtsordnung zu pflegen.

Die Schäden unserer kranken Zeit können nur durch die freie Entfaltung der kirchlichen Mission geheilt werden.

Die Furcht, dass die freie Kirche den Staat beherrschen werde, ist in unsern Tagen ebenso kindlich und unbegründet, als die Besorgniss, dass die freie Kirche die Rechte anderer Confessionen kränken werde. Der deutsche Episcopat[1]) hat mit Zustimmung des Papstes öffentlich erklärt, dass die Kirche die Souveränität des Staats auf seinem Gebiete der politischen und bürgerlichen Verhältnisse, dass sie ihn als höchste politische Macht anerkenne, nicht die Vermischung von Staat und Kirche, sondern die freie Ausübung der selbstständigen Kirchengewalt in der Leitung und Besorgung der kirchlichen Verhältnisse verlange.

Die katholische Kirchengewalt und die Katholiken haben wiederholt feierlich anerkannt: die rechtliche Parität, die rechtlich bestehende politische Berechtigung der Confessionen, nach ihrem Glauben und ihrer Kirchenverfassung sich auf ihrem Rechtsgebiete zu bewegen. Die katholische Kirche verlangt keinen staatlichen Zwang zur Erfüllung ihrer Zwecke, sie kann die freie, geistige Concurrenz im Wettkampfe um die Sittigung der Völker ertragen. Sie beansprucht nur die ihr rechtlich zustehende Freiheit von jedem Eingriffe des Staats in ihr Gebiet. Auf dem politischen und bürgerlichen Rechtsgebiete des Staats verlangt sie keine Privilegien. Sie unterwirft sich auf diesem als Corporation insbesondere in vermögensrechtlicher Hinsicht den *allgemeinen* Gesetzen des Staats[2]) und beansprucht nur, keinen Ausnahms- (Straf- und Civil-) Gesetzen unterworfen zu werden. Es ist lächerlich, die Möglichkeit anzunehmen, dass unser im 19. Jahrhundert zur absoluten Omnipotenz gelangter Staat der Knechtschaft unter die Kirche ausgesetzt werde, seitdem diese weder Privilegien noch irgendwelche (staatliche) Regierungsrechte, noch ihr Recht, den Schutz einer katholischen Macht hat, seitdem die Kirche ausschliesslich auf ihrem Gebiete (mit rein moralischen, geistigen Mitteln) wirken will und muss, dem Staate von Niemanden das Recht bestritten oder *entzogen werden kann*, Jedes abzuwehren, was einen Eingriff in seine Rechte (oder in die einer andern Confession) enthält.

Die Kirche beansprucht also nur die freie Ausübung ihres

1) Denkschrift der Erzbischöfe und Bischöfe über die Lage der katholischen Kirche im deutschen Reiche (Paderborn, Schöningh 1872). Collectiverklärung der deutschen Bischöfe vom Januar 1875, (gebilligt durch päpstliches Breve vom 2. März 1875).

2) *Schulte*, Katholisches Kirchenrecht I. Band S. 384.

Rechte der allgemeinen Freiheit. Sie will keine Trennung von Staat, weil dieser auf christlicher Grundlage beruhen soll. Sie gehört dem [illegible] Staat durch Vereinbarung mit diesem eine einflussreiche Mitwirkung bei der Ausübung der kirchlichen Rechte, insbesondere bei der Besetzung der Kirchenämter und der Verwaltung des Kirchenvermögens. Diese Voraussetzung fehlt aber den heutigen Culturstaaten durchaus. Diese Staaten haben sich vom Christenthum, der Kirche getrennt. Sie haben im Princip und praktisch einschneidender als in Amerika das Christenthum aus dem öffentlichen Leben und den Institutionen der Ehe, des Eides und der Schule verbannt.

Das reactionäre Staatskirchenthum hat die Verbindung von Staat und Kirche [illegible] erhalten, indem es die christliche Religion den dieselbe beherrschenden Staatszwecken zum Grunde legte. Das System der Verquickung von Staat und Kirche hat seiner oder mehr oder weniger entwickelten staatlichen Obergewalt über die Regierung der Kirche erkannte diese als Bestandtheil des öffentlichen Wesens, die Kirchendiener als öffentliche Beamte an. Es privilegirte eine oder mehrere übereinstimmende Kirchen und verbot die collective Religionsübung der Secten. Es behandelte die Ehe, den Eid und die Schule als religiöse Institute, die Schul- und Wohlthätigkeits-Anstalten und Stiftungen als confessionelle Angelegenheiten. Es überliess die Leitung [illegible] Behörden und Geistlichen (Standesbuchführung, confessionelle Schule, Eid[illegible]) und beanspruchte [illegible] setzen des Staats?) und [illegible] die

Der heutige Culturstaat versagt der Religion und Kirche jede Einwirkung auf seine Institutionen und Lebensthätigkeit. Er hat aber nicht blos die Ehe, zwischen Staat und Kirche getrennt. Er hat sich bei einseitig vollzogener Vermögenssonderung durch eine gesetzliche Gesammtregelung einen guten Theil der kirchlichen Rechte angeeignet. Er beansprucht die volle Ausübung der ihm in den Concordaten gemachten kirchlichen Concessionen, erfüllt aber seine Gegenleistungen [illegible] bezüglich der Ehe und Schule nicht und [illegible] seine kirchliche Befugnisse als Waffe gegen die Kirche.

Der von der Kirche getrennte Staat kann überdies durch seine von [illegible] der Kirche entfremdeten Organe religiöse Angelegenheiten nicht richtig beurtheilen, kirchliche Rechte nicht recht ausüben.

Die Betheiligung des Culturstaats bei der Regierung der Kirche, die Annexirung kirchlicher Rechte, die Verletzung kirchlicher Vermögensrechte durch den Staat und das Staatsschulmonopol sind treffliche Mittel zur Lähmung der Religion und christlichen Sitte und zur Erstarkung der Socialdemokratie. Im Interesse des Staats und der

Gesellschaft, vor Allem aber unserer höchsten überirdischen Güter kann diesem mehr als religiös indifferenten, nicht mehr christlichen Staate die Mitwirkung bei der Leitung christlicher, kirchlicher Angelegenheiten nicht überlassen werden.

Die Kirche will nicht die Trennung, sondern das innige Zusammenwirken der beiden höchsten Gewalten zur Ausbreitung des Reiches Gottes und der Erhaltung und Pflege der sittlichen Grundlagen der Gesellschaft. In den auf dieser concordia inter sacerdotium et imperium beruhenden Concordaten räumt die Kirche den Staaten wichtige kirchliche Rechte z. B. bei der Besetzung der Kirchenämter, der Verwaltung des Kirchenvermögens und bei der Errichtung kirchlicher, religiöser Associationen ein. Der Staat leiht dagegen der Kirche sein brachium saeculare, er unterstützt ihre Wirksamkeit bei der Verwaltung der Sacramente, der Ehejurisdiction, bei der Ertheilung des Unterrichts im christlichen Geiste, durch die Ertheilung von Corporationsrechten an Klöster etc. und den Schutz des Kirchenvermögens.

Der moderne Staat steht nicht auf dem Standpunkte der Concordate. Er hat das bürgerliche und politische Gebiet von der Kirche getrennt. Er ist confessionslos und soweit er seine Machtsphäre über religiöse Verhältnisse wie die Ehe, den Eid, die Schule und piae causae erstreckt, gestaltet er diese Institute zu confessionslosen. Die deutschen Staaten sind dem bestehenden Rechte gemäss confessionell indifferent. Sie anerkennen die allgemeine Religions-, Bekenntniss- und Associations-Freiheit. Daraus folgt, dass auch die katholische Kirche befugt ist, von diesem von ihr principiell getrennten Staate die Anerkennung ihrer freien Wirksamkeit, die Herausgabe und selbstständige Verwaltung ihrer Rechte zu verlangen.

Die jetzige Lage der Gesetzgebung, die Verhältnisse der politischen und religiösen Parteien in Deutschland dürften einerseits ein eigentliches Concordat als Kirchen- und Staats-Grundgesetz nicht wohl ermöglichen; anderseits eine der wirklichen Situation entsprechende, neue Regelung der Grenzen zwischen Kirche und Staat postuliren. Die Kirche hat die Mittel nicht, den Staat zur Betretung jenes Standpunkts zu bestimmen, worauf die Concordate beruhen. Dem Staate gegenüber, der mit ihr in dieser innigen concordia, in dem auf christlichen Principien beruhenden Zusammenwirken nicht leben will oder nicht leben kann, dürfte für die Kirche nur erübrigen, ihre Rechte ebenfalls von ihm zu sondern, ihre Mission in voller Freiheit mit ihren kirchlichen Mitteln auszuüben. Auch auf diesem Wege kann die Kirche ihre Wahrheit und ihre

Ordnung aufrecht erhalten, ihre Heilswirksamkeit entfalten und wie in den ersten Jahrhunderten mit erneuter Kraft die Gesellschaft regeneriren.

Von diesem Standpunkte aus erübrigen zwei weitere Wege zum Frieden, zur praktischen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Deutschland. Diese Grenzberichtigung kann der Staat durch seine Gesetzgebung im Anschlusse und unter Mitwirkung der Kirche positiv oder aus sich negativ normiren. Er kann die christliche Religion als die Grundlage insbesondere der s. g. causae mixtae, der Berührungspunkte zwischen Staat und Kirche erklären. Er kann die Wirksamkeit der Kirche, die Achtung ihrer Institute unterstützen, und zur wirksamen Ausübung dieser seiner Thätigkeit und in Anerkennung derselben eine mit der Ermöglichung der kirchlichen Mission verträgliche Mitwirkung bei der Ausübung kirchlicher Rechte beanspruchen. Er kann aber auch sein Gebiet von der Kirche sondern, und dieses selbstständig regeln, indem er e contra die volle Freiheit der Kirche anerkennt.

Im ersteren Falle dürfte der Culturkampf, überhaupt die staatskirchliche Gesetzgebung zwar durch ein Staatsgesetz, aber nach vorheriger Verständigung (modus vivendi) mit dem andern Berechtigten, dem obersten Vertreter der Kirche abgeändert, dürften hiernach die kirchlichen Verhältnisse gesetzlich normirt werden. Nach den berührten Rechtsgrundsätzen würden hiernach die Kirchendiener, die kirchlichen Vereine und Angehörigen als solche lediglich unter der Jurisdiction der Kirche, und nur in bürgerlichen oder politischen Rechtsverhältnissen unter den allgemeinen, staatlichen Normen stehen, also nicht zu einem absoluten Dienst-, sondern zum allgemeinen Verfassungseid verbunden sein. Die Heranbildung der Kirchendiener für ihren (theologischen) Beruf, die Besetzung der Kirchenämter, die Leitung der aus kirchlichen Mitteln dotirten Schulen, die religiöse Unterweisung und Erziehung der Jugend, die Ertheilung und Entziehung der derfallsigen missio an alle Religionslehrer, die Ausübung der kirchlichen Jurisdiction über kirchliche causae, der kirchlichen Disciplin über Kirchendiener (und Katholiken), die Leitung der Verwaltung der Sacramente, der Cultakte und die Verwaltung des Kirchenvermögens dürfte hiernach der Kirchenregierung nach der Verfassung und den Gesetzen der Kirche zu überlassen sein. Die Kirche (der Papst) könnte der Staatsgewalt eine kirchenrechtlich mögliche Mitwirkung bei der Besetzung der höheren und niederen Pfründen und bei der Verwaltung (Erhaltung der Substanz) des Kirchenvermögens einräumen. Die Staatsgewalt dürfte als Aequi-

Schulen, die actuelle Anerkennung der Kirchenobrigkeit, dass der Unterricht und die Erziehung in diesen Schulen im confessionellen Geiste gepflegt werde, d. h. dass die Rechte der Kirche, der katholischen Confession auf die Schule und das katholische Schulvermögen geachtet werden, garantiren. Hiernach und im Interesse der Rechtsgleichheit dürften die Orden und Congregationen mit Hinkunft des allgemeinen Vereinsrechts wieder theilhaftig gemacht und den Angehörigen solcher religiösen Vereine die Ausübung ihrer Berufsrechte in Kirche, Schule und in den Wohlthätigkeitsanstalten frei gegeben werden.

Da es sich hier nur um die Ausübung kirchlicher Rechte durch die Staatsgewalt handelt, diese Rechte aber nur durch deren Inhaber, die Kirche auf den Staat rechtlich übertragen werden können, so bedarf es solches Staatsgesetzes einer Verständigung mit der Kirche. Sollte eine solche nicht erfolgen oder möglich sein, so dürfte der zweite Weg, die Freigebung der Kirche, die Anerkennung der kirchlichen Selbstständigkeit durch ein Staatsgesetz erfolgen, da und weil die Staatsgewalt in ihrem Interesse den Kampf nicht blos gegen die katholische Kirche, sondern gegen das Christenthum nicht zu einem Vernichtungskriege ausarten lassen kann.

Der Staat darf sich nach dem bestehenden Rechte nicht im Interesse Einer Confession oder des Antichristenthums zur Vernichtung der Kirche verwenden, er darf, schon da er die Ueberzeugung und religiöse Pflicht seiner katholischen Staatsbürger achten muss, diesen und ihrer Kirche nicht die kirchliche Verfassung und Gesetze einer andern Confession aufdrängen lassen. Der Natur und den Verhältnissen dieses Staats gemäss liegt ihm nicht die Handhabung der religiösen, sondern der politischen und bürgerlichen Ordnung, der erforderliche, gleiche Rechts-Schutz der irdischen Güter ob. Er muss also die Freiheit der Kirche als eine ausser seiner Rechtssphäre liegende Pflicht, als ein von ihm nicht verliehenes Recht anerkennen. Daraus folgt, dass die Regelung der berührten kirchlichen Verhältnisse, die Ausübung der freien kirchlichen Weihe- und Jurisdictionsgewalt der hiezu existenten Kirchenobrigkeit zusteht.

Dieses dreigeene Gebiet der Kirche ist durch ihre Lehre und Verfassung, durch das Wesen und den Zweck von Staat und Kirche und der fraglichen Verhältnisse, abgegrenzt. Es ist abgegrenzt und stützt sich auf die anerkannte Religions- und Associationsfreiheit, sowie auf das positive Recht.

»Der Rechtsstaat[1]) erkennt die Gewissensfreiheit an, hindert seine Bürger nicht in der Entwickelung ihrer religiösen Bildung, an dem Zusammentritte zu organisirten religiösen Genossenschaften. Er erkennt die Unabhängigkeit der einmal zugelassenen Kirche auf dem gesammten religiösen Gebiete an, also in Dogma, Cultus, Hierarchie, Disciplin, in der Bildungsweise der Kirchenbeamten, Verwaltung des Kirchenvermögens. Hier kann nicht *im Wege der einseitigen* (staatlichen) *Gesetzgebung* verfahren, sondern muss die freie *Zustimmung* der Kirche erlangt werden. Die Bestellung, Ordnung der kirchlichen Vereins-Organe, der kirchlichen Gesellschaftsgewalt ist eine Angelegenheit (der Kirche), nicht des Staats.«

Der Vernichtungskampf, den die Staatskirche und Secten in Amerika gegeneinander, sowie in England, Holland und Deutschland[2]) gegen die katholische Kirche führten, musste, wenn dadurch die betreffenden Staaten nicht durch chronischen Bürgerkrieg aufgelöst werden sollten, aus dem politischen Gebiete entfernt werden. Diese interconfessionellen Differenzen mussten auf die ihnen gebührende geistig-sittliche Arena verwiesen werden. Auf diesem Gebiete muss auch der jetzige Kampf zwischen Christenthum und der unchristlichen Richtung ausgetragen werden. In allen diesen confessionell gemischten Staaten erkannten deshalb die Staatsgrundgesetze, in Deutschland die Reichsgesetze das Recht der Katholiken, der katholischen Kirche an, die kirchliche Weihe- und Jurisdictionsgewalt frei nach Bestimmung der Kirchengesetze auszuüben. Sie anerkannten das Recht, in »Sachen der Glaubenslehren, des Gottesdienstes, Administrirung der Sacramente, der Ehe, kirchlichen Disciplin, der geistlichen Aemter, Bildung und Anstellung der Kirchendiener, der (kirchlichen) Schulen, Anstalten, Stiftungen und (Vereine) Klöster« unter der selbstständigen Regierung und »geistlichen Gerichtsbarkeit« des Papstes und der Bischöfe zu stehen. Diese staatlichen Grundgesetze anerkannten die Confessionen als vollberechtigt auf staatlichem Gebiet mit dieser ihrer gesammten Rechtsintegrität nach der Verfassung und Gesetzen ihrer Kirche zu leben. Sie anerkannten

1) *v. Mohl*, Politik (Tübingen, Laupp 1862), I. S. 191 ff.

2) *v. Kettler*, der Bruch des Religionsfriedens (Mainz 1875), S. 21: »Wenn mächtige Parteien sich gegenüber stehen, von denen jede die wahre Religion zu besitzen glaubt, ist ein Austrag durch äussere Mittel, ohne einen Vertilgungskampf unmöglich und bleibt nur übrig, dass jeder Theil seine Religionssachen ohne Einmischung des andern für sich besorgt.«

endlich, dass die Staatsgewalt einseitig diese Rechte nicht abgrenzen oder beschränken dürfe [1]).

Der Passauer Vertrag von 1552, der Religionsfriede von 1555 wurde durch den Westphälischen Frieden von 1648 [2]), dessen Bestimmungen durch den Reichsdeputationshauptschluss [3]) von 1803 als fort bestehend erklärt. Diese völkerrechtlichen Verträge, zugleich deutsche *Reichsgrundgesetze* garantiren den bezährten Rechts- und Besitzstand der Kirche [4]), die Parität [5]), den Besitz und die Rechtsvertretung des Vermögens der Kirche als Corporation durch ihre kirchlichen Organe (reservatum ecclesiasticum) [6]), die Nichtzuständigkeit der Staatsgewalt zur Aenderung oder Kränkung des Rechtsstandes, der Rechte der Kirche (itio in partes) [7]). Die Staatsgesetzgebung oder Anordnungen der Staatsgewalt sollen über die hier wiederholt *definirten Religionssachen*, über diese religiösen, kirchlichen Rechte nicht bestimmen, die freie Ausübung der kirchlichen Rechte nicht verbieten oder beschränken [8]).

Die Verfassungen und fürstlichen Zusicherungen dieses Rechtsstandes enthalten nur eine neue Garantie hiefür [9]), ebenso die öffent-

1) Das Recht, die Selbstständigkeit der Kirche bestand vor der Gründung der deutschen Staaten und bis zum westphälischen Frieden. Die römischen und deutschen Kaiser erklärten jedes hiergegen, gegen die canones ecclesiast. erlassene Staatsgesetz als nichtig. 1. 12. C. de sacros eccles. Glosse und Constitutio Frider. II. imper. hiezu.

2) Instrum. Pac. Osnabruc. Art. V. §. 1.

3) R. D. H. §. 62. 63. XV. Sitz. der Reichsdep. vom 14. October 1802; »Die religiöse Verfassung wird nach Anleitung des westphälischen Friedens, als eines noch bestehenden *Reichsgrundgesetzes* . . festzustellen sein.«

4) Pass. Vert. §. 8. Rel. Fr. §. 15 ff. J. P. O. Art. V. §. 16. 25. 26. 31. 48. *Moser*, Landeshoheit im Geistlichen. (Frankfurt 1773). S. 255 ff. 742 ff.

5) J. P. O. Art. V. §. 1.: »in reliquis . . sit aequalitas mutuaque violentia prohibita.«

6) Religionsfr. §. 18: »Wo ein Erzbischof oder ein anderer geistlichen Standes von unserer alten (katholischen) Religion abtretten würde, dass derselbig sein Erzbistumb . . . und andere Beneficia und damit alle . . . Einkommen, so er davon gehabt, alsbald . . verlassen . . die (katholischen) Capitel . . bei der Kirchen, Fundationen, Electionen, . . Gütern friedlich gelassen werden sollen.« J. P. O. Art. V. §. 14, 15.

7) J. P. O. Art. V. §. 9. 50—52: »in causis religionem sive directe sive indirecte concernentibus . . . pluralitas votorum nequaquam attendatur, ut Catholicis et Augustanae Confessionis Statibus in duas partes euntibus, sola amicabilis compositio lites dirimat.« Art. 7. der deutschen Bundesakte.

8) J. P. O. Art. V. §. 31., Art. VII: »fas ei . . non sit, publicum Religionis exercitium, leges . . ecclesiasticas immutare.«

9) §. 9. 18 ff. bad. Art. 15 ff. preuss. Verfass., Art. XVIII. des III. bad. Org. Ed. garantirt den Fortbestand des Westphälischen Friedens.

lichen rechtlichen, mit dem Papst abgeschlossenen Verträge. So bestimmt die Bulle ad dom. greg. custodiam vom 11. April 1827: »Der Erzbischof soll mit vollem Recht die bischöfliche Jurisdiction ausüben, welche nach den geltenden Kirchengesetzen ihm zukommt. In erzbischöflichen Seminarien sollen die Geistlichen nach den Beschlüssen des heiligen Kirchenraths von Trient unterrichtet und erzogen werden.« Die Staatsgesetzgebung (das »innere Staatsrecht«) ist also durch jene völkerrechtlichen Verträge (das »äussere Staatsrecht«) und jene über dem Staatsgesetz als rechtliche Nothwendigkeit stehenden Grundgesetze beschränkt[1]). Daraus folgt, dass wie die Fassung des cuius regio illius religio als widerrechtlich aufgegeben haben, so auch die Kammermajoritäten die Staatsgesetze *rechtswidrig* jene in die freie Religionsübung liegenden Rechte nicht beseitigen können.[2])

Die freie Ausübung der Bekenntnissfreiheit, der erwähnten Weihe- und Jurisdictionsgewalt der Kirche, welches Recht derselben durch die Staats-(Landes-)Gesetzgebung nicht entzogen werden darf, ist sowohl durch §. 63. B. D. H. als durch Art. 7 und 16 der deutschen Bundesakte von 1815 garantirt. Auch durch diese deutsche Grundgesetze ist die ratio in parte der Grundsatz anerkannt, dass die Staats-(Landes-)Gesetzgebung über Religionssachen nicht verfügen, die berührten Rechte der Kirche nicht beschränken darf. Dieser Grundsatz ist wie im Art. V. § 1 J. P. O. und Art. 16 der Bundesakte, so in dem deutschen Reichsgesetze vom 3. Juli 1869 betreffend die Gleichberechtigung der Confessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, sanctionirt. Wenn hiernach die bürgerliche und politische Gleichberechtigung nicht mehr gestattet, politische Befugnisse oder Nachtheile (wie die Einführung der Bischöfe, Aufhebung der Orden) von der Bethätigung eines religiösen Bekenntnisses abhängig zu machen; so darf die Freiheit des letzteren, der Kirche durch staatliche Intervention nicht beschränkt werden.[3])

Aus dieser vollen Freiheit der Kirche folgt allerdings auch die allgemeine Religions- und Unterrichtsfreiheit, wodurch aber selbst-

1) *Zorn*, Staatsrecht (Heidelberg, Winter 1863) II. S. 499 u. 840 (über die Rechtsgiltigkeit des Westphälischen Friedens).

2) *Schulze*, Staatsrecht I. S. 368 ff.

3) *Zachariä* begründet diese Consequenz des Art. XVI. der deutschen Bundesakte, deren Bestimmung präciser das cit. Reichsgesetz von 1869 reproducirt, treffend in *Aegidi*, Zeitschrift für deutsches Staatsrecht (Berlin 1865) Heft 1. S. 25 ff.

verständlich weder die Rechts- noch die anerkannte sittliche Ordnung verletzt werden darf, die auch durch die amerikanischen Strafgesetze gesichert ist. Aus dieser Freiheit der Kirche folgt ebenso wenig die »Herabdrückung der christlichen Kirchen in blosse Privatgesellschaften« [illegible] verfassungsmässig, wie nach ihrem Besitzstande als Corporation auf vermögensrechtlichem Gebiete anerkannt, also (wie sogar in Amerika[1]) berechtigt ist, (ihr) das Kirchenvermögen zu verwalten und nach bestehenden Rechte zu verwenden. Dieses ihr Privatrecht kann als jus singulorum ihr wegen Ausübung ihrer rechtlichen Freiheit nicht entzogen werden.

Dieser Rechtszustand könnte anerkannt und der öffentliche Friede könnte dadurch hergestellt werden, dass in Consequenz des berührten Reichsgesetzes vom 3. Juli 1869 ein *Reichsgrundgesetz* die Landesgesetzgebung auf ihr staatliches Rechtsgebiet beschränkt. Durch ein solches Reichsgrundgesetz dürfte die freie Ausübung der Religion, die selbständige Ordnung und Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten anerkannt und dadurch die staatliche (Landes-Gesetzlichkeit) Einmischung in die Lehre und Jurisdiction der Kirche und in die kirchliche Gesetzgebung aber die religiöse Erziehung und Bildung, Bestellung der Kirchenämter, kirchliche Vereine und Institute und Verwaltung des Kirchenvermögens beseitigt werden. Ein (Staats-)Landesgesetz zur Regelung kirchlicher Verhältnisse, die Quelle aller seitherigen Missstände, wäre hiernach weder mehr erforderlich, noch zulässig. Dadurch würde nicht blos unter Achtung der Autorität die seitherige, dem Rechte widersprechende, staatskirchliche Gesetzgebung (die s. g. Ausnahmsgesetze) der für unser Vaterland so traurige, culturfeindliche Culturkampf aus der Welt geschafft. Das Recht der Kirche wäre abgegrenzt, das Recht des Staates gegenüber der Kirche würde sich unsern Verhältnissen entsprechend in ein rein politisches (repressives) Aufsichtsrecht ausgestalten, damit durch Ausübung kirchlicher keine staatlichen Rechte verletzt werden. Die Staatsgewalt würde durch die Befreiung der sittlichen Kräfte und durch fremde die Erfüllung ihrer Lebensaufgabe hindernde Thätigkeit nicht mehr gelähmt, wieder erstarken. Die Kirche könnte die Gesellschaft an ihrem Theile wieder christlich civilisiren und diese würde das richtige ethische und rechtliche Verhältniss im öffentlichen Leben herstellen.

[1] *Thompson*, Kirche und Staat in Amerika (Berlin, Simion 1873); dazu aus Maria Laach, (Freiburg, Herder 1877) VII. S. 459 ff.

XXIII.

Ehenngiltigkeit wegen Religionsverschiedenheit,

nach §. 64. des allgem. bürgerl. Gesetzb. und die persönliche Fähigkeit eines Ausländers zur Eingehung einer mit einer Ausländerin im Auslande geschlossenen Ehe zufolge §. 32. des österr. allgem. bürgerl. Gesetzb. nach den Gesetzen des Ortes, wo der Fremde als Unterthan unterliegt, zu beurtheilen.

(Aus der Zeitschrift »Juristische Blätter«.)

Moriz B., geboren in Stampfen, Pressburger Komitat in Ungarn, seit Juli 1874 Director der böhmischen Rückversicherungsgesellschaft in Prag, mosaisch, hat am 16. Februar 1875 mit der 17jährigen Klara V., geboren in Berlin, evangelischer Confession, vor dem königl. preussischen Standesamte in Berlin Nr. VII. die Civilehe abgeschlossen. In dem Trauscheine ist Moriz B. als confessionslos eingeführt.

Vor dem Vollzuge der Civiltrauung in Berlin hatten Moriz B. und Klara V. bei dem Prager Magistrate um Veranlassung des Aufgebots ihrer bevorstehenden Ehe und um Entgegennahme ihrer feierlichen Erklärung der Einwilligung zur Ehe angesucht und diesem Gesuche zwei notariell legalisirte Erklärungen des Inhalts angeschlossen, dass sie keiner der in den österreichischen Staaten anerkannten Religionsgenossenschaft angehören, somit confessionslos sind.

Dieses Gesuch wurde vom Prager Magistrate mit Bescheid vom 8. Februar 1875 Z. 9495, abgewiesen, weil die beiliegenden Erklärungen nicht als Austrittserklärungen im Sinne des interconfessionellen Gesetzes vom 25. Mai 1868 angesehen werden können, solche Erklärungen über den Austritt aus dem bisherigen Religionsverbande von den genannten Brautleuten schon vor Ueberreichung des betreffenden Ehegesuchs bei der politischen Behörde ihres Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes eingebracht und von dieser formell vorher erledigt worden sein müssten, was hier nicht der Fall ist; und da, die Braut, welche in Berlin domicilirt, nach der Verordnung des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 18. Jänner 1869, Nr. 13. R.-G.-Bl. als Ausländerin zur Angabe einer solchen Erklärung hierstadts nicht ermächtiget ist, endlich weil weder der Bräutigam über sein Heimatsrecht, noch die Braut über ihre Staatsangehörigkeit, ihre persönliche Fähigkeit zur Eheschliessung und die Dauer ihres Domiciles in Berlin sich ausgewiesen haben.

Klara V. hat, unter gesetzlicher Vertretung ihres Vaters Karl V., sub praes. 29. December 1875 Z. 43135, die Klage auf Ungiltigkeit ihrer mit Moriz B. am 16. Februar 1875 vor dem Standesbeamten in Berlin geschlossenen Ehe bei dem k. k. Landesgerichte Prag überreicht, beziehungweise um Einleitung des Verfahrens nach dem Hofdecrete vom 23. August 1819, Nr. 1595 J.-G.-S., ersucht.

Klara V. machte drei Gründe für die Ungiltigkeit der geschlossenen Ehe geltend: 1. Das Ehehinderniss der Religionsverschiedenheit (§. 64. allg. bürgerl. Gesetzb.), woran auch durch das Gesetz vom 9. April 1870, Nr. 51. R.-G.-Bl., nichts geändert sei, indem dasselbe voraussetzt, dass beide Theile Nichtchristen (Israeliten oder Confessionslose) sind, während Klara V. aus dem Verbande der evangelischen Confession nicht ausgetreten, Moriz B. aber Jude geblieben ist. Dieses Ehehinderniss besteht auch nach ungarischem Rechte (§. 10.) laut der in Ehesachen von Evangelischen beider Confessionen am 16. März 1786 erlassenen Weisung, worüber ein Amtszeugniss des ungarischen Justizministeriums beigebracht wurde. 2. Mangel des Aufgebotes (§. 69. allg. bürgerl. Gesetzb.). 3. Irrthum in solchen persönlichen Eigenschaften, welche bei Schliessung einer Ehe von dieser Art vorausgesetzt zu werden pflegen.

Nach durchgeführter Untersuchung, Einvernahme der Ehegatten und Anhörung des Vertheidigers des Ehebandes anerkannte das k. k. Landesgericht zu Prag mit Urtheil vom 27. Februar 1877 Z. 1278, auf Abweisung der Klage aus folgenden Gründen:

Bei der Entscheidung der vorliegenden Rechtssache handelt es sich vor Allem um die Erörterung und Beantwortung der Frage, nach welchen Gesetzen die von Moriz B. und Klara V. abgeschlossene Ehe zu beurtheilen ist. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen des §. 37. allg. bürgerl. Gesetzb. müssen hier die preussischen Gesetze zur Anwendung kommen, denn Klara V. ist, wie ihr Heimathschein nachweist, preussische Staatsangehörige, Moriz B. aber ungarischer Staatsangehöriger, welcher, mit Rücksicht auf das Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, Nr. 142 R.-G.-Bl., in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern als Ausländer betrachtet und behandelt werden muss; beide waren daher Ausländer, welche ihren Vertrag, somit das Rechtsgeschäft, um dessen Giltigkeit oder Ungiltigkeit es sich handelt vor dem königlich preussischen Standesamte in Berlin Nr. VII. abgeschlossen haben. Nach preussischem Rechte besteht aber, wie die beigebrachte in gesetzlicher Form ausgestellte Bescheinigung des königlich preussischen Justizministeriums nachweist, das von Klara V. ad 1. geltend gemachte Ehehinderniss der Religionsverschiedenheit nicht, weil der §. 39. des allg. preuss. Landrechtes, Theil II, Titel 1, welcher dieses Ehehinderniss statuirte, durch den §. 56. des Gesetzes vom 9. Mai 1874 aufgehoben worden ist u. s. w.

Ueber Appellation der Klara V. hat das k. k. böhmische Oberlandesgericht mit Entscheidung vom 22. Mai 1877 Z. 13660, das erstinstanzliche Urtheil abgeändert und erkannt: Die zwischen Moriz B. und Klara V. vor dem königlich preussischen Standesamte in Berlin Nr. VII. am 16. Februar 1875 eingegangene Ehe ist wegen Religionsverschiedenheit der Verlobten aus Verschulden des Moriz B. ungiltig. Die Gründe sagen:

Beide Theile sind im Sinne des allg. bürgerl. Gesetzb. Fremde; Moriz B. Nichtchrist, Klara V. Christin, und die Ehe ist ausserhalb des Geltungsgebietes des allg. bürgerl. Gesetzb. im Auslande einge-

gangen worden. Moriz B. hält zwar im Verfahren die Behauptung aufrecht, dass er sich für confessionslos halte, welche seine Behauptung hier aber nicht berücksichtigt werden kann, weil er seiner Geburt nach ein Jude und den Anforderungen des Artikels 6. des Gesetzes vom 25. Mai 1868, Nr. 49. R.-G. Bl., nicht entsprochen hat, indem die gemäss §. 1. des letztcitirten Gesetzes zur Entgegennahme der Erklärung des Austrittes aus der jüdischen Kirche berufene Behörde, das ist der Prager Magistrat, die Annahme der Erklärung des Moriz B. verweigert und in Folge dessen auch eine Mittheilung an die israelitische Gemeinde in Prag und in Stampfen unterlassen hat. Moriz B. muss daher in diesem Verfahren als Jude angesehen werden. Es liegt sonach ein zwischen Ausländern im Auslande geschlossenes Rechtsgeschäft vor, welches nach den Grundsätzen des internationalen Privatrechtes gemäss §§. 34—36. allg. bürgerl. Gesetzb. zu beurtheilen ist. Jedes Rechtsgeschäft ist durch die Handlungsfähigkeit des Interessenten, den Inhalt des Geschäftes und die Form, in welcher es zum Ausdrucke gelangt, bedingt. Nach welchen Gesetzen die Handlungsfähigkeit zu beurtheilen sei, bestimmt §. 34. allg. bürgerl. Gesetzb. dahin, dass dieselbe sich entweder nach den Gesetzen des Staates, dem er angehört, oder seines Domiciles richtet, während Inhalt und Form des Geschäftes dem Gesetze des Ortes des Abschlusses nach §. 37. allg. bürgerl. Gesetzb. unterworfen sind. Die persönliche Handlungsfähigkeit des Moriz B. in Beziehung auf die Eingehung der Ehe ist nun sowohl gemäss des §. 10. der in Ehesachen von Evangelischen beider Confessionen am 16. März 1786 erlassenen und mit §. 36. des Gesetzartikels LIV. vom Jahre 1868 gesetzliche Kraft erlangten Weisung, also nach dem Gesetze seiner Staatsangehörigkeit, als nach §. 64. allg. bürgerl. Gesetzb., d. i. dem Gesetze seines Domiciles, dahin eingeschränkt, dass ihm verboten ist, eine Ehe mit einer Christin einzugehen. Moriz B. besitzt sonach nicht die in dem §. 34. allg. bürgerl. Gesetzb. zur Giltigkeit eines Vertrages überhaupt und der Ehe insbesondere vorausgesetzte Fähigkeit seiner Einwilligung zu einer Ehe mit einer Christin u. s. w. Ueber Revision des Vertheidigers des Ehebandes hat der k. k. oberste Gerichtshof mit Entscheidung vom 6. März 1879 Z. 9743 vom Jahre 1877, das Erkenntniss der zweiten Instanz bestätiget.

Die Gründe sind folgende: Da die Anstellung des Moriz B. bei der Rückversicherungsbank in Prag, als einer blossen Privatunternehmung, und die hiedurch veranlasste Wahl des Wohnsitzes in Prag für sich allein die Erwerbung des österreichischen Staatsbürgerrechtes, welches nach dem Art. I. des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1567, Nr. 142 R.-G.-Bl., den Angehörigen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zusteht, nicht begründet, so sind Moriz B. sowohl als unzweifelhaft auch Klara V. in Sinne des allg. bürgerl. Gesetzb. Fremde, und haben demnach bei der Entscheidung der gegenwärtigen Streitsache die Bestimmungen der §§. 34—37. allg. bürgerl. Gesetzb. in Anwendung zu kommen, da das Gesetz bezüglich der Ehestreitigkeiten keine Ausnahme von diesen Bestimmungen festsetzt. Nach dem §. 34. allg. bürgerl. Gesetzb.

ist nun die persönliche Fähigkeit der Fremden zu Rechtsgeschäften, somit auch zur Ehe überhaupt, und zur Eingehung einer bestimmten Ehe insbesondere nach Gesetzen des Ortes, denen der Fremde als Unterthan unterliegt, zu beurtheilen. Da Moriz B. zu Stampfen Königreiche Ungarn heimathsberechtigt ist, so haben in Bezug auf seine Handlungsfähigkeit die ungarischen Gesetze, in Bezug auf die Handlungsfähigkeit der Klara V. die im Königreiche Preussen geltenden Gesetze, in Beziehung auf den Inhalt und die Form der Eheschliessung aber, da die Ehe in Preussen geschlossen werden ist, die dort geltenden Gesetze in Anwendung zu kommen. Betreffend nun die persönliche Handlungsfähigkeit des Moriz B., so ist ausser Zweifel gestellt, dass derselbe bis kurz vor Eingehung der Ehe mit Klara V. israelitischer Religion gewesen ist, zuletzt noch in der jüdischen Synagoge in Stampfen seine Andachten verrichten liess. Moriz B. muss aus den von der zweiten Instanz angenommenen Gründen noch immer als Jude angesehen werden. Nach dem beigebrachten Zeugnisse des ungarischen Justizministeriums sind in Ungarn nach §. 10. der im Einsehen von Evangelischen beider Confessionen erlassenen und mit §. 36. des Gesetzartikels LIV. vom Jahre 1868 gesetzliche Kraft erlangten Verfügung, welche lautet: Tertio matrimonium inter subditum nostrum religionis christianae addictum et alium religionis hujus non additum, pro nullo et invalido declaramus« — Ehen zwischen Christen und Nichtchristen gesetzlich unzulässig. Dieses in Königreich Ungarn bestehende, dem §. 64. allg. bürgerl. Gesetzb. entsprechende Ehehinderniss der Religionsverschiedenheit beruht auf einem persönlichen Verhältnisse und beinhaltet demnach immer auch eine im §. 39 allg. bürgerl. Gesetzb. vorgesehene Einschränkung der persönlichen Fähigkeit, zufolge welcher ein der christlichen Religion nicht zugethaner ungarischer Unterthan mit einer Christin eine giltige Ehe nicht abschliessen kann. Wenn nun im Königreiche Preussen das Ehehinderniss der Religionsverschiedenheit nicht bestand und der Verehelichung der der evangelischen Confession angehörigen Klara V. mit einem Israeliten dortselbst kein Hinderniss in den Weg gelegt wurde, so war doch zum Zustandekommen einer giltigen Ehe die persönliche Fähigkeit beider Ehegatten nothwendig, welche jedoch, wie vorerwähnt, an Seite des Geklagten Moriz B. nicht vorhanden gewesen ist. Die mangelnde spezielle Handlungsfähigkeit des Geklagten Moriz B. in Absicht auf die mit der Klägerin eingegangene Ehe rechtfertigt vollkommen den Ausspruch der Ungiltigkeit dieser Ehe, wobei es auf den weiteren Umstand, ob an der Seite der Klara V. ein solcher Irrthum in den persönlichen Eigenschaften des Geklagten Moriz B. unterlaufen sei, welcher nach §. 40. Theil II. Titel 1. allg. Preuss. Landrechtes die Einwilligung derselben in die Ehe unwirksam macht, gar nicht mehr ankommen kann.

Inhalt.

Seite

I. *Uhrig*, Prof. Dr. Unter welcher Form werden die geweihten Sachen (res sacrae, sanctae) dem weltlichen Verkehr zurückgegeben? Gibt es hiezu einen kirchlichen Entweihungsritus? . . . 3

II. *Th. Kohn*, Dr. Ultrum locus, in quo sepeliuntur fideles, pertineat ad notionem sepulturae ecclesiasticae, et si ita, quid sentiendum de sepultura assecla confessionis Augustanae vel Helveticae in coemeterio catholico? . . . 20

III. Wenn von zwei geschiedenen kath. Ehegatten einer zur protestantischen Kirche übertritt und dann in Ungarn eine neue Ehe eingeht, so ist diese in den cisleithanischen österr. Königreichen und Ländern ungültig, selbst wenn sie nach ungar. Rechte nicht angefochten werden kann (Rechtsfall) . . . 93

IV. Akten der Versammlung der österr. Bischöfe zu Wien im April 1877. 1) Zuschrift der Versammlung an den Herrn Minister für Cultus und Unterricht, und eine Adresse an den heiligen Vater aus Anlass seines 50-jährigen Bischofs-Jubiläums; 2) Adresse der Erzbischöfe und Bischöfe Oesterreichs an Se. Majestät betreffend die Volksschule . . . 99

V. Weitere Akten über die Schulfrage in Oesterreich (1878). 1) Eingabe der HH. Decane von Deutschtirol an die h. k. k. Statthalterei in Innsbruck, betreffend die Schule; 2) Weisung des bischöflichen Consistoriums von St. Pölten vom 26. März 1878 bezüglich der Eintragung des vorgetragenen Religionslehrstoffes in die Wochenbücher; 3) Erlass des Cardinal-Fürsterzbischofs von Wien vom 1. Januar 1878 108

VI. Der Culturkampf im preuss. Abgeordnetenhause im Novemb. und December 1877 und Januar und Februar 1878 (Forts.) . . . 115

VII. Acta sanctae Sedis. 1) Protest, welchen der Cardinal-Staatssecretär Simeoni unter dem 17. Januar 1878 im Namen des heiligen Vaters gegen die Thronbesteigung Humberts an die Vertreter fremder Mächte gerichtet hat; 2) Rundschreiben der erlauchten und hochwürdigen Herren Cardinäle an das beim heiligen Stuhle beglaubigte diplomatische Corps vom 19. Februar 1878; 3) Sanctissimi Domini Nostri Leonis divina providentia Papae XIII. Allocutio habita die 28. Martii 1868 ad S. R. E. Cardinales in aedibus Vaticanis; 4) Sanctissimi in Christo Patris et Domini Nostri Domini Leonis divina providentia Papae XIII. literae Apostolicae, quibus Hierarchia episcopalis in Scotia restituitur; 5) Sanctissimi Domini Nostri Leonis divina providentia Papae XIII. Epistola Encyclica ad patriarchas primates archiepiscopos et episcopos universos catholici orbis gratiam et communicationem cum Apostolica sede habentes 155

VIII. *Literatur*. 1. *Rittner*. Prawo koscielne katolickie (besprochen von Prof. Dr. *U. Heyzmann*); 2. *Janauschek* Origin. Cisterc. tom. I. (bespr. von Prof. Dr. *J. Hergenröther*); 3. *v. Oberkamp*, die kgl. Nomination der Bischöfe in Bayern; 4. *Krick*, Handbuch der Verwalt. des Kirchenvermögens in Bayern; 5. *Hergenröther*, Handbuch der Kirchengeschichte. Bd. 2., Abth. 2.; 6. Card. *Manning*, Die Unabhängigkeit des heil. Stuhles; 7. Bischof *Martin*, Die Schulfrage; 8. Prinz *v. Isenburg*, Die Parteien im deutschen Reichstage und die Socialdemokratie (bespr. v. Herausg.); 9. *Norrenberg*, Ueber die christl. Organisation der Frauenarbeit

Seite

(bespr. von Prof. Dr. *Kleinwächter*); 10. *Maassen*, Unser Eherecht und das Staatsgrundgesetz 183

IX. *J. J. Hirschel*, Domcapitular Prof. Dr. Drei Fragen über die Civilehe. (Verweigerung der kirchlichen Trauung. — Kirchliche Giltigkeit der Civilehe. — Mangel der Taufe) 193

X. *C. Schmidt*, Dr., Landgerichtsrath. Streitigkeiten zwischen den Bewohnern der Städte Amiens und Abbeville und dem Bischof von Amiens über das Recht der ersten Nacht, vor dem Parlament zu Paris 256

XI. *Val. Lah*, dioeceseos Labacensis presbyter. De Boriso seu Michaële I., primo rege christiano Bulgarorum (a. 853—888) 260

XII. Acta sanctae Sedis. 1. Decisiones s. Roman. et Univers. Inquisitionis de matrimonio civili; de matrimoniis eorum qui non baptizati vel non rite baptizati sunt; de judicibus, qui in foro civili causas matrimoniales tractant, d. d. 3. April. 1878 cum epistola Cardin. Praefecti ejusd. congr. d. d. 13. April. 1878; 2. Circul. des Card.-Staatssecretär Simeoni v. 28. Jan. 1878, betr. Die Wahrheit über den Tod und die Beerdigung Victor Emanuels; 3. Schreiben Papst Leo's XIII. vom 26. Juni 1878, betr. den Religionsunterricht in den römischen Schulen 294

XIII. Erlass des k. k. österreichischen Ministeriums des Innern vom 12. März 1878 Nr. 516. an die k. k. Bukoviner Landesregierung, betreffend die obligatorischeCivileheschliessung eines Oesterreichers im Auslande und die Anerkennung der Giltigkeit derselben in Oesterreich . . . 313

XIV. Erlasse des k. bayer. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 24. Februar und 30. März 1878. Gehaltsaufbesserung der Geistlichen aus Staatsmitteln betreffend 316

XV. K. Preuss. Gesetz v. 13. Feb. 1878, betr. die Befugniss der Commissarien für die bischöfl. Vermögensverwaltung in den erledigten Diöcesen, Zwangsmittel anzuwenden 319

XVI. Erlass der s. Congr. Concilii vom April 1878 an preuss. kath. Geistliche, welche das Staatsgehalt fortbeziehen . . 320

XVII. Die Aufhebung des Concordats von Ecuador (1878) . . 321

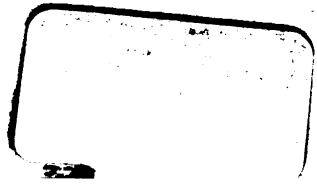
XVIII. *Literatur*. 1. *Linsenmann*. Lehrbuch der Moraltheologie; 2. *Rolfus*. Kirchengeschichtliches in chronol. Reihenfolge. II. Abth.; 3. *Winkler*. Lehrbuch des Kirchenr. . 322

XIX. *Th. Kohn*, Hat der Ortspfarrer oder Beichtvater eines Nonnen-Klosters das Recht, eine verstorbene Klosterfrau auf dem Communal-Friedhofe zu begraben? 329

XX. Constitutiones Capituli seu Presbyterii Metropolitan. Leopoliensis 344

XXI. Der Culturkampf im preuss. Abgeordnetenhause im Novemb. und December 1877 und Januar und Februar 1878 (Forts.) . . 374

XXII. *H. Maas*, Die reichsgesetzliche Anerkennung der Bekenntnissfreiheit. Ein Weg zum Frieden zwischen Staat und Kirche 465

XXIII. Eheungiltigkeit wegen Religionsverschiedenheit nach §. 64. des österr. allg. bürgerl. Gesetzb. und die persönliche Fähigkeit eines Ausländers zur Eingehung einer mit einer Ausländerin im Auslande geschlossenen Ehe ist zufolge §. 34. des österr. allg. bürgerl. Gesetzb. nach den Gesetzen des Ortes, dem der Fremde als Unterthan unterliegt, zu beurtheilen 475

Ex. E. 7.